C 21734 D



LHV-intern zur VDS-Krise S. 53

Arbeiterkampf

Jg 8 Nr. 121 23.1.78 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes 2,- DM

Geheimpapier: Massive Drohungen gegen Zivildienstler

Für den 27. Januar hat die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) zu einem bundesweiten Streik der ZDLer aufgerufen. Ein internes Rundschreiben des Bundesamts für den Zivildienst vom 18. Januar enthüllt, wie der Staat die Bewegung der ZDLer, die breite Unterstützung im demokratischen Lager gefunden hat (u.a. durch Jusos, Jungdemokraten, Falken, VVN, DFG-VK, KB, ESG, SB, SHB), zerschlagen will

- Disziplinarstrafe bis zur Höchstgrenze der Geldbuße (Sold für 4 Monate!).
- Strafverfahren wegen Dienstverweigerung. Die Höchststrafe ist 3 Jahre!!
- Die Dienststellen, bei denen ZDLer beschäftigt sind, werden darauf hingewiesen, daß sie v e r p f l i c h t e t sind, „Dienstverweigerungen" u.ä. „unverzüglich" beim Bundesamt zu denunzieren.

Gleichzeitig machte der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Hans Iven, in einem Interview mit der „Welt" deutlich, daß die von der SPD propagierte Wahrnehmung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung sowie der „freien Wahl" zwischen Wehr- und Zivildienst nur insoweit geduldet wird, wie es den Dienstanforderungen des Staates recht ist. Iven drohte allen ZDLern mit Strafen, falls sie streiken, da *„eine Dienstverweigerung der Zivildienstleistenden ausnahmslos rechtswidrig ist"* (Rundschreiben 2/1978), und stellt fest: *„Und weil es bei der Bundeswehr keine Streikmöglichkeit*

Fortsetzung S. 3



1.500 Menschen demonstrierten am 21.1. in Hamburg ihre Solidarität mit den angeklagten AKW-Gegnern

Die gerichtliche Verfolgung der wegen der Grohnde-Demonstration angeklagten AKW-Gegner hat mit dem Prozeßbeginn in Hannover unmittelbar an Schärfe zugenommen:

- am 13.1. wurde Linda Engelbart verhaftet;
- am 19.1. wurde Rüdiger Jörß aus dem Gerichtssaal in den Knast gebracht;
- Haftbefehle wurden am 13.1. gegen Karl Winter und am 17.1. gegen Andreas Hanke, Helmut Oldefest und Christian Matschkus erlassen; gegen weitere Angeklagte sollen bereits Anträge auf Haftbefehl bestehen.

Der Haftbefehl gegen Christian Matschkus wurde am 19.1., nachdem Christian schon einen Tag hinter Gittern verbringen mußte, auf eindringliche Intervention seines Rechtsanwalts hin wieder ausgesetzt. Eingeknastet, und zwar ohne rechtskräftige Verurteilung, sind bei Redaktionsschluß unserer Zeitung nach wie vor Linda, Rüdiger und Gerhard („Jerry") Schulz. Gerhard Schulz befindet sich nunmehr seit sechs Monaten in Untersuchungshaft – er stand wegen eines früheren Delikts unter „Freiheit auf Bewährung", die ihm allein deswegen wieder entzogen worden war, weil er zu den willkürlich Festgenommenen der Grohnde-Demonstration zählt.

Die Einkerkerung bzw. drohende Einkerkerung der Grohnde-Angeklagten, ohne daß bei den meisten von ihnen der Prozeß überhaupt schon begonnen hätte geschweige denn mit einem Urteil abgeschlossen wäre, ist schlicht und einfach Vorbeuge- und Sippenhaft. Andere Umstände der angelaufenen Prozeßwelle zeigen darüber hinaus eindeutig, daß hier das berüchtigte „Stammheimer Landrecht" gegen AKW-Gegner praktiziert wird. Die Anti-AKW-Bewegung hat in vielen Orten mit der Organisierung eines energischen Protestes dagegen begonnen.

begonnen.

Die Teilnehmer der Grohnde-Demonstration waren von Anfang an als *„Kriminelle"* und *„Verbrecher"* (so Albrecht, Groß, Polizei, Springer-Presse & Co.) abgestempelt, ihr Protest vom 19.3.77 als *„vergleichbar mit Kampfhandlungen in einem Bürgerkrieg"* (Oberlandesgericht Celle) und als *„brutaler, gewaltsamer, planmäßig vorbereiteter Angriff auf Menschen"* (Innenminister Groß) verfälscht worden. Diejenigen AKW-Gegner, die auf dem Rückzug der Demonstration unter einem brutalen Knüppel- und Reitereinsatz der Polizei willkürlich festgenommen worden waren, müssen zusätzlich zu den erlittenen Verletzungen damit rechnen, daß das auf diese Weise aufgebaute Klima von vornherein den Ausgang der gegen sie gerichteten Gerichtsverhandlungen beeinflussen wird. Einige Angeklagten zogen daraus die Schlußfolgerung, zumindest den ersten Prozeßtagen fernzubleiben, um so gegen die unerhörte Kriminalisierung der gesamten Anti-AKW-Bewegung und gegen ihre eigene Vorverurteilung zu protestieren und auf diesem Wege eine größere öffentliche Aufmerksamkeit herbeizuführen. Diese Entscheidung traf bislang für die beiden ersten in Hannover vor der Großen Strafkammer des Landgerichts angeklagten AKW-Gegner Karl Winter und Rüdiger Jörß zu. Das Gericht leitete daraus unmittelbar eine Gesamtverantwortung aller Angeklagten ab und begründete damit die Sippen- und Vorbeuge-Haftbefehle.

Linda Engelbart

Gegen Linda sollte der erste Prozeßtermin vor dem Jugendschöffengericht Hameln am 22.11.77 stattfinden. 500 AKW-Gegner hatten sich damals vor dem Gerichtsgebäude versammelt und Einlaß zum Prozeß gefordert. Als das Gericht diese Öffentlichkeit nicht herstellen wollte, riegelten sie den Gerichtseingang ab, so daß auch Linda und ihre Rechtsanwältin nicht in den Verhandlungssaal reinkommen konnten. Das Gericht verschob den Prozeßtermin gegen Linda daraufhin auf unbestimmte Zeit.

Fortsetzung S. 4



3000 Arbeiter der Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund demonstrierten in der vorigen Woche ihre Kampfbereitschaft.

Nein zum Lohnraub!

Seit Wochen und Monaten wird in den verschiedenen Tarifrunden verhandelt, ohne daß sich für die Beschäftigten in Richtung einer Lohnerhöhung etwas tut. Während die Kapitalisten auf hart machen, wieseln die Gewerkschaftsführer um so mehr von einem Gespräch mit Regierungsvertretern zum nächsten, um um Vermittlung zu bitten. Kaum noch verbergen können sie ihr Bedauern, daß die „Konzertierte Aktion" nicht mehr existiert. Folge: Verhandlungen und Abschlüsse werden immer weiter hinausgezögert, obwohl die Tarife schon seit mehreren Wochen ausgelaufen sind, ohne daß die Gewerkschaftsführer gleichzeitig die Arbeiter in den Betrieben mobilisieren, um mal ein bißchen Dampf hinter den (Schnecken-) Gang der Ereignisse zu machen.

Die Dortmunder Hoesch-Stahlarbeiter haben am 18.1. erstmals deutlich gemacht, daß sie nicht gewillt sind, dies länger mitzumachen. 3.000 Arbeiter im Werk Westfalenhütte und 1000 Arbeiter im Werk Phoenix demonstrierten vor dem Betriebsratsbüro und verlangten Informationen über den Stand der Tarifverhandlungen.

In Sprechchören forderten am 17.1. 600 Beschäftigte der Thyssen-Edelstahlwerke in Dortmund von der IG-Metall endlich eine härtere Gangart in den Tarifauseinandersetzungen.

Hier deutet sich an, daß entgegen dem Verzögern der Gewerkschaftsführer die Arbeiter und Angestellten bereit sind, im Streik für die Durchsetzung der Forderungen einzutreten. Ähnlich wie die IGM bei Stahl und Metall zögert die ÖTV-Führung die Tarifverhandlungen hinaus. Erst am 10.2. will sie über die Forderung für 1978 die Tarifkommission beschließen lassen, obwohl der Tarifvertrag bereits seit dem 31.12.77 abgelaufen ist.

Von solchen Verzögerungen war auch die ÖTV-Tarifrunde/Seehäfen bestimmt. Als die Verhandlungen endgültig festgefahren waren, hat die ÖTV-Führung nun in dieser Woche zur Urabstimmung über Streik aufgerufen. **Das Ergebnis war: überwältigende Mehrheit für Streik. Die Beteiligung an der Abstimmung war angesichts des bisherigen lahmen Verlaufs der Lohnrunde mit 91,9% außerordentlich hoch, davon stimmten 97,12% für Streik, das sind 89,2% aller Abstimmungsberechtigten!** Das Ergebnis ist eindeutig. Weniger eindeutig ist allerdings, ob es zum Streik kommt, oder ob nicht doch wieder ein mieser Kompromiß geschlossen wird; die ÖTV-Verhandlungsführer haben hierzu ihre Bereitschaft signalisiert. Die Diskussion unter den Hafenarbeitern aber hat sich im Nu verbreitert: bei der HHLA und am Burchardkai in Hamburg bildeten sich während der Arbeitszeit Gruppen diskutierender Kollegen, in einigen Abteilungen gingen die Kollegen gemeinsam zur Urabstimmung, so daß die Arbeit ruhte. Bei der BLG in Bremen erntete BLG-Boß Baier einen Proteststurm und Pfiffe der Kollegen, als er behauptete, Forderungen nach Urabstimmung und Streik seien von einigen Funktionären gesteuert. Angesichts der aktuellen Lage in den Seehäfen hat Baier vorsorglich eine Dienstreise abgesagt.

Es kommt Bewegung in die öden Tarifverhandlungen.

Allerdings wird es Zeit, Gewerkschaftsführern, die abwarten, verzögern und lavieren, Dampf zu machen. Typisch für deren Abwiegelei ist ein Interview mit dem baden-württembergischen IGM-Führer Steinkühler, der ganz unumwunden zugibt: *„Wir könnten also bereits Arbeitskampfmaßnahmen einleiten. Ich denke auch, daß die Arbeitnehmer, falls wir dazu aufrufen, uns folgen würden. Wir möchten allerdings die ersten Verhandlungen abwarten, um zu sehen, wie das Verhandlungsklima ist..."* („Welt der Arbeit", 13.1.78) - das sagt er kackfrech, nachdem die Schlichtung gescheitert und die „Friedenspflicht" abgelaufen ist.

Langsam reicht's!

Ägypten - Israel: Verhandlungen unterbrochen

Am Mittwoch nachmittag (18.1.78) beendete Sadat mit einem Knall die Verhandlungen der „politischen Kommission" Israels und Ägyptens, die auf Außenministerebene unter Teilnahme des US- Außenministers Vance in Jerusalem seit zwei Tagen stattfanden: Er wies den ägyptischen Außenminister Kamel an, die Gespräche zu unterbrechen und nach Ägypten zurückzukehren. Gleichzeitig wurde aber betont, daß die Unterbrechung der Verhandlungen keineswegs das Scheitern der israelisch-ägyptischen „Friedensverhandlungen" bedeute; es wurde sogar das Zusammentreten der militärischen Kommission in Kairo, das für das Wochenende geplant war, in Aussicht gestellt (»Neue Zürcher Zeitung«, 20.1.78, »Frankfurter Rundschau", 21.1.78). Die Einrichtung einer militärischen und einer politischen Kommission waren zwischen Sadat und Begin bei dessen Besuch in Ismalia Ende letzten Jahres vereinbart worden. Sadat hat sich mit der »Unterbrechung« der Gespräche nach wie vor alle Wege offen gelassen, den von ihm inszenierten Theaterdonner aber gleichzeitig dazu benutzt, „Härte" in den Verhandlungen zu demonstrieren. Die Anordnung Sadats, die Gespräche der politischen Kommission in Jerusalem zu unterbrechen, folgte, als in den Verlautbarungen über die unmittelbar vorangegangenen Gespräche am Mittwoch nachmittag noch von weitgehender Übereinstimmung in allgemeinen Fragen gesprochen wurde („NZZ", 21.1.78.).

Inzwischen hat die ägyptische Nachrichtenagentur Mena den Wortlaut einer Grundsatzerklärung veröffentlicht, die in den *Jerusalemer Gesprächen von Seiten Ägyptens vorgeschlagen* und von Israel abgelehnt worden sei. In dieser Erklärung wird noch einmal der Abzug aller israelischen Truppen aus allen besetzten Gebieten auf der Grundlage der UNO-Resolution 242, sowie die Unzulässigkeit der Erwerbung von Territorien durch Krieg, sowie u.a. die gerechte Regelung des palästinensischen Problems auf der Grundlage der Selbstbestimmung gefordert, von einer Mitwirkung der PLO ist nicht die Rede („SZ",21.1.78). Die Ablehnung dieser Erklärung soll zur Unterbrechung der Verhandlungen geführt haben.

In Wirklichkeit ist es so, daß sich Sadat schon mit verschiedenen israelischen Vorschlägen einverstanden erklärt hat, die weit hinter diesen Grundsätzen liegen, die angeblich zum Abbruch der Verhandlungen geführt haben. So hat er sich z.B. bezüglich des Westjordanlandes weitgehend mit den israelisch-amerikanischen Zwischenlösungen einverstanden erklärt, was im übrigen gar nicht seine Angelegenheit ist, und hat sich nach dem Besuch Begins in Ismailia Ende letzten Jahres keineswegs grundsätzlich gegen dessen Vorschläge zu einer (Teil-) Rückgabe der Sinai-Halbinsel ausgesprochen. Begin hatte damals vorgeschlagen, daß die israelischen Truppen sich hinter eine Linie von Al Arisch bis Ras Muhammed zurückziehen, also für eine Übergangsperode von mindestens drei bis fünf Jahren würden sie noch etwa ein Drittel der Sinai-Halbinsel besetzt halten. Ein weiterer Abzug, der von der Entwicklung der israelisch-ägyptischen Beziehungen abhängig sei, würde jedoch in jedem Fall die Beibehaltung der israelischen Siedlungen. Luftwaffenbasen auf dem Sinai, israelische Verwaltung und israelisches Militär für den »Schutz« der Siedlungen bedeuten (»FR«, 27.12.77)

Noch in dem am 7./8.1.78 in der ägyptischen Zeitung „Oktober.. veröffentlichten Interview kritisierte Sadat diese Vorschläge keineswegs grundsätzlich, sondern bemängelte, daß Israel nur auf ägyptischer Seite eine entmilitarisierte Zone auf dem Sinai vorschlage, und forderte, daß Scharm el Scheich unter internationale Aufsicht gestellt werden sollte, ebenso wie der Golf von Akaba, und nicht unter israelische Kontrolle, wie Begin dies forderte. Die Frage der israelischen Siedlungen auf dem Sinai wurde als zweitrangig im Rahmen einer Gesamtlösung bezeichnet. *»Obwohl sie zweitrangig ist, ... akzeptiere ich keine einzige israelische Siedlung auf meinem Land und keinen einzigen Israeli, Zivilist oder Soldat"* („FR", 9.1.78).

Während Sadat also immer noch weitgehende Zugeständnisse signalisierte, ganz auf der Linie seiner Kapitulationspolitik und der betonten Vorleistungen (siehe Anerkennung Israels einschließlich der Einverleibung Ost-Jerusalems bei seinem Israel-Besuch), machten die Zionisten immer stärker deutlich, daß sie nicht bereit sind, ihre aggressive Politik aufzugeben. Sie starteten eine Reihe von Provokationen und schlugen eine im-

Schon am 4.1.1978 „entdeckte" die israelische Presse, daß in der Gegend von Yamit (Sinai, angrenzend an den Gaza-Streifen) Erdarbeiten ausgeführt wurden. Gleichzeitig wurde der Plan der für zionistische Siedlungen zuständigen „Jewish Agency" ins Gespräch gebracht, acht neue Siedlungen zwischen Yamit und El Arish zu gründen („NZZ", 10.1.78). Angeblich auf „Druck" der Siedler – ausführlich wurde auch hier in den Medien auf deren „Befürchtungen" und Forderungen eingegangen – und der besonders aggressiven zionistischen Kräfte um den derzeitigen Landwirtschafts- und Siedlungsminister Arik Sharon, beschloß die israelische Regierung am 8.1. einen „Kompromiß": Es werden keine neuen Siedlungen gegründet; um die bestehenden Siedlungen zu stärken, werden neue Wohnungen gebaut und die landwirtschaftliche Nutzfläche vergrößert. Im Klartext bedeutet die „Verstärkung" der bestehenden Siedlungen, daß alle acht Siedlungen wie geplant gebaut werden, jedoch dem Namen nach bestehenden Siedlungen zugeordnet werden. So werden bei Haruvit drei Siedlungen (Haruvit A,B,C) gebaut, bei Katif eine (Katif B). Einen Tag später beschloß der Sicherheitsausschuß des Parlamentes die Gründung von weiteren vier Siedlungen im Westjordanland, vorerst innerhalb militärischer Stützpunkte („International Herald Tribune", 8.1., „FR", 10.1., „NZZ", 11.1.).

Gleichzeitig betonte Begin immer wieder, daß bei einem Friedensvertrag eine Veränderung der Grenzen möglich sein müßte, da die Gebiete im Krieg erobert seien („SZ", 10.1.78).

Durch immer aggressivere Äußerungen wurde, vor allem von Seiten Begins, deutlich gemacht, daß die Zionisten nicht bereit sind, von ihrer bisherigen Politik abzugehen. Begin ging sogar so weit, bei einem Essen während der Tagung der politischen Kommission das Streben der Palästinenser nach Selbstbestimmung mit Mißbrauch dieses Rechts durch Hitler gegenüber Österreich und der Tschechoslowakei zu vergleichen („FR", 19.1.78).

Ein „harter" Verhandlungspartner Sadat hätte schon mehrmals Gelegenheit gehabt, die Verhandlungen zu unterbrechen. Noch hat sich Sadat die Rückkehr zu Verhandlungen offen gelassen, möglicherweise dann mit offener Unterstützung der sich jetzt noch zurückhaltenden reaktionären Staaten.

Die Zionisten legten nach Unterbrechung der Gespräche durch Sadat vollends ihren harten Kurs offen: Die Regierung Israels erklärte, daß der plötzliche Abbruch der Verhandlungen durch Ägypten nur beweise, *„daß die ä g y p t i s c h e R e g i e r u n g die I l l u s i o n hatte, daß wir uns Forderungen beugen würden, die zu keiner Zeit für Israel akzeptabel waren"* („NZZ", 21.1.78).

Tags zuvor war Begin vor Mitgliedern einer französischen jüdischen Organisation noch deutlicher geworden. Die Anerkennung des israelischen Rechts auf Existenz stelle keine Konzession von Seiten Ägyptens dar, sie sei eine Selbstverständlichkeit – für die „logischerweise" keine Gegenleistungen zu erbringen sind. Und: *„Im Interesse des Friedens sowie Ägyptens und Israels können wir das erste im ägyptischen Plan formulierte Prinzip nicht akzeptieren, das eine erneute Militarisierung des größten Teils des Sinais vorsieht. Wir sind nicht bereit, das Werk der Pioniere in unseren Siedlungen im Nordsinai zu zerstören, welche die Wüste im wahrsten Sinne des Wortes zum Blühen brachten. Dies ist auch einer der entscheidenden Punkte unserer nationalen Sicherheit. Ich habe Präsident Sadat bei unserem Zusammentreffen in Ismailia gesagt, daß keine israelische Regierung das Recht hat, die Siedlungen in den schmalen Streifen zwischen Rafiah und Al-Arish zu zerstören"* („NZZ", 21.1.78).

Den gleichen aggressiven Standpunkt kehrte Begin auch bezüglich des Westjordanlands heraus, als er die weitere „notwendige" israelische Besatzung begründete. Die PLO, *„die niederträchtigste Mörderbande seit den Nazis"* (Originalton Begin), würde andernfalls sofort dort die Macht an sich reißen und die sowjetischen Waffen auf Israel richten („Hamburger Abendblatt", 20.1.78).

Nahost-Kommission

Seit 1967: 80 Wehrdörfer in den besetzten Gebieten

In Sinai und im Gaza-Streifen gibt es 22 israelische Siedlungen. Die wichtigsten Siedlungen mit dem Jahr der

In Sinai und im Gaza-Streifen gibt es 22 israelische Siedlungen. Die wichtigsten Siedlungen mit dem Jahr der Gründung sind: Gaza-Streifen: (1) Netzarim (1972), (2) Kfar Darom (1970), (3) Katif (1973), (4) Morag (1972) Nord-Sinai (5) Yamit (1974), (6) Succoth (1975), (7) Merkaz Avshalom (1973), (8) Netiv Ha'asarah (1973), (9) Sadot (1971), (10) Ugda (1975), (11) Nir Avraham (geplant), (12) Holit (geplant), (13) Dikla (1969), (14) Haruvit (1975). Süd-Sinai: (15) Neviot (1971), (16) Di Zahav (1971), (17) Scharm el Scheich. („Welt", 10.1.78).

»Abhöraffäre« Strauß

In ihrer Ausgabe vom 14./15.1.78 veröffentlichte die »Süddeutsche Zeitung« aus einer fotokopierten Niederschrift eines Telefongesprächs, das F.J. StrauSS mit dem damaligen Redakteur des »Bayernkurier«, Wilfried Scharnagl - heute Chefredakteur, Ende September 1976 führte.

In diesem Gespräch ging es um die Veröffentlichung eines Artikels im »Bayernkurier« als Reaktion auf die Beschuldigung der SPD, StrauSS sei in die Lockheed- Bestechungs- Affäre verwickelt. Der amerikanische Flugzeugkonzern hatte Bestechungsgelder in Millionenhöhe u.a. an Prinz Bernhard der Niederlande, den früheren japanischen Ministerpräsidenten Tanaka u.a. gezahlt. StrauSS kam in den Verdacht, in die Affäre verwickelt zu sein, als bekannt wurde, daß er 1966 etwa 400 Aktenordner bei seiner Übersiedlung vom Verteidigungsministerium ins Bundesfinanzministerium mitgenommen hatte. Nach StrauSS' eigenen Angaben sollen dies ihn persönlich als Abgeordneten betreffende Akten gewesen sein, die dann später, ohne sein Wissen bis auf zwölf von seinen persönlichen Referenten vernichtet worden sind. Tatsache jedenfalls ist, daß Lockheed-Akten aus dem Verteidigungsministerium fehlen.

StrauSS gibt zu, ein Gespräch zu diesem Zeitpunkt mit Scharnagl geführt zu haben. Allerdings behauptet er, einige Stellen des Gesprächs seien gefälscht. Das betrifft insbesondere die Stelle, an der er gesagt haben soll: *»Ich selbst habe nunmehr nach 16 1/2 Jahren aus dem Archiv die Akten angesehen und alles, was die nicht sehen dürfen, gelüftet. Die persönliche Post mit L.* (soll wohl Lockheed heissen) *ist entfernt. Sollten die dahinter kommen?«* (»tat«, 20.1.78)

StrauSS fühlt sich gerade bei dieser Behauptung besonders sicher, bestätigt doch der Schlußbericht der Untersuchungskommission, die die Lockheed-Verwicklungen westdeutscher Politiker untersuchen sollte, daß kein westdeutscher Politiker in die internationale Bestechungsaffäre verwickelt gewesen sei.

Mit einem geradezu unheimlichen Gefühl für Demokratie und Ordnung geißelt Strauß nun die angebliche Abhöraktion als »Bruch der Verfassung« und als *»Einsatz krimineller Mittel und Methoden gegen den Vorsitzenden einer demokratischen Partei«* (»Bayernkurier«, 21.1.78). Es ist die selbstverständlichste Sache der Welt für einen Demokraten wie Strauß, hier Anzeige gegen Unbekannt zu stellen und eine peinlich genaue Untersuchung des Tatbestandes zu fordern. *»Das Entsetzen und die Empörung der Bürger darüber, daß das Telefongeheimnis als grundgesetzlich zugesichertes Recht nur auf dem Papier steht, geht tief«* (ebd.).

Aus den Gesichtern der Regierung konnte man ebenfalls den Ernst der Lage ablesen. Die Bundesregierung bestritt sofort jede Beteiligung von amtlichen Stellen an der Aktion. Durch die Presse wurde noch einmal jedem Bundesbürger eindringlich klar gemacht, daß zwar durch die Notstandsgesetze (Originalton »Frankfurter Allgemeine Zeitung«: *»auf Grund einer Verfassungsänderung und eines Gesetzes von 1968«* 16.1.78) das Abhören von Telefongesprächen legal möglich ist, daß aber das parlamentarische Gremium und eine besondere Kommission als Kontrollorgane nichts von einer Abhörung bei Strauß wüßten, es sie also auch nicht gegeben habe.

Diese Unschuldsbeteuerungen mochte der Mann mit der weißen Weste, F.J.S., nun doch nicht hinnehmen. Steif und fest behauptet er auch jetzt noch, abgehört zu werden. *»Eine Bundesregierung, in deren politischem Instrumentarium der Betrug des Wählers und die Täuschung der Öffentlichkeit den Ton angeben, kann sich bei der Abhöraktion gegen Strauß und den Bayernkurier nicht mit voreiligen Unschuldsbeteuerungen aus der Zuständigkeit und der Verantwortung stehlen«* (»Bayernkurier«, 21.1.78).

Der CSU-Vorstand legte noch einen Zacken zu. Er verdächtigt sogar den Ausschuß der Staatssekretäre, *»in dem selbst mögliche Verdächtige sitzen, zumindest solche, in deren Apparaten derartige Aktionen unter Verletzung bestehender Vorschriften durchgeführt werden können«* (zitiert nach »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 17.1.78).

Da dürfte man auf den Untersuchungsausschuß und dessen Ergebnisse gespannt sein. So integre Persönlichkeiten wie der CSU- Abgeordnete Riedl, der StrauSS auf seiner berüchtigten Chile- Pinochet- Jubel- Reise begleitete, werden gewiß für eine wahrhaft demokratische Aufklärung der Vorfälle sorgen.

Spionage, Korruption u.a. ist die Würze für den Kapitalismus. In Wirtschaft und bürgerlicher Politik gehört es geradezu zum guten Ton, den »Partner« anzuscheißen, wo es nur geht. Poullain, Helaba, Lockheed - soviele Namen, so viele Skandale! Gerade die, die sich augenblicklich als die großen Demokraten aufspielen, sollten sich mal an die eigene Nase fassen - Traube und Chile.

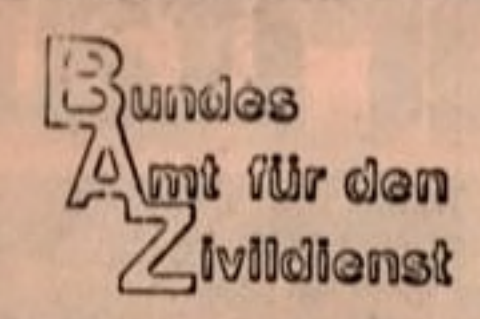
Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Führender Genosse des MIR in Santiago getötet

Aus der italienischen Tageszeitung »il manifesto« vom 20.Januar entnahmen wir folgende Meldung:

Santiago de Chile. In Santiago wurde der Tod von German Cortez Rodriguez bekannt gegeben, der als »Nr.2« des MIR galt (...). Nach offiziellen Informationen soll Cortez Rodriguez durch Pistolenschüsse von Agenten der berüchtigten Sicherheitspolizei CNI (früher DINA) getötet worden sein, als diese ihn in seiner Wohnung verhaften wollten. Bis jetzt gibt es keine Bestätigung durch die antifaschistischen Organisationen Chiles.

Am Montag (16.1. -Anm.AK) hatte die chilenische Polizei die Erschiessung eines anderen MIR-Führers gemeldet, Gabriel Riveros; er wurde in einem Vorort der Hauptstadt erschossen (...).



Sibillo-Hartmann-Str. 2-6
Postfach 820120
5000 Köln 51
Tel.: 0221/3373-1

Gesch.-Z. II 1 - 02 Köln, den 18. Januar 1978

Rundschreiben 2/1978

Betr.: Rechtswidrigkeit der Dienstverweigerung im Zivildienst

Anlage: - 1 -

Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden hat für den 27. Januar 1978 zur Dienstverweigerung aufgerufen.

Aus diesem Grunde weise ich eindringlich darauf hin, daß eine Dienstverweigerung der Zivildienstleistenden ausnahmslos rechtswidrig ist. Dies ergibt sich sowohl aus den gesetzlichen Bestimmungen als auch aus der ständigen Rechtsprechung des Bundesdisziplinargerichts und der Strafgerichte.

Zivildienstleistende stehen in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Dienst- und Gewaltverhältnis. Ihre gesetzliche Dienstpflicht ergibt sich aus § 25 Satz 1 des Wehrpflichtgesetzes in Verbindung mit Art. 12 a Abs. 2 des Grundgesetzes. Die Dienstpflicht darf daher nicht nach eigenem Ermessen des Zivildienstpflichtigen unterbrochen werden.

- 2 -

Dieser hat vielmehr seinen Dienst gewissenhaft zu erfüllen und darf durch sein Verhalten den Arbeitsfrieden nicht gefährden (§ 27 Abs. 1 des Zivildienstgesetzes - ZDG -). Außerdem hat er dienstliche Anordnungen zu befolgen (§ 30 Abs. 1 Satz 1 ZDG).

Die Dienstverweigerung eines Zivildienstleistenden ist daher in jedem Fall ein Dienstvergehen nach § 58 ZDG. Ich mache darauf aufmerksam, daß bei der Ahndung entsprechender Dienstvergehen der Rahmen der Disziplinarmaßnahmen bis zur Höchstgrenze der Geldbuße (Sold für 4 Monate) ausgeschöpft werden kann (§§ 58a Abs. 1,2; 59; 60 Abs. 3 ZDG).

Darüberhinaus wird die Dienstverweigerung beim Vorliegen der Voraussetzungen als Straftat nach § 54 Abs. 1 ZDG verfolgt.

Ich bitte, alle Zivildienstleistenden unverzüglich noch vor dem 27. Januar 1978 in einem besonderen Dienstunterricht eindringlich über die disziplinar- und strafrechtlichen Folgen einer Dienstverweigerung zu belehren und für die in Betracht kommenden Tage eine ausdrückliche Anordnung zur Dienstleistung zu erteilen, sofern nicht andere Gründe entgegenstehen. Belehrung und Anordnung sind durch die Teilnehmer unterschriftlich bestätigen zu lassen. Im Verweigerungsfalle sind die Namen der Teilnehmer schriftlich festzuhalten.

Wegen weiterer Einzelheiten verweise ich auf das beigefügte Informationsblatt (Anlage 1).

Sollten in einzelnen Dienststellen Zivildienstleistende am 27. Januar 1978 oder einem anderen Zeitpunkt den Dienst tatsächlich verweigern, bitte ich Sie, dem oder den betreffenden Zivildienstleistenden eine dienstliche Anordnung nach § 30 unter Hinweis auf §§ 52, 54 Zivildienstgesetz zu erteilen und sie zur Wiederaufnahme des Dienstes aufzufordern. Ergänzend verweise ich auf C 4 des Leitfadens.

Im Falle der Dienstverweigerung und Nichtbeachtung der erteilten und gegebenenfalls wiederholten Anordnung (§ 54 Abs. 1 Ziff. 2 ZDG) bitte ich Sie, mir den Sachverhalt unverzüglich mitzuteilen (Muster Anlage 2).

Abschließend weise ich ausdrücklich darauf hin, daß die Erteilung von Dienstbefreiung für die Teilnahme an einer Demonstration nicht zulässig ist.

Krep

Beglaubigt
Angestellte

Ergänzend verweise ich auf C 4 des Leitfadens.

Im Falle der Dienstverweigerung und Nichtbeachtung der erteilten und gegebenenfalls wiederholten Anordnung (§ 54 Abs. 1 Ziff. 2 ZDG) bitte ich Sie, mir den Sachverhalt unverzüglich mitzuteilen (Muster Anlage 2).

Abschließend weise ich ausdrücklich darauf hin, daß die Erteilung von Dienstbefreiung für die Teilnahme an einer Demonstration nicht zulässig ist.

Krep

Beglaubigt
Angestellte



Anlage 1 zum Rundschreiben 2/78

Bundesamt für den Zivildienst

Information
zur
Dienstverweigerung im Zivildienst

Zivildienstleistende haben ausnahmslos kein Recht zur Dienstverweigerung. Sie befinden sich nicht in einem freien Arbeitsverhältnis, sondern in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Gewaltverhältnis. Ihre Rechte und Pflichten werden durch das Zivildienstgesetz bestimmt.
Dort heißt es u.a.:

> "Der Dienstleistende hat seinen Dienst gewissenhaft zu erfüllen. Er hat sich in die Gemeinschaft, in der er seinen Dienst ableistet, einzufügen. Er darf durch sein Verhalten den Arbeitsfrieden und das Zusammenleben innerhalb der Dienststellen nicht gefährden." (§ 27 ZDG)

> "Der Dienstleistende hat die dienstlichen Anordnungen des ..../Leiters der Dienststelle sowie der Personen einschließlich anderer Dienstleistender zu befolgen, die mit Aufgaben der Leitung und Aufsicht beauftragt sind (Vorgesetzte)." (§ 30 ZDG)

Wer sich nicht an seinen Arbeitsplatz begibt und die ihm im Dienstplan zugeteilte Tätigkeit nicht aufnimmt, verletzt die im Gesetz aufgestellten Dienstpflichten.

Hierfür sieht das Gesetz drei verschiedene Sanktionen vor:

1. Disziplinarmaßnahmen

Als Disziplinarmaßnahme kennt das Gesetz (§ 59 ZDG)

Verweis, Ausgangsbeschränkung und Geldbuße

Bei Dienstverweigerungen können wegen der Schwere der Verfehlungen Geldbußen bis zur 4-fachen Höhe des Monatssoldes (§ 60 Abs. 3 ZDG) verhängt werden.

2. Strafverfahren

a) Wer eine - mündliche oder schriftliche - Anordnung bekommt, den Dienst aufzunehmen und gegenüber dem Vorgesetzten demonstrativ zu erkennen gibt, daß er die Anordnung nicht befolgen will, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren bestraft (§ 54 Abs. 1 Nr. 1 ZDG).
b) Wer (ohne Demonstration) eine Anordnung nicht befolgt, macht sich in gleicher Weise strafbar, wenn die Anordnung erfolglos wiederholt worden ist (§ 54 Abs. 1 Nr. 2 ZDG).
c) Wer sich länger als 3 Tage dem Zivildienst entzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren bestraft (§ 52 ZDG).

Fälle dieser Art meldet die Dienststelle unverzüglich dem Bundesamt für den Zivildienst, das Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet.

3. Wegfall der Bezüge

Wer unerlaubt dem Dienst fernbleibt, verliert für die Dauer des Fernbleibens den Anspruch auf die Bezüge (§ 35 Abs. 1 ZDG i.V.m. § 1 Wehrsoldgesetz). Zu den Bezügen gehört außer dem Sold u.a. auch die Verpflegung.

Die Dienststellen haben über jede Dienstverweigerung von Zivildienstleistenden unverzüglich schriftlich zu berichten.

Massive Drohungen gegen Zivildienstleistende

Fortsetzung von Seite 1

geben kann, gibt es sie bei uns (im Zivildienst) *naturgemäß auch nicht"* („Welt", 18.1.78).

Die zunehmende Tendenz, den Zivildienst der militaristischen Entwicklung der Bundeswehr anzupassen, wird hier allzu offensichtlich. Bereits während der Bundestagsdebatte um die Verabschiedung der „Neuregelung des Kriegsdienstverweigerungsverfahrens" hatte Kriegsminister Leber die eigentlichen Absichten der SPD-„Reform" offenherzig formuliert: *„Ich weiß, das wird vielen von ihnen überhaupt nicht gefallen; denn viele, die eine Neuregelung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung verlangt haben, wollten de facto eine Abschaffung des Ganzen, damit aber eine Freistellung - werden viele sich aber wundern. Denn mit dieser Neuregelung wird die Zahl der Dienstleistenden im ganzen nicht kleiner, sonder größer.* **Wenn wir Wehrdienst und Zivildienst addieren, werden wir deshalb, davon bin ich fest überzeugt, nach der Neuregelung, die hier gefunden ist, im ganzen viel mehr Dienst für den Staat bekommen als bisher... weil mehr Dienstleistung verlangt wird und mehr Dienstleistung erfolgen wird."** (am 27.5.77, zitiert nach "KVZ", 31.10.77).

Im Prinzip bestanden also zwischen SPD und CDU keine Unterschiede bei der Ausrichtung des Zivildienstes. Die SPD hatte nur den weit verbreiteten Widerstand und die Ablehnung der Bundeswehr unterschätzt. Folge des „Wehrunwillens" der Jugendlichen: ein sprunghaftes Ansteigen der Verweigerer auf mehr als das dreifache bei Freigabe der Wahl zwischen Wehr- und Zivildienst bei ansteigender Tendenz. Mit ihrer Verfassungsklage hat die CDU/CSU dem nun einen Riegel vorgeschoben. Die Zahl der Verweigerer soll begrenzt werden, neue Stellen für Verweigerer werden geschaffen. Am 18.1. beschloß das Bundeskabinett, bis 1980 die Zahl der Zivildienstplätze von 34.000 auf 60.000 aufzustocken und bewilligte dafür 50 Millionen DM zusätzlich im Haushalt. („Westfälische Rundschau", 19.1.) Die Bundesregierung geht also auch weiterhin, trotz voraussichtlicher Wiedereinführung der "Gewissensprüfung" von hohen Verweigererzahlen aus. Gleichzeitig aber verstärkt sie ihre Bemühungen, den Zivildienst paramilitärisch auszurichten. So kündigte Iven nach der Kabinettssitzung an, **„die Möglichkeit eines Zivilschutzkorps werden untersucht"!!** („Ruhr-Nachrichten", 19.1.78)

Gegen diese Militarisierung und Verschärfung des Zivildienstes richtet sich die Bewegung der ZDLer. Deshalb hat die SOdZDL zu einer bundesweiten Aktionswoche vom 23. bis 28.1. aufgerufen. Höhepunkte der Aktionswoche vom 23. bis 28.1. sol-

aber verstärkt sie ihre Bemühungen, den Zivildienst paramilitärisch auszurichten. So kündigte Iven nach der Kabinettssitzung an, „die Möglichkeit eines Zivilschutzkorps werden untersucht"!! („Ruhr-Nachrichten", 19.1.78)

Gegen diese Militarisierung und Verschärfung des Zivildienstes richtet sich die Bewegung der ZDLer. Deshalb hat die SOdZDL zu einer bundesweiten Aktionswoche vom 23. bis 28.1. aufgerufen. Höhepunkte der Aktionswoche vom 23. bis 28.1. sol-

len der bundesweite Streik der ZDLer am 27.1. und eine bundesweite Demonstration am 28.1. in Dortmund, dem Sitz der ersten Zivildienstkaserne, sein. Inzwischen haben schon etwa 4000 der insgesamt 11000 ZDLer ihre Bereitschaft erklärt, sich am Streik zu beteiligen. Die Drohungen und Repressalien des Staates sollen diese Bewegung einschüchtern und zerschlagen.

Bis zu drei Jahren Gefängnis angedroht

In dem Rundschreiben 2/78 vom 18.1.78 an alle Dienststellenleiter weist das Bundesamt für den Zivildienst darauf hin, daß Zivildienstleistende in einem *„öffentlich-rechtlichen Dienst- und Gewaltverhältnis"* stehen, das einen Streik nicht erlaube. Außerdem seien die ZDLer zur Wahrung des „Arbeitsfriedens" angehalten. Laut Zivildienstgesetz gibt es drei verschiedene Sanktionsmöglichkeiten:

- **Disziplinarmaßnahmen wie Verweis, Ausgangsbeschränkung oder Geldbuße, wobei der Sold für vier Monate einbehalten werden kann**
- **Strafverfahren mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren, wer gegenüber der Aufforderung zu arbeiten, "demonstrativ" zu erkennen gibt, daß er die Anordnung nicht befolgt**
- **die gleiche Strafe wird angedroht, wenn ohne "demonstratives" Verhalten trotz wiederholter Aufforderung nicht gearbeitet wird**
- **ebenfalls drei Jahre Gefängnis drohen, wenn der Dienst länger als drei Tage verlassen wird.**
- **Bezüge werden für die Dauer der Dienstverweigerung sofort gestrichen, u.a. auch die Verpflegung.**

Zur Durchsetzung empfiehlt das Bundesamt:

- **einen besonderen Dienstunterricht über die „disziplinar- und strafrechtlichen Folgen" des Streiks**
- **unterschriftliche Bestätigung dieses Unterrichts durch die ZDLer**
- **wird die Unterschrift verweigert, sofortige Meldung der Betroffenen beim Bundesamt.**

Im Fall des Streiks sollen sofort dienstliche Anordnungen erteilt werden, um die ZDLer unter Druck zu setzen.

Dem Rundschreiben liegt ein Meldebogen über Dienstverweigerungsfälle bei.

Dieses Vorgehen des Bundesamtes stellt einen massiven Angriff auf das Streikrecht insgesamt dar und muß auch als solcher entschieden, auch von Gewerkschaften, zurückgewiesen werden. Darüberhinaus bedeuten die Strafandrohungen einen krassen Fall von Kriminalisierung und staatlicher Willkür gegenüber Jugendlichen, die nicht bereit sind, die Verschlechterung ihrer Lage und ihrer Rechte widerstandslos hinzunehmen. Zwar versucht das Papier bewußt, durch rechtlich zweifelhafte Formulierungen und unverhältnismäßig hohe Strafandrohungen einen stark einschüchternden Effekt zu erreichen (so heißt es beispielsweise in einem Schreiben an einen Hamburger ZDL: *„Ein Krankheitsfall ist so rechtzeitig zu melden, daß noch am Vormittag des 27.1. eine amtsärztliche Untersuchung stattfinden kann"*, was zum einen kurios ist – soll man drei Tage vorher seine Freitag eintretende Krankheit melden? – zum anderen rechtlich völlig unhaltbar), andererseits sind diese Drohungen sehr ernst zu nehmen. So setzt das Bundesamt auch darauf, daß die ZDLer vor dem Streik zurückschrecken.

Dem hat die SOdZDL in einem Flugblatt an die ZDLer Rechnung getragen. Sie empfiehlt allen Zivildienstleistenden

„– *Keine Reverse unterschreiben, daß ihr die dienstliche Anordnung erhalten habt. Fordert zuvor genaue Information über die Konsequenzen einer solchen Unterschrift, besucht deswegen (als Dienstgang natürlich) k o l l e k t i v die Regionalbetreuer und/oder Rechtsanwälte.*
– *Lehnt euch nicht ‚demonstrativ' gegen die dienstliche Anordnung auf (also vor Vorgesetzten nicht zur Streikteilnahme äußern).*
– *Wer am 27.1. nicht erreichbar ist, kann auch keine ‚wiederholte' dienstliche Anordnung bekommen.*
– *Fordert die Dienststellen auf, keine dienstlichen Anordnungen zu erteilen, der Streik richtet sich ja in erster Linie gegen die Maßnahmen des Bundesamtes (Notdienste).*"

Es wird wichtig sein, die bisher fast einmalige Breite des Bündnisses, das die SOdZDL zur Unterstützung ihrer Forderungen erreicht hat, gegen die angedrohten Repressionen in die Waagschale zu werfen. Ein breit getragener Protest gegen die Willkür der Bundesstellen muß organisiert werden. Iven und seine Hintermänner dürfen nicht durchkommen. Tausende streikende Zivildienstler, eine große Demonstration in Dortmund sowie eine Vielzahl örtlicher Aktivitäten und Veranstaltungen örtlicher Aktionseinheiten können den Militaristen im Bundesamt einen Strich durch die Rechnung machen.

Völlige Abschaffung des Gewissensprüfungsverfahrens!
Freie Wahl der Dienststelle – Keine Kasernierung von ZDL!
Keine Versetzung gegen den Willen der Betroffenen – Rücknahme der bisherigen Strafversetzungen!
Kein Planstellenabbau durch den Einsatz von ZDL!
Gegen die Verlängerung des Zivildienstes auf 18 Monate!
Massenhafter Protest gegen die Repressionsmaßnahmen des Bundesamtes für den Zivildienst!

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
BEHÖRDE FÜR SCHULE, JUGEND UND BERUFSBILDUNG
AMT FÜR VERWALTUNG
Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung
Postfach Nr. 5001, 2000 Hamburg 76
Fernsprecher 291 88-1 2181
Datum und Zeichen Ihres Schreibens
Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)
V 434-4
18. Januar 1978

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
BEHÖRDE FÜR SCHULE, JUGEND UND BERUFSBILDUNG
AMT FÜR VERWALTUNG

Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung
Postfach Nr. 5001, 2000 Hamburg 76

Fernsprecher 291 88-1 2181
Durchwahl 291 88-
Dienstgebäude: Hamburger Straße 31

Datum und Zeichen Ihres Schreibens | Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben): V 434-4 ZO 3771/01 | Datum: 18. Januar 1978

Betreff

Sehr geehrter Herr

Die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung hat erfahren, daß Sie am 27. Januar 1978 nicht zum Dienst erscheinen wollen. Als Beauftragter des Bundesamtes für den Zivildienst ordne ich hiermit die Verrichtung Ihres Dienstes auch an diesem Tage an. Ein Fernbleiben vom Dienst ohne ärztlich bescheinigte Arbeitsunfähigkeit gilt als Dienstverweigerung, die nach Mitteilung des Bundesamtes für den Zivildienst mit allen Konsequenzen geahndet wird (§ 54 ZDG).

Ein Krankheitsfall ist so rechtzeitig zu melden, daß noch am Vormittag des 27. 1. 1978 eine amtsärztliche Untersuchung stattfinden kann.

Mit freundlichem Gruß

Wiechmann

Aktionswoche der „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden"

Aktionswoche vom 23.1. bis 28.1.1978
Einen genauen Terminplan für Veranstaltungen und Aktionen gibt es bei der nächsten SOdZDL Gruppe.

Warnstreiks am 27.1. von 0.00 bis 24.00 Uhr
Unter "Hinweise zur Streikdurchführung" sind für jeden ZDL Tips für die Planung und Durchführung des eigenen Streiks nachzulesen.

zentrale Demonstration in Dortmund am 28.1.

- 10.30 Kundgebung I Alter Markt – Redner: SOdZDL, Gewerkschaft sowie Musik und Theater
- 11.30 Demonstration – Alter Markt, Willstraße, Prinzenstraße, Hansastraße, Südwall, Kleppingstraße, Hansastraße, Westentor, Hoher Wall, Westenhellweg, Alter Markt
- 13.00 Kundgebung II – Redner: DFG/VK, SOdZDL, Kirche
- 14.00 Abfahrt zum Vincenhof
- 15.00 Kundgebung III am Vincenhof – Redner: SOdZDL, Soldatengruppe sowie Musik und Theater
- 16.00 Abschluß der Aktion

Streikfond Die Aktionswoche, der Streik und die Demonstration müssen finanziert werden. Hierzu wurde ein Sonderkonto eröffnet. Jede SOdZDL Gruppe sollte nach Selbsteinschätzung, aber mindestens 20,-- DM, einzahlen, jeder einzelne ZDL 1% seines Monatseinkommens, in der Regel 5,-- DM.
PschA Hamburg 116177-200
Sonderkonto Michael Gaertner, Rendsburg, Stichwort: SO Hilfe

Nützliches Jeder Teilnehmer sollte sich für den Demonstrationstag völlig selbst versorgen. Eventuell gibt es bei der Kundgebung II Erbsensuppe mit Bockwurst. Informationszentrum für den Tag in Dortmund ist der Lautsprecherwagen. Hier werden Informationen angenommen und weitergegeben. (Essensmarkenausgabe, Personensuche u.ä.) Möglichst viele ZDL sollten auch für Sandwiches, Transparente, Gitarren, u.ä. sorgen.

Veranstaltung gegen das BVG-Urteil

Wedel: Mit über 200 Teilnehmern war eine Veranstaltung der Antimilitarismusgruppe in der „Aktion Jugendclub" in Wedel außerordentlich gut besucht, obwohl nur wenig Zeit zur Mobilisierung blieb. Besonders gut kam bei den Besuchern die Überprüfung des Gewissens durch drei Richter an, der sich mehrere Teilnehmer als „Delinquenten" stellten.

Fortsetzung von Seite 1

Grohnde-Prozesse: Angeklagt wir alle!

In der Nacht vom 13. auf den 14. Januar wurde Linda nun nach einer Vollversammlung der BBA in Bremen verhaftet – mit einem Haftbefehl, der bereits fast acht Wochen alt war, nämlich das Datum des nicht stattgefundenen Prozesses vom 22.11.77 trug. Ihre Verhaftung ist damit als rein willkürlich zu erkennen: Zum einen ist ihr Nichterscheinen vor Gericht am 22.11. kein „eigenes Verschulden" (was dem Gericht auch schriftlich mitgeteilt wurde), sondern eine Protestaktion ihrer Freunde gewesen, die nicht zulassen wollten, daß sie unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit abgeurteilt wird. Linda selbst hat zu keinem Zeitpunkt eine Erklärung in dem Sinne abgegeben, daß sie sich von sich aus der Verhandlung entziehen wird, und ein neuer Termin ist wie gesagt noch gar nicht bekannt. Zum anderen ist unverkennbar, daß ihre Verhaftung in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Prozeßbeginn in Hannover steht und als wohlvorbereiteter Anfang eines größeren Schlags gegen alle Angeklagten war. Denn Linda war keineswegs nach dem 22.11. „untergetaucht" und hätte also, wenn der Haftbefehl bereits an jenem Tag ausgestellt wurde, auch schon früher verhaftet werden können. Aus Berichten von Freunden von Linda, daß sie seit dieser Zeit sogar unbehelligt Grenzkontrollen passieren konnte, geht unschwer hervor, daß die Verantwortlichen in der Justiz sich ihre Verhaftung mithin zunächst mal „aufsparen" wollten – möglicherweise in dem Kalkül, nicht bereits vor Beginn der Hauptprozesse in Hannover durch ihre Verhaftung eine Gegenmobilisierung entstehen zu lassen, die dann bereits eine größere Wachsamkeit gegenüber den Hannoveraner Prozessen vorbereitet hätte. Eine andere keineswegs weniger skandalöse Möglichkeit ist die, daß die den Haftbefehl ausstellenden Richter aus einer „Begründungsnot" heraus diesen Haftbefehl einfach zurückdatiert haben.

Bereits kurz nach ihrer nächtlichen, überfallartigen Verhaftung wurde Linda nach Hildesheim in den dortigen Frauenknast verschleppt. Am 16.1. fand dort ein Haftprüfungstermin statt. Der Haftrichter willigte dort zunächst auf eine Freilassung Lindas ein - allerdings nur bei einer Kaution von 10.000 DM! Als diese Kaution jedoch übergeben werden sollte, war dieser Freilassungsbeschluß bereits wieder umgestoßen:die Staatsanwaltschaft hatte unter Hinweis auf
bereits wieder umgestoßen:die Staatsanwaltschaft hatte unter Hinweis auf
das Fernbleiben von Karl Winter eine Beschwerde gegen den Freilassungsentscheid durchgebracht! Nach Auskunft des Bremer BBA-Büros soll nun am 23.1. ein neuer Haftprüfungstermin stattfinden, nachdem ein weiterer Versuch, eine Freilassung Lindas am 21.1. (Samstag) zu erwirken, an der schnoddrigen Haltung des Haftrichters gescheitert war, daß Wochenende sei und er da nicht arbeite!

Sollte Linda am 23.1. tatsächlich wieder freigelassen werden, saß sie immerhin 10 Tage in Haft - für nichts weiter als ihre Teilnahme an der Grohnde-Demonstration. Denn Beweise über irgendwelche „Straftaten", die sie begangen haben soll, konnten bislang absolut nicht vorgelegt werden. Konkret beschuldigt wird sie, zwei Polizisten vors Schienbein getreten zu haben (die Anklage lautet dabei auf "Landfriedensbruch"). Allerdings hat der sie belastende Polizist seine Aussage, mit der Linda "identifiziert" wurde, inzwischen bereits hinsichtlich ihrer Kleidung "korrigieren" müssen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß Linda gar nicht mit der von ihm beschriebenen Person übereinstimmte.

Rüdiger Jörß

Am 16.1. fand der erste Prozeßtag gegen Rüdiger Jörß aus Hamburg vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Hannover statt - drei Tage, nachdem die Prozeßwelle dort mit der Verhandlung gegen Karl Winter begann, der dem Prozeß fernblieb und von dem uns auch keine weiter Erklärung dazu vorliegt.

Zu Rüdigers erstem Prozeßtag erschienen rund 1.000 AKW-Gegner vor dem Gerichtsgebäude und protestierten dagegen, daß einzelne Grohnde-Demonstranten willkürlich rausgegriffen und abgeurteilt werden sollten. Rüdiger selbst erschien nicht im Gerichtssaal und gab dazu eine schriftliche Erklärung ab, in der er zwei Gründe für sein Fernbleiben nannte:

1. die bereits erfolgte Kriminalisierung der Angeklagten und die rücksichtslose Durchsetzung des staatlichen Machtanspruchs;
2. daß er *„eine Zuständigkeit der Gerichte, über unseren Widerstand zu urteilen"*, nicht anerkenne.

Aus Rüdigers Erklärung geht dabei auch hervor, daß sein Fernbleiben für ihn demonstrativen Charakter habe und zunächst nur auf diesen ersten Prozeßtermin begrenzt sei. Er schreibt *„daß die Anti-AKW-Bewegung derzeit kaum in der Lage sein wird, die Konfrontation a l l e i n auf dieser Ebene längere Zeit erfolgreich durchzustehen. Wir werden nicht umhin kommen, diese Prozesse zu führen, also auch im Gerichtssaal zu agieren. Wir werden versuchen, diese Prozesse zu einer Anklage der Atom-Industrie und ihres Staates zu machen."* (zit.n. Prozeß-Info 2, BBA, Bremen)

Das Gericht beschloß, Haftbefehl gegen Rüdiger zu erlassen. Dies stellt bei einem einfachen Fernbleiben vor Gericht eine äußerst schwerwiegende Maßnahme dar: das Gericht hätte, wenn es nur um die Durchführung der Verhandlung gegangen wäre, es nämlich ebenso bei einer Anordnung zur polizeilichen Vorführung zum nächsten Prozeßtermin "bewenden" lassen können. Der Erlaß des Haftbefehls erfolgte zudem unter Ausschaltung einer Einspruchsmöglichkeit
fehls erfolgte zudem unter Ausschaltung einer Einspruchsmöglichkeit
von Rüdigers Verteidigern: diese hatten nämlich ihr Erscheinen vor Gericht angekündigt, allerdings von unterwegs um eine geringfügige Verschiebung des Termins gebeten, da sie auf dem Weg nach Hannover eine Autopanne hatten. Als sie den Gerichtssaal betraten, verlas der Richter gerade den Haftbefehl und schloß damit die "Verhandlung", ohne noch die Gegenargumente der Verteidigung anzuhören!

Zum zweiten Prozeßtermin am 19.1. erschien Rüdiger freiwillig vor Gericht. Der Haftbefehl wurde daraufhin zunächst aufgehoben. Nichtsdestoweniger wurde Rüdiger während einer Prozeßpause in "Sicherheitsverwahrung" genommen, und: am Ende des Prozeßtermins wurde ein neuer Haftbefehl gegen ihn mit der Begründung erlassen, daß es ja sein könne, daß er sich für den nächsten Termin wieder zum Fernbleiben entschließen könnte; es bestehe "Fluchtgefahr"!

An eigentlicher Verhandlung entlang der Anklage (schwerer Widerstand, schwerer Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung) lief bei diesem Prozeßtermin nichts ab, da Rüdiger unmittelbar zu Beginn der Verhandlung seinen bisherigen Verteidiger von der Mandatsführung entband, weil "kein Vertrauensverhältnis" zwischen ihnen mehr bestünde. Für den weiteren Ablauf kann dies nur von Nachteil sein, denn das Gericht beauftragte trotz Neubenennung einer anderen Verteidigerin durch Rüdiger selbst zusätzlich einen Zwangsverteidiger. Allein die Tatsache, daß vom Gericht eine derartige Maßnahme ergriffen wurde, zeigt einmal mehr das ganze Verständnis dieses Gerichts von den Prozessen gegen AKW-Gegener: die Bereitstellung von Zwangsverteidigern ist bereits zu einer generellen Praxis in "Terroristen"-Prozessen geworden, um dem Gericht auf alle Fälle einen ihm genehmen Ablauf zu sichern.

Die Praxis aus Stammheim wurde vom Hannoveraner Gericht auch hinsichtlich der „Sicherung" des Gerichtsgebäudes übernommen. Die Situation vorm und im Gerichtsgebäude beim ersten Prozeßtermin gegen Karl Winter beschrieb der NDR-Reporter im „Kurier am Mittag" so. „... *das Landgericht in Hannover glich sozusagen einer belagerten Festung. Hinter dem Gebäude des Gerichts rund 20 Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei, vor dem Portal mobile Eisenzaunsperren. Einige Hundertschaften Polizei waren zum Schutz des Gerichts und um einen ordnungsgemäßen Verlauf der Verhandlung, wie es hieß, zu garantieren eingesetzt. Polizei auch links und rechts in den Räumen neben dem Schwurgerichtssaal auf den Fluren und auch im Treppenhaus."* –

Wer sollte da wohl nicht den Eindruck bekommen, daß die angeklagten AKW-Gegner mindestens ebenso gefährlich sind wie ein unberechenbarer Massenmörder?! Daß die Überzeugung eines derartigen Kriminalisierungs-Klimas durchaus auch bis ins Groteske gehen kann, zeigte übrigens ein Artikel der „FAZ" vom Vortag (12.1.), der mit pflichtschuldigem Ernst folgende Behauptung der Polizei über die „Straftat" eines der Angeklagten wiedergab: er habe bei der Grohnde-Demonstra-
eines der Angeklagten wiedergab: er habe bei der Grohnde-Demonstra-
tion eine gewaltsame Befreiung der Festgenommenen mit den Worten angedroht: *„Sonst sind wir in zwei Stunden mit Panzern und Maschinengewehren wieder hier."* ...

Die nächsten Prozeßtermine in Hannover sind:

23.1.: Andreas H. aus Göttingen
26.1.: Rüdiger J. aus Hamburg
27.1.: Gerd S. aus Hameln
30.1.: Helmut O. aus Lüchow-Dannenberg
16.2.: Christian M. aus Geesthacht

Wir fordern:
Sofortige Freilassung von Linda, Rüder und Jerry!
Aufhebung aller Haftbefehle und Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner!

AKW-Nein–Kommission

„Vertrauliches" Dokument des Hannoverschen Landgerichtes

„Bezüglich der Hauptverhandlungen in den Strafverfahren gegen
a) Gerhard Winter am 13. und 17. Januar 1978, jeweils 9.30 Uhr;
b) Gerd Schulz am 27. Januar und 1.Februar 1978, jeweils 9 Uhr
haben sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß eine unmittelbare Gefährdung der Sicherheit im Gerichtsgebäude oder eine empfindliche Störung des Gerichtsbetriebes ernstlich zu befürchten sind. (. . .)

5.) Die Zuschauer haben vor Betreten des Sitzungssaales Taschen, Bündel, Kartons oder ähnliche Tragebehälter sowie Ferngläser, Fotoapparate, Film- und Tonaufnahme- oder ähnliche Geräte gegen Quittung, auf der Namen, Vornamen und Kontrollkarten-Nummer notiert werden, in Verwahrung zu geben. Rückgabe erfolgt nur gegen diese Quittung bei Verlassen des Gerichts. (. . .)

6.) Die Zuschauer müssen sich vor Betreten des Sitzungssaales **einer körperlichen Durchsuchung – durch Abtasten der Kleidung und Durchleuchten** – auf Waffen, gefährliche **Werkzeuge** (auch **Feuerzeuge oder Streichhölzer**), Wurfgegenstände (auch Flaschen, Farbbeutel, Obst o. ä.) und sonstige zur Störung verwendbare Gegenstände (z. B. Transparente, **Flugblätter** o. ä.) unterziehen. Gegebenenfalls ist die Ausleerung in der Kleidung befindlicher Taschen und Vorlage des Inhalts zu verlangen. (. . .)

Der Angeklagte ist vor dem Betreten des Sitzungssaales auf Waffen usw. entsprechend 6) zu untersuchen. Dieser Untersuchung unterliegen auch Taschen oder ähnliche von ihm mitgeführte Behältnisse. – In seine Verteidigungsunterlagen darf jedoch kein Einblick genommen werden. (. . .)

10.) Sitzungssaal und Beratungszimmer sind vor der Sitzung auf etwaige Störungsquellen oder -mittel zu durchsuchen.
Sie sind vor, während und nach der Stzung in entsprechender Weise abzusichern.

11.) Zur Sicherung der Feststellung der **Personalien von Zuschauern, die möglicherweise die Sitzung stören,** sind die verwahrten Ausweispapiere von Justizbeamten **abzulichten** und die Fotokopien beschleunigt allein mir vorzulegen. (. . .)

12.) Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Sitzungssaal sollen **als Sitzungspersonal zur Unterstützung der Justizbeamten Angehörige der Polizei im Wege der Amtshilfe zugezogen werden.**

13.) Die in dieser Verfügung getroffenen Anordnungen sind aus Sicherheitsgründen **vertraulich** zu behandeln. (. . .)

Solidarität



Mitglieder der Hamburger BUU besetzten am 21.1. die Petri-Kirche, um ihren Protest gegen die Strafverfahren und die Verhaftungen von AKW-Gegnern zu demonstrieren.

Für die sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren, für die Aufhebung der Haftbefehle und für die sofortige Freilassung der inhaftierten Grohndeangeklagten fanden vor allem in Bremen, Hannover und Hamburg Solidaritätsaktionen und Demonstrationen statt.

Bremen:
Anlaß spontaner Aktionen war die Festnahme der Bremer AKW-Gegnerin Linda E. nach einer Vollversammlung der Bremer Bürgerinitiativen am 13.1.

Unmittelbar versammelten sich ca. 50 AKW-Gegner vor der Wache, in
Unmittelbar versammelten sich ca. 50 AKW-Gegner vor der Wache, in
die sie zuerst verfrachtet wurde, und drangen sogar in die Wache ein.

Nach ihrem Abtransport in eine andere Wache wuchs die Zahl der Demonstranten gegen Mitternacht auf über 200 an.

Am Samstagvormittag beteiligten sich dann bis zu 200 AKW-Gegner an Demonstrationszügen und Kundgebungen bis hin zum Haftprüfungstermin, der mittags stattfand. Hier wurden im Anschluß drei AKW-Gegner vorläufig festgenommen.

Eine am Abend einberufene Vollversammlung (VV) der Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke (BBA) beschloß für den Sonntag eine Pressekonferenz und eine weitere Demonstration am Montag. Nach dieser VV fuhren dann über 100 Leute zu einer spontanen Demonstration vor das Frauengefängnis, wo Linda inhaftiert war.

Hier erfuhr man, daß Linda inzwischen ins Frauengefängnis nach Hildesheim verlegt worden ist.

Am Montag beteiligten sich dann ca. 1200 AKW-Gegner an der Demonstration der BBA, zu der auch „KPD", KBW und KB aufriefen.

Als am Dienstag bekannt wurde, daß Linda nicht feigelassen wird, wurde von 80 BBA-Mitgliedern eine erneute VV für den 18.1. angesetzt, an der sich über 500 Leute beteiligten und für den 27.1. eine erneute Demonstration beschlossen.

Auch nach dieser VV kam es nach einer weiteren Protestaktion wieder zu Bullen–Überfällen, bei denen 27 Leute festgenommen wurden. Einem AKW-Gegner wurde die Pistole auf die Stirn gedrückt, um seine Personalien festzustellen.

Hannover:
Zum 1.Prozeßtag gegen einen der Grohnde-Angeklagten versammelten sich ca.700Leute und forderten die sofortige Einstellung der Strafverfahren. An einem weiteren Demonstrationszug durch die Innenstadt beteiligten sich ca. 1000 Menschen. Zu einem Teach–In am Abend kamen 250 Leute, um über weitere Aktivitäten zu beraten.

Am Samstag ,den 21.1.,fand eine Demonstration der hannoverschen Bürgerinitiativen mit 500 Leuten statt. Der KBW, der zu einer zentralen norddeutschen Demo nach Hannover aufrief und mit Joscha Schmierer als Starredner „lockte", beteiligte sich nicht, sondern rief zu einer „Demonstration der Massen" auf, an der sich 1500 Leute und viele Spiel-
„Demonstration der Massen" auf, an der sich 1500 Leute und viele Spiel-
mannszüge beteiligten. Für diese Demo versuchte er unter dem Motto zu werben, 'alle BIs sind auf unserer Seite '. Am Abend führte der KBW dann eine Veranstaltung durch , an der sich ebenfalls 1500 Menschen beteiligten.

Am Donnerstag, 19.1., besetzten dann anfangs ca. 40, anwachsend auf ca.100 Menschen die Marktkirche gegenüber dem Landgericht. Dem Wunsch der Bullen, die Kirche räumen zu dürfen, kam der Superintendent Flügge nicht nach. Die gesamte Kirchenbesetzung wurde relativ breit und objektiv in der Presse wiedergegeben. Am Freitagabend wurde die Kirche wieder geräumt.

Hamburg: Am 21.1. folgten rund 1.500 AKW-Gegner einem Aufruf der BUU-Hamburg zur Protestdemonstration gegen die erfolgten und weiter drohenden Verhaftungen. Während der Abschlußkundgebung, auf der einer der Angeklagten sprach, besetzten ca. 50 BUU-Mitglieder die nahegelegene St. Petrikirche in der Innenstadt — ein großer Teil der Demonstranten schloß sich dieser Aktion unmittelbar an. Es wurde erreicht, daß der Protest und die Forderung nach sofortiger Freilassung der inhaftierten AKW-Gegner auf diese Weise über Rundfunk und Fernsehen breiter in die Öffentlichkeit drang. Die Besetzungsaktion wurde daraufhin spät in der Nacht, und nachdem in der Kirche ein kulturelles Programm zum Kampf gegen die Atomanlagen stattgefunden hatte, wieder abgebrochen. Der zuständige Pastor und der Kirchenvorstand der Petri-Gemeinde hatten sich ausdrücklich mit den Zielen dieser Besetzungsaktion und der Art ihrer Durchführung solidarisch erklärt. An einer am folgenden Sonntag einberufenen Pressekonferenz der Besetzer

Fortsetzung auf Seite 5



Demonstranten vor dem Landgericht Hannover am 16.1. protestieren gegen den Prozeß gegen Rüdiger J.

Fortsetzung von Seite 4

nahm der Pastor selbst teil und unterstrich, daß seine Kirche Schutz für Verfolgte und Bedrängte gewährt. Er bot auch von sich aus weitere Diskussionen zwischen AKW-Gegnern und Mitgliedern seiner Gemeinde an. Die Tatsache, daß außer „konkret" und „spontan" nur die „Hamburger Morgenpost" einen Journalisten geschickt hatte, demonstrierte gleichzeitig aber auch, daß die herrschende Presse nur begrenzt den Anliegen der Besetzer Gehör zu geben bereit ist. Die Sprecher der BUU-Hamburg erklärten auf dieser Pressekonferenz, daß weitere Protestaktionen vorbereitet werden, wenn die Forderung nach sofortiger Freilassung der inhaftierten AKW-Gegner nicht erfüllt wird.

Weitere Proteststimmen gegen die Grohnde-Prozesse

Das niederländische LEK sandte einen Brief an die BUU-Hamburg und andere Sektoren der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung, in dem die Forderung nach sofortiger Einstellung aller Strafverfahren gegen AKW-Gegner unterstützt wird. Das LEK teilt darin weiter mit, daß bereits mit einer Unterschriftensammlung unter einer Solidaritätserklärung begonnen und in der letzten Ausgabe des „Almelo-Bulletins" ausführlich über die anstehenden Prozesse berichtet wurde. Es soll versucht werden, einen holländischen Journalisten als Beobachter zu den Hannoveraner Prozessen zu entsenden.

Der BBU hat in einer kürzlichen Presseerklärung (20.1.) gegen die „*geradezu hysterische Verfolgung von Atomgegnern auf allen Ebenen*" protestiert. Die „*konzertierte Aktion der staatlichen Organe gegen Atomgegner*", wofür der BBU mehrere Beispiele nennt (darunter auch die Grohnde-Prozesse) „*überschreitet die Grenzen des rechtsstaatlich Vertretbaren bei weitem. Besorgte Bürger werden damit in die Nähe der Terroristenszene gestellt*", heißt es darin weiter.

Auf einer Tagung von Umweltschutzverbänden und Lebensschutzorganisationen, die am 14./15.1. in Darmstadt stattfand (anwesend waren Vertreter bzw. Mitglieder von AUD, WSL, BUND, BUU/HH u.a.) wurde gleichfalls eine Presseerklärung gegen die Grohnde-Prozesse beschlossen. Gegen die Angriffe auf die bürgerlichen Freiheiten müsse verstärkt eine „ökologische Opposition" aufgebaut werden, heißt es darin u.a.

BUU/Hamburg beschließt: Kandidatur zu den Bürgerschaftswahlen!

Für den 19.Januar war eine Vollversammlung der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU)/Hamburg einberufen worden, auf der über die Wahlbeteiligung der BUU an den Hamburger Bürgerschaftswahlen am 4.Juni entschieden werden sollte. Die Frage einer möglichen Wahlbeteiligung war seit mehreren Monaten innerhalb der BUU diskutiert worden und bereits Ende Oktober hatte das Delegiertenplenum ein erstes positives Votum dazu abgegeben. Zum damaligen Zeitpunkt befürwortete die Mehrheit der Delegierten eine Wahlbeteiligung im Rahmen eines "Wehr Euch"-Bündnisses zusammen mit anderen Basisbereichen. Eine starke Minderheit plädierte damals für eine Kandidatur, deren inhaltlicher Schwerpunkt die Anti-AKW-Fragen sein sollten. Auf der Vollversammlung, auf der knapp die Hälfte der BI-Mitglieder anwesend war (ca. 400), wurde deutlich, daß sich im Verlauf der vorangegangenen Diskussionen die Standpunkte weitgehend angenähert hatten: Die große Mehrheit (fast 400) befürwortete eine „Wehrt Euch"-Kandidatur, 10 stimmten für die Kandidatur auf einer „Anti-AKW-Liste", 10 enthielten sich der Stimme.

Zur Vorbereitung der Vollversammlung hatte das Delegiertenplenum am 2.1. einen Plattformentwurf der AKW-Gegner verabschiedet, der bis zur Vollversammlung in den BIs diskutiert wurde.

Von 16 BIs kamen Anträge auf Änderung von verschiedenen Formulierungen, Neuformulierung oder Hinzufügung einzelner Abschnitte bis hin zu einem neuen Plattformvorschlag (BI Bergedorf). Die Änderungsvorschläge wurden von einem Redaktionskollektiv in die Plattform eingearbeitet und der Vollversammlung vorgelegt. Aufgrund der Kritiken aus den BIs wurden in die Plattform noch zusätzlich die Pro-AKW-Demagogie der Gewerkschaftsführung und die Verharmlosung der Gefahren von Atomanlagen durch die Parteien aufgenommen. Auf der Vollversammlung wurde der Plattformentwurf sehr lebhaft diskutiert.

Es gab über ein Dutzend Änderungs- und Zusatzanträge. So wurde z.B. noch über einen weiteren Passus zur Alternativenergie auf Antrag der BI Hoheluft abgestimmt, der dann auch mit knapper Mehrheit akzeptiert wurde. Nach Abschluß der Debatte wurde die Plattform mit großer Mehrheit insgesamt gebilligt. Sie dient jetzt als Grundlage der AKW-Gegner im Wahlkampf und aus ihr soll ein (komprimierter) Teil in die Gesamt-Plattform eines „Wehrt Euch"-Bündnisses eingehen.

Anschließend wurden von einem Mitglied des BUU-Sprecherrates 4 Kandidaten für die Landesliste vorgeschlagen. Über den Vorschlag, der mit großem Applaus von der VV aufgenommen wurde, konnte aufgrund der vorgerückten Zeit nicht mehr entschieden werden. Dies soll — nach der Diskussion in den BIs — demnächst auf dem Delegiertenplenum geschehen.

Innerhalb der nächsten zwei Wochen stehen dieselben Festlegungen auch bei den Frauen-, Jugend- und Mieterinitiativen an. Die genaue Übersicht über die tatsächliche Breite des geplanten „Wehrt-Euch"-Bündnisses soll auf einem Delegiertentreffen aller interessierten Initiativen und Organisationen am 29.Januar festgestellt werden. Zu diesem Treffen wurden auch ausdrücklich die Gruppen und Initiativen als Beobachter eingeladen, die die Wahlbeteiligung noch nicht ausdiskutiert haben oder ein „Wehrt-Euch"-Bündnis aus den verschiedensten Gründen nicht direkt namentlich unterstützen können, ihm aber mit Sympathie gegenüberstehen.

Vor mehreren Wochen hat der Sprecherrat der BUU auch mit den traditionellen Verbänden der Umweltschützerbewegung (WSL, GAU (Gesellschaft zur Aufklärung über Umweltgefahren), AUD etc.) Kontakt aufgenommen. Innerhalb dieses Kreises gibt es durchaus unterschiedliche Vorstellungen über ein Eingreifen in die Hamburger Bürgerschaftswahlen. Die Meinungen reichen von Aufstellung einer eigenen „grünen Liste" bis zu einer Unterstützung des „Wehrt-Euch"-Bündnisses. Wie sich dieser Kreis, oder Teile daraus, letztlich entscheidet, bleibt abzuwarten. Erfreulich ist, daß einige Vertreter dieser traditionellen Umweltschützerverbände ihre Teilnahme an dem Delegiertentreffen am 29.1. zugesichert haben.

Interview mit Rechtsanwalt Groenewold

Nach den ersten beiden Prozeßtagen im Strafverfahren gegen Kurt Groenewold hatten wir Gelegenheit, mit dem Rechtsanwalt ein Interview zu machen. In diesem Interview nimmt er Stellung zu der gegen ihn erhobenen Anklage.

AK: Am 18.1. hat der Strafprozeß gegen Dich als ersten – ehemaligen – Verteidiger von Gefangenen aus der RAF begonnen. Wegen der „besonderen Bedeutung" der Sache hat die Bundesanwaltschaft die Vertretung der Anklage vor dem Oberlandesgericht Hamburg übernommen. Welche Ziele verfolgt die Bundesanwaltschaft aus Deiner Sicht mit diesem Musterprozeß?

KG: *In der Bundesrepublik gibt es gegenwärtig Verfahren gegen 80 Rechtsanwälte, ein Teil davon, etwa 30, sind Strafverfahren. Diese Verfahren richten sich gegen ein Konzept politischer Verteidigung. Der Prozeß gegen mich wird von der Bundesanwaltschaft vorbereitet. Er ist ein Musterprozeß gegen ein Konzept von Verteidigung. Ich bin angeklagt, weil ich Verteidiger der Gefangenen aus der RAF war. Es handelt sich darum, daß diese Mandanten das Konzept hatten, ihre Politik und ihr Selbstverständnis in einer Prozeßerklärung darzulegen, und es handelt sich darum, daß diese Mandanten besonderen Haftbedingungen unterworfen wurden, sich in Isolationshaft befanden ,in Haftbedingungen, die zu ihrer Zerstörung führen mußten. Unsere Aufgabe als Verteidiger bestand darin, ihnen einen Prozeß zu ermöglichen, in dem sie sich ordnungsgemäß verteidigen konnten.*

Die Bundesanwaltschaft hat 1975 entschieden, die Verteidigung im Stuttgarter Prozeß zu zerschlagen. Deshalb wurden im Zusammenhang mit dem neuen Anti-Terror-Gesetz (Anm.AK: vom 1.1.1975), das die Möglichkeiten dazu bot, Ausschlußverfahren gegen die Rechtsanwälte Ströbele, Croissant und mich vorbereitet. Es wurden dann auch Strafverfahren vorbereitet, weil nur so die neue Gesetzgebung, die eine massive Einschränkung der Verteidigungsrechte ist, legitimiert werden konnte. Die Bundesanwaltschaft hat sich damals entschieden, den Prozeß gegen mich als Musterprozeß zu führen, weil ich damals in der internationalen Öffentlichkeit die Gelegenheit hatte, über die Haftbedingungen zu berichten, und weil sie eben die öffentliche Diskussion der Haftbedingungen und der Perversion der Prozeßbedingungen der Mandanten verhindern wollte.

gen der Mandanten verhindern wollte.

AK: Der Anklagevorwurf lautet: „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung". Welche konkreten Vorwürfe werden Dir damit gemacht?

KG: *Ich bin angeklagt, weil ich meine inhaftierten Mandanten unterstützt habe.*

In der Presse hat die Bundesregierung zwar das Bild entworfen, ich hätte Kontakte zwischen unseren Mandanten und illegalen Gruppen außerhalb der Haftanstalten hergestellt. In der Anklage steht davon kein Wort, diese Behauptungen sind verleumderisch. Sie sollten diesen Prozeß vorbereiten. Die besondere Konstruktion der Anklage besteht darin, daß die Gruppe der inhaftierten Mandanten zu einer „kriminellen Vereinigung" erklärt wird. Wenn man überhaupt von einer „Vereinigung" spricht, dann handelt es sich um eine Vereinigung, die gemeinschaftlich ihren Prozeß vorbereiten wollte und sollte und die wir (alle Verteidiger des Stammheimer Verfahrens, AK) natürlich bei ihrer Verteidigung, auch bei der gemeinschaftlichen Prozeßvorbereitung, unterstützt haben.

Das war immer zulässig und es war auch im Gesetz, in § 146 der Strafprozeßordnung alter Fassung (vor der „Reform" durch die „Anti-Terror-Gesetze" vom 1.1.1975, Anm. AK) abgesichert.

Inzwischen sind diese Vorschriften zuungunsten von Angeklagten, die sich gegen den Vorwurf eines Organisationsdeliktes verteidigen müssen, abgeschafft worden. Konkret macht mir die Bundesanwaltschaft den Vorwurf, ich hätte den Hungerstreik meiner Mandanten dadurch unterstützt, daß ich sie über die Reaktion in der Öffentlichkeit und die Situation der anderen Gefangenen unterrichtet habe. In diesem Sinne hätte ich genauso wie mit dem sog. „Informationssystem" oder „Info" ihr Selbstverständnis als Stadtguerilla und ihr Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt. Man fragt sich natürlich, was solche Definitionen mit Straftaten zu tun haben. Eine solche Frage kann man auch nicht vernünftig beantworten. Tatsächlich ist es so, daß wir eine gemeinschaftliche Verteidigung in einem Großprozeß mit zahlreichen Angeklagten, zahlreichen Anwälten und zahlreichen staatlichen Stellen vorbereitet haben. Im Mittelpunkt der Anklage stand der Vorwurf der „kriminellen Vereinigung", nämlich der Bildung der RAF, auf der anderen Seite stand eben im Mittelpunkt der Verteidigung das Konzept dieser politischen Gruppe, das sie als ihr Konzept darstellen wollte. Dazu benötigten sie umfangreiche Informationen, dafür war eine intensive Diskussion zwischen den Mandanten, die wir gemeinschaftlich verteidigt haben, und auch den Anwälten erforderlich.

AK: Am ersten Prozeßtag wurde von den Verteidigern die Einstellung des Verfahrens beantragt. Welches waren die Gründe, und warum wurde Deiner Ansicht nach der Antrag abgelehnt?

KG: *Die Verteidigung hat beantragt, das Verfahren einzustellen, weil ein fairer Prozeß nicht mehr möglich ist. Dies ist ein Begriff aus dem angelsächsischen Recht. Wenn die Regierung direkt in ein Verfahren eingegriffen hat, wenn also z.B. der Bundeskanzler oder wie hier der Bundesjustizminister praktisch festgestellt haben, daß der einzelne Angeklagte verurteilt werden muß, muß das Verfahren sofort eingestellt werden, weil eine ordnungsgemäße Verteidigung nicht mehr möglich ist.*

Wir haben in diesem Antrag die Kampagne gegen die Verteidiger seit 1972 dargestellt, insbesondere die konkreten falschen Behauptungen der staatlichen Stellen, nämlich des Bundesjustizministeriums, des Bundeskriminalamtes und der Bundesanwaltschaft gegen mich vorgetragen. Wir haben also im einzelnen dadurch auch klargestellt, daß diese Behauptungen, die ja darin bestanden, die Verteidiger zu verdächtigen, in illegale Handlungen verwickelt zu sein, falsch sind.



Dieser Antrag ist nach deutschem und dem Recht der europäischen Menschenrechtskonvention zulässig, und er ist auch begründet.

Das Gericht hat ihn abgelehnt. Es hat gesagt, daß eine solche Kampagne besteht, und es hat darauf hingewiesen, die Berufsrichter würden besonders sorgfältig sein. An solchen Zusicherungen muß man natürlich zweifeln angesichts anderer Entscheidungen gerade von Berufsrichtern, die sich sehr oft an den politischen Erwartungen der Regierung orientieren.

AK: Du wirst neben den westdeutschen Rechtsanwälten Zimmermann (Bochum), v. Bagge (Hamburg) und Preuss (Bremen) von dem französischen Anwalt Houvert Roland verteidigt. Was hat Dich zur Wahl eines französischen Verteidigers bewogen?

KG: *Das Gericht hat diesen ausländischen Kollegen zugelassen. Das Gericht hatte vorher – allerdings in anderer Besetzung – Telford Taylor, den früheren amerikanischen Chefankläger in Nürnberg, zurückgewiesen mit der interessanten Begründung, die mir vorgeworfenen Straftaten seien in Deutschland begangen, und ich bräuchte Mr. Taylor nicht. Mr. Taylor ist ein Mann, der z.B. in Nürnberg (bei den Kriegsverbrecherprozessen 1946/47, Anm. AK) die deutschen Juristen angeklagt hat, weil sie die deutsche Justiz zur Vernichtung von Menschen und zur Vernichtung jeglicher Gesetzlichkeit benutzt und entwickelt haben.*

Ein ausländischer Verteidiger ist in diesem Prozeß deshalb tätig, weil wir davon ausgehen, d.h. alle Verteidiger, die in Stuttgart verteidigt haben, daß das Konzept unserer Verteidigung in der Tradition politischer Prozesse in der ganzen Welt steht und weil wir auch bei Beginn der Prozesse diese Tradition studiert haben und kannten und weil wir uns darauf beziehen, und weil dazu im Gegensatz die Bundesregierung ein Konzept hat, nach der auch die Verteidigung praktisch ein Teil der Anklage wird, d.h. wenn man das vom Beruf des Anwalts her definiert, daß der Anwalt in erster Linie ein Gehilfe des Gerichts ist, ein Staatsdiener, während wir das Konzept haben, daß der Anwalt auf seiten seines Mandanten steht, dessen Verteidigung zu unterstützen hat, natürlich als Rechtsanwalt im Rahmen der Legalität.

AK: Der Prozess findet eine breite Öffentlichkeit im westeuropäischen Ausland und auch den USA. Aus welchen Ländern waren Prozessbeobachter anwesend, und welchen Eindruck hatten sie aufgrund der ersten beiden Verhandlungstage?

KG: *Im Prozess waren eine große Zahl von Vertretern internationaler Juristen-Organisationen. Vor allem hatte das Internationale Büro von Amnesty-International einen Beobachter geschickt, Prof. Dr. Rüter aus Amsterdam. Außerdem war ein Vertreter der französischen Richtergewerkschaft „Syndicat de la Magistrature" und von der entsprechenden italienischen Organisation „Magistratura democratica", der römische Richter Gaitano Dragotto. Des weiteren waren Vertreter weiterer Juristenorganisationen aus Frankreich gekommen, nämlich des „Syndicat des Avocats", des „Mouvement d'action judiciaire", der „Association des juristes internationales" und der „Liga für Menschenrechte". Es haben sich außerdem noch Vertreter aus Belgien angekündigt. Aus Großbritannien war Mr. Owen Davis da, der Vertreter der „Haldane Society", aus den Vereinigten Staaten Mr. Bill Sharp, Rechtsanwalt in Washington, Chefredakteur des „Military Law Reporter"(einer antimilitaristischen Zeitung, Anm. AK) und Vertreter der „National Lawyers Guild", einer großen Juristenorganisation mit mehr als 5.000 Mitgliedern.*

Einige dieser Kollegen sind selbst als Verteidiger in ähnlichen Fällen tätig gewesen oder in Fällen der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Sie kennen die Probleme und sind gekommen, weil sie über die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, die auf eine Zerstörung von Verteidigungsmöglichkeiten hinauslaufen kann, beunruhigt sind.

Die anwesenden Vertreter der ausländischen Juristenorganisationen haben ihr Erstaunen über die Anklage geäußert, sie haben diese Äußerung auch gegenüber Vertretern des Deutschen Fernsehens und des „Freitagsmagazins" mitgeteilt, weil die Anklage, so wie sie von der Bundesanwaltschaft vorgetragen wird, die Verteidigungstätigkeit selber kriminalisiert. **Sie haben deutlich gemacht, daß in ihren Ländern eine solche Anklage eine Unmöglichkeit wäre.**

IKAH

»Wunder von Stammheim«

Rebmann- Show geplatzt!

Als Generalbundesanwalt Rebmann Ende November vorm „Untersuchungsausschuß" des baden-württembergischen Landtags gefragt wurde, wie die berühmten Pistolen nach Stammheim gekommen seien, sagte er: **„Dazu habe ich keine Aussagegenehmigung ... Das wird man schon noch herausbringen. Sie sollten den Ausschuß noch ein Vierteljahr vertagen, dann sind wir weiter"** („Süddeutsche Zeitung", 1.12.77).

So lange brauchte Rebmann dann gar nicht: Am 10. Januar teilte Rebmann dem Ausschußvorsitzenden Schieler (SPD) schriftlich mit, er könne jetzt erklären, wie die Pistolen nach Stammheim gelangt seien. Am 11. Januar gab es ein „persönliches Gespräch" zwischen Schieler und Rebmann, und am 12. Januar hatte Rebmann dann seinen ganz großen Auftritt vor dem Ausschuß. *„Rebmanns ganze Sorge galt nur noch der Frage, ob auch für die Journalisten genügend Platz vorhanden sei. Dreimal, so war zu hören, soll er deshalb bei der Landtagsverwaltung angerufen haben".* („Hannoversche Allgemeine", 13.1.77).

Höchstwahrscheinlich wurde die publizistische Inszenierung der Rebmann-Show direkt vom Bundespresseamt/Bundeskanzleramt organisiert. Denn aus anderen Pressemeldungen geht hervor, Justizminister Vogel habe schon am 11. Januar im Kabinett bekanntgegeben, daß Rebmann nun „neue Erkenntnisse" präsentieren wolle; Kanzler Schmidt habe daraufhin ausgerufen: **„Hoffentlich tut er das mit der gebührenden Öffentlichkeit"** („Stern", 19.1.78). So oder so: die Rebmann-Show wurde offenbar allerseits als Erlösung empfunden, um endlich zum x-ten Mal alle Mord-Verdächtigungen als „endgültig widerlegt" abtun zu können. Was der Rebmann-Show an Substanz und Glaubwürdigkeit fehlte, sollte durch konzentrierte Publicity wettgemacht werden.

Vor vollem Haus zog Rebmann dann seine Show ab, alles mit eigenhändigen Vorführungen: Rechtsanwalt Arndt Müller vom Anwaltsbüro Croissant habe die Pistolen während des großen „RAF"-Prozesses den Angeklagten (Baader, Ensslin, Raspe) in präparierten Handakten übergeben. Außerdem hätten Müller und sein Kollege Armin Newerla Sprengstoff in der Unterwäsche geschmuggelt. Leider verzichtete Rebmann an dieser Stelle darauf, die Übergabe des Sprengstoffs im Gerichtssaal (Hose auf, Griff in die Unterhose etc.) vorm Ausschuß vorzuführen.

Die Übergabe der gefüllten Handakten im Gerichtssaal sei möglich gewesen, so behauptete Rebmann, weil

führen.

Die Übergabe der gefüllten Handakten im Gerichtssaal sei möglich gewesen, so behauptete Rebmann, weil

bei den Kontrollen am Eingang die Anwälte die Akten nicht aus der Hand gegeben hätten, sondern sie selbst den Beamten oberflächlich vorgeblättert hätten; die Akten seien auch nicht auf metallische Gegenstände „abgesondet" worden.

Anschließend an seinen Auftritt vor dem „Untersuchungsausschuß" bat Rebmann die zahlreich anwesenden Journalisten gleich noch zu einer Pressekonferenz, bei der ihm ein Oberstaatsanwalt assistierte. Die Journalisten erfuhren nun noch von einem oder mehreren geheimnisvollen „Informanten", die außer dem Trick mit den präparierten Akten u. a. auch noch verraten hätten, daß es in der Nähe Stuttgarts zahlreiche „Depots" gebe. 50-100 seien es, meinten Rebmann und sein Assistent. Acht davon habe man schon gefunden. Darin hätten sich u.a. zwei Sprengstoffstangen mit Zündern, eine verrostete Pistole und die Griffschalen der Pistole gefunden, durch die Jan-Carl Raspe starb.

Die ganz auf die bürgerliche Presse ausgerichtete Inszenierung erschien im ersten Moment perfekt. Die während der Schleyer-Kampagne erprobte Gleichschaltung funktionierte total. Am nächsten Tag (13. Januar) brachten fast alle Tageszeitungen die Rebmann-Story in großer Aufmachung auf der ersten Seite. Dabei wurde in den Überschriften meist die B e h a u p t u n g Rebmanns als bewiesene Tatsache hingestellt: „Verteidiger schmuggelte Pistole in Stammheim ein" („Süddeutsche Zeitung", 13.1.78), „Zwei Anwälte schmuggelten die Waffen!" („Hamb. Morgenpost", 13.1.), „Anwalt steckte den Terroristen im Prozeß drei Pistolen zu" („Hannoversche Allgemeine Zeitung", 13.1.), „Baader bekam die Pistole vor Gericht" („Bild", 13.1.), „Pistolen in den Anwaltsakten" („Hamb. Abendblatt", 13.1.). Seltener waren Überschriften, die die Behauptung immerhin noch als solche erkennen ließen, wie etwa: *„Rebmann: Anwalt transportierte die Waffen"* („Frankf. Rundschau", ähnlich auch „Frankf. Allgemeine" und „Tagesspiegel" Westberlin, alle 13.1.).

Beachtlich auch das sonstige „timing" der großen Rebmann-Show: **nur drei Tage vor dem angekündigten Eintreffen einer Delegation italienischer Abgeordneter und Demokraten in der BRD und vier Tage vor der angesetzten Vernehmung Irmgard Möllers vorm „Untersuchungsausschuß"!** - Zum „timing" der Rebmann-Show gehört wahrscheinlich auch, daß zwei Tage v o r h e r - am 10. Januar - just dem Tag, wo Rebmann dem „Ausschuß"-Vorsitzenden Schieler schriftlich mitteilte, er könne jetzt „neue Erkenntnisse" vortragen - ein höchst passender Zwischenfall produziert wurde: Irmgard Möllers Rechtsanwalt Heldmann wurde beim Versuch, seine Mandantin zu besuchen, von Kontrolleuren aufgefordert, seine Hose zu öffnen. Das lehnte er ab. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart gab daraufhin eine Meldung an die Presse, das Metallsuchgerät habe bei Heldmann im Hosenbereich „angesprochen" (Heldmann bestreitet, daß es überhaupt zu einer Kontrolle gekommen ist!) und H. habe daraufhin „fluchtartig" das Weite gesucht. Die Story von den schmuggelnden Anwälten war somit auch publizistisch schon rechtzeitig „vorgewärmt".

Die Rebmann-Story platzt

Vier Tage nach Rebmanns großem Auftritt platzte die Konstruk-

Die Rebmann-Story platzt

Vier Tage nach Rebmanns großem Auftritt platzte die Konstruk-

tion: Polizisten, die während des „RAF"-Prozesses die Eingangskontrollen durchgeführt hatten, widersprachen Rebmanns Darstellung in allen wesentlichen Punkten: **Es sei „selbstverständlich" gewesen, daß auch die Handakten kontrolliert wurden. Die Beamten hätten jede Akte in die Hand genommen und selbst durchgeblättert, manchmal auch noch geschüttelt. Eine etwa darin versteckte Pistole wäre allein schon durch ihr Gewicht aufgefallen, sagten die Beamten aus. Außerdem seien die Akten auch mit einer Sonde auf Metall abgesucht worden.** *„Die Anwälte hätten die Prozedur gekannt und von sich aus die Akten aus den Taschen geholt und Handakten auf den Tisch gelegt. Es habe keine Beschwerden gegeben".* Auch seien die Anwälte *„regelmäßig körperlich durchsucht und auch im Intimbereich abgetastet worden"* („Süddeutsche Zeitung", 17.1.).

Erschüttert wurden die Behauptungen Rebmanns auch durch die Aussage eines Polizeifunktionärs vorm Ausschuß, **„Müller sei eigentlich nie im Gerichtssaal gewesen, sondern immer in den Zuschauerraum gekommen, der einen besonderen Eingang hatte und von Richtern, Verteidigern und Angeklagten durch eine Barriere getrennt war"** („Zeit", 20.1.78). Demnach ist zweifelhaft, ob RA Müller überhaupt rein theoretisch Gelegenheit gehabt hätte, mit den Angeklagten irgendetwas auszutauschen. Ähnliches gilt für RA Newerla.

Das Platzen seiner Story ist allerdings für Rebmann & Co. letzten Endes wohl nicht einmal ein besonderes Ärgernis, sondern könnte einkalkuliert gewesen sein. Denn die bürgerliche Presse berichtete auch nach der eindeutigen Widerlegung Rebmanns vorm „Untersuchungsausschuß" weiterhin durchweg im Sinne der Generalbundesanwaltschaft: Die Aussage der Polizisten kam natürlich nirgendwo auf die erste Seite, die Meldungen waren fast durchweg erheblich kleiner als die Meldungen über die Rebmann-Story am 13.1., und einige Zeitungen brachten die neue Meldung überhaupt nicht, oder ganz verhuscht und versteckt. Der „Stern", als Hofblatt des BKA/Bundesanwaltschaft schon gut eingeführt, brachte in seiner Ausgabe vom 19. Januar ungerührt die Story von den schmuggelnden Anwälten in ganz großer Aufmachung. Und vorm „Untersuchungsausschuß" stritten sich diverse Staatsfiguren demonstrativ, wer denn nun für die angeblichen „schlampigen Kontrollen" während des Prozesses verantwortlich gewesen sei, obwohl die ausführenden Beamten erst einen Tag zuvor dargelegt hatten, daß die Kontrollen keineswegs „schlampig" gewesen waren! Aber was sind solche Aussagen schon wert gegen die Behauptungen eines anonymen „Informanten" aus der „Terroristenszene"!!...

Die Staatsanwaltschaft hat behauptet, ihrem geheimnisvollen „Informanten" sei bereits der Fund der dritten Pistole in Stammheim zu verdanken gewesen. Diese Pistole war angeblich am 22. November vergangenen Jahres i n der Mauer einer Zelle gefunden worden, nachdem nach dem „Fund" von 400 g Sprengstoff in der früheren Zelle von Ingrid Schubert am 12. November der Abriß aller nichttragenden Wände angeordnet worden war - und nachdem die Zellen im 7. Stock von Stammheim nach den „Selbstmorden" vom 18. Oktober gründlichst durchsucht

Abriß aller nichttragenden Wände angeordnet worden war - und nachdem die Zellen im 7. Stock von Stammheim nach den „Selbstmorden" vom 18. Oktober gründlichst durchsucht

worden waren.

Die jetzt verkündete Version setzt voraus, daß 1. der geheimnisvolle „Informant" schon im November zu sprechen begonnen hatte, und daß 2. die damalige und durchaus logische Version (die Pistole sei „zufällig" bei den Abbrucharbeiten „entdeckt" worden) nicht stimmen würde, und 3. natürlich, daß der „Informant" gewußt haben müßte, wo sich die Pistole befand. Wie das hätte angehen können, ist eines der vielen Rätsel.

Erst am 4. Januar (lt. „Spiegel", 16.1.78) habe der „Informant" dann die Geschichte mit den präparierten Handakten, dem Sprengstoff in der Unterhose usw. erzählt. (Nebenbei: Laut Presseberichten war der Sprengstoff, der am 21.10.77 in Stammheim gefunden wurde, in der Originalverpackung der Herstellerfirma im Format 21 cm - 4 cm - 2 cm. Siehe z.B. „Welt" vom 22.10.77. Wie hätte man einen solchen Gegenstand unbemerkt in der Unterhose oder auch in einer präparierten Handakte verbergen können?!). Was die Person des bzw. der „Informanten" angeht, so wußte der „Stern", von BKA/Bundesanwaltschaft immer bestens mit Geschichtchen und Fotos versorgt, viele Details zu berichten: Die „Informanten" seien Volker Speitel und Hans-Joachim Dellwo, beide in U-Haft. Über ihre angeblichen Aussagen konnte der „Stern" interne Einzelheiten berichten. So auch, daß Speitel und Dellwo sehr viel Wert darauf legen würden, *daß man sie nicht mit den RAF-Kronzeugen Karl-Heinz Ruhland und Gerhard Müller ‚in einen Topf wirft', die sie selbst auch heute noch für Verräter halten"* („Stern", 19.1.78). Denn Speitel und Dellwo, so liest man weiter, handeln nicht etwa aus schnöden, selbstsüchtigen Beweggründen (Straferlaß, finanzielle Versprechungen usw.), sondern aus edelsten Absichten: Dem schrecklichen Terror, bei dem *„doch nur ein paar harmlose Touristen dran glauben müssen" (Speitel/Dellwo lt. „Stern"),* wollen sie durch Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden ein Ende machen. Hinter diesem Edelmut steckt aber möglicherweise doch etwas anderes, nämlich die Erfahrung, daß Polizei und Justiz **„in den vergangenen Monaten und Jahren erleben mußten, wie der Beweiswert ihrer Kronzeugen Ruhland und Müller vor den Gerichten dahinschwand"** („Stern"). Ein Zeuge der Anklage aus Edelmut, so könnte man spekulieren, macht vor Gericht und in der öffentlichen Berichterstattung vielleicht einen besseren Eindruck als ein ordinärer „Kronzeuge", dem doch immer der Geruch des miesen kleinen Ganoven und Verräters anhängen bleibt.

An der Sache selbst ändert sich aber nichts. Es ist eine alte Erfahrung, daß „Kronzeugen" bereit sind, jede nur gewünschte Aussage zu bestätigen, die BKA/Bundesanwaltschaft ihnen unterschieben (Ruhland, Müller) und daß sie darüber hinaus sogar noch aus eigener Phantasie zusätzliche Ergänzungen machen, um ihren eigenen Wert zu erhöhen und sich weitere Vorteile zu verschaffen. Überdies sind auch die Vernehmungsmethoden des BKA/Bundesanwaltschaft bekannt: So teilten die Anwälte Baier/Schiele am 2.11.77 mit, ihr Mandant RA Newerla (!!) sei am 16.9.77 von BKA-Leuten „vernommen" worden. Bei dieser Vernehmung sei Newerla u.a. damit bedroht worden, man werde ihn zu einer bestimmten Stelle führen, um ihn

16.9.77 von BKA-Leuten „vernommen" worden. Bei dieser Vernehmung sei Newerla u.a. damit bedroht worden, man werde ihn zu einer bestimmten Stelle führen, um ihn

in den Augen der „RAF" als Verräter erscheinen zu lassen. Unklar ist, ob Volker Speitel und Hans-Joachim Dellwo w i r k l i c h , wie von „Stern", „Welt" u.a. behauptet, bei der Rebmann-Show mitgewirkt haben, oder ob es sich vielleicht um andere „Informanten" handelt, oder ob es vielleicht gar keine gibt und Rebmann nur geblufft hat. Es scheint aber festzustehen, daß Speitel in der Tat Ende Dezember „vernommen" wurde, ohne Beisein seines Anwalts, und daß er diesem danach das Mandat entzogen hat. Das ist gewöhnlich eine der ersten Maßnahmen, zu denen BKA/Bundesanwaltschaft ihre „Kronzeugen" veranlassen, um sie zu isolieren und fest den Griff zu kriegen.



Das nächste „Wunder" kommt bestimmt!

Die große Rebmann-Show, wenn auch von den Medien mit viel Wohlwollen aufgenommen, hat doch wohl viele Wünsche des Staates nach einem nun aber wirklich endlich mal „endgültigen Beweis" gegen den Mord-Verdacht offen gelassen. Zumal Rebmanns Story, die ohnehin löcherig ist, auch noch den Nachteil hat, daß sie zwar erklärt, wie die Waffen angeblich in die Zellen h i n e i n gelangt sind, aber nicht, wie sie dort monatelang v e r s t e c k t werden konnten, obwohl ständig Zellendurchsuchungen gemacht wurden und obwohl die Gefangenen mehrmals von einer Zelle in die andere verlegt wurden. So war Raspe, der zuletzt in der Zelle 716 war, in der Zeit vom 6.7. bis 12.8.77 in der Zelle 718; Baader, der zuletzt in der Zelle 719 war, war vom 6.7. bis 12.8.77 in der Zelle 715, usw. Weitere Umlegungen gab es in der Zeit der Kontaktsperre, so am 13. oder 14.9.77. Die Waffen etc. müßten also irgendwie all die Umzüge mitgemacht haben. Aber wie, da doch alle Habe der Gefangenen sorgfältigst durchsucht wurde?

Vor dem ‚Untersuchungsausschuß' kam auch – in den bürgerlichen Medien kaum beachtet – am 16.Januar die Rede auf den berühmten Plattenspieler von Andreas Baader, in dem sich bekanntlich das Versteck der Pistole befunden haben soll, mit der er erschossen wurde. Festgestellt wurde, daß am 5./6.September 1977 (nach der Schleyer-Entführung) alle elektrischen Geräte der Gefangenen „eingezogen" und beiseite geschafft wurden. Sie wurden dann gründlichst von „Spezialisten" des Landeskriminalamtes durchsucht, bevor sie – wie es jetzt scheint – den Gefangenen zurückgegeben wurden. Wurde die Pistole dabei übersehen? ... Oder welche Erklärung wird Rebmann dafür demnächst dem Publikum zumuten wollen?

Die Einfälle und Gedankenwege des Generalbundesanwalts sind eigentlich gar nicht so schwer nachzuvollziehen. So stand er von Anfang an vor allem vor der Frage, erklären zu müssen, wie die Pistolen nach Stammheim gekommen sein könnten, da dies offensichtlich der kitzligste Punkt der ganzen „Selbstmord"-Version ist. Hierzu äußerte sich Rebmann schon Ende November letzten Jahres vorm ‚Untersuchungsausschuß' : „**... die beiden schwachen Stellen seien aber der Intimbereich und die Prozeßakten, in die Einblick zu nehmen Drittpersonen verboten ist"** (Frankf. Allgemeine" und „Süddeutsche Zeitung", 1.12.77). Also Akten und Unterhose, genau wie es sich nachher auch wirklich „herausstellte"! Ebenfalls schon damals kam vorm ‚Ausschuß' die Behauptung auf, während des ‚RAF'-Prozesses sei die Anordnung, den ‚Intimbereich' der Anwälte abzutasten, nicht befolgt worden, und die Gefangenen seien bei der Rückbringung vom Gerichtssaal in ihre Zellen nicht kontrolliert worden – was Rebmann „mit Verwunderung" zur Kenntnis nahm (ebenda).

Die Weichen zur großen Rebmann-Show wurden also schon damals, Ende November, gestellt. **Wie geht die Show nun weiter, nachdem der Widerspruch der Polizeibeamten gegen Rebmanns Version wohl nicht vom Tisch zu kriegen ist?**

Die eine Möglichkeit wäre, trotz Widerspruch die alte Story durch Einführung neuer „Wunder", „Funde" usw. auszubauen. So könnte man etwa auf den naheliegenden Einfall kommen, doch noch irgendwo eine nach dem Rebmann-Rezept präparierte Verteidigerakte zu „finden"

wa auf den naheliegenden Einfall kommen, doch noch irgendwo eine nach dem Rebmann-Rezept präparierte Verteidigerakte zu „finden"

(beispielsweise in einem der vielen, vielen „Depots" rund um Stuttgart, die als stille Reserve von BKA/Bundesanwaltschaft noch für manchen guten „Fund" zur rechten Zeit gut sind).

Oder – das braucht sich aber nicht unbedingt auszuschließen – man könnte auf den Gedanken kommen, eine ganz neue Version anzubieten. Und dann wird man sich vielleicht daran erinnern, daß bei den fraglichen Terminen vorm ‚Untersuchungsausschuß' Ende November vergangenen Jahres z w e i „Schwachstellen" für das Einschmuggeln der Waffen etc. genannt worden waren: Nämlich außer den Anwälten und den angeblich „schlampigen Kontrollen" während des Prozesses auch die Phase der Umbauten im 7.Stock von Stammheim im Mai/Juni 1977, als angeblich bei den Umbauten beschäftigte „normale" Gefangene unkontrolliert in Kontakt mit den ‚RAF'-Gefangenen waren. Es wäre also nicht verwunderlich, wenn Rebmanns nächste „neue Erkenntnisse" mehr in d i e s e Richtung gehen würden.

Vier Monate nach Stammheim ist offenbar, daß es völlig richtig war, umfassend und gründlich j e d e n noch so bedeutungslos erscheinenden Widerspruch in den aus Presse etc. kommenden Informationen aufzugreifen, zu untersuchen und vor allem hartnäckig öffentlich zu hinterfragen. Manches hat sich dabei wirklich als bedeutungslos erwiesen, als Irrtümer und schlampige Arbeiten bürgerlicher Medien, aber jeder Widerspruch, jede Frage hat doch die Sache auch ein Stück vorangebracht und hat den Staat dazu gebracht, sich in weitere Widersprüche zu verwickeln, immer neue unglaubwürdige „Wunder" zu produzieren. In diesem Sinn wird's weitergehen. Gras darf nicht wachsen über die „Selbstmorde" von Stammheim und Stadelheim!

Italienische Delegation besucht Stammheim-Deutschland

Am 16. Januar nahm eine Delegation prominenter italienischer Intellektueller an der öffentlichen Anhörung Irmgard Möllers in Stammheim teil. In Pressekonferenzen, auf neun Veranstaltungen mit insgesamt knapp 6.000 Besuchern, auf Treffen mit westdeutschen Künstlern sowie bei der Eröffnung des Prozesses gegen Kurt Groenewold engagierte sich die Delegation für Irmgard Möller, gegen Isolationshaft und Kontaksperregesetz. Die Delegierten selbst vertraten, daß ihnen ihr dreitägiger Aufenthalt in der BRD neue Eindrücke vom „Modell Deutschland" ermöglicht habe, zu dessen Bekämpfung und Verhinderung des Exports nach Italien sie sich zusammengefunden hatten. Ihre Eindrücke in die Stammheim-Wirklichkeit bei der Anhörung Irmgard Möllers gehörten ebenso zu diesen neuen Erfahrungen wie selbst feststellen zu können, daß die Aussagen I. Möllers in der westdeutschen Presse bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wurden, oder das fast totale Verschweigen der (gut besuchten) Pressekonferenz der italienischen Delegation im BRD-Blätterwald.

Als insgesamt erfolgreich darf die Veranstaltungsreihe bewertet werden, zumal es hierdurch möglich wurde, die wirklichen Aussagen Irmgard Möllers sofort einem größeren Kreis bekannt zu machen. Gegenöffentlichkeit zur staatlichen Stammheim-Lüge war in diesen Tagen auch deshalb besonders wichtig, weil Bundesstaatsanwalt Rebmann mit den neuesten Wundern aus Newerlas Unterwäsche und A. Müllers Aktenordnern nicht zuletzt schwankenden Linken die Selbstmordthese erneut nahebringen wollte. Hiergegen nahmen alle italienischen Delegierten erfrischend offen Stellung; Guido Aristarco – Herausgeber der Zeitung „Cinema Nuovo" – konnte nicht nur für die Delegation, sondern für die demokratische Öffentlichkeit Italiens konstatieren: *„Kein Demokrat glaubt in Italien an Selbstmord!"*

Die Diskussionen zwischen der italienischen Delegation und (Teilen) der westdeutschen Linken waren wohl die interessantesten Auseinandersetzungen der Rundreise (s. weiter unten). Wenn die Mobilisierungsergebnisse neben sehr erfreulichen Zahlen z. T. auch hinter unseren Erwartungen zurückbleiben, so liegt das zu einem Gutteil auch darin begründet, daß teilweise die Veranstaltungen nur sehr kurzfristig angekündigt werden konnten. Die italienische Regierungskrise hatte bis zuletzt offengelassen, wer sich der Delegation anschließen würde. Am 13.1. mußte die vorgesehen parlamentarische Delegation ihre BRD-Reise telegraphisch absagen. Ihr sollten angehören: A. Faccio (Radikale Partei), L. Castellina (Democrazia Proletaria), M. Magnani-Noia (Sozialistische Partei), Codrignani (Kom-
Proletaria), M. Magnani-Noia (Sozia-
listische Partei), Codrignani (Kom-
munistische Partei), S. Agnelli (Republikaner), Francancini (Christdemokratie) sowie Senator Melis und R. Lavalle (unabhängige Linke).

Die Delegation setzte sich schließlich zusammen aus: Dario Fo (Theatermann), C. Lizzani (Regisseur), Dacia Maraini (Schriftstellerin), Guido Arristarco („Cinema Nuovo"-Herausgeber), Roberto Arristarco (Filmer), Michele Bocca (Chefarzt der Hauptklinik von Turin), Gaetano Dragotto (Delegierter des Demokratischen Richterverbandes), Franco Basaglia (Psychiater), Alexander Langer (Redaktion „Lotta Continua").

Vielleicht wird die Notwendigkeit der Fortsetzung in diesen Tagen praktizierter Zusammenarbeit von westdeutschen und italienischen Antifaschisten am besten durch die Tatsache unterstrichen, daß zur gleichen Zeit (und trotz Regierungskrise!) Italiens Innenminister „rein zufällig" in Bonn auftauchte und über engere Koordinierung der Polizeibehörden, bis hin zu Absprachen über „operative Zusammenarbeit" Abmachungen traf. Abmachungen, die von „gemeinsamer Terroristenbekämpfung" bis zur „polizeilichen Sicherung von Nuklear-Transporten" reichen („SZ", 17.1.78)!

Die Veranstaltungen

Tübingen. Mit 800 Teilnehmern eine überaus gut besuchte Veranstaltung, zu der der AStA, Sozialistische Initiative, Buchladen, Ali Schmeissner (Basisgruppenvertreter im VDS-Vorstand), die Stuttgarter Antirepressionsgruppe u.a. aufgerufen hatten.

Jeweils rund 200 Besucher kamen auf die Veranstaltungen in **Nürnberg** (Aufruf der örtlichen Russell-Initiative, bestehend aus Rote Hilfe, KB, Falken, Gefangenen-Gruppe und Rechtsanwalt Bergmann), **Bochum** (Veranstalter: Russell-Initiative, Gruppe Haftbedingungen, politische Buchhandlung, KB u.a.) und **Bremen** (Veranstaltung der Bremer und Delmenhorster Russell-Kreise).

In **Frankfurt** waren ca. 600 gekommen. Neben der italienischen Delegation sprachen W. Zitzlaff über neuere, sehr beeindruckende Recherchen zur „Selbstermordung" an ihrer Schwester Ulrike Meinhof, sowie S. Haag über die aktuellen Haftbedingungen der politischen Gefangenen. Außerdem sprach Rechtsanwalt Reder zu den Anschuldigungen Rebmanns gegen seinen Mandanten Arndt Müller. Leider erst sehr spät und daher nur vor halbem Publikum kamen Diskussionsbeiträge eines KB-Vertreters und von Andreas Buro vom SB. Wer neue SB-Positionen zu Stammheim erwartet hatte, wurde enttäuscht: Buro äußerte sich nicht konkret zu diesem Thema. So war die Veranstaltung zwar sicher sehr informativ, zur Diskussion kontroverser Standpunkte kam es aber nicht. Die Veranstaltung war vom AStA getragen, sowie von Rechtsanwälten, Uni-Angehörigen und linken Organisationen unterstützt.

In **Westberlin** fand vor 2.000 Besuchern die wohl „heißeste" Veranstaltung statt. Das Podium war erfreulich pluralistisch zusammengesetzt; neben Dario Fo, Alexander Langer und G. Arristarco trafen RA Schily, Uwe Wesel (SPD/SB), Füller (SB), Yaak Karsunke (Schriftsteller), Klaus Wagenbach (Verleger), Jürgen Reents (KB) und Klaus Stiller (Schriftsteller) aufeinander. Dario Fo hatte sein Stammheim-„Spectacolo" aufgeführt, in dem er in einer Mischung aus Rede, Pantomime und Schauspiel die staatlichen Selbstmordthese plastisch ad absurdum führte. G. Arristarco hatte ergänzt, daß in Italien niemand an Selbstmord glaube. Uwe Wesel (SPD/SB) fühlte sich provoziert vom Beifall für Fo und Arristarco und bezeichnete ihn als *"unangebrachte Begeisterung für Mordtheorien.* Er wiederholte seinen bereits in der „links" veröffentlichten Standpunkt: *„Wir wissen einfach nichts"*, und daher hätte nur Pfarrer Ensslin *„in seinem Schmerz"* das Recht, von Mord zu sprechen. In die gleiche Kerbe schlug RA Schily, der sich vom politisch deutlichen Auftritt Dario Fos ebenso provoziert fühlte und seine bewußt überzogene ironische Darstellung angriff. Auch Schily meinte, man könne heute *„nichts Schlüssiges über Stammheim sagen"*, bis eine *„intensive Untersuchungsarbeit"* geleistet sei; man könne nicht einfach genau wie der Staat (!) einen „kurzen Prozeß" machen und nur mit umgekehrten Vorzeichen von Mord statt von Selbstmord sprechen.

Neben Dario Fo und J. Reents wiedersprach auch RA Alexandra Goy (Anwältin von Irmgard Möller) Schily und Wesel, indem sie u.a. darauf hinwies, daß neben vielen anderen Beweisen nicht zuletzt die Aussage von Irmgard Möller die Selbstmordthese widerlege.

Die **Kieler** Veranstaltung wurde von 200 Leuten besucht. Hier trat zusätzlich zu den italienischen Gästen RA Zimmermann (Verteidiger von Groenewold) auf und berichtete aktuell über den ersten Prozeßtag. Als Besonderheit am Rande fiel auf, daß der KBW die italienische Delegation *„herzlich begrüßte"*. Dies steht in krassen Gegensatz zum sonstigen Gepöbel des KBW, wonach der *„KB Nord sich mit der ausländischen Bourgeoisie gegen die westdeutsche verbünden"* wolle.

Für die Veranstaltung in **Hamburg** konnte ebenfalls nur zwei Tage und mit halber Kraft mobilisiert werden, zumal nur ein viel zu kleiner Saal, in dem sich 1.200 Menschen drängten, besorgt werden konnte. Neben den Italienern sprachen die Schwestern von Christa Eckes, K. H. Roth mit einem eindrucksvollen Beitrag über Haftbedigungen, wie er sie am eigenen Leib erfahren hat, und RA Kurt Groenewold zu seinem Prozeß.



Dario Fo auf der Hamburger Veranstaltung

Italienische Künstler mit I.Möller solidarisch

Erklärung von 100 italienischen Filmemachern, Musikern, Interpreten, Schriftstellern und Intelektuellen, gerichtet an den Botschafter der BRD, den Bundesjustizminister in Bonn, an den Landesjustizminister in Baden-Württemberg und an Dr. Bär, Landesgericht Heidelberg.

Die Isolierung von Irmgard Möller, der einzigen Überlebenden des Blutbads von Stammheim, die erneuter psychologischer Folter und einer physischen Untergrabung unterworfen ist, dauert an. Die westdeutsche Presse, die zu einer völlig gleichgeschalteten Meinungsmache zusammengeschweißt ist, ist bestrebt, die Absicherung sowohl für die von den westdeutschen sozialdemokratischen Autoritäten verbreiteten unglaublichen Versionen, als auch der Menschenrechtsverletzungen vorzunehmen, unter der Irmgard Möller sowie die politischen Gefangenen in der Bundesrepublik zu leiden haben. Die Stille in der westdeutschen Presse bildet um die jungen militanten Genossen eine Mauer des Schweigens und der Lüge, die es zu durchbrechen gilt. Cinema Nuovo hat die Initative für diesen Aufruf ergriffen, damit die Isolation von Irmgard Möller aufgehoben wird und ihrer Forderung nach einer öffentlichen Zeugenaussage, nach dem an ihr versuchten Mordversuch und über den Mord an den Militanten der RAF Baader, Raspe und Ensslin stattgegeben wird.

Unterzeichnet u.a. von: S. Amidei, Bernardo Bertoluci, Libero de Libero, Alberto Moravia, Ugo Pirro, Marco Ferrero, Vasco Pratolini...

Initiiert von Cinema Nuovo, einer Monatszeitung Film- und Musikschaffender Italiens.

Irmgard Möller vorm 'Untersuchungsausschuß'

Irmgard Möller, die einzige Überlebende des Stammheimer Massakers vom 18.10.77, wurde am 16. Januar vom 'Untersuchnungsausschuß' des baden-württembergischen Landtags vernommen. Hier ihre wesentlichen Aussagen in Stichworten:

— Die Gefangenen hätten tagsüber einen Rufkontakt durch die Zellentüren gehabt. Auch nachts, wenn die Zellen mit Isolierplatten »schalldicht« gemacht wurden, habe noch ein beschränkter Rufkontakt bestanden, da die Platten nicht absolut dicht schlossen. Die Gefangenen hätten von dieser Kontaktmöglichkeit aber nur sehr wenig Gebrauch gemacht, da sie keinen Vorwand bieten wollten, um auseinandergelegt zu werden. Außerdem seien die Gefangenen auch davon ausgegangen, daß alles abgehört würde. Eine andere Form des Kontakts — etwa Funk, Sprechfunk etc., wie offiziell behauptet wird — habe es zwischen den Gefangenen nicht gegeben.

— Sie selbst, Irmgard Möller, habe die Möglichkeit gehabt, mit den ihr überlassenen Kopfhörern über eine Anstalts-Leitung Rundfunk zu hören. Jedoch nur zwischen 7 Uhr und 22-23 Uhr, da nachts die Leitung abgeschaltet wurde. Daher habe sie vom Ausgang in Mogadischu nichts erfahren können. Sie sei sich im Übrigen sicher, daß Raspe k e i n Transistorradio besessen habe, dies hätte sie sonst gewußt.

— Zwischen den Gefangenen sei nach dem Tode von Ulrike Meinhof über Selbstmord gesprochen worden. Alle seien sich einig gewesen, daß ein Selbstmord für sie keinesfalls in Frage käme.

— In der Nacht zum 18.10. habe sie lange wach gelegen, vor allem auch wegen der Ungewißheit über den Ausgang der Flugzeugentführung. Sie habe nach Abschaltung der Zellenbeleuchtung bei Kerzenlicht weitergelesen. Sie sei unsicher gewesen, ob sie dann doch etwas schlafen sollte, oder ob sie versuchen sollte, bis 7 Uhre wachzubleiben, um dann Nachrichten hören zu können. Gegen 4.30 habe sie sich an die Türspalte gelegt und zur Zelle Raspes hinübergerufen: »Jan, bist du noch wach?« Nachdem sie zwei-dreimal gerufen hatte, habe Raspe mit »Ja« geantwortet. Und auf Irmgard Möllers Frage: »Was machst du?« habe er geantwortet: »Ich lese noch.« Sie sei dann etwas eingedöst; kurz nach 5 Uhr habe sie Geräusche gehört — zwei Knalle und ein leises Quitschen, ohne sich aber viel dabei zu denken. Sie sei dann eingeschlafen und erst wieder zu Bewußtsein gekommen, als sie verletzt und blutend auf einer Bahre lag. Ein Mann habe gesagt: »Baader und Ensslin sind schon kalt«. Sie habe dann wieder das Bewußtsein verloren. Ihre letzte Erinnerung vor dem 'Erwachen' auf der Bahre sei ein Rauschen im Kopf; sie habe dabei nichts gerochen und auch keine Wahrnehmungen an der Tür gemacht.

Irmgard Möller war gefesselt vorgeführt worden, die Fesselung wurde erst im Saal abgenommen. Sie litt offensichtlich unter Sprach- und Konzentrationsschwierigkeiten. Zum Schluß ihrer Aussagen kündigte sie an, sie werde, »wenn die Isolation weiter bestehen bleibt«, »äußerst bald« wieder einen Hungerstreik beginnen.

Die öffentliche Vernehmung Irmgard Möllers durch den 'Untersuchungsausschuß' fand in Anwesenheit u.a. einer Delegation italienischer Demokraten statt. Ursprünglich hatte auch eine italienische Parlamentarier-



Zeichnung von Dario Fo – Für die Solidairät mit Irmgard Möller

Delegation — bestehend aus Abgeordneten der PCI, der Sozialistischen Partei, der Radikalen Partei, der Republikaner, von 'Democrazia Proletaria' und der Christdemokraten (!) — die öffentliche Vernehmung beobachten und mit Irmgard Möller sprechen wollen. Diese Reise wurde aber wegen der gleichzeitigen Regierungskrise in Italien ganz kurzfristig abgesagt. Die Parlamentarier schickten dazu folgendes Telegramm an den 'Untersuchungsausschuß: *»Nachricht des Ministerpräsidenten über Rücktritt der italienischen Regierung festgelegt auf Parlamentssitzung Montag hindert uns, an öffentlicher Befragung von Irmgard Möller teilzunehmen, die seitens parlamentarischem Untersuchungsausschuß im Gefängnis Stammheim am selben Tag vorgesehen ist. Zu dieser Initiative waren wir veranlaßt worden, um auf Besorgnisse zu antworten, die von der öffentlichen Meinung Italiens zum Ausdruck gebracht wurden. In Erwartung der Ergebnisse der Befragung und in Vertrauen auf die Seriosität des Urteils des parlamentarischen Untersuchungsausschusses bitten wir, unser Interesse und die Möglichkeit eines Zusammentreffens zwischen uns und westdeutschen Verantwortlichen zu einem späteren Zeitpunkt im Auge zu behalten«* (Übers. aus »Lotta Continua«, 14.1.).

Dies Telegramm wurde auch auf einer Pressekonferenz verlesen, die die Delegation italienischer Demokraten in Stuttgart gab. Es ist zu hoffen, daß in diesem Fall, was den Besuch der italienischen Parlamentarier-Delegation angeht, 'aufgeschoben' nicht 'aufgehoben' heißt! (Weitere Berichte über den Aufenthalt der italienischen Delegation in der BRD an anderer Stelle dieses AK).

Russell-Tribunal

Geheimpapier gegen Russell-Tribunal findet breites Echo

Die Veröffentlichung eines Geheimpapiers des Referats Öffentliche Sicherheit im Bundesinnenministerium (nicht des Verfassungsschutz, wie von uns zunächst irrtümlich angenommen – „VS" heißt in diesem Fall einfach: Verschlußsache) im „Arbeiterkampf" hat vor allem im Ausland große Beachtung gefunden. Inzwischen hat auch der „ID" wesentliche Passagen des Dokuments veröffentlicht, ebenso die trotzkistische „was tun". Röhls „das da" will, wie zu hören ist, das Dokument in der Februar-Ausgabe publizieren oder zumindest darauf eingehen. Ebenso das Konkurrenz-Blatt „konkret". Die „Rote Fahne" der „KPD" widmete dem Dokument immerhin eine kleine Notiz. Man ist von dieser Seite ja auch nicht gerade verwöhnt.

K e i n e Meldung über das Dokument brachte u.a. die Presse der DKP und ihres Einflußbereichs („UZ", „tat", „DVZ"), die „KPD/ ML" und der KBW. Lieber zur staatlichen Repression schweigen, als – und sei es noch so indirekt – das Russell-Tribunal zu unterstützen, war hier wohl der gleichlaufende Gedanke.

Besondere Erwähnung verdient der zwischen „Euros", linken Sozialdemokraten und SEW pendelnde Westberliner „Extradienst": Herausgeber Guggomos erklärte auf Anruf, das Dokument sei ihm nicht neu, das habe ihm schon im vorigen Jahr (!!) auf dem Tisch gelegen. Er finde das Dokument „nicht besonders aufregend" und das Russell-Tribunal halte er sowieso nicht für einen „Hauptkriegsplatz im demokratischen Kampf". Dieser schräge Vogel hat das Dokument also schon seit Wochen und hockt darauf, statt es zu veröffentlichen oder es zumindest an die Russell-Foundation bzw. das westdeutsche Sekretariat weiterzuleiten! Über solche stillen Helfer kann Maihofers Ministerium sich freuen!

Von der gesamten bürgerlichen Presse erwähnte lediglich der Westberliner „Tagesspiegel" (15.1.78) das Dokument – dafür gleich relativ ausführlich und unter der witzigen Überschrift *„Bonn erwägt (!) jetzt Auseinandersetzung mit Russell-Tribunal"*. Wäre ja toll, wenn's wahr würde! Der „Tagesspiegel" berichtete auch als einzige bürgerliche Zeitung über die Reaktion des Bundesinnenministeriums auf die Veröffentlichung des Dokuments: Ein Herr Dallmann vom Innenministerium habe die *„Existenz"* (und damit offensichtlich auch die Echtheit) des Papiers bestätigt. Es handele sich dabei aber nur um *„abstrakte und theoretische Überlegungen"*. Inzwischen habe man sich entschlossen, dem Russell-Tribunal *„vor allem durch offene Argumentation, Aufklärung und geistige Auseinandersetzung"* (huuiii!) zu „begegnen". „Man wolle möglichst ohne Zwangsmaßnahmen auskommen, beobachte die Entwicklung allerdings weiterhin sehr sorgfältig." Auf deutsch: wenn die Hetze (sogenannte „geistige Auseinandersetzung") nicht verfängt, bleibt immer noch der große Verbotsknüppel!

Über Reaktionen der bürgerlichen Presse im Ausland fehlt uns ein Überblick. Lediglich aus dem „Tagesspiegel" ist uns bekannt, daß die liberale englische Tageszeitung „Guardian" am 11. Januar über das Dokument berichtet hat. An Stellungnahmen der linken Presse des Auslands liegt uns folgendes vor:

– „Vrij Nederland" („Freie Niederlande"), die größte liberale Wochenzeitung der Niederlande (Auflage: 120.000) berichtet in ihrer Ausgabe vom 14.1.78 in ganz großer Aufmachung (Zweidrittel der Titelseite!) über das Dokument. „Vrij Nederland" zitiert einen Sprecher des Innenministeriums (wohl auch den Herrn Dallmann): *„... Ein Sprecher des Ministeriums sagt: 'Sie müssen sehen, daß es um ein Papier von Beamten geht, die theoretisch untersucht haben, was getan werden muß. Sie wissen, Beamte schreiben lieber zuviel als zuwenig. Alles muß erst sorgfältig erwogen werden.' "* Kommentar der Zeitung dazu: „Ein Verbot des Tribunals wird (noch) nicht erwogen. In den kommenden Monaten vielleicht?"

– Die Wochenzeitung „l'etincelle" der kommunistischen französischen Organisation OCR veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 12. Januar wesentliche Auszüge aus dem Dokument. Die Zeitung erwähnte, daß sie das Dokument vom KB er-

Dokument. Die Zeitung erwähnte, daß sie das Dokument vom KB erhalten habe und fügte hinzu: *„Da wir die Methoden der Repression in der BRD kennen, versichern wir dem KB unsere Solidarität und werden alle Anstrengungen unternehmen, um eventuellen Repressalien gegen den KB zu begegnen."*

– Auch die Tageszeitung „Liberation" erwähnte am 13. Januar die Veröffentlichung des Papiers durch den KB und druckte wesentliche Auszüge ab.

– Die Tageszeitung „rouge" (trotzkistisch) berichtete bereits am 11. Januar mit einer kurzen Meldung auf der Titelseite über das Dokument, ohne allerdings daraus zu zitieren. Immerhin vergaßen auch die trotzkistischen Genossen nicht zu erwähnen, daß es *„les militants du Kommunistischer Bund, organisation revolutionnaire ouest-allemande"* gewesen seien, die *„die Hand auf ein erregendes Dokument gelegt"* hätten.

– Die „Pour", Wochenzeitung der belgischen Organisation „Pour le Socialisme" (Für den Sozialismus) widmete dem Thema die gesamte Titelseite ihrer Ausgabe vom 18. Januar, mit der großen Überschrift *„Der Geheimplan der Sicherheitsdienste zur Verhinderung des Russell-Tribunals III"*. Im Innenteil brachte sie eine vollständige Übersetzung des Dokuments und eine Darstellung der Entwicklung zum Russell-Tribunal III.

– K e i n e Berichte konnten wir in den italienischen Tageszeitungen „il manifesto" und „lotta continua" entdecken. Bei „il manifesto" mag das einer gewissen Schlafmützigkeit geschuldet sein, bei „lotta continua" aber wohl eher der Unfähigkeit, die Vorgänge in der BRD zu begreifen.

Wir nehmen an, daß hier und anderswo das letzte Wort noch nicht gesprochen ist und wir im nächsten AK über weitere Reaktionen berichten können.



Libération

De l'infiltration à l'interdiction pure et simple...

Les R.G. Allemands ne veulent pas du Tribunal Russell

VRIJ NEDERLAND

Een geheime nota van de Verfassungsschutz

rouge

quotidien communiste révolutionnaire

Tous les moyens sont bons

Les militants du Kommunistischer Bund, organisation révolutionnaire ouest-allemande, ont mis la main sur un document passionnant, émanant des renseignements généraux de RFA.

Ce document concerne le Tribun...

»Es gibt keinen Grund, sich zu fürchten«

Martin Niemöller, Mitglied des westdeutschen Beirats des Russell-Tribunals, gab der „arbeiterjugend" (1/78), Zeitung der Sozialistischen Jugend (Die Falken), ein Interview, in dem er seine Sicht des gplanten Tribunals darlegt. Nachdem er eingangs betont, daß *„wir die freiheitlichste und fortschrittlichste Verfassung, die es je auf deutschem Boden gegeben hat"*, haben, schränkt er dieses ein, denn *„eigentlich ist das über die Köpfe der Bevölkerung hinweggegangen"*. Deshalb hält er es für eine wichtige Funktion des Tribunals, daß erreicht wird, *„daß die Bevölkerung sich Gedanken macht und sich eine eigene Meinung bildet."* Obwohl er konstatiert, daß in der BRD die Menschenrechte *„planmäßig"* verletzt werden, antwortet er, ebenso wie andere Beiratsmitglieder, auf die Frage nach einem Vergleich der ersten Russell-Tribunale und dem jetzigen ähnlich abwehrend: *„Wieso denn? Wir verhandeln doch im Russell-Tribunal völlig andere Dinge als die, um die es bei den Tribunalen über Vietnam und Lateinamerika ging. Über Berufsverbote jammert in Chile heute kein Mensch mehr. Die sind längst eine Stufe weiter unten angelangt, auf der Talsohle von 1200 Metern unter der Erdoberfläche. Wir sind erst dabei, den Schacht abzuteufen."* Weiterhin betont er, daß die BRD *„mit Chile in keiner Weise zu vergleichen"* sei, woraus er die Konsequenzen zieht, daß es sich *„bei diesem Tribunal . . . nicht um eine V e rurteilung"* handeln sollte, sondern um eine *„B eurteilung"* (Hervorhebung im Original). Den Unterschied sieht er folgendermaßen: *„Man konnte den Vietnam-Krieg verurteilen, aber bei den Menschenrechtszuständen in Deutschland muß man zeigen, wie es besser gemacht werden kann, bzw. an welchen Stellen der Hebel angesetzt werden kann. Es muß aufgezeigt werden, wo Klagen an den gegenwärtigen Zuständen berechtigt sind."* Offensichtlich hegt auch er noch Hoffnungen, daß die Sozialdemokratie bei einem „gemäßigten" Spruch des Tribunals ihre offen feindselige Haltung aufgeben und „Anregungen" in Richtung „Demokratisierung" aufnehmen würde. Dies unterstreicht er noch dadurch, daß Willy Brandt nur aus *„Angst"* keine Konsequenzen aus seiner *„Einsicht"*, daß *„die Beteiligung am Radikalenerlaß . . . ein Fehler gewesen"* sei gezogen hätte. Er vergleicht dies mit der Angst derjenigen, die potentiell von den Berufsverboten betroffen werden können. Dazu im Gegensatz gibt es für ihn *„als Christen . . . keinen Grund, sich zu fürchten. Und deshalb finde ich, daß das Russell-Tribunal eine gute Sache ist. Da ist jemand, der unparteiisch ist und ohne Voreingenommenheit über Dinge, die passiert sind, urteilen kann. Das kann bei uns in Deutschland heute überhaupt kein Mensch mehr. Deshalb freue ich mich, daß es so ein internationales Russell-Tribunal gibt. Dieses Tribunal ist durchaus so zusammengesetzt, daß ich dazu Vertrauen habe. Es sind unparteiische, nicht von Vorurteilen belastete Leute, die sich aufgrund des Materials, das sie erhalten, ein Urteil bilden werden."*

Für *„das beste, was dem Russell-Tribunal in Deutschland passieren kann"* hält er, *„daß seine Erklärungen irgendwie abgedruckt werden, mit einem neutralen Kommentar"*, wobei er jedoch starke (und wie sich gezeigt hat berechtigte) Zweifel daran hat *„ob die überhaupt abgedruckt werden"*, denn *„was für Dinge sind schon passiert – und keine Zeitung hat sich darum gekümmert!"* Deshalb setzt er seine Hoffnung darauf, *„daß es im Ausland gedruckt wird und im Ausland bekannt wird"*, da *„es uns und unserer Regierung ja nicht gleich sein kann, was das Ausland über uns denkt. Und so hoffe ich, daß das Russell-Tribunal positive Auswirkungen hat."*

Auch wenn wir sicherlich unterschiedlicher Meinung darüber sind, inwieweit Willy Brandt durch die Kritik des demokratischen Auslands seine „Angst" überwinden kann, so können wir dennoch grundsätzlich darin übereinstimmen, daß dieses Tribunal durch die internationale Kritik positive Auswirkungen auf die Entwicklungen in der BRD haben kann, wenn diese Kritik in D r u c k verwandelt wird.

Schleswig-Holstein
Judos beweisen Rückgrat

Auf der Landesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten am 14./15. Januar wurde erneut die »Kieler Entschließung« vom Oktober letzten Jahres bekräftigt. In dieser Entschliessung hatten die schleswig- holsteinischen Judos vor dem drohenden Polizeistaat gewarnt und als Hauptbetreiber der gefährlichen Rechtsentwicklung in der BRD Springer, StrauSS und Kohl bezeichnet, die sich *»als Schlächter der Demokratie betätigen«*. Außerdem hatten sie auf der damaligen Landeskonferenz die Durchführung des Russell- Tribunals begrüßt.

Gezeter der CDU und eine Distanzierung des FDP- Vorstandes Schleswig- Holstein waren prompt erfolgt. Trotz dieses erheblichen Drucks und zweier Anträge der Judo- Kreisverbände Flensburg und Kiel, die Unterstützung des Russell- Tribunals zurückzunehmen und den Satz »Springer, StrauSS und Kohl betätigen sich als Schlächter der Demokratie« zu streichen, blieben die Judos bei ihrer Erklärung und ergänzten sie noch durch einen Antrag, in dem erneut auf die Rechtsentwicklung aufmerksam gemacht wird. Darin wird besonders auf den Abbau der Meinungsfreiheit am Beispiel des »Buback- Nachrufs« eingegangen und Antikommunismus und Antiterrorismus als Mittel der Rechtskräfte zur Ausschaltung politischer Gegner bezeichnet.

Stoltenbergs Reaktionen folgten wieder auf dem Fuß. Die Judos seien ein *»linkssozialistischer Kampfverband«*. Er forderte die FDP erneut dazu auf, endlich härter durchzugreifen. Neben der schon üblichen Distanzierung des FDP- Landesvorstandes erklärte Parteivorsitzender Ronneburger, nunmehr junge FDP- Mitglieder aufzufordern, bei den Judos mitzuarbeiten, um in *»Zukunft auseinanderstrebende Tendenzen in Zukunft besser verhindern«* zu können. Wenn das mal kein Bumerang wird ...!
(nach »Kieler Nachrichten«, 16./17.1.78).
KB/ Gruppe Kiel



Die Broschüre „Schwule gegen Unterdrückung und Faschismus" liegt in ihrer 2. Auflage jetzt wieder vor. Sie wurde erstellt von Mitgliedern aus 11 Schwulengruppen, die anläßlich des Russell-Tribunals Material zu antischwuler Repression gesammelt und sich Gedanken über Formen und Ursachen der Schwulenunterdrückung gemacht haben.

48 Seiten
Format DIN A 4
Preis: DM 2,–

„Falken" kritisieren 'Aktionseinheit' SPD/DKP gegen Russell-Tribunal

In der „arbeiterjugend" (1/78), Zeitung der Sozialistischen Jugend (Die Falken), setzen sich diese mit der Haltung der DKP zum Russell-Tribunal auseinander. Jetzt „*ist sie endlich Wirklichkwit geworden: die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten*", kommentieren sie die Tatsache, daß „*der Parteivorstand der SPD und die DKPzeitung ,UZ' ... auf gleicher Wellenlänge*" gegen das Russell-Tribunal zu Felde ziehen. Von ihren „*Bonner Genossen*" hatten sie auch nichts anderes erwartet, denn „*es wäre zu schön, um wahr zu sein.*" Aber „*wirkliches Entsetzen kommt ... nach der Lektüre der ,UZ-Zeitung der arbeitenden Menschen' auf.*" Denn ebenso wie bei ihren „Bonner Genossen" „*ist da von ,provokatorischen und sektiererischen Kräften' die Rede, die den Namen des angesehenen Philosophen Bertrand Russell mißbrauchen*" – Willy ick hör dir trapsen! „*Da sind die Diskussionen der Unterstützer des Tribunals ,Sektiererische Streitigkeiten' und ein ,Affront' (zu deutsch: Angriff) gegen die Gewerkschaften.*"

Die Falken „belehren" die DKP darüber, wer heute alles schon das Tribunal unterstützt – und siehe da, es finden sich eine Menge derjenigen Kräfte, die als favorisierte Bündnispartner der DKP herhalten müssen. Aber „*darüber schweigt sich die DKP-Postille genauso aus, wie der SPD-Parteivorstand. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf.*" Die Falken stellen „*gegenüber dieser konservativen (!) Aktion*" fest: „ *1. Das Russell-Tribunal wird von international anerkannten Persönlichkeiten getragen, ... die wir bei ihrem Vorhaben, die Situation der Menschenrechte in unserem Land zu untersuchen, nach Kräften unterstützen werden. 2. Unsere Kritik gilt allen denen, die das Russell-Tribunal aus eigennützigen Parteiinteressen verdammen und eine sachliche Information über dessen Ziele unterdrücken. Dies gilt vor allem für diejenigen, die sich als Verteidiger des Grundgesetzes und der demokratischen Freiheiten aufspielen und tatsächlich den Kampf für Demokratie der politischen Taktik opfern.*"

Die Falken schließen ihre Stellungnahme mit der Feststellung: **„Diese Aktionseinheit kann uns gestohlen bleiben."**

Westdeutsche Schnüffler beschatten jetzt auch Franzosen

In ihrer Ausgabe vom 11.Januar veröffentlichte die „Humanité"(Zentalorgan der KPF) ein interessantes Dokument, das einmal mehr den Export deutscher Polizeistaatsmethoden beweist: fünf Forscher des „Zentrum für Atomenergie" (CEA) in Fontenay-aux-Roses (bei Paris) haben bei ihrer letzten Studienreise zum Atomforschungszentrum von Garching (bei München) vom dortigen westdeutschen Verantwortlichen für „Sicherheitsfragen" einen ausführlichen Fragebogen ausgehändigt bekommen:

„– *Haben Sie seit dem 8.Mai 1945 in einem kommunistischen Land gewohnt?*
– *Hat ein Angestellter von Ihnen, oder Ihre Gattin/Ihr Gatte oder Ihre Verlobte seit dem 8.Mai 1945 in einem kommunistischen Land gewohnt?*
– *Haben Sie nahe Verwandte, die in einem kommunistischen Land leben?*
– *Haben Sie andersartige Verbindungen zu kommunistischen Ländern (kultureller, sportlicher,beruflicher Art)?*
– *Gehören Sie verbotenen oder verfassungsfeindlichen Parteien oder Organisationen an?*
– *Gehören Sie kommunistischen oder links- oder rechtsextremistischen Parteien oder Organisationen an?*
– *Gehören Sie Parteien oder Organisationen kommunistischer Länder an?*
– *Sind Sie in einem kommunistischen Land interniert worden?*
– *Sind Sie in den letzten 10 Jahren, auch für kurze Dauer, in ein kommunistisches Land gereist?*"

Dieses Dokument wurde von den fünf betroffenen französischen Forschern zunächst innerhalb der CGT-Gewerkschaftssektion von „CEA" am 20. Dezember öffentlich bekannt gegeben. Der Verwalter der „CEA" selber protestierte gegen diese Gesinnungsschnüfflei,schickte eine Fotokopie des Fragebogens zum Außenministerium, und verfaßte ein Pressecommunique, das auch der BRD-Botschaft in Paris zugeschickt wurde. Die CGT-Sektion des „CEA" weist in einem Communique vom 13.1.78 („Humanité") weiter darauf hin, daß im Zuge der sogenannten „Terroristenbekämpfung" gerade im Bereich der Atomforschung derlei Praktiken in der letzten Zeit zunehmen würden, was nicht zuletzt Produkt eines Ende Juli/Anfang August stattgefundenen Treffens aller EG–Innenminister zur Frage der Anti–AKW–Bewegung sei.

Provokatorischer Brief von Sekretär Diekmann

Am 17.1. richtete Russell-Sekretär Thomas Kai Diekmann persönlich – also nicht einmal mit dem gesamten Sekretariat abgesprochen – einen Brief an eine Veranstaltung in Bremen, die am selben Tag anläßlich des Stammheim-Besuchs einer Delegation italienischer Persönlichkeiten stattfand (siehe Art. dazu in dieser Ausgabe).

Nach dem Sekretariats-üblichen Vorgeplänkel folgen dann Passagen, mit denen Diekmann erneut seine kleinkarierte, bürokratenhafte Einstellung zum Russell-Tribunal unter Beweis stellt:

„*Deutscher Beirat und Sekretariat des Russell-Tribunals haben ... in verschiedenen Stellungnahmen nicht nur betont, daß das Tribunal seinen Gegnern nicht den Gefallen tun wird, sich auf das Niveau der sogenannten Antifolterkomitees zu begeben, sondern auch von Anfang an darauf hingewiesen, daß Todesfälle in Stammheim kein Gegenstand des Tribunals sein können. Der deutsche Beirat und das Sekretariat teilen die Auffassung von Gruppen wie dem Friedensnobelpreisträger Amnesty International oder der Vereinigung demokratischer Juristen, daß die Stammheimer Vorgänge von einer internationalen Untersuchungskommission geklärt werden sollten.*

So sehr ich die Initiative und das Engagement der italienischen Gäste begrüße, so wenig billige ich, daß eine Veranstaltung über die Stammheimer Todesfälle in Zusammenhang mit dem Russell-Tribunal gebracht wird. Das Russell-Tribunal ist an einer breiten öffentlichen Unterstützung interessiert; nur sollten die Unterstützer des Tribunals dessen Ziele und Absichten respektieren und die durch die Verleumdungskampagne der Bundesregierung ohnehin falsch informierte Öffentlichkeit nicht noch weiter verwirren."

Ich, Kai Diekmann, der Sekretär, mißbillige! Sprach's und stampfte mit dem Fuß auf den Boden ... – möchte man hinzufügen. Hoffentlich halten sich auch Lelio Basso, Lombardo Radice und die anderen italienischen Russell-Unterstützer daran!

Gerade angesichts des immer stärkeren Engagements ausländischer Demokraten in Sachen Stammheim, darunter dieselben Kräfte, die das Russell-Tribunal unterstützen wie auch Jury-Mitglieder selbst, wirken die Abgrenzungshysterie und die kleinlichen Anpinkeleien von westdeutscher Seite besonders unverständlich und peinlich. Und was soll denn damit gemeint sein, daß das Russell-Tribunal nicht mit Stammheim-Veranstaltungen „in Zusammenhang gebracht" werden dürfe? Dürfen also solche Veranstaltungen nicht von Russell-Unterstützungsgruppen mitorganisiert werden? Oder doch, aber nur „inoffiziell"? Oder darf auf solchen Veranstaltungen kein Beitrag zum Tribunal gehalten werden? Oder ist der Gebrauch des Namens Russell überhaupt tunlichst zu vermeiden? Vielleicht sollte Diekmann hier noch präzisieren.

Wenn schon, denn schon.

Oder sollte er einem eher leid tun, weil er einfach nicht über seinen eigenen Schatten springen kann? Für einen Russell-Sekretär allerdings keine besonders günstige Eigenschaft ...

PS.: Am 20.1. distanzierte sich der deutschte Beirat der Jury des Russell-Tribunals ein weiteres Mal von den „antifa"-Gruppen. Über Distanzierungen vom 18. und 19.1. liegt uns (noch) nichts vor.

Sympathisanten

Die RAF
ist nicht mehr
Teil der Linken.
Während ich diese These klebe
an die Wittenburger Mauer
wurde die Linke zum
Teil der RAF
durch mehr als vierundneunzig
Thesen der Reaktion.
(„Einblatt", Kieler Alternativzeitung, Jan/Febr. 78)

Russell Meldungen ... Russell Meldungen ... Russell Meld

Am 14./15. Januar fand in Hannover ein weiteres Frauenarbeitstreffen zum Russell-Tribunal statt. Vertreten waren 35 verschiedene Frauengruppen (siehe Frauen-Teil in diesem AK).

In einer Resolution bekräftigten die Frauen ihre Unterstützung für das anstehende Russell-Tribunal und forderten, **„daß das geplante Russell-Tribunal über die politischen Verhältnisse in der BRD stattfindet... Unsere Unterstützung ist umso nachdrücklicher, als uns gerade bekannt geworden ist, daß laut einem Geheimpapier Pläne bestehen, das Russell-Tribunal mit allen Mitteln zu verhindern. Es wird ein Verbot ins Auge gefaßt. Wir protestieren aufs Schärfste gegen diese Pläne und fordern für die ausländischen Teilnehmer ungehinderte Ein- und Ausreise und einen ungestörten Ablauf des Tribunals".**

***

Landau: Auch hier hat sich jetzt auf Initiative des SB eine Unterstützergruppe zusammengefunden, an der das SB, die GIM, der KB und verschiedene Einzelpersonen teilnehmen. Die Mehrheit der Anwesenden entschied sich dafür, regionale Fälle der Repression aufzuarbeiten, um damit an die Öffentlichkeit zu treten. Vorgeschlagen wurde eine Solidaritätsarbeit mit den verhafteten Mitgliedern der „antifa-Gruppe" in Kaiserslautern und mit aus der Gewerkschaft Ausgeschlossenen, die anschließend aus dem Betrieb geschmissen wurden.

***

Bochum Das SB erklärte am 12.1. seinen Austritt aus der Unterstützergruppe. Als Gründe wurden die „inneren Querelen" genannt, die eine fruchtbare Arbeit unmöglich machen würden. Inhaltliche Gründe wurden abgestritten, die Vertreter erklärten sogar ausdrücklich, daß sie für eine umfassende Untersuchung seien. Gerade unter diesen Voraussetzungen ist diese Spaltung besonders zu bedauern.

Oldenburg: Auf Initiative der GIM fand am 15.1. ein Geheimtreffen mit Sekretär Dieckmann statt, an dem weiterhin das SB, der LHV, die Jusos und die ESG teilnahmen. Nicht eingeladen waren die bisherigen Träger der Unterstützungsarbeit. In einem ebenso geheim gehandelten Papier der GIM werden die schon bekannten Vorwürfe erhoben, durch eine umfassende Untersuchung der Repression würde der Unterstützerkreis eingeengt, die Unterstützerbewegung gespalten (sic!) usw. Um diesen Kurs abzusichern, wird wiederum mit der Lüge gearbeitet, die Jury hätte sich auf ihrer ersten Sitzung auf die Themenkomplexe: Berufsverbote, Zensurmaßnahmen und Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Strafverfahren festgelegt, ohne zu erwähnen, daß die Jury diese Bereiche „*insbesondere, aber nicht ausschließlich*" behandeln will.

Geradezu grotesk wird es, wenn die GIM schreibt, sie lehne jeden Versuch ab, „*die Unterstützerbewegung zur Beeinflussung des Tribunals zu mobilisieren.*" Was anderes ist es aber wenn auf Initiative der GIM ein Kreis zusammengestellt wird, der nur unter der Voraussetzung die Unterstützerarbeit aufnimmt, daß die Thematik eingeschränkt wird, und im weiteren schreibt: „*Die Aufnahme weiterer Themenkonplexe ... halten wir nicht für angebracht.*" Der GIM kann niemand absprechen, daß sie diese Meinung vertritt, dies jedoch zur Voraussetzung der Arbeit zu machen, läuft auf eine massive Beeinflussung des Tribunals hinaus.

***

Bielefeld: Auch hier gibt es nunmehr zwei Unterstützerkreise. Auf Initiative des SB haben sich die SHG (Gruppe Rheinische Zeitung), die Juso-Hochschulgruppe, der Uni-AStA und die Judos abgespalten. Der Grund für diese Spaltung ist die Weigerung der Mehrheit der Unterstützergruppe, sich ausschließlich auf die drei auf der ersten Jurysitzung genannten Themenbereiche festzulegen und namentlich die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften auszuklammern. Die Mehrheit der Unterstützergruppe hatte den Vorschlag unterbreitet, als Grundlage für die gemeinsame Arbeit den Gründungsaufruf der Jury zu nehmen, was von der Gegenseite vehement abgelehnt wurde. Dies beweist, daß sich das SB und andere klar darüber sind, daß von der Jury bisher keinerlei Einschränkung in ihrem Sinne vorgenommen wurde, womit sich ihre verbalen Erklärungen, im Sinne diese Aufrufs zu arbeiten, als hohle Phrase erweisen.

***

Eine erste Stellungnahme gab jetzt auch die Gruppe um die **„Marxistische Studentenzeitung"** („MSZ", ein Produkt der Münchener Studentenbewegung, das schon immer durch seine zynischen und klugscheißerischen Kommentare aufgefallen ist) zum Russell-Tribunal ab.

Nachdem sie erst einmal dem Staat das Recht zugesprochen, Gewalt auszuüben, denn es sei ja ein bürgerlicher Staat, gipfelt dieses Pamphlet in dem Ausspruch:„*Die Opfer der Repression planen also, eine Feierstunde abzuhalten, wo sie sich dadurch moralisch (!) ins Recht setzen, daß sie dem Staat öffentlich vorhalten, wie er mit ihnen umspringt, und was er noch mit ihnen zu machen gedenkt.*" Also. diesem Staat darf nicht vorgehalten werden, wie er mit den Menschen umspringt, man soll dies lieber als notwendige Gegebenheit in einem bürgerlichen System hinnehmen. Aber es kommt noch dicker, wenn sich die „MSZler" dazu versteigen, den Unterstützern des Tribunals vorzuwerfen, „*den Schein eines Justizorgans exakt zu kopieren, ... worin die Sehnsucht zum Ausdruck kommt, selber Gewalt über andere ausüben zu dürfen*", um dann festzustellen, daß die von der Repression Betroffenen hierzu keine Legitimation besitzen, während „*der Staat ihm (dem Tribunal, Anm. AK) gegenüber allemal im Recht (ist), weil er seine Maßnahmen von ordentlichen Gerichten überprüfen läßt*".

Mit dieser unverblümten Aufforderung, die Repression nicht anzuklagen, sondern geduldig zu ertragen, da sich der bürgerliche Staat nun einmal nach seinem Gesetz im Recht befindet, übertrifft die „MSZ" bei weitem alles, was bisher als linke Politik ausgegeben wurde. Sie können sich dabei sogar zugute halten, die Verrücktheiten des KBW noch zu übertreffen – mit dem Unterschied, daß es sich beim KBW tatsächlich eher um Verrücktheiten handeln mag, während die „MSZ" eher den Eindruck von eiskalten Zynikern hinterläßt, die den Unterdrückten die Gesetzmäßigkeit ihrer Lage darstellt, nicht um sie dagegen aufbegehren zu lassen, sondern um sie zu entwaffnen. Provokateure haben eben viele Gesichter!

***

Einen besonderen Salto mortale schlug wieder einmal die „KPD", um die DKP als den eigentlichen Hauptfeind des Russell-Tribunals zu „entlarven". Aus dem Umstand, daß auch der Verfassungsschutz feststellt, daß das Tribunal ohne die DKP läuft und die DKP das Tribunal diffamiert, schließt sie kühn:„*Die Revisionisten können also mit der die Regierung tragenden Kräfte, einschließlich den Unterdrückungsorganen und Geheimdiensten ... an einem Strang ziehen*" wenn nicht sogar die Sowjetunion der eigentliche Drahtzieher gegen das Tribunal ist. Denn , so orakelt die „KPD" es müsse gefragt werden, ob es nicht schon so weit sei, daß die westdeutschen Geheimdienste „*vom KGB unterwandert sind*" (Zitate ,RF", 18.1.) Um dem ganzen die rechte Würze zu geben, greift die „KPD" auf eine „kleine" Lüge zurück, indem sie behauptet, die DKP stoße sich „*vor allem an der Ausweitung der Anklage gegen die politische Unterdrückung in ganz Deutschland*" – die „KPD" scheint in diesem Fall besser Bescheid zu wissen als alle das Tribunal tragenden Kräfte. Umgekehrt könnte man die Frage aufwerfen, ob aus der bisher fehlenden grundsätzlichen Begrüßung des Tribunals durch die „KPD" der Schluß zu ziehen ist, sie ziehe mit den Geheimdiensten an einem Strang, denn beiden ist zumindest gemeinsam, daß sie eine Untersuchung der Unterdrükkung in der DDR favorisieren.

***

Ihren Austritt aus dem Koordinationsausschuß der „Russell-Notkonferenz" gab die Deutsche Sektion der Revolutionär-Marxistischen Fraktion (RMF; Zerfallsprodukt des Spartacusbundes) bekannt. Die Notkonferenz vom 5./6.11.77 hatte die an sich begrüßenswerte Initiative zu einem Aktionstag für die Freilassung Irmgard Möllers, der für den 10.12. geplant war, ergriffen. In ihrer Stellungnahme beschreibt die RMF, wie dieser Beschluß von den sogenannten „Russell-Initiativen zu den Haftbedingungen politischer Gefangener" (die „Counter"-Fraktion) umgefälscht wurde:

1) Statt einer breiten Öffentlichkeitsarbeit setzten die „Counters" durch, den Aktionstag auf Beteiligung an einer zufällig am gleichen Datum in Frankfurt stattfindenden Antirepressionsdemo einzuengen.
2) Der Aktionstag zugunsten I.Möller wurde von den „Counters" umfunktioniert zu einem Aktionstag zugunsten von Günter Sonnenberg. Begründung der „Counters": Es müsse vor allem die Anwendung der Genfer Konvention für Kriegsgefangene gefordert werden, was für Sonnenberg in besonderem Maße gelte. Die RMF bezweifelt in diesem Zusammenhang, ob diese Forderung „*aus praktischen Gründen für die Verbesserung der Haftsituation der politischen Gefangenen erhoben würde*".
3) Die „Russell-Initiativen zu den Haftbedingungen..." würden inzwischen mit dem größenwahnsinnigen Anspruch auftreten, die Unterstützungsbewegung für das Tribunal insgesamt zu repräsentieren. – Diese Erfahrungen unterstreichen nur erneut das oftmals unerträgliche Sektierertum der „Counter"-Gruppen.

Dänischer Studentenverband veröffentlicht Buch über »Modell Deutschland«

Am 15. Januar ist ein neues Buch des dänischen Studentenverbandes »Danske Studerendes Fällesrad« (DSF) erschienen, das sich mit der Repression in der BRD beschäftigt und zum Ziel hat, die Arbeit des Russell-Tribunals III in Dänemark zu unterstützen. Der Titel: *»Modell Deutschland - Unterdrückung auf 100 verschiedende Arten in der Bundesrepublik«*. Der DSF hat sich schon seit längerem gegen die Repression in der BRD engagiert, dazu Öffentlichkeitsarbeit gemacht sowie Veranstaltungen durchgeführt.

In der Einleitung zu diesem Buch wird umfassend begründet, warum eine Verstärkung des internationalen Protestes gegen die repressive Entwicklung in der BRD und die Gefahr des Exports des »Modell Deutschlands« unbedingt notwendig ist. Dabei wird auch - im Zusammenhang einer Darstellung der Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg - die westdeutsche Sozialdemokratie aufs Korn genommen: *»Aber es blieb der sozialliberalen Koalition vorbehalten, eine noch umfangreichere Unterdrückung der bürgerlich- demokratischen Freiheitsrechte durchzuführen. Es ist knapp 10 Jahre her, daß diese Koalition an die Macht kam, und es muß wirklich paradox vorkommen, daß sie die 20 Jahre dauernde christdemokratische Regierung unter dem Wahlslogan ablöste ,Mehr Demokratie wagen!' ... Aber es ist weder ein liberaler noch ein sozialistischer Demokratiebegriff, dem die sozialliberale Regierungskoalition in der BRD entgegensteuert. Es ist eher der starke, totalitäre Staat, einfach mit Charakterzügen von dem, was wir vom Faschismus kennen.«* Besonders hervorgehoben wird die internationale Politik der westdeutschen Sozialdemokratie. Nach Ansicht des DSF spielt die SPD im Rahmen der »Sozialistischen Internationale« eine wichtige Rolle beim Export des »Modell Deutschland«: *»Und der Vorsitzende der Regierungspartei, Willy Brandt, ist gleichzeitig Vorsitzender der Sozialistischen Internationale. In dieser Eigenschaft hat er oft im Namen der Demokratie Druck auf verschiedene europäische Länder wie z.B. Portugal ausgeübt. Wie sieht es aus in dieser Arbeiterpartei, die einen herumreisenden Missionar der Demokratie an der Spitze hat?»* Es folgt ein Kapitel über die Unterdrückung von Kritik innerhalb der SPD.



Ausgehend von der gefährlichen Rolle, die die BRD auch für die Nachbarländer spielt, behandelt das Buch in den einzelnen Abschnitten zahlreiche Aspekte der politischen Repression, u.a.: Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse, Polizei und Justiz, Verfahren gegen linke Anwälte, Kontaktsperre, Stammheim, SPD, Unterdrükkung auf dem kulturellen Sektor, die ideologische Gegenkampagne gegen die wachsende Kritik aus dem Ausland und natürlich das geplante Russell-Tribunal III.

Ziel des Buches ist es auch, vor einer Entwicklung »deutscher Zustände« in Dänemark zu warnen. So wird aufgezeigt, daß es bereits Ansätze gibt, das »Modell Deutschland« in Dänemark einzuführen durch Übernahme der Terrorismuskonvention (was für das nächste Frühjahr von der dänischen Regierung geplant ist), Zusammenarbeit westdeutscher und dänischer Bullen bei der »Terroristenfahndung« usw. Schlußfolgerung des DSF: *»Das Modell Deutschland ist nämlich nicht allein ein Exportmodell, wo die BRD ihre Entdeckungen verkauft wie Berufsverbote, Volkswagen und Bundeskriminalpolizei. Das Modell Deutschland ist mindestens in gleichem Maße ein Importmodell, wo dänische Politiker, dänische Zeitungen und Parteien - bewußt oder unbewußt - Methoden und Mittel in unserem Land akzeptieren, die die Rechte aushöhlen.«*

Skandinavienkommission

Skandinavienkommission

Gewerkschaftsausschlüsse vors Russell-Tribunal?

Das „Komitee zur Unterstützung des Russell-Tribunals" Münster (in dem Jusos, SB, SHO, AStA Uni und AStA PH mitarbeiten) hat uns nach einer kurzen Meldung in AK 118 über die Spaltung der Russell-Unterstützungsbewegung in Münster eine Darstellung seiner Position geschickt (mit Datum vom 6.1.78) und um deren möglichst unverkürzten Abdruck gebeten. Aus Platzgründen (der Artikel ist ca. 4 Seiten lang) wollen wir uns auf den inhaltlich wesentlichen Teil beschränken, nämlich die Ausführungen zum Thema Gewerkschaftsausschlüsse. Diese Ausführungen aus der Stellungnahme des Komitees geben wir ungekürzt wieder:

„Wir halten es vor allem aus politischen Gründen für schädlich, Gewerkschaftsausschlüsse vors Tribunal zu bringen. Es kennzeichnet das politische Bewußtsein und die derzeitige Politik der bundesdeutschen Gewerkschaften, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auch *als Repressionsinstrument gegen fortschrittliche, sozialistische Gewerkschafter eingesetzt werden, daß sie u.a. dazu dienen, Ansätze an der Basis für autonome und konsequente Interessendurchsetzung zu verhindern. Unsere Solidarität gilt allen Kollegen, die aus solchen Gründen aus ihrer Gewerkschaft ausgeschlossen wurden; praktisch muß diese Solidarität werden, indem* in *den Gewerkschaften gegen solche Repressionsmaßnahmen gekämpft wird, indem der Rückhalt solcher Gewerkschafter bei den Kollegen gestärkt wird. Langfristig wird dies nur durch eine Umorientierung der Gewerkschaftspolitik hin zu gewerkschaftlicher Autonomie gelingen, ein Prozeß, den alle Kommunisten und Sozialisten in den Gewerkschaften fördern müssen. Weil die Veränderung der politischen Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften nur durch konsequente Arbeit von fortschrittlichen und sozialistischen Gewerkschaftern in Gewerkschaft und Betrieb erreicht werden kann – und das heißt auch, daß an diese Veränderung ein anderer Maßstab als an die bürgerlichen Grundrechte angelegt werden muß – halten wir es für falsch und illusorisch, von* **außen**, *z.B. durch das Russell-Tribunal, auf die Gewerkschaften einwirken zu wollen. Darüberhinaus hätte*

außen, z.B. durch das Russell-Tribunal, auf die Gewerkschaften einwirken zu wollen. Darüberhinaus hätte

die Thematisierung der Gewerkschaftsausschlüsse neben Berufsverboten, neben staatlich betriebener Zensur, neben politischer Repression gegen Demonstranten, gegen streikende Arbeiter, etc. die fatale Konsequenz, die Gewerkschaften in eine Reihe mit dem Staat als Gegner des demokratischen Widerstands zu stellen. Dies wäre erstens eine politische Diffamierung vieler Gewerkschafter, zweitens sind die Gewerkschaften selbst schon von staatlicher Repression aktuell und künftig in weit stärkerem Maße betroffen und drittens hätte dies die Folge, daß die Gewerkschaften oder zumindest einige Untergliederungen sich einer Unterstützung des Russell-Tribunals verschließen, daß fortschrittlichen Gewerkschaftern, die das Russell-Tribunal als geeignetes Forum für den Kampf gegen die Abschaffung politischer und gewerkschaftlicher Freiheiten ansehen, die Unterstützung verunmöglicht würde.

Wenn wir darauf zielen, das Russell-Tribunal als einen Ansatzpunkt zu nutzen, um die Gewerkschaften in die Verteidigung demokratischer Errungenschaften miteinzubeziehen, was notwentwendig ist sowohl für eine konsequente Gewerkschaftspolitik wie auch für den Erfolg des demokratischen Widerstands gegen die autoritär-staatliche Entwicklung, dann müssen wir uns auch die Bedingungen schaffen, daß die Gewerkschaften Bündnispartner im demokratischen Kampf werden können."

Die Genossen machen einen unter Linken und bei klarem politischen Verstand kaum begreiflichen Fehler, wenn sie **„die Gewerkschaften"** mit bestimmten Verhaltensweisen der Gewerkschafts v o r s t ä n d e identifizieren und wenn sie daraus die Forderung herleiten, „die Gewerkschaften" – gemeint sind in Wirklichkeit die V o r s t ä n d e – dürften nicht hart angegriffen werden, da man sonst „viele Gewerkschafter" diffamiere. Eine derart verdrehte Sichtweise ist eigentlich nur als Schutzargument der V o r s t ä n d e zum Abblocken von Kritik verständlich.

Die Ansicht, Gewerkschaftsausschlüsse seien ein „innerorganisatorisches Thema", das von s t a a t l i c h e r Repression total losgelöst zu betrachten sei, geht von einem nicht bloß historischen, sondern geradezu archäologischen Gewerkschaftsverständnis aus. Es läßt sich doch im Ernst nicht übersehen, daß heute „die Gewerkschaften" auf vielerlei Art, vor allem über die SPD, mit dem Staatsapparat „verfilzt" sind, und daß sie zugleich über Aufsichtsratsposten und verschiedenste andere Ebenen mit den Kapitalsinteressen verbunden sind. Man kann doch nicht Vorgänge wie die Gewerkschaftsausschlüsse, die schändlichen Reden Loderers in Südafrika, die Demonstrationen für das Bonner Atomprogramm usw. l o s g e l ö s t von dieser materiellen Basis als bloße „innerorganisatorische Angelegenheiten" begreifen?!...

Das Argument, nicht in „innerorganisatorische Angelegenheiten" einzugreifen, wäre allenfalls noch diskutabel, wenn man voraussetzen würde, daß die innergewerkschaftliche Demokratie halbwegs funktioniert. Das werden aber hoffentlich auch die Münsteraner „Komitee"-Genossen nicht ernsthaft behaupten wollen. Insofern läuft das Argument vollends darauf hinaus, bestimmte Aspekte der Repression zu tabuisieren und auszuklammern.

Wir gehen davon aus, daß in der Regel d i e i e n i g e n Gewerk-

auszuklammern.

Wir gehen davon aus, daß in der Regel d i e j e n i g e n Gewerk-

schafter, die zur Unterstützung des Russell-Tribunals bereit sind, auch Gegner der herrschenden Ausschluß-Praxis sind, während andererseits die Befürworter dieser Praxis wohl ohnehin kaum große Freunde des Tribunals sein dürften. Insofern halten wir die bündnispolitischen Überlegungen der Münsteraner Genossen und ihren Hinweis auf „die Gewerkschaften" als möglichen Bündnispartner ohnehin schon im Ansatz für stark illusorisch. Tatsache ist z.B., daß der prominenteste Gewerkschafter unter den Unterstützern des Russell-Tribunals, Heinz Brandt, selbst von Ausschlußdrohungen betroffen war oder ist und sich für eine Behandlung dieses Themas vorm Tribunal ausgesprochen hat.

Für absolut verfehlt und unerträglich halten wir es aber, wenn bündnispolitische Überlegungen aus der westdeutschen Situation heraus zum Ausgangspunkt genommen werden, um bestimmte Aspekte der Repression erst gar nicht vors Tribunal zu bringen. Von einem u n a b h ä n g i g e n Tribunal könnte dann nicht mehr die Rede sein! Über diesen Punkt zumindest müßte eigentlich Einigkeit in der westdeutschen Unterstützungsbewegung herzustellen sein!

Belgisches Unterstützungskomitee protestiert gegen Verbotspläne

Am 18.1.78 fand in Brüssel eine Pressekonferenz statt, auf der die Gründung eines belgischen Russell--Unterstützungskomitees bekanntgegeben wurde. Einberufen wurde diese Pressekonferenz von einem Organisationskomitee, dem die linke Wochenzeitung »POUR«, Francois Rigaux (Professor an der Universität Leuven, Vizepräsident des 2. Russell-Tribunals, Vizepräsident der Sektion Belgien der Menschenrechtsliga), P.-H. Gendebien, Vorsitzender des »Rassemblement Wallon«, und Jaques Yerna, Sekretär des sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes FTGB, angehören. Diese Zusammensetzung läßt erwarten, daß die Russell-Unterstützungsinitiative ein recht breites Spektrum erfassen wird.

Die Pressekonferenz fand mit der Anwesenheit von Vertretern aller belgischen Tageszeitungen, Redakteuren des Fernsehfunks RTB und einem Vertreter der dpa große Beachtung. Der erste Bericht über das Unterstützungskomitee wurde von RTB bereits einige Stunden später gebracht, weitere Sendungen sind während der nächsten Tage vorgesehen.

Der Presse wurde eine Protesterklärung gegen Pläne des BRD- Innenministeriums (siehe AK 120), das Russell- Tribunal zu verbieten, vorgelegt, die bereits von zahlreichen demokratischen Persönlichkeiten unterzeichnet worden ist. Hier heißt es u.a.: *»Wir haben mit Überraschung und Empörung von einem internen Dokument des Verfassungsschutzes Kenntnis erhalten, das vorschlägt, die Sitzung eines 3. Russell- Tribunals in der BRD zu verhindern...«* F. Rigaux erklärte ausdrücklich, daß gerade dieser Plan die Notwendigkeit eines Russell-Tribunals besonders deutliche mache.

Zur weiteren Untermauerung wurden 2 aktuelle Fälle benannt, die auch Belgien selbst betreffen:

Auf die Bewerbung einer Sozialarbeiterin für eine Stelle in Westberlin hin wurde ihre »Verfassungstreue« u.a. deswegen in Zweifel gezogen, weil sie auf einer Veranstaltung in Brüssel als KB-Vertreterin aufgetreten sei. Hat der Verfassungsschutz seine Tätigkeit bereits auf das Ausland ausgedehnt? In diesem Zusammenhang wurde betont, daß Beligen (noch) keine Berufsverbote, d.h. weder entsprechende Gesetze noch die begleitende Schnüffelpraxis kennt.

Ein Mitarbeiter der UNO aus Brüssel ist für die Herausgabe einer Zeitung für türkische Arbeiter in Europa zuständig und daher öfters auf Auslandsreise. Er wurde kürzlich vom Grenzschutz an der belgisch-deutschen Grenze zurückgewiesen, wobei in seinem UNO-Pass der Stempel »unerwünscht« angebracht wurde. Schwierigkeiten bei zukünftigen Grenzübertritten auch in andere europäische Länder wegen eines solchen Vermerks sind wahrscheinlich.

Die Unterschriftensammlung gegen die Pläne, das Tribunal zu verbieten, wird fortgesetzt.

Belgienkommission

Russell- Initiative in Schweden

Anfang Januar ist eine schwedische Initiativgruppe mit einem Aufruf zur Bildung eines schwedischen Unterstützungskomitees für das Dritte Internationale Russell Tribunal an die Öffentlichkeit getreten. Nachdem die sonst so kritikfreudigen schwedischen Massenmedien wohl auf Geheiß der Sozialdemokratie hin die Existenz dieses Tribunals über Monate hinweg totgeschwiegen hatten, ist die schwedische Öffentlichkeit nun wenigstens teilweise informiert über Anlaß und Zielsetzungen des Tribunals.

Am 28. Januar soll nun ein nationales Unterstützungskomitee gebildet werden und seine Arbeit aufnehmen. In dem Aufruf der Initiativgruppe, der sich an unterschiedliche fortschrittliche schwedische und Ausländerorganisationen sowie Privatpersonen wendet, heißt es u.a.: *»Wir schlagen für ein schwedisches Unterstützungskomitee folgende Aufgaben vor: Bildung von Arbeits- und Studiengruppen zu den Fragen, die das Tribunal behandeln wird. - Information durch Ausstellungen, Artikel und andere Medienformen darüber, daß das Tribunal stattfinden wird, sowie über seine Arbeit. - Durchbrechen des Schweigens, das bis heute in den schwedischen Massenmedien darüber geherrscht hat. - Schaffung größtmöglicher Unterstützung für das Tribunal in Schweden. - Mitwirkung an einer eventuellen Verlegung des Tribunals in ein anderes Land, falls es aus irgendwelchen Gründen in der Bundesrepublik nicht stattfinden kann«.*

Zur Begründung des Tribunals wird über die BRD ausgeführt: *»Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte eine demokratische Staatsbildung auf den Resten des Dritten Reiches durchgeführt werden. Im Namen der Demokratie wurde während der 50er und 60er Jahre ein starker Staat mit großen polizeilichen und militärische Ressourcen geschaffen. Zur gleichen Zeit wurde eine scharfe Abgrenzung gegen die Linksbewegung gemacht, die als verfassungsfeindlich betrachtet wurde. Und in den 50er Jahren wurde eine Reihe von Organisationen illegalisiert, darunter die KPD. Am Ende der 60er Jahre wurde der westdeutschen Studentenbewegung mit brutaler Unterdrückung und Polizeigewalt entgegengetreten... Im Schatten der Terroristenjagd geht heute eine Entwicklung vor sich, die einen großen Teil der Nachkriegszeit prägt und die im höchsten Grad alle demokratischen Kräfte in Westeuropa angeht...«*

Daß in Stockholm, dem Tagungsort des Ersten Internationalen Russell Tribunals 1967 über die Kriegsverbrechen der USA in Vietnam, jetzt energisch für die Durchführung des Dritten Tribunals über die Politik einer anderen bürgerlichen Demokratie gearbeitet und um Unterstützung geworben wird, ist ein begrüßenswerter Beweis für dessen weitere internationale Absicherung gegen Störversuche in der Bundesrepublik selbst.

KB-Korrespondent Stockholm



Nachrichten vom Widerstand



Plakettenverbot auch bei Taxen!



Hamburg. Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft führt seit einiger Zeit verschärfte Kontrollen an Hamburger Taxiständen durch. Offiziell geht es um eine „allgemeine Überprüfung", doch besonders werden Taxen „überprüft", die Anti-AKW-Aufkleber am Auto haben. Fahrzeuge, die Mängel und Anti-AKW-Plaktten haben, müssen innerhalb von drei Tagen bei der Behörde vorgeführt werden – ohne Anti-AKW-Plaketten versteht sich.

Die Behörde beruft sich dabei auf einen Paragraphen der Betriebsverordnung für Taxen, in dem es heißt: *„Nach außen wirkende Werbung an Taxen und Mietwagen sowie jede andere als die nach dieser Verordnung vorgeschriebene Kenntlichmachung oder Beschriftung ist unzulässig".* Vor dem Auftauchen von Anti-AKW-Klebern an Taxen ist die Behörde recht großzügig über diesen Paragraphen hinweggegangen. Für kommerzielle Werbung (Campari, Striptease-Lokale, Spielbank Hittfeld) wurden sogar Sonderregelungen erlassen, ebenso wie vor einem Jahr eine Kampagne „Taxifahrer mit Herz" von oben gesteuert wurde. Als zudem ein Kollege darauf aumerksam machte, daß es auch ca. zehn Taxifahrer gibt, die neonazistische Aufkleber haben und für das „Deutsche Reich" in den Grenzen von 1937 werben, wurde ihm lakonisch geantwortet: *„Das ist nur einer..."*, und auf die Forderung, diese Plaketten zu entfernen, hieß es zynisch: *„Fangen wir erstmal bei Ihnen an"!*

All diese Fakten, wie auch die zahlreichen CDU-Aufkleber während der Wahlzeit verstießen gegen diesen Paragraphen. Nichts wurde dagegen unternommen. Heute aber, wo zehn bis 20 Taxen mit einem Anti-AKW-Aufkleber fahren, werden gegen diese verschärfte Auflagen erhoben und einem Taxifahrer, der bereits zehn Jahre in diesem Beruf ohne Beanstandungen tätig ist, wurde sogar gedroht: *„Sorgen Sie dafür, daß die Sachen schnell abgemacht werden, Sie wissen ja, daß wir zuviele Konzessionen haben und es könnte Sie treffen...".*

Drei Hamburger Taxifahrer

Bravo! Faschistischer »Lebensschützer« aus dem WSL-Hannover gefeuert!

Nachdem es einem faschistischen Aktivisten in der Funktion als Vertreter des „Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL) in Hannover gelungen war, sich bei AKW-Gegnern und Umweltschützern anzubiedern, führte die Aufdeckung seiner Aktivitäten – rassistische, faschistische Propaganda – dazu, daß ihn der WSL sämtlicher Funktionen enthoben und rausgeschmissen hat.

Im Anschluß an die Demonstrationen in Wyhl und Brokdorf organisierte der Diplom-Landwirt und WSL-Repräsentant Jürgen Funk (Hannover, Klingenkamp 19) vor einiger Zeit ein Seminar, an dem zahlreiche AKW-Gegner teilnahmen. Ergebnis war schließlich die Gründung der Zeitschrift „Der Grüne Kreis". Damit und mit seinen sonstigen Betätigungen (biologischer Landbau usw.) verstand Funk es, sich Zugang zu allen möglichen Kreisen von AKW-Gegnern, Öko-Läden usw.

in Hannover wurden Funk und seine Kumpane zur Rede gestellt. Funk zeigte sich dabei als hartgesottener Rassist, der keinen Deut von seinen faschistischen Sprüchen abrücken wollte. Kein Wunder: Schon vor Jahren war er einer der ersten NPD-Mitglieder in Hannover und pflegt – angeblich inzwischen ausgetreten – noch heute Kontakte zu diesen Neo-Nazis. Zu den Freunden Funks gehört weiterhin auch der Begründer der NPD-Abspaltung „Nationalrevolutionäre Basisgruppen" in Hannover.

Vor dem Hintergrund der laufenden Diskussionen um die Frage des Bündnisses verschiedener Gruppen von AKW-Gegnern, der Bildung von „Grünen Listen" u.ä. sollten solche braunen Maulwürfe sorgfältig im Auge behalten werden. Nicht zufällig hat auch Funk im „Grünen Kreis" zur Frage der Wahlbeteiligung Stellung genommen, u.a. indem er eine Mitteilung der „Grünen Liste Umweltschutz", Hildesheim, abdruckte.

Nach anfänglichem Zögern hat der WSL-Niedersachsen nun den richtigen Schritt getan und Funk rausgeschmissen. Da es in der Umweltschutzbewegung, und gerade wenn es um die aktuelle Frage des Bündnisses und der Wahlbeteiligung geht, keineswegs nur diesen einen Faschisten gibt, sollte diese WSL-Reaktion Schule machen!

Antifa-Kommission KB/ Gruppe Hamburg

Achtung! Neo-Nazis melden sich in Gorleben zu Wort

Bravo! Faschistischer »Lebensschützer« aus dem WSL-Hannover gefeuert!

Nachdem es einem faschistischen Aktivisten in der Funktion als Vertreter des „Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL) in Hannover gelungen war, sich bei AKW-Gegnern und Umweltschützern anzubiedern, führte die Aufdeckung seiner Aktivitäten – rassistische, faschistische Propaganda – dazu, daß ihn der WSL sämtlicher Funktionen enthoben und rausgeschmissen hat.

Im Anschluß an die Demonstrationen in Wyhl und Brokdorf organisierte der Diplom-Landwirt und WSL-Repräsentant Jürgen Funk (Hannover, Klingenkamp 19) vor einiger Zeit ein Seminar, an dem zahlreiche AKW-Gegner teilnahmen. Ergebnis war schließlich die Gründung der Zeitschrift „Der Grüne Kreis". Damit und mit seinen sonstigen Betätigungen (biologischer Landbau usw.) verstand Funk es, sich Zugang zu allen möglichen Kreisen von AKW-Gegnern, Öko-Läden usw.
zu verschaffen.

Aus den unter Funks Redaktion geschriebenen Nummern des „Grünen Kreises" ist eindeutig abzulesen, um was für Aktivitäten es sich tatsächlich handelt: Stichworte wie „Arterhaltung", „Naturordnung", Rassismus (*„Mit Recht empfinden wir gemischtrassige Pärchen nicht als vollwertig. Denn die Natur liebt die reinen Rassen"*), Berufung auf rechtsradikale Autoren wie Jürgen Rieger mögen genügen!

Bei einer Diskussion am 14.12.77

in Hannover wurden Funk und seine Kumpane zur Rede gestellt. Funk zeigte sich dabei als hartgesottener Rassist, der keinen Deut von seinen faschistischen Sprüchen abrücken wollte. Kein Wunder: Schon vor Jahren war er einer der ersten NPD-Mitglieder in Hannover und pflegt – angeblich inzwischen ausgetreten – noch heute Kontakte zu diesen Neo-Nazis. Zu den Freunden Funks gehört weiterhin auch der Begründer der NPD-Abspaltung „Nationalrevolutionäre Basisgruppen" in Hannover.

Vor dem Hintergrund der laufenden Diskussionen um die Frage des Bündnisses verschiedener Gruppen von AKW-Gegnern, der Bildung von „Grünen Listen" u.ä. sollten solche braunen Maulwürfe sorgfältig im Auge behalten werden. Nicht zufällig hat auch Funk im „Grünen Kreis" zur Frage der Wahlbeteiligung Stellung genommen, u.a. indem er eine Mitteilung der „Grünen Liste Umweltschutz", Hildesheim, abdruckte.

Nach anfänglichem Zögern hat der WSL-Niedersachsen nun den richtigen Schritt getan und Funk rausgeschmissen. Da es in der Umweltschutzbewegung, und gerade wenn es um die aktuelle Frage des Bündnisses und der Wahlbeteiligung geht, keineswegs nur diesen einen Faschisten gibt, sollte diese WSL-Reaktion Schule machen!

Antifa-Kommission KB/ Gruppe Hamburg

Achtung! Neo-Nazis melden sich in Gorleben zu Wort

Die NPD scheint rechtzeitig zur Landtagswahl in Gorleben aktiv werden zu wollen. So schreibt ein gewisser Helmut Brussatis aus Nemitz – der offensichtlich der NPD angehört – in einem Leserbrief an die „Elbe-Jeetzel-Zeitung" („EJZ", die regionale Presse im Raum Gorleben), daß sich *„doch die CDU/CSU in trauter Gemeinsamkeit mit SPD, FDP und Kernkraftwerksbetreibern wegen der 'Sachzwänge der Wirtschaftlichkeit' (Profitgier?) schon längst für die atomare Vernichtung der biologischen Grundlagen unserer Bevölkerung entschieden haben und sich langsam herumspricht, daß von den traditionellen politischen Parteien nur die NPD dem Umweltschutz einen ehrlichen Platz in ihrem Programm setzt"* („EJZ", 12.1.78).

Er schließt mit der Ankündigung: *„Seien Sie sich nicht zu sicher, die Menschen wachen auf!".* Sicher, aber wohl kaum zugunsten der NPD!

AKW-Nein-Kommission

Entschädigungssystem gegen Atomtod?

Im ARBEITERKAMPF Nr. 119 berichteten wir über Schadenersatzprozesse gegen die Betreiber der WAA in Windscale. Die beiden Opfer des Atomtods sind allerdings nur die Spitze des Eisbergs, dessen Rest nach Wunsch der Atomkapitalisten der British Nuclear Fuels Ltd. verborgen bleiben soll.

Zusammen mit der Gewerkschaft der Arbeiter der WAA und von AKW's entwickelt die BNFL jetzt ein „automatisches Entschädigungssystem", durch das Prozesse vermieden werden sollen, um die Diskussion über die Gefährlichkeit der WAA gar nicht aufkommen zu lassen. Ähnliche Entschädigungsabkommen gibt es schon für Bergarbeiter, die Opfer der Staublunge sind.

Dabei wird der Öffentlichkeit und den Arbeitern vorgespiegelt, daß eine solche „schnelle Schadenregelung" nur im Interesse der Opfer sein könnte, die so schneller zu ihrem Geld kämen. Um die Schädigung des Menschen festzustellen, wollen die AKW-Betreiber den Arbeitern eine Folie anstecken, die der Arbeiter bei einer Schadensersatzforderung einzureichen hätte, und an der dann die radioaktive Verseuchung des Körpers gemessen werden soll (nach „Guardian", 29.12.77). Damit sind die wirklichen Schäden gar nicht mehr Gegenstand einer Untersuchung, sondern nur noch die Strahlendosis.

Dem Atomfilz geht es dabei um zwei Punkte. Erstens entfallen durch das Entschädigungssystem die oft hohen Gerichtskosten für beide Parteien. Die Höhe des Schadenersatzes würde auch insofern gesenkt, als nicht die individuelle Schädigung zum Maßstab gemacht wird, sondern die Höhe der Strahlendosis. Wichtiger für die Atomlobby ist aber der Effekt, daß die Schuldfrage unter diesem System nicht mehr geklärt zu werden braucht. Fahrlässigkeit und Mißachtung der geringsten Sicherheitsvorschriften durch die WAA- oder AKW-Betreiber werden so nicht mehr diskutiert und total von der Öffentlichkeit ferngehalten, um die „Ungefährlichkeit" von WAA's und AKW's zu „beweisen".

Daß dieses Programm im höchsten Maße menschenfeindlich ist, ist leicht einzusehen. Langzeitschäden und „nicht eindeutige", komplizierte Fälle würden ausgeschlossen von angemessener Entschädigung. Gleichzeitig würde das Entschädigungssystem den Arbeitern untersagen, gegen die Atomkapitalisten gerichtlich vorzugehen.

Ähnlich wie für Atomarbeiter und und Bergarbeiter soll auch ein Entschädigungssystem für Asbestarbeiter entwickelt werden. Diese leiden vor allem unter der sogenannten „Asbestlunge" (Asbestose), eine krebsartige Version der Staublunge. Bisher wurden trotz eindeutiger Diagnose der Ursachen dieser Krankheit bei den Arbeitern mehr als die Hälfte der Anträge auf Entschädigung abgelehnt („Guardian", 14.1.78). Auch hier sollen die Arbeiter durch die „einfachere Schadenregulierung" vom skrupellosen Profitstreben der Kapitalisten abgelenkt werden.

England-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Dokumentation zu Kalkar: »Wir das Volk ...«

... sind nicht gewillt, den Atomtod widerstandslos hinzunehmen."
Der Ermittlungsausschuß der nordrheinwestfälischen Bürgerinitiativen gegen Kernenergie hat eine Dokumentation über die Demonstration in Kalkar am 24.9.77 erstellt.
Mit sehr vielen Bildern, Augenzeugenberichten und Dokumenten wird von den bislang nicht dagewesenen Versuchen des Staatsapparates berichtet, die Demonstration zu verhindern.

Titel der Broschüre: „Wir das Volk..."

zu beziehen über: KKW-Nein-Büro Köln
Brabanterstr. 31
5000 Köln

Preis: DM 3,-

AKW-Kurzmeldungen aus der Schweiz

Schweizer Ärger mit dem Zwischenlager

Lucens. Der Ärger der Schweizer AKW-Betreiber mit der Errichtung eines Zwischenlagers für gebrauchte atomare Brennelemente wird immer größer. In Volksabstimmungen in den Gemeinden Bussy-sur-Moudon, Forel-sur-Lucens, Cremin und Oulens-sur-Lucens wurde dies Zwischenlager mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wohl vorbereitet gingen die „Schweizerische Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik" und die „Schweizer Elektrizitätswerke" an eine erneute Volksabstimmung in der Gemeinde Lucens heran. Vor der Abstimmung fand ein Tag der offenen Tür im Versuchskernkraftwerk Lucens statt und ein von der Gemeinde organisierter Informationsabend mit 1000 Teilnehmern. In der anschließenden Abstimmung zeigte sich dann, daß die nähere Kenntnis der Pläne der AKW-Betreiber verbunden mit einer umfangreichen Aufklärungsarbeit der AKW-Gegner die Bevölkerung überzeugt hat. Mit 634 gegen 68 Stimmen lehnte sie das Zwischenlager ab. Bei einer Wahlbeteiligung von 66% haben sich damit fast 60% der Gemeindebevölkerung offen dagegen ausgesprochen, während sich nur 6% dafür aussprachen. Angesichts der offensichtlich werdenden Ablehnung durch die Bevölkerung erwägen die AKW-Betreiber jetzt die staatsgewaltliche Durchsetzung des Lagers (laut „Bieler Tageblatt").

Schweiz-Kommission

Gösgen soll illegal in Betrieb genommen werden

Basel. In Basel und Umgebung sind anonyme Flugblätter von AKW-Gegnern mit Details aus dem AKW Gösgen aufgetaucht. Die Flugblätter sind deshalb anonym veröffentlicht, weil deutlich daraus hervorgeht, daß die Verfasser intime Kenntnisse der Vorgänge im AKW haben. Werden die Verfasser bekannt, droht ihnen nach Schweizer Recht ein Prozeß wegen Wirtschafts-Spionage! Gegen die Inbetriebnahme des AKW hat es heftige Proteste und Massendemonstrationen gegeben sowie den ersten großen Knüppeleinsatz Schweizer Polizei gegen AKW-Gegner.

Die Verfasser des Flugblatts berichten von
– geheimen Plänen, die Brennelemente ins AKW zu schaffen und dort erste Versuche zu starten, ohne die Bewilligung abzuwarten, um so vollendete Tatsachen zu schaffen.
– der zu schwachen Leistung der Notstromgruppe und der daraus folgenden zu langsamen Einschaltzeit. Im Notfall kann dies zu Überhitzungen des Reaktors führen.
– Interne Sicherheitsmaßnahmen funktionieren nicht: in einem Notfall sei das interne Funksystem unbrauchbar (dies habe sich allerdings bisher eher positiv ausgewirkt, da schon mehrfach der Kontakt zwischen AKW und Kantonspolizei unterbrochen war ...).

Außerdem berichten die Verfasser, daß die BRD-Regierung Druck ausgeübt hat, um zu verhindern, daß Katastrophenpläne veröffentlicht werden, um die „Bevölkerung nicht zu beunruhigen" (Gösgen liegt an der Rheingrenze BRD/Schweiz).

In der Schweiz hat diese Veröffentlichung heftige Diskussionen ausgelöst. Die AKW-Betreiber bestreiten natürlich den Wahrheitsgehalt des Papiers. (Informationen nach „Basler Arbeiterzeitung", 10.1.78)

Schweiz-Kommission

Protestaktionen am Neujahrstag

Schweiz. Mit zwei friedlichen Aktionen eröffneten die Schweizer AKW-Gegner am 1.1.78 den Anti-AKW-Kampf dieses Jahres. 1200 beteiligten sich am Fackelzug in Leibstadt, ebenfalls über 1000 in Gösgen gegen die dortigen AKWs.

Dabei wurde die folgende Resolution verabschiedet:

„Wir geben nicht auf! 1978 soll das Jahr werden, da wir uns für die Durchsetzung des 4-jährigen Bau und Bewilligungsstops für alle AKWs und Atommülldeponien einsetzen wollen. Wir rufen die Anti-AKW-Bewegung und alle sympathisierenden Organisationen auf, ihre Kräfte prioritär auf die AKW Gösgen und Leibstadt zu konzentrieren, die trotz Gesetzesrevisionen weitergebaut werden ..." (POCH-Zeitung 5.1.78).

Angesichts der offensichtlich werdenden Ablehnung durch die Bevölkerung erwägen die AKW-Betreiber jetzt die staatsgewaltliche Durchsetzung des Lagers (laut „Bieler Tageblatt").

Schweiz-Kommission

Gösgen soll illegal in Betrieb genommen werden

Basel. In Basel und Umgebung sind anonyme Flugblätter von AKW-Gegnern mit Details aus dem AKW Gösgen aufgetaucht. Die Flugblätter sind deshalb anonym veröffentlicht, weil deutlich daraus hervorgeht, daß die Verfasser intime Kenntnisse der Vorgänge im AKW haben. Werden die Verfasser bekannt, droht ihnen nach Schweizer Recht ein Prozeß wegen Wirtschafts-Spionage! Gegen die Inbetriebnahme des AKW hat es heftige Proteste und Massendemonstrationen gegeben sowie den ersten großen Knüppeleinsatz Schweizer Polizei gegen AKW-Gegner.

Protestaktionen am Neujahrstag

Schweiz. Mit zwei friedlichen Aktionen eröffneten die Schweizer AKW-Gegner am 1.1.78 den Anti-AKW-Kampf dieses Jahres. 1200 beteiligten sich am Fackelzug in Leibstadt, ebenfalls über 1000 in Gösgen gegen die dortigen AKWs.

Dabei wurde die folgende Resolution verabschiedet:

„Wir geben nicht auf! 1978 soll das Jahr werden, da wir uns für die Durchsetzung des 4-jährigen Bau und Bewilligungsstops für alle AKWs und Atommülldeponien einsetzen wollen. Wir rufen die Anti-AKW-Bewegung und alle sympathisierenden Organisationen auf, ihre Kräfte prioritär auf die AKW Gösgen und Leibstadt zu konzentrieren, die trotz Gesetzesrevisionen weitergebaut werden ..." (POCH-Zeitung 5.1.78).



Neujahrs-Fackelzug der Schweizer AKW-Gegner

Geheimaktion in Zwentendorf

Wien. Immer wieder hat die sozialdemokratische Bundesregierung betont, daß vor einer parlamentarischen Bewilligung und der Klärung der „sicherenEndlagerungdesAtommülls" das AKW Zwentendorf bei Wien nicht in Betrieb geht. Die „Initiative österreichischer AKW-Gegner" (IÖAG) hat nun enthüllt, daß entgegen dieser öffentlichen Hinhaltetaktik der Bundesregierung die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen gestellt werden soll. Am 23.12.77 genehmigte das Gesundheitsministerium den Transport von 500 Brennstäben ins AKW, betitelt als *„Teilgenehmigung zur Handhabe von unbestrahlten Brennelementen für den Erstkern".*

Am 18.1. traf auf dem Flughafen-Linz-Hörsching ein Militärhubschrauber mit 28 Brennstäben ein. Abflugort Hanau/BRD, Sitz der NUKEM, größter Hersteller von Kernbrennelementen.

Durch die Veröffentlichung ist die sozialdemokratische Regierung in Rechtfertigungsschwierigkeiten geraten. Gesundheitsministerin Leodolter versuchte den Vorgang herunterzuspielen, es handele sich nur um die Lagerung der Brennstäbe, schließlich sei der Probebetrieb des AKW nicht genehmigt. Sie „beruhigte": die nicht strahlenden Brennstäbe seien „völlig ungefährlich" und würden natürlich wieder außer Landes gebracht, falls das Parlament gegen das AKW-Zwentendorf stimme.

Die österreichischen AKW-Gegner haben heftig protestiert. Landesweit sollen am Wochenende 20./21.1. Protestaktionen stattfinden. Außerdem wird über eine nationale Demonstration diskutiert.

Österreich Kommission



Grindelhof 45
2 Hamburg 13
Tel. 45 38 01

Neuere Literatur zur Anti-AKW-Bewegung

Wahlbroschüre der BUU Hamburg 1,50
In dieser Broschüre werden die verschiedenen Standpunkte verschiedener Strömungen zur Frage einer Beteiligung einer „Wehrt Euch Liste" an den Hamburger Bürgerschaftswahlen dargestellt und diskutiert, sowie ein Überblick über die bisherige Reaktion der bürgerlichen Presse gegeben.

„Geplanter Umsturz und rohe Gewalt ..." – Dokumentation zu den Grohnde-Prozessen 1,00
herausgegeben vom Ermittlungsausschuß der BUU Hamburg – Rechtsbeugung und konstruierte Anklagen stehen im Mittelpunkt.

Der Fall Seveso (Broschüre) 1,00
Eine Kurzfassung eines sehr guten Seminarvortrages.

Der Atomfilz: Gewerkschaften und Atomkraft, Herausgeber: Lutz Mez/M. Wilke, Verlag Olle u. Wolter, 215 S. 12,80
Dieses Buch mit Beiträgen von Havemann, Flechtheim, Heinz Brandt u.v.a. hat zwei Schwerpunkte: Der erste Teil beschäftigt sich mit der Gefährlichkeit von Atomenergie (z.B. Alfven über die Gefährlichkeit der Massenproduktion von Plutonium, Barnaby über die möglichen Folgen der atomaren Aufrüstung der Länder der Dritten Welt) und die Entwicklungstendenzen des Polizeistaates auf Grund der Absicherung der AKWs gegen Demonstranten und die damit verbundene Kriminalisierung der AKW-Gegner. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Politik der Gewerkschaften, einmal gegenüber den Atomkraftwerken selber und zum anderen gegenüber der Tatsache der Massenarbeitslosigkeit. Auch die Frage nach der innergewerkschaftlichen Demokratie und der Entscheidungsstrukturen im DGB wird angesprochen. Der Begriff des Atomfilzes wird näher erläutert. Abschließend dokumentiert das Buch noch einmal den Fall Heinz Brandt. Zwei Aspekte bleiben ausgeklammert und sollen in weiteren Büchern abgehandelt werden: die frühere ablehnende Haltung des DGB zur Atomenergie und ein internationaler Vergleich der Positionen verschiedener Gewerkschaften.

Die Spaltung des Kerns im Dienste des Kapitals – Ökonomische und politische Hintergründe der Kernenergieindustrie, editora queimada, 148S. 6,50
Dies ist eine erheblich erweiterte Ausgabe des gleichnamigen Buches und als Einführungstext sehr brauchbar.

Kursbuch 50 8,00
Bürgerinitiativen/Bürgerprotest – eine neue Vierte Gewalt ? Ein diesmal recht akzeptables Kursbuch, über Bürgerinitiativen, nicht nur gegen Atomkraftwerke

Robert Jungk: Der Atomstaat Kindler-Verlag, 240 S. 19,80
In diesem Buch beschreibt Jungk recht realistisch – wie wir nach der jetzigen Entwicklung in der BRD schon beurteilen können – die Entwicklungstendenzen zum perfekten Atomstaat, der ja in den Augen der Betreiber nur funktioniert, wenn alles total überwacht ist und so abläuft, wie es sein soll. Das Buch ist gut und leicht zu lesen. In einem Punkt sind wir jedoch der Meinung, daß Jungk in die falsche Richtung argumentiert, wenn er von Gefahren spricht, die dadurch entstehen, daß Terroristen mit einem besetzten AKW eine Erpressung durchführen könnten. Wir sind der Meinung, daß es bislang keine geringsten Anzeichen dafür gibt, die in diese Richtung deuten. Die Gefahren liegen hier vielmehr darin, daß die entsprechenden Regierungen viel eher eine Mentalität besitzen, die er hier Terroristen unterstellt.

Atommüll vor den Toren Hamburgs? NEIN DANKE!

Die NWK hat am 13. Januar bei der Physikalisch–Technischen Bundesanstalt (PTB) einen Antrag zum Bau eines Zwischenlagers von ca. 600 Tonnen abgebrannter Brennstäbe gestellt. Der Standort dieses Zwischenlagers: Stade!

Hintergrund dieses überraschenden Schrittes ist offensichtlich die Befürchtung der AKW-Betreiber, den für den Weiterbau des AKW's Brokdorfs notwendigen prüffähigen Antrag für ein Zwischenlager (s. Urteil des OVG Lüneburg – „Brokdorf-Urteil") nicht rechtzeitig fertig zu kriegen, nachdem sich in Ahaus erste Schwierigkeiten mit der Bevölkerung und der Stadtverwaltung gezeigt hatten (s. AK 120 und Artikel in diesem AK). So meinte der „wissenschaftliche" Chef-Ideologe der NWK Janßen beschwichtigend: *„Den Antrag der NWK wollte ... Janßen ... eher als taktische Maßnahme verstanden wissen. Mit dem Antrag, so Janßen, habe sein Unternehmen eine Bedingung des Lüneburger Oberverwaltungsgerichts erfüllen wollen, ..."* („Stader Tageblatt", 14.1.78)

Dennoch ist der Antrag selbstverständlich ernst gemeint: *„Stade kommt als Zwischenlagerstätte für Reaktorbrennstoffe dann ernsthaft in Frage, wenn sich die Genehmigung oder der Bau der Lagerstätte Ahaus im Münsterland wesentlich verzögern oder ganz unmöglich werden sollte"* (ebenda).

Nach dem Motto: Doppelt hält besser soll dann auch in Stade ein Atommülllager hingestelllt werden, das nach der berüchtigten Studie des IRS (Institut für Reaktorsicherheit) bei einem Ausfall der Kühlung zu Millionen von Toten führt!

Daß nun gerade die Schwierigkeiten in Stade geringer sein werden als die in Ahaus, dürfte wohl nicht mehr als ein frommer Wunsch sein, denn gerade im Bereich der Unterelbe regt sich zunehmend der Protest gegen die weitere Ansiedlung umweltverschmutzender Anlagen. Es ist daher zu befürchten, daß die Errichtung eines Zwischenlagers in Stade unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchgezogen werden soll: *„Für kernkraftwerkseigene Einrichtungen, zum Beispiel Lagerbecken auf dem Kraftwerksgelände, ist die Genehmigung des Sozialministers erforderlich (§§7 und 9 des Atomgesetzes). Das Braunschweiger PTB prüft währenddessen Anträge zur Einrichtung regionaler Lagerstätten für Atommüll außerhalb von Kernkraftwerken (§6 Atomgesetz). Hier sehen Atomgegner und Umweltschützer ihre Befürchtungen bestätigt, die NWK wolle das Genehmigungsverfahren nach §6 behördenintern abwickeln ..."*(Stader Tageblatt", 17.1.78).

Zudem reagierten die verschiedenen Landes- und Lokalpolitiker ziemlich säuerlich auf die Bekanntgabe dieses Schrittes der NWK. So äußerte der Stadtdirektor von Stade: *„Wenn durch dieses eigenmächtige Vorgehen der NWK hier Bürgerunmut entsteht, marschiere ich an der Spitze"* („Elbe-Jeetzel-Zeitung" – „EJZ", vom 14./15.1.78). Nun hört sich dies besser an als es gemeint ist, denn der tiefere Grund seines „Protestes" ist folgender: Der Stadtdirektor *„fürchtet nun, daß durch die nach seiner Meinung ungeschickte (!) Taktik der NWK der bis dato ruhige Betrieb des Kernkraftwerks Stade in Mitleidenschaft gezogen wird"* („WELT",18.1.78). Weiter gehen die Befürchtungen denn auch nicht: *„Bislang haben wir ein insgesamt gutes Verhältnis zur hiesigen Industrie. Nur deshalb herrschte in der Vergangenheit auch kein Unmut unter den Bürgern"* und so der SPD-Fraktionsführer von Stade: *„Wer den Bau von Atomkraftwerken zuläßt, muß auch an Atommüllager denken"*(„Stader Tageblatt, 14.1.78) und, so muß man wohl hinzufügen, an den „Unmut der Bürger"!

Etwas übertrieben biedermännisch gibt sich hingegen Albrecht in der Öffentlichkeit: Die Landesregierung bezeichnet das Vorgehen der NWK als „unfreundlichen Akt", denn schließlich hat Albrecht ja deutlich gesagt, daß er kein Zwischenlager in seinem Land dulden werde, was auch bislang von der Atomindustrie in Anbetracht des „Falles Gorleben" respektiert wurde.

Durch seine Taktiererei, die ersten Probebohrungen (wahrscheinlich) auf einen Termin nach den Landtagswahlen zu verschieben, hat Albrecht sich offenbar diesen Dämpfer seitens der Atomindustrie „verdient". Auch dürfte es Albrecht schwer fallen, sich als ein von der NWK „Hintergangener" darzustellen, denn die NWK erklärte, es „ *sei das Sozialministerium in Hannover bereits seit langem über den NWK-Antrag unterrichtet gewesen"* („WELT", 18.1.78), *„man sei jedoch übereingekommen, in diesem Stadium, in dem selbst die – von der PTB bestätigte – Antragstellung noch nicht vollständig abgeschlossen sei, nicht an die Öffentlichkeit zu treten"* („EJZ", 14./15.1.78). So oder so, ein Zwischenlager in Stade ist wohl auf jeden Fall ein Grund für einen Massenspaziergang in Stade!

AKW-Nein-Kommission

Ahaus gegen Zwischenlager!

1.000 Bürger von Ahaus waren am 13.1. zu einer Veranstaltung gekommen, um sich Argumente für und wider das Zwischenlager anzuhören, das bei ihrer Stadt errichtet werden soll. Auf dem Podium hatten die Atombetreiber ihre Prominenz-Sicherheitsapostel aufgefahren. So saßen unter der Leitung des Ressort-Chefs für Wirtschaft und Technik beim ZDF, Schiemann, für die Atomindustrie Prof. Schulten (Chef der Kernforschungsanstalt Jülich), Dipl.-Physiker Koelzer (Kernforschungszentrum Heidelberg), Dr. Schüller (Leiter des Zentrums in Karlsruhe) und Dr. Feldmann (Jülich) gegenüber Prof. Jungk, Dr. Kater (Mediziner aus Hameln), Prof. Huster (Leiter des Instituts für Kernphysik in Münster) und Dr. Teufel vom BBU-Vorstand.

Die AKW-Befürworter schwärmten von zwei Meter dicken Betonwänden, die sogar Flugzeugabstürze überstehen könnten, aber – das vergaßen sie – keine Erdstöße.

Es handle sich gar nicht um Atommüll, sondern um wertvolle Energierohstoffe; nur 3,5% seien echter Abfall. Kurz und rund: *„die Anlage sei vollkommen ungefährlich"* („Westfälische Nachrichten", 16.1.78).

Demgegenüber stellten die AKW-Gegner fest, daß das Problem der Wiederaufbereitung ungeklärt sei, so daß es sich um eine „Endlösung" handeln könne.

Sie wiesen auf die „Unabhängigkeit" der Wissenschaftler von der Atomindustrie hin, die u.a. dazu geführt hätte, daß bei Strahlenbelastungsrechnungen 1.000-fach zu niedrige Werte zugrunde gelegt würden. An Prof. Wachsmann, der selbst 200.000 Krebstote pro Jahr für die Atomindustrieblüte in Kauf nehmen will, wurde die Skrupellosigkeit von Wissenschaftlern deutlich. Im Saal zeigte sich eine ähnliche Polarisierung wie auf dem Podium.

Die vorderen Reihen – reserviert für die Stadtgrößen – klatschten, wenn auch selten, für die Atombetreiber; die anwesende Bevölkerung dagegen stand weitgehend auf Seiten der Atomgegner.

Ein guter Auftakt, wenn im Februar die STEAG – gleichzeitig im Kohlegeschäft aktiv – einen Antrag für die Genehmigung des Zwischenlagers stellen wird. Die BI befürchtet, daß dieser Antrag ohne Einspruchsmöglichkeiten über die Bühne gezogen wird, obwohl Innenminister Maihofer das Gegenteil versprochen hat. Die BI schätzt, daß rund 80% am Ort kein Zwischenlager wünschen. Angesichts dieser Lage hält sich die CDU-Stadtratsmehrheit ihr Votum noch offen.

Kein Zwischenlager in Ahaus und auch nicht anderswo!

KB/Sympathisanten Münster

Katastrophenfall Brunsbüttel

Unter diesem Titel hat der ‚Arbeitskreis Brokdorf' eine Broschüre erarbeitet und herausgegeben, in der die Auswirkungen eines Unfalls in dem bereits im Betrieb befindlichen AKW Brunsbüttel sehr präzise untersucht werden (Das AKW-Brunsbüttel liegt nur 10 Km entfernt von dem geplanten AKW Brokdorf.).

Es heißt in der Broschüre:„ *Der Reaktor enthält nach einer Betriebsdauer von drei Jahren riesige Mengen radioaktiver Spalt- und Brutprodukte (16 Mill. Curie). Dies entspricht etwa der Radioaktivität, die bei der Explosion von 1000 Hiroschima-Bomben erzeugt werden würden."* Bei einem Unfall in der Anlage sind die schwersten Folgen dann zu befürchten „ *wenn der Wind etwa aus West-Nordwest auf Hamburg zuweht und es stürmisch ist (11m/sec Windgeschwindigkeit). Derartige Bedingungen sind gerade im Herbst und im Frühjahr an der Nordseeeküste und an der Elbe als Sturmfluten bekannt. In einem derartigen Fall sind die Auswirkungen eines nuklearen Unfalls bis weit nach Hamburg hinein zu verzeichnen. Soforttote wären in Freiburg/Elbe, Glückstadt, Elmshorn, Uetersen und einem Teil von Wedel zu befürchten. Insgesamt kann mit 25.500 bis 231.000 Toten gerechnet werden" (S. 16/17).*

Diese Broschüre, die u.a. auch noch die Bedingungen für den Katastrophenschutz behandelt, ist für jeden AKW-Gegner zu empfehlen. Sie kann bezogen werden bei:

BUU-Arbeitskreis Brokdorf
K.J. Lorenzen-Schmidt
Rathausstraße. 14
2209 Krempe

AKW-Nein-Kommission



Ausbreitung der radioaktiven Wolke bei West-Nordwest-Wind mit einer Geschwindigkeit von 4 km/h. (in 15 Std. von Brunsbüttel bis Hamburg)

Gorleben: Für die Verpflegung von BGS und Polizei ist schon gesorgt

Was Albrecht noch am 1. Dezember bei einem Besuch in Lüchow- Dannenberg forderte - nämlich die Stationierung von BGS und Polizei im Kreis »zur Absicherung des Geländes«, auf dem die WAA gebaut werden soll, scheint von den Betreibern schon lange geplant und in Vorarbeit zu sein.

Das zeigt folgende Tatsache: Die Ortspresse (»Elbe-Jeckel-Zeitung«) druckte vor einiger Zeit einen Brief der BI- Lüchow-Dannenberg an den Landrat Meiner ab, aus dem hervorgeht, daß die BI zu wissen meint, daß zwischen dem Landrat und dem Fleischereibetrieb Vogler ein Vertrag abgeschlossen wurde, bei dem es um die Verpflegung von zu stationierenden Einheiten des Bundesgrenzschutzes oder der Polizei geht. Außerdem fragt die BI in diesem Brief, ob es stimme, daß die Räume des ehemaligen Landgerichts Lüchow zur Unterbringung weiterer Polizeieinheiten renoviert werden!

Für Unterkunft und Verpflegung ist also schon gesorgt.

So kann Albrecht, wenn er sich spätestens bis zu den Landtagswahlen zu Probebohrungen »durchgerungen hat«, auch sofort die »Sicherung« des Geländes vornehmen!

Inzwischen tagte auch zum ersten Mal eine Kommission mit Vertretern aus der niedersächsischen Landesregierung, der Bezirksregierung Lüneburg, des Kreises Lüchow-Dannenberg sowie der Gemeinden Lüchow, Gartow, Gorleben und Trebel. Von dieser Kommission soll die Planung für die WAA gemeinsam durchgezogen werden, denn *»das Gesamtproblem* (könne) *nur in engster Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden gelöst werden«* (»Welt«, 17.1.78).

KB/ Gruppe Lüneburg

Erfreuliches vom BBU

Auf dem letzten Treffen der Heide-BI's am 8. Januar wurden unmittelbar nach dem zu erwartenden Beginn der Probebohrungen in Gorleben dezentrale friedliche Aktionen an AKW-Standorten und in Gorleben selbst vorgeschlagen (siehe hierzu auch den letzten AK). In diesem Zusammenhang kritisierten wir diesen Vorschlag als Spaltungsmanöver der Heide-BI's und des BBU- Vorstandes, der darauf abzielt, Aktionen gegen die Probebohrungen ausschließlich den Heide BI's und zwar den »sauberen« vorzubehalten. Bestärkt wurde dieser Eindruck durch Äußerungen einiger BI- Vertreter aus dieser Region und einem Satzungsentwurf für den Arbeitskreis Lüneburger Heide, der von Soetebier (ein bekannter SPD- Funktionär) und Mombauer (BI Lüchow- Dannenberg und BBU -Vorstandsmitglied) als Grundlage zur Arbeit der Heide- BI's vorgelegt wurde. Diese Satzung drohte BI- Mitgliedern und ganzen BI's den Ausschluß aus dem ABL an, falls sie sich bei Aktionen »parteipolitisch« betätigen.

Im Nachhinein kann zumindest für den Vorstand des BBU diese Einschätzung korrigiert werden. Auf der ersten Sitzung des neuen BBU- Vorstands wurde ein Beschluß gefaßt, das ABL- Konzept als Antwort der ersten Stunde der dortigen BI's zu unterstützen, jedoch können die dezentralen Aktionen (an anderen Orten der BRD) keine Großdemonstration in Gorleben ersetzen. Auf der Pressekonferenz im Anschluß an die Vorstandssitzung wurde noch einmal betont, daß der BBU auch weiterhin Großaktionen als Mittel des Kampfes nicht ausschließt. Ungeklärt bleibt aber nach wie vor die Haltung des ABL und damit der BI's in der Region um Gorleben - ihr Konzept ist damit noch nicht vom Tisch.

AKW -Nein- Kommission

»Keine Vergrößerung der Ultrazentrifuge!«

-Zur Geschichte der Ultrazentrifuge und der Entwicklung des Widerstandes -

Zur Vorbereitung der für den 4. März 1978 geplanten Demonstration gegen die Ultrazentrifuge in Almelo haben sich bisher rund 60 Gruppen unterschiedlichster Ausrichtung – parlamentarische Parteien, revolutionäre Organisationen, christliche Gruppen, Umweltschutz und Anti-AKW-Initiativen, Gewerkschaftsgruppen, Jugendorgansiationen usw. usf. – zusammengeschlossen.

Neben diesem – für westdeutsche Verhältnisse ungekannt breitem Bündnis kommt der Demonstration insofern besondere Bedeutung zu, als die Spitze des Widerstandes nicht gegen die Umweltgefährdung durch Atomanlagen gerichtet ist, sondern die Fragen der Atombewaffnung und einer westdeutschen Atommacht im Mittelpunkt des Protestes stehen.

Wir geben in diesem Artikel einen Überblick über die Entwicklung der Ultrazentrifugen-Forschung, die von Anfang an dierekt den Zielen einer Atombewaffnung diente, über die Durchsetzung des Ultrazentrifugenprojektes am niederländischen Parlament vorbei und gehen abschließend auf die Entwicklung des Widerstandes ein – eine Broschüre über die Urananreicherung sowie einer ausführlicheren Darstellung der Entwicklung in den Niederlanden wird im Februar erscheinen.

Die „Wunderwaffe" Hitlers

Den deutschen Naturwissenschaftlern Otto Hahn und Fritz Straßmann gelang 1938 in Berlin mit Hilfe eines Neutronenbombardements, Uranatome zu spalten: Die Kernenergie war geboren. Hahn und Straßmann übersahen zu dieser Zeit kaum die Konsequenzen ihres Experiments. Anders die Hamburger Kernphysiker Paul Harteck und Wilhelm Groth, die es verstanden, Hermann Göring von der Bedeutung dieser Entwicklung zu überzeugen.

Vom April 1939 an arbeiteten Harteck und Groth mit Krediten der Wehrmacht an der Entwicklung der Kernspaltung mit dem Ziel, eine Uranbombe – Hitlers „Wunderwaffe" – herzustellen. Behindert wurden ihre Versuche durch den Mangel an Uran und schwerem Wasser, die eigenen Vorräte reichten nicht aus und durch den mittlerweile von den Faschisten angezettelten Krieg konnten diese Stoffe auch nicht direkt aus den Ländern, die darüber verfügten, bezogen werden. Dank der auch im Weltkrieg recht reibungslos funktionierenden Kontakte der internationalen Konzerne und der Einsicht „wertfrei" arbeitender Wissenschaftler konnte dieser Mangel jedoch durch allerlei Schiebereien beseitigt werden. Eine wichtige Rolle spielte hierbei die Amsterdamer Firma Cellastic, eine von der Canaris-„Abwehr" gegründete Scheinfirma zur Wissenschafts-Spionage.

Die Versuche wurden u.a. in einem Labor der niederländischen Universitätsstadt Leiden fortgesetzt. Beteiligt war hieran u.a. J. Kistemaker, der spätere Direktor der Ultracentrifuge Nederland in Almelo. Obwohl die Niederlande seit 1941 von den Faschisten besetzt waren, konnte die Arbeit in dem Leidener Labor ungestört fortgesetzt werden; die Wissenschaftler des Labors schienen den direkten Schutz der Nazis zu genießen. Ohne Behinderung passierten sie die Landesgrenzen, u.a. reisten sie – im Auftrage von Cellastic – nach Paris, um dort Patente und Materialien für die Kernspaltung aufzukaufen. Es ist klar, was Cellastic von ihnen erwartete: Mitarbeit an der Entwicklung der deutschen Uranbombe!

Nach dem Krieg arbeitete Kistemaker, erst insgeheim, später ganz öffentlich, mit dem Entwickler des Ultrazentrifugal-Verfahrens bis 1945, Wilhelm Groth, zusammen. Beide bezogen den im Krieg als SS-Hauptsturmführer in Leiden stationierten Dr. Boettcher mit ein; Boettcher wurde später die Leitung der westdeutschen Kernforschungsanstalt in Jülich übertragen (in den Niederlanden war er wegen Kriegsverbrechens zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden). (Nach Hans Ramaer, De dans om het nucleaire kalf, Rotterdam 1974 und „De Nieuwe Linie", 16.2.77).

Die Versuche werden in Kistemakers Amsterdamer Labor fortgesetzt. Gegen dies Labor gab es in den 50 er Jahren heftige Proteste; große Teile der Amsterdamer Bevölkerung und die Kommunistische Partei (CPN) gaben sich mit den abwiegelnden Erklärungen des Parlaments, die Versuche dienten „rein friedlichen Zwecken" nicht zufrieden, denn *„daß das 'Kistemaker-Projekt' ... bei den erneuten Atom-Bestrebungen von Bonn eine Rolle spielt, war sonnenklar"*.

In Amsterdam kam es während mehrerer Wochen zu Demonstrationen, Straßensperren und Kundgebungen unter den Forderungen: „Keine Hilfe an die westdeutschen Revanchisten" und „Für ein atomfreies Niederlande". Die Polizei prügelte die Demonstranten auseinander („De Waarheid", 4.12.76).



Anti-Atom-Demonstration der 50er Jahre

Anti-Atom-Demonstration der 50er Jahre

Der Vertrag von Almelo

Bis in die späten sechziger Jahre wurden die Ultrazentrifugal-Versuche sorgsam aus der öffentlichen Erörterung herausgehalten. Als durch ein Mitglied der Zweiten Kammer 1967 erstmals im Parlament nach diesen Unternehmungen gefragt wurde, zeigte sich der Wirtschaftsminister äußerst irritiert („Almelo-Bulletin" Nr. 1, Okt. 77).

1970 wurde zwischen den Niederlanden, der BRD und England ein Vertrag zur gemeinsamen Weiterentwicklung der Ultrazentrifuge (UC), der Vertrag von Almelo, geschlossen. 1971 trat der Vertrag in Kraft und läuft (vorerst) bis 1981. Die niederländische und die westdeutsche Abteilung der Anreicherungsfabrik wurden in Almelo gebaut, die englische in Capenhurst (der BRD ist aufgrund der Pariser Verträge die Urananreicherung auf eigenem Boden über 2,1% hinaus verboten, da höher angereichertes Natururan mit dem spaltbaren U-235 als essentieller Bestandteil zur Atomwaffenproduktion angesehen wird – von daher auch die Bedeutung, die das (im Sinne des BRD-Staates) reibungslose Funktionieren der Almeloer Anlage für Westdeutschland hat).

Beim niederländischen Teil der UC hält der niederländische Staat 55% der Anteile, in den Rest teilen sich diverse nationale und multinationale Konzerne.

Der westdeutsche UC-Teil wird von der KEWA (Zusammenschluß von NUKEM, RWE, Hoechst und Bayer) betrieben, die ebenfalls mit der von Frankreich betriebenen Urananreicherung, der Gasdiffusionsmethode, in Verbindung stehen. Die NUKEM (gebildet von Degussa, Metallgesellschaft, Rio Tinto/USA und RWE) ist über die Produktion von Spaltstoffelementen mit der KWU (Kalkar, westdeutsche AKW's) verbunden... die Reihe läßt sich unschwer in vielfache weitere Verästelungen fortsetzen.

Vergrößerung der UC und Uran für Brasilien

Zu größerem und seither ständig anwachsendem Protest kam es Ende 1976, als in der Zweiten Kammer die Debatte über eine Vergrößerung der UC anstand und gleichzeitig der Atompakt BRD/Brasilien bekannt wurde. Die BRD hatte mit Brasilien die Lieferung eines vollständigen Spaltstoffzyklus vereinbart, einschließlich angereicherten Urans aus Almelo und sich dafür die Option auf 20% allen in Brasilien geschürften Natur-Urans gesichert.

Bei der Parlamentsdebatte um die Vergrößerung der UC wurde offenbar, daß bereits seit 1974 Verträge über Lieferungen angereicherten Urans bestanden, die eine Vergrößerung der UC zwingend notwendig machen (laut Almelo-Vertrag müssen alle Lieferungen ausgeführt werden). Mit den bereits geschlossenen Verträgen wie mit dem BRD-Brasilien-Vertrag war das Parlament, ohne jede Einspruchsmöglichkeit, bereits vor vollendete Tatsachen gestellt.

Die damaligen hauptsächlichen Betreiber einer Vergrößerung der UC auf Regierungsebene – der sozialdemokratische Außenminister Van der Stoel und der katholische Wirtschaftsminister Lubbers (KVP) führten als Argumente für eine Ausweitung der UC im wesentlichen an:

– eine Vergrößerung der UC würde rentabel sein und Gewinne abwerfen,

– 2.500 neue Arbeitsplätze würden geschaffen,

– eine von der BRD auf eigenem Boden angedrohte Anreicherungsanlage könnte verhindert werden; die Niederlande könnten gegebenenfalls gegenüber der BRD ihr im Almelovertrag festgelegtes Veto-Recht gegenüber nicht gewünschten Lieferungen (etwa an Länder wie Brasilien, die den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben haben) handhaben.

Was das Versprechen endlich zu erreichender Rentabilität der UC angeht, gaben die an dem Projekt beteiligten niederländischen Konzerne die klarste Antwort: Sie investieren keinen Cent mehr in das Projekt! Das Kapitalistenblatt „Financielle Dagblad" qualifizierte eine Vergrößerung der UC als *„Milliardenrisiko ohne deutliche Gewinnchance"* (zit. nach „De Nieuwe Linie", 10.11.76).

deutliche Gewinnchance" (zit. nach „De Nieuwe Linie", 10.11.76).

Die für die Vergrößerung angegebenen Kosten differieren sehr stark. Lubbers gab Kosten von 300 Mio. Gulden (gleich DM) für eine Vergrößerung auf eine jährliche Trennleistung von 2.000 t an („Volkskrant", 29.11.76). Eine Gewerkschaftsorganisation von Wissenschaftlern (VWO) kam auf Kosten von 700 Mio. Daß auch noch diese Schätzung erheblich zu tief gegriffen ist, enthüllte ein Rapport der Technischen Hochschule Twente. Unter Umgehung des Parlaments sind bereits Verträge bis 1990 abgeschlossen, die (obwohl nicht genehmigt) von einer jährlichen Trennleistung von 4.000 t ausgehen. Nachdem die Konzerne sich aus dem Projekt zurückgezogen haben, würden die hierfür erforderlichen Zahlungen des Staates rund 6 Mrd. erfordern („De Waarheid", 25. u. 27.6.75).

Die „2.500 neuen Arbeitsplätze", mit denen Wirtschaftsminister Lubbers auf Dummenfang gegangen war, enthüllen sich bei näherer Betrachtung als Arbeitsplätze, die nur während der kurzen Bauphase für die UC-Vergrößerung bestehen. Die vergrößerte UC selbst würde nur 460 neue Arbeitsplätze bieten („De Nieuwe Linie", 8.12.76).

Die gewerkschaftliche Wissenschaftlerorganisation VWO rechnet bei einer Vergrößerung auf eine jährliche Trennleistung von 2.000 t und den hierfür erforderlichen Kosten von 700 Mio. Gulden mit nur 2-300 neuen Arbeitsplätzen. Jeder neue Arbeitsplatz würde danach 2 bis 3 Mio. kosten – jede andere Verwendung der 700 Mio. würde erheblich mehr Arbeitsplätze schaffen („Vrij Nederland", 11.12.76).

Das „Veto-Recht"

Um die Opposition im Parlament und den Widerstand der Bevölkerung abzuwiegeln, greifen die Befürworter einer Vergrößerung der UC gerne zu dem Argument, daß jedem Partner des Almelo-Vertrages ein Veto-Recht zustehe und daß nach dem Vertrag kein angereichertes Uran aus Almelo zur Waffenherstellung benutzt werden dürfe („De Waarheid", 25.6.75).

Bemerkenswert ist, daß sich auch die sozialdemokratische Regierungspartei der Niederlande bemüßigt fühlt, von einem „Druckmittel" gegenüber der BRD zu sprechen, während die sozialdemokratische BRD-Regierung durch die Lieferung eines vollständigen Spaltstoffzyklus die Militärdiktatur Brasilien bedenkenlos in die Lage versetzt, Atombomben zu produzieren.

Allerdings dürften sich die Niederlande mit ihrer starken wirtschaftlichen und auch zunehmend politischen Abhängigkeit vom BRD-Imperialismus sehr wohl überlegen, ob sie ein „Veto-Recht" mit letzter Konsequenz gebrauchen würden. Darüberhinaus läuft der Almelo-Vertrag – und damit das „Veto-Recht" – 1981 aus und letztlich ist auch die Wirksamkeit des Pariser Vertrages (Verbot für die BRD auf eigenem Boden Uran über 3 % hinaus anzureichern) in seiner Gültigkeit nicht unumstritten (nicht anders sind die Äußerungen von seiten niederländischer wie westdeutscher Politiker zu verstehen, daß die BRD gegebenenfalls eine Urananreicherungsanlage auf eigenem Boden errichten würde!)!

Der sozialdemokratische Außenminister Van der Stoel mag dann auch selbst nicht so recht an das „Veto-Recht" glauben: *„Auf die Frage, ob das niederländische Veto-Recht kraft des Vertrages von Almelo so effektiv sein kann, daß damit Lieferungen an Brasilien – bei unzureichenden Garantien – verhindert werden können, antwortete Minister Van der Stoel verneinend"* („NRC/Handelsblad", 11.2.77).

Hat ein Land, wie hier Brasilien, erst einmal die notwendigen Anlagen (wie sie von der BRD direkt geliefert werden) und das angereicherte Uran (aus Almelo), so steht der Herstellung von Atomwaffen nichts mehr entgegen. Prof. Boogardt, Direktor der UC: Im Prinzip kann nach der Almeloer Anreicherungsmethode Uran erhalten werden, *„das vollständig ‚aufgearbeitet' ist, um Atombomben damit herzustellen"* („De Waarheid", 4.12.76). Am Verarbeitungsprozeß selbst ist überdies nicht festzustellen, ob das Uran für „friedliche" oder für militärische Zwecke gebraucht wird. Eine Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages durch Brasilien, woran Außenminister Van der Stoel und auch die Minister der Politieke Partij Radikalen (die erst an der Frage, ob Brasilien das Uran be-

Fortsetzung auf nächster Seite

Aufruf zur Almelo- Demonstration am 4.3.78

"STOPPT DIE ERWEITERUNG DER ULTRAZENTRIFUGE"

In Almelo steht eine Fabrik, wo Uran angereichert wird. Dies Uran dient als Brennstoff für Atomkraftwerke; auch noch für die 3 in den Niderlanden zu bauenden Atomkraftwerke. Mit derselben Technologie können Atombomben hergestellt werden. Die UC-Fabrik wird zusammen mit der BRD und England gebaut (sog. Urenco). Vor kurzem wurde die Vergrößerung der UC-Fabrik beschlossen. Wir leisten Widerstand gegen die Urananreicherung in Almelo aus folgenden Gründen:

"GEFAHREN FÜR MENSCH UND UMWELT"

1.Urananreicherung ist nötig für die Erzeugung von Atomernergie. Gegen den Gebrauch von Atomernergie sind große Bedenken vorzubringen. Atomkraftwerke produzieren große Gefahren für Mensch und Umwelt (Strahlen- und Explosionsgefahr). Die Wissenschaft steht vor einer Reihe unlösbarer Probleme (z.B. die Wiederaufbereitung und Lagerung von radioaktivem Abfall aus Atomanlagen). Die starken Sicherheitsmaßnahmen (z.B. gegen Sabotage) bedrohen die demokratischen Errungenschaften. Trotzdem wird das Atomprogramm durchgesetzt.

"GEWINNDENKEN STEHT AN ZENTRALER STELLE"

2.Das Atomprogramm (ang. notwendig wegen einer drohenden "Energiekrise") ist größtenteils in den Händen der Betreiber (Philips, RSV, VMF in Zusammenarbeit mit dem deutschen Siemens-Konzern). Dies sind Betreiber, die selber Energie und Rohstoffe verschwenden. Gewinndenken steht dabei bei ihnen zentral, die Sicherheit der Arbeiter und der Bevölkerung wird diesem Ziel untergeordnet. Shell, DSM, VMF, RSV und Philips sind an der UCN beteiligt. Sie bezahlen aber nicht für die Erweiterung, weil sie es zu riskant finden.

"ARBEIT FÜR TWENTE: JA!! UCN: NEIN!!"

3.Die Befürworter des Ausbaus der UCN behaupten, daß dadurch in einem "Problemgebiet" wie Twente Arbeitsplätze geschaffen werden. Jeder der festen Arbeitsplätze kostet bei UCN 1 Mio. Gulden. Außerdem werden bereits jetzt schon größtenteils Spezialisten beschäftigt, die von außerhalb Twente eingestellt werden. Für weniger Geld können mehr Menschen an der Herstellung von sinnvolleren und weniger gefährlichen Produkten in Twente arbeiten.

"ATOMTECHNOLOGIE UND ATOMWAFFEN: SIAMESISCHE ZWILLINGE"

4.Die Atomtechnologie kann sowohl "friedlich" als auch militärisch angewendet werden. Über die Urenco arbeiten die Niederlande an der Entwicklung eines gigantischen Atomprogramms der BRD mit. Die BRD entwickelt sich dadurch zu einem wichtigen Atomstaat und kann selber einfacher Atomwaffen herstellen. Vor allem spielt die Erweiterung der UCN eine zentrale Rolle bei den enormen Exportaufträgen von Brasilien und der BRD. Diese Aufträge umfassen die Lieferung einer kompletten Atomtechnologie an Brasilien. Hierdurch kann eine Diktatur wie Brasilien die Atombombe herstellen.

silien die Atombombe herstellen.

"EINE NEUE FORM VON AUSBEUTUNG"

5.Die Atomtechnologie macht die Länder der "3. Welt" weiter abhängig vom Westen, eine neue Form von Ausbeutung. Kapitalintensive Atomwirtschaft kommt allein der großen Industrie zugute und dient nicht den Interessen der Bevölkerung. Langfristige Energiequellen wie Wasserkraft und Sonnenenergie sind ausreichend vorhanden.

"KONTROLLE: VERGISS ES!!"

6.Auch das Argument, daß die Beteiligung der Niederlande an der UCN eine Kontrolle ermöglicht über den Verbleib des angereicherten Urans, auch dies Argument stimmt nicht. Jede Kontrolle (z.B. über den Atomwaffensperrvertrag oder über einen speziellen Vertrag mit Brasilien) bedeutet nur, daß festgestellt wird, daß spaltbare Stoffe verschwunden sind. Wirksame Bestrafungen dagegen gibt es nicht.

Dieser Antrag der Bürgerinitiative Gronau wurde auf der nordrhein-westfälischen BI-Landeskonferenz am 12.1.78 akzeptiert.

Fortsetzung von Seite 13

kommt, die Regierung platzen lassen wollten) die Lieferung des Urans aus Almelo koppeln wollten, ist nicht viel mehr als Augenwischerei. Die mit der Unterschrift unter den Sperrvertrag verbundenen Kontrollen können immer erst nachträglich feststellen, ob Plutonium verschwunden ist. Das „Journal do Brasil" bemerkte selbst zum Vertrag mit der BRD: *„Der Vertrag schließt die Möglichkeit nicht aus, daß Brasilien eine eigene Technologie entwickelt"* (zit. nach „De Volkskrant", 9.2.76).

Daß es – trotz Blitzreisen Van der Stoels nach Brasilien, Drohungen der BRD, sich aus dem Vertrag zurückzuziehen (und damit das finanzielle Desaster noch zu vergrößern), Geheimverhandlungen zwischen den Außenministern von Großbritannien, BRD und Niederlande – während der Zeit des Kabinetts Den Uyl noch nicht zu einer parlamentarischen „Entscheidung" kam, lag 1977 nur daran, daß die Regierungszeit des Kabinetts zu Ende ging und die Bildung einer neuen Regierung sich bis Dezember 1977 hinzog, die Entscheidung ist ohnehin schon gefallen.

Die im Dezember 1977 zustandegekommene Regierungskoalition zwischen Christreaktion (CDA) und Rechtsliberalen (VVD) hat den „Entscheidungsprozeß" noch erheblich beschleunigt. Da aus diesem Kreis, im Gegensatz zur vormaligen Koalition, woran noch Sozialdemokraten und Radikaldemokraten beteiligt waren, nur eine äußerst geringe Gegnerschaft gegenüber einer UC-Vergrößerung und den Uran-Lieferungen an Brasilien besteht, konnte der neue Ministerpräsident Van Agt auch zuerst melden, die Entscheidung über Almelo bewege sich in der Phase *„zwischen prinzipieller und definitiver Beschlußfassung"* („de Volkskrant", 28.12.77).

Der Widerstand formiert sich

Vom Bekanntwerden der geplanten UC-Vergrößerung und Uranlieferung an Brasilien im Herbst 1976 an, entwickelte sich der Widerstand vor allem gegen die Verfügungsgewalt des westdeutschen Staates über die weitere Entwicklung der UC in Almelo wie gegen die Gefahr, daß Brasilien in die Lage versetzt wird, eigene Atombomben zu bauen. Fragen der Arbeitsplätze wurden noch als wichtiges Moment gesehen, die Frage einer Umweltgefährdung durch die UC wurde eher sekundär behandelt. Eine erste Demonstration wurde im Dezember 1976 unter der Losung *„Arbeitsplätze ohne Radioaktivität"* durchgeführt („De Nieuwe Linie", 8.12.76). Für den 2. April 1977 wurde zur Demonstration gegen die UC in Almelo aufgerufen (siehe AK 103). In einem „Offenen Brief an die niederländische Regierung", mit dem auch zur Demonstration mobilisiert wurde, heißt es u.a.:

„Auf die Vergrößerung des Projektes (der UC – Anm. AK) *wird namentlich sehr stark durch die Bundesrepublik Deutschland gedrungen. Diese Vergrößerung braucht sie u.a. für den Export nach Brasilien, der jedoch völlig mit Geist und Zielsetzung des Vertrages zur Nichtverbreitung von Atomwaffen im Widerspruch steht".* Brasilien erhält die Möglichkeit zur Produktion von Atombomben, die BRD erhält im Austausch *„Zugang zum Natur-Uran aus Brasilien". – „Westdeutschland braucht die Vergrößerung von Almelo auch, um die Möglichkeit zu vergrößern, selbst über Atomwaffen zu verfügen ... Die Vergrößerung der Anreicherungsfabrik in Almelo, die damit verbundenen Verträge mit Brasilien und Südafrika und eine eventuelle westeuropäische Atommacht würden Westdeutschland den Deckmantel verschaffen, den es braucht, um diese Verträge* (Friedensverträge nach dem 2. Weltkrieg – Anm. AK) *zu umgehen ... Die Vergrößerung von Almelo würde Westdeutschland, dem wirtschaftlich stärksten Land in Westeuropa, auch die Möglichkeit zu einer ungleichmäßigen Verschiebung in den politischen und militärischen Verhältnissen geben".*

Am 23.4.77 folgte, geplant als Eingriff der Atomgegner in den laufenden Wahlkampf, eine großangelegte Kundgebung von einem Zusammenschluß von politischen, Anti-AKW- und Umweltschutz-Initiativen, die sich schon vom Namen her – *„Beweging Stop Atoomplannen"* – gegen die Atompläne insgesamt wendeten (siehe AK 105).

Unmittelbar nach der Kalkar-Demonstration, mit deren Vorbereitung auch die niederländischen Atomgegner bis zum Herbst beschäftigt waren, wurde auf Initiative des Nationalen Energie-Komitees LEK (Zusammenschluß fast aller niederländischen Umweltschutz- und Anti-AKW-Initiativen) der Widerstand gegen die UC wieder aufgenommen. Ein „Almelo-Manifest", das zur Grundlage der angestrebten breit angelegten Aktionseinheit dienen sollte, wurde erstellt (siehe Kasten). **Wie die ersten Proteste 1976/77, wie die Demonstration im April 1977, ist auch dieses Manifest von der Intention bestimmt, daß der Widerstand gegen die UC in Almelo zum wesentlichen Inhalt den Widerstand gegen Atombewaffnung im allgemeinen und Einflußnahme der BRD auf diesem Sektor im besonderen haben muß.**

Das Aktionsbündnis der Unterzeichner des Manifestes und damit Organisatoren und Träger der auf den 4. März festgelegten Demonstration in Almelo stellen schon jetzt ein Bündnis von ungekannter Breite dar:

- **sämtliche Umweltschutz- und Anti-AKW-Initiativen**
- **zahlreiche christliche Gruppen**
- **Internationalismusgruppen (u.a. Brasilien, Chile, Südliches-Afrika-Komitees)**
- **Soldatenorganisationen (die sozialistische Soldatenorganisation BVD und die Soldatengewerkschaft VVDM)**
- **Kriegsdienstverweigerer**
- **politische Parteien aus dem Parlament: Sozialdemokraten (PvdA), Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP), Radikaldemokraten (PPR), Kommunistische Partei (CPN)**
- **Jugendorganisationen (u.a. die Jugendorganisation der der christreaktionären CDA angeschlossenen ARP!)**
- **Gewerkschaftsorganisationen (u.a. der Industriebund der sozialdemokratischen Gewerkschaft NVV)**
- **Organisationen der revolutionären Linken (u.a. der Internationale Kommunistenbond, die Socialistiese Partij)**
- **Hochschulgruppen**
- **und dann noch all die Gruppen, die sich in obigem Schema nicht unterbringen lassen!**

Von westdeutscher Seite sind derzeit mit Stimmrecht beteiligt:

- Aachen
- Essen
- Köln
- Hagen
- Gronau
- BI Stop Kalkar
- BUU Hamburg
- autonomes BUU Plenum.

Niederlande-Kommission

Bürgerinitiative Urananreicherungsanlage Gronau

Zur Demonstration gegen die Urananreicherungsanlage Almelo und deren weiteren Aufbau ruft die BI Gronau alle Atomkraftgegner der BRD auf.

Gronau fühlt sich deswegen besonders betroffen, weil dieser Ort für eine UAA auf bundesdeutschem Boden vorgesehen ist und auch wohl schon feststeht, da hohe Angestellte der Uranit (Bauherr) hier bauen und auch schon wohnen. Diese Anlage soll im Vergleich zu der in Almelo, auch nach deren 2. Ausbaustufe, riesig werden.

Da wir am 4. März Behinderungen durch die Polizei und den BGS, Abstoppen oder Festhalten der Busse oder PKW's an den Grenzen nicht voraussehen können, wir aber davon ausgehen, daß viele Atomkraftgegner behindert werden und nicht alleine über die Grenze kommen, haben wir den Vorschlag gemacht, uns in Gronau zu treffen, um von hier gemeinsam zu dem 30 km entfernten Almelo zu fahren. Zwar wiegt die Tatsache schwer, daß sich der BGS und die Polizei dann nur noch auf Gronau konzentrieren muß, aber wir sind dann alle zusammen und keiner ist Einzelaktionen ausgeliefert.

Gronau gilt als sicherer Standort für eine UAA.

Die Gronauer BI bereitet eine Alternativ-Aktion vor, falls sich herausstellen sollte, daß wir wirklich nicht über die Grenze kommen.

So wird doppelter Druck ausgeübt:

1. *der Verkehr ist blockiert, das schafft Öffentlichkeit*
2. *dadurch, daß in Gronau oder Umgebung eine Aktion laufen könne, ist man sicherlich eher bereit, uns über die Grenze zu lassen.*

KEINE UAA IN ALMELO, GRONAU ODER ANDERSWO
KEIN ZWISCHENLAGER IN AHAUS ODER ANDERSWO

Um Vorschläge und Ergänzungen wird gebeten

BI Gronau



Internationale Kundgebung in Onstwedde (Februar 1977) gegen Atommüll-Lager in Groningen

Almelo und die Bauchschmerzen der »Vaterlandsverteidiger«

Die von fast 60 holländischen Organisationen und Initiativen vorbereitete Großaktion in Almelo (Niederlande) gegen die Ultrazentrifuge (Urananreicherungsanlage) ist ins Schußfeuer der „KPD" und ihrer niederländischen Bruderpartei, der „KENml", geraten. Sie wittern, daß hinter dieser Aktion ihr Hauptfeind, der „Hauptkriegstreiber", die „gefährlichere der beiden Supermächte", die Sowjetunion, vermittels ihrer revisionistischen Vasallenparteien, CPN in den Niederlanden und DKP in der BRD, steht.

Immer wenn der internationale Charakter des Kampfes gegen das Atomprogramm, die Verbindung zu den Atombewaffnungsplänen und den dahinterstehenden Zielen des Imperialismus angesprochen werden, gerät die „KPD" mit ihrer AKW-Gegnerschaft in Schwierigkeiten. So versuchten die „KPD"-Vertreter bereits anläßlich der Kalkar-Aktion im letzten Jahr die Forderung „Kein Export von Atomkraftwerken" herauszuhalten, beugten sich aber schließlich der Mehrheit, wohl auch, weil diese Forderung in den Auseinandersetzungen selber nahezu bedeutungslos war. Bauchschmerzen bereitet ihr nun, daß die Auseinandersetzungen um Almelo gerade von niederländischer Seite von einer starken antiimperialistischen Bewegung unterstützt werden (also durchaus nicht nur von einer „reinen" Umweltschützerbewegung), deren Hauptstoß sich gegen die Atom-Vormacht-Pläne der BRD und den AKW-Export, speziell ins faschistische Brasilien, richtet.

Als auf der nordrhein-westfälischen Landeskonferenz der Bürgerinitiativen am 15.1. der Aufruf der niederländischen Almelo-Unterstützer diskutiert wurde, schossen Vertreter der „KPD" massiv dagegen. V o r d e r g r ü n d i g kritisierten sie zunächst bestimmte Forderungen, wie beispielsweise die auch in den Niederlanden nicht unumstrittene Losung „Stoppt die Erweiterung der Ultrazentrifuge" und verlangten, daß die „Erweiterung" gestrichen werden müsse bzw. durch „weg mit" zu ersetzen sei. Hieran einen Streit vom Zaune zu brechen, lohnt allerdings wirklich nicht. Zum einen handelt es sich dabei um einen Kompromiß des breiten niederländischen Bündnisses, zum anderen ist es innerhalb des Bündnisses niemandem verwehrt, die „weg mit"-Forderung zu vertreten. Doch hinter der Attacke der Vaterländischen verbirgt sich ein ganz anderer Widerspruch.

Der „KPD"-Vertreter kam auch sehr schnell zur Sache: Hinter der ganzen Initiative verstecke sich die revisionistische CPN, das seien keine ehrlichen AKW-Gegner, die seien nur gegen die Ultrazentrifuge, weil sie eine zu starke BRD fürchten und gleichzeitig die gefährliche Sowjetunion schonen und schützen. Daher seien Forderungen wie „Keine Verbreitung von Atomwaffen" nur deshalb aufgenommen worden, um das Atomwaffenmonopol der „Supermächte" zu erhalten; daher sei auch die besondere Erwähnung des Exports nach Brasilien nur der Versuch der „Supermächte", andere Staaten von der Atomtechnologie fernzuhalten. Diese Sprüche kamen, wie gesagt, von einem führenden „KPD"ler in der Anti-AKW-Bewegung auf der Sitzung des Bochumer Atombüros Bochum am 12.1.

Abgesehen von den wirklichen Absichten der „KPD", ist ihre Argumentation insgesamt unlogisch. Wenn es so ist, daß es nur darum geht, der Sowjetunion Gegner vom Hals zu schaffen, dann ist überhaupt nicht einsichtig, warum die ‚alles beherrschende' CPN dann nicht fordert „Weg mit der Ultrazentrifuge", da die Verwirklichung dieser Forderung eine nicht unwesentliche Schwächung des BRD-Atomprogramms, (also nach „KPD"-Logik eine viel wesentlichere Schwächung des „Widerstands gegen den Sozialimperialismus") bedeuten würde.

Tatsache ist vielmehr, daß das niederländische Almelo-Bündnis durchaus nicht CPN-beherrscht ist, daß es allerdings u.a. auch reformistische Strömungen gibt, die erstlinig auf der Forderung auf „Nichterweiterung" bestanden. Andererseits ist es die CPN gewesen, die unbedingt in der Hauptstadt Den Haag demonstrieren wollte und nicht in Almelo, womit sie sich wiederum im Bündnis nicht durchsetzen konnte. Die „KPD" ist drauf und dran, das gesamte breite Almelo-Bündnis als „sozialimperialistisch" bestimmt anzupöbeln.

Die „KPD" hat die Politik der „Vaterlandsverteidigung" nie aufgegeben

Die „KPD" scheut sich zwar, derzeit offen die Atombewaffnung der westeuropäischen Imperialisten und den verstärkten imperialistischen Export von Atomanlagen zu fordern, weil sie genau weiß, daß sie sich damit in der Anti-AKW-Bewegung isolieren würde. Sie hat aber in der Vergangenheit – zu Zeiten ihrer o f f e n e n Linie der Verteidigung des imperialistischen „Vaterlands" – dies durchaus formuliert, ohne daß dies bis heute revidiert worden ist. So schrieb die „KPD": *„Atomwaffen in den Händen der europäischen Staaten sind gerechte Waffen, wenn sie der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber den imperialistischen Supermächten dienen"* („Rote Fahne" 27/75) und man müsse mit Kreisen der Bourgeoisie zusammenarbeiten, die *„die Gefährlichkeit des russischen Sozialimperialismus erkannt haben, die an die Zuverlässigkeit des ‚Atomschilds' der USA nicht glauben, und die an der Einheit der Nation festhalten"* („Rote Fahne", 51,52/76).

Gegenüber ihrer „unklaren" Haltung zum Export von AKWs in faschistische Länder wie Brasilien, übte die „KPD" im August letzten Jahres „Selbstkritik", d.h. gegenüber der Tatsache, daß sie dieses Geschäft BRD–Brasilien nur „ungenügend" unterstützt habe. So hieß es in der „Roten Fahne" vom 3.8.77, daß die Forderung nach Exportstopp für Atomanlagen von der DKP und ihren „Helfershelfern" komme, die damit den „Supermächten in die Hände spielen" und die *„Dritte Welt...von Fortschritten der Wissenschaft und Technologie (!!!) ausschließen"* wolle. Vielmehr sei das Geschäft zwischen dem BRD-Imperialismus und dem brasilianischen Subimperialismus eine Schwächung der *„Vormachtstellung der beiden imperialistischen Supermächte"* („Dem Volke dienen", 10/77).

Es erweist sich klar, daß zwar die „KPD"-Kritik an der unehrlichen AKW-Gegnerschaft der Revisionisten nicht unbegründet ist, die „KPD" aber genauso unehrlich und heuchlerisch in der Frage der Gegnerschaft gegen das imperialistische Atomprogramm ist. Hier reichen sich die ungleichen Brüder durchaus die Hände.

„KENml" ist ausgestiegen

Offensichtlich ausgestiegen aus dem Almelo-Bündnis ist die niederländische „KPD"-Bruderorganisation „KENml". Nachdem von verschiedenen Organisationen, besonders der PSP und der revisionistischen CPN, gefordert wurde, die „KENml" rauszuhalten (wegen ihrer Haltung zur westeuropäischen militärischen Macht) wurde ein Ausschluß zwar abgelehnt, wohl aber beschlossen, die „KENml" zu einer Stellungnahme zur Atombewaffnung aufzufordern. Die „KENml" hat sich seitdem nicht mehr beim Bündnis blicken lassen und angekündigt, in ihrer Zeitung „Rode Tribune" Stellung zu beziehen. Ansonsten wettert der „KPD"-Bruder vor allem gegen Versuche in den Niederlanden, gegen die „deutsche Gefahr" zu mobilisieren, was bei der Almelo-Aktion für die meisten niederländischen AKW-Gegner, Antifaschisten und Antimilitaristen durchaus der zentrale Punkt in ihrem Kampf gegen die Ultrazentrifuge ist. Ähnlich wie die „KPD", kommt die „KENml" zu dem Schluß, daß *„der Kern dieser politischen Richtung (Warnung vor der ‚deutschen Gefahr') die Kapitulation vor den Supermächten und vor allem vor der gefährlichsten, der Sowjetunion"* ist (Broschüre der „KENml" 1977).

Die Vaterlandsverteidiger müssen sich langsam mal entscheiden, ob sie auf Seiten der Volksbewegung gegen AKWs und imperialistische Atomprogramme stehen oder sich vollends auf Seiten proimperialistischer Politik stellen wollen. Hier verläuft die Trennungslinie zu der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer des Almelo-Bündnisses.

BRD-Imperialismus testet eigene Cruise-Missile-Raketen

Auf dem OTRAG-Gelände im Südosten Zaires werden Mittelstreckenraketen und vor allem Cruise-Missile-Raketen aus BRD-eigener Produktion getestet. Dieses Geheim-Projekt ist vom Bonner Verteidigungsministerium bislang mit mindestens 300 Millionen US-Dollar finanziert worden. An der Durchführung des Unternehmens sind sowohl der Bundesnachrichtendienst als auch die CIA aktiv beteiligt. Bislang haben bereits vier oder fünf mit atomaren Sprengköpfen bestückbare Cruise-Missiles aus der BRD das OTRAG-Gelände überflogen.

Dies sind in kurzen Stichpunkten die Behauptungen, die der ehemalige Korrespondent der New York Times, Tad Szulc, in einem Artikel für die März-Ausgabe des US-Magazins „Penthouse" aufstellt.

Die Cruise-Missile ist gegenwärtig neben der Neutronenbombe das jüngste und gefährlichste Projekt im Wettlauf des internationalen Rüstungswahnsinns (siehe Kasten). Die Enthüllungsarbeit von Tad Szulc gilt als außerordentlich seriös.

Bereits 1975 erregte er weltweites Aufsehen durch die Veröffentlichung der sogenannten „Tar-Baby"-Geheimstudie, eines von Henry Kissinger verfassten Nationalen Sicherheitsmemorandums, aus dem Jahre 1969, in dem die Unterstützung der US-Imperialisten für das portugiesische Kolonialregime und die weißen Minderheitsregimes im Südlichen Afrika festgeschrieben wurde.

Wie nicht anders zu erwarten war, haben alle Beteiligten die Enthüllungen heftig dementiert. Sprecher der OTRAG, des Bonner Verteidigungs- und Außenministeriums, des US-State Departments und der CIA sprachen im Zusammenhang mit dem Artikel von *„absoluten Unsinn"*.

Der Sprecher des State Departments erklärte, es lägen keine Hinweise auf Tests von Cruise-Missiles in Zaire vor und meinte: *„Auf der Grundlage der uns vorliegenden Informationen haben wir keinen Grund zur Sorge"*. Die OTRAG dementiert
zur Sorge". Die OTRAG dementiert
besonders die von Tad Szulc behaupteten Zahlungen des Verteidigungsministeriums und unternahm erneut den obligatorischen Versuch, den militärischen Charakter ihrer Raketen abzustreiten:

„Wir entwickeln und testen ausschließlich Trägerraketen für den Transport kommerzieller Satelliten". (Zitate nach NZZ 16.12.77. Leider liegt uns der „Penthouse"-Artikel noch nicht im Wortlaut vor. Wiedergabe nach upi und ap-Meldungen aus: NZZ, 16.12., Guardian 15.12., Il Manifesto, 15.12., Daily Times/Tanzania, 15.12., Journal de Angola, 15.12., UZ, 15.12, Welt, 15.12., Bild, 15.12.).

Diese neuerlichen Enthüllungen über die Machenschaften der OTRAG-Kolonialisten in Zaire könnten die schlimmsten Befürchtungen bestätigen, die seit Monaten weltweit von antiimperialistischen Kräften über die wahre Zielsetzung dieses Projekts geäußert wurden. Mitte August 1977 war der OTRAG-Skandal durch die Veröffentlichung des Vertragstextes der bundesdeutschen Raketenfirma mit dem Mobutu-Regime durch die frz. „Afrique-Asie" an die Öffentlichkeit gedrungen.

Hiernach hat OTRAG Ende 1975 im Südosten Zaires ein Gebiet von der Größe der DDR zur uneingeschränkten Nutzung, besonders zum Start von Raketen egal welchen Typs, vorerst bis zum Jahr 2000 erworben. Die Vertragsbestimmungen sehen weiterhin vor, daß OTRAG, bzw. der BRD-Imperialismus, die zwangsweise Vertreibung der etwa 300.000 Bewohner des Gebiets anordnen kann. Für alle dort begangenen Verbrechen genießen die OTRAG-Vertreter absolute diplomatische Immunität und Straffreiheit.

Besonders die fortschrittlichen Nachbarstaaten Zaires fühlen sich durch diesen gigantischen Militärstützpunkt in ihrer Existenz bedroht.

Der Präsident der VR Angola A. Neto bezeichnete das OTRAG-Projekt unmittelbar nach dessen Bekanntwerden als direkte Bedrohung der angolanischen Revolution und teilte mit, daß die OTRAG-Raketen atomare Sprengköpfe transportieren können.

Es war auch Genosse Neto, der bereits vor der Veröffentlichung des „Penthouse"-Artikels auf die Tests von Cruise-Missile-Raketen im OTRAG-Territorium hinwies, was den Szulc-Recherchen zusätzliche Glaubwürdigkeit verleiht. In seiner Eröffnungsrede zum 1. Kongreß der MPLA bezeichnete er den zuverlässigen Schutz der nationalen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität Angolas angesichts der anhaltenden Aggressionsakte Südafrikas und der Errichtung von Abschußrampen für Flügelraketen (= Cruise-Missiles) in Zaire als dringendes Erfordernis (Nach UZ, 7.12.77).

Die mozambikanischen Genossen sehen in dem Bekanntwerden der bundesdeutschen Cruise-Missile Tests in Zaire eine neue Qualität der imperialistischen Intervention im Südlichen Afrika. Die Zeitschrift „Noticias da Beira" schrieb, *„daß die NATO nunmehr an der Kontrolle über das OTRAG-Gelände mitbeteiligt sei. Dieses Gelände könne in eine Hilfsbasis für subversive Aktivitäten des Militärblocks gegen solche Länder umgewandelt werden, die einem dem Westen nicht genehmen Entwicklungsweg eingeschlagen haben"*

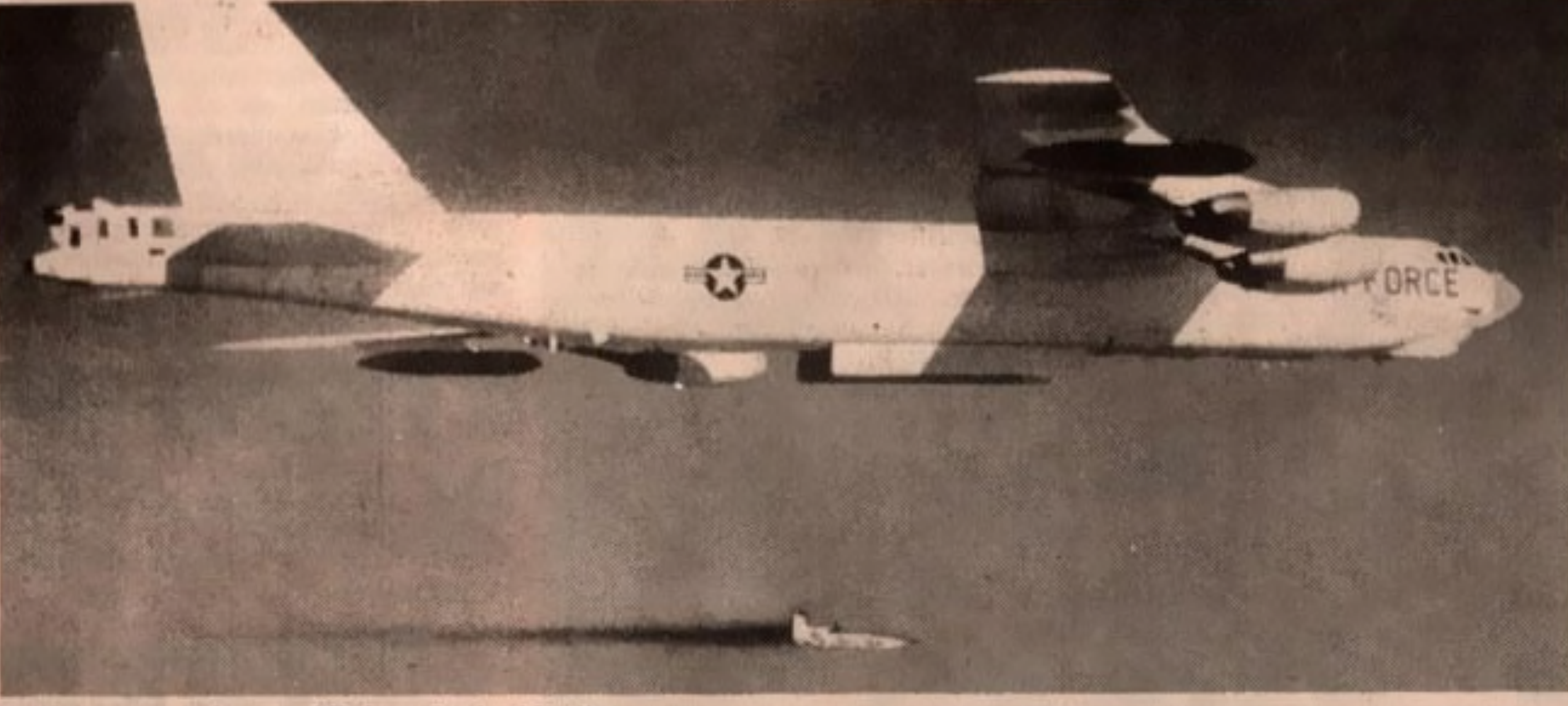
Stichpunkte zur Geschichte der Cruise Missiles

Die Idee zum Bau von Cruise-Missiles geht auf Überlegungen der Großmächte am Ende des 1. Weltkriegs über unbemannte Kleinstflugzeuge zurück und wurde später vor allem im Nazi-Raketenzentrum von Peenemünde verfolgt. Die „Wunderwaffe" V1 war der Vorläufer der heutigen Cruise-Missile. Diese Informationen sind in dem Artikel eines Militärfachmanns enthalten, der es wissen sollte: Luftwaffengeneral A.D. Johannes Steinhoff. (J. Steinhoff, Cruise-Missiles – An old concept with modern technology in: Aerospace International, 13/4, 1977; zitiert nach Bernhelm Booß, Cruise Missiles – mathematische und politische Aspekte der Flügelraketen, Bielefeld, September 1977)

Diese Tatsache ist brisant, insofern da bekannt ist, daß die entscheidenden OTRAG-Wissenschaftler in der Tradition dieser Nazi-Raketenforschungen stehen. Sie nahmen 1956 im staatlichen Stuttgarter Raketenzentrum ihre alten Arbeiten wieder auf. Andere Peenemünder Spitzenkräfte wie der ehemalige NASA-Chef Kurt H. Debus oder Richard Compertz stießen in den 70iger Jahren zum OTRAG-Team hinzu.

In den Nachkriegsjahren wurden zunächst die ballistischen Raketen („V2") weiterentwickelt.

Es zeigte sich jedoch im 6-Tage-Krieg von 1967 und vor allem im Aggressionskrieg des US-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk, daß ballistische Raketen und direkt über feindliches Gebiet fliegende Bomber für die Imperialisten eine kriegstechnische „Sackgasse" darstellten. Es gelang den Vietnamesen mit relativ einfachen sowjetischen Luftabwehrwaffen einen sehr hohen



B-52 Bomber mit ausgeklinkter Cruise Missile

B-52 Bomber mit ausgeklinkter Cruise Missile

Was sind Cruise-Missiles ?

Cruise-Missiles (zu deutsch auch: Marschflugkörper, Flügelraketen, Lenkflugkörper) sind unbemannte Flugkörper, die (zur Zeit noch) mit relativ geringer Geschwindigkeit im Tiefflug unterhalb des gegnerischen Radarschirms Ziele ansteuern können. In ihnen ist die Landschaft und das Ziel, das sie treffen sollen, computermäßig vorprogrammiert, sodaß sie sich selbstständig nach dem Abschuß ins Ziel lenken und auch in der Lage sind, eventuellen Hindernissen (Gebäude, Berge, etc.) auszuweichen. Es ist geplant, die Cruise-Missiles in beliebiger Reichweite zu konstruieren, sodaß sie als Kurz-, Mittel-, Landstrecken- und Interkontinentalraketen eingesetzt werden können. Sie können vom Boden, von Flugzeugen, Schiffen und U-Booten abgeschossen werden und sind bislang weitgehend vor gegnerischen Waffen gesichert. Sie können sowohl konventionelle als auch atomare Sprengköpfe transportieren. Bislang sind hauptsächlich zwei US-Versionen bekannt geworden: Cruise–Missiles zur Bestückung von B-52-Bombern mit einer Reichweite von rund 3.500 km sowie die „Tomahawk"-Version zur Bestückung von U-Booten mit einer Reichweite von 3.700 km. („Welt", 7.1.78).

Afrika-Kommission



Eine Cruise Missile wird vom U-Boot aus abgeschossen.

Prozentsatz von US-Raketen und Flugzeuge abzuschießen.

Die US-Imperialisten forcierten nach diesen Erfahrungen die Entwicklung von Angriffsraketen, die bereits weit vor dem Zielgebiet abgefeuert werden können und für den gegnerischen Radarschirm unauffindbar bleiben : die sogenannten Cruise-Missile-Waffen (siehe Kasten).

Anfang 1977 präsentierten die USA in einer großangelegten ideologischen Offensive die vorläufigen Endresultate dieser Forschungen. Nach der Auffassung ihrer Militärstrategen ist Cruise-Missile die „Waffe der Zukunft", die zukünftige traumatische Erlebnisse a la Vietnam unmöglich machen soll.

Rüstungswettlauf der imperialistischen Staaten um Cruise-Missile-Raketen

Bisher war in den Berichten der imperialistischen Massenmedien über Cruise-Missile der Eindruck erweckt worden, daß lediglich die USA und die Sowjetunion über dieses neue Waffensystem verfügen.

Vor einigen Tagen jedoch wurden jahrelang strikt geheim gehaltene Cruise-Missile-Forschungen des französischen Imperialismus bekannt (FAZ, 31.12.77).

Diese Meldungen wurden inzwischen vom Staatspräsidenten Giscard d'Estaing bestätigt. Er erklärte : *„Ich legte dem amerikanischen Präsidenten* (bei dessen jüngstem Besuch in Frankreich, Anm. AK) *dar, daß unsere Verteidigung zur Zeit auf drei Elementen beruht: den Atom-U-Booten, den Raketen und den Atombombern. Um 1980 herum werden jedoch die Flugzeuge technisch überholt sein. Deshalb haben wir Studien angestellt, ob diese nicht durch einen flugzeuggetragenen Marschkörper – etwa nach dem amerikanischen Cruise-Missile-System – abgelöst werden sollen"* (Welt, 7.1.78).

Wie aus dem Bericht der „Welt" weiter hervorgeht, hat Frankreich die BRD und Großbritanien auf einem Geheimtreffen im November 1977 über seine Absicht informiert, die Entwicklung einer eigenen Cruise-Missile fortzusetzen. Während Großbritanien sich eher abwartend verhielt, hat die BRD daraufhin *„Frankreich aufgefordert, den Bau seiner Marschflugkörper voranzutreiben"*. Außerdem berichtete die „Welt", daß *„sich Bonn für die Stationierung weitreichender französischer Cruise-Missile auf NATO-Territorium interessiere"*.

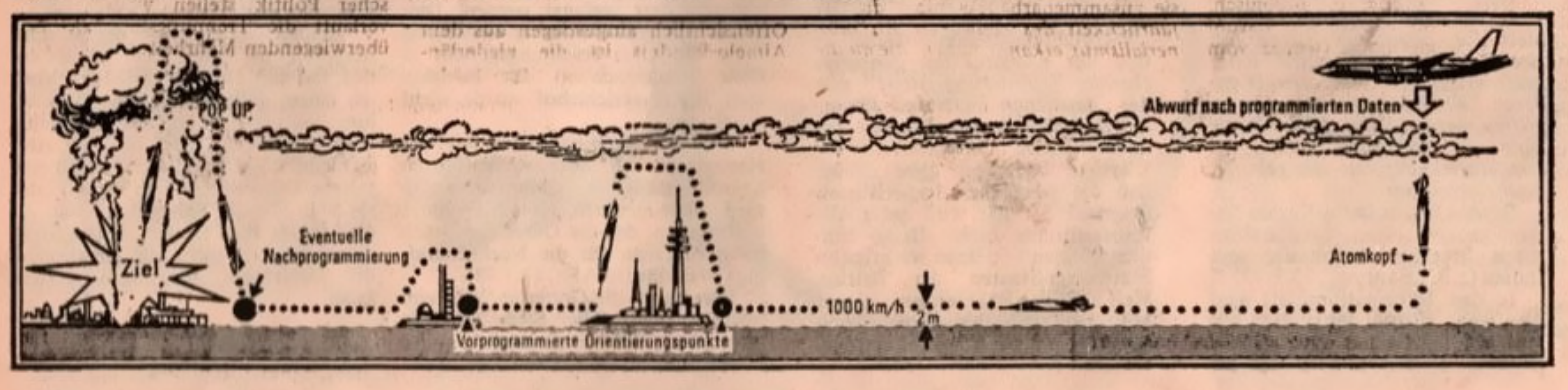
Diese offizielle BRD-Ermutigung für den französichen Imperialismus könnte im Zusammenhang mit Informationen einer englischen Nachrichtenagentur stehen, wonach der *„französische Marschflugkörper mit (..) direkter Hilfe Großbritaniens und der Bundesrepublik entwickelt worden (sei)"* (Welt). Diese direkte Beteiligung des BRD-Imperialismus an der Entwicklung von Cruise-Missile-Raketen wurde bislang streng geheimgehalten, da er *„sich vor dem Argwohn hüten muß, auf indirekte Weise nach Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu streben"* (Welt).

Bislang war die BRD auf diesem Sektor „nur" dadurch in Erscheinung getreten, daß *„viele westdeutsche Verteidigungsspezialisten (..) privat Begeisterung über die neue Technologie geäußert (haben)"* (Washington Post, 1.4.77).

Außerdem gab es öffentlich kundgetane Bemühungen, die Waffe von den USA zu erhalten: *„Die Cruise-Missile haben bereits Interesse bei den amerikanischen Verbündeten geweckt. Die Bundesregierung in Bonn, so bestätigte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Horst Ehmke vor Journalisten in Washington am Wochenende, ist an der Cruise-Missile ‚lebhaft interessiert'"* (Welt, 4.7.77).

Die Enthüllungen von Tad Szulc würden bedeuten, daß der BRD-Imperialismus neben seiner Beteiligung
würden bedeuten, daß der BRD-Imperialismus neben seiner Beteiligung
an französischen Projekten seit Jahren auch eigene Cruise-Missiles entwickelt hat und bereits im Stadium der praktischen Erprobung steht. Zur Entwicklung derartiger Raketen wäre in der BRD wohl nur der größte Luft- und Raumfahrtkonzern MBB fähig, da sie einen hohen technologischen und wissenschaftlichen Standard, sowie umfangreiche Produktionsanlagen und ausführliche Forschungen auf benachbarten Gebieten voraussetzt.

MBB beschäftigt sich seit Jahren mit der Entwicklung verschiedenster Projekte im „Vorfeld" von Cruise-Missiles. Hierzu zählen so erfolgreiche Programme wie „Roland" (Tieffieferabwehr-System), „Hot" (Panzerabwehrwaffen), Milan, Kormoran etc. Die genannten Waffen sind selbststeuernde Raketenflugkörper, gewissermaßen „Mini-Missiles", was ihre elektronische Ausstattung und ihre Reichweite anbetrifft. Dieser im Firmenjargon „Wehrtechnik" genannte Bereich machte 1975 bereits 20,5% des gesamten MBB-Umsatzes aus. Bis 1980 soll der Anteil auf 32% gesteigert werden (FAZ, 29.7.76). Bereits 1974 hat MBB - von der bürgerlichen Presse kaum erwähnt - ein weiteres Projekt vorgestellt, daß den aus den USA bekannten Cruise-Missile sehr nahe kommt. Es handelt sich um ein neuartiges „Luft-Boden-Lenkflugkörper-System", das sogenannte „Jumbo"-Projekt. Der Auftrag für die Entwicklung dieser Waffe wurde vom Bundesverteidigungsministerium erteilt. *„Es handelt sich nach den Angaben von MBB um ein Lenkflugkörpersystem, mit dessen Verfügbarkeit sich die Schlagkraft moderner Kampfflugzeuge bei konventioneller Bewaffnung um ein Vielfaches erhöhen soll. Der Flugzeugführer kann den Flugkörper so weit außerhalb des Zielbereiches abschießen, daß das Flugzeug ohne Gefährdung durch den Objektschutz abdrehen kann (‚stand-off'). Jumbo fliegt über weite Strecken selbstgesteuert in Zielrichtung. Der Flugkörper nimmt in der Endphase des Fluges ein Fernsehbild auf, das zum Flugzeug übertragen wird, und auf Grund dessen er ins Ziel gelenkt wird. Jumbo kann gegen Punkt- und Flächenziele verschiedenster Art, auch im Tiefflug, eingesetzt werden. Das System besteht im wesentlichen aus dem Flugkörper und einem Elektronikbehälter, der vom Flugzeug ebenfalls als Außenlast getragen wird (..). Die Anpassung an das europäische Kampf-*



Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

flugzeug MRCA/Panavia und an die F-4-Phantom wird vorbereitet. Eine Internationalisierung des Projekts wird erwartet". (Blick durch die Wirtschaft, 16.8.74).

Eine technisch bereits ausgereiftere, insgesamt aber sehr ähnliche Version von Cruise-Missiles für B-52-Bomber wird in den USA von der Boing Co. seit 1975 entwickelt (Booß , S. 193).

Boing ist zusammen mit General Dynamics der Hauptproduzent von Cruise-Missiles in den USA und soll die gesamte Luftwaffe der Vereinigten Staaten mit seinem Modell ausrüsten.

Die Boing CO. ist mit 8,9% der Aktien bei MBB vertreten und stellt einen Vertreter im MBB-Aufsichtsrat (Welt, 19.6.72). Beide Firmen kooperieren seit Jahren eng . Für das genannte „Roland"-Tieffliegerabwehr-System z.B. hat Boing die Lizenzfertigung für MBB in den USA übernommen.

Zur Vervollkommnung ihres Cruise-Missile-Programm, sowie der Fortentwicklung anderer moderner Raketen hat sich MBB nach 1974 mit einem anderen BRD-Konzern zusammengeschlossen, wie wir dem „Handelsblatt" vom 29.6.77 entnehmen: *„Mit der Diehl-Gruppe, Nürnberg, einem Konzern, der auch in der Wehrtechnik engagiert ist, wurde die Raketentechnik GmbH (RTG) gegründet, die bestimmte Flugkörper der nächsten Generation entwickeln soll".*

Verbindungen MBB – OTRAG

Einige Hinweise auf enge Beziehungen zwischen MBB und OTRAG hatten wir bereits in AK 116 dargelegt: Gespräche des OTRAG-Aufsichtsrats-Vorsitzenden K.H.Debus mit der MBB-Spitze, Andeutungen der sowjetischen Presse, Einfluß von F.J.Strauß bei MBB, der wiederum über seinen Bekannten Weymar bei den Zaire-Kontakten von OTRAG behilflich war.

Besonders die sowjetische Presse – mit einem bekanntlich nicht schlecht informierten Geheimdienst im Hintergrund – hatte wiederholt erkennen lassen, daß sie hinter dem OTRAG-Projekt den MBB-Konzern vermutet.

Zusätzlich gibt es Äußerungen von MBB, dieanzeigen, daß der Konzern an dem gleichen Projekt forscht, das bislang ausschließlich OTRAG zugeschrieben wurde. So teilt MBB die Ansicht, daß eine *„Billig Rakete"* zur Reduzierung der *„Transportkosten von der Erde in den Weltraum"* entwickelt werden muß. Dies machte der MBB-Vertreter Dr. D. Koelle auf einem Symposium der „Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt" im Juli 1975 bekannt. Für dieses *„Transportsystem"* (gemeint ist das OTRAGsche „Mehrfachbündelungssystem") wurden sich besonders *„die von MBB konzipierten Hochleistungstriebwerke mit der umweltfreundlichen Treibstoffkombination Flüssigwasserstoff/Flüssigsauerstoff"* anbieten (Lüdenscheider Nachrichten, 10.7.75) Man darf wohl annehmen, daß der BRD-Imperialismus nicht gleichzeitig zwei zueinander in Konkurrenz stehende Projekte auf ein und demselben Forschungssektor finanziert bzw. duldet.

Das ORTAG-Startgelände

Die Kolonie in Zaire stellt ein Schlüsselglied für die weitreichenden Raketenpläne des BRD-Imperialismus dar: Sie ist ein als „ideal" zu betrachtendes Testgelände für Klein- und Mittelstreckenraketen sowie besonders für Cruise-Missiles und ihnen verwandte Waffen.

Für die mögliche Erprobung von Cruise-Missiles auf dem ORTRAG-Territorium sind alle Bedingungen vorhanden. Es gibt dort menschliche Bauwerke, Wälder, Berge, Seen etc. Gleichzeitig ermöglicht die faschistische Diktatur in Zaire eine weitgehende militärische Absperrung des Geländes, was die Geheimhaltung von Tests erleichtert.

Diese Bedingungen, die im offiziellen Vertragswerk ORTRAG – Zaire ausdrücklich festgeschrieben sind, wären für die offiziell propagierten ORTRAG-Ziele, d.h. Tests von zivilen Trägerraketen, nicht erforderlich.

Daher ist davon auszugehen, daß der BRD–Imperialismus in Zaire für die Zukunft probt, für seinen dritten Anlauf zur Weltherrschaft.

Afrika-Kommission

OTRAG-Kurzmeldungen

Großangelegte publizistische Offensive der OTRAG!

Seit ihrer Gründung im Jahr 1974 hat OTRAG eine sehr intensive und erfolgreiche Public-Relations-Arbeit nach dem Motto *„Billig-Raketen für friedliche Satelliten-Transportzwekke"* geleistet. Seit damals sind praktisch in allen größeren Massenblättern der BRD verharmlosende Artikel über OTRAG abgedruckt worden.

Allein in der „FAZ" sind seit

Allein in der „FAZ" sind seit 1975 mindestens 15 ausführliche Artikel über technologische Einzelheiten der angeblichen OTRAG-Trägerraketen erschienen, zuletzt halbseitig am 9.11.77 unter dem werbewirksamen *„Der Raumtransport braucht ein billiges ‚Arbeitspferd' – Otrag-Billigraketen für alle Leistungsklassen".*

Am 12. September '77 erschien in dem wohl renommiertesten US-Weltraum- und Luftfahrtmagazin „Aviation Week & Space Technology" ein vierseitiger ausführlicher Bericht, der für OTRAG sehr positiv ausgefallen ist.

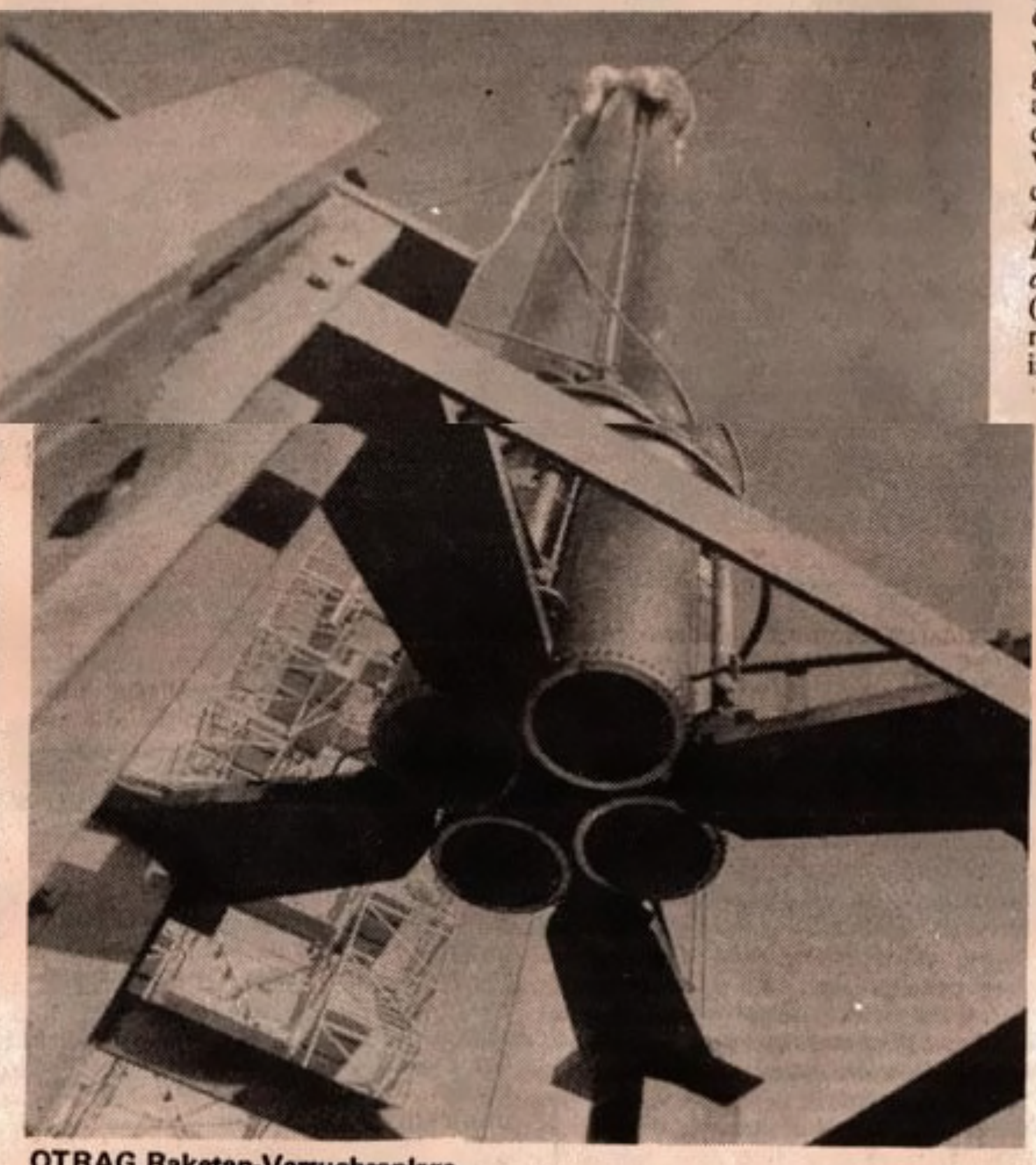
Ein besonderer Coup ist OTRAG mit der Plazierung eines 10seitigen Sonderteils in der Dezemberausgabe des in Afrika vielgelesenen prokapitalistischen „Africa"-Magazins gelungen. Der Tenor dieses Berichts lautet: Afrika braucht Nachrichtensatelliten und OTRAG verhilft dem Kontinent dazu. Ein ausführliches „Africa"-Interview mit Kayser soll afrikanische Bedenken gegenüber den militärischen Verwendungsmöglichkeiten der OTRAG-Raketen ausräumen helfen.

Soweit zum wissenschaftlich-publizistischen Teil der OTRAG-Offensive gegen die weltweiten Proteste gegen den Militärstützpunkt in Zaire.

Gleichzeitig deutet sich eine politische Offensive von OTRAG in der BRD an. In dem Informationsblatt vom Dezember '77, das ohne Beschränkung an Interessierte verteilt wird, wird in bisher nicht gekannter Weise die Tatsache hervorgehoben, daß die Vorgänger-Firma, „Technologieforschungs GmbH", massive staatliche Unterstützung erhalten hat. Detailliert werden die Aufträge des Forschungsministeriums für die Firma aufgelistet und die konkreten Absprachen mit der staatlichen „Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt" (DFVLR) geschildert.

Textauszug: *„Aufgrund der engen Zusammenarbeit zwischen der Technologieforschungs GmbH, Stuttgart, und der DFVLR mit ihrem Institut für chemische Raketenantriebe in Lampoldshausen wurde folgende allgemeine Aufgabenteilung vereinbart. DFVLR: Stellung vorhandener Prüfanlagen, Konstruktion und Ausrüstung neuer (!) Anlagen ... Stellung des versuchsnotwendigen Personals (!), Stellung von Rechenkapazität (Rechenzentrum Stuttgart) ..."*

OTRAG scheint auch nicht länger bereit zu sein, der bisherigen offiziellen Version zu folgen, daß sie seit 1974 eine rein private Firma ohne staatliche Unterstützung ist. Sie gibt in den „Informationen" bekannt, daß die Zusammenarbeit mit der DFVLR unvermindert fortgeht und



OTRAG Raketen-Versuchsanlage

eine unabdingbare Voraussetzung für OTRAG ist: OTRAG unterhält auf dem Gelände des Lampoldshausener ‚Instituts für chemische Raketenantriebe" eine eigene „Raketenversuchsanlage" und hat mit der DFVLR ein sogenanntes „Rahmenabkommen" geschlossen, nach dem ihr der Raketenprüfstand sowie Arbeits- und Nebenräume überlassen werden. OTRAG betont in der Broschüre, daß Lampoldshausen die einzige Anlage in der BRD ist, die für ihre Großversuche geeignet ist.

Ferner geht aus den neuen OTRAG-Informationen hervor, daß das Mitglied des Aufsichtsrats, Prof. Theo Peters, Direktor des staatlichen DFVLR-Insituts für Technische Physik ist. OTRAG eine reine Privatfirma ?

Afrika-Kommission

OTRAG will auch in anderen Staaten der Erde „Abschußrampen" einrichten

Aus dem OTRAG-Informationsblatt für potentielle Investoren vom Dezember 1977 : *„ORTRAG prüft weitere Testterritorien in anderen Ländern, auf die zurückgegriffen werden kann, falls schwerwiegende politische und wirtschaftliche Faktoren dies geboten erscheinen lassen."*

Bereits früher hatte Kayser Namen genannt: Iran, Saudiarabien sowie Brasilien, Indonesien und Indien (z.B. „Express", 22.8.77) !!

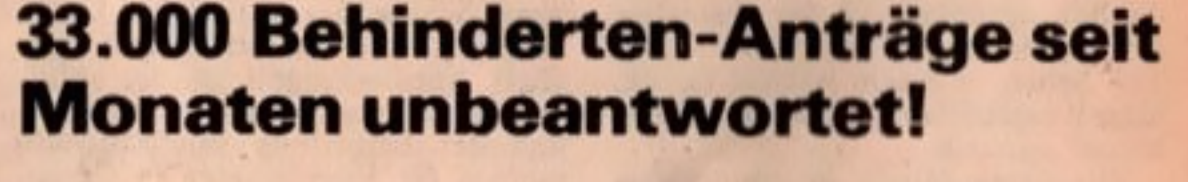
In dem Informationsblatt wird dies, wenn auch in der typisch verklausulierten Form – bestätigt. Es heißt dort, daß Länder wie die



OTRAG Kayser

Arabischen Staaten, Brasilien, Indien, Indonesien und Iran bereits die besondere Bedeutung der *„neuartigen Satelitentechnik"* für die Lösung ihrer *„nationalen Kommunikationsprobleme"* erkennen und beim Aufbau regionaler „Nachrichtensatellitensysteme" und der Konstruktion *„entsprechender Beförderungsmittel"* mit der *„deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie in europäischer Zusammenarbeit"* kooperieren. Im Klartext bedeuten diese Pläne, daß die westlichen Imperialisten insgesamt – hier wird der BRD-Imperialismus nicht alleine handeln können – in ihren wichtigsten Statthalter-Staaten der Dritten Welt ähnliche Raketenzentren und Militärstützpunkte aufbauen wollen, wie es bereits in Zaire geschieht.

Wie geht's uns denn?



33.000 Behinderten-Anträge seit Monaten unbeantwortet!

Hamburg. Im Herbst 1976 *»hatten 15.000 Hamburger auf Anerkennung als Schwerbehinderte gewartet, Anfang 1977 waren es schon 22.000. Inzwischen ist der Berg unerledigter Behinderten-Anträge auf 33.000 Vorgänge angewachsen«* (»Hamburger Abendblatt«, 13.1.78). Bei anerkannter Behinderung können die Betroffenen einige Vergünstigungen in Anspruch nehmen, wie z.B. zusätzlichen Urlaub, besonderen Kündigungsschutz, Ermäßigung bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Doch für viele werden diese Erleichterungen, so gering sie auch sind, noch längere Zeit auf sich warten lassen, weil aufgrund des »Spar«programms im zuständigen Versorgungsamt etliche Stellen gestrichen worden waren. *»Später wurde die Lücke zwar wieder geschlossen und der Personalstand der notleidenden Behörde mit Aushilfskräften aufgestockt«* (»HA«, ebenda), doch nach Einführung des neuen Behinderten-Gesetzes ist der Kreis der anerkannten Behinderten ausgedehnt worden: z.B. gehören jetzt auch endlich Krebskranke, Herzinfarkt-Geschädigte und Frauen nach schweren Unterleibsoperationen dazu.

Nur, was nützt der Anspruch, wenn er nicht erfüllt wird? Das neue Gesetz bleibt eine Farce angesichts der realen Versorgung der Behinderten in diesem »Sozialstaat«!

Der Leiter der VdK-Rechtsschutzabteilung (VdK = Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands) *»rät jetzt allen in Hamburg Betroffenen, wenn ihr Antrag länger als sechs (!) Monate ‚schmort', Untätigkeitsklage beim Sozialgericht zu erheben«* (»HA«, ebenda). Damit werden aber nur einige wenige eine Chance haben, zu ihrem Recht zu kommen - solche Verfahren brauchen ihre Zeit, denn auch die Gerichte sind überlastet...

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Diskriminierung von Behinderten durch die Fluggesellschaft »Allitalia«

Nach einer internationalen Bestimmung ist es nicht gestattet, mehr als vier auf den Rollstuhl angewiesene körperbehinderte Passagiere an Bord eines Flugzeuges zu nehmen. In Sonderfällen wurde die Höchstzahl öfter überschritten, doch bei einer internationalen Veranstaltung in Malta, die das Ziel hatte, durch Reisen die Integration Körperbehinderter in die Gesellschaft zu fördern, erinnerte sich die Fluggesellschaft der Beschränkungsbestimmungen.

Die Gruppe bestand aus 38 Personen aus der BRD, Holland, Italien, Österreich und der Schweiz. Ihre Anreise zu einer Tagung der »Mobility International« klappte reibungslos. Die Rückreise am 14.11. war ordnungsgemäß gebucht und bestätigt worden. Bei der Buchung war die Fluggesellschaft auf die körperlichen Behinderungen der Reisenden hingewiesen worden. Kurz vor Abflug erklärte ein Vertreter der Fluggesellschaft, daß nicht mehr als 4 Rollstuhlfahrer mitfliegen dürften!

Nach mehr als einer Stunde Verhandlung überließ die Fluggesellschaft die Entscheidung dem Piloten der Maschine. Dieser erklärte sich sofort bereit, alle Passagiere einschließlich der 20 Rollstuhlfahrer zu befördern. Die Gruppe erhielt also Bordkarten, passierte die Paßkontrolle, wartete im Transitraum auf den Abflugtermin - dann öffnete sich die Tür zum Rollfeld hindurch fuhren insgesamt 5 Rollstuhlfahrer. Plötzlich wurde die Pforte geschlossen - zurück blieben 24 ordnungsgemäß gebuchte Passagiere mit gültigen Flugtickets - einzig und allein, weil 15 von ihnen im Rollstuhl saßen! Diejenigen, die sich an Bord befanden, versuchten die Crew dazu zu bewegen, auch den Rest der Gruppe an Bord zu lassen. Einer der Passagiere konnte auf den Platz vordringen und sich vor das startbereite Flugzeug stellen. Er wurde von der Polizei vom Rollfeld entfernt.

Die zurückgewiesenen 24 Passagiere improvisierten eine Demo vor dem Schalter der »Allitalia«.

Daraufhin erklärte sich ein Vertreter der Fluggesellschaft wenigstens bereit, die im jeweiligen Heimatland wartenden Angehörigen zu benachrichtigen. Erst am nächsten Tag konnten die Behinderten den Heimflug antreten!

Ein Protestschreiben der deutschen Reisegruppe an die Allitalia befindet sich derzeit noch auf dem Weg durch die Bürokratie. Die Teilnehmer wurden aufgefordert, ihre Flugtickets einzusenden. Man werde dann versuchen, der Sache »nachzugehen«... (nach»Tagesspiegel«, 3.1.78).

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Westberlin

Patienten haben keinen Anspruch auf ihre Unterlagen

Ein Patient hat keinen Anspruch auf die Herausgabe des Krankenblattes und Krankenkarteiunterlagen, die der behandelnde Arzt über ihn führt; dies gilt auch dann, wenn die Unterlagen für eine Nachbehandlung bei einem anderen Arzt verlangt werden. Dies Urteil von grundsätzlicher Bedeutung fällte das Oberverwaltungsgericht in Celle (Niedersachsen). Die Revision zum Bundesgerichtshof wurde nicht zugelassen.

Eine Frau hatte von ihrem Arzt die Herausgabe der über sie geführten Krankengeschichte verlangt. Sie wollte die Papiere an einen anderen Facharzt weitergeben, der die Unterlagen nach ihren Angaben für die Nachbehandlung brauchte (»FAZ«, 18.1.78).

Hier haben die Götter in Weiß von höchster richterlicher Stelle bestätigt bekommen, daß sie niemandem außer ihrem eigenen »ärztlichen Gewissen« Rechenschaft über Art und Umfang ihrer Behandlung schuldig sind. Der Patient hat lediglich das Recht auf »Einsicht« in seine Karteikarte, da man aber meistens als Laie nicht viel von den Aufzeichnungen der Ärzte verstehen wird, nützt das gar nichts.

Ist man als Patient mit der Behandlung »seines« Arztes nicht einverstanden, hat man also nur die Möglichkeit bei einem anderen Arzt die Behandlung von vorne zu beginnen (mit allen Untersuchungen), oder bei dem Arzt zu bleiben. Wird ein Patient durch eine falsche Behandlung noch mehr krank als er es vor der Behandlung war, ist dies später sehr schwer zu beweisen, wenn der Arzt nicht zur Herausgabe der Unterlagen gezwungen werden kann.

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Therapie mit bunten Schachteln
Kombinationspräparate sind lebensgefährlich

In der BRD sind ca. 50.000 Medikamente zugelassen. Das bedeutet unzählig viele verschiedene Pillen in unendlich vielen bunten Schachteln. Kein Spezialist geschweige denn ein normaler Arzt kann einen Überblick über dieses Wirrwarr bekommen. Jährlich werden Präparate getilgt und es kommen meist mehrere tausend »neue« hinzu. Da es nur einen geringen Fortschritt in der pharmakologischen Forschung der letzten Jahrzehnte gegeben hat, sind diese »Neuerungen« fast zwangsläufig Kombinationen aus längst bekannten Substanzen, die unter neuem Namen in neuen Schachteln herausgegeben werden.

Jede Einnahme von solchen Kombinationspräparaten birgt große Gefahren. Dazu folgendes Beispiel: Am 8.8.77 wird der Patient K.H. in ein norddeutsches Kreiskrankenhaus eingeliefert. An beiden Händen und Füßen ist ein großer Teil der Haut in Form von Blasen abgehoben.

Diese Blasen sind an ihrer Basis markstückgroß. Die Flüssigkeit in den Blasen ist teilweise mit Bakterien infiziert, so daß sie eitrig-stinkend verändert ist.

Der Patient hat große Schmerzen. Die Vorhaut des Penis ist so stark geschwollen, daß der Abfluß des Blutes aus der Eichel behindert ist. Die Eichel ist stark geschwollen und es besteht die Gefahr, daß sie zugrunde geht. Das würde bedeuten, daß der Patient impotent werden würde.

Was war vorausgegangen?

Der Patient hat seit langem Rückenschmerzen wegen einer Verschleißerkrankung der Wirbelsäule. Jetzt hatten die Beschwerden stark zugenommen, so daß der langjährige Hausarzt, Dr. Sch., eine intramuskuläre Delta Demoplas-Spritze gab und außerdem Fortalidon-Tabletten verschrieb. Die Spritze enthält drei, die Tabletten zusätzlich fünf Substanzen. Die oben beschriebene allergische Reaktion konnte also durch eine oder mehrere von acht (!) Substanzen ausgelöst worden sein.

Der Patient berichtete dann weiter, daß er bereits zum fünften (!) Mal diese allergische Reaktion nach Schmerzmitteln gehabt hatte. Alle Mittel seien ihm von dem gleichen Hausarzt verordnet worden. Gegen welche Substanzen er allergisch sei, war ihm bisher nicht gesagt worden, jedoch konnte er sich glücklicherweise an die Namen der Medikamente erinnern. Das waren Dolviran, das fünf verschiedene Substanzen enthält, Commotional (fünf Substanzen), Sdestal (sechs Substanzen), Bella Sanol (fünf Substanzen). Insgesamt hatte der Patient 17 wirksame Substanzen erhalten, die alle eine Allergie auslösen können. Eigentlich dürfte der Patient keine dieser Substanzen wieder verordnet bekommen, da sonst eine neue allergische Reaktion zu erwarten ist. Es ist damit sehr schwer aus der Reihe der »kleinen Schmerzmittel« dem Patienten überhaupt noch eins gegen seine chronischen Rückenschmerzen geben zu können, da fast alle in diesen sechs Medikamenten enthalten waren.

In allen Präparaten war ein Barbiturat (Schlafmittel) enthalten, so daß dieses besonders verdächtig ist; aber auch fast alle anderen Substanzen waren in mehreren der verschiedenen Präparate enthalten gewesen.

Der Arzt hatte nach jeder Allergie ein anderes Präparat verschrieben, sein Wissen oder sein Interesse waren aber so gering, daß er nicht merkte, daß unter anderem Namen jedesmal wieder gleiche Substanzen enthalten waren.

Das so etwas bei uns häufig geschieht, ist neben dem schlechten Wissen und teilweise der Fahrlässigkeit der Ärzte insbesondere der pharmazeutischen Industrie zuzuschreiben, die mit großer krimineller Energie immer weiter Phantasiekombinationen ohne medizinischen Wert aber mit großem Schaden für Patienten und Ärzte auf den Markt bringt. Unter den Herstellern solchen Schunds sind solche »seriösen« Firmen wie Hoechst (Dolviran) und Sandoz (Fortalidon).

Das neue »Kostendämpfungsgesetz« belohnt diese Art »Medizin«, indem z.B. für einen »Riegel« Dolviran eine Rezeptgebühr vom Patienten bezahlt werden muß, würde er die darin enthaltenen Substanzen als Einzelpräparate erhalten (wobei die Absurdität solcher Vielfachverordnungen sichtbar würde), müßte er fünf DM bezahlen. Das Gesetz fördert damit die Verordnung von Vielfachprodukten.

Es ist notwendig, daß alle Patienten ihren Arzt bei der Verordnung von Medikamenten fragen, ob das ein Kombinationspräparat ist, warum diese Kombination sinnvoll ist, und ob es nicht auch ein Präparat mit einer Einzelsubstanz gibt, dessen Wirkung dann wesentlich besser zu beurteilen ist.

Gesundheitsgruppe
KB / Gruppe Bremen

»Kunstfehler«

Im ARBEITERKAMPF (120) berichteten wir von dem Fall der Andrea Vollmer, die ihren krummen Rücken operieren lassen wollte. Dabei geriet sie an den Tübinger Prof. Mau, der alle Bedenken der Patientin über mögliche Folgeschäden der Operation zerstreute. Andrea und ihre Eltern vertrauten diesem Professor — als sie nach der Operation aus der Narkose aufwachte, konnten die Ärzte nur noch ihre Querschnittlähmung feststellen.

Andrea klagte daraufhin vor dem Amtsgericht Tübingen, um klären zu lassen, ob die Ärzte Prof. Mau und sein Assistent Edelmann nicht wenigstens insoweit mitschuldig an dieser verhängnisvollen Operationsfolge wären, weil sie nicht ausreichend über das bei solchen Operationen bestehende Risiko informiert hätten. Unter solchen Bedingungen hätte sich Andrea nicht operieren lassen. Einen »Kunstfehler« nachzuweisen, war nicht möglich, da sich kein Gutachter fand, der gegen die »anerkannte Kapazität« Mau aussagen wollte - eine Krähe hackt der anderen eben kein Auge aus.

Aber selbst dem Vorwurf der mangelnden Aufklärung mochten Staatsanwaltschaft und Gericht nicht folgen. Hier stand Aussage gegen Aussage - und man glaubte wohl dem Professor etwas mehr als Andrea und so wurden die behandelnden Ärzte von jedem Vorwurf reingewaschen. Die für Andrea entscheidende Folge ist, daß sie in einem Zivilprozeß keinerlei Aussicht auf irgendeine Entschädigung hat!

In München sind zwei vergleichbare Fälle auf andere Weise geregelt worden. Der Kunstturner Jürgen Bischof und der Arzt Dr. Theo Mauser -

Fälle auf andere Weise geregelt worden. Der Kunstturner Jürgen Bischof und der Arzt Dr. Theo Mauser -

der erstere trug von seiner Operation einen Hirnschaden, der andere einen Querschnitt davon — erhielten beide jeweils vom Land Bayern sechsstellige Entschädigungssummen. Die laufenden Zivilprozesse wurden daraufhin eingestellt.

Bei Andrea aber stehen die Chancen schlecht, denn weder ist sie Kunstturnerin noch Ärztin - sie ist nur ein Patient wie Du und ich.

• • •

Fall 2

Wie in AK 119 berichtet, mußte Rene Hungerbühler vor 11 Jahren aufgrund eines ärztlichen »Kunstfehlers« (eine falsch gesetzte Spritze) ein Teil des rechten Unterarms amputiert werden.

Zwei Jahre später, 1968, begann der Zivilprozeß gegen den behandelnden Arzt, die Uni-Klinik Köln und das Land NRW. Neun Jahre dauerte dann der Kleinkrieg der Gutachten und Gegengutachten, bis am 25. 1. 77 die Schadensersatzklage in ersten Instanz abgelehnt wurde.

Inzwischen einigten sich - elf (!) Jahre nach dem »Kunstfehler« - in der zweiten Instanz die Prozeßparteien am 19.12.77 auf eine Vergleichssumme von 70.000 DM für R. Hungerbühler (nach »Kölner Stadtanzeiger«, 20.12. 77).

• • •

Fall 3

Gegen einen Augenarzt aus Minden wurde vom Oberlandesgericht Hamm jetzt entschieden: *»Wenn der Arzt seinen Patienten fachgerecht untersucht hätte, wäre die Krankheit rechtzeitig erkannt worden - 30.000 Mark Schmerzensgeld plus Schadensersatz in noch ungenannter Höhe [AZ: 9 U 23/77]«* (»Hamburger Morgenpost«, 17.1.78).

Weil er statt den »Grünen Star« zu erkennen bei dem Patienten, einem Hochschullehrer, auf *»beginnende Alterssichtigkeit«* getippt hatte und ihm eine Lesebrille verschrieb, wurde der Lehrer auf dem linken Auge blind. Medikamente und Operation kamen zu spät.

• • •

Fall 4

Eine Masseuse trug Gefühlsstörungen und eine Schwäche im rechten Arm durch eine Röntgenuntersuchung auf Gehirntumor davon. Seitdem kann sie ihren Beruf nicht mehr ausüben. Eine Aufklärung über eventuelle Lähmungserscheinungen wurde ihr erst auf dem Röntgentisch gegeben. Eine Klage auf Schadensersatz wurde in zweiter Instanz positiv entschieden (nach »Hamburger Abendblatt«, 3.1. 78).

(nach »Hamburger Abendblatt«, 3.1. 78).

• • •

Fall 5

Eine Patientin verlor ein Bein nach falscher Injektion bei einer Krampfadernverödung. Nach einem zweieinhalbjährigen Prozeß, den 25.000 DM verschlang, entschied das Oberlandesgericht Oldenburg auf 50.000 DM Schadensersatz, die der behandelnde Arzt, Dr. Georg Heile, zu zahlen hat. Der Arzt will Revision einlegen. Sein Kommentar: *»Man kann sich doch nicht jeden Schicksalsschlag [!] bezahlen lassen«* (nach »Bild«, 1.1.78).

Oder wie sagte es noch der Präsident des Berufsverbandes deutscher Chirurgen, Dr. Müller-Osten: *»Wenn man einem Kranken sagen sollte, was alles während und nach einer Blinddarmoperation passieren kann, müßte man ihn mehrere Stunden mit ängstlichen Informationen bombardieren, abgesehen davon, daß keine Klinik das dafür notwendige Personal hat«* (aha) (»Hamburger Abendblatt«, 1.12.77). - Also dann, die Messer gewetzt, die Versuchskaninchen warten schon.

ÖTV- und Behinderten-Kommission und KB / Gruppe Köln

»Free Clinic« droht Schließung

»Free Clinic« droht Schließung

Gegen die »Free Clinic«, ein Drogentherapiezentrum in Heidelberg, läuft jetzt ein Räumungsprozeß. Dem vorausgegangen waren eine fristlose und eine fristgemäße Kündigung der Räume zu Ende 77. Die offiziellen Begründungen der CDU-Stadtverwaltung hierfür: Die angemieteten Räume würden angeblich für andere Zwecke gebraucht.

Wie wir bereits berichteten (u.a. AK 107, S. 13) haben es sich die Mitarbeiter der »Free Clinic« zur Aufgabe gemacht, bei ihrer Therapie gegen die Drogenabhängigkeit der Klienten die gesellschaftlichen Ursachen hierfür mit einzubeziehen. Diese fortschrittliche Initiative war ständig Angriffen ausgesetzt - so wurde versucht, die Mitarbeiter in der Öffentlichkeit zu diskriminieren, indem die »Free Clinic« als *»ideologische Manipulationsstelle für hilflose junge Menschen«* (Dr. Dallenbach, CDU) bezeichnet wurde.

Gleichzeitig mit der Kündigung der Räume soll die finanzielle Förderung durch die Bundesregierung im Rahmen eines »Großmodells zur Förderung von Einrichtungen zur Beratung und Behandlung von drogenabhängigen und gefährdeten jungen Menschen« (insgesamt 58 Modelle in der BRD) eingestellt werden.

Die Mitarbeiter der »Free Clinic« sehen jetzt die einzige Chance, ihre Arbeit weiterzuführen, in der Gründung eines eingetragenen Vereins. Hierzu gaben sie folgende Presseerklärung ab, die wir dem »Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten« vom 14.1.78, entnommen haben:

„Die Psychosoziale Beratungs- und ambulante Behandlungsstelle beantragt für ihre Arbeit im Bereich der Drogenarbeit und ambulanten Therapie öffentliche Gelder. Diese Stelle gibt sich die juristische Form eines ‚eingetragenen Vereins'. Der Verein besteht bereits. Die medizinische Praxis, die den Namen Free Clinic beibehalten wird, finanziert sich in Zukunft ausschließlich aus Kassenabrechnungen und Spenden (u.a. Förderverein). Sie wird sich weiterhin vorrangig um Personen aus dem Drogen- und Randgruppenbereich kümmern. Schwerpunkt ist dabei die medizinische Beratung und Behandlung besonders unter Berücksichtigung des psychosomatischen und psychosozialen Aspekts. Die medizinische Praxis wird auch weiterhin für Unversicherte offenstehen.

Die Selbsthilfegruppen finanzieren sich zukünftig aus Mitglieds- und Unkostenbeiträgen sowie Spenden. Eine effektive Arbeit trotz ausschließlich ehrenamtlicher Mitarbeit erscheint möglich. Die Selbsthilfegruppen werden sich die juristische Form eines ‚eingetragenen Vereins' geben. Schwerpunkt der Arbeit wird die therapeutische und besonders vorbeugende Gruppenarbeit sein. Hinzu kommt als weiterer, durch die bisherige Free-Clinic-Arbeit nur unvollständig abgedeckter Aufgabenbereich eine ‚Sozialtherapie' als zusätzliches Nachsorgeangebot und Anlaufstelle für Psychiatrie- und Therapiehof-Entlassene. Daneben werden auch die medizinisch-vorbeugenden Gruppen- und Beratungsangebote (wie z.B. Massage, Ernährung, Atemtherapie ...) verstärkt werden.

Diese Überlegungen setzen voraus, daß die Stadt bereit ist zu einer offen geführten Diskussion. Der Verlauf des Prozesses um die Räumung läßt eine Klärung der unterschiedlichen Auffassungen jedenfalls nicht erwarten. In diesem Prozeß geht es jetzt ausschließlich um die juristisch fast unangreifbare fristgerechte Kündigung. Diese wird aber nicht mit einem angeblichen Fehlverhalten begründet, sondern mit der Sanierung der Brunnengasse."

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

»In diesen verdammten Gemäuern muß man mit gewissen Bakterien leben«

Hygiene wird in einer Reihe Frankfurter Krankenhäuser und sicherlich auch in vielen anderen Städten der BRD nicht sehr groß geschrieben. Der Mangel an Personal, Raum oder Inventar, aber auch die fehlende Bereitschaft einiger Ärzte, das Problem anzuerkennen, birgt die ständige Gefahr in sich, daß man im Krankenhaus statt gesünder - noch kranker wird.

Laut Bundesgesundheitsamt sind es 10% der Patienten, denen eine zusätzliche Infektion über Instrumente und Apparate, Luft, Wäsche, Essen oder Personal im Krankenhaus übertragen wird. Aus Frankfurter Krankenhäusern sind jetzt noch weit höhere Zahlen bekannt geworden. So liegt die Zahl der Harnweginfektionen nach Operationen in der Frauenheilkunde über 50%,Hauptabzesse, Pilzbefall, Infektion der Ohren oder der Bronchien, Lungenentzündungen aus dem Beatmungsgerät oder Gelbsucht nach der Bluttransfusion sind „Überraschungen", die Patienten im Krankenhaus erwarten können.

Die Gefahr einer Krankenhausinfektion ist besonders groß:

in Frühgeborenenstationen,
in Kinderkliniken,
auf Abteilungen der Urologie
und der Geburtshilfe.

Nicht nur Geräte und Personen sind Überträger- nach Informationen einer Frankfurter Medizinerin gehören Kakerlaken in manchen alten Krankenhausmauern schon zum Inventar.

Eine Frankfurter Kinderärztin wies daraufhin, daß Erreger in einer Säuglingsstation bei den Neugeborenen eitrige Pusteln verursachen. - Ihr blieb die Anerkennung versagt!

Kleinere Kliniken halten oft Infektionsherde geheim. Auch im Geschäft mit der Krankheit geht es in erster Linie um den Profit und nicht um die Gesundheit des Menschen. Professor Ralf Schubert vom Hygieneinstitut Frankfurt, der für die Hygiene-Betreuung der Krankenhäuser zuständig ist, zeigt weitere Mißstände auf:

Die meisten Krankenhäuser arbeiten auch 1978 noch ohne Bettenzentrale (in der ein keimhaltiges Bett samt Matraze und Gestell auf einer unreinen Seite komplett abgerüstet und auf der reinen Seite wieder aufgerüstet wird). Viele Krankenhäuser *„ziehen nur die Bettwäsche ab".*

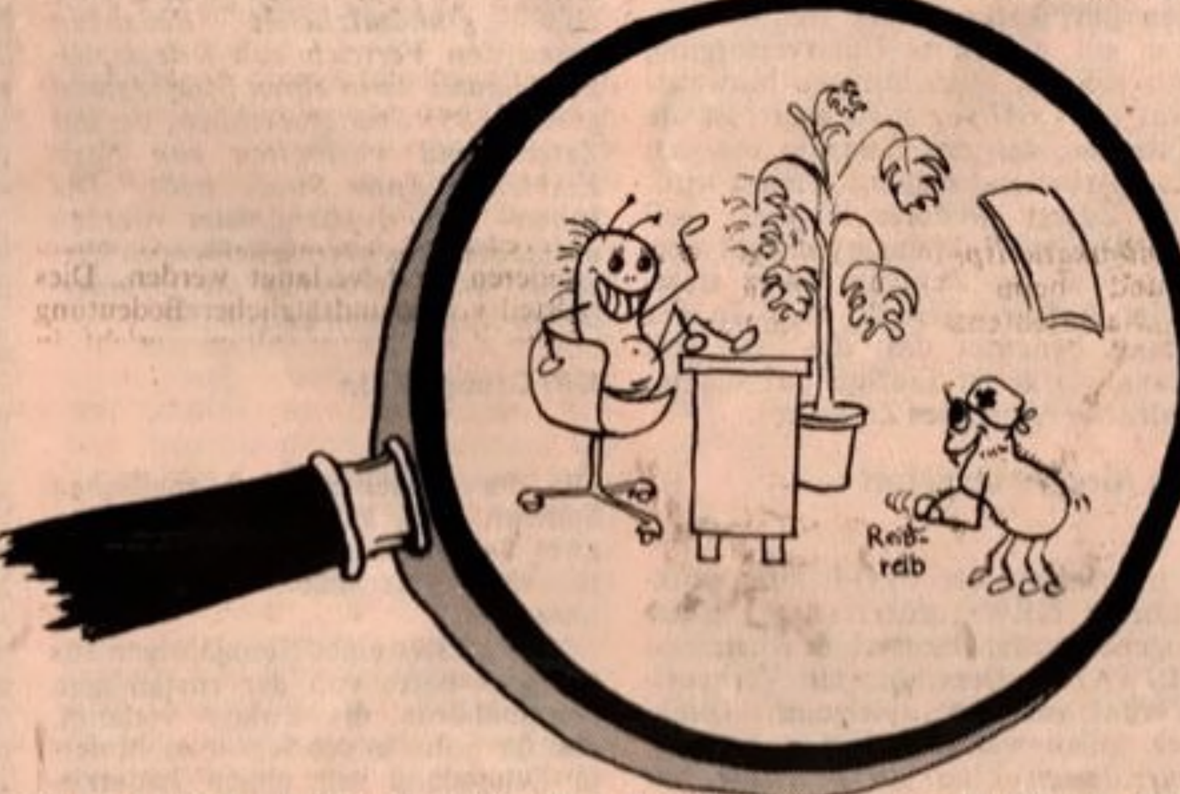
So verfügt z.B. der Operationstrakt der Augenklinik in Höchst (ein relativ neuer Bau) noch nicht einmal über eine Bettenschleuse, eine der primitivsten Voraussetzungen für Keimfreiheit. Für den Cehfarzt der Augenklinik ist es da ein reines *„Glück, daß wir noch nicht eine einzige Infektion gehabt haben".* Wie lange noch? Dem Gesundheitsdezernenten von Frankfurt fällt dazu ein, man habe dieses *„Provisorium"* (seit 1969 !) *„bewußt in Kauf genommen."* Nach Angaben von Professor Schubert gibt es im Rhein-Main-Gebiet *„noch reichlich Operationssäle, die überhaupt nicht belüftet sind, nur ein kleines Fenster haben."* Viele Belüftungsanlagen dienen unter Umständen dazu, Bakterien und Viren gleichmäßig zu verteilen. *„Wenn die (Belüftungsanlagen) defekt sind, merkt das keiner."*

Geschirr wird oft nur der Schnelligkeit wegen unter lauwarmen Wasser gespült, statt desinfiziert. In den Kneipen vor den Toren der Frankfurter Universitätsklinik kann man fast täglich Ärzte in grüner OP-Kleidung sitzen sehen. *„Wer bietet die Gewähr, daß diese Ärzte nicht vom Lokal gleich an den Operationstisch marschieren"* (Schubert) . . .

Hinzu kommt das Problem, daß zahlreiche Erregerarten gegen gewöhnliche Desinfektionsmittel bereits resistent sind. Daraus kann aber nur der Schluß gezogen werden, daß nur durch erhöhten personellen und materiellen Aufwand den z.T. skandalösen hygienischen Verhältnissen in Kliniken ein Ende bereitet wird. Dieser Zusammenhang ist natürlich auch den Verantwortlichen bekannt. Trotzdem hat der hessische Sozialminister erlassen, *„daß Hygiene-Kommissionen an den Krankenhäusern nur aus dem bereits vorhandenen Personal gebildet werden dürften, um eine stärkere Belastung der Krankenkassen zu vermeiden"* (Zitate aus „Frankfurter Rundschau" vom 5.1. und 12.1.78).

Wenn du ins Krankenhaus gehst, vergiß das Desinfektionsmittel nicht!

Behinderten-Kommission und KB/ Gruppe Frankfurt



Tja, das ist alles gut und schön, aber als einfache Grippebazille können Sie bei uns im Krankenhaus nichts werden. Die Planstellen sind alle besetzt.

Strafdienst im Krankenhaus?

Die Justizminister der Länder überlegen, ob Straftäter, die ihre Geldstrafe nicht bezahlen können, einen »Ersatzdienst« in Krankenhäusern, Alten- oder Pflegeheimen leisten sollen. Eine entsprechende Regelung will der Westberliner Justizsenator Jürgen Baumann (FDP) bereits in Kürze versuchsweise in Kraft setzen (»Hamburger Abendblatt«, 14.1.78).

So hätten's die Herren wohl gerne! Mit »Strafdienstlern« die wegrationalisierten Stellen in den Krankenhäusern zu besetzen. Außerdem brauchen die Sozialämter den Verurteilten keine Darlehen mehr zu gewähren. Bisher war es in Ausnahmefällen möglich, daß das Sozialamt die Strafe bezahlt hat, wenn z.B. Familienväter durch Ableistung der Strafe im Knast ihren Arbeitsplatz verloren haben. Jetzt würden sie an Sonn- und Feiertagen (zusätzlich zur täglichen Arbeit!) zum Strafdienst verdonnert werden! Auf alle Fälle ein echter Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Hackethal endgültig als Kassenarzt abgewiesen

Professor Hackethal, ein scharfer Kritiker des Gesundheitssystems und seiner Standesbrüder, ist jetzt endgültig (im zweiten Verfahren) als Kassenarzt nicht mehr zugelassen. *„Der Berufungsausschuß für Ärzte in Schleswig-Holstein hat den Widerspruch des streitbaren Professors gegen seine Nichtzulassung zurückgewiesen"* (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.1.78).

Der „streitbare Professor" hatte im Sommer letzten Jahres *„das Handtuch geworfen"* (WamS, 13.6.77), wie er selbst sagte. Denn: die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein und die Ärztekammer hatten ein berufsgerichtliches Verfahren wegen einer angeblich von ihm vorgenommenen Abtreibung eingeleitet, und die Staatsanwaltschaft hatte die Durchsuchung seiner Wohn- und Praxisräume angeordnet. Außerdem war von interessierter Seite eine unglaubliche Hetzkampagne gestartet worden: *„Möchten Sie sich von Hackethal und seinem Pfleger . . . in die ewigen Jagdgründe schicken lassen?"* („stern" 24.3.77), die eben diesen Pfleger zum Selbstmord trieb!

Der „streitbare Professor" hatte schließlich von alledem die Nase so voll, daß er die Zulassung zum Kassenarzt aufkündigte. Als er diesen Schritt - im Interesse seiner Patienten - wieder rückgängig machen wollte, war es zu spät.

Merke: Wer sich als Arzt für die Patienten einsetzt, ist bei den Standesärzten unten durch.

ÖTV-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg



Brutaler Höhepunkt Göttinger Wohnraumzerstörungspolitik

Am Mittwoch, den 14.12.77 fand die bislang letzte Aktion Göttinger Mieterinitiativen gegen die vollständige Zerstörung des in der Innenstadt gelegenen Reitstallviertels (RV) statt, in dem der Großkapitalist Oetker ein Großkaufhaus hochziehen will:

Am frühen Morgen des 14.12. besetzten ca. 20 Mitglieder Göttinger Mieterinitiativen das Hinterhaus Weender Str. 79, unmittelbar nachdem die letzten Mieter das Haus verlassen hatten. Es ging ihnen darum, den sofortigen Abriß zu verhindern und durch die Besetzung Druck auf die Stadt auszuüben, u.a. geht es um folgende Forderungen:

- *Oetker raus aus dem Reitstallviertel!*
- *Für den Bau billiger und menschenwürdiger Wohnungen im RV!*
- *Solange kein Abriß von Hinterhaus Weender Str. 79!*
- *Schluß mit der Wohnraumzerstörung*

Nachdem Vertreter der Stadt nach kurzer Zeit Wind von der Aktion bekommen hatten, wurden wir zunächst, wie üblich, von Beamten des Liegenschafts- und Ordnungsamtes und der Politischen Polizei »observiert«. Diese uns mittlerweile zur Genüge bekannten Figuren schlichen »betont unauffällig« im Viertel herum und beobachteten bzw. fotografierten die Leute beim Flugblattverteilen, Transparentenaufhängen etc. Nachdem sie sich von der geringen Anzahl (einige von uns mußten während des Vormittags noch weg) überzeugt hatten, startete dann gegen 12.30 der Baggereinsatz. Bei größerem Widerstand hätte man rasch auf die anläßlich der Bredenkamp-Prozesse (gegen Psychologie-Studenten, die gegenüber ihrem Professor das Recht auf freie Diskussion durchsetzen wollten) überall präsenten Einheiten der Bereitschaftspolizei zurückgreifen können.

Während der Bagger in »Angriffsposition« rangierte, hatten sich ca. ein Dutzend Abrißgegner in einer Kette vor dem bedrohten Haus aufgestellt. Der städtische Einsatzleiter Herr Ochmann vom Tiefbauamt (?) gab dem Baggerführer (Abbruchfirma Mandt aus Kassel) Anweisung, auf das Haus loszufahren. Daraufhin bewegte sich dieser mit erheblicher Geschwindigkeit auf die Gruppe zu und war auch durch beschwörende Rufe der Umstehenden nicht aufzuhalten. Die bedrohten Demonstranten in der Mitte der Kette konnten sich nur durch einen beherzten Sprung zur Seite im letzten Moment noch vor dem Bagger in Sicherheit bringen, dessen Laufketten bis auf wenige Zentimeter an ihre Füße herangekommen war. Nach übereinstimmender Ansicht der Beobachter wäre der Baggerführer zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in der Lage gewesen, sein Fahrzeug rechtzeitig zu stoppen.

Die Demonstranten wären buchstäblich plattgewalzt worden! Während des ganzen Vorgangs hielt sich Einsatzleiter Ochmann in etwa 10 Meter Entfernung auf und beobachtete die Szene. Juristisch dürfte hier der Fall einer »Beihilfe zum versuchten Totschlag« zumindest gegeben sein. Als wir daraufhin anfingen, die Herren der Stadt zu filmen (inzwischen waren noch einige Kollegen eingetroffen), versuchten sie sich klammheimlich aus dem Staub zu machen (übrigens im wahrsten Sinne des Wortes, denn ihr Bagger begann sofort mit dem Abriß).

Wir versuchten, Herrn Ochmann zur Rede zu stellen, und verlangten seine Personalien, die er uns sichtlich erregt verweigerte, obwohl er seine rechtliche Verpflichtung hierzu als Beamter sicherlich kennen mußte.

Das hier geschilderte Vorgehen ist der bisherige Höhepunkt einer Entwicklung, die sich besonders im letzten Jahr an mehreren Punkten zeigte und gegen die es gilt, umso ent- und geschlossener vorzugehen.

KB / Gruppe Göttingen
Stadtteilgruppe

Salem geht in die Vollen

Die „Bruderschaft Salem e.V.", gegründet zur Betreuung von *„sozial Schwachen, moralisch Gefährdeten, Förderung der Jugendpflege und Jugendfürsorge . . ."* (§ 1 der Satzung des Vereins), hatte immer schon eine gar nicht klammheimliche Sympathie für rechtsradikale Gedankengut und Nazi-Symbolfiguren (vgl. AK 89). In der letzten Ausgabe der „Salem-Zeitung" (wird breit verschickt) kommt es allerdings ziemlich dicke: So begrüßen die Salem-Brüder voll Freude die Rückkehr *„unseres Freundes und Bruders Herbert Kappler"*. Salem-Gründer Gottfried Müller schätzt sich glücklich, sich seit Jahren zu den engsten Freunden Kapplers und seiner Frau Anneliese (Mitglied der SPD) zählen zu dürfen. Mit Besuchen in Gaeta, im Militärhospital in Rom, Unterschriftensammlungen zur Befreiung Kapplers und – nicht zu vergessen – *„vielen tausendfachen Gebeten"* hat die Bruderschaft Salem dazu beigetragen, den Bruder Herbert aus *„böser Haft"* zu befreien.

Die nächsten zu Befreienden sind auch schon anvisiert: Walter Reder in Gaeta und J. Vasseur in Melun bei Paris.

Auch aus der *„katastrophal werdenden Jugend-Arbeitslosigkeit"* sieht die Bruderschaft einen Ausweg: Nach dem Vorbild des ehemaligen Reichsarbeitsdienstführers Konstantin Hierl (der immer noch Ehrenbürger der oberpfälzischen Gemeinde Parsberg ist), preist auch Salem den Arbeitsdienst als Möglichkeit zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit an. Gesucht werden allerdings nur *„ordentliche, junge Menschen"*, die z.B. auf Fernsehen und Rauchen verzichten, dafür aber eine *„schmackhafte und gesunde, reformerisch orientierte Vollwertkost"* zu sich nehmen wollen. Aus dem Bedürfnis der arbeitslosen Jugendlichen, etwas Sinnvolles zu tun, wird hier, wie zu Nazi-Zeiten Kapital geschlagen. Die Jugendlichen sollen beim Aufbau der Salem-Kinderdörfer mitarbeiten, außerdem werden sie mit Aus- und Weiterbildung geködert.

Auch für Frauen bietet Salem „Hilfe": *„Statt Abtreibung – Hilfe!"* Zunächst wird auf ziemlich unwissenschaftliche Art und Weise beschrieben, wie so ein Mensch (natürlich mit Gottes Hilfe) entsteht, dann wird gefragt: *„Kann man ein so herrliches Wesen, wie hier zuvor beschrieben, ermorden, bevor es das Licht der Welt erblickt? Niemals!"* Als Tip, was die Frauen in einer solchen Situation machen sollen: *„Habt es (Euer Kindlein) von jetzt an herzlich lieb. Ihr könnt es in Ruhe zur Welt bringen ... Wir werden später gerne für Euer Kind sorgen, wenn Ihr es nicht könnt oder nicht wollt"*. Was Salem dann mit den Kindlein vorhat, wird in einem weiteren Artikel über *„des deutschen Sprachraums Aufgabe"* klargestellt: Der preußische Erziehungsstil des *„großartigen Psychologen"* Friedrich Wilhelm I. (Erfinder des preußischen Drills) gibt Hilfen, um *„tapfer zu sein in Gefahrensituationen und durchzuhalten"*.

Bedenkt man, daß Salem immer noch breit mit Postwurfsendungen etc. unter Vorspiegelung falscher Tatsachen für sein „Kinderhilfswerk" wirbt, wäre mehr Aufklärungsarbeit über diese Kinderverderber dringend notwendig!



»...die dümmste Panne des Jahres«

Göttingen: Im Dezember 77 passierte laut Göttinger Presse »die dümmste Panne des Jahres«. Was war geschehen? Als der Rentner Herrmann R. aus seinem Urlaub zurückkam, fand er von dem Mietshaus, in dem er wohnte, nur noch einen Schutthaufen wieder. Bulldozer und Bagger hatten das Haus, in dem sich auch noch ein Lager der »Arbeiterwohlfahrt« befand, niedergerissen. Sämtliche Habe des Rentners: Wohnungseinrichtung, Rentenunterlagen usw. verschwanden unter den Trümmern. Der Hintergrund: Die Stadt plant, auf dem Gelände von der Borkener Parkhaus GmbH,Göttingens größtesParkhaus, bauen zu lassen. Offenbar scheut man bei der Durchsetzung dieses Plans vor keiner noch so großen Schweinerei zurück. Inzwischen hat man die Wohnungen von ca. 70 Men schen abreißen lassen und der Baubeginn für das Parkhaus steht kurz bevor.

KB / Gruppe Göttingen
Stadtteilzelle

Elterliche »Sorge«

Das Oberlandesgericht Bremen hat in einer Grundsatzentscheidung zum „elterlichen Sorgerecht" entschieden, daß Eltern ihrer noch nicht volljährigen Tochter den „Umgang" mit einem ihnen mißliebigen Freund verbieten dürfen.

Der Fall: Die Tochter, 17 Jahre und acht Monate alt, war mit einem 23jährigen Mann befreundet. Die Eltern verboten jeden Kontakt und das Mädchen klagte.

Die „Argumente" der Richter, die dem Elternhaus Recht gaben: Mit der Herabsetzung der Volljährigkeit auf 18 Jahre sei *„zu Gunsten der Heranwachsenden eine Grenze gezogen, die hinsichtlich der Reife und der Einsichtsfähigkeit in die Gefahren einer zu frühen sexuellen Bindung äußerst niedrig liegt"*. Deshalb könne Jugendlichen unter 18 kein *„selbstständiges Entscheidungsrecht gegen den Willen der Eltern"* zugebilligt werden – es sei denn, die Eltern „mißbrauchen" ihre „Rechte".

Von einem Mißbrauch könne allerdings im vorliegenden Fall nicht geredet werden, denn die Eltern *„konnten dartun, daß der junge Mann ihre Tochter zum Lügen und Schuleschwänzen bestimmt habe und daß sie ihm auch sexuell 'hörig' geworden sei, so daß sie daher in ihrer Urteilsfähigkeit nicht mehr frei war"*.

Die verbleibenden vier Monate bis zur Volljährigkeit solle das Mädchen nutzen, sich unbeeinflußt von ihrem Freund – aber unter der Gewalt der Eltern – *„selbst zu prüfen und über seine Lage klar zu werden"*.

Ein Urteil, das voll der Logik des bürgerlichen „Sorgerechts" entspricht: Der Jugendliche hat zu tun und vor allem zu lassen, was die Eltern vorschreiben!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Kurzmeldungen Kurzmeldungen

Nach der Abschaffung der Kitas bläst die Frankfurter CDU jetzt zum Angriff auf ein weiteres fortschrittliches Projekt: das Kinderbehandlungszentrum im Frankfurter Stadtteil Preungesheim. Das Kinderbehandlungszentrum ist eine Erziehungsberatungsstelle mit Kinderarztpraxis und arbeitet seit ca.3 Jahren. Das Zentrum wird von der umliegenden Bevölkerung stark frequentiert, was auf die akute Unterversorgung mit solchen Einrichtungen hinweist. Was die CDU vor allem stört, ist die Tatsache, daß das Zentrum von den dort Arbeitenden selbst geleitet wird. Die Zusage weiterer Finanzen soll deshalb davon abhängig gemacht werden, daß das Zentrum unter staatliche Aufsicht gestellt wird. In der Praxis bedeutet das: die CDU will einen stärkeren Einfluß auf die inhaltliche Arbeit des Zentrums.

KB /Gruppe Frankfurt

Auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion in NRW forderte der Landesjugendwohlfahrtsausschuß Rheinland (LJWA) im Dezember ein Verkaufs-Verbot von Nazi„spielzeug". Direkter Anlaß war *„ein Hobby-Katalog, auf dessen Titel ein Flugzeug mit großem Hakenkreuz dargestellt ist und ein Modellsatz, der den Bau eines Sturz-Kampfbombers ermöglicht, der als 'Der Stolz Deutschlands' apostrophiert wird und laut Aufschrift 'Die Abzeichen der Maschine enthält', die von Major Ulrich Rudel geflogen wurde'"*. („Kölner Stadtanzeiger", 6.12.77). In einem Fernschreiben an die Innen- und Justizminister von Bund und Land heißt es: *„Der LJWA sieht über seine grundsätzlichen Bedenken gegen den Vertrieb von Kriegsspielzeug hinaus darin einen Strafbestand gemäß §86a Strafgesetzbuch, der das Zeigen und Verbreiten von Nazi-Emblemen unter Strafe stellt."* Die Innen- und Justizminister werden aufgefordert, *„unverzüglich gegen Hersteller und Verbreiter die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten"*.

KB/ Gruppe Köln

Mit der Prügelstrafe an englischen Schulen wird sich in den nächsten zwei Jahren die Europäische Kommission für Menschenrechte befassen müssen.

Die Mutter eines Neunjährigen aus Glasgow hatte von der zuständigen Schulbehörde die Zusage verlangt, daß ihr Sohn in der Schule nicht der in Schottland mit einem Lederriemen auf die Hände vollzogenen Prügelstrafe ausgesetzt wird. Die Behörde lehnte ab, und die Mutter klagte vor der erwähnten Kommission. Bei einem Erfolg der Klage müßte die Prügelstrafe mit hoher Wahrscheinlichkeit an britischen Schulen abegeschafft werden. Da kann man nur viel Erfolg wünschen!

Nachdem Hamburgs Senat wie üblich mit „gutem" Beispiel vorangegangen ist (s.AK 119), hat jetzt auch Baden-Würtembergs Kultusministerium den Schülern mehr „Nationalstolz" verordnet. Ab sofort muß die „Nationalhymne" in allen fünften und sechsten Klassen im Musikunterricht „behandelt" werden. Auf „Sinn und Bedeutung des Textes" soll im Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterricht der Klassen neun und zehn eingegangen werden. Der Zweck dieser Lehrplanergänzung, die chauvinistische Indoktrination, wird in den Aussagen des Ministeriums nicht einmal mehr verhüllt. Das *„staatsbürgerliche Bewußtsein der Schüler (soll) nicht nur auf rational-kognitive Weise, sondern auch im emotionalen Bereich nachdrücklich gefördert werden"* („Badische Zeitung", 29.11.77).

Kinderkommission
KB/ Gruppe Hamburg



Evangelische Fachhochschule Rauhes Haus: Studierverbot für Kommunisten?

Wenige Wochen nach dem Antrag der CDU im Bundestag, ein Verbot für kommunistische Organisationen durchzusetzen, wurde im Kuratorium (Verwaltungsgremium) der Ev.Fachhochschule für Sozialpädagogik „Rauhes Haus" in Hamburg von einem Abteilungsleiter des Diakonischen Werkes, Müssig, folgender Antrag gestellt (sinngemäß):

„Der Träger (der FHS) solle rechtlich prüfen, ob Mitglieder kommunistischer Organisationen von der Aufnahme in die Fachhochschule oder – bei späterem Bekanntwerden der Mitgliedschaft – vom Studium ausgeschlossen werden können "(„...trotz alledem" 0-Nr., – Zeitung für Sozialpädagogen und Diakone). Die Studenten der Ev. FHS bezeichnen diesen Antrag als einen *„offenen Angriff auf demokratische Grundrechte"*, der *„wohl seit 1945 einmalig"* sei und *„selbst über den Extremistenerlaß weit hinaus (gehe)"* Resolution der Studenten der ev.FHS Rauhes Haus). Es wird darauf hingewiesen, daß in einer katholischen FHS in München ein ähnlicher Angriff gefahren worden sei.

In der Resolution wird besonders auf den Effekt der Verängstigung der Studenten durch diesen Antrag hingewiesen: *„Selbst wenn der Antrag von Herrn Müssig aus taktischen oder anderen Gründen nicht in seiner Eindeutigkeit zur Durchführung kommt, so bleiben dennoch Einschüchterung und Angst vor Sanktionen als Folge.*

In diesem Studienklima ist für uns keine freie, geistige Auseinandersetzung möglich. Diese Beeinträchtigung widerspricht in krassester Form dem Sinn und Auftrag einer ev. Hochschule" (Resolution).

Der Protest gegen diesen Antrag an der FHS ist breit und umfaßt auch die Dozentenschaft. Aus dem Bereich der in kirchlichen Einrichtungen Beschäftigten wird ebenfalls Betroffenheit laut:*„Gerade wir, die wir bereits als Sozialarbeiter und Diakone in der Praxis stehen, die wir täglich die Repressionen unseres Staates und unserer Kirche gegen den größten Teil unseres Klientels erleben müssen, empfinden diesen Antrag als äußerste Bedrohung unserer Auffassung von Sozialarbeit und Diakonie.Diese unsere Auffassungen von Sozialarbeit und Diakonie sind nicht zuletzt auch Produkte unserer Ausbildung durch die ev. FHS"* („..„trotz alledem"). In einem offenen Brief des Arbeitskreises Kirche und Gewerkschaft Hamburg an den ASta der FHS heißt es:*„Wenn bei Euch im Aufnahmeverfahren kritische Bewerber raussortiert werden, sind wir davon gleichfalls betroffen; denn in unserem Kampf für die Verbesserung der Lebenssituation benachteiligter Menschen brauchen wir mutige Kolleginnen und Kollegen, die Konflikte nicht scheuen."*

Ein breites Bündnis aller derjenigen, die gegen diesen und andere Angriffe protestieren - Studenten und bei der Kirche Angestellte - muß angestrebt werden. Kleinere Meinungsverschiedenheiten in der Art der Vorgehensweise sollten dies nicht verhindern.

Kirchen-Kommission

„Ketzerprozesse" gegen kritische Theologie-Professoren

Der **Tübinger Theologieprofessor Hans Küng** (bis 1965 noch Berater des 2. vatikanischen Konzils) befindet sich seit etwa 10 Jahren im Konflikt mit der katholischen Lehraufsichtsbehörde. Wegen einer Anfrage betreffs „Unfehlbarkeit" des Papstes mußte er sich über Jahre hin vor einer Kommission für Glaubenslehre in einem „Lehrverfahren" verantworten. Er wurde aufgefordert, bestimmte Aussagen nicht zu wiederholen, bzw. weiter „darüber nachzudenken". Sein 1974 veröffentlichtes Buch „Christ sein" war Anlaß für die Deutsche Bischofskonferenz, ihm in einer Erklärung vom 14.11.77 eine letzte Warnung auszusprechen, weil er sich nicht an das Denkverbot gehalten habe.

Küng will Mitglied der katholischen Kirche sein, möchte aber ermöglichen, daß Christen es als ihre Aufgabe verstehen, über die Kirchenmauern hinauszublicken und sich mit den wirklichen Zuständen in der BRD und darüberhinaus in anderen Ländern auseinanderzusetzen. Er untersuchte u.a. kritisch den Beitrag der Klassiker des Wissenschaftlichen Sozialismus und ihren „Beitrag zu einer menschlicheren Gesellschaft". Sein Ergebnis ist durchaus nicht der übliche Antikommunismus der Kirchenführungen: *„Früher*

schaft". Sein Ergebnis ist durchaus nicht der übliche Antikommunismus der Kirchenführungen: „Früher

sorgte man sich spiritualistisch um das jenseitige Heil und den Frieden mit Gott. – Jetzt sorgt man sich ganzheitlich um die gesellschaftlichen Zustände und die Reform oder gar Revolution der Strukturen" („Christ sein", S. 573).

In einem Briefwechsel zwischen Küng und Kardinal Höffner – dokumentiert in der „FR" vom 29.12. 77 – wird deutlich, daß Küng entgegen der Forderung der Bischöfe – platte Glaubenssätze nachzuplappern – ausführliche historisch fundierte Darstellungen seiner theologischen und politischen Position liefert.

Die Bischöfe wird er damit sicher nicht überzeugen, die mögen keine klugen Bücher lesen, sicherlich aber gibt er vielen katholischen Christen Anregungen, Mißstände nicht schicksalhaft duldend zu ertragen, sondern aktiv an der Veränderung der Verhältnisse mitzudrehen.

Der **Professor für Kirchenrecht in Münster, Horst Herrmann** *„war 1975 bei Bischof Tenhumberg in Ungnade gefallen, nachdem er der Kirche ein unmoralisches Verhältnis zum Staat zur Last gelegt, und ihr vorgeworfen hatte, in der mittelalterlichen Theologie steckengeblieben zu sein. Er forderte Armut, Dienen und Verzicht auf Macht und Privilegien, plädierte für die Abschaffung der Kirchensteuer und erregte Aufsehen durch seine Parteinahme für den christlichen Sozialismus"* („FR", 10.1.78). Tenhumberg entzog ihm kurzerhand den kirchlichen Lehrauftrag, und in einem Lehrbeanstandungsverfahren wurde diese Maßnahme bestätigt. Obwohl Herrmann staatlich beamteter Hochschullehrer ist, muß er nach diesem Spruch der Kirche seinen Posten räumen – gemäß einem Konkordat aus dem Jahre 1929. Herrmann dazu: *„Sie (die Kommission der Kirche) hat nachträglich die Willkür eines der Ihren (Tenhumberg) gerechtfertigt und die Möglichkeit auch für die Zukunft geschaffen, den Staat als Handlanger zu prozessual nicht abgedeckten Privatmeinungen eines Bischofs zu mißbrauchen"* („FR", 10.1.78).

Staat und Kirche bieten sich gegenseitig Unterstützung bei **Gesinnungsschnüffelei und Berufsverboten**. Das rheinland-pfälzische Kultusministerim hatte beim katholischen Büro angefragt, ob die Lehrkräfte an katholischen Privatschulen nicht ebenso wie die Lehrer an staatlichen Schulen vom Land auf ihre Verfassungstreue überprüft werden können („FR", 29.12.77), und die Generalvikare gaben ihre freundliche Zustimmung. Damit werden die katholischen Privatschullehrer unter den Radikalenerlaß der Regierung gestellt. Prälat Roland Ries nennt diese staatskirchliche Maßnahme „Freundschaftsklausel".

Besonders scharfe Kritik an der katholischen Kirche brachte der **Theologieprofessor Hubertus Mynarek** an die Öffentlichkeit: *„Die römisch-katholische Kirche ist der 'massivste und systematische Versuch, unbegrenzte Macht über die Seelen zu erringen'. Sie ist das ge-*

misch-katholische Kirche ist der 'massivste und systematische Versuch, unbegrenzte Macht über die Seelen zu erringen'. Sie ist das ge-

schlossenste religiös motivierte Unterdrückungssystem der Freiheit... Sie deutet die Bibel nach Belieben und gängelt ihre Priester. Sie knebelt die Sexualität ihrer Gläubigen und verlangt blinden Gehorsam. Sie unterstützt Diktaturen, und was kümmert sie der kleine Mann"(„Spiegel" 44/77). Sein 1973 erschienenes Buch „Herren und Knechte der Kirche" wurde sofort auf Betreiben der katholischen Kirche verboten(!). In seinem neuesten Buch „Religion" vertritt er die Ansicht, daß Religion freiheitstiftend vorstellbar sei, aber *„dls kirchlich organisierte Religion ist sie freiheitsvernichtend, und je größer die Organisation, um so totaler die Repression"* („Spiegel").

Die katholischen Kirchenführer bewiesen, daß sie in der Lage sind, einen so scharfen Kritiker gründlich fertigzumachen. Neben dem Verkaufsverbot seines Buches hängten sie ihm 13 Prozesse an und forderten 100 000 DM Schmerzensgeld und Schadenersatz in unbestimmter Höhe. Nachdem eine Solidaritätsbewegung innerhalb und außerhalb der Kirche entstanden war, endeten die ersten Prozesse mit einem Vergleich. Die verbleibenden Kosten sind noch hoch genug – 8000,- Gerichtskosten und 60.000,- Anwaltsgebühren. Weitere Prozesse stehen in Aussicht. Widerrechtlich wurde ihm sogar seine Schreibmaschine gepfändet, weil er nicht mehr zahlen konnte. Psychischen Terror übten „Gläubige" und „Kirchentreue" in Schmähbriefen und Telefonanrufen mit Morddrohungen aus. Obwohl Mynarek durch halb Deutschland vor diesem Terror flüchten mußte, kämpft er weiter für eine Religion, *„die sich weitestgehend mit der Freiheit deckt"*.

Kirchen-Kommission

EKD: Rechtsaußen im Weltkirchenrat

Im Sommer vergangenen Jahres gründete der Weltkirchenrat, der Zusammenschluß der meisten nichtkatholischen christlichen Kirchen, eine ökumenische Entwicklungsgenossenschaft. Dieses Projekt sieht einen Fonds vor, an dem sich alle Mitgliedskirchen entsprechend ihrer Größe und ihrem Vermögen beteiligen sollen. Mit dem Geld sollen *„Basisgruppen und -organisationen"* gefördert werden, die sich für *„soziale Gerechtigkeit, Selbstverantwortung und wirtschaftliches Wohlergehen einsetzen."*

Profite sind von derartigen Investitionen kaum zu erwarten. Deshalb will sich die EKD (Evangelische Kirche Deutschlands) an diesem Vorhaben nicht beteiligen. Claus-Jürgen Röpke aus der Kirchenkanzlei Hannover sieht das Problem so: *„... die beiden Ziele sind nicht leicht miteinander zu verbinden: Den Ärmsten der Armen zu helfen und für das dafür aufgewendete Geld eine gute Verzinsung zu erreichen. Je günstiger die Darlehen für die Entwicklungsländer, desto geringer die Verzinsung für die Kirchen"* („FR", 27.12.77). Wegen solch „finanzpolitischer Bedenken" ziehen die westdeutschen lutherischen Kirchenfürsten es vor, auf eine Rolle als „Helfer der Armen" zu verzichten. Die EKD *„wird nun erst einmal beobachten, wie sich die Entwicklungsgenossenschaft entwickelt"* („FR", 27.12.).

Das offene Eingeständnis kapitalistischer Eigeninteressen kommt zutage, wo theologische Gründe für das

(„FR", 27.12.).
Das offene Eingeständnis kapitalistischer Eigeninteressen kommt zutage, wo theologische Gründe für das

Verhalten der Kirche nicht mehr vorgeschoben werden können. Denn „theologische" Bedenken sollten den Vorbehalt der reichen Kirchen Westdeutschlands gegenüber einem anderen Sonderfonds des Weltkirchenrats rechtfertigen: Die EKD beteiligt sich nicht am *„Sonderfonds zur Bekämpfung des Rassismus"*, weil seine Gelder auch militanten Befreiungsorganisationen (z.B. SWAPO) zufließen und ihre Verwendung für „rein humanitäre" Zwecke nicht gewährleistet erscheine ...

Zweifellos sind die wirklichen Motive politischer Natur. Die EKD – Rechtsaußen im Weltkirchenrat – befürchtet, in den Geruch der Unterstützung von revolutionärer Gewalt und in die Gegnerschaft zum weißen Rassismus zu geraten. In einem Arbeitsbericht des Weltkirchenrates zum Sonderfonds heißt es z.B.: *„Das Programm zur Bekämpfung des Rassismus sollte den weißen Rassismus jedoch weiterhin mit Vorrang behandeln, weil die wirtschaftliche, politische und militärische Macht überwiegend in den Händen der Weißen liegt und dem weißen Rassismus deshalb Macht verleiht."* Solcherart Parteilichkeit paßt dem westdeutschen Klerus offensichtlich nicht ins politische Konzept.

Seine Vertreter enthielten sich außerdem sogar der Stimme, als die Vollversammlung des Weltkirchenrates 1975 in Nairobi eine Erklärung gegen die „nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika" mehrheitlich verabschiedete. Diese Erklärung *„bringt ihre tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß gewisse Regierungen und multinationale Gesellschaften im Be-*

schiedete. Diese Erklärung „bringt ihre tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß gewisse Regierungen und multinationale Gesellschaften im Be-

griff stehen, sich an der Finanzierung und dem Bau von Atomkraftwerken in Südafrika zu beteiligen". Die KWU, Siemens und AEG werden dann neben anderen amerikanischen und europäischen Großkonzernen genannt. Der Weltkirchenrat befürchtet: *„Die westliche Wirtschaft und Industrie werden sich auf diese Weise noch direkter an der Ausweitung eines Systems beteiligen, das der Mehrheit der Bevölkerung die Aussicht oder das Recht auf persönliche, soziale und politische Freiheit verweigert"*. Die nationalen Kirchen werden aufgerufen *„die beteiligten Unternehmen und Regierungen aufzufordern, ihre Politik anhand von Überlegungen zu revidieren, die über die kommerziellen und wirtschaftlichen Kriterien hinausgehen"*. Selbst dieser Appell ging dem westdeutschen Klerus zu weit.

„Nur ein starker Staat kann ein liberaler Staat sein". Diesen politischen Grundsatz gab die EKD anläßlich der Entführung von H.M.Schleyer heraus. In Kraft ist er allerdings schon wesentlich länger. Durchgesetzt hat er sich nach dem 2.Weltkrieg in den Auseinandersetzungen um die Wiederaufrüstung und den Militärseelsorgevertrag (1957), und aktuell in der kirchenbehördlichen Liquidierung der Evangelischen Studentengemeinden (s. AK 120).

Widerspruch gegen die klerikale Reaktion erklärten in Darmstadt im Oktober 1977 ca. 800 versammelte oppositionelle Christen. In ihrer Abschlußerklärung wandten sie sich gegen *„die Verflechtung der Kirchen in den weltweiten Militarismus"* („FR", 10.10.77).

oppositionelle Christen. In ihrer Abschlußerklärung wandten sie sich gegen „die Verflechtung der Kirchen in den weltweiten Militarismus" („FR", 10.10.77).

Kirchen-Kommission

Kirche in Südafrika und EKD

Als im Oktober 77 das faschistische Regime Südafrikas in einem wütenden Schlag die verbliebenen Anti-Apartheid-Organisationen verbot, waren auch kirchliche Institutionen und Gruppierungen darunter.

Das weltweit bekannte Christliche Institut, das sich gegen die Rassendiskriminierung einsetzte, wurde geschlossen und ihre Mitarbeiter Beyers-Naudé, Theo Kotze u.a. mit dem Bann belegt.

Was das bedeutet, beschreibt der Direktor des Evangelischen Missionswerkes Dr.Martin Lehmann-Habek in einem Interview („FR", 7.1.78): *„Es ist erschütternd zu sehen, wie Menschen in ihren Lebensäußerungen und ihren Entfaltungsmöglichkeiten bis auf ein Minimum eingeschränkt sind. 'Sie dürfen nicht gleichzeitig mit zwei Familienmitgliedern an einem Tisch sitzen,... Zu einer anderen gebannten Person dürfen sie keinerlei Verbindung aufnehmen, sie dürfen fünf Jahre lang den Stadtbezirk nicht verlassen,... keine Versammlungen besuchen, nicht schreiben und publizieren;keinen auch nur irgendwie gearteten erzieherischen Einfluß ausüben... Dabei sind sie sich bewußt, daß jedes Wort, das sie sprechen, ebenso überwacht wird, wie jeder Schritt, den sie tun."* Das Christliche Institut wurde bisher von der westdeutschen Ev.Kirche unterstützt, im Gegensatz zum „Anti-Rassismus-Programm" des Ökumenischen Rates der Kirchen, da letzteres u.a. Befreiungsbewegungen in Südafrika fördere. Die EKD schob die Unterstützung des Christlichen Institutes gern als Feigenblatt vor – nun ist das nicht mehr möglich. Trotzdem gab es nur lauen Protest. Während der Ökumenische Rat der Kirchen seine 293 Mitgliedskirchen aufforderte, ihren Einfluß auf die jeweiligen Landesregierungen geltend zu machen, um das faschistische Regime zu verurteilen, rief die EKD ihre Gläubigen in der BRD nur auf *„für die Leidenden zu beten"*. Von einem Druck auf die Bundesregierung wurde nichts bekannt.

Die Angriffe auf Gegner der Apartheid in Südafrika verschärfen sich zusehends. So warnte eine faschistische, bewaffnete Organisation die Redaktion der vom Südafrikanischen Kirchenrat herausgegebenen Zeitung „The Voice", das Blatt zu zerschlagen, wenn es nicht bis zum 31.12.77 verboten wird.

Ähnliche Drohungen gingen an schwarze und weiße Pastoren im Lande („FR", 28.12.77). Aufgrund dieser Situation hat eine Arbeitsgruppe des Büros zur Bekämpfung des Rassismus des ÖRK ein Papier erarbeitet, das allen Gliedkirchen zugesandt wurde.

In diesem Papier wird der Kampf gegen Apartheid als „gerechte Rebellion" bezeichnet. Das Papier mit dem Titel *„Südafrikas Hoffnung – was ist der Preis jetzt?"* gibt eine Übersicht über die wichtigsten faschistischen Gesetze seit 1960 und widmet sich ausführlich der Frage des „gerechten Kampfes".

Im Februar 78 sind neue Gesetze vorgesehen, die auch die Arbeit der Kirchen weiter einschränken (Registrierung kirchlicher Mitarbeiter, Kontrolle der Finanzen u.ä.). Angesichts dieser sich verschärfenden Situation kommt das Papier zu dem Schluß, *„daß die Opposition gegen Apartheid in wachsendem Maße nicht nur illegal, sondern auch gleichermaßen zunehmend mit Gewalt vorgeht."*

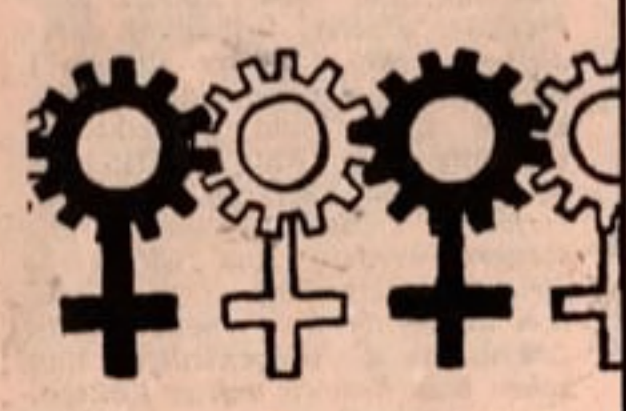
Das Dokument zieht einen Vergleich mit den Widerstandsgruppen gegen die Nazis, *„deren Kampf heute ebenfalls als gerecht anerkannt sei."* Was die Kirchenführungen der BRD angeht, so ist die letzte Aussage zumindest zu bezweifeln. Kein Zweifel herrscht jedoch, daß alle Demokraten innerhalb und außerhalb der Kirchen dafür eintreten müssen, daß solche Positionen, wie die der Arbeitsgemeinschaft des ÖRK, auch in der BRD in weiten Kreisen verbreitet werden. In die Gemeinden jedenfalls ist dieses Papier noch nicht vorgedrungen.

Kirchen-Kommission



frauen





Nationales Frauentreffen von Frauen aus Naturwissenschaft und Technik



Vom 6. - 8. Januar trafen sich in Hamburg ca. 150 Frauen aus technischen und naturwissenschaftlichen Berufen und Ausbildungszweigen. Es war das zweite Treffen dieser Art. Das erste hatte im Juni 1977 in Aachen mit einer Beteiligung von ca. 60 Frauen stattgefunden.

Nicht nur in der Teilnehmerzahl war eine positive Entwicklung seit dem ersten Treffen zu verzeichnen, sondern es waren auch mehr berufstätige Frauen und Frauen aus nichtakademischen Bereichen anwesend als in Aachen. Und was sehr wichtig ist: Seit dem ersten Treffen hat sich die Anzahl der Frauengruppen aus diesem Bereich mindestens verdreifacht, es sind jetzt 19!

Um eine Vorstellung zu geben, seien hier einige Berufsrichtungen genannt: Bauingenieurin, Maschinenbauingenieurin, Physikerin, Ozeanographin, Kfz-Mechanikerin, Funkelektronikerin, Informatikerin, Landwirtin, Architektin, technische Assistentin. Für viele Frauen ergeben sich aus dieser Situation ähnliche Probleme: So sind sie meist sehr stark isoliert, sind Feindseligkeiten und krassen Vorurteilen ausgesetzt. Wenn sie mal eine Sache nicht schaffen, heißt es gleich: „typisch Frau", und viele Frauen haben daher Angst, den Anforderungen nicht gerecht zu werden. Männer empfinden Frauen in technischen Berufen im „besten" Fall als Neutrum, vielfach als Exotikum, nekkische Abwechslung, Maskottchen oder als Störfaktor. So ist gerade für diese Frauen ein Erfahrungsaustausch sehr wichtig.

Der Freitag wurde für Anreise und Kennenlernen genutzt, der Samstag wurde hauptsächlich für Arbeitsgruppen und eine Fete genutzt, am Sonntag fand das Abschlußplenum statt. Im folgenden soll auf die Ergebnisse des Treffens näher eingegangen werden.

Erfahrungen in Beruf und Lehre

Erfahrungen in Beruf und Lehre

Sehr diskriminierend ist natürlich schon die Arbeitssuche. Die Ablehnungen werden in unterschiedlich offener Frauenfeindlichkeit vorgebracht. Bei der Suche nach Lehrstellen wurden fehlende Damenklos vorgeschoben, oder daß die Kunden eine Frau nicht an ihr Auto lassen würden, daß Frauen „das Klima" stören würden usw. Eine Frau hatte ihre schriftliche Bewerbung doppelt abgeschickt, die eine mit Namen und Adresse ihres Freundes, die andere unter ihrem eigenen Namen. Während der Freund aufgefordert wurde, weitere Unterlagen zu schicken, wurde ihr geschrieben, es sei keine Stelle mehr frei. (Übrigens eine nachahmenswerte Methode, um konkretes Material über die Diskriminierung in der Hand zu haben.)

Viele Frauen berichteten, daß sie im Gegensatz zu den meisten Männern aus ihrem Beruf keine besonders große Anerkennung und Befriedigung ziehen könnten, obwohl sie die Berufswahl nicht bereuen. Das sagten auch Frauen, die sich auf ihrem Gebiet zu direkten Expertinnen entwickelt hatten und in ihren Beruf besonders viel Energie und Zeit gesteckt hatten. Mehrere Frauen hatten beobachtet, daß ihnen Aufgaben zugeschoben werden sollten, die Männer für uninteressant hielten.

Die Möglichkeit, aus ihrem Beruf Selbstbestätigung zu ziehen, ist für Technische Assistentinnen besonders gering. Abgesehen von wenigen positiven Ausnahmen wird ihnen alles zugeschoben, wozu der Wissenschaftler keine Lust hat. Informationen über Zusammenhänge, die Verwertung der Meßdaten, die sie produzieren, werden ihnen meist systematisch vorenthalten.

Ausgehend von den Klagen einer Ärztin über die „Interessenlosigkeit" der Technischen Assistentinnen – sie drückt sich nach ihrer Meinung in ihrem Unwillen, Überstunden zu machen, aus – entspann sich eine recht lebhafte Diskussion darüber, ob frau es akzeptieren sollte, in diesen Berufen regelmäßig Überstunden in größerem Umfang zu machen, wie es von ihr vielfach erwartet wird.

Eine Minderheit vertrat die Meinung, wenn frau schon in diesem Bereich arbeite, müsse sie eben zu hohen Leistungen bereit sein, sonst falle sie den Frauen in den Rücken und festige das alte Vorurteil. (Eine ganz neue Form von Frauensolidarität!) Die überwiegende Mehrheit lehnte es ab, ihr Interesse und ihre Fähigkeiten in ihrem Beruf durch ständige überhöhte Leistungen zu beweisen und „sich dadurch freiwillig zusätzlich ausbeuten zu lassen".

Die meisten Frauen hielten es für berechtigt, ihre privaten, politischen und kulturellen Bedürfnisse gegenüber ihrem Beruf nicht verkommen zu lassen.

Auffallend war, daß nur eine der Frauen aus diesem recht großen Diskussionskreis ein Kind hat. Ein grosser Teil der anwesenden Frauen bezeichnete sich als verhinderte Mütter: Schuld an diesem Zustand sind nicht zuletzt die entwürdigenden, sehr kurz befristeten Zeitverträge (oft nicht mal für zwei Jahre), die in der Wissenschaft sehr verbreitet sind.

Angeregt durch Beispiele aus den USA wurde die Forderung aufgestellt, für Frauen in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen einen bestimmten Prozentsatz an Stellen einzuräumen. Diese Diskussion soll auf dem nächsten Treffen vorbereitet weitergeführt werden.

Leider, so sagte der Abschlußbericht, ist die Durchsetzung von Interessen z.B. mit Gewerkschaften, Verbänden oder politischen Organisationen nicht mehr geführt worden, ebenso steht noch eine Diskussion und der Erfahrungsaustausch über den täglichen, unfreiwilligen Kleinkrieg

der Erfahrungsaustausch über den täglichen, unfreiwilligen Kleinkrieg

am Arbeitsplatz aus. Das soll das nächste Mal nachgeholt werden.

Mutter – Kind/Rollenverhalten

Die Ergebnisse ihrer Diskussion stellte diese Arbeitsgruppe folgendermaßen dar:

„Mit der Wahl eines naturwissenschaftlichen oder technischen Berufs stellt sich für Frauen eine Alternative, die unzumutbar ist: Wenn sie eine interessante Arbeit anstreben, ist es ihnen unmöglich, Kinder in die Welt zu setzen... Frauen in naturwissenschaftlichen Berufen erhalten häufig nur sehr kurze Arbeitsverträge, die eine Existenzunsicherheit bedeuten. Außerdem wird in diesen Berufen ständiger Einsatz verlangt; unregelmäßige Arbeitszeit, 12 Std.-Tag und Wochenendarbeit sind aber besonders mit Kindern unzumutbar. Von den Anforderungen her wäre in diesem Bereich Teilzeitarbeit für Frau und Mann gut möglich. ... Zur vorläufigen Verbesserung der Lage haben wir uns folgende Forderungen überlegt:

a) Gute Krippen, d.h. in ausreichender Anzahl; kleine Gruppen; viele Erzieher, zur Hälfte männlich. Finanzielle Unterstützung der Eigeninitiativen von Eltern und Erziehern

b) Verlängerung des Schwangerschaftsurlaubs; bezahltes Mutter- bzw. Vaterschaftsjahr bei Erhaltung des Arbeitsplatzes und garantierter Wiedereinarbeitung

c) Abschaffung von entwürdigenden Schwangerschaftstests und Befragungen zur Familiensituation bei Einstellung von Frauen; Verpflichtung der Betriebe, auf allen Berufsebenen einen bestimmten Prozentsatz an Frauen mit Kindern einzustellen

d) Generelle tägliche Arbeitszeitverkürzung für Frauen und Männer; angemessen bezahlte Hausarbeit für Männer und Frauen".

Insbesondere um die letzte Forderung war sehr kontrovers diskutiert worden, bevor frau sich darauf geeinigt hatte. Einige Frauen hatten die Ansicht vertreten, daß damit Argumente geschaffen würden, die Frauen an Heim und Herd zurückzuholen und mit ihrer Rolle als Hausfrau zu versöhnen. Dem war vor allen Dingen gegenübergestellt worden, daß in der Realität die Frauen ohnehin entlassen und nach Hause zurückgeschickt werden, wenn die Herrschenden es für nützlich halten; eine frei wählbare Alternative sei für die Frauen in der Regel gar nicht vorhanden!

Frauengruppen

Die auf dem Treffen vollständig oder durch Vertreterinnen anwesenden Frauengruppen seien hier nochmal genannt: Aus Berlin allein fünf: berufstätige Architektinnen, Architekturstudentinnen, Ökologinnen, Biologinnen, Bauingenieurinnen; aus Marburg: Chemiestudentinnen; aus Göttingen zwei: Landwirtschaftsstudentinnen und Physikerinnen; aus Essen Architekturstudentinnen; Erlangen:Technikfrauen; Bonn: Städtebaufrauen; Hamburg: Mathematikerinnen; Darmstadt: Bauingenieurstudentinnen und Frauenseminar an der TH; Bochum: Ökologinnen; Münster: Ökologinnen. Aus Groningen (Niederlande): Chemikerinnen.

Viele Frauengruppen konnten konkret von ihrer Arbeit berichten. Besonders die Gruppe Chemiestudentinnen kann auf eine reichhaltige Praxis zurückschauen. Sie schrieben über ihre Situation Artikel in der Fachschaftszeitung und brachten sogar eine Frauennummer heraus. Hier wurde breit über die Diskriminierung im Studium eingegangen, aber auch allgemeinere Artikel zum Rollenbild der Frau gebracht. Als besonders wirksam hat sich erwiesen, unter dem Motto „Der Klops des Monats" konkrete Sauereien von „Lehrkörper" und Studenten öffentlich bekanntzu-

krete Sauereien von „Lehrkörper" und Studenten öffentlich bekanntzu-

machen.

Die Göttinger Landwirtschaftlerinnen arbeiten an einer Dokumentation über Frauendiskriminierung an ihrem Fachbereich. Ihnen wird zum Beispiel verwehrt, an Viehtransporten, die per Schiff aus Übersee kommen, teilzunehmen und dabei wichtige praktische Erfahrungen zu sammeln.

Viele Frauengruppen versuchen, auch mit Absolventinnen ihres Fachs in Kontakt zu kommen, um ein Bild über die Berufsperspektive zu erhalten.

Auffallend war, daß etliche Frauengruppen sich im Uni-Streik gegründet hatten und sich auch in allgemeine hochschulpolitische Fragen eingeschaltet haben. So brachte die Berliner Bauingenieurinnen-Gruppe die Frauenproblematik auf der Bundesfachschaftenkonferenz ein. Außerdem führte sie eine Untersuchung über die Auswirkungen des Hochschulrahmengesetzes auf die Frauen durch.

Der Anteil der Arbeiterkinder unter den Ingenieurstudentinnen ist übrigens höher als sonst üblich. Viele sind über den Zweiten Bildungsweg gekommen.

Das starke politische Engagement der Frauen in technischen Fachrichtungen zeigt sich besonders in Darmstadt: Von 1.500 Studierenden sind nur 60 Frauen, davon stellen 15 (!) Frauen allein den Fachschaftsrat.

Ein sehr wichtiger Diskussionspunkt war die Frage, wie mehr Frauen für Frauengruppen gewonnen werden könnten. Es ist oft unmöglich, Frauen an der Frage ihrer Diskriminierung für eine Arbeit in der Frauengruppe zu gewinnen. Besonders Frauen, die schon einige Semester hinter sich haben, leugnen ihre Probleme, weil sie mit niemandem darüber sprechen konnten und dann geschluckt und sich angepaßt haben, um zu überleben. Hier muß zunächst nach anderen Ansätzen gesucht werden.

Alle Frauen hielten es aber für eine gute Möglichkeit, mit den Erstsemesterfrauen gleich zu Beginn eine Versammlung zu machen und diesen Frauen von vornherein eine Alternative zur Vereinzelung und Anpassung zu ermöglichen.

Ferner diskutierten Frauen zu folgenden Themen, auf die wir hier aber aus Platzgründen leider nicht eingehen können; über sie wurde ausführlich in der „Solidarität" Nr. 43 vom

aus Platzgründen leider nicht eingehen können; über sie wurde ausführlich in der „Solidarität" Nr. 43 vom

Januar '78 berichtet: Theorie und Geschichte, Ökologie und Alternativprojekte, Stadtplanung.

Auf dem Abschlußplenum wurde unter anderem ein nächstes Treffen beschlossen (Ort und Zeit siehe unten). Dazu wurden etliche Verbesserungsvorschläge gemacht:

- Um mehr Müttern die Teilnahme zu ermöglichen, sollen schon bei der Einladung Kinderkrippen angeboten werden;
- Es soll ein Antrag auf Bildungsurlaub gestellt werden, damit mehr Nicht-Akademikerinnen kommen können;
- Aus gleichen Gründen soll zusätzlich zu den Frauenzeitungen auch u.a. in Gewerkschaftszeitungen dafür mobilisiert und das Motto etwas verändert werden: z.B. in „Frauen in männerdominierten und technischen Berufen und Ausbildungszweigen", damit Nicht-Akademikerinnen von vornherein mehr angesprochen werden.
- Um das Treffen mehr auf die Arbeitssituation auszurichten, sollen die Fragen der Interessenvertretung durch Gewerkschaften und Parteien behandelt werden.

Insgesamt war das Treffen eine sehr gute Sache. Frauen, die sonst oft isoliert mit ihren Problemen dastehen, hatten die Möglichkeit, mit Frauen, die ähnliche Probleme haben, Erfahrungen auszutauschen und zu diskutieren. Eine Frau sagte direkt: *„Wäre der Kongreß zwei Jahre früher gewesen, hätte ich nicht aufgehört".*

Viele Frauen sind gestärkt an ihren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zurückgekehrt.

Es ist zu hoffen, daß die nächsten Treffen mit ähnlichem Schwung weitergehen, wie er in Gruppen und Gesprächen geherrscht hat. Durch die extreme Diskrepanz zwischen ihrer verhältnismäßig exponierten Stellung im Beruf und der gesellschaftlichen Unterbewertung und Ächtung von Frauenberufstätigkeit haben diese Frauen die Möglichkeit, eine Vorreiterrolle in der Frauenbewegung im Kampf um die Anerkennung der Berufstätigkeit zu spielen – diese Chance sollten sie auch wahrnehmen!

Nächstes Treffen:
4. - 7. Mai '78 in Frankfurt/M.

Nächstes Treffen:
4. - 7. Mai '78 in Frankfurt/M.

Kontaktadresse: Anette Lossau, Leipziger Str. 32, 6 Frankfurt 90, Tel. 0611/77 16 80.

AG Frauen/KB und SSB-Frauengruppe/Hamburg

Frauentreffen gegen Repression am 14./15.1.78

Am 14./15. Januar 1978 fand in Hannover eine weitere Russell-Arbeitskonferenz von Frauengruppen und einzelnen Frauen aus der BRD und Westberlin statt. Im Vordergrund stand diesmal die Diskussion, wie über das Russell-Tribunal hinaus der Kampf gegen die vielfältige Unterdrückung der Frau in Staat und Gesellschaft, insbesondere gegen die staatliche Repression zu führen ist. Es sollten Erfahrungen ausgetauscht werden, die mit bisher durchgeführten regionalen Frauentreffen gegen Repression gemacht wurden und weitere derartige Treffen diskutiert werden. Außerdem sollte über die Projekte von Kölner und Nürnberger Frauen zu zwei verschiedenen nationalen Kongressen über die Repression gegen Frauen gesprochen werden.

Vertreten waren in Hannover etwa 35 verschiedene Frauengruppen aus folgenden Städten: Göttingen, Hannover, Bochum, Essen, Münster, Bad Pyrmont, Paderborn, Hamburg, Nürnberg, Bamberg, Wolfsburg, Kiel, Westberlin, Bremen, Braunschweig, Oldenburg, Frankfurt und Marburg.

Auf keinem der bisherigen Russell-Arbeitstreffen der Frauen waren bisher soviele Frauengruppen vertreten gewesen. Trotzdem bleibt festzustellen, daß auch auf diesem Treffen leider die autonome Frauenbewegung kaum vertreten war. Dadurch war eines der wesentlichen Anliegen des Treffens, die Diskussion zwischen linken und „autonomen" Frauen über die geplanten Kongresse von Köln und Nürnberg, auf diesem Treffen nicht einzulösen. Die Westberliner Frauenzeitung „Courage", die sich gern selbstherrlich als Sprachrohr „d e r" Frauenbewegung ausgibt, hatte ursprünglich auch zu dem Treffen in Hannover aufgerufen, dann aber ohne Nennung von Gründen plötzlich abgesagt. Dies hatte wahrscheinlich einen zusätzlich demobilisierenden Effekt auf autonome Frauengruppen.

Die in Hannover versammelten Frauen beschlossen daher – bei zwei Gegenstimmen von „autonomen" Frauen aus Hamburg – folgenden Brief: *„Liebe Courage-Frauen, obwohl vor allem auf Euren Vorschlag auf dem letzten Treffen der Russell-Frauenarbeitsgruppe in Frankfurt hin ein neues Treffen für den 14./15. Januar in Hannover festgelegt wurde, seid Ihr nicht erschienen. Wir, d.h. über 30 Frauengruppen aus der BRD, fragen Euch, ob Ihr kein Interesse habt, mit uns Eure Vorstellungen zur weiteren Arbeit der Frauenbewegung zum Russell-Tribunal zu diskutieren.*

Ganz besonders, nachdem Ihr in der Courage Nr. 12/77 erstmals öffentlich Bedenken geäußert habt, wäre es doch sehr wichtig gewesen, diese mit der anwesenden Frauenbewegung zu diskutieren.

Wir möchten Euch bitten, diesen Brief in der nächsten Courage mit einer Stellungnahme von Euch zu veröffentlichen. Mit solidarischen Grüßen ...".

Als weiteres berieten und beschlossen die Frauen einen Appell an die Nürnberger und Kölner Frauen, sich zusammenzusetzen und über eine Koordination und Arbeitsteilung zwischen den jeweils von ihnen initiierten Kongressen zu beraten. Die Frauen waren sich darüber einig, die beiden Kongresse keinesfalls in Konkurrenz zueinander zu sehen.

Schließlich wurde eine Resolution zum Russell-Tribunal angenommen (vgl. Russell-Teil in diesem AK).

Aufgabe der nächsten Zeit wird es sein, dafür zu sorgen, daß zukünftig die Frauenbewegung mit ihren verschiedenen Strömungen noch erheblich breiter auf solchen Treffen und auf den beiden geplanten Kongressen vertreten sein wird.

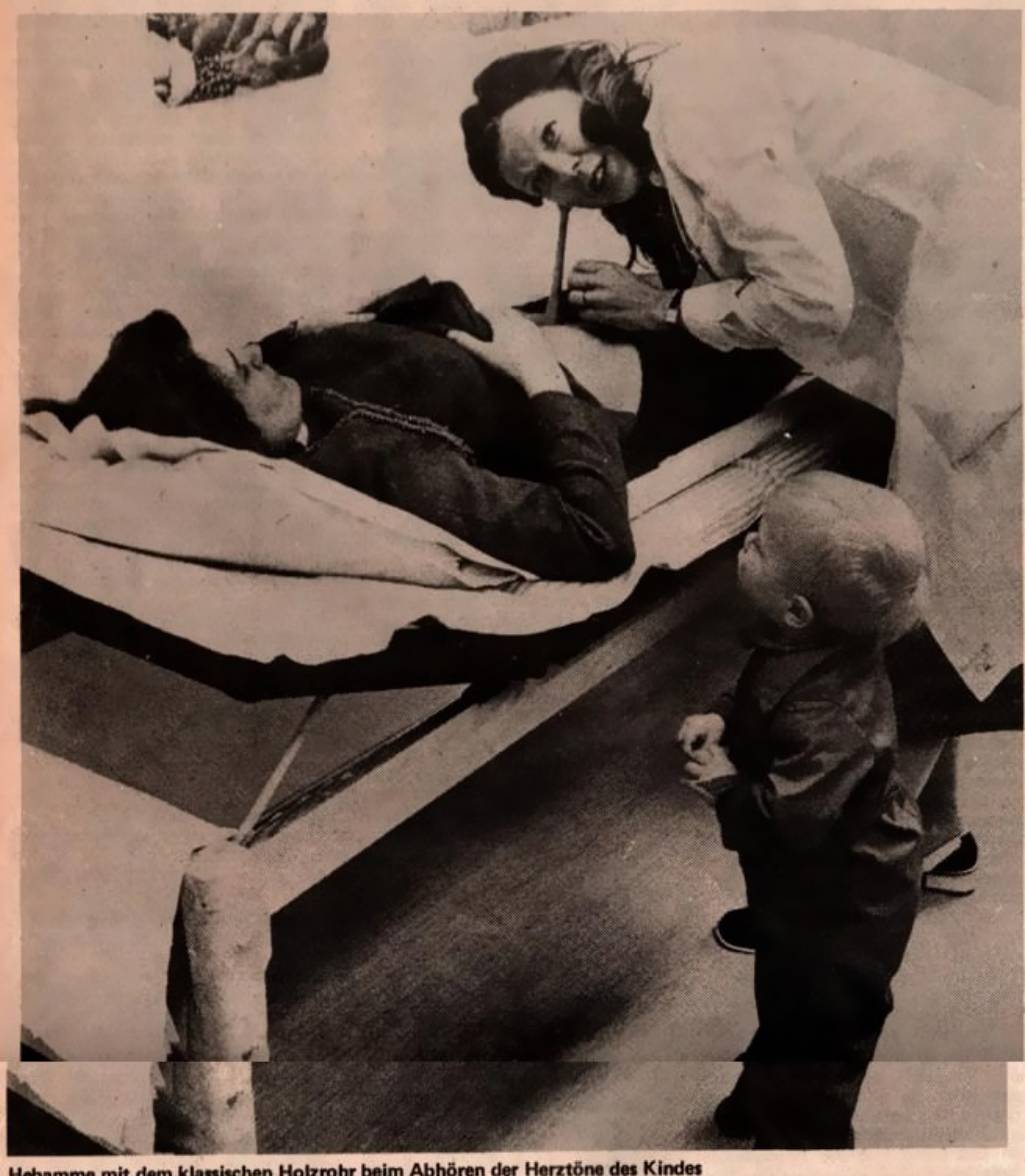
**AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg**

Hausgeburt — eine Alternative?

In der BRD liegt die statistisch erfaßte Säuglingssterblichkeit außerordentlich hoch, nämlich bei 19,7 auf 1000 Lebendgeburten. Damit nimmt sie den 13. Platz der im statistischen Jahrbuch erfaßten europäischen Staaten ein.

„... *Aber niemand weiß, woran es liegt, daß in Westdeutschland weniger Säuglinge überleben als in anderen vergleichbaren Ländern. Neidvoll blicken die Mediziner nach Skandinavien und zu den Niederlanden, wo nicht einmal halb so viele Kinder im ersten Lebensjahr sterben*" („FAZ", 21.9.77).

Vielfach wird den Frauen selbst die Schuld hierfür in die Schuhe geschoben; sie würden sich zu wenig für die Vorsorgeuntersuchungen interessieren, sie zu selten und zu unregelmäßig in Anspruch nehmen.



Hebamme mit dem klassischen Holzrohr beim Abhören der Herztöne des Kindes

Arztbesuche am Fließband — Geburten am Fließband

Sind die Frauen also selber schuld? Ganz sicher nicht. Denn sie sind nicht verantwortlich dafür, daß die Arztpraxen überfüllt sind, daß frau stundenlang warten und außerhalb der Großstädte zusätzlich lange Anfahrtwege in Kauf nehmen muß.

Letzten Endes nimmt sich dann der Arzt nur in den seltensten Fällen mehr Zeit, als für die üblichen Untersuchungen und Fragen nötig ist. Eine intensive Beratung, die für die schwierige und für die meisten Frauen ganz neue Situation der Schwangerschaft notwendig ist, findet kaum statt. Und so, wie die Frau in den Arztpraxen abgefertigt wird, wird sie auch in der Klinik bei der Geburt abgefertigt.

Da wird sehr häufig die Geburt künstlich eingeleitet, ein Eingriff, der bei einem komplizierten Fall sicher sinnvoll sein kann. Es gibt aber Kliniken und Ärzte, die die „vorprogrammierte" Geburt durchführen und anpreisen. Das scheint für den Tagesablauf der Klinik oft sinnvoller und praktischer zu sein als für Mutter und Kind.

Regelmäßig wird heute bei den gebärenden Frauen ein Dammschnitt gemacht. So soll einem Dammriß vorgebeugt werden, außerdem wird dadurch die Geburt beschleunigt. Ein Schnitt ist sauberer zu nähen und für die Frau wesentlich weniger unangenehm als ein Riß des Gewebes. Das ist einleuchtend, aber es gibt noch eine weitere vorbeugende Maßnahme: eine erfahrene Hebamme nimmt einen Dammschutz vor. Die Gefahr des Dammrisses liegt dann bei 6,8%.

Regelmäßig werden heute auch den Frauen starke Schmerzmittel verabreicht. Diverse Spritzen an diverse Stellen mit den unterschiedlichsten Präparaten. Häufig wird den Frauen Lachgas gegeben; sie können es zwar nach Bedarf benutzen, aber im allgemeinen wird ihnen die Benutzung aufgedrängt.

Um die Geburt zu beschleunigen, werden die Frauen an einen Wehentropf angeschlossen, und wenn die Geburt auf dem Höhepunkt ist und der Kopf durch die Scheide tritt, werden sie häufig narkotisiert, ohne viel gefragt worden zu sein.

In den USA wird sogar von einigen Ärzten die Position vertreten, die Frauen grundsätzlich durch Kaiserschnitt zu entbinden.

Hebamme — ein aussterbender Beruf?

Früher wurde die gebärende Frau die meiste Zeit von einer Hebamme versorgt. Der dabei entstehende menschliche Kontakt räumte viele Ängste aus dem Weg und erleichterte die Geburt für die Frau erheblich. Heute kann es sich die Hebamme kaum leisten, längere Zeit bei einer Frau zu verbringen. Die meisten Hebammen arbeiten in einem Krankenhaus und sind total überlastet. Sie haben mehrere Geburten auf einmal zu überwachen. Um das zu ermöglichen, werden die Frauen an Apparate angeschlossen, die Herztöne und Wehen kontrollieren. Ein Blick auf den Monitor genügt, um zu wissen, ob alles in Ordnung ist.

Wenn eine Geburt normal verläuft, wird der Arzt gar nicht benötigt, höchstens für den Dammschnitt. Bei Komplikationen allerdings reicht oft die Ausbildung der Hebamme nicht aus, sodaß der Arzt eingreifen muß. Bisher haben die Hebammen einen relativ unabhängigen und gesicherten Status. Niemand außer einer staatlich geprüften Hebamme, und natürlich einem Arzt, darf eine Geburt überwachen. Wenn allerdings der Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums Gesetz werden sollte, wird dieser Vorbehalt aufgehoben. Die praktische Folge wäre, daß auch Krankenschwestern und anderes Pflegepersonal eine Geburt zeitweise oder auch ganz überwachen dürfen. Krankenschwestern bringen aber die hierfür notwendige Vorbildung nicht mit. Plötzlich auftretende Risiken für Mutter und Kind würden mit Sicherheit zumindest später erkannt werden als von der fachlich hierfür ausgebildeten Hebamme.

Das bedeutet eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung für schwangere Frauen, Mütter und Säuglinge. Angesichts der angeblich „unerklärlich hohen" Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik ist das blanker Zynismus! Darüber hinaus werden die bisher freien Hebammen, deren Zahl sowieso ständig kleiner wird, durch Dienstordnungen eingeschränkt.

Für Niedersachsen ist die neue Dienstordnung am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft getreten. Sie wird ihren Teil dazu beitragen, daß es im Laufe der nächsten Jahre noch weniger freie Hebammen gibt.

„*Die Hebamme muß jederzeit erreichbar sein und hat alles zu unterlassen, was ihre stete Bereitschaft zur Hilfeleistung gefährden kann. Sie darf auch keine Arbeiten verrichten, die ihre manuelle Geschicklichkeit beeinträchtigen könnten. Bei ihrem Verhalten inner- und außerhalb des Berufs muß sie sich der Achtung des Vertrauens würdig zeigen, die der Hebammenberuf erfordert*" (zitiert in „Tagesspiegel", 4.9.77).

Die Hebammen sind dem Gesundheitsamt unterstellt; sie haben ein sogenanntes Hebammenbuch genauestens zu führen.

Die Gerätschaften und Arzneimittel, die die Hebamme ständig bei sich führen muß, umfassen einen Katalog von 41 Utensilien, von der geeichten Säuglingswaage und dem elektrischen Sterilisator über Schutzkleidungsstücke zu einem halben Liter 70%igem Alkohol. Daran hätte mehr als eine Frau reichlich zu schleppen. Das ist alles darauf angelegt, den Hebammenberuf aussterben zu lassen.

Hausgeburt — eine Lösung?

Die oft menschenfeindlichen Bedingungen, unter denen die Frauen im Krankenhaus ihre Kinder zur Welt bringen müssen, haben unter anderem dazu geführt, daß sich in Teilen der Frauenbewegung die Diskussion um die Hausgeburt entwickelt hat. Die Geburt zu Hause und ohne technische Hilfsmittel wird als natürliche und damit beste Art des Gebärens dargestellt. Eine Frau berichtet von einer miterlebten Hausgeburt:

„*Die ganze Atmosphäre um diese Geburt herum war schön, daß – meinem Glauben nach – es meine letzten Ängste aufgehoben hat, was so eine Entbindung betrifft. Ich war ‚angesteckt'. In den nächsten Wochen war ich meinerseits auch schwanger geworden*" („Frauenoffensive", Nr. 7/1977).

Die Fähigkeit, neues Leben in die Welt zu setzen, wird überhöht und als das entscheidende Erlebnis im Leben einer Frau dargestellt: Geburt wird zum Symbol für Weiblichkeit.

Die Tatsache, daß Frauen Kinder gebären, gibt ihnen angeblich ein besonderes, ein „natürliches" Verhältnis zu Leben und Tod, das Männer nicht haben und auch nicht können.

„*Die Schwangerschaft und Geburt werden als natürlicher Prozeß in uns entmystifiziert und von der Technik beherrscht. Den Frauen wird alles aus der Hand genommen; was ursprünglich Lebensprozeß mit eigener Dynamik war, wird in seinem Ablauf zu einem von Medikamenten, Instrumenten bestimmten, fast künstlichen Vorgang, bis zur programmierten Geburt, ja sogar Geburt aus der Retorte, um die Frau von ihrer Natur zu entlasten*". –

„*Es drückt eine grundsätzlich andere Lebenseinstellung aus, wenn wir eine Geburt in unseren Lebenskreis einbeziehen, wenn sie zu einem Fest wird und zu einer Grenzsituation zwischen Leben und Tod. Ich gehe ein Risiko ein. Ich gebäre im Bewußtsein des Todes. Ich schiebe diese Möglichkeit nicht aus meinem Sinn*". –

„*Ich wehre mich gar nicht dagegen, daß die Geburtshilfe ein Handwerk ist, das erlernt werden muß. Sie ist eine Kunst, die Wissen, Hilfsmittel und Erfahrung benötigt. Sie ist eine Arbeit mit der Natur und nicht wie in der traditionellen Medizin der Versuch der Beherrschung der Natur und des Todes. Ihre Tradition wurde mit der Hexenverfolgung systematisch ausgerottet, mit dem Ziel, einer anderen Art von Denken und Verhalten den Weg zu ebnen, der naturwissenschaftlichen und aufgeklärten Rationalität*" (Alle Zitate aus „Frauenoffensive", Nr. 7/1977).

Aus diesen Zitaten wird deutlich, in welche Richtung diese Diskussion in einigen Teilen der Frauenbewegung geht: Überbewertung und Überhöhung der „Natur", gleichzeitig die Darstellung der Technik und des wissenschaftlichen Fortschritts als aus der Männerwelt entstanden und damit den Interessen der Frau nicht angemessen und daher ablehnungswürdig. Diese Sichtweise differenziert kaum und übersieht, daß Technik und Wissenschaft uns Möglichkeiten schaffen können, besser zu leben, wenn sie entsprechend eingesetzt werden.

Die Hausgeburt generell als die ideale Methode zu propagieren, heißt

Die Hausgeburt generell als die ideale Methode zu propagieren, heißt die Augen zu verschließen vor den Realitäten, die eine Hausgeburt bei der Mehrheit der Frauen in der BRD kaum zulassen. Die Klinikgeburt in Bausch und Bogen abzulehnen, ist Ausdruck einer gewissen Wissenschaftsfeindlichkeit; viele Mütter und Kinder würden ohne die heutigen technischen Möglichkeiten nicht leben.

Die totale Technisierung des Geburtsablaufs, wie er in den meisten Krankenhäusern stattfindet, die unmenschliche und sterile Atmosphäre, die Abfertigung von Mutter und Kind, die Trennung sofort nach der Geburt, all dieses ist nicht dazu angetan, daß Frauen ein positives Verhältnis zu Schwangerschaft, Geburt und zu dem Säugling entwickeln.

Diese Bedingungen sind eher dazu geeignet, die Frauen und die Säuglinge krank zu machen, wie die angeblich „normalen" Depressionen, die viele Frauen im Kindbett erleben, und die Eßstörungen vieler frisch geborener Säuglinge beweisen!

Geburt und Schwangerschaft bewußt angehen

Wenn frau feststellt, daß sie schwanger ist, ist eine ihrer ersten Überlegungen die Suche nach einem Krankenhausbett. Wenn sie sich nicht damit zufrieden gibt, irgendwo einen Platz zu nehmen, sondern ihr Kind auf eine bestimmte Weise auf die Welt bringen will, z.B. in Anwesenheit des Vaters oder gar von Freundinnen, oder wenn sie ihr Kind nach der Geburt und schon während des Klinikaufenthaltes bei sich haben will, dann wird es schwierig. In der Großstadt mag es da noch einige Möglichkeiten geben, auf dem Lande sieht es recht düster aus.

Die Frau hat mit der mangelnden Bereitschaft der Ärzte zu kämpfen, schon frühzeitig mit ihr die verschiedenen Möglichkeiten einer Geburt zu beraten, einschließlich der Möglichkeit, das Kind zu Hause auf die Welt zu bringen.

Dann sind da noch die Krankenhäuser, die sich nur sehr ungern in den sonst üblichen Ablauf „reinpfuschen" lassen. Da läuft alles eingespielt, und Extrawünsche gibt es allerhöchstens für Patientinnen, die erster Klasse liegen – und wer kann das schon?

In dieser Situation kann der Verzicht auf technische Möglichkeiten und die Entscheidung für die Hausgeburt höchstens eine individuelle Möglichkeiten und die Entscheidung für die Hausgeburt höchstens eine individuelle Lösung sein.

Darüber hinaus ist es notwendig, die Bedingungen der Vorsorgeuntersuchungen, des Aufenthalts in den Krankenhäusern und die Versorgung der Schwangeren und Mütter generell zu verändern, damit jede Frau die Möglichkeit hat, sich wirklich frei zu entscheiden ob, wie, wo und unter welchen Bedingungen sie ihr Kind zur Welt bringen möchte.

Daß ein großer Teil der Geburten, die normal verlaufen, auch zu Hause stattfinden könnten, beweisen die Verhältnisse in den Niederlanden, wohin laut „FAZ" die Mediziner neidvoll blicken.

Die Überwachung der Schwangerschaft wird dort sehr gründlich gehandhabt und auch die Versorgung nach der Geburt wird ähnlich wie in Schweden gehandhabt, wo die Hebamme Mutter und Kind zu Hause besucht.

amme Mutter und Kind zu Hause besucht.

80% der Geburten in den Niederlanden sind Hausgeburten und „trotzdem" liegt die Säuglingssterblichkeit relativ niedrig (bei 10,6 auf 1000 Lebendgeburten).

Schwangerschaft ist keine Krankheit! Eine Geburt muß nicht wie eine Operation ablaufen!

Für das Recht auf eine menschliche Geburt!

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Stewardess klagt beim Europäischen Gerichtshof

Zum zweitenmal liegt den Richtern des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg eine Klage der Stewardeß Gabrielle Devrenne gegen die belgische Fluggesellschaft Sabena vor. Sie klagt gegen die frauendiskriminierende 40 Lebensjahre-Grenze, die nicht nur bei der Sabena existiert. Weibliches fliegende Personal muß ab 40 Jahren am Boden bleiben, während die männlichen Kollegen in dem Alter weiterfliegen können. Damit verbunden ist noch deutlich eine Lohndiskriminierung, denn für die Stewardessen werden ab 40 Jahre am Boden die nicht unerheblichen Flugzulagen gestrichen, der männliche Kollege bezieht sie aber weiterhin.

Diese Klage ist nun vom zuständigen belgischen Gericht aufgrund der Initiative der Stewardeß an den europäischen Gerichtshof weitergeleitet worden.

Schon 1976 hatte Gabrielle Devrenne einen ersten großen Erfolg erzielt. Sie hatte die Sabena verklagt, weil Stewardessen nicht das gleiche Gehalt erhielten wie die Stewardeß, obgleich in Artikel 119 des EWG-Vertrags die gleiche Entlohnung von Männern und Frauen bei gleicher Arbeit als Grundsatz festgelegt wurde. Auf Antrag des zuständigen belgischen Gerichts fällten die Luxemburger Europa-Richter 1976 die Vorabentscheidung, daß der EWG-Vertrags-Artikel 119 seit 1962 unmittelbar geltendes Recht in allen Gemeinschaftsländern sei, auch wenn nationale Gesetzesbestimmungen fehlen (nach „FR", 12.1.).

Die Bedeutung eines neuen positiven Urteils wird für die Kolleginnen in allen Ländern der EG von Wichtigkeit sein.

ÖTV-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

»Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird dazu gemacht«

Simone de Beauvoir wird 70 Jahre alt

Schon seit Jahren gilt Simone de Beauvoir als ein Inbegriff der Frauenbewegung, Vorkämpferin und streitbare Verfechterin des Kampfes gegen die doppelte Unterdrückung. Ihr bekanntestes Buch „Das andere Geschlecht" hat für die neue Frauenbewegung Zeichen gesetzt, indem es die Unterdrückung der Frauen in allen Lebensbereichen umfassend analysierte und Möglichkeiten eines neuen Zusammenlebens zwischen Männern und Frauen aufzeigte. Sorgfältig wird hier nachgewiesen, daß die angebliche „Unterlegenheit" der Frau nicht natur-, sondern kultur- und gesellschaftsbedingt ist. Als das Buch 1949 erschien, löste es einen Sturm der Empörung und massive Feindseligkeiten auch gegen die Person Simones selbst aus.

Aber nicht nur mit diesem Buch hat Simone de Beauvoir Einbrüche in die bürgerlichen Strukturen gewagt, auch ihre autobiographischen Romane und die Auseinandersetzung mit dem Altern der Menschen („Das Alter") tragen viel dazu bei, das Bewußtsein über die Notwendigkeit der Veränderung der bürgerlichen Gesellschaft zu schärfen und zu verbreitern.

Simone de Beauvoir hat immer das politische Geschehen wachsam verfolgt. In öffentlichen Kampagnen, Unterschriftenaktionen, Erklärungen und Veranstaltungen nimmt sie nach wie vor engagiert Stellung gegen die Entrechtung der Menschen. Jüngstes Beispiel ist ihre Unterschrift unter eine Erklärung, die gemeinsam von französischen Intellektuellen zu den „Selbstmorden" von Stammheim verfaßt wurde. Bekannt geworden ist auch ihre Teilnahem als Jury-Mitglied beim Russel-Tribunal über den Vietnam-Krieg der USA und ihre in vielen Veröffentlichungen zum Ausdruck gebrachte Verurteilung der Verbrechen der französischen Armee am algerischen Volk.

Simone de Beauvoir war nicht immer eine Verfechterin der autonomen Frauenbewegung – schrieb sie doch im „Anderen Geschlecht" noch, daß zur Abschaffung der Frauenunterdrückung keine autonome Frauenbewegung notwendig sei. Diese Position hat sie – auch durch ihre Erfahrungen mit den „sozialistischen" Ländern – geändert: *„Ich dachte tatsächlich, eine universale, von Männern und Frauen gleichzeitig gemachte Revolution brächte auch eine Befreiung der Frau. Ich habe begriffen, daß das falsch ist. Die Frau wird in allen mir bekannten sozialistischen Regimen unterdrückt, ob in Cuba, in der Tschechoslowakei, in der UdSSR – ausgenommen vielleicht in China. Folglich klafft zwischen Klassen-*

lution brächte auch eine Befreiung der Frau. Ich habe begriffen, daß das falsch ist. Die Frau wird in allen mir bekannten sozialistischen Regimen unterdrückt, ob in Cuba, in der Tschechoslowakei, in der UdSSR – ausgenommen vielleicht in China. Folglich klafft zwischen Klassen-

kampf und Frauenkampf ein Abgrund. Die Frauen werden sich nur dann ganz emanzipieren können und ihre Rechte erlangen, wenn sie im Frauenbereich kämpfen. Feministin sein nenne ich also, wenn man nicht im Rahmen der männlichen Organisation für eine allgemeine Revolution kämpft, sondern mit Frauen – vielleicht manchmal auch mit Männern – aber auf jeden Fall mit dem Ziel kämpft, die Frauen zu emanzipieren"(1). Und zur Zusammenarbeit der Frauenbewegung mit Männern meint sie: *„Das heißt, wenn die Frauen in ihrem Kampf Seite an Seite mit den Männern arbeiten, müssen sie sehr wachsam sein, müssen sie sich wehren, und es wird vielleicht auch Konflikte unter ihnen selbst geben. Ich glaube aber nicht, daß der Ausschluß von vornherein notwendig ist, wenn es sich um Männer guten Willens handelt. Zunächst einmal, weil unsere Parole, wenn wir wirklich die Gesellschaft ändern wollen, auch die Männer erreichen muß, sie heranführen muß an eine Bewußtwerdung, weil es wirklich notwendig ist, auch sie zu gewinnen, sie aufzurütteln und durch sie zu agieren. Überhaupt können die Frauen niemals Erfolg haben, wenn sie nicht dahin kommen, das männliche System zu erschüttern – also müssen gerade auch die Männer hinhören"* (2).

Direkt in der Frauenbewegung engagiert hat sie sich erst nach 1968, als die autonome Frauenbewegung aktiv in die Auseinandersetzungen eingriff: *„Erst mit dem MLF* (Mouvement de Liberation des Femmes – Bewegung für die Befreiung der Frauen) *traf ich auf eine Bewegung, die ganz neue, zum Teil durch den Mai 1968 inspirierte Kampfmethoden hatte, aktiv und direkt, mit Demonstrationen und Aktionen ... Es war ein wirklich radikaler Kampf.*



Es ging um die völlige Beseitigung der Unterdrückung der Frau und damit um die Erschütterung des Systems, denn das System gründet auf der Unterdrückung der Frau. Wenn die Frau es wirklich schaffte, ihre spezifisch weibliche Unterdrückung aufzuheben, würde gleichzeitig das ganze Regime zusammenbrechen... Darum habe ich mich in dem Kampf zur Befreiung der Frauen engagiert. Nicht viel, aber mit dem Herzen und bei einigen Aktionen" (3).

Zu diesem Engagement gehört ihr massives Eintreten für die Freigabe der Abtreibung; u.a. bezichtigte sie sich 1971 selbst der Abtreibung. Auf die Frage nach ihrer Beziehung zu jungen Feministinnen in einem Interview mit Alice Schwarzer antwortete Simone de Beauvoir: *„Das sind eher Kontakte, die mir persöhnlich und politisch nahestehen, weniger zu Gruppen und Ten-*

der Abtreibung; u.a. bezichtigte sie sich 1971 selbst der Abtreibung. Auf die Frage nach ihrer Beziehung zu jungen Feministinnen in einem Interview mit Alice Schwarzer antwortete Simone de Beauvoir: *„Das sind eher Kontakte, die mir persöhnlich und politisch nahestehen, weniger zu Gruppen und Ten-*

denzen. Mit ihnen arbeite ich an präzisen Projekten. Das heißt, ich bin weniger eine Militante im engeren Sinne – ich bin ja keine 30 mehr, sondern 67 und eine Intellektuelle, deren Tat das Wort ist –, sondern verfolge die Aktivitäten der Frauenbewegung aus nächster Nähe und stehe ihr zur Verfügung. So machen wir bei 'Les Temps Modernes' (fortschrittliche französische Monatszeitschrift – Anm. AK) *regelmäßig zusammen eine Seite über den 'alltäglichen Sexismus'. Außerdem fungiere ich als Präsidentin der 'Liga für Fraeunrechte', und ich unterstütze den Versuch, Häuser für geschlagene Frauen zu schaffen"* (4).

Simone de Beauvoir warnt alle Frauen sehr eindringlich vor Ehe und Mutterschaft: **„Ich glaube, eine Frau sollte sich vor der Falle der Mutterschaft und der Heirat hüten! Selbst wenn sie gern ein Kind hätte, muß sie sich gut überlegen, unter welchen Umständen sie es aufziehen müßte: Mutterschaft ist heute eine wahre Sklaverei. Väter und Gesellschaft lassen die Frauen mit der Verantwortung für die Kinder ziemlich allein. Die Frauen sind es, die aussetzen, wenn ein Kleinkind da ist. Die Frauen nehmen Urlaub, wenn das Kind Masern hat. Frauen müssen hetzen, weil es nicht genug Krippen gibt... Und wenn Frauen trotz alledem ein Kind wollen, sollten sie es bekommen, ohne zu heiraten. Denn die Ehe, das ist die größte Falle"** (5). Dabei wehrt sie sich entschieden gegen den Vorwurf, gegen die Mutterschaft schlechthin zu sein: *„O nein! Ich habe nichts dagegen! Ich habe etwas gegen die Ideologie, die von allen Frauen verlangt, Mutter zu werden, und gegen die Umstände, unter denen Frauen Mutter sein müssen. (...) Hinzu kommt eine schreckliche Mystifizierung der Mutter-Kind-Beziehung"* (6).

Zur Hausarbeit sagt sie: *„Die Hausarbeit muß mit den Männern geteilt werden, und sie darf nicht länger isoliert-privat, sondern muß öffentlich verrichtet werden. Sie muß in Gemeinschaften, in Kollektiven integriert werden, wo alle zusammenarbeiten. Das Familien-Getto muß gesprengt werden!"* (7).

Eine Bezahlung der Hausarbeit lehnt sie ab, da die Entlohnung ihrer Meinung nach nichts Fundamentales ändern würde, und Hausfrauen in dem Glauben bestärkt würden, Hausfrau sein sei ein Beruf und eine akzeptable Art zu leben.

Simone de Beauvoir ist eine entschiedene Kämpferin für die Gleichberechtigung, gegen die sexuelle Unterdrückung und Ausbeutung der Frau und für die freie Liebe. Sie bezeichnet sich seit etlichen Jahren als Feminstin, grenzt sich aber gleichzeitig gegen bestimmte Strömungen

table Art zu leben.
Simone de Beauvoir ist eine entschiedene Kämpferin für die Gleichberechtigung, gegen die sexuelle Unterdrückung und Ausbeutung der Frau und für die freie Liebe. Sie bezeichnet sich seit etlichen Jahren als Feminstin, grenzt sich aber gleichzeitig gegen bestimmte Strömungen

in der modernen Frauenbewegung ab. So lehnt sie weibliche Homosexualität als p o l i t i s c h e S t r a t e g i e ab: **„,... an sich ist die ausschließliche Homosexualität genauso einengend wie die Heterosexualität. Ideal wäre, ebensogut eine Frau lieben zu können wie einen Mann, einfach ein menschliches Wesen. Ohne Angst, ohne Zwänge, ohne Verpflichtungen". (7)**

Und sie warnt vor einer Überbetonung und Mystifizierung der sogenannten „weiblichen" Eigenschaften:*„...Aber man darf nicht ins andere Extrem fallen: sagen, die Frau habe eine besondere Erdverbundenheit, habe den Rythmus des Mondes und der Ebbe und Flut im Blut und all dieses Zeug ... Sie habe mehr Seele, sei von Natur aus weniger destruktiv etc. Nein! Es ist etwas dran, aber das ist nicht unsere Natur, sondern das Resultat unserer Lebensbedingungen. Die so 'weiblichen' kleinen Mädchen sind fabriziert und nicht geboren! Zahlreiche Untersuchungen beweisen es! Eine Frau hat a priori keinen besonderen Wert, nur weil sie eine Frau ist! Das wäre finsterster Biologismus und steht in krassem Gegensatz zu allem, was ich denke. (...) Außerdem: Da ich nicht denke, daß die Frau von Natur aus dem Manne unterlegen ist, denke ich auch nicht, daß sie ihm von Natur aus überlegen ist"* (9).

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

(1) Interview mit Alice Schwarzer in Kursbuch 35, April 1974, S. 60
(2) dito, S. 61
(3) dito, S. 58
(4) Interview mit Alice Schwarzer in „Der Spiegel" Nr. 15, 5.4.76
(5) dito
(6) dito
(7) dito
(8) dito
(9) dito

Frauenhof Gaiganz von Kündigung bedroht !

„Ich kündige und löse hiermit unsere Vereinbarung vom 11.9.76 mit sofortiger Wirkung, weil ich aufgrund der letzten Vorfälle (z.B. wiederholte Polizeirazzien) zuviele Schwierigkeiten mit der Gemeinde habe".

Mit diesen Worten beginnt das Kündigungsschreiben, das den drei Mieterinnen des Frauenhofes Gaiganz – Mitglieder des Nürnberger Frauenzentrums – am 20.11.77 auf den Tisch flatterte. Der Frauenhof war in der Frauenbewegung bekannt und beliebt als Ferienhaus, wo frau auch mit vielen Kindern zusammen in Ruhe Urlaub machen konnte, gemeinsam mit anderen Frauen. Der Frauenhof wurde außerdem für zahlreiche Wochenendseminare u.ä. von der Frauenbewegung genutzt. Die Räume des alten Bauernhofes waren von den Frauen in Eigenarbeit renoviert und eingerichtet worden. Frauen sollten die Möglichkeit haben, sich ungestört und abseits vom sonstigen Urlaubsrummel zu erholen. Die Kosten für den Erhalt des Frauenhofes sind von der Frauenbewegung durch Spenden und regelmäßige Beiträge gemeinsam getragen worden.

Im Zusammenhang mit der Kriminalisierung der Frauenbewegung war auch der Frauenhof in letzter Zeit öfter von Spitzeln belästigt worden.

Ständige Polizeipatrouillen durch den kleinen Ort sollten dazu beitragen, den Frauenhof bei der örtlichen Bevölkerung als „Terroristinnennest" anzuschwärzen und die Frauen einzuschüchtern. Offenbar ist auch die Vermieterin von den Bullen entsprechend bearbeitet worden, wenn es in dem Kündigungsschreiben heißt:*„...im Mietvertrag steht nichts davon, daß Sie berechtigt sind, das Anwesen in eine Art Asyl für eine ständig beliebige und unkontrollierbare Anzahl von Personen umzufunktionieren. Dafür ist es weder geeignet noch gedacht, noch kann ich so etwas rechtlich noch sachlich dulden."*

Und dann läßt die Vermieterin die Katze aus dem Sack:*„Als weiterer absoluter Kündigungsgrund ...gilt auch die Tatsache, daß das Anwesen aufgrund Ihres Verhaltens fast einer ständigen offenen oder unauffälligen Observation durch die Kriminalpolizei unterliegt. Es ist untragbar für mich, wenn Sie als Mieter es dulden, und Anlaß geben, daß das ganze Anwesen wie eine Festung von der Polizei umstellt werden muß und ich als Vermieterin damit konfrontiert werde, und so als Störenfried eines kleinen friedlichen Dorfes dastehe". - „Daher muß ich darauf bestehen, daß sich alle dort aufhaltenden bzw. vermeintlichen Besucher sofort anzumelden und auszuweisen haben" Fazit: systematische Überwachung und Ausspitzelung der Frauenbewegung!*

Und auch finanziell sollen die Frauen unter Druck gesetzt werden: „Gott sei Dank, haften Sie als Gesamtschuldner, d.h. daß sicherlich einer von Ihnen in der Lage ist, den bisher entstandenen Schaden (?) von ca. 10.000DM zu ersetzen." Wobei natürlich weder angegeben wird, um welchen Schaden es sich handelt, noch wann er entstanden sein soll!! Und ab 1.1.78 wurde die Miete von bisher 600.– auf 1.000.–DM ohne weitere Begründung erhöht!

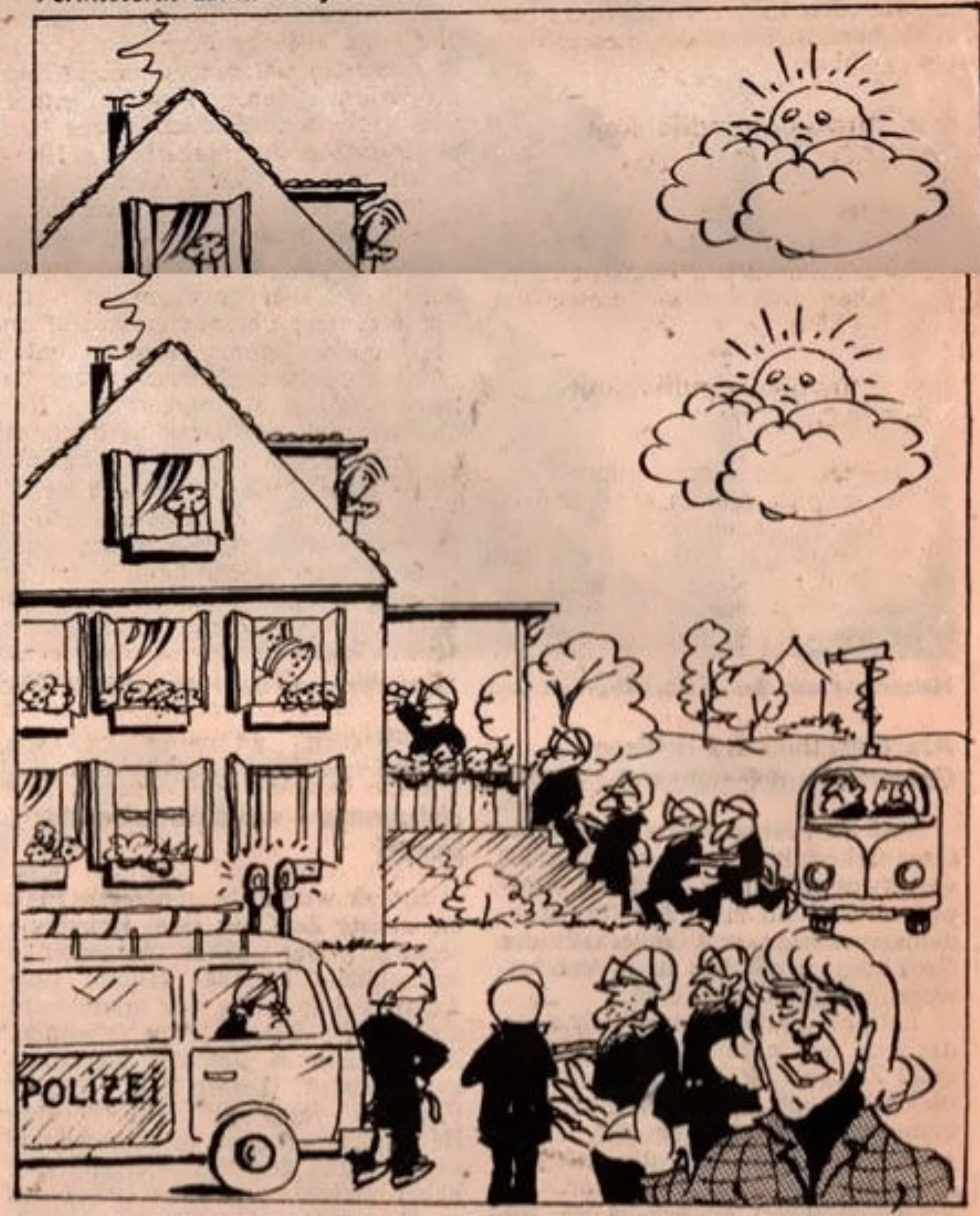
Doch das Kündigungsschreiben sollte nicht die einzige Schikane sein: weil nicht sämtliche Räume des Frauenhofes im vorliegenden Vertrag ausgeführt waren, erdreistete sich die Vermieterin Mitte Dezember zwei Männer (!!) in die von den Frauen angeblich nicht gemieteten Räume einzuquartieren. Am 14.12.77 kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen. Im offensichtlich schon recht angetrunkenen Zustand stieß einer der Männer eine Frau die Treppe hinunter, rief die Bullen (von sämtlichen anwesenden Frauen wurden die Personalien aufgenommen!) und ließ drei Hausschlüssel, Gästebuch, Logisliste und Adressenkartei verschwinden...

In einer Einstweiligen Verfügung wurde jetzt ein Kompromiß erzielt: Die Vermieterin darf in die im Vertrag nicht aufgeführten Räume keine Männer, sondern aufgrund des Zwecks und Anspruchs des Frauenhofes höchstens Frauen einquartieren. Außerdem wurde die sofortige Kündigung als unberechtigt zurückgewiesen. Die Polizeikontrollen seien dafür kein hinreichender Grund. Die Klage der Vermieterin läuft allerdings weiter.

Gegen die Kriminalisierung der Frauenbewegung!
Für die Erhaltung des Frauenhofes Gaiganz!

Zitate aus einem Info des FZ Nürnberg.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg



ich mußte den Mietvertrag leider kündigen – dieses ständige unkontrollierte Kommen und Gehen....

Aufgespießt

„Ein braver Mann, die warme Wohnung, das Viertele Wein am Abend; der behagliche Spaß vorm Fernseher – für Millionen Menschen der Traum vom Glück der späten Jahre. Einer 62jährigen Frau reichte das nicht: Nach 26 Jahren Ehe bricht sie aus. Vielleicht glaubt sie, daß sie was versäumt hat. Vielleicht das: Einen Hallodri als Mann, der das Geld vertrunken und sie in einer kalten Stube zurückgelassen hätte. Dann wäre sie mit 62 sicher ein bißchen weiser; hätte ihren Mann dazu gebracht, sich um sie ein bißchen mehr zu kümmern."

– zynischer Kommentar der „Bild"-Zeitung zu einer Meldung, wonach eine Frau nicht bereit war, auch noch im Rentenalter die Putzarbeit für ihren Mann zu machen und andere Vorstellungen von gemeinsamer Gestaltung des restlichen Lebens hatte: sie bestand auf Arbeitsteilung und mehr Freizeitspaß. Berechtigterweise war die Pascha-Haltung ihres Göttergatten für sie ein Scheidungsgrund.

AAO: „Schafft Euch selbst ab, und Ihr schafft den Kapitalismus ab!"

1. Schritt: Abschaffung der Schwulen!

Die AAO („Aktionsanalytische Organisation bewußter Lebenspraxis") hat genaue Vorstellung davon, was gesund und krank ist. In ihrem Konzept einer ‚Sexualbiologie' sind homosexuelle Männer und Frauen kranke Menschen, die für den „neuen geilen Sozialismus", den diese Organisation selbstredend anstrebt, (AAO-Nachrichten 4/77), erst noch entsprechend aufbereitet (sprich: geheilt) werden müssen, damit das zukünftige AAO-Paradies auch hübsch bürgerlich sauber bleibt. Zu Recht werden daher diese verhuschten Vögel in weiten Teilen der Schwulenbewegung als gewöhnliche Schwulenfeinde eingestuft. Dies hindert die AAO nicht daran, sich auch der Schwulenbewegung als „Alternative" zu allem Bestehendem anzubiedern. Die Aufgabe, mit dem „AAO-Modell" auf Schwulenfang zu gehen, wurde unter anderem dem ehemaligen Mitglied der Homosexuellen Aktion Hamburg, Rainer, und dem ehemaligen Ideologen des „Sozialistischen Büros" und Mitbegründer der Schwulenzeitung „Schwuchtel", Aike Blechschmidt, übertragen. Beide behaupteten noch in den AAO-Nachrichten vom Juni 77, *„daß Schwulenbewegung und AAO bisher am gleichen Strang ziehen"* und verwahrten sich gegen den *„Vorwurf der Schwulenfeindlichkeit"*.

Am 6.12.77 wurde Rainer R. tot in seiner Wohnung aufgefunden. Er hatte sich mit Schlaftabletten vergiftet. 14 Tage dauerte es, bis seine Abwesenheit überhaupt von irgend jemand bemerkt worden war.

Wir können diesen Selbstmord nicht als zufällig ansehen, denn er dokumentiert zweierlei: Zum einen beleuchtet er die Menschenfeindlichkeit einer Organisation wie der AAO, die mit Sprüchen wie *„hier können wir (?) unsere Homosexualität ausleben"* (Nachrichten Juni 77) Schwule in ihre Reihen zieht und sich dann in der Praxis mit unglaublicher Arroganz über deren Bedürfnisse hinwegsetzt. Zum anderen offenbart der Selbstmord Rainers die Schwäche einer Schwulenbewegung, der es nicht gelang, Rainer eine befriedigende und zukunftsweisende Alternative zu den bestehenden Verhältnissen zu bieten, so daß er – nach dreijähriger Mitarbeit (1973-76) in der Homosexuellen Aktion Hamburg – auf die schwulenfeindlichen Demagogien der AAO hereinfiel und sich diesem Verein anschloß.

Die Schwulenfeindlichkeit der AAO

Die Schwulenfeindlichkeit der AAO

Abgeleitet von einer obskuren und ohne Gehirnverrenkungen nicht nachdenkbaren „Sexualbiologie", in der jede Sexualität biologisch (!) definiert wird und daher auf Fortpflanzung und Arterhaltung orientiert, sieht die AAO Homosexuelle beiderlei Geschlechts als „psychisch Kranke" an. Mit dieser Ideologie unterscheidet sich diese „fortschrittlich" tuende Bums-Sekte in keiner Weise von den hinlänglich bekannten „Theorien" bürgerlicher Sexualwissenschaftler, Psychoanalytiker, -therapeuten, Ärzten und Soziologen, deren „Erkenntnisse" über Homosexualität ganze Bibliotheken füllen und in deren Behandlungsräumen Homosexuelle zu tausenden durch Aversionstherapien (Einspritzung von Übelkeit erregenden Medikamenten in den Körper bei gleichzeitiger bildlicher Darstellung sexuell anziehender Männer), „Urschreie", stereotaktische Gehirneingriffe (vgl. KB-Broschüre: Menschenversuche in der BRD) oder schlicht durch „Besprechung" im Stil von Teufelsaustreibungen von der „Krankheit", einen Mann zu lieben, „geheilt" werden. Da Homosexualität jedoch keine Krankheit, sondern nichts anderes als eine Form menschlicher Sexualität ist, kann auch nichts geheilt werden. (Vgl. KB-Broschüre: Kampf der Schwulenunterdrückung!). Wenn sich Homosexuelle wegen ihrer Homosexualität dennoch „freiwillig" für diese Art von Behandlung zur Verfügung stellen, so heißt dies nichts



AAO: „Die Kommunikation zwischen Stammhirn und grauen Gehirnzellen ist gestört".

anderes, als daß sie durch die bestehende antischwule Hetze und Repression keinen anderen Ausweg sehen, als sich ihre Homosexualität ‚abtreiben' zu lassen. (Nach Dannecker/ Reiche: Der gewöhnliche Homosexuelle, S. 357 ist *„jeder dritte Befragte so uneins mit seiner Homosexualität, daß er ...ohne Umschweife zugibt, seine Homosexualität lieber wegmachen zu lassen als ein Homosexueller zu bleiben."!*)

Wer lediglich die Heterosexualität, also die sexuellen Beziehungen zwischen Mann und Frau als „natürliche" und alleinige Form der Sexualität zwischen Menschen ansieht und propagiert, grenzt Homosexualität und Homosexuelle aus. Unter den Bedingungen der bürgerlichen Herrschaft und der damit verbundenen

propagiert, grenzt Homosexualität und Homosexuelle aus. Unter den Bedingungen der bürgerlichen Herrschaft und der damit verbundenen

Form der Sexualunterdrückung durch eine Zwangsheterosexualität werden Homosexuelle entweder kriminalisiert (§ 175) oder zu Kranken erklärt und entsprechenden Leuten zur „Behandlung" und zum Geldverdienen überlassen. Auch die AAO „behandelt" Schwule, weil sie die Heterosexualität als einzig „natürliche" (d.h. biologisch vorgegebene) Form menschlicher Sexualität propagiert und daher Homosexualität als *„Folge von Erziehungsschädigung und daher als psychische Krankheit"* (AA-Nachrichten, Mai 77, S. 12) ansieht. Ganz im Stile (und im Sinne) bürgerlicher Mediziner und Psychoten erspinnt die AAO flugs ein „Krankheitsbild" und weist Schwulen den Platz auf der Psycho-Couch zu. (Der Unterschied zu den herkömmlichen Behandlungsumständen besteht lediglich darin, daß die AAO-ler ihre „Selbstdarstellungen" im Stehen durchführen).

Aufgabe des „Patienten" ist es bei diesen „Selbstdarstellungen" (SD), die von einer Guru-Clique zusammengeschusterten Krankheitsbilder und -ursachen bei sich festzustellen und dem im Kreis herumsetzenden AAO-Volk mit eindrucksvollen Verrenkungen, Urgeschrei und allerlei gewaltigen Getöse bekanntzumachen. Um die Anforderungen der Guru-Clique und des von ihnen und der bürgerlichen Propaganda indoktrinierten Publikums genüge zu tun, müssen Schwule von folgenden Feststellungen ausgehen bzw. folgende Grundvoraussetzungen anerkennen:

1. Ihre Homosexualität als „psychische Krankheit" und „ deformierte Sexualität" anerkennen.
2. Es ablehnen, Homosexualität als eine der Heterosexualität gleichwertige sexuelle Praxis gesellschaftlich anzuerkennen (AAO-Modell, S.245).
3. Bereit sein, die „Ursachen" der „Krankheit" bei sich zu erkennen, denn: *„Homosexualität ist eine lebenslang anhaltende Darstellung des Hasses gegen die Mutter"*. (AA-Nachrichten, Oktober 77, S. 44) Oder: *„Die Homosexualität (ist) in einer negativen Einstellung den Frauen gegenüber begründet."* (Modell, S. 245).

genüber begründet." (Modell, S. 245).

4. Bereit sein, den „Erfolg" der Therapie öffentlich vor der Gruppe nachzuweisen, indem man die schwulenfeindliche Mäusescheiße vom „Lebenslangen Haß" usw. bei sich entdeckt!

4. Bereit sein, den „Erfolg" der The-

5. Fähig sein, nach einer gewissen Zeit AAO-Terror mit Frauen zu schlafen und damit öffentlich zu zeigen, daß die „psychische Krankheit" überwunden wurde.

Der Leistungsterror, der hier ausgeübt wird, ist offensichtlich. Der Druck wird noch dadurch erhöht, daß der „Patient" seine sozialen Beziehungen zur Außenwelt mehr oder weniger abzubrechen gezwungen wird und gleichzeitig seine ganzen Finanzen in die AAO einbringen muß (Modell, S. 289).

Verstärkt und organisatorisch abgesichert wird der Leistungsterror durch sogenannte „Bewußtseinsklassen" und „Bewußtseinsstufen" innerhalb der AAO-Hierarchie. Die Mitglieder werden in vier „Bewußtseinsklassen" eingestuft. Selbstverständlich *„verrichtet die unterste Bewußtseinsstufe die materielle Arbeit"*. Offensichtlich handelt es sich auch hier, ähnlich wie in der „Sexualideologie", um etwas „natürliches". Jedenfalls setzt sich im mittelalterlichen Ständestaat der AAO die zweite Bewußtseinsstufe aus den „Organisatoren der materiellen Arbeit", den „Verwaltungsbeamten der AAO" zusammen. *„Die folgende nächst höhere Klasse sind die Organisatoren der Bewußtseinsarbeit und Bewußtseinsverbreiterung, die höchste Klasse sind die internationalen Organisatoren der AA-Lebenspraxis."* Selbstredend ist es natürlich so, daß jeder AAO'ler die Möglichkeit hat, alle Bewußtseinsstufen zu erreichen. Aber: *„Die Schnelligkeit seiner Entwicklung hängt vom Grad seiner Schädigung ab."* (Nachrichten, Mai 77, S. 13). Folglich kommt es darauf an, die von der Guru-Clique festgelegten „Schädigungen" möglichst rasch bei sich festzustellen, in den Selbstdarstellungen zu reproduzieren, um auf diese Weise den sozialen Aufstieg vom Arbeiter zum Organisator der Arbeit einzuleiten. Gegenseitige Konkurrenz dürfte ja dann wohl nach AAO-Modell auch etwas „natürliches" sein.

Das Nachplappern des schwulenfeindlichen Theoriemülls ist somit Voraussetzung für die Akzeptierung durch die angeblich wesentlich weniger geschädigten heterosexuellen AAO'ler. Wenn es zum Beispiel lt. AAO-Nachrichten (Juni 77, S.7) heißt, Schwulsein ist *„Ausdruck eines nicht befriedigend gelösten Konfliktes mit den Eltern ... maskierter Haß ... Ausweichen vor den Konflikten mit Vater und Mutter ... Frauenhaß"*, so wird der heilungswillige AAO-Patient diesen Haß natürlich rasch bei sich feststellen, um in der Gruppe akzeptiert zu werden und die Gültigkeit der AAO-Erkenntnisse über Homosexualität zu „beweisen".

Praktisch läuft dies beispielsweise bei der Selbstdarstellung einer „Tunte" so ab: Jemand tritt im Fummel als Marilyn Monroe auf, singt „I wanna be loved by you" und plötzlich kommt die AAO-Theorie über ihn wie der Hahn über die Henne: *„Der Haß steigt plötzlich hoch, ich nehme die Hände vor und drehe meiner Mutter den Hals um, schreie: ‚Du frigide Sau, was hast Du aus mir gemacht!' Ich mache sie fertig, trete auf ihr herum und rufe nach dem Papi: ‚Papi, komm her, ich brauche Dich, ich habe Dich lieb!' Ich spiele lieb und sanft, auf einmal beginne ich ihn zu zerreißen, ich beschimpfe meinen Vater... und muß kotzen, viel Schleim und das Mittagessen kommt heraus. Das Kotzen wirkt sehr befreiend und erlösend... Zum ersten mal spüre ich nicht nur den Haß gegen meine Mutter, sondern auch gegen meinen Vater. Ich war sehr überrascht darüber!"* (AA-Nachrichten, Juni 77, S.9)

auf ihr herum und rufe nach dem Papi: ‚Papi, komm her, ich brauche Dich, ich habe Dich lieb!' Ich spie-

Uns „überrascht" das allerdings überhaupt nicht, denn mit entsprechend konzentriertem Psychoterror kann man einem Menschen wohl schließlich einreden, er sei das liebe Jesulein persönlich und müsse daher über das Wasser latschen.

Der nächste Schritt auf dem Weg zur „Heilung" ist dann die Entwicklung der „Lust auf die Frau". Schreibt ein schwuler AAO'ler: *„Ich bin inzwischen so weit, daß ich die freie Sexualität genießen kann und je weniger ich die Frauen ablehne, und Spaß an der sexuellen Kommunikation mit ihnen habe, desto mehr tritt meine Homosexualität in den Hintergrund."* (Modell, S. 246)

Was kaum einem anderen bürgerlichen Psychoterroristen gelingt, die AAO verkündet, daß sie's schafft: Schwule werden umgepolt und als „bevölkerungspolitische Blindgänger" unschädlich gemacht. Dabei geht die AAO noch besonders ökonomisch an die Unschädlichmachung heran, indem sie Schwule und Lesben, die selbstverständlich auch „biologisch-natürlich" gemacht werden müssen, zusammenbringt. Zeit und Kosten sparend plant die AAO daher „die Errichtung von schwulen AA-Gruppen beiderlei Geschlechts", sondert sie vom weniger geschädigten AAO-Volk ab und führt sie einer Sonderbehandlung zu. Geleitet werden diese Gruppen von Homosexuellen, *„die sich in der AAO zu Selbstdarstellungsleitern ausbilden konnten"*, also von Leuten, die eine antischwule AAO-Karriere hinter sich haben und Gewähr dafür bieten, daß Homosexualität mit Stumpf und Stiel ausgerottet wird. Gemeinsam werden diese Schwulen- und Lesbengruppen vor allem deswegen aufgezogen, *„um ihre gemeinsamen Kinder"* großzuziehen. (Alle Zitate: AA-Nachrichten, Mai 77, S. 12)

Festzustellen bleibt, daß nach 1945 die meisten bürgerlichen Wissenschaftler noch vor derart zynischen Methoden zurückgeschreckt sind. Die AAO leistet daher in einer Zeit des rapiden Abbaus demokratischer Rechte, einer zunehmenden Repression gegen Schwule wahrhafte Pionierarbeit beim weiteren Ausbau des „Modell Deutschland", indem sie beispielhaft neue Wege der „Heilung" beschreitet!

Schwulenbewegung und AAO haben nichts gemein !

Vor diesem Hintergrund auch noch die Unverschämtheit zu besitzen und zu behaupten, daß *„Schwulenbewegung und AAO bisher am gleichen Strang"* ziehen, schlägt dem Faß ja wohl den Boden aus!

Die Schwulenbewegung hat sich nie und nirgendwo auf der Welt als Bewegung von „Kranken" verstanden, sondern hat – um den zersetzenden und repressiven Einfluß der bürgerlichen Psycho-Theorien zurückzukämpfen – die Parole geprägt: „Schwulsein ist eine andere Gesundheit!". In den USA – von wo die westdeutsche Schwulenbewegung wichtige Impulse erhielt – entwickelten sich in Anlehnung an die Parole der „Black People"-Bewegung „black is beautiful" („Schwarzsein ist schön"), die Slogans „Gay is good" („Schwulsein ist gut") und „Gay and proud" („schwul und stolz"). Mit diesen Parolen sollte genau jenen antischwulen Einflüssen entgegengewirkt werden, mit denen die AAO jetzt auf Schwulenfang geht.

Schluß mit dem AAO-Psychoterror!

In einem Flugblatt, das die Homosexuelle Aktion Hamburg anläßlich des Todes von Rainer verteilte, wird dazu aufgerufen, mehr gegen die AAO vorzugehen. Dort heißt es: *„Wir sind betroffen und erschreckt über den Tod Rainers. Rainer hat sich für einen Versager gehalten. Er ist mutlos geworden und hat sich getötet. Die AAO war für ihn keine Alternative, sie ist es für niemanden, der sich für eine Verbesserung der Verhältnisse einsetzt, und für Schwule schon gar nicht. Wir ziehen daraus die Konsequenz, daß wir zum einen gegen diese Leute mehr vorgehen müssen und zum anderen, daß wir unsere Sache selber in die Hand nehmen und jedem einzelnen von uns ein größeres Maß an Geborgenheit, Vertrauen und Sicherheit geben wollen. Denn wir können auch nicht daran vorbeisehen, daß Rainer niemals zur AAO gegangen wäre, wenn er in unseren schwulen Aktionsgruppen das Maß an Unterstützung gefunden hätte, das er suchte. Trotzdem ist die AAO keine Alternative für uns – Wir sind schwul und stolz darauf!"*

ist mutlos geworden und hat sich getötet. Die AAO war für ihn keine Alternative, sie ist es für niemanden,

Diese Parolen sollten aber auch dazu beitragen, den einzelnen Schwulen zu befähigen, seine Homosexualität zu akzeptieren, da er ja – wie andere Menschen auch – gelernt hat, daß Homosexualität etwas Schlechtes ist. Diese Parolen und die von ihnen ausgehende Wirkung sind ja wohl wichtige Voraussetzungen für den Kampf um schwule Rechte!

Ebenso hat es die Schwulenbewegung von jeher abgelehnt, sich mit der Frage der Entstehung der Homosexualität zu beschäftigen, weil sie zu Recht der Meinung ist, daß diese Frage von der gegen Schwule stattfindenden Repression ablenkt und als Teil (!!) dieser Repression Schwule davon abhalten soll, gegen ihre Unterdrückung zu kämpfen. Wie richtg diese Einschätzung ist, beweist ja wohl der schwulenfeindliche AAO-Psychoterror bestens.

Schluss mit dem Schwulenfeindlichen Psychoterror!
Gegen die Diskriminierung homosexueller Männer und Frauen!
Stonewall heisst sich wehren!

AG Sexualität/KB Gruppe Hamburg

Sexualität - Kurzmeldungen

Die „Rote Schwule Fraktion" (RSF) Oberhausen hat uns gebeten, folgenden Aufruf zu veröffentlichen:

„Zur Zeit bestehen in der BRD in über 40 Städten schwule Emanzipationsgruppen mit unterschiedlichen Aktivitäten und einem verschiedenen Praxis- und Theorieverständnis. Die Aktionen der Gruppen waren meist nur auf örtliche Ebene begrenzt. Überregionale Aktionen, abgesehen von dem jährlich stattfindenden Pfingsttreffen und der NARGS (Russell-Tribunal), sind daher die Ausnahme. Dementsprechend ist auch die Resonanz z.B. in den Zeitungen nur auf Lokalebene beschränkt. Unbestritten bieten die städtischen Gruppen auch Vorteile, zumal u.a. die Isolation (Entfernung) der Städte untereinander ein Grund für die bisher nicht erfolgte Kooperation und Koordination von gemeinsamen Aktionen ist. Aber im Rahmen der zunehmenden Diskriminierung von Schwulen kommt der breiten Publizität und den daraus resultierenden gemeinsamen, überörtlichen Aktionen eine bedeutende Rolle zu. Wie könnte die Alternative zu den Ortsgruppen aussehen? Was ich will: eine überregionale, sozialistische Schwulengruppe. Wie sind die Möglichkeiten der Gründung, die Vorteile, die Nachteile usw. einer solchen „Organisation" einzuschätzen? Es soll also nicht die Gründung eines Dachverbandes so wie in der Vergangenheit die DAH oder heute die AHEW diskutiert werden. In diesen Verbänden sind und waren lose verschiedene Einzelgruppen zusammengefaßt, mal mit und mal ohne Konzept. Vielmehr ist an eine Organisation mit flexiblem aber verbindlichem Statut, Ortszellen in den einzelnen Städten, gemeinsamen Aktionen usf. gedacht. Ein „zentralistischer Kaderapparat" mit „Funktionärshierarchie" schwebt mir nicht vor, sondern die Autonomie der einzelnen Ortsgruppen steht im Vordergrund. –

Zur Klärung der aufkommenden Fragen und für die Aufnahme von Vorschlägen zur Realisierung des Projekts bildet sich hiermit ein vorläufiger Arbeitskreis. Wer hat Interesse mitzumachen und wer hat Ideen?

Zuschriften bitte an:
Erwin Gruhn/ ROTE SCHWULE FRAKTION
Postfach 10 05 43
4200 Oberhausen 1".

***

Schwule dürfen in den USA nicht Feuerwehrleute und- was eigentlich erfreulich ist- Bullen werden. Begründung. In diesem *„Männerberuf"* leben die Männer *„eng aufeinander"* (!?) -*„so eng, daß wir"*, so der Feuerwehrchef, *„ uns ernsthaft überlegen müßten, eigene Toiletten, Duschen und Aufenthaltsräume für die Homosexuellen zu schaffen"* („FR" 5.1.78)

***

Die niederländischen Bischöfe haben es abgelehnt, einen Aufruf an die Bürger der USA zu unterzeichnen, in dem diese zu mehr Toleranz gegenüber Homosexuellen aufgerufen werden.

Dieser Aufruf sollte als Anzeige für 100.000 DM- im Magazin „Time" erscheinen, als Fortsetzung der Unterstützung, die die US- Schwulenbewegung schon während der Schwulenhatz Anita Bryants in Florida aus den Niederlanden und anderen Ländern Westeuropas bekommen hatte. „Time" selbst hat auf einigen Textänderungen bestanden. Unterzeichnet haben bisher u.a. Günter Grass, Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir. („Welt", 31.12.1977).

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Das »einheitliche Polizeigesetz« — Teil der Faschisierung von Staat und Gesellschaft

Nach mehrjähriger Vorarbeit wurde im Juni 1976 von der „Ständigen Konferenz der Innenminister" der „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz" vorgelegt, an dem Vertreter der SPD, FDP und CDU/CSU beteiligt waren:

Nach mehrjähriger Vorarbeit wurde im Juni 1976 von der „Ständigen Konferenz der Innenminister" der „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz" vorgelegt, an dem Vertreter der SPD, FDP und CDU/CSU beteiligt waren:

- **Die Todesstrafe auf der Straße soll geregelt und geschützt werden;**
- **Zu diesem Zweck soll die Polizei mit schweren Waffen aufgerüstet werden;**
- **auch Kinder unter 14 Jahren dürfen abgeknallt werden;**
- **Schüsse in Menschenmengen sollen legalisiert werden;**
- **ansonsten wird die bisherige illegale Praxis der Polizei z.B. bei Personenkontrollen und Hausdurchsuchungen nachträglich Gesetz.**

Das neue Gesetz im Einzelnen:

IDENTITÄTSFESTSTELLUNG (§9) und ERKENNUNGSDIENSTLICHE MASSNAHMEN (§10):

»Die Polizei kann die Identität einer Person feststellen, ...
3. wenn sie sich an einem Ort aufhält,
a) von dem aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, daß dort
aa) Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben
bb) sich Personen ohne erforderliche Aufenthaltserlaubnis treffen oder
cc) sich verurteilte Straftäter verbergen«.

»Die Polizei kann erkennungsdienstliche Maßnahmen ...vornehmen, wenn ...
2. dies zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten erforderlich ist«.

BETRETEN UND DURCHSUCHEN VON WOHNUNGEN (§19):

»Wohnungen dürfen zum Zwecke der Gefahrenabwehr (§1 Abs. 1) jederzeit betreten werden, wenn
1. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß dort ...« das gleiche passieren könnte, was auch als Vorwand für die »Identitätsfeststellung« dient. Sogar den Grund der Durchsuchung darf man erfahren, ...
»soweit dadurch der Zweck der Maßnahmen nicht gefährdet wird«.

Großangelegte Bürgerkriegsmanöver, wie die »Aktion Wasserschlag« anläßlich der Lorenz-Entführung oder solche, die das gesamte Bundesgebiet zum Notstandsgebiet machen (Kalkar), sollen mit dem neuen Gesetz besser als bisher juristisch abgesichert werden.

ANDROHUNG UNMITTELBAREN ZWANGS (§39):

(1) *Unmittelbarer Zwang ist vor seiner Anwendung anzudrohen. Von der Androhung kann abgesehen werden wenn die Umstände sie nicht zulassen, ...Als Androhung des Schußwaffengebrauchs gilt auch die Abgabe eines Warnschusses.*
[2] *Schußwaffen und Handgranaten dürfen nur dann ohne Androhung gebraucht werden, wenn das zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben erforderlich ist.*
[3] *Gegenüber einer Menschenmenge ist die Anwendung unmittelbaren Zwangs möglichst so rechtzeitig anzudrohen, daß sich Unbeteiligte noch entfernen können. Der Gebrauch von Schußwaffen gegen Personen in einer Menschenmenge ist stets anzudrohen«.*

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN [§41]:

[2]*»Schußwaffen dürfen gegen Personen nur gebraucht werden, um angriffs- oder fluchtunfähig zu machen. Ein Schuß, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirken wird, ist nur zulässig, wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr oder der gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der körperlichen Unversehrtheit ist.*

(3) *Gegen Personen, die dem äußeren Eindruck nach noch nicht 14 Jahre alt sind, dürfen Schußwaffen nicht gebraucht werden. Das gilt nicht, wenn der Schußwaffengebrauch das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben ist«.*

SCHUSSWAFFENGEBRAUCH GEGEN PERSONEN (§42):

Schusswaffengebrauch, *„um eine Person anzuhalten, die sich der Festnahme oder Identitätsfeststellung durch Flucht zu entziehen versucht, wenn sie*
a) eines Verbrechens dringend verdächtig ist . . . ".

SCHUSSWAFFENGEBRAUCH GEGEN PERSONEN IN EINER MENSCHENMENGE (§43):

(1) (sinngemäß:) Unbeteiligte dürfen nicht gefährdet werden.
(2) *„Unbeteiligte sind nicht Personen in einer Menschenmenge, die Gewalttaten begehen oder durch Handlungen erkennbar billigen oder unterstützen, wenn diese Personen sich aus der Menschenmenge trotz wiederholter Androhung nach § 39 Abs. 3 nicht entfernen".*

BESONDERE WAFFEN, SPRENG–MITTEL (§44):

„(2) Maschinengewehre und Handgranaten dürfen nur gebraucht werden, um angriffsunfähig zu machen. Handgranaten dürfen gegen Personen in einer Menschenmenge nicht gebraucht werden". Maschinengewehre hingegen dürfen offenbar !...

Durch die sehr eigenwillige Definition von „Unbeteiligten" nimmt der Musterentwurf die geplante Verschärfung des Demonstrations-Rechts vorweg. War es bisher noch Gesetz, daß nur die sogenannten „Gewalttäter" selbst bestraft werden können, soll nach den Plänen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der § 125 StGB (Landfriedensbruch) dahingehend ver schärft werden, *„daß auch derjenige mit Strafe bedroht wird, der sich nicht aus einer Menge entfernt, aus der heraus mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten begangen werden oder der sich einer solch unfriedlichen Menschenmenge anschließt".*

„Gewalttäter" ist demzufolge jeder Anwesende !

Der Todesschuß ist in der westdeutschen Wirklichkeit bereits Gang und Gäbe. Die Täter gehen in der Regel (in inzwischen mindestens 140 Fällen seit 1971) straflos aus.

Mit der neuen Bestimmung soll die Schwelle noch weiter gesenkt und letztlich der Todesschuß auch befehlbar gemacht werden. Bisher war er immer noch eine „Gewissensentscheidung" des ausführenden Beamten.

Ähnlich in den anderen Punkten:

auch befehlbar gemacht werden. Bisher war er immer noch eine „Gewissensentscheidung" des ausführenden Beamten.

Ähnlich in den anderen Punkten:

- Identitätsfeststellung soll schon möglich sein, um eine Straftat oder O r d n u n g s w i d r i g k e i t „aufzuklären", ganz gleich, ob man selbst nach Ansicht der Bullen etwas damit zu tun hat.

Nach bisher geltendem Recht durfte „nur" die einer S t r a f t a t v e r d ä c h t i g e Person kontrolliert werden. Das Ausmaß der Kontrollen ist bekannt.

- Die betroffene Person darf 48 Stunden festgehalten werden, ohne daß überhaupt ein Richter benachrichtigt zu werden braucht, von einem Rechtsanwalt ganz zu schweigen.
- „Betreten" und Durchsuchen von Wohnungen ist entgegen geltendem Recht im Musterentwurf getrennt worden. So soll die Polizei nahezu ohne Beschränkung Wohnungen „betreten" dürfen. Das Durchsuchen unterliegt Beschränkungen, die in der Strafprozeßordnung festgelegt sind.

In der Praxis wird natürlich zwischen dem einen und dem anderen kein Unterschied bestehen. Mit dieser Trennung ist es aber möglich, die Strafprozeßordnung zu umgehen.

Im Zuge der Neuregelung der polizeilichen Befugnisse soll auch gleich die Strafprozeßordnung „reformiert" werden:

z.B. will der Musterentwurf der Polizei das Recht zugestehen, Personen zum Verhör und zur erkennungsdienstlichen Behandlung zu laden und das mit Gewalt durchzusetzen, was bisher alleine dem Staatsanwalt vorbehalten war.

Nicht die Praxis richtet sich nach Gesetzen, sondern die Gesetze werden der üblichen Praxis angepaßt!

Selbst nach bürgerlichen Rechtsmaßstäben ist das Zustandekommen des Musterentwurfs ebenso wie dessen Inhalt ein glatter Hohn:

Angepaßt an das wache antifaschistische Bewußtsein in der Bevölkerung direkt nach dem zweiten Weltkrieg, dezentralisierten die Alliierten die deutsche Polizei und die Geheimdienste.

Unter Umgehung dieser Bestimmungen - Polizei ist Ländersache - werden die gleichen Instrumente wie vor 40 Jahren wieder zusammengebastelt. Die Polizei wird mehr und mehr zur Bundessache, der BGS wird bereits im Innern als Bundespolizei

werden die gleichen Instrumente wie vor 40 Jahren wieder zusammengebastelt. Die Polizei wird mehr und mehr zur Bundessache, der BGS wird bereits im Innern als Bundespolizei

eingesetzt, . . .

Dem Anspruch nach gibt es Grundrechte einer einzelnen Person (zum Beispiel im Grundgesetz verankert), die durch die Polizei (und andere) g e s c h ü t z t werden müssen. Ein Polizeigesetz hat demnach lediglich die Aufgabe, Einzelheiten der polizeilichen Arbeit zu regeln. Die Polizei soll im wesentlichen nach Aufträgen anderer Behörden arbeiten und demzufolge relativ geringe Möglichkeiten haben.

Der „Musterentwurf" stellt dieses Verhältnis endgültig auf den Kopf:

Sämtliche Rechte werden polizeilichen Aufgaben geopfert, alles hat sich dem Polizeistaat unterzuordnen- oder, wie es im Musterentwurf heißt: *‚Aufgrund dieses Gesetzes können die Grundrechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art.2Abs.2 Satz 1 des GG), Freiheit der Person (Art.2 Abs. 2 Satz 2 des GG) und auf Unverletzlichkeit der Wohnung" (Art.13 GG) eingeschränkt werden" (§7).*

Widerstand gegen das Willkür-Gesetz

Bereits nach der ersten Vorlage des „Musterentwurfs" im Jahre 1975 regte sich heftige Kritik, so z.B. aus der „Gewerkschaft der Polizei" (GDP). Ihr derzeitiger Vorsitzender, W.Kuhlmann, wandte sich gegen den gezielten Todesschuß und gegen die Ausrüstung der Polizei mit Handgranaten und Maschinengewehren; er forderte „stattdessen" eine bessere Schießausbildung. Am gleichen Strang zogen u.a. Leute wie der Polizeischießausbilder Stammel.

Noch im Dezember 1975 bezeichnete Maihofer den Entwurf als **„ein Beispiel liberaler Politik"** (FR, 3.12.75). Doch danach mußte eine Revision des Entwurfs versprochen werden. Der Fachausschuß für Innen- und Rechtspolitik beschloß eine etwas „entschärfte" Formulierung des Todesschuß-Abschnittes.

Trotzdem hat sich gegen die Verabschiedung des „Musterentwurfs", besonders gegen die Legalisierung des Todesschusses, eine Bewegung entwickelt, die durch Öffentlichkeitsarbeit und Einflußnahme auf parlamentarischer Ebene gegen das geplante neue Gesetz Stellung bezieht.

arbeit und Einflußnahme auf parlamentarischer Ebene gegen das geplante neue Gesetz Stellung bezieht.

In Hannover gibt es z.B. seit 1976 die „Aktion gegen den Todesschuß - Bürger schützen Bürgerrechte vor dem geplanten Polizeigesetz".

Dieser Initiative gehören inzwischen Schriftsteller wie Gabriele Wohmann und Hans Magnus Enzensberger an; ferner Helmut Gollwitzer, Heinrich Albertz und Uta Ranke-Heinemann, sowie RA Holtford, Präsident der Notarkammer in Celle. Der französische Politologe Alfred Grosser begrüßte die Initiative mit einer Erklärung, in der es heißt, *„die Bedrohung der Grundfreiheiten in der Bundesrepublik wurde durch das geplante Polizeigesetz verschärft"* (FR, 23.12.76).

Auch der neue Vorsitzende der GdP, Schirrmacher, Teilnehmer dieser Initiative, sprach sich ausdrücklich gegen die Todesschuß-Paragraphen in der geplanten Form aus.

In Westberlin war es u.a. der Initiative der „KPD" und der „Roten Hilfe" zu danken, daß sich ein breiter Protest von liberalen Kräften bis zu den Linken zusammenfand. Die „Initiative gegen das einheitliche Polizeigesetz" in Westberlin führte zwei Podiumsdiskussionen durch, die von zahlreichen Intellektuellen, Anwälten, Pfarrern u.a. unterstützt wurden. Inzwischen läuft gegen die „Initiative" eine massive Kampagne, bisher mit dem Ergebnis, daß Heinrich Albertz auf Druck der Kirche seine Unterstützung für eine öffentliche Erklärung der Initiative zurückzog. Angeblich, weil *„grobe Unrichtigkeiten"* darin enthalten seien und weil der Stil „unschön" sei („Tagesspiegel", 9.11.77). Worum es wirklich ging, machte der Kommentar des „Tagesspiegel" vom selben Tag deutlich: „Der Text ist scharf, bliebe aber im Rahmen der Meinungsfreiheit, wenn nicht schließlich von der ‚Aufdeckung aller Korruptionsfälle und Verbrechen der Westberliner Polizei' die

Fortsetzung auf nächster Seite

Todesschuß nach Feierabend

In der Nacht vom 6./7. 1. 78 wurde der 24jährige Mechaniker Klaus Beinert vor seiner Wohnungstür von dem Kriminalhauptmeister E. Eppstein erschossen. Eppstein – im ersten Stock des selben Hauses wohnend – hatte sich über den Lärm aufgeregt, den angeblich K. Beinert und ein paar andere junge Männer nachts um eins beim Verlassen einer Kneipe im Erdgeschoß des Hauses gemacht hatten. Als Beinert den Hausflur betrat, ging Eppstein auf den Hausflur und schrie: „Wenn Sie nicht still sind, dann schmeiß ich Sie raus!" Nach Angaben der Polizei soll Beinert auf den Anruf hin wütend geworden sein, habe Eppsteins Tür demoliert und ihn geschlagen. *„Eppstein, der zu Boden ging, hatte plötzlich seine Dienstpistole in der Hand und schoß. Eppstein gab später bei der Polizei an, er habe nur einmal geschossen. Tatsächlich fiel jedoch ein zweiter Schuß, der den herbeieilenden Nachbarn Bern Marenk (34) leicht verletzte"* („FR", 9.1.).

Die Polizei ließ wie üblich sofort mitteilen: *„Nach Durchführung der ersten Ermittlungen bestand für den Beamten objektiv eine Notwehrlage"* („FR"). Eppstein sei außerdem (wie alle Polizisten!) berechtigt gewesen, seine Dienstpistole mit nach Hause zu nehmen. Von offizieller Seite wurde zu dieser Regelung provokativ erklärt, man *„sehe keine Notwendigkeit, daran etwas zu ändern – selbst für den Fall, daß ein Beamter von seiner Waffe mal falschen Gebrauch gemacht hat".*

Eppstein wurde nicht festgenommen, obwohl Rechtsanwalt Klaus Benthaus namens Beinerts Ehefrau Regina Anzeige wegen Mordverdachts gegen ihn gestellt hat. Bewohner haben offensichtlich ihre eigene Meinung von dem Vorfall: Sie hängten einen Kranz mit der Aufschrift **„Hier wurde Klaus Beinert ermordet"** an die Haustür der Raiffeisenstr. 79!



Westdeutscher Alltag

Fortsetzung von Seite 24

Rede wäre" ! - Man sieht: kritisiert werden darf, aber bitte nicht zu scharf und vor allem nicht zu konkret ! !

Auch der „Arbeitskreis sozialdemokratischer Juristen" (ASJ) mit 3.000 Mitgliedern ist öffentlich gegen den Entwurf aufgetreten. Er lehnt den „Musterentwurf zum gezielten Todesschuß" ab.

Protest erhoben auch die Humanistische Union, die Jungdemokraten u.a.

Mit knapper Mehrheit entschied sich der Landesvorstand der hessischen FDP gegen die „gesetzliche Normierung" des Todesschusses („Welt", 18.11.77).

Einzelne Parlamentarier erhoben Protest, so in Hamburg z.B. der FDP-Abgeordnete Bodeit, der eine eindeutige Ablehnung des Todesschusses durch das Land Hamburg verlangte. Ähnliche Positionen gibt es auch in anderen Landesverbänden der FDP und SPD. Insgesamt besteht in den Regierungsparteien noch keine Einmütigkeit über das Gesetz, insbesondere seine Todesschuß-Passage. So ist es kein Wunder, daß auch Befürworter des Musterentwurfs die anstössigste Passage gern entschärft sehen wollen - wenn auch nur verbal. Insgesamt betrachtet die Bourgeoisie allerdings die Lage nach Stammheim-Mogadischu als günstigste Gelegenheit, den Entwurf mit dem geringst möglichen Widerstand überhaupt durchzubringen. Vor diesem Hintergrund versuchen sowohl FDP - als auch SPD-Führung ihre Parteien auf Kurs für die Billigung des „Musterentwurfs" zu trimmen.

FDP-Parteitag in Kiel Polizeigesetz angenommen !

Der FDP-Parteitag zeigte sich gespalten. Laut „SZ" vom 8.11. ging es um die Frage, *„ob in das auch von den Freien Demokraten gewünschte bundeseinheitliche Polizeigesetz der sogenannte gezielte Todesschuß eingefügt werden solle"*. Der „Arbeitskreis Bürger und Staat" hatte sich knapp gegen den Todesschuß sowie gegen Handgranaten und Maschinengewehre als „Polizeiwaffen" ausgesprochen. Mit der Drohung, *„man setze die Schwelle für den Einsatz der Bundeswehr herunter"* (Genscher, zitiert nach FAZ, 9.11.77), konnte eine knappe Mehrheit für den „Musterentwurf" erreicht werden. (196 für, 174 gegen, 7 Enthaltungen).

Eine ausdrückliche Legalisierung des gezielten Todesschusses allerdings wurde vom FDP-Parteitag, obwohl sich Genscher und seine ganze Führungsmannschaft persönlich dafür einsetzten, nicht gebilligt.

SPD-Parteitag. Neuer Name - alter Inhalt

Der Parteitag der SPD war mit klarer Mehrheit gegen eine Aufnahme des gezielten Todesschusses in das neue Gesetz. Selbst Schmidt hatte sich dagegen ausgesprochen: er wolle „keinen deutschen Perfektionismus". Allerdings soll nun das geltende Notwehr- und Nothilfegesetz übernommen werden, das in diesen Situationen einen solchen Schuß ebenfalls zuläßt ! ! Die Sozialdemokraten wollen ferner, *„daß nur Spezialeinheiten von Polizei und BGS.. Maschinengewehre und Handgranaten einsetzen dürfen"* (FR,21.11.). Der Begriff Todesschuß wurde in echt sozialdemokratischer Manier ersetzt durch „Rettungsschuß". Günter Willms, Richter am BGH, verdeutlicht in einem Beitrag in der „FAZ" (21.11.77) , worum es dabei geht: *„Von Grund auf verfehlt ist deshalb auch die Vokabel ‚gezielter Todesschuß'. Der niedersächsische Innenminister Groß hatte recht, als er auf dem Kieler FDP-Parteitag dieses Wort eine geniale propagandistische Erfindung nannte und empfahl, vom gezielten Rettungsschuß der Polizei zu sprechen. Es geht da in der Tat nur um Propaganda, um die gleiche Propaganda, wie wir sie aus den Schlagworten von der ‚Isolationsfolter' und den ‚Berufsverboten' kennen"*.

Der Gesetzentwurf wurde somit vom SPD-Parteitag akzeptiert, der Todesschußentwurf bleibt - mit anderem Namen. Die Kritik in der SPD selbst soll damit ausgetrickst, die Öffentlichkeit soll getäuscht werden.

Nach der Innenministerkonferenz: Musterentwurf soll zur Entscheidung kommen

„Die Konferenz der Innenminister hat sich am Freitag auf den Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes in Bund und Ländern geeinigt. ...Der ..sogenannte gezielte Todesschuß... wurde aus dem Entwurf nicht gestrichen" (FR, 26.11.77). Damit soll der Gesetzgebungsprozess nun tatsächlich eingeleitet werden.

Es ist an der Zeit, den vorhandenen Widerstand erheblich zu verstärken und neue Kräfte gegen das geplante Gesetz zu mobilisieren !

Ein Eimsbüttler Genosse und Antifakommission KB/Gruppe Hamburg

tiert nach FAZ, 9.11.77), konnte eine knappe Mehrheit für den „Musterentwurf" erreicht werden. (196 für, 174 gegen, 7 Enthaltungen).
Eine ausdrückliche Legalisierung des gezielten Todesschusses allerdings wurde vom FDP-Parteitag, obwohl sich Genscher und seine ganze
Es ist an der Zeit, den vorhandenen Widerstand erheblich zu verstärken und neue Kräfte gegen das geplante Gesetz zu mobilisieren !
Ein Eimsbüttler Genosse und Antifakommission KB/Gruppe Hamburg

Wie die Hamburger Justiz über einen der Ihren „richtet":

Prozeß gegen Ex-Senatsdirektor Pieper

Am 14. August 75 beendete Dr. Harald Pieper, seines Zeichens Senatsdirektor in Hamburg und in dieser Eigenschaft Leiter des Hamburger Strafvollzugs (höchster Justizbeamter!), einen weiteren schweren Arbeitstag, wie es seinem Amt und seiner Würde zukommt: Er geht sich in einem Porno-Lokal entspannen. „Bild" schildert's plastisch: *„Ein ‚gutsituierter und seriöser Gast' betritt den ‚Tilbury-Club' in Hamburg-Eppendorf, setzt sich zum Mädchen ‚Trixi' (24) an den Tresen, spendiert Sekt, trinkt selbst Scotch-Whisky. Der seriöse Gast greift Trixi unter den Rock. Laut ruft er ins Lokal: ‚Küß mich! Ich liebe dich!'"* (7.12.77).

Dann ist der Spaß vorbei: Als Pieper bezahlen soll, zieht er plötzlich seine Pistole und drückt auf einen anderen Gast und den Wirt ab. Wegen Ladehemmung gibt es keinen Mord. Aufgrund der offensichtlichen Situation – und nicht wegzudrückender Zeugenaussagen – verurteilt ihn ein Schöffengericht zu 6.000 DM und einem Jahr Haft – „auf Bewährung".

Zu dem Urteilsmaß äußerte sich Ankläger Dr. Münzberg später wie folgt *„Er sei im eigenen Haus von Juristen heftig kritisiert worden. Man habe ihm Weichheit und sogar Partnerschaft mit dem beurlaubten Chef der Strafvollzugsanstalten vorgeworfen. Das eine Jahr für Pieper sei niemandem genug gewesen"* („Hamburger Morgenpost", 14.12.77). Wen wundert's?

Aber: Das war nur der erste Akt. Pieper nämlich, suspendiert und in eine andere Behörde versetzt, fürchtet um seine Pension; außerdem hatte das Amtsgericht festgestellt, daß er *„am Beginn einer Alkohol-Abhängigkeit"* („Bild", 7.12.77) sei, und so genau wollte es Pieper nun auch wieder nicht wissen.

Deshalb geht er in Berufung. Am 5.12. begann der zweite Akt der hanseatischen Schmierenkomödie: Zunächst wartete Gerichtsvorsitzender Seefeldt mit einem eigenen Einfall auf: Warum sollte Pieper eigentlich wegen versuchten Totschlags verurteilt werden – es könnte doch auch nur „Bedrohung" gewesen sein? ...

Als wenn das Stammheimer Pistolen-Wunder Schule macht, warteten im Laufe der Verhandlung zwei „Schußwaffenexperten" mit Gutachten auf, wonach Pieper gar nicht habe schießen können. Denn im Lauf sei eine Patrone gefunden worden, die von irgendjemandem gewaltsam in die Pistole hineingesteckt worden sei – entweder irgendwann vorher, wodurch sie unbrauchbar gewesen wäre, oder irgendwann hinterher, was seltsamerweise beweisen soll, daß Pieper überhaupt nicht abgedrückt habe.

Nicht genug damit, fand sich ein Professor Wille von der Universität Kiel bereit, Pieper die "Schuldunfähigkeit wegen seelischer Störungen" (sprich wohl: Besoffenheit) zu bestätigen.



Wär' doch gelacht, wenn er nicht freigesprochen würde: Dr. Harald Pieper.

Während Pieper „seelische Störungen" bescheinigt werden, entwickelt sich die Lage für die Zeugen immer lebensgefährlicher: Bereits am 17.8.75, also drei Tage nach der Tat, wurde dem „Club" gedroht: „Macht den Laden zu, sonst brennt ihr auf"! Ein halbes Jahr später brannte der „Night-Club" tatsächlich („Bild", 12.77). Kurz vor der angekündigten Urteilsverkündung (am 21.12.77)erhielt einer der Hauptzeugen, ein 40-jähriger Drucker, innerhalb von 5 Tagen vier telefonische Morddrohungen: „Halt deine Nase aus der Sache Pieper raus, sonst passiert dir was! Eine Kugel wäre gut für dich!" („Bild", 21.12.77).

Die angekündigte Urteilsverkündung wurde verschoben. Im weiteren Prozeßverlauf handelte sich der Richter Seefeldt einen Antrag wegen Befangenheit von seiten des Staatsanwalts ein, da er die Belastungszeugen bedrängt hatte, ihre Aussage doch aufgrund der Gutachteraussagen doch noch einmal zu „überdenken" („Bild", 22.12.77). Der Befangenheitsantrag wurde abgelehnt, der angekündigte Urteilsspruch am 2.1.78 zum zweitenmal verschoben, ein Ende des Prozesses ist nicht abzusehen!

Für diesen Prozeß, von dem man eigentlich erwartet hätte, daß die Wild-West-Manieren eines Zechprellers verurteilt werden, sind alle Hebel für den Senatsdirektor Pieper in Bewegung: vom reinsten Gangstertum (Brand- und Morddrohungen) hin zu wundersamen Gutachteraussagen und eigenartigen Vernehmungsmethoden des Vorsitzenden Richters Seefeldt.

Wie oft hat eine Krähe schon mal einer anderen das Auge ausgehackt?

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Grenz»schutz«

Göttingen, 2.1.78. Am 2. Januar ge-
Grenz»schutz«

Göttingen, 2.1.78. Am 2. Januar gegen 12.00 h wurden wir – zwei Menschen – bei der Rückkehr aus Holland in die BRD am Grenzübergang Elten-Autobahn von BGS-Bullen gefilzt, unser Auto und unsere Sachen wurden durchsucht. Anlaß offenbar: Bei der Überprüfung unserer Pässe war bei meinem ein gelbes Licht in der EDV-Anlage aufgeleuchtet. Den Text auf dem Bildschirm des Computers konnten wir nicht lesen. Besonderes Interesse der Grenz„schützer" fanden in unserem Gepäck diverse Bücher und Zeitschriften sowie ein Zettel mit der Anschrift eines linken Buchladens in Holland. Mit erstmal nur einem Exemplar der Broschüre „Agit 88a – Sturm auf den Knast" (Nr.2) verschwand ein Grenzschutzbulle, um die Broschüre „zu überprüfen". Nach einer Viertelstunde wurde uns dann eröffnet, der Text werde in jedem Fall einbehalten, Proteste nutzten nichts, lediglich die Rechtsfrage des Anhalts – Beschlagnahme oder Einziehung – sei noch nicht klar. Gründe für diese „Maßnahme" wurden uns – auch auf ausdrückliche Nachfrage – nicht genannt. Stattdessen führten die Bullen Telefonate u.a. mit irgendeiner Dienststelle in Kleve und der BKA-Abteilung „TE" in Bad Godesberg und eine weitere Computer-Überprüfung unserer Personen durch. Während sich dann ein Grenz„schützer" einen Aktenordner mit der Aufschrift „TE" schnappte und las, wurden die insgesamt sieben Broschüren „Agit 88a" erstmal unter den anwesenden Bullen verteilt und von diesen dann beim Dienstwechsel an die Beamten der Nachmittagsschicht übergeben, die auch darin lasen und sich weigerten, uns eine Begründung für den Terror zu erteilen. Anstatt dessen wurde unser Wagen nochmal durchschnüffelt. Gegen 14.00 h durften wir dann weiterfahren. Die sieben Broschüren wurden sämtlich beschlagnahmt, sie sollen der Staatsanwaltschaft vorgelegt werden, daß wir sie aber nie wiedersehen, war für die Grenz„schützer" schon sicher. Trotzdem gaben sie uns – zum Abschied – noch eine formlose Quittung.

Obwohl wir erstmal abfahren konnten, war die Sache noch nicht gelaufen, denn etwa zweieinhalb Stunden später wurden wir auf der Autobahn in Höhe Soest von einem MEK wieder eingefangen. Unser Wagen wurde von einem Porsche und einem schweren Ford (Zivilwagen) vorn und hinten blockiert, dann der übliche Zauber mit Maschinenpistolen Funküberprüfung der Personalien/Papiere, des Autos, Schnüffeln im Auto usw., obwohl die Bullen offensichtlich genau wußten, wen sie vor sich hatten. Scheinbar konnten sie nicht sofort alle ihre Probleme klären, da sie über Funk Anweisungen für verschiedene Telefonate und Fernschreiben – u.a. mit dem 7. Kommissariat (politische Polizei) der Kripo Göttingen – gaben und uns dann nach etwa 20 Minuten auch noch mit zu einer etwa 20 km entfernten Dienststelle nahmen. Dort wurde nach weiteren 10 Minuten und zwischenzeitlichem Eingang eines Fernschreibens (woher, haben wir nicht rausgekriegt) nochmal unser Wagen durchsucht, dann die Sprüche „Sie sind ja dran gewöhnt, Sie sind ja kein unbeschriebenes Blatt mehr" etc. und wir durften endlich weiterfahren.

Erwähnenswert erscheint uns noch, daß dieser Terror bei der Grenzüberschreitung offenbar auf eine sog. „beFa" (beobachtende Fahndung) zurückzuführen ist, da es bei uns regelmäßig bei der Einreise in die BRD zu solchen Aktionen kommt. So wurden wir Anfang September 77 kurz vor der Ausreise in Bayern auf einer Raststätte ähnlich behandelt (als ihnen der Schleyer fehlte) und drei Wochen später bei der Einreise aus Italien/Österreich in die BRD an der Grenze völlig auseinandergenommen. Das sah so aus, daß wir erstmal die Anweisung bekamen, links ran zu fahren, nachdem bei der Computer-Überprüfung das berüchtigte Licht aufgeleuchtet war, dann vom BGS ein etwa zehnminütiges Telefonat geführt wurde und danach unser Wagen völlig auseinandergenommen und wir körperlich durchsucht wurden. Als sie nach zweieinhalb Stunden gar nichts gefunden hatten – auch den Schleyer nicht –, wurden sie sauer und als quasi Begründung dafür, daß sie das Auto zerlegt und uns die ganze Zeit mit MPis (die von halben Kindern bedient wurden) vor der Nase rumgefuchtelt hatten, hängten sie dann meiner Frau einen „Verstoß gegen das Waffengesetz" an (uralte, legale Tränengassprühdose im Handschuhfach). Während darüber ein Protokoll aufgenommen wurde, fotografierte ich ein paar ähnliche Aktionen, was von einem Zivilen beobachtet wurde und zur Beschlagnahme einiger Filme führte.

Bundeseinheitliche Todesschuß-Pistole

Im Lauf der nächsten Jahre sollen alle 150.000 Bullen der BRD, einschließlich BGS und BKA, mit einer neuen Pistole , der „P 225", ausgerüstet werden. Kosten 600 mark pro Stück. Kaliber 9 mm; Verwendung von sog. „Deformationsgeschossen", die beim Auftreffen große Wunden reißen. Diese Waffe ist die praktische Ergänzung des „Musterentwurfs".Sie *„entspricht in allen Einzelheiten den hohen Anforderungen einer Kommission der Innenministerkonferenz von 1975. Sie ist mit einer automatischen Sicherung ausgestattet, die den ‚ersten Schuß' ermöglicht, ohne daß vorher erst umständlich entsichert werden muß"* („Hamb. Morgenpost", 11.1.78). Offenbar handelt es sich um die Pistole, die seit längerem beim BGS ausprobiert wird. So meldete kürzlich die FR anläßlich der Erschießung eines BGSlers durch seinen „Kameraden", daß die beiden „üben" wollten, wobei wegen der besonders niedrigen Sicherungsschwelle der Pistole diese „versehentlich" losgegangen sei. Zur niedrigen Sicherung kommt eine weitere Maßnahme, die den Waffeneinsatz für die Bullen erleichtert. Eine „Dienstvorschrift über den Besitz und das Führen von Schuß-Waffen durch Polizeivollzugsbeamte außerhalb des Dienstes" gestattet seit Sommer 77 „unter dem Eindruck terroristischer Straftaten", die Waffen zu Hause aufzubewahren. So kann der Bulle auch mal leicht um sich ballern, wenn er sich über die Nachbarn oder über spielende Kinder ärgert. Nachher ist es wieder „Notwehr" gewesen!

Schon jetzt haben Polizisten seit 1971 mindestens hundertvierzig Menschen auf dem Gewissen, und zwar in ansteigender Tendenz. Mit der Todesschuß-Pistole und mit der Freigabe der Feierabend-Bewaffnung wir deutlich, daß der Todesschuß nach dem Willen der Verantwortlichen kein Zufall bleiben, sondern systematisch zur alltäglichen Polizeipraxis ausgebaut werden soll.



In diesem Zusammenhang möchten wir verweisen auf:
»Polizei der BRD – keine staatlichen Mörder? Polizei legitimiert die Todeskommandos der neuen Gestapo«
84 Seiten, A 4, Juli 75, DM 2,50

Schon wieder Polizeiüberfall auf Buchladen »Hundert Blumen«

Kiel: Zum zweiten Male nach der Schleyer-Entführung überfielen Zivilbullen am 22.12. den linken Buchladen „100 Blumen" in Kiel; alle Ladenbesucher wurden vor die Tür geschickt, der Ladeninhaber nach Waffen (!) abgetastet.

In einem Flugblatt des Ladenkollektivs heißt es weiter :

„Angelockt sind sie wohl durch ein Plakat, das unserem ‚Geschäftsführer' schon ein Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung eingebracht hat und das als Dokumentation im Fenster und im Laden hing. Unter dem Motto ‚Deutsche Polizisten sind die Terroristen' zeigt das Plakat Fotos von MEK-Bullen, die mit MPs und Schlagstöcken über auf dem Boden liegenden Demonstranten, denen die Hände auf dem Rücken gefesselt sind, stehen. (remember. Februar 77 : MEK-Leute überfallen in Wilster abziehende Brokdorf-Demonstranten). Eins dieser Fotos war auch damals im Stern... Angucken allein reichte unserem Besuch aber nicht ! Sie beschlagnahmten zwei dieser Plakate, ein Plakat zu Stammheim und ein Exemplar der AZ (andere Zeitung) und durchwühlten den ganzen Laden gründlich..."

Der „100 Blumen" - Buchladen ruft mittlerweile dazu auf, zu jedem gekauften Buch einen Anti-Repressionsgroschen zu spenden, um mitzuhelfen, die Prozeßkosten von linken Buchläden zu finanzieren. Auch gerade angesichts des bevorstehenden Prozesses gegen den Ladeninhaber eine nützliche Sache !

KB/Gruppe Kiel



AntiFa-Aktion in Hildesheim

Die geplante Veranstaltung des rechtsradikalen „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes e.V." am 11.11. in Hildesheim fand nicht statt! Eine Woche vorher setzte sich auf Initiative der „Hildesheimer Initiativzeitung" die Linke (VVN, DKP, MSB, SHB, HIZ, Jusos, KB, SAG u.a.) an einen Tisch und beschloß die Verhinderung dieser Veranstaltung. Das DKEG war wesentlicher Initiator der „Aktion Widerstand" und verbreitet in über 60 sog. Pflegstätten in der BRD sein braunes Gedankengut. Einem Verbotsantrag durch die VVN beim Ordnungsamt wurde nicht stattgegeben, aber der DGB wandte sich an das Sozialministerium , das dann die Veranstaltung in einer Schule verbot. Allerdings nicht, weil das „Kulturwerk" eine rechtsradikale Organisation ist, sondern weil politische Organisationen grundsätzlich keine Veranstaltungen dort abhalten dürften. Daraufhin verlegte das „Kulturwerk" das Treffen in eine Kneipe. Die Antifaschisten riefen in einer Flugblattaktion zu einem Treffen in Nähe der Kneipe auf, um anschließend dorthin zu gehen und die Veranstaltung zu verhindern. Doch das DKEG zog aufgrund dieses breiten Protestes seine Veranstaltung zurück. Dafür planen sie am 31. März eine „Großveranstaltung".

Die Kampfbereitschaft der antifaschistischen Kräfte hat gezeigt, daß das „Kulturwerk" es schwer haben wird, solch ein Treffen durchzuziehen. Derzeit wird diskutiert, eine „Antifaschistische Woche" durchzuführen, um breitere Kreise anzusprechen.

Wir sind grundsätzlich der Meinung, daß es sinnvoll ist, den bisherigen Protest in der nächsten Zeit in einer Veranstaltung zusammenzufassen, um über die Aktivitäten neonazistischer Organisationen im Rahmen von Naziwelle und „Hitlernostalgie" zu informieren und um die nächsten Schritte gegen rechtsradikale Kräfte zu diskutieren.

KB-Sympathisantengruppe Hildesheim

Keine Verjährung für NS-Mörder 1979!

Liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren!

Am 31. Dezember 1979 sollen nach dem Willen der Bundesregierung alle Mordtaten, die vor 1945 begangen wurden, verjähren. Es können nach diesem Zeitpunkt dann keine neuen Ermittlungen mehr eingeleitet werden. Damit würde die Tätigkeit der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, die 1958 in der Bundesrepublik zur systematischen Aufklärung und Strafverfolgung umfangreicher Komplexe nationalsozialistischer Tötungsverbrechen gebildet worden war, zuendegehen.

Der Versuch der Bundesregierung, einen „Schlußstrich unter die Geschichte" zu setzen, ist nicht der erste: Nach dem deutschen Strafgesetzbuch wären alle vor dem 8. Mai 1945 begangenen Verbrechen, d.h. bei Totschlag 1960, bei Mord 1965 verjährt. Die erste Verjährungsfrist trat 1960 auch in Kraft, womit bereits der ersten großen Gruppe von Nazi-Verbrechern die Freiheit gesichert wurde. Die Verjährung von Mord zu diesem Zeitpunkt konnte durch breiten Protest vor allem aus dem Ausland verhindert werden. Somit sollte Mord erst 1979 verjähren, allerdings wurde eine Differenzierung unter den NS-Tätern vorgenommen, nach der nur noch sogenannte „Exzeßtäter" verfolgt wurden (§ 50,2 StGB), während Nazi-Mörder höchsten Ranges, z.B. aus dem Reichsicherheitshauptamt, nicht mehr belangt wurden.

Die 1964 von der Bundesregierung aufgestellte Behauptung, daß „kaum damit zu rechnen sei, daß noch eine nennenswerte Zahl von Tätern, die unbekannt seien, nach Ablauf der 20jährigen Verjährungsfrist auftauchen würden", wird allein schon Lügen gestraft durch die Flut neuer Verfahren zwischen 1965 und 1969 – nämlich 12 000 bis 15 000. Damals wies Dr. Robert Kempner, ehemals stellv. US-Hauptankläger in Nürnberg, darauf hin, daß es Verbrechenskomplexe gibt, die bisher nicht aufgeklärt werden konnten, weil die Täter noch unbekannt sind. „Dazu gehört die Ermordung der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 durch das richterlich getarnte Fallbeil des Roland Freisler und seiner Komplizen in der US-Führung und in der Gestapo. Ein anderer nicht erfaßter Komplex ist die Ermordung von drei – viertausend katholischen Priestern während der Nazizeit durch Erschießungen in KZs und durch objektiv rechtswidrige „Urteile"....Die Zahl der noch nicht gefaßten Massenmörder, die unter eine Verjährung fallen würden, beträgt nach vorsichtigen Schätzungen mehrere Tausende." (aus „Die Welt", 18.9.64)

Uns ist nicht bekannt, daß die genannten Verbrechenskomplexe inzwischen aufgeklärt und die Täter bestraft sind. Nach den Statistiken der Zentralen Stelle sind von insgesamt 80.000 Deutschen, die unter dem Verdacht von Mord, Totschlag oder Denunziation stehen, seit 1945 nur 6.425 Personen verurteilt worden. In derselben Zeit wurden in der DDR allein bis September 1964 gegen 16.572 Personen Anklage wegen Nazi-Verbrechen erhoben – das sind 25 % mehr als in der dreimal größeren Bundesrepublik – und 12.807 von ihnen wurden verurteilt (aus „Frauen-KZ Ravensbrück"; VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin). Diese geringe Verurteilungsquote in der BRD ist auch nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß für die Hauptarbeit zur Verurteilung der Verantwortlichen des NS-Regimes die Aufklärung ganzer Tatkomplexe und die Suche nach den Tätern lediglich eine Zentrale Stelle 1958 gebildet wurde, die sofort völlig überlastet war, ansonsten allerdings von offizieller Stelle wenig Interesse an einer Entnazifizierung bestand. Neben der Zentralen Stelle war es den überlebenden Opfern und Zeugen des NS-Regimes sowie jüdischen Organisationen, einzelnen Antifaschisten und dem Ausland überlassen, Anklage gegen Nazi-Verbrecher zu erheben und ihre Verurteilung zu veranlassen. Allein in der Zentralen Stelle sind heute noch 193 Ermittlungsverfahren anhängig. Allerdings wird sich die Zahl von 193 auch noch erhöhen, denn „aus Polen treffen noch laufend Unterlagen ein, die alle in Ludwigsburg
noch 193 Ermittlungsverfahren anhängig. Allerdings wird sich die Zahl von 193 auch noch erhöhen, denn „aus Polen treffen noch laufend Unterlagen ein, die alle in Ludwigsburg
bearbeitet werden müssen" („SZ" vom 11.1.78).

Darüberhinaus hat der Pariser Rechtsanwalt Serge Klarsfeld allen Bundestagsabgeordneten eine Dokumentensammlung und eine historische Darstellung über die „Endlösung der Judenfrage" in Frankreich mit den Namen zahlreicher in der Bundesrepublik lebender Tatverdächtiger zugestellt. „Die deutschen Justizbehörden hätten nach der Ratifirierung des die Verfolgung von NS-Tätern regelnden deutsch-französischen Vertrages von 1973 noch nicht in einem einzigen Fall Anklage erhoben." („Berliner Tagesspiegel", vom 1.12.77)

In der Dokumentation sind enthalten unter anderen:

- Kurt Lischka; wohnhaft in Köln – ehemals Obersturmbannführer der SS, Chef der Sicherheitpolizei und des SD in der Region Paris 1940–43, verantwortlich für die Deportation und Ermordung von über 10 000 Juden.
- Ernst Heinrichsohn: heute Rechtsanwalt in Miltenberg und Bürgermeister von Bürgstadt (Bayern). H. ist verantwortlich für die Deportation von Kindern und alten Leuten aus Frankreich.
- Ernst Aschenbach: 1957–1976 Bundestagsabgeordneter; 1940–1943 Botschaftsrat, später Gesandschaftsrat an der deutschen Botschaft in Paris.

Auch in Polen regt sich bereits deutlich Kritik: die polnische Regierung ist der Auffassung, daß NS-Gewaltverbrechen nicht verjähren sollten. In einem Interview der Zeitung „Forum West" sagte der Direktor der Hauptkommission zur Verfolgung von Nazi-Verbrechen in Polen, Prof. Dr. Czeslaw Pilichowski, kürzlich im Westdeutschen Rundfunk, die Verjährung vom 1.1.1980 an sei „mit den Normen des Völkerrechts hinsichtlich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit, die im Völkerrecht und der Konvention der UNO vom 26.11.1968 über die Nichtverjährung dieser Verbrechen festgelegt sind, nicht zu vereinbaren....Dieser Konvention trat die Bundesrepublik nicht bei und sie hielt sich auch nicht an ihre Grundsätze." Er kritisierte, daß große Verbrechen bisher nicht angeklagt worden seien, „zum Beispiel die Massenmorde, die an der Zivilbevölkerung Warschaus vor und während des Warschauer Aufstandes begangen wurden, die Ermordung polnischer und deutscher Geisteskranker in psychiatrischen Anstalten, die Verbrechen der Wehrmacht, der SS und der Ordnungspolizei bei der Vernichtung polnischer Dörfer". Außerdem bedauerte Pilichowski, daß „Verbrecher höherer Stufen des Staatsapparates des Dritten Reiches........von einer Verfolgung verschont worden seien, während niedrigere Rangstufen angeklagt würden". (aus „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung" vom 16.12.77)

Eine Verjährung bedeutet über die genannten Aspekte hinaus:

- eine ungeheuere Ermunterung für die Neonazis in der BRD. Wir erinnern an die „Ehrenwache" der Hansa-Wiking-JN-Bande vor dem Haus des geflohenen Nazi-Verbrechers Kappler in Soltau.
- Die Bedingungen für die Aufklärung der jungen Menschen in diesem Lande über den deutschen Faschismus würden schlechter werden: während heute stattfindende NS-Prozesse oftmals die einzige Gelegenheiten dazu sind, würden diese Möglichkeiten nicht nur für die Schulen, sondern für die gesamte Öffentlichkeit auch noch wegfallen.
- Auf die laufenden NS-Prozesse hätte eine Verjährung ohne Zweifel negative Auswirkungen, da dies die Tendenz der Prozeßverschleppung, der milden Urteile, der Haftverschonungen, etc. noch verstärken wird. Außerdem könnten Erkenntnisse, die während des Prozesses auftreten, nicht weiter verfolgt werden.
- Nazi-Verbrecher, die sich mit Erfolg versteckt halten konnten, können wieder auftauchen und sich ungestraft rühmen: Ich war Kommandant in Treblinka, unter den selben Bedingungen würde ich das wieder tun.
- Nazi-Verbrecher, die sich rechtzeitig ins Ausland abgesetzt hatten, hätten die Möglichkeit, „heim ins Reich" zurückzukehren.
- Adalbert Rückerl schreibt in seinem neuen Buch „NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse", daß es unbedingt notwendig ist, neben den NS-Prozessen die geschichtlichen Tatsachen aufzuklären und der Öffentlichkeit zu vermitteln. Die Bemühungen darum würden mit einer Verjährung sicher eingestellt werden.

Schon 1969 konnte eine Verjährung von NS-Mordtaten nur verhindert werden durch den massiven Protest vor allem aus dem Ausland, indem dieses verstärkt Belastungsmaterial herbeischaffte. Heute ist mit einer Verlängerung der Verjährungsfrist nur zu rechnen, wenn das Ausland erneut wachsam ist und sich auch in der BRD selber der demokrati-
herbeischaffte. Heute ist mit einer Verlängerung der Verjährungsfrist nur zu rechnen, wenn das Ausland erneut wachsam ist und sich auch in der BRD selber der demokrati-
sche Widerstand regt.

Wir fordern deshalb alle demokratisch und antifaschistisch gesinnten Menschen, alle Organisationen der rassisch und politisch Verfolgten des NS-Regimes im In- und Ausland, die Regierungen der DDR, Polens und der UdSSR auf, dieser Entwicklung der Rehabilitierung des Faschismus in der BRD im Mantel des Grundgesetzes entgegenzutreten und durch Veröffentlichungen bisher nicht verfolgter Nazi-Mörder auf dem Gebiet der BRD ihre Strafverfolgung zu erwirken sowie Druck auszuüben, daß bisher nicht aufgeklärte Tatkomplexe erforscht und die Täter verfolgt werden.

Unterstützungsausschuß „Arbeiterkampf gegen Rosenbaum"
c/o H. Theiss, Methfesselstraße 41, 2000 Hamburg 19

MELDUNGEN

Wie in AK 120 berichtet, fordert die „Deutsche Burschenschaft" den **„Zusammenschluß von Mittel-, Ost- und Westdeutschland sowie von Oesterreich und Südtirol"** – dies erklärte ihr Sprecher Michael Vogt bei der 26. Tagung der Burschenschaft in Westberlin.

Daß das nicht nur Sprüche sind, wird u.a. an einem Artikel von Michael Vogt in der rechten Zeitschrift „Der Beobachter" deutlich, wo sich Vogt zu den faschistischen Terroranschlägen in Südtirol bekannte: *„So nahmen Mitglieder meiner Burschenschaft schon aktiv an den Widerstandsaktionen der sechziger Jahre in Südtirol teil...".* Auf die Frage, ob diese aktiv an den Anschlägen beteiligt waren, antwortete Vogt: *„Ich kann nur wiederholen, daß wir aktiv an Widerstandsaktionen teilgenommen haben, mehr nicht, das sollten Sie verstehen...".* Wir verstehen.

Vogts Burschenschaft „Danubia" ist im letzten Jahr in München des öfteren als Prügelgarde im Verein mit der NPD aufgefallen, als sie antifaschistische Info-Stände zusammenschlugen (ED, 5.1.78).

* * *

„Selbst Eingeweihte erfaßt ein Unbehagen", so beginnt in Springers „Hamburger Abendblatt" ein Artikel über den weiteren Verbleib des ehemaligen Vorsitzenden des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Rolf Grunert, in Untersuchungshaft.

Verständlich, daß selbst in der Springer-Presse ein Unbehagen über die Inhaftierungs-Praxis laut wird, trifft es doch diesmal einen der ihren, der ohne konkrete Beweise, nur auf den vagen Verdacht hin, er habe Spionage für die DDR betrieben, jetzt schon über sieben Monate in Untersuchungshaft sitzt. Trifft es doch diesmal einen der ihren, bei dem den Anwälten mit mehr als dubiosen Begründungen Akteneinsicht verweigert wird. Jedenfalls soll Grunert „ im Frühjahr dieses Jahres" vor Gericht gestellt werden.

* * *

Der Bezirkstag der belgischen Provinz Lüttich beschloß ein Ausstellungs- und Verkaufsverbot für Nazi- und andere faschistische Uniformen, Abzeichen sowie Ausrüstungsgegenstände.

In der BRD hat der Handel mit diesem Mist mittlerweile perverse Dimensionen angenommen: So berichtete der ZDF-Fernsehfilm „Verkaufsschlager Hitler" u.a. von einer regelrechten Verkaufsmesse in der Dortmunder Westfalenhalle im September 1977, und die Graf Klonau OHG in München hat in ihren Auktionskatalog sogar **„original Judensterne und Kennkarten"** aufgenommen.

* * *

Die Pforzheimer Honoratiorengesellschaft „Löbliche Singergesellschaft von 1501" hat mit großer Mehrheit dem Antrag zugestimmt, den ehemaligen Minister für Bewaffnung und Munition der Nazis, Dr. Fritz Todt, durch eine Medaille, eine Straße oder entsprechendes zu „ehren".

Jetzt muß der Ältestenrat der Stadt entscheiden („tat", 20.1.78).

* * *

Wie „PDI" meldet, war die SS-HIAG-Südbayern am 3.12.77 Gast im Offiziersheim der Bundeswehr-Pionierschule. Als Redner tat sich bei dieser Feier der Ex-Kompanieführer der Bundeswehr und heutige Pfarrer Hermann Völck hervor.

Bei weiteren SS-Treffen sollen nach „PDI" auch Vertreter der bayerischen Polizei teilgenommen haben („tat" 20.1.78).

* * *

Auf dem jüdischen Friedhof in Hagenbach wurden 5 Grabsteine umgestürzt, zwei davon beschädigt und auf einem dritten ein Hakenkreuz eingekratzt. Die Polizei tippt auf einen „Dummenjungenstreich" („Süddeutsche Zeitung", 18.1.78).

* * *

Daß der BHJ („Bund Heimattreuer Jugend") sich in Westberlin an etlichen faschistischen Aktionen beteiligt, haben wir schon in früheren Artikeln berichtet.

Ein weiteres Indiz für den faschistischen Charakter dieser anerkannten Jugendorganisation des Bundes der Vertriebenen ist eine Anzeige des „BHJ-Standort Berlin", die im „Nebelmond 1977" veröffentlicht wurde. Da finden sich „Germanische Heldenlieder", „Sigwalt und Sigridh, eine nordische Erzählung" von Felix Dahn neben dem „ersten nat.-soz. Geschichtsroman", Friedrich Ekkehards „Sturmgeschlecht", das „Handbuch der Judenfrage" von Theodor Fritsch, „Einsamkeit und Gemeinschaft, Zehn Vorträge zur Arbeitstagung des Amtes für Schrifttumspflege der NSDAP", die „Protokolle der Weisen von Zion" (eine bekannte antisemitische Fälschung). Auch vier „Zukunftsromane" von Hans Dominik werden angeboten. Dominik war Generalreferent für Technik im Reichsministerium für „Volksaufklärung" und Propaganda – demgemäß dürften seine Zukunftsvisionen sein.

Absoluter Star des Angebots ist ‚Der großdeutsche Freiheitskampf" von Hitler sowie „in gutem Zustand, vollständig" ein Zigarettenbilderalbum „Bilder aus dem Leben des Führers".

Zu bestellen sind diese „Dokumente" bei der Familie Röthke, 1 Berlin 52, Saalmannstr. 34. Ingrid Röthke, 22, ist Standortführerin des BHJ in Westberlin – festgenommen im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf das SEW-Parteibüro. Ihr Mann, Helge Röthke, wurde 1974 festgenommen, als er und andere BHJ-Faschisten Schießübungen über die DDR-Grenze auf Grenzsoldaten gemacht hatte.

»Kein StrauSS in Hagen und auch nicht anderswo«!

Unter dieser Parole demonstrierten am 14.1. in der Hagener Innenstadt 500-600 Menschen gegen den Besuch von F.J. Strauss. Strauss war vom örtlichen Karnevalsverein eingeladen worden, um die „Kette des goldenen Humors" in Empfang zu nehmen. Aus diesem Anlaß hatte sich eine Aktionseinheit gebildet, an der Anti-Repressionsgruppe, Volksblatt, Anti-AKW-Gruppe, Antifa-Gruppe, Jusos, Falken, KB, Liga gegen den Imperialismus, DKP, DGB-Gewerkschaftsjugend und Einzelpersonen beteiligt waren. In einem gemeinsamen Flugblatt wurde auf Strauss' Verbindungen zu den chilenischen Faschisten hingewiesen, seine Unterstützung des Massenmordes am chilenischen Volk angeprangert. Klar wurde in dem Flugblatt zum Ausdruck gebracht, daß Strauss' Reden in Chile nicht zufällig gefallen sind, sondern daß darin s e i n e Vorstellungen von „Demokratie" ausgesprochen wurden.

Zur Demonstration gegen Strauss war auch von außerhalb Unterstützung zugesagt worden. So unterbrachen die Teilnehmer einer DGB-Bezirksjugendkonferenz ihre Veranstaltung, um an der Demonstration teilzunehmen. Aus Dortmund waren Chilenen dabei, die über die Folter in den Gefängnissen berichteten. Ein ESG-Vertreter berichtete über den Stand der von verschiedenen ESG's im Ruhrgebiet gegen Strauss gestellten Strafanzeige.

Am Abend hatten sich gegenüber dem Stadttheater rund 1000 Menschen eingefunden, unter denen die Demonstranten gegen Strauss eindeutig in der Überzahl waren. Es wurden Parolen wie „Massenmorde und KZ finden Hagens Narren nett" gerufen. Als Strauss eintraf, setzte ein gellendes Pfeifkonzert ein; Farbbeutel u.a. wurden geworfen. Schon vorher hatte die mit Schild und Helm bewaffnete Polizei die Demonstranten „zurückgedrängt" und dabei auch Hunde eingesetzt.



Auftritt der Hagener Theatergruppe: Strauß und Pinochet reden zum Volk

Mit einem gemeinsamen Abmarsch wurde die Aktion beschlossen.

In den Tagen vor der Aktion hatte die örtliche Presse massiv gegen die Demonstranten gehetzt. Auch altbewährte Spaltungsversuche wurden erneut vorgetragen. SPD-Oberbürgermeister Loskand erklärte an die Adresse der Demonstranten gerichtet: „Den Kräften, die das Recht auf freie Meinungsäußerung zu mißbrauchen beabsichtigen, sollten wir unseren entschiedenen Widerstand entgegensetzen" („Westfälische Rundschau", 14.1.).

Diese Störmanöver haben insgesamt die Aktion nicht beeinträchtigt. Es ist jetzt ein erster Schritt getan, gegen Repression und faschistische Gefahr weiter zu arbeiten.

KB/Gruppe Bochum

ten.

KB/Gruppe Bochum



Demonstrationszug durch die Innenstadt



Reichlich Bullen waren aufmarschiert um StrauSS zu schützen

Einstweilige Verfügung der Deutschlandstiftung gegen ARBEITERKAMPF

Im Presserechtstreit zwischen K. Ziesel, Vorsitzender der Deutschlandstiftung e.V., und dem „Arbeiterkampf" hat das Landgericht München jetzt über einen Antrag Ziesels auf einstweilige Verfügung gegen den Arbeiterkampf entschieden.

– Dem „Arbeiterkampf" wird einstweilen verboten zu schreiben, daß die Deutschlandstiftung Verbindung zu rechtsradikalen Gruppierungen hat;

– dem „Arbeiterkampf" wird einstweilen verboten zu schreiben, daß K. Ziesel Gründungsmitglied der Gesellschaft für freie Publizistik e.V. (GfP) (eine rechtsradikale Verleger-Vereinigung) zusammen mit dem freigelassenen NS-Massenmörder und langjährigen Sprecher der HIAG, Kern(meyr) gewesen sei.

– Abgewiesen wurde der einstweilige Verbotsantrag der Deutschlandstiftung bzgl. unserer Behauptung, die Deutschland-Stiftung sei ein CSU-Laden.

Die einstweilige Verfügung bezieht sich auf einen Artikel im AK 117, der die Hintergründe der Kappler-Entführung beleuchtete. Wir werden im nächsten AK ausführlicher über diesen Prozess berichten.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

NPD-Provokation unter Polizeischutz in Bochum

Am 14.1.78 führten ca. 40 Nazis von NPD und JN in Bochum eine Kundgebung durch, geschützt von 130 Polizisten. Ihnen gegenüber standen 300 Antifaschisten, die mit Trillerpfeifen, Sprechchören, Tomaten und Eiern ihren Teil zur Kundgebung beitrugen. Die Polizei nahm 5 Antifaschisten fest. Dabei wurde ein Demonstrant von mehreren Polizisten derart zusammengeschlagen, daß er mit Kopfplatzwunde, Gehirnerschütterung und Nasenbeinbruch ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Nach Beendigung der Kundgebung zogen 150-200 Demonstranten zum Polizeipräsidium, um die Freilassung der Festgenommenen zu fordern. Die Entlassung der Antifaschisten erfolgte kurz darauf.

Nur am Rande: Die NPD-Kundgebung fand auf dem Husemannplatz statt, benannt nach Fritz Husemann, sozialdemokratischer Vorsitzender der Bergarbeitergewerkschaft, von den Nazis 1935 ermordet (Information nach einem VVN-Flugblatt). Und die heutige SPD-Stadtverwaltung schützt die Nazis!...

KB/Gruppe Bochum

Da ist sie wieder, die „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung"

„Mut", das „nationaleuropäische Jugendmagazin" des B. C. Wintzek, gepriesen und verbreitet in der gesamten rechtsradikalen Szene von der NPD über „Nation Europa" bis hin zu den „National-Revolutionären" und „Solidaristen", wartet seinen Lesern/Anschauern im neuen Jahr mit einem Leckerbissen auf: Schön einprägsam ist da auf der Titelseite die alte Mär von der „Weltverschwörung" ins Bild gefaßt. Die Welt wird beherrscht von „Wallstreet" (den USA-„Plutokraten", wie die Nazis sagten), von den Freimaurern, der UNO (früher Völkerbund) und natürlich den Bolschewisten". Ganz oben darüber aber als oberste Herrscher: Da wagt sich Wintzek doch nur bis zu einem Fragezeichen vor, wo er gewiß am liebsten den David-Stern eingezeichnet hätte. Aber man versteht auch so (wenn man „Mein Kampf" oder die Schriften der Mathilde Ludendorff oder die „National-Zeitung" oder eben „Mut gelesen hat): Hinter und über allem steht „das Judentum"...



Kampf den Nazi-Banden!

Es ist in diesem AK erneut von den kriminellen Umtrieben offen nazistischer Banden in der BRD zu berichten. Die kriminellen Aktivitäten dieser Banden, meist unter dem Namen „NSDAP" in Erscheinung tretend, „beschränken" sich längst nicht mehr darauf, Hakenkreuze und antisemitische Parolen auf jüdischen Friedhöfen, an Häuserwänden, u.a. zu schmieren. In Hannover etwa (Bericht in diesem AK) wird ein jüdischer Jugendlicher seit Monaten systematisch von einer »NSDAP«- Bande verfolgt und terrorisiert. In Hamburg hat die »Hansa«- Bande auf die bisherigen Enthüllungen des AK über ihre Umtriebe mit einem Überfall auf einen AK-Verkäufer und einige Wochen später (dazu Bericht in diesem AK) auf die Buchhandlung »Arbeiterbuch« reagiert. Bei Wahlveranstaltungen der SPD in Wandsbek und der FDP in Bergedorf im Januar tauchten Schlägertrupps der Bande auf, um zu provozieren (zu Bergedorf Bericht in diesem AK).

Diese Umtriebe sind überhaupt nur möglich, weil die Nazi-Banden von Polizei, Justiz und verantwortlichen Politikern mit der größtmöglichen Schonung behandelt werden. Läßt es sich gar nicht vermeiden, daß einzelne Bandenmitglieder mal auf frischer Tat festgenommen werden, beim Schmieren ihrer Parolen oder bei Schlägereien so werden sie mit Sicherheit sofort wieder freigelassen, wie die Hamburger „Hansa"-Chefs Kühnen und Wegener.

Fest steht: Die einzelnen Bandenmitglieder zumindest in Hamburg sind bestens bekannt! Es gibt eine höchstwahrscheinlich vollständige Fotokartei, die s ä m t l i c h e Figuren der Bande und ihres Umkreises bei den verschiedensten Anlässen in Aktion zeigt. Speziell gegen Michael Kühnen, der bei sämtlichen kriminellen Aktivitäten der Bande dabei ist, gibt es mehr als genug Material. Fest steht weiterhin: Die einzelnen örtlichen Banden haben engen Kontakt zueinander. So traten „Hansa"-Leute aus Hamburg u.a. in Bremen, in Hannover, bei der „Ehrenwache" vor Kapplers Haus in Soltau und beim Kongreß der NPD-Jugendorganisation JN in Osnabrück auf; Bandenmitglieder aus Hannover reisten dafür zu einer verbotenen Versammlung der „Hansa"-Bande in Hamburg an.

Und fest steht auch: Die einzelnen Banden sind aufs engste mit der NPD-Jugendorganisation JN und über diese mit der NPD selbst verfilzt. Einzelne Bandenmitglieder haben sogar hohe Funktionen in der JN inne. Selbst diejenigen Jungnazis, die vielleicht aus der NPD ausgetreten sein mögen, weil diese ihnen zu „lasch" erscheint (wie einige Figuren aus der „Hansa"-Bande) stehen der NPD bei allen Gelegenheiten als Schlägertruppe zur Verfügung (reichlich Fotomaterial liegt vor!) und werden offensichtlich auch als solche akzeptiert. NPD-Rechtsanwälte „betreuen" sie nach Festnahmen. Im faschistischen „Vereinslokal" in Hamburg - Altona z.B. , den „Hansa -Stuben", genau gegenüber vom NPD-Büro (Barnerstraße) geben sich NPD-Funktionäre und „Hansa"-Banditen ein regelmäßiges Stelldichein. Selbst aus Berichten des „Verfassungsschutz" geht mittlerweile ziemlich klar hervor, daß die JN und über diese die NPD von den offen nazistischen Banden „unterwandert" sei. Es wird zugegeben, daß die NPD-Führung große Teile der JN „nicht mehr unter Kontrolle" habe, andererseits aber auf die Nazi-Banden und „NSDAP"-Leute angewiesen sei, um überhaupt noch einigermaßen den Mitgliederschwund aktiv werden zu können.

Daß die NPD praktisch kaum noch mehr ist als eine Tarnorganisation für terroristische Nazi-Banden , erklärt wohl die Schonung, die der Staat diesen Banden angedeihen läßt. Denn der Staat betreibt ja kaum noch verhüllt die Aufwertung der NPD, indem dieser in mehreren Berufsverbotsprozessen praktisch bescheinigt wurde, sie stehe „auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung", und indem diese Partei vorm Bankrott und völligen Zusammenbruch dadurch gerettet wurde, daß ihre Schulden (Rückerstattung von zuviel erhaltenen Wahlkampfkosten) erneut bis zum St.Nimmerleinstag gestundet wurden.

Wir wissen mittlerweile, daß Polizei, Justiz und bürgerliche Politiker nichts gegen die Nazi-Banden tun auch die Medien die Zusammenhänge lieber vertuschen statt sie aufzudecken. Daher rufen wir dazu auf, ü b e r a l l - in Hamburg läuft das schon relativ gut - eigene antifaschistische „Ermittlungsarbeit" aufzubauen, die Nazi-Gangster in Fotos festzuhalten, persönliche Zusammenhänge und Namen zu ermitteln, vor allem selbst Öffentlichkeit zu schaffen usw. Ein Ziel dabei muß es sein, auch gerichtlich verwertbares Material zusammenzustellen, an dem Polizei und Justiz auch bei schlechtestem Willen nicht mehr so ohne weiteres vorbei k ö n n e n . Besondere Aufmerksamkeit sollte den Verbindungen dieser Banden zur NPD geschenkt werden.

Nazis in den Knast!
Verbot der „NSDAP"-Tarnorganisationen NPD und JN!

Hansa-Bande wird immer frecher

Hamburg: Ganz offen hat die Hamburger „Hansa"-Bande unter der Firma **„Aktionsfront Nationaler Sozialisten"** ihren „Wahlkampf" genau so begonnen, wie sie ihn auf der trotz Verbot am 26.11. 77 durchgeführten Veranstaltung angekündigt hatte: Provokativ und „bis an die Grenze des Legalen". Legal ist das alles freilich in keiner Weise. Was die Faschisten dabei ermuntert, ist einzig und allein die offensichtliche Schonung, die die Strafverfolgungsbehörden und die Bürgerschaftsparteien diesen Vögeln bisher haben angedeihen lassen.

Überfall auf das „Arbeiterbuch"

Am Sonnabend, 7.1.78, war das „Arbeiterbuch", ein linker Buchladen in der Hamburger Uni-Gegend, zum wiederholten Mal Schauplatz einer faschistischen Provokation:

Nachmittags gegen 16.30/17.00 Uhr betraten 4 Mitglieder der „Hansa"-Bande, unter ihnen ihr „Führer" Michael Kühnen, den Laden. Sie wurden von den anwesenden Genossen sofort erkannt und aufgefordert, den Laden zu verlassen. Zum Glück für das „Arbeiterbuch" waren an diesem Nachmittag relativ viele Personen anwesend, denn erst angesichts dieser Übermacht bequemten sich die Nazis, den Raum zu verlassen.

Draußen blieben die vier provokativ auf der anderen Straßenseite stehen, was die Aufmerksamkeit von Genossen erweckte, die in Erwartung weiterer Nazi-Belästigungen eine Kamera schußbereit hielten. Plötzlich stürmten die Nazis mit dem Schrei: „Wir lassen uns nicht fotografieren" auf den Laden zu und traten die Tür ein. Danach rannten sie davon. Die alarmierte Polizei erschien nur Minuten später, machte aber als „Tatverdächtige" auf dem Uni-Gelände lediglich zwei offensichtliche Linke aus.

Durch diesen Erfolg ermutigt, war es dann wohl wieder die „Hansa"-Bande, die nur wenig später (gegen 17.00 Uhr) in der Innenstadt an einem Büchertisch der BI-St.Georg eine weitere Provokation startete.



Peter Teufert und...?... Michael Kühnen



Die „Hansa"-Bande im intimen Kreis

„Hansa"-Bande stört FDP-Veranstaltung

Am 13.Januar fand in Hamburg-Bergedorf die erste Wahlveranstaltung der FDP statt. Trotz starker Mobilisierung der FDP kamen nur etwa 100 Leute.

Eine halbe Stunde nach Veranstaltungsbeginn „marschierte" ein Trupp der „Hansa"-Bande in schwarzen Lederjacken und Militärstiefeln in den Saal. Dabei waren u.a. Michael Kühnen, Lutz Wegener, Tibor Schwarz und Pützmann. Zwei der Faschisten postierten sich am Eingang, die anderen setzten sich zu vermeintlichen Linken (Plakettenträger). Rufe gegen die Nazis wurden damit beantwortet, daß auf Anweisungen von Schwarz die Rufer sofort von mehreren Faschisten umringt, bedroht und beschimpft wurde. Dieses provokatorische Treiben wurde begünstigt durch die anwesende FDPSpitze (Schuchardt, Biallas, Meyer!), die „Rederecht für alle", auch für die „Hansa"-Faschisten forderten.

Durch rasche Alarmierung befanden sich eine halbe Stunde nach dem Auftauchen der „Hansa"-Faschisten gut 30 Antifaschisten im Raum - darunter auch Menschen, die sich bisher noch nicht aktiv am antifaschistischen Kampf beteiligt hatten. Einen einsamen Solo-Trip führte der KBW vor, der in seinem Redebeitrag mit keinem Wort auf die „Hansa"-Faschisten einging, sondern stur sein „Flottenprogramm" abzog.

Die anwesenden Antifaschisten flößten den „Hansa"-Leuten immerhin soviel Respekt ein, daß sie die Veranstaltung noch vor Schluß verließen.

Am Bahnhof rotteten sie sich noch einmal zusammen - offenbar um heimkehrende Antifaschisten zu überfallen. Also: Immer geordnet und geschlossen abziehen!

Zu den kriminellen Umtrieben der „Hansa"-Bande ist jetzt in Bergedorf eine Veranstaltung geplant.

Westberlin: Die »NSDAP« feiert!

Am 17.12. 77 fand in West-Berlin auf dem Manövergelände der Franzosen am Heiligensee eine „Wintersonnenwend-Feier" statt. Eingeladen hatte Ingrid Röthke, Standortführerin des Bundes Heimattreuer Jugend (BHJ). An der „Feier" nahmen etwa 70 bis 80 Faschisten teil, unter ihnen Mitglieder der JN und der „Wiking Jugend".

Nach dem Absingen nazistischer Lieder ging es zum „Standortheim" der BHJ, wo unterm Hakenkreuz der „Legion Condor" und der „Brigade Ehrhardt" gedacht wurde. Spätestens jetzt entpuppt sich die Feier als eine zumindest von der illegalen „NSDAP" mitgetragene Veranstaltung. Anwesend waren der Pressesprecher der „NSDAP", Schröder, und ihr „Gauleiter", Wolfgang Rahl. „Reichsführer" Wübbels war verhindert, denn er war damit beschäftigt, sich um den Nachdruck eines Teils von „Wille und Weg", dem Zentralorgan der „NSDAP" zu kümmern, das beschlagnahmt worden war (alle Information und Zitate aus ED, 13.1.78).

Es ist mehr als wahrscheinlich, daß die erwähnte Ingrid Röthke enge familiäre Beziehungen hat zu Helge Röthke, der Anfang der 70er Jahre nicht nur "Standortführer" des BHJ war, sondern darüber hinaus auch führendes Mitglied der westberliner Gruppe der NDBB („Nationale Deutsche Befreiungsbewegung"), einer militant-faschistischen Terrorbande; er ist wegen faschistischer Anschläge vorbestraft. Helge Röthkes Auto wurde am 1.8.77 in unmittelbarer Nähe des gerade von Faschisten in Brand gesteckten SEW-Büros aufgefunden (siehe AK 113).

Ebenso wahrscheinlich ist es, daß der im ED-Artikel erwähnte Schröder identisch ist mit einem Karl-Heinz Sch. bzw. Wolfgang Rahl mit einem Wolfgang R. Beide, Karl-Heinz Sch. und Wolfgang R., werden von der Polizei verdächtigt, Verfasser eines faschistischen „Buback-Nachrufs" zu sein. „*Bei einer Wohnungsdurchsuchung bei beiden wurde Schriftmaterial gefunden, das Sch. eindeutig als Verfasser anderer Beiträge auf den Seiten 4 und 15 der rechtsradikalen Zeitschrift überführt*" (gemeint ist das illegale „NSDAP"-Blatt „Wille und Weg").

„*Der ebenfalls festgenommene Wolfgang R. . . war bereits der Abteilung Staatschutz bekannt. Er hatte als ,Ortsgruppenleiter' im Bezirk Kreuzberg eine NSDAP-Neugründung vornehmen wollen*" („BZ", 17.9.77)

Wie der Senat im Herbst '77 mitteilte, wird gegen die Initiatoren dieser „Gründung" seit über einem Jahr „ermittelt".

Mit schlagenden Erfolg, wie man sieht!

»NSDAP«-Terror in Münster

Im Herbst '77 wurde in Münster ein Antifaschist von Nazis direkt bedroht: „C.S. Du Strolch! Du bist vorgemerkt!" - diese Drohung schmierten sie vor die Haustür des C.S., nachdem dieser in einem Leserbrief die Entfernung einer Hakenkreuzschmiererei am Rathaus von Münster gefordert hatte („Tat", 7.10.77).

Wie die „Welt" am 7.1.78 berichtete, hat sich dieser Vorgang in Münster wiederholt: Ein Mitglied des Jüdischen Instituts wurde mit Schmierereien am Institutsgebäude persönlich terrorisiert und aufgefordert, „nach Israel zu gehen". Schon am 7.9.77 waren an der Uni Münster Hakenkreuze, „NSDAP-Parolen, „Deutschland erwache" u.a.m. aufgetaucht. Trotz mehrfacher Anzeigen, u.a. von Seiten der Uni-Leitung, konnten die Täter bisher angeblich nicht ermittelt werden.

Vermutlich diesselbe Bande traf sich Weihnachten '77 in Billerbeck bei Münster und beschmierte das dortige Rathaus mit Hakenkreuzen, „NSDAP", „Juda verrecke" und ähnlichem („Billerbeker Anzeiger", 28.12.77).



Hannover 1978: Antisemiten frech wie zu Hitlers Zeiten!

Seit fast einem Jahr treibt in Hannover eine „NSDAP"-Bande ihr Unwesen. Vor allem antisemitischer Terror gehört zu den kriminellen Aktivitäten dieser Bande.

So wurde der 18jährige Jürgen S., Mitglied der Jüdischen Gemeinde, am 3.12.77 von Faschisten an deren „Infostand" angepöbelt: „Wann wanderst Du aus, wo Du hingehörst? Oder müssen wir etwa nachhelfen?"

Dieser „Infostand" war von einem „Kampfbund Freiheit für Rudolf Heß" angemeldet worden, der dort u.a. ein Schmierblatt der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft" verteilte.

Mit von der Partie an diesem Nazi-Stand die Hamburger „Hansa"-Bande, allen voran Michael Kühnen. Die etwa 10 NS-Faschisten aus Hamburg waren schwarz uniformiert und berichteten stolz, sie hätten auf der Anreise in Soltau Station gemacht und erneut - wie schon am 20.8.77 - eine „Ehrenwache" vor Kapplers Haus abgehalten.



Es ist kein Einzelfall, daß diese beiden Banden gemeinsam auftauchen: Schon bei der verbotenen Veranstaltung der Kühnen-Bande „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" am 26.11.77 in Hamburg war der „Kampfbund" anwesend.

Die Anpöbelei gegenüber Jürgen S. am 3.12.77 war nur ein Glied in einer ganzen Kette von gezielten Provokationen gegen ihn. *„Schon Wochen vorher hatten Unbekannte Jürgens Freundin gewarnt: ‚Wenn Du Juden küßt, kriegst Du jüdische Kinder'... An die Türen von Freunden des Jürgen S. klebte der vermutlich gleiche Täterkreis nachts Plakate und schmierte Sprüche: ‚Juden Raus!', ‚Verräter'... . Jürgen S. selbst war mehrfach in Gaststätten angepöbelt worden mit den Worten: ‚Da kommt ja wieder unser Oberrabbi', ‚hier stinkt's nach Knoblauch' und ‚Volksverrätern droht eine Kugel' ... . Am Abend jenes Tages nun, da Jürgen S. zur Emigration aufgefordert worden war, ging er mit zwei jüdischen Freunden, unter ihnen Herbert A., in eine Diskothek. Gegen 22.30 Uhr betraten 15 Gestalten das Lokal: Bekleidet mit schwarzen Lederjacken, auf denen Totenköpfe prangten, mit schwarzen Hosen und eisenbeschlagenen Armeestiefeln pflanzten sie sich in der Mitte des Raumes auf. Einer von ihnen trat an den Tisch von Jürgen S., fragte höflich nach dem einzigen freien Stuhl und setzte sich. Zehn Minuten geschah nichts besonderes. Dann machte der Totenkopftrupp kehrt und verließ, einer nach dem anderen, in geordnetem Rückzug das Lokal. Als nur noch fünf übrig waren, stürzte sich plötzlich der mit am Tisch sitzende ‚Höfliche' auf Jürgen S. mit den Worten ‚Schwein' hast Du zu mir gesagt?' und versetzte ihm einen Faustschlag ins Gesicht. Sein Freund Herbert A. sprang dem Bedrängten zu Hilfe und kassierte dabei selbst Hiebe. Der Wirt beförderte die Bande auf die Straße.*

Am Mittwoch, den 7.Dezember, betrat der ‚Höfliche' den Laden, in dem Jürgen S. arbeitet, in vollem Kampfdress und bat ihn vor die Tür; er habe eine Rechnung mit ihm zu begleichen. Jürgen S. rief den Chef und der Jüngling mit der ‚Rechnung' verschwand.

Die Eltern von Jürgen S. betreiben ebenfalls ein Geschäft in der Stadt. Am 10.12. stand Jürgens Mutter allein im Laden, als ein ‚Kunde' mit Parka und Totenkopf hereinkam. Wie Frau S. berichtet, sagte er folgendes: ‚Sie haben doch einen Sohn; wir wollen mal sehen, wen wir als nächstes zusammenschlagen, Sie oder ihren Sohn'..." („Neue Hannoversche Presse", 21.12.77).

Es ist kaum glaublich, aber traurige Wahrheit. Dies spielt sich heute in Hannover ab, ohne daß bisher irgendeiner dieser verbrecherischen Nazi-Schweine dafür zur Rechenschaft gezogen wurde!

Hannover: Serienweise NS-Umtriebe

Seit ca. einem Jahr ist Hannover verstärkt Schauplatz nazistischer Aktionen:

18./19.4: 159 Grabplatten und mehr als ein Dutzend Grabsteine werden mit Hakenkreuzen beschmiert und Kapelle und Friedhofsmauer mit „SA", „SS", „HJ", „Juda verrecke" usw. geschändet. Flugblätter der „NSDAP/AO" wurden am Tatort gefunden („NHP", 20.4.77).

19./20.4: Das Landtagsgebäude, das Historische Museum, eine Schule, zwei Geschäfte, ein Fußgängertunnel werden beschmiert. Zeugen berichten, sie seien von den Nazis mit Schußwaffen bedroht worden („Hannoversche Allgemeine", „HAZ", 21.4.77).

25./26.4.: Aufgrund erneuter Schmieraktionen verkündet die Kripo die Bildung einer „Sonderkommission" (HAZ, 27.4.).

29.4.77: Der 42jährige Manfred Moschkat, NPD-Mitglied, wird festgenommen wegen der Schmierereien auf dem Friedhof. Im Oktober wird M. zu 15 Monaten ohne Bewährung verurteilt (FAZ, 29.4.). Eine erstaunliche Ausnahme!

6.8.77: Bei einem Infostand der JN (NPD-Jugendorganisation) werden Flugblätter der „NSDAP/AO" verteilt.

den Flugblätter der „NSDAP/AO" verteilt.

12.8.77: An mehr als 20 Stellen Hannovers werden neue Nazi-Schmiereien entdeckt.

Seit kurzem werden an Autos von AKW-Gegnern die Reifen aufgeschlitzt und Aufkleber abgerissen. Während der Demonstration zum Prozeß von Rüdiger Jörß beschimpften JN- „NSDAP"-Leute einen AKW-Gegner mit: „Du bist auch so ein AKW-Schwein!" Schon im November '77 rissen Faschisten von geparkten Wagen die Anti-AKW-Aufkleber ab und „ersetzten" sie mit „NSDAP"-Aufklebern.

Vor diesem Hintergrund ist es ein tolles Stück, daß bislang zwar 20 Ermittlungsverfahren laufen, aber kein Ergebnis bekannt ist. Mehr noch: Als die Polizei den Faschistenstand kontrollierte, entdeckte sie scharfe Schußwaffen bei den Nazis und erlaubten dennoch den Stand, da *„die Waffen vor Beginn der Veranstaltung gefunden wurden"* (NHP, 22.12.77).

Massiver antifaschistischer Protest

Angesichts dieser Umtriebe haben sich in Hannover verstärkt antifaschistische Kräfte zu Wort gemeldet. Den Anfang machte u.W. eine Initiative von Historikern an der Uni Hannover im Frühsommer 77. Mittlerweile hat der Protest an Breite laufend hinzugewonnen. Die Jüdische Gemeinde, verschiedene SPD-Parlamentarier und eine Vielzahl von informativen Berichten in der Lokalpresse haben sogar dazu beigetragen, daß diese Umtriebe vor dem niedersächsischen Landtag zur Sprache kamen, wobei der niedersächsische Innenminister Rötger-Groß noch die Stirn besaß, *„die Ausschreitungen als die Taten einiger weniger Außenseiter und als politisch unbedeutend"* hinzustellen (FR, 19.12.77).

Fahndungsaufruf!

Am 1.9.77 wurden in Hamburg drei Jung-Nazis Michael Kühnen, Lutz Wegener und Tibor Schwarz, alles Mitglieder des „Freizeitverein Hansa" festgenommen.

Schon allein auf der Grundlage unserer eigenen Ermittlungen konnten wir sofort feststellen, daß zumindest zwei der Festgenommenen, Michael Kühnen und Lutz Wegener, „alte Bekannte" von Nazi-Auftritten sind. Zwar kannten wir am 1.9. ihre Namen noch nicht, doch waren beide unschwer auf vielen Fotos zu identifizieren.

Von da an ging es Schlag auf Schlag. Immer neue Informationen wurden uns bekannt, Namen, Berichte über „Einsätze" bei NPD-Ständen und andere Auftritte, Mitteilungen über Funktionen und Kontakte zu NPD/JN – und vor allem: viele schöne Fotos!

Ergebnis dieser antifaschistischen Ermittlungsarbeit war dabei weit mehr als eine bloße Identifizierung von Gesichtern: **Alle Einzelheiten ergaben das Gesamtbild, daß die Bande um Kühnen und Wegener ein Trupp der Hamburger NPD „für besondere Aufgaben" ist!**

Schon allein dieses Ergebnis würde den Wert derartiger Nachforschungen unter Beweis stellen. Genau dieser Zusammenhang nämlich ist weder von der bürgerlichen Presse noch vom Staatsschutz hergestellt worden.

Die ersten Berichte beschränkten sich allerdings auf einen immer noch relativ kleinen Kreis von Antifaschisten, die sich spontan an den Ermittlungen beteiligten.

Eine gute Initiative, diesen Zustand zu überwinden, war ein Steckbrief-Plakat, mit dem Antifaschisten die Gesichter der wichtigsten Banden-Mitglieder und deren Aktivitäten bekannt machten und zur breiten Beteiligung an den Ermittlungen aufriefen.

Es sind uns Fälle bekannt, wo u.a. mit Hilfe dieses Plakats direkt gegen einzelne Mitglieder der Bande Politik gemacht wurde: So wurde ein Nazi, der sich an den Schulsprecherwahlen am Gymnasium Allee in Hamburg Altona beteiligen wollte, dazu gezwungen, seine Kandidatur zurückzuziehen und bis heute zumindest an seiner Schule die Schnauze zu halten. Ebenso ist festzustellen, daß einige der im Steckbrief dargestellten Typen sich in letzter Zeit von öffentlichen Aktivitäten zurückgehalten haben.

Den Faschisten war diese „Fahndung offenbar peinlich: Seit Beginn dieser Öffentlichkeitsarbeit erschien kein Mitteilungsblatt der NPD mehr, in dem sie sich nicht bitterbös über die Kommunisten beschwert hätten. Reaktionen der „Hansa-Bande" waren ein feiger Überfall auf einen AK-Verkäufer (unter Führung von M. Kühnen) und ein Überfall auf das „Arbeiterbuch". Das wird den Nazis sicher noch leid tun!

In Hamburg hat die NPD mit ihrer „Reichsgründungsfeier" am 15.1.78, ihrem „Kongreß gegen den Kommunismus" im April 78 und ihrer Kandidatur zu den Bürgerschaftswahlen selbst Termine gesetzt, auf die sich die weitere „Ermittlungstätigkeit" und die Politik hinorientieren müssen. **J e d e Information über die Banden-Mitglieder sollte unverzüglich weitergeleitet werden!**

Mehr als bisher sollte dabei darauf geachtet werden, die konkrete Ermittlungstätigkeit mit einer Bündnispolitik zu verbinden, die angesichts der relativ breiten Empörung über offen nazistische Umtriebe gute Chancen hat.

Hamburg ist kein Einzelfall! Ein ähnliches Vorgehen ließe sich mit Sicherheit in all den Städten praktizieren, die in letzter Zeit zu Zentren derartiger Umtriebe geworden sind: Westberlin, Hannover u.a. Mit der Anti-Hoffmann-Broschüre aus Nürnberg und der Dokumentation über den JN-Bundeskongreß in Osnabrück sind uns allein aus den letzten Wochen zwei ähnliche „Fahndungen" bekannt geworden.

Wir fordern alle Antifaschisten auf, diese „Ermittlungstätigkeit" zu einem festen Bestandteil der Politik zu machen, immer mehr – auch „gerichtsverwendungsfähige" – Beweise zu sammeln, und mit diesem Hebel offensive Politik zu machen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Private Detektei angeklagt

In Duisburg hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen fünf Angestellte der Privatdetektei „Kocks" und 4 Polizeibeamte gestellt (die Polizisten waren in der Detektei beruflich beschäftigt), da sie Polizeiakten für ihre privaten Schnüffeleien gebrauchten. Die Anklage lautet auf: Bestechung, Bestechlichkeit (gemeint sind die Bullen) und Verletzung des Dienstgeheimnisses. Die private Schnüffeldetektei „Kocks" hat außer in Duisburg noch in Essen und Dortmund „Filialen". Durch diese „Filialen" werden seit ungefähr 1970 Banken und andere Unternehmen über die politische Vergangenheit von Hochschulabsolventen informiert. Im weiteren hat diese Detektei ihre Dienste weit über 50 Düsseldorfer Unternehmen angeboten (wahrscheinlich war in Düsseldorf der Aufbau einer neuen „Filiale" geplant.).

Da sich die Verfolgung von Demokraten und die Berufsverbotepraxis hauptsächlich auf den öffentlichen Dienst bezieht, tat sich hier für „staatstreue Unternehmerfreunde" eine Marktlücke auf. Die Detektei versorgte die Kapitalisten der „Freien Marktwirtschaft" mit allen Unterlagen, die die Unternehmer bei Einstellung von Personen über deren politische Vergangenheit und Gegenwart wissen möchten.

Die Materialien dazu verschafften die von der Detektei gekauften Bullen, die die nötigen Informationen frei Haus kriegten und weiterleiteten.

Im weiteren drucken wir die Namen der Bullen und deren Dienstgrad ab (aus „ED" vom 10.1.78).

„Neben dem Kaufmann und ehemaligen FDP-Stadtrat Manfred Kocks sowie den Detektei-Mitarbeitern Manfred Lotze aus Düsseldorf, Rolf Schäfer aus Essen, Wilhelm Olfen aus Bochum und Helmut Kollekowski sind 4 Polizeibeamte angeklagt. Es handelt sich um den Krefelder Kriminalhauptkommissar Karl-Heinz Franzmann, den Duisburger Kriminalhauptmeister Robert Neuschäffer, den Dortmunder Kriminalhauptmeister Lothar Gobembeck und den Polizeiobermeister Gisbert Danneberg aus Castrop-Rauxel. Franzmann hatte seinerzeit die Fahndung bei der Essener Kriminalpolizei geleitet, war später Fachlehrer der Höheren Landespolizeihochschule Münster und seit 1976 Leiter der Kriminalaußenstelle Kempen sowie Vertreter des Kripo Chefs in Viersen".

kraten und die Berufsverbotepraxis hauptsächlich auf den öffentlichen Dienst bezieht, tat sich hier für „staatstreue Unternehmerfreunde" eine Marktlücke auf. Die Detektei versorgte die Kapitalisten der „Freien Marktwirtschaft" mit allen Unterlagen, die die Unternehmer bei Ein-

Franzmann hatte seinerzeit die Fahndung bei der Essener Kriminalpolizei geleitet, war später Fachlehrer der Höheren Landespolizeihochschule Münster und seit 1976 Leiter der Kriminalaußenstelle Kempen sowie Vertreter des Kripo Chefs in Viersen".



Entlassungen abgewendet

Lahn: Die Behandlung eines Artikels aus dem „Extradienst" im Unterricht, in dem über die Nazivergangenheit Hanns-Martin Schleyers berichtet wird, wird jetzt doch keine disziplinarischen Konsequenzen für die Studienrätin Elke Sch. haben. Dies entgegnete Kultusminister Krollmann einer Forderung der CDU-Fraktion nach sofortiger Suspendierung und Einleitung eines Entlassungsverfahrens.

CDU und die heimische Presse hatten sofort nach Bekanntwerden des Vorfalls ein wahres Trommelfeuer gegen die Lehrerin eröffnet. Insbesondere mußten bei dieser Kampagne wieder einmal die „empörten Eltern" wie so oft in der Schulpolitik der Reaktion als Aushängeschild herhalten.

Peinlich für diese Leute, daß jetzt bekannt wurde, daß *„es der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Mittelhessen war, der den Leiter der Theodor-Heuss-Schule ... informierte"* („FR", 19.1.).

Auch wenn Krollmann in diesem Fall von einem Berufsverbot abgesehen hat, so ist er doch weit davon entfernt, die Aufklärung der Schüler über die Vergangenheit dieses (dahingeschiedenen) Kapitalistenführers zu billigen. Denn er wirft der Lehrerin vor *„daß es ihr nicht gelungen sei, den inkriminierten Text noch in derselben Unterrichtsstunde kritisch zu behandeln"* (ebenda).

Grotesk ist dieser Vorwurf, weil die Lehrerin während des Unterrichts einen Zusammenbruch erlitt. Politisch weist er jedoch darauf hin, daß in den Schulen eine Behandlung der Nazivergangenheit der Herrschenden in der BRD nur dann erlaubt ist, wenn sie gleichzeitig „kritisch" beleuchtet wird, was im Sprachgebrauch dieser Leute nichts anderes bedeutet, als diese zu entschuldigen und zu relativieren sei, um dann die besonderen Verdienste für den „Aufbau der BRD" herauszustreichen. Hierin unterscheidet sich Krollmann in keinster Weise von seinem sozialdemokratischen Ministerkollegen in Hamburg, der in einem Brief an alle Hamburger Lehrer die Behandlung der Nazivergangenheit Schleyers als politisch gefährlich und menschlich (!) verwerflich bezeichnete.

Die Apels' und Krollmanns' sollten sich vieleicht einmal bei jüdischen Mitbürgern erkundigen, ob ihre eigenartigen Vorstellungen von „Menschlichkeit" dort geteilt werden.

Schlechte Zensuren, um Arbeitsplätze zu retten?!

Frankfurt: Eine *„dringende Bitte zur Einkehr und Umkehr"* haben zehn von insgesamt 51 Lehrern des Abendgymnasiums (AG) an ihre Kollegen gerichtet, um *„die Existenz dieser Schule, ... und nicht zuletzt den eigenen Arbeitsplatz, ja die eigene berufliche Existenz"* nicht weiter aufs Spiel zu setzen.

Anlaß sind die Angriffe des Kultusministeriums auf die Schule, da schon seit einiger Zeit bemängelt wird, daß der Zensurendurchschnitt an diesem Gymnasium besser liege als an anderen.

Als Maßnahmen gegen diesen „unhaltbaren Zustand wurde eine Zusammenlegung des Nachmittags- und Abendunterrichts und eine Erhöhung der Anforderungen angekündigt. Letztendlich muß sogar eine Auflösung der Schule oder des Kollegiums befürchtet werden.

Nach Ansicht dieser zehn Lehrer sollten die Kollegen diesen Angriff auf den Rücken der Schüler abwälzen, indem der Zensurendurchschnitt systematisch gesenkt wird. Um dieses glaubhaft vertreten zu können, erheben sie den Vorwurf, eine Handvoll *„Wortführer aus der Lehrerschaft (hätte) sich darauf verständigt, Leistungen nicht schlechter als mit der Note 'Drei' zu bewerten."* Da dies allein bei engagierten Pädagogen noch nicht reichen würde, um diese Schweinerei zu rechtfertigen, wird das ganze mit dem allseits schlagenden „Argument" untermauert, bei den Wortführern handle es sich um *„KBW-Mitglieder – eine Handvoll im Kollegium, zwei Hände voll unter den insgesamt 800 Schülern".* Ein Lehrerkollege wird in dem betreffenden „FR"-Artikel (14.1.) gleich noch namentlich denunziert. Wäre allein schon der Angriff auf eine bewußt bessere Benotung für jeden wirklichen Pädagogen „unter der Würde", denn wer wollte behaupten, es gäbe in diesem Schulsystem eine gerechte Bewertung, so kommt in diesem Fall noch hinzu, daß *„die Mehrheit der Lehrer ... stets unterstrich, man halte sich bei der Zensierung an die 'gleichen Richtlinien und Bestimmungen wie anderso' "* Bezeichnenderweise erhoben diese Zehn dann weiter den Vorwurf, *„man (könne) den Schülern nur noch unter großen Schwierigkeiten eine 'Vier' verkaufen"*, womit sie sich gleichzeitig gegen die Bemühungen der Schüler wenden, sich nicht dem „objektiven" Urteil der Lehrer zu unterwerfen. Die Angriffe dieser Zehn gipfeln dann in dem Vorwurf, die Mehrheit der Kollegen würde sich dem „Diktat" der Kommunisten nur beugen, weil das *„besonders junge Kollegium überfordert"* sei, *„im Unterricht oft nichts rauskommt"*, und die Kollegen deshalb aus schlechtem Gewissen bessere Noten geben würden.

Dies alles könnte als eine „normale" Auseinandersetzung zwischen engagierten Pädagogen und rechten Paukern abgetan werden, wenn die Initiatoren dieses Briefes nicht selbst auf ein „fortschrittliches Image" erpicht wären. So erreicht der Brief den folgenden Höhepunkt, in dem der Kniefall sozusagen als sozialistischer Höhenflug angepriesen wird: *„Wir können deshalb nicht länger dabeisitzen, wie diese Schule ... durch eine falsche Politik auf den Hund gebracht wird ... Die CDU hat die Beurteilungspraxis ... zum Anlaß genommen, die Einführung des Zentralabiturs ... zu verlangen. So erweist sich, daß die Mehrheit des AG-Kollegiums objektiv den Kräften des ... Rückschritts in die Hände arbeitet".*

Immer nach der Devise: der Reaktion den Weg freischaufeln und den Kommunisten die Verantwortung für die Angriffe geben. Ob damit die Arbeitsplätze „sicherer" werden? (nach „FR", 14.1.)

Speyer: Es stinkt nach neuen Berufsverboten

Speyer: Es stinkt nach neuen Berufsverboten

Der Skandal von Speyer weitet sich aus: ca. 700 Unterschriften, die Speyer Bürger unter eine Solidaritätserklärung mit der vom Berufsverbot betroffenen Kunsterzieherin Ute B. gesetzt hatten, landeten auf direktem Wege beim Verfassungsschutz (siehe AK 119 und 120). Daraufhin hatte der SPD-Abgeordnete Büchner einen Fragenkatalog an den Innenminister von Rheinland-Pfalz, Böckmann, gestellt, in dem er Antwort darauf haben wollte, wie die Listen zum Verfassungsschutz gelangt seien, was der damit mache, und ob die Unterzeichner mit irgendwelchen Maßnahmen zu rechnen hätten; ausserdem verlangte er den Rücktritt von Ministerpräsident Bernhard Vogel. Doch die Fragen blieben unbeantwortet, stattdessen handelten die befragten Personen: Sie bereiten neue Berufsverbote aus dem Kreis der 700 Unterzeichner vor.

Gegenüber Büchner drehten sie den Spieß erst einmal um und warfen ihm vor, er hätte sich nicht von der Liste distanziert, obwohl er darauf hingewiesen worden sei, daß die betroffene Lehrerin Kommunistin und die Unterschriftensammlung kommunistisch gesteuert sei.

Ein anderer Unterzeichner, der Speyerer Parrer Eckart Emrich wird massiv unter Druck gesetzt: In einem Brief des Staatssekretärs Stellenwerk wird ihm unterstellt: *„Durch Ihre Forderung, Frau B. als Studienreferendarin einzustellen und Kinder von ihr unterrichten zu lassen befürworten Sie, daß die Prinzipien der DKP und des Marxismus-Leninismus an die jüngere Generation weitergegeben werden sollen."* Der Pfarrer wertete dieses Vorgehen als „kein demokratisches und rechtsstaatliches Verfahren mehr, sondern höchstens ein polizeistaatliches." Er drohte dem Innenmister Böckmann gerichtliche Schritte an, um Einsicht in die *„über mich angelegten Akten"* zu erzwingen.

Neben dem Pfarrer griffen sich die Herren Regierenden eine Lehrerin heraus: Der Lehrerin Barbara E. wurde zum 1. September die Einstellung verweigert. In einer Anhörung ohne Zeugen, Rechtsbeistand und Protokoll wurde ihre Solidarität mit einer kommunistischen Lehrerin mit dem Vergehen eines Arztes verglichen, der sich an seinem Patienten vergeht (!) und außerdem an einer ansteckenden Krankheit leidet! Nachdem sie einen Anwalt zu Hilfe genommen hat, darf sie dann doch Knall auf Fall eine Lehrstelle antreten – mit einem befristeten Vertrag über 13 Wochenstunden zunächst, ohne jede Anwärterschaft auf ein Beamtenverhältnis.

Doch das inzwischen entstandene „Mainzer Bürgerkomitee zur Verteidigung der Grundrechte" läßt nicht mehr locker. Es hat inzwischen eine Resolution an Landesregierung und Landtagsfraktionen von Rheinland-Pfalz übermittelt, in der auf die zunehmende Vergiftung des politischen Klimas hingewiesen wird. Am 26. Januar soll es im rheinland-pfälzischen Parlament eine Fragestunde zu der Bespitzelungsaktion geben.

Da schmunzelt der Demokrat: CDU fordert Berufsverbot für Vera Romeyke

Ein Eigentor schoß der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Kühle: Er ließ im Landtag eine Anfrage los, die nicht nur zwei Lehrerinnen wegen Klebens von Plakaten – angeblich eine Plakataktion für das „K-Gruppen-Mitglied Vera Romeyke" – betraf, sondern sich auch auf Vera Romeyke selbst bezog.

Pech für ihn: Vera Romeyke gibt es gar nicht (Es gibt ja auch keine Berufsverbote), sondern sie ist nur eine Filmfigur, und die beiden Beschuldigten waren an keiner Klebeaktion beteiligt. Sie trafen lediglich Kollegen, die Plakate zu dem bekannten Film klebten, der in Wetzlar von der GEW gezeigt wurde („tat", 20.1.78).

Kurzmeldungen

Tübingen. Das Oberschulamt Tübingen hat den Sportstudenten Josef E. als Referendar im Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien abgelehnt, weil er für den MSB Spartakus bei den Studentenratswahlen und bei den Tübinger Gemeinderatswahlen für die DKP kandidiert hatte und sich an einer Solidaritätskundgebung der SDAJ gegen die chilenische Militärjunta beteiligt hatte. Als Beiweismittel für die Ablehnung wurden Fotos vorgelegt, auf denen E. beim Verkauf von Büchern von Anna Seghers und bei Demonstrationen zu sehen ist. Gegen das Berufsverbot wurden vom Lehrkörper des Instituts für Sportwissenschaften an der Uni und dessen Direktor Protest erhoben.

***

Hamburg. Anläßlich der Ernennung zum „Beamten auf Lebenszeit" forderte die Behörde für Schule, Jugend und Berufsausbildung von dem Lehrer Heiner A. das bekannte Bekenntnis zur FdGO. Durch den Verfassungsschutz waren Aktivitäten von A. im MSB und der DKP gemeldet worden.

***

Göttingen. Ausbildungsverbot verhängte der Rektor der Universität, Beug, gegen den Studenten Henrik B. wegen „schwerwiegenden Charaktermangels" (!). Henrik B. war vor einigen Jahren in einem Gerichtsverfahren wegen angeblicher Einfuhr von Betäubungsmitteln verurteilt worden, was er jedoch nach wie vor bestreitet. Noch immer kämpft er um die Wiederaufnahme des Verfahrens. Ein Sprecher der Uni beeilte sich zu betonen, daß die bekannte linke Einstellung des Studenten nichts mit der Entscheidung zu tun habe.

***

Offenbach. Weil sie angeblich Informationen über die unhaltbaren Zustände im Sportunterricht an die GEW weitergegeben haben sollen, wurden vier Lehrer der Albert-Schweitzer-Schule zu einem als „Dienstgespräch" bezeichneten Verhör vorgeladen. Dabei wurden sie ausgiebig über ihre gewerkschaftlichen Aktivitäten ausgefragt. Der GEW-Kreisvorstand bezeichnete dies als Angriff auf die Meinungs- und Koalitionsfreiheit die nicht hingenommen werden dürfte.

Bielefeld. Wegen seiner Mitgliedschaft im SDS von 1967 - 69, in den „Roten Zellen Mathematik" an der FU 1970, seiner Beteiligung an einer

ausgiebig über ihre gewerkschaftlichen Aktivitäten ausgefragt. Der GEW-Kreisvorstand bezeichnete dies als Angriff auf die Meinungs- und Koalitionsfreiheit die nicht hingenommen werden dürfte.

Bielefeld. Wegen seiner Mitgliedschaft im SDS von 1967 - 69, in den „Roten Zellen Mathematik" an der FU 1970, seiner Beteiligung an einer

Wahlinitiative für die Wahl der DKP 1972, seiner Mitgliedschaft in der DKP seit 1973, und seiner Mitgliedschaft in der „Freundschaftsgesellschaft BRD - Cuba" bestehen für das niedersächsische Innenministerium die bekannten Zweifel an der Verfassungstreue von Horst-Eckart G., der sich als wissenschaftlicher Assistent beworben hatte.

***

Pinneberg. Am 8.12.77 wurde dem Assistenzarzt Manfred L. fristlos gekündigt, nachdem er sich geweigert hatte, eine ihm am Vortag vorgelegte erpresserische Erklärung zu unterzeichnen. In dieser Erklärung heißt es u.a.: *„Ich bin belehrt worden, daß der KBW verfassungsfeindliche Ziele verfolgt und distanziere mich daher ausdrücklich von den Zielen des KBW. Ich werde ab sofort weder innerhalb noch außerhalb des Dienstes den KBW unterstützen, insbesondere keine Schriften und sonstiges Propagandamaterial des KBW oder anderer kommunistischer Gruppierungen verteilen noch sonst für deren Ziele Propaganda machen."*

Die Auflistung seiner sorgfältig gesammelten „Untaten" enthält u.a. die Unterzeichnung einer Solidaritätserklärung für das (ehemalige) KBW-Mitglied Güde!

***

Hamburg: Am 9.1. begann der Strafprozeß gegen den Studienrat Gerd H.. Am 7.5.1975 hatte er nach einer Unterrichtseinheit über den Vietnamkrieg vom Schulleiter Hausverbot ausgesprochen bekommen. Gerd H. hielt sich nicht an dieses Verbot, woraufhin er mit Polizeigewalt aus der Schule geschleppt wurde. Mehrere Schüler, die gegen diese Maßnahme protestierten, wurden damals von der Polizei zusammengeschlagen. Gerd H. wurde dann mit sofortiger Wirkung suspendiert, sein Gehalt wurde um die Hälfte gekürzt. Jetzt soll er wegen Hausfriedensbruch kriminalisiert und verurteilt werden, um dann das Berufsverbot hinterherzuschicken.



Der Rechts-Staat muss Heil bleiben!

„Im übrigen waren bei der Urteilsfindung auch generalpräventive Gesichtspunkte zu berücksichtigen, da an einigen Universitäten in den letzten Jahren die Rechtstreue empfindlich gelitten hat." Zitat aus einem Urteil gegen eine angeklagte Studentin (9 Monate auf 2 Jahre Bewährung).

»Staatsschutz«-Prozesse am laufenden Band

Wegen „Beleidigung" der in Mogadischu zum Zuge gekommenen GSG 9 hat die Staatsanwaltschaft Düsseldorf ein Ermittlungsverfahren gegen vier KBWler eingeleitet. Sie hatten offenbar eine SPD-Wahlversammlung genutzt, um die GSG 9 als „Killertruppe" und die Mogadischu-Aktion als „lustiges Abenteuer im Ausland" zu bezeichnen („Tagesspiegel", 5.1.78).

* * *

Am 10.1.78 fand ein Prozeß gegen Hans Sautermann (KBW) statt. Die Anklage lautete auf „Verunglimpfung des Staates" und „Volksverhetzung". Sautermann hatte als Verantwortlicher für einen Stand auf einem Plakat die GSG 9 ebenfalls als „Killertruppe" und das Kontaktsperregesetz als „faschistisch" bezeichnet. Der Genosse hatte bereits seit drei Monaten in U-Haft gesessen. Offenbar um die völlig willkürliche U-Haft zu legitimieren wurde ein empörendes Urteil gefällt: 4 (!) Monate „mit Bewährung" (der Staatsanwalt hatte ein Jahr ohne Bewährung gefordert) (nach „Rote Fahne", Nr. 3/78).

* * *

Der presserechtlich Verantwortliche der „Roten Hilfe", H. Schmidt, steht am 19. Januar gleich zweimal vor Gericht: Im ersten Verfahren ist er wegen „Beleidigung" angeklagt. Beleidigt haben soll er einen Redakteur der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung", der wegen seiner Berichterstattung zum Tod des griechischen Arbeiters I. Batos (der in einer Dortmunder Polizeizelle ums Leben kam) als „Lügner" bezeichnet worden war. Im zweiten Verfahren steht H. Schmidt wegen „Verunglimpfung der BRD" und wegen „Beleidigung" vor Gericht. Anlaß: In der „Rote Hilfe"-Zeitung war das Bundeskriminalamt als „Zentrale des staatlichen Terrors" charakterisiert worden („Rote Fahne", 3/78).

§ 129a - Prozeß gegen Gerd, Enno und Hans- Joachim

Am 16.1.1978 beginnt vor dem 4. Strafsenat – zuständig für Staatsschutzsachen – des Oberlandesgerichts Düsseldorf unter Vorsitz von Richter Wagner der Prozeß gegen Gerd Albartus, Enno Schwall und Hans-Joachim Schlehuber.

Die beiden Hauptangeklagten G. Albartus und E. Schwall sitzen seit dem 6.1. 1977 in U-Haft in Köln-Ossendorf. Der dritte Angeklagte wurde nicht in U-Haft genommen.

G. Albartus und E. Schwall wird die Mitgliedschaft, H.-J. Schlehuber die Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung" (§ 129 a) vorgeworfen.

Einen Tag nach dem versuchten Brandanschlag in einem Aachener Kino gegen die Aufführung des Films „Unternehmen Entebbe" mit dem G. Albartus und E. Schwall in Verbindung gebracht wurden, wurde E. Schwall in seiner ordnungsgemäß gemeldeten Wohnung, G. Albartus vor seiner Wohnung verhaftet. Beide waren nicht in der Illegalität.

Erstmalig wird von der Anklage eine „terroristische Vereinigung" konstruiert, die sich zusammensetzt aus zwei Mitgliedern und weiteren Unbekannten (Phantome). Die derart konstruierte „terroristische Vereinigung" ist dann auch der Unterstützung als strafrechtlich relevantes Handeln zugänglich.

Dies hat konkret bedeutet, daß im Zuge der Ermittlungen alle Kontaktpersonen, der gesamte Bekanntenkreis der Beschuldigten in den Verdacht der Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung" geraten sind. Bei einem großen Teil des Bekanntenkreises wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen, Besucher der inhaftierten Beschuldigten wurden observiert und deren Autonummern notiert, Briefe aus der Korrespondenz mit den Inhaftierten wurden beschlagnahmt, die Eltern der Beschuldigten und selbst auch Eltern von Bekannten der beiden wurden durch ständige Besuche der Polizei eingeschüchtert und ihnen Angst um ihre Kinder eingejagt. Ein Besucher von G. Albartus wurde während seines Italienurlaubs in offener Weise von deutschen und italienischen Polizisten observiert, selbst zwei Professoren der Universität Bielefeld wurden über Examensarbeiten, Persönlichkeiten und Gesprächsinhalte der zwei ehemaligen Studenten E. Schwall und H.-J. Schlehuber befragt.

Im folgenden wollen wir kurz darstellen, um was es bei diesem Prozeß geht, was seine besondere Bedeutung ist und warum er die kritische Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit verdient.

Der Aufhänger der Anklage nach 129 a StGB ist ein versuchter Brandanschlag gegen die Aufführung des Films „Unternehmen Entebbe" in einem Aachener Kino.

Dieser Film war Teil der propagandistischen Unterstützung und spektakulären Vermarktung des israelischen Kommandounternehmens gegen ein entführtes französisches Flugzeug auf dem ugandischen Flughafen Entebbe in der Nacht zum 4. Juli 1976.

G. Albartus und E. Schwall wird der versuchte Brandanschlag mit dem Ziel der Erzwingung der Absetzung dieses Films zur Last gelegt.

Dieser Tatvorwurf ist allerdings nur der Vorwand für die Anklage nach § 129 a. Dieser Paragraph des Strafgesetzbuches, im Sommer 1976 erst vom Bundestag verabschiedet, bedroht mit Freiheitsstrafen bis zu 5 Jahren (Rädelsführer und Hintermänner bis zu 10 Jahren), wer sich an einer Vereinigung beteiligt, deren Zweck die Begehung bestimmter schwerer Delikte ist (wie Geiselnahme, menschengefährdende Brandstiftung usw.). Die Tathandlungen bei diesen „Organisationsdelikten" reichen von der Gründung und Beteiligung bis hin zum Unterstützen oder Werben. Bei Bestehen eines dringenden Tatverdachts auf ein Vergehen nach § 129a ist ein eigenständiger Haftgrund gegeben (wie sonst nur bei Mord, Totschlag oder Völkermord).

Diese einschneidende Änderung der Voraussetzungen für U-Haft wird im Gesetzentwurf der Regierungsparteien SPD/FDP damit begründet, daß diese mit dem § 129a eintretende Folgeregelung sicherstellt, „*daß der Richter einen Haftbefehl in allen Fällen erlassen kann, in denen der vorläufige Freiheitsentzug geboten erscheint. Das ist bisher nicht immer möglich, insbesondere dann, wenn sich die Haftgründe der Fluchtgefahr oder Verdunkelung nicht in dem erforderlichen Maß dartun lassen*" (Bundestagsdrucksache 7/3729, S.7).

Die Gründe für die U-Haft waren für die Verteidigung überdies kaum nachprüfbar, weil die Akteneinsicht bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens verweigert wurde. Weiterhin wurde die Verteidigung dadurch erheblich eingeschränkt, daß die Verteidigerpost einem Richter vorher vorgelegt werden muß.

Wer einmal unter „Terrorismusverdacht" steht, wird dann erst einmal als „Terrorist" behandelt. Seine Gefährlichkeit wird von dem Betroffenen durch seine Haftbedingungen vor Augen geführt. Die U-Haft begann für die beiden mit strengster Isolationshaft in den ersten sechs Monaten. Darauf wurden sie bis zum Beginn der „Kontaktsperre" in den Normalvollzug teilweise eingegliedert. Nach Aufhebung der „Kontaktsperre" galten beide wie sämtliche „terrorismusverdächtigen" politischen Gefangenen als „selbstmordgefährdet". Die entsprechenden Haftbedingungen charakterisiert die Humanistische Union in einem offenen Brief so: „*...danach seien die gegenwärtig ergriffenen Maßnahmen... nicht geeignet, Selbstmorde zu verhüten. Vielmehr wachse die Besorgnis, daß die ständige Be- und Überwachung der Gefangenen, die permanente Beleuchtung der Zellen dem Häftling den letzten Rest seines individuellen Freiraums rauben. Der Effekt solcher Maßnahmen erweise sich als sinnlos und inhuman...*" („FR", 9.12.77).

Dies alles bedeutet in der Konsequenz nichts anderes, als eine Vorverurteilung durch die Umstände und Bedingungen der U-Haft, damit wird die rechtstaatliche Unschuldsvermutung ad absurdum geführt.

Die exemplarische Bedeutung des am 16.1.1978 beginnenden Prozesses liegt neben der Tatsache, daß es der erste § 129a-Prozeß sein wird, in folgendem: den drei Angeklagten wird die Beteiligung bzw. Unterstützung an einer Vereinigung vorgeworfen, deren Struktur und Zusammensetzung völlig unbekannt ist. Diesem konkret nicht greifbaren Gebilde werden die Angeklagten einfach zugeordnet. Werden die selbst schon schwammigen Tathandlungen nach § 129a wie Beteiligung und Unterstützung, mit einer noch schwammigeren Vereinigungskonstruktion kombiniert, dann liegt es in der Tat im Belieben der Staatsschutzbehörden, zu definieren, wer sich an irgendeiner „Revolutionären Zelle" beteiligt oder sie unterstützt haben soll. Dadurch können zahllose politische und auch ganz alltägliche Handlungsformen kriminalisiert werden.

So sitzen drei Drucker der Berliner Agit-Druckerei, die u.a. eine linke Zeitung gedruckt haben, wegen Unterstützung mehrerer „Terroristischer Vereinigungen" in U-Haft, sie werden für sämtliche Inhalte dieser Zeitung haftbar gemacht. Gegen Schüler, die wegen der Stammheimer Vorfälle Parolen sprühten, wird gar wegen Gründung einer „Terroristischen Vereinigung" ermittelt.

Dem dritten Angeklagten, H.-J. Schlehuber, wird z.B. nicht einmal eine konkrete Tat zur Last gelegt.

Im Wege der Kontaktschuld werden Handlungen, die für sich genommen strafrechtlich irrelevant sind, wie Bekanntschaft mit einem der jetzt inhaftierten sog. Terroristen, die Fortsetzung des Kontakts durch Briefwechsel mit ihm, Besitz einiger „staatsabträglicher" Bücher zum verfolgten Delikt.

Es ist äußerst wichtig, daß die kritische Öffentlichkeit das geplante Lehrstück in Sachen – Wie konstruiert man eine Terroristische Vereinigung und ordnet diesem Gebilde irgendwelche Linke zu – verhindert und das Prozeßgeschehen unter die Lupe nimmt.

Prozeßbüro Albartus, Schwall
Schlehuber
c/o Buchladen BVG
Konkordiastraße 81
4 Düsseldorf
Tel. 0211/39 65 14

»Staatsschutz«-Prozesse am laufenden Band

Wegen „Beleidigung" der in Mogadischu zum Zuge gekommenen GSG 9 hat die Staatsanwaltschaft Düsseldorf ein Ermittlungsverfahren gegen vier KBWler eingeleitet. Sie hatten offenbar eine SPD-Wahlversammlung genutzt, um die GSG 9 als „Killertruppe" und die Mogadischu-Aktion als „lustiges Abenteuer im Ausland" zu bezeichnen („Tagesspiegel", 5.1.78).

* * *

Am 10.1.78 fand ein Prozeß gegen Hans Sautermann (KBW) statt. Die Anklage lautete auf „Verunglimpfung des Staates" und „Volksverhetzung". Sautermann hatte als Verantwortlicher für einen Stand auf einem Plakat die GSG 9 ebenfalls als „Killertruppe" und das Kontaktsperregesetz als „faschistisch" bezeichnet. Der Genosse hatte bereits seit drei Monaten in U-Haft gesessen. Offenbar um die völlig willkürliche U-Haft zu legitimieren wurde ein empörendes Urteil gefällt: 4 (!) Monate „mit Bewährung" (der Staatsanwalt hatte ein Jahr ohne Bewährung gefordert) (nach „Rote Fahne", Nr. 3/78).

* * *

Der presserechtlich Verantwortliche der „Roten Hilfe", H. Schmidt, steht am 19. Januar gleich zweimal vor Gericht: Im ersten Verfahren ist er wegen „Beleidigung" angeklagt. Beleidigt haben soll er einen Redakteur der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung", der wegen seiner Berichterstattung zum Tod des griechischen Arbeiters I. Batos (der in einer Dortmunder Polizeizelle ums Leben kam) als „Lügner" bezeichnet worden war. Im zweiten Verfahren steht H. Schmidt wegen „Verunglimpfung der BRD" und wegen „Beleidigung" vor Gericht. Anlaß: In der „Rote Hilfe"-Zeitung war das Bundeskriminalamt als „Zentrale des staatlichen Terrors" charakterisiert worden („Rote Fahne", 3/78).

Bekanntenkreises wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen, Besucher der inhaftierten Beschuldigten wurden observiert und deren Autonummern notiert, Briefe aus der Korrespondenz mit den Inhaftierten wurden beschlagnahmt, die Eltern der Beschuldigten und selbst auch Eltern von Bekannten der beiden wurden durch ständige Besuche der Polizei eingeschüchtert und ihnen Angst um ihre Kinder eingejagt. Ein Besucher von G. Albartus wurde während seines Italienurlaubs in offener Weise von deutschen und italienischen Polizisten observiert, selbst zwei Professoren der Universität Bielefeld wurden über Examensarbeiten, Persönlichkeiten und Gesprächsinhalte der zwei ehemaligen Studenten E. Schwall und H.-J. Schlehuber befragt.

Im folgenden wollen wir kurz darstellen, um was es bei diesem Prozeß geht, was seine besondere Bedeutung ist und warum er die kritische Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit verdient.

Der Aufhänger der Anklage nach 129 a StGB ist ein versuchter Brandanschlag gegen die Aufführung des Films „Unternehmen Entebbe" in einem Aachener Kino.

Dieser Film war Teil der propagandistischen Unterstützung und

sich die Haftgründe der Fluchtgefahr oder Verdunkelung nicht in dem erforderlichen Maß dartun lassen" (Bundestagsdrucksache 7/3729, S.7).

Die Gründe für die U-Haft waren für die Verteidigung überdies kaum nachprüfbar, weil die Akteneinsicht bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens verweigert wurde. Weiterhin wurde die Verteidigung dadurch erheblich eingeschränkt, daß die Verteidigerpost einem Richter vorher vorgelegt werden muß.

Wer einmal unter „Terrorismusverdacht" steht, wird dann erst einmal als „Terrorist" behandelt. Seine Gefährlichkeit wird von dem Betroffenen durch seine Haftbedingungen vor Augen geführt. Die U-Haft begann für die beiden mit strengster Isolationshaft in den ersten sechs Monaten. Darauf wurden sie bis zum Beginn der „Kontaktsperre" in den Normalvollzug teilweise eingegliedert. Nach Aufhebung der „Kontaktsperre" galten beide wie sämtliche „terrorismusverdächtigen" politischen Gefangenen als „selbstmordgefährdet". Die entsprechenden Haftbedingungen charakterisiert die Humanistische Union in einem offenen Brief so: „*...danach seien die gegenwärtig ergriffenen Maßnahmen... nicht geeignet, Selbstmorde zu verhüten. Vielmehr wachse die Besorg-*

für sämtliche Inhalte dieser Zeitung haftbar gemacht. Gegen Schüler, die wegen der Stammheimer Vorfälle Parolen sprühten, wird gar wegen Gründung einer „Terroristischen Vereinigung" ermittelt.

Dem dritten Angeklagten, H.-J. Schlehuber, wird z.B. nicht einmal eine konkrete Tat zur Last gelegt.

Im Wege der Kontaktschuld werden Handlungen, die für sich genommen strafrechtlich irrelevant sind, wie Bekanntschaft mit einem der jetzt inhaftierten sog. Terroristen, die Fortsetzung des Kontakts durch Briefwechsel mit ihm, Besitz einiger „staatsabträglicher" Bücher zum verfolgten Delikt.

Es ist äußerst wichtig, daß die kritische Öffentlichkeit das geplante Lehrstück in Sachen – Wie konstruiert man eine Terroristische Vereinigung und ordnet diesem Gebilde irgendwelche Linke zu – verhindert und das Prozeßgeschehen unter die Lupe nimmt.

Prozeßbüro Albartus, Schwall
Schlehuber
c/o Buchladen BVG
Konkordiastraße 81
4 Düsseldorf
Tel. 0211/39 65 14

Kontaktsperre gegen Mahler für rechtmäßig erklärt

Die Kontaktsperre, die der Bundesjustizminister am 2.10. 77 aus Anlaß der Wegnahme Schleyers gegen Horst Mahler (u.a.) verhängt hatte, ist jetzt vom Bundesgerichtshof für rechtens erkannt worden.

Am 6. Oktober hatte Mahler beim Kammergericht Westberlin die Prüfung der Rechtmäßigkeit dieser Maßnahme beantragt.

Ende Oktober war die Kontaktsperre wieder aufgehoben worden, Mahler (sowie Bäcker, Grusdat und Räther) wurden jedoch kurz darauf von der Strafanstalt Tegel in die U-Haftanstalt Moabit verfrachtet und dort in Isolationshaft gehalten.

Das war nicht mal mehr dem Justizsenator Baumann geheuer; er unterstützte Mahlers Forderung nach Rückverlegung in den „normalen" Strafvollzug.

Nicht so der Staatsschutz, er hatte „Sicherheitsbedenken", so daß die Gefangenen erst am 23. Dezember wieder nach Tegel zurückgebracht wurden.

Am Tag zuvor hatte der Strafsenat des West-Berliner Kammergerichts beschlossen, die Einbeziehung Mahlers in die Kontaktsperre vom BGH überprüfen zu lassen. Das Gericht selbst hatte erklärt, daß es die Anordnung der Kontaktsperre für nicht rechtmäßig hielte, da Mahler sich glaubhaft vom Terrorismus abgesetzt hätte.



Anwalt Horst Mahler

Der BGH begründet seine Entscheidung damit, „*daß die formalen Voraussetzungen für die Anordnung einer Kontaktsperre in der Person Mahlers (!) gegeben waren*". Er (Mahler) habe „*immerhin in den Anfängen des Terrorismus erheblichen Einfluß auf seine – jedenfalls damaligen – Gesinnungsgenossen ausgeübt*" („Tagesspiegel", 10.1.78).

Für Mahler heißt das, daß jederzeit erneut für ihn die Kontaktsperre verhängt werden kann, aus welchem hergeholten Anlaß auch immer.

KB/Gruppe Westberlin

Gruppe »Antifaschistischer Kampf« nach zwei Monaten U-Haft frei!

Anfang Januar wurden die acht Mitglieder der Gruppe „Antifaschistischer Kampf ", die seit dem 8.11.77 in Untersuchungshaft waren, entlassen, da kein „dringender Tatverdacht" mehr aufrechterhalten werden konnte.

Die acht waren in der Nacht des 8.11.77 in Kaiserslautern in vier verschiedenen Wohnungen festgenommen worden. Ihnen wurde vorgeworfen, den Anschlag mit einer Brandbombe auf das Oberlandesgericht Zweibrücken am 31.10.77 verübt zu haben. Dieser Anschlag war in einer Erklärung der Täter als Reaktion auf das Massaker von Stammheim bezeichnet worden.

In allen Pressemeldungen über die Festnahmen wurde es sofort als bewiesene Sache hingestellt, daß die acht Festgenommenen wirklich die Täter seien. Die „Bild" z.B. schrieb: „**Bombenleger verhaftet - Verbindung zur BM-Bande!**". Die Regionalzeitung „Rheinpfalz" wußte zu berichten: „**Zweibrücker Attentäter hatten Kontakte zum Büro Croissants**" (11.11.77). „**Sprengstoffanschlag aufgeklärt!**", verkündeten andere Überschriften. In der Fernsehsendung „Monitor" am 28.11.77 wurden die acht Inhaftierten als Paradebeispiel für „die Terroristen der vierten Generation" mit Interviews eines Studenten-Funktionärs, eines Pfarrers u.a. aus Kaiserslautern vorgestellt, immer wieder von zusammenphantasierten Beiträgen der Moderatoren unterbrochen. Tenor der Sendung: Mit sozialistischer Politik an der Uni fängt's an, dann bildet man eine Wohngemeinschaft, will die Gesellschaft und das Bewußtsein der Bevölkerung verändern, schließlich fängt man an, sich um gefangene Terroristen zu kümmern - und am Ende ist man selber einer . . . Auch die Sendung des Regionalfernsehens „Blick ins Land" (ARD) am 14.11.77 hatte sich schon ausführlich mit der inhaftierten Gruppe befaßt. Dabei wurde die Gruppe als „Nach**wuchs für die Rote Armee Fraktion**" bezeichnet. Vor allem aber war der Beitrag bemüht, die – völlig legalen! - Aktivitäten der Gruppe an der Universität von Kaiserslautern, ihre Flugblattaktionen für politische Gefangene und Mitarbeit in der Alternativzeitung „KATZ" zu diffamieren .

Letzten Endes bestanden die „Beweismittel" gegen die Gruppe in „*Gegenständen, die vermutlich zur Herstellung von Sprengkörpern dienen sollten*", nämlich „*Kupferdraht, eine Flachbatterie, Bananenstecker und Blitzlichtbirnen*" („Stern" Nr.48), sowie in „Fotokopien des Bekennersbriefs" zum Zweibrückener Anschlag, die freilich breit verschickt worden waren. Die Inhaftierten geben dazu, durchaus glaubwürdig, an, diese Papiere von der sogenannten „Russell-Notkonferenz" mitgebracht zu haben, wo sie ausgelegen hätten. Ansonsten galt als Beweis immer wieder die „Verbindung" der Gruppe zum Anwaltsbüro Croissant. Diese bestand in der Tat, da es sich die Gruppe zur Aufgabe gestellt hatte, politische Gefangene zu besuchen und öffentliche Solidaritätsarbeit zu machen.

Letzten Endes war diese - legale! - Arbeit der einzige Grund für die Inhaftierung der acht. Die Anzeichen deuten darauf hin, daß die Arbeit solcher legalen Gruppen künftig systematisch durch willkürliche Inhaftierung und Verleumdungskampagnen in den Medien behindert und zerstört werden soll.

Im Falle der Kaiserslauterner Gruppe „Antifaschistischer Kampf" bedeutete das zwei Monate U-Haft, persönliche Diffamierung, für manche vielleicht Zerstörung jeder ‚normalen' Existenzmöglichkeit. Es wurde zu ihrer Freilassung erklärt, daß wegen des Bombenanschlags kein „dringender Tatverdacht" mehr bestehe. Es werde jedoch weiterhin „ermittelt" wegen des Verdachts, „eine terroristische Vereinigung gegründet oder unterstützt zu haben". Die Möglichkeit zu erneuten Inhaftierung besteht damit.



Nachrichten aus dem Knast

Hungerstreik

Nach Aussage der Rechtsanwältin Franziska Piontek nehmen in Hamburg und Lübeck drei RAF-Häftlinge (Annerose Reiche, Christa Eckes - beide Lübeck, Inga Hochstein - Hamburg) an einem Hungerstreik teil, um die alte Forderung nach Anerkennung als Kriegsgefangene und die Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen zu erreichen.

Die Nahrungsverweigerung der drei Gefangenen läuft seit dem 28. Dezember 77.

* * *

Wieder Selbstmord in Fuhlsbüttel

Das neue Jahr begann in der Strafanstalt Fuhlsbüttel (Hamburg) gleich mit einem Selbstmord. In der Nacht vom 1. zum 2. Januar erhängte sich gegen 2.30 Uhr der 26 Jahre alte Ralf Nagel in seiner Zelle auf Station C 4.

Nachdem Ralf Nagel morgens um 6.00 Uhr gefunden wurde und seine Tür dann um 7.00 Uhr versiegelt worden war, fand sich an der Zellentür folgender Anschlag:

„Ralf N. wurde in der Nacht vom 1.-2. Januar 1978 ein Opfer der Justiz! Das wievielte in diesem Hause?"

Die auch in Fuhlsbüttel häufigen „Selbstmorde" werfen ein grelles Licht auf die Wirklichkeit bundesdeutschen Strafvollzugs. Alles Gerede vom sog. „modernen Strafvollzug" oder der „Resozialisierung" wird hier Lügen gestraft.

Bezeichnend für die Unmenschlichkeit gegenüber Strafgefangenen ist auch gerade der Fall Ralf Nagel. Neun Wochen hatte er auf der berüchtigten Station D I, der Isolier- und Strafstation, zubringen müssen. Angeblich wegen Tablettenmißbrauch. Da wurde nicht etwa nach den Gründen für einen derartigen „Mißbrauch" gefragt, da wurde natürlich übersehen, daß vielen in der Knastatmosphäre gar nichts anderes übrig bleibt, als die Ungerechtigkeiten und die Härte durch irgendetwas zu betäuben. Der Knast bietet nur eins: Bestrafen. Und dies offensichtlich im vollen Bewußtsein, anschließend einen „Selbstmord" mehr zu verzeichnen. „Verwahrlosungsvollzug" ist für dies alles sicher ein treffender Begriff.

Die Lächerlichkeit eines „Segeltörns" mit einigen Fuhlsbüttler Strafgefangenen (mit Sicherheit nur die treue Garde der Anstaltsleitung), der in der gesamten bürgerlichen Presse als großer Fortschritt bei der Resozialisierung gefeiert wurde, wird angesichts von kleinlicher Urlaubsverweigerung, Isoliertrakt, Hausstrafen usw. überdeutlich. Und wenn zu alledem noch unterschiedliche Auffassungen über „modernen Strafvollzug" zwischen der Anstaltsleitung und dem Strafvollzugsamt auf dem Rücken der Gefangenen ausgetragen werden, indem z.B. das Strafvollzugsamt Urlaub verweigert, den die Anstaltsleitung eventuell genehmigt hätte, sind alle Weichen für weitere Selbstmorde gestellt. Aber wer mag da noch von „Selbstmorden" sprechen!?

IKAH Hamburg
Nach einem Bericht der Gefangenenselbstinitiative

Offener Brief

Hamburg, den 21. Januar 1978

Dr. Stark!

Nur Fliegen sterben schneller! Dieses Motto zu überholen, scheint die Realität für die Gefangenen in Ihrer Anstalt zu werden. Wir, die Gefangenenselbstinitiative e.V. – in der auch ehemalige Opfer Ihres Handwerkes mitarbeiten – halten es für angebracht, Sie auf diesem Wege aufzufordern, Rechenschaft über die Vorkommnisse in den letzten Tagen abzulegen und die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Als Opfer Ihres angeblich „humanen" Strafvollzuges wissen wir, daß Sie 1972 bei Ihrer Amtsübernahme die besten Vorsätze hatten, den Strafvollzug menschlicher zu gestalten – sofern dies überhaupt möglich ist. Das Getriebe der Institution Knast und Justiz machte Sie aber zum Rädchen, der Machtbereich, den Sie plötzlich zur Verfügung hatten, zur Marionette des Systems. Anstelle der Realisierung Ihrer durchaus positiven Vorsätze trat die Wahl des leichteren Übels. Sie verstanden es aufgrund Ihrer psychologischen Fähigkeiten gut, die Versprechungen, die Sie nach den Gefangenenkämpfen 1972 nur noch einzulösen brauchten, als Ihre Verdienste auszugeben, den Gefangenen einen vor „Humanität" geradezu strotzenden Anstaltsleiter vorzuspielen und der liberalen Öffentlichkeit diesen „humanen" Strafvollzug günstig zu verkaufen. Sie bildeten für die Gefangenen eine Scheinwelt, in der es scheinbar keine Bestrafung mehr gab, da Sie durch Belohnung mit Urlaub und sonstigen Vergünstigungen für besonderes Arschkriechen ersetzt wurde. Nicht mehr die Beamten passen auf, daß bestehende Verbote nicht umgangen werden, sondern die Gefangenen bespitzeln sich gegenseitig, um in den Genuß von Vorteilen zu kommen. Von der Institution Knast kommt durch diese Praxis scheinbar nur gutes, was zur Folge hat, daß der unbewußte Gefangene nicht weiß, wogegen er seine Aggressionen richten soll. Die Folge: Er richtet sie gegen sich selbst! Ihr Vollzug produziert Selbstmörder! Ist ein Mordvollzug!

Aus eigener Erfahrung kennen wir Ihre Strategie sehr genau, die wir Ihnen gegenüber des öfteren als Psychoterror und Menschenvernichtung angeprangert haben. Die Folge davon war, daß Sie uns in andere Anstalten verschleppen ließen, um uns mundtot zu machen. Nach den tragischen und sich ständig vermehrenden „Selbst"-Morden und „Selbst"-Mordversuchen sehen wir uns veranlaßt, Ihnen dieses noch einmal ins Gesicht zu schreien. Legen Sie endlich Ihr „humanes" Mäntelchen ab, mit dem Sie die Gefangenen und die Öffentlichkeit immer wieder täuschen. Ziehen Sie die Konsequenzen und sorgen Sie für tatsächliche Rechte der gefangenen Menschen und für eine Gleichbehandlung aller Menschen.

Neuerdings füttert man uns
mit Therapie und Psychologie,
damit wir ruhig bleiben –
friedlich wie Blumenkinder
aggressionslos alles hinnehmen.
Einschränkungen und Verbote
als irres Glück empfinden
und das Gefängnis als Paradies
in dem wir psycho-gefixt,
interessenlos
auf die nächste Droge warten.

Mit der Ihnen gebührenden Hochachtung verbleiben wir

Gefangenenselbstinitiative e.V.
Max Brauer Allee 225 2 HH 50

Kritik eines gefangenen Genossen

Wir veröffentlichen im folgenden die Kritik des Genossen W. an dem Abdruck seiner Briefe im „Arbeiterkampf" Nr. 116 („Briefe eines anarchistischen Genossen aus dem Gefängnis', S.12). Daß diese Veröffentlichung unabgesprochen geschah, wird von uns bedauert, was dem Genossen auch mitgeteilt wurde. Obwohl dies nun schon einige Zeit zurückliegt, möchten wir seine Kritik vor allem deshalb unseren Lesern bekanntmachen, weil sie auch für uns Aspekte enthielt, die wir vorher nicht so gesehen hatten.

AK-Redaktion

Liebe B.,

weißt du, es gibt natürlich Gefangene (und nichtgefangene), die ihre Briefe – mehr oder weniger – „für die nachwelt" schreiben und sie jedenfalls als literatur oder sowas begreifen. Dazu gehöre ich nicht.

Ich will meine Briefe immer nur für den schreiben, an den ich sie auch absende (sonst würde ich gleich Flugblätter verschicken, oder Bücher schreiben, „Gefängnistagebücher" ...). Ich will auch nicht in die Reihe der großen revolutionären Briefeschreiber aufgenommen werden; ich will nur, daß sich der oder die, für die ich es schreibe, vielleicht darüber freut, daß ich was für ihn/sie geschrieben hab.

Und ich setze auch kein Copyright-Zeichen drunter, weil ich davon ausgehe, daß sie nicht zu einer Ware gemacht werden. Werden sie es doch, werden sie nicht nur dem einen oder anderen Genossen gezeigt, sondern sofort ohne Diskussion und Rückfrage dazu verwendet, Politik zu machen, werden sie also an eine relative „Öffentlichkeit" gebracht, fühle ich mich sicher verarscht, zumindest aber selbst auch als Ware, als Objekt, mit dem Politik gemacht wird.

Das will ich nicht.

Vor knapp zwei Jahren, im Januar 76, schrieb ich dir: „Was übrigens zum Teil auch die ‚Anziehungskraft' der Parteisekten bzw. ihrer ‚Roten Hilfen' etc. für viele Gefangene erklärt: Die beteiligen die Gefangenen an ihrer Politik, nehmen sie als Teil ihrer Politik an. Damit ist natürlich absolut nichts über die Qualität dieser Beteiligung gesagt, nichts darüber, daß sie die Gefangenen auch nur zum Objekt ihrer Politik machen ..." – und genau das ist hier gelaufen.

Vor knapp einem Jahr, im September 76, schrieb ich dir zur Berichterstattung über Ilses Prozeß: „Dieser Bericht im ‚Stern' wurde unter anderem dadurch aufgewertet, daß dem Schmierfinken Briefe, Fotos etc. über und von Ilse durch irgendwelche Schweine verkauft wurden. Dadurch bekam das Ganze dann den Anschein einer ‚Dokumentation' ". – Zuerst hat der „Stern" allerdings bei Ilse selbst nachgefragt, ob sie nicht was beisteuern wolle, was sie natürlich abgelehnt hat.

Nun ist der „AK" natürlich nicht der „Stern" – aber die Herangehensweise ist sicher ähnlich: Man macht aus den Genossen Nachrichten und verarbeitet sie, vermarktet sie.

Wie gesagt, der „Stern" fragt vorher, und druckt bei Absage trotzdem. Die haben eben Zeit; denn sicher würdest du, danach gefragt, sagen, daß für lange Rückfragen keine Zeit mehr war, weil es doch gerade ungeheuer aktuell oder sonstwas war – aber das ist (mal abgesehen davon, daß das der bürgerliche Journaillenstandpunkt wäre) eine prinzipielle Frage: Inwieweit – oder: Ob überhaupt – eine inhaltliche Abklärung und Diskussion solcher Veröffentlichungen durch „Sachzwänge" wie „zu wenig Zeit" u.ä. Blödsinn verhindert werden darf.

Ich denke: Gar nicht.

Für mich gibt es Sachzwänge DIESER Art jedenfalls nicht mehr, weil sie immer nur der Entmündigung dienen und auf Dauer dazu führen müssen, daß die Politik sich ihnen unterordnet; weil sie keine inhaltliche Auseinandersetzung mehr zulassen und jedes Argument erschlagen; weil sie beliebig sind, auswechselbar: Wie „Das haben wir schon immer so gemacht!" oder „Das haben wir noch nie so gemacht!"

Die Inhaber der Sachzwänge (und was darunter zu verstehen ist, bestimmen regelmäßig nur sie selbst: Ach, wir haben ja noch sooo viel Zeit; ach, wir haben überhaupt keine Zeit mehr: zum Diskutieren), nehmen uns unser Selbstbestimmungsrecht und verhindern, daß wir „Politik in der ersten Person" machen und unsere Sachen in die eigenen Hände nehmen.

Kommt hinzu: Die Briefe in Nr. 116 sind natürlich ne Fälschung.

Für jeden IM Knast ist es müßig, das noch erklären zu müssen, aber sei's drum:

Was sind das? Es sind Briefe eines Genossen im Knast, über die Zensur an eine Genossin draußen geschickt. Zensierte Briefe sind immer gefälscht. Sie sparen alles aus, was die Weiterleitung gefährdet – d.h., daß eine Hälfte des Briefes fehlt. Ich habe dir im ersten Brief damals geschrieben, daß durch Zensur und Selbstzensur eine wirkliche politische Diskussion unmöglich ist, daß, wie es ganz richtig ein Genosse geschrieben hat, „die Zensur nicht das Forum (ist), vor dem ich mich ausbreite."

Man sollte eigentlich denken, daß diese Dinge ziemlich einfach zu kapieren sind, aber dazu muß man wohl tatsächlich hier sein, drinnen, denn es geht ja nicht nur dir draußen so, daß du denkst, in den Briefen „Originalton" zu hören, sondern so gut wie allen.

Darum noch mal: In Knastbriefen steht NIE ALLES, sondern nur und ausschließlich die eine Hälfte; Kritik an Methoden, Aktionen, Hintergründen, Stellungnahmen zu Gott und der Welt. So verzerrt sich das Bild dann, und es wird dann zu dem, was ich mit Fälschung meine, wenn diese kastrierten Stellungnahmen als das tatsächlich angesehen und angekündigt werden, was sie nun sicher nicht sind: „die Gefühle und Gedanken, die einen Teil der politischen Gefangenen in den letzten Tagen und Wochen bewegt haben". Wenn DAS nämlich alles wäre, was dieser Teil gefühlt und gedacht hätte, wäre es schlimm bestellt um die Gefangenen (ich glaube übrigens nicht, daß die Briefe, unkastriert, auch im „AK" veröffentlicht worden wären; zumindest nicht so reibungslos, da hätten dann sicher andere Sachzwänge wie „zu wenig Platz" o.ä. eine Rolle gespielt.).

Na gut. Wenn es hierbei nur um das Wetter ginge oder um die miese Qualität des heutigen Kompotts hier, wäre das alles nicht so schmerzhaft. Es geht aber eindeutig darum, ob es nun tatsächlich so „schlimm bestellt" ist um die Gefangenen; wie sie wirklich fühlen und denken.

Das heißt: Wem nützt und wem schadet der Abdruck?

Er nützt der psychologischen Kriegsführung des Regimes, denn es sind – bedingt durch die Einseitigkeit – resignative, entmutigende, spalterische Gedanken und Gefühle, die, werden sie in dieser Form öffentlich gemacht, nur eins bedeuten können: Scheitern. Sicher nicht so eindeutig und klar ausgedrückt wie Bommis Entwaffnungsappell oder H.J. Kleins Rückkehr vom Gletscher – aber in diese Sparte gehört es – so – sicher. Zu dieser Gesellschaft der JEMANDS, die sich gestern distanzieren, heute diffamieren, morgen denunzieren, gehöre ich aber nicht; denn wenn ICH irgendwann mal im Arsch bin, mutlos bin, ist ja möglich, dann verkünde ich das nicht auch noch großkotzig als „Alternative" über den „Spiegel" oder den „AK", sondern setz mich still in eine dunkle Ecke und schäme mich.

Kurz: Diese Briefe sind keine Standpunkte, keine Gedanken, die bloß „widersprüchlich" sind o.ä., sondern sie enthalten nur die eine Seite dieser vorhandenen widersprüchlichen Gedanken. Und das ist doch genau I h r e Methode: DIE METHODE DES REGIMES: Widersprüche dadurch zu entschärfen, und zu leugnen, daß eben nur die eine Seite als das Ganze ausgegeben wird; dadurch erhalten doch diese ganzen „Auseinandersetzungen mit dem Terrorismus" ihre Scheinlegitimation. Und in diese Kerbe schlagen auch meine Briefe: von links.

„Ja, wenn jetzt schon die Genossen im Knast so denken ..." – und da hört dann der Gedankengang auf, denn „die im Knast", sind ja so kompetent in diesen Fragen, und hier haben wir doch endlich mal ne Äußerung.

Weil dieser Weg so bequem ist, weil diese Briefe vielleicht den einen oder anderen entmutigen, der sie für bare Münze nimmt, darum schaden sie der Linken und nützen dem Regime (nehmen ihm Arbeit ab), und darum hätten sie nicht abgedruckt werden dürfen.

Von all dem mal abgesehen: Der Zeitpunkt schon allein, hätte die Veröffentlichung verbieten müssen. Che, auf den auch ihr euch beruft, sagt: „Wir müssen uns die Zeit nehmen, die gefallenen Genossen zu beweinen, während wir die Machete schärfen."

SCHÄRFEN, nicht stumpf und schartig machen durch defätistische Briefe, die eine Verhöhnung der gefallenen Genossen sind.

Wem nützt der Abdruck noch? Dem KB vielleicht; denn Briefe eines anarchistischen Genossen in der Zeitung einer kommunistischen Organisation, die in der Tendenz ähnliche Gedanken enthalten, wie sie in den letzten Erklärungen dieser Organisation auch anklingen, zeigen natürlich die „Breite" und „Integrationskraft" dieser Organisation nach links, in Richtung Anarchisten und Spontis; und sie unterstreichen, durch die Scheinlegitimation Knast, auch die „richtige Linie" der Politik dieser Organisation. (Ein Genosse, der als „Terrorist" in den Knast gekommen ist, und sich dort dann nach paar Jahren öffentlich von seinen Genossen absetzt, ist natürlich „glaubhaft". Die „richtige politische Linie" setzt sich eben doch durch.) Wie man sowas noch besser verkauft, hat der Genosse Mahler selbst überzeugend vorgeführt.

Aber das allein wäre nicht so übel, ist auch nicht das Ausschlaggebende, denn du weißt (und wußtest), daß ich inzwischen den organisierten politischen Kampf – von mir aus: die antifaschistische Einheitsfront – für notwendig halte. Insofern ständen also Briefe anarchistischer und sonstiger Genossen durchaus auch im „AK" an der richtigen Stelle.

Doch sowas entsteht nicht durch Entmündigung und Verwertungspolitik, wie sie sich hier ausgedrückt hat. Kurzfristig mag euch das „Erfolge" bringen, „Material" bringen (wenn die Betreffenden sich nicht dagegen aussprechen, nach dem ersten Mal), weil es immer – ganz besonders in der sogenannten Knastarbeit z. B. – Genossen geben wird, die bereitwilligst ihre FUNKTION, also die in sie von euch gesetzten Erwartungen, erfüllen und „auftragsgemäß" (egal ob klar als solcher ausgesprochen oder nicht) z.B. Stellungnahmen oder Erklärungen abgeben, die ihr gerade gut brauchen/verwerten könnt – langfristig nützen diese unaufrichtigen Gefälligkeits-Erklärungen aber niemand, weil Widersprüche natürlich nicht auftauchen, wenn immer nur das Gewünschte geliefert wird; alle Genossen bleiben Werkzeuge, anstatt sich durch Diskussion und Auseinandersetzung zu qualifizieren. Außerdem läßt es sich auf die Dauer auch nicht verschleiern, daß die Schreiber selbst nicht hinter dem stehen, was sie schreiben.

Langfristig nützt nur die offene Diskussion, ohne Bevormundung, auf freiwilliger Basis.

Ich bin sicher, das ist dir – eigentlich – auch klar und alles nichts Neues, aber man muß sich eben nicht nur theoretisch darüber im klaren sein, daß die Beziehungen zwischen Genossen sich nicht nur an der gegenseitigen Nützlichkeit/Verwendbarkeit festmachen dürfen; man muß es in seine Praxis umsetzen.

Na gut, ich nehme mich und meine Ergüsse nicht wichtig, aber das wollte ich noch mal anmerken; der Klarheit und der Wahrheit wegen, nech ?

W.

Holger Schneider im Hungerstreik?

Im berühmt berüchtigten Knast Lübeck-Lauerhof traten am 2.1.78 die Gefangenen Bodo Johlke und Holger Schneider in den Hungerstreik, um gegen ihre verschärften Haftbedingungen zu protestieren. Sie wollten mit ihrer Aktion zumindest gemeinsame Freizeit und gemeinsamen Umschluß erreichen. Holger trat später zusätzlich in den Durststreik. Nach 9 Tagen wurde der Hungerstreik und Durststreik unterbrochen. Für Holger besteht nun totale Isolationshaft und Bodo wurde in einem Freigängertrakt auf dem Frauenknastgelände gesperrt. Während alle dort inhaftierten sich nicht unter Verschluß befinden und sich relativ frei bewegen können, wird Bodo als abschreckendes Beispiel dort, wie auch Holger, total isoliert gehalten. Holger begründet die Unterbrechung des Hunger- und Durststreiks mit der fehlenden medizinischen Versorgung. Holger klagt über eine Stirnhöhlenentzündung, Nierenschmerzen, Kreislaufbeschwerden und Herzstörungen. Er wollte ein paar Tage zu Kräften kommen und am vergangenen Wochenende den Hungerstreik fortführen.

Solidaritätsadressen sendet bitte an:

Holger Schneider
Bodo Johlke
Marliring 41
2400 Lübeck

gez. Gefangenenselbstinitiative e.V.

›Sympathisanten‹ aus der historischen Kulturscene: Heinrich Heine

Von Heinrich Heine wird in letzter Zeit wieder etwas mehr geredet. Ein ziemlich realistisches Bild gab die ZDF-Sendung über Heine, Anfang Januar.

Wenn man vordem in der bildungsbürgerlichen Öffentlichkeit überhaupt von ihm hörte, dann waren es seine lyrischen Gedichte – Das Buch der Lieder. Der politische, sozialkritische Publizist und Schriftsteller wurde fein säuberlich vom großen deutschen Dichter getrennt. Texte wie dieser waren für die bürgerliche Kulturtradition untragbar:

„Die Vernichtung des Glaubens an den Himmel hat nicht bloß eine moralische, sondern auch eine politische Wichtigkeit: Die Massen tragen nicht mehr mit christlicher Geduld ihr irdisches Elend, und lechzen nach Glückseligkeit auf Erden. Der Kommunismus ist eine natürliche Folge dieser veränderten Weltanschauung und er verbreitet sich über ganz Deutschland. Es ist eine ebenso natürliche Erscheinung, daß die Proletarier in ihren Ankampf gegen das Bestehende die fortgeschrittensten Geister, die Philosophen der großen Schule als Führer besitzen; diese gehen über von der Doktrin zur Tat, dem letzten Zweck alles Denkens, und formulieren das Programm..." (Briefe über Deutschland, 1844)

Heines beißende Kritik an den deutschen Zuständen, die über einen

Heinrich Heine war also – wie viele Schriftsteller früherer und späterer Epochen – gezwungen, im Exil zu leben, um seine politische Identität zu wahren. Ökonomisch war er zum Glück durch die Rente seines reichen jüdischen Onkels relativ gesichert.

Zu Lebzeiten wurde er als „Nestbeschmutzer" und „gefährliches Individium" in Deutschland bezeichnet; es gab staatshörige Dichter wie Menzel, die ihn bei den Behörden denunzierten. Nach seinem Tode versuchten die Herrschenden ihn zunächst grundsätzlich totzuschweigen. Jedoch sein berühmtes Lied über die schlesischen Weber lebte unter den Arbeitern weiter. Später wurde der lyrische Dichter, der „ungefährliche Teil" an ihm, rehabilitiert: Die Loreley durfte schon mal in den Schulen gesungen werden. Die NS-Faschisten dann sahen in ihm die klassische Verquickung zwischen „dekadentem Juden" und „gefährlichen Intellektuellen": Sie verbrannten seine Bücher zusammen mit Tucholskys und Manns Werken. Der politische, der satirisch-realistische Schriftsteller, der die Wirklichkeit mit ihren antagonistischen Widersprüchen glasklar analysierte und trotz seiner Furcht vor dem mangelnden Kunstverständnis des Proletariats den Kommunismus prophezeite, mußte von der herrschenden Öffentlichkeit unterbunden



„antifeudalistischen" Standpunkt schon hinausging und durchaus den sich entwickelnden Kapitalismus traf, brachte ihm schon 1835 – im Rahmen der Bundestagsbeschlüsse – Berufsverbot ein. Seit den Karlsbader Beschlüssen, die sowas wie Maulkorberlasse waren, regelte in Deutschland die Zensur das geistige politische Leben totaler als zuvor.

Heine hatte zunächst versucht, mit verdeckter Sprache in den Zeitungen dagegen anzugehen. Nach dem Berufsverbot aber gab es für ihn keine Chance mehr, in Deutschland selbst zu arbeiten. Er blieb in Paris, wo er sich seit der Julirevolution von 1830 aufhielt. Mithilfe seines cleveren Verlegers Campe wurden die inkriminierten „Machwerke" nun über die Grenze geschmuggelt und unter dem Ladentisch bzw. in ablenkenden Einbänden verkauft. Heine nahm keins der Angebote, sich zu arrangieren, an, er kämpfte mit seinen Schriften weiter gegen die Zensur: Bekanntes Mittel sind die „—" in seinen Texten. Er druckte sie an den Stellen, wo die Zensur eingegriffen hatte.

werden. SeineAussagen sind noch heute aktuell:

Ein Passagier, der neben mir stand,
bemerkte mir, ich hätte
jetzt vor mir den preußischen Zollverein,
die große Douanenkette.

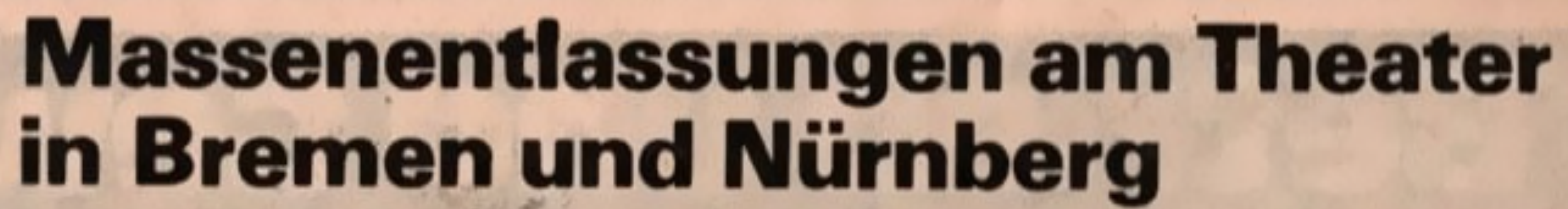
Der Zollverein, bemerkte er –
wird unser Volkstum begründen,
er wird das zersplitterte Vaterland
zu einem Ganzen verbinden.

Er gibt die äußere Einheit uns,
die sogenannte materielle;
die geistige Einheit gibt uns die Zensur
die wahrhaft ideelle –

sie gibt die innere Einheit uns,
die Einheit im Denken und Sinnen;
eine einiges Deutschland tut uns not,
einig nach außen und innen.

(aus Deutschland. Ein Wintermärchen 1844)

Kulturkommission
KB-Gruppe Hamburg



Massenentlassungen am Theater in Bremen und Nürnberg

"Die Kunst ist frei," sprach Herdlein, Präsident der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger (GdBA) im Zusammenhang mit den immer häufiger auftretenden Fällen von Zensur in den Theatern.

Wessen „Freiheit" das ist, und wem sie nützt, und daß einige wenige „freier" sind als andere, sollen folgende Beispiele zeigen.

Bremens Theater hat einen neuen Intendanten, A. Wüstenhöfer. Und weil bei einem Wechsel des Chefs erfahrungsgemäß (leider) immer auch Personal "wechselt", mußte auch das Bremer Ensemble um seine Arbeitsplätze bangen. Aber der neue Chef verspricht: *"Massenentlassungen wird es nicht geben, dafür stehe ich Wort."* (Weser Kurier, 2.1.77). Allerdings, ein paar sollen schon gehen. In einem Gespräch mit dem Betriebsrat ist von vier Entlassungen jeweils in Oper und Schauspiel die Rede. Unter diesen Forderungen stimmt offensichtlich auch der Betriebsrat einer Wahl Wüstenhöfers zu! Nur bleibt es nicht dabei. Vier Tage später (!), am 6.1.77 meldete der Weser Kurier: "Kahlschlag wird befürchtet"!. Und was da befürchtet wurde, wurde Wirklichkeit: 35 (!) Kollegen und Kolleginnen sind entlassen. Dazu muß gesagt werden, daß das künstlerische Personal nicht "entlassen" wird. Es schließt Zeitverträge ab, die dann schlicht nicht verlängert zu werden brauchen. Die Theaterleitung muß lediglich binnen einer bestimmten Frist die "Nichtverlängerung" des Vertrags bekanntgeben.

Wie konnte das also passieren? Nach der Berufung Wüstenhöfers tauchte plötzlich ein Brief vom März 77 auf, in dem W. sich noch wesentlich weitgehendere Kündigungsforderungen (als öffentlich zugegeben) ausbedungen hatte. Und der zuständige Senator Franke, dem besagter Brief bekannt gewesen sein muß, schweigt sich aus. W. hatte es geschafft und ging munter ans Werk. Der getäuschte Betriebsrat erklärte in einer Pressekonferenz, daß *"die Arbeitnehmervertretung... der Wahl Wüstenhöfers nicht zugestimmt hätte, wäre ihm der hinter den Kulissen vieldiskutierte Brief bekannt gewesen"* (nach "Bühnengenossenschaft", 1/78). Und das Fazit: einer kommt, und 35 sollen gehen. Natürlich - nur *"für dieses Theater"*! (Wüstenhöfer nach "Bühnengenossenschaft", 1/78).

Nach einem ähnlichen Rezept geht der neue Schauspieldirektor in Nürnberg vor. Nachdem sein Vorgänger Schwarze dafür gesorgt hatte, daß zu seinem Amtsantritt 50% des Ensembles "ausgewechselt" wurde, beginnt sein Nachfolger Utzerath wieder mit Massenentlassungen. Schon zum Ende der Spielzeit 76/77 entläßt er zwei Kollegen. Seit Beginn dieser Spielzeit (77/78) sind insgesamt 16 (!) Stellen im künstlerischen Personal freigegeben worden, d.h. ein großer Teil des Ensembles verläßt das Theater wegen des neuen Leiters! Und Utzerath entläßt drei weitere Kollegen. Macht zusammen 21! Bis zum 31.1. (das ist der Termin, bis zu dem eine Nichtverlängerung des Vertrages mitgeteilt sein muß) werden weitere Kündigungen erwartet.

Der Zorn des Ensembles richtet sich einerseits gegen die Massenentlassung, andererseits gegen das autoritäre Verhalten von Utzerath. Und das geht so: In Nürnberg wurde unter einem als liberal und fortschrittlich geltenden Kulturreferenten per "Anordnung" durch den Oberbürgermeister ein Mitsprachemodell ("Nürnberger Modell") in Kraft gesetzt. Danach ist ein Beirat, bestehend aus vier Kollegen, bei Kündigungen anzuhören. Zwar hat bei Nichteinigung der Schauspieldirektor doch noch das letzte Wort, aber immerhin muß er sein Vorgehen begründen und sich mit dem Standpunkt des Beirats auseinandersetzen. Utzerath hält das "Nürnberger Modell" für einen Fetzen Papier: weder hat er den Beirat informiert und dessen Meinung angehört, noch hat er sich herabgelassen, dem Ensemble und vor allem den gekündigten Kollegen eine Begründung für seine Maßnahmen zu geben.

Einer kommt, und mindestens 21 sollen gehen.

Auch in den Theatern wird ein härterer Kurs gefahren. Die kleinsten Gehversuche von Mitsprache werden zerstört, wenn Intendantenherrschaft sich ungestraft und willkürlich darüber hinwegsetzen kann.

Bleibt noch zu sagen, daß die GdBA unter den Forderungen: "Keine Kündigungen in Nürnberg", "Rücknahme der Massenentlassung in Bremen" oder "Weg mit Wüstenhöfer" ihre Mitglieder zur Solidarität mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen aufruft.

KB/Gruppe Bochum

Theodor Kotullas »Aus einem deutschen Leben«

...ein Volltreffer zum Jahresbeginn

Am 9.1.78 fand in Westberlin im 'Studio' die Vorpremiere des Films „Aus einem deutschen Leben" von Theodor Kotulla statt. Der Film erzählt den Lebensweg des KZ-Kommandanten von Auschwitz, Franz Lang. Der Film zeigt in eindrucksvoller Weise die Entwicklung eines obrigkeitshörigen, militaristisch und nationalistisch verhetzten Jugendlichen.

Stationen:

Zur Unterstützung der Kriegstreiber arbeitet der 16-jährige Franz im Lazarett und kommt endlich nach vielfachen Versuchen als Freiwilliger an die Front. Er wird Unteroffizier und verteidigt nach Kriegsende den Kapp-Putsch gegen die Arbeiterräte. Skrupellos mordet er auf Befehl. Danach arbeitet er in einer Fabrik, wo er als Kameradenschwein von den Arbeitern durch Streik rausgeworfen werden muß (Franz Lang hatte sich geweigert, sein Arbeitstempo etwas zu reduzieren, damit ein von Entlassung bedrohter älterer Kollege mithalten konnte). Für ihn gibt es nur Pflichterfüllung nach allen Kräften für den Kapitalisten, Solidarität kennt er nicht.

Als Arbeitsloser resigniert er, will Selbstmord machen. Ein Freund verhindert dies und macht Franz Lang klar, daß der Krieg nicht aufgehört hat, sondern im Innern, gegen die Weimarer Republik mit anderen Mitteln weitergehe. Er tritt der NSDAP bei und ermordet einen Arbeiter als Angehöriger eines Freikorps in Pommern. Dann kommt Festungshaft und Amnestie (!) noch in der Weimarer Republik. Von der NSDAP zur Bildung von Reiterstaffeln für die SS beauftragt, wird er schließlich zum Kommandanten vom KZ Dachau befördert. Nach Bewährung in dieser Richtung wird er zum Kommandanten des Menschenvernichtungslagers Auschwitz.

In allen Stationen zeigt Kotulla in enormer Nüchternheit und Schärfe, wie die herrschende Klasse sich ihre konsequentesten Diener heranzüchtet: Wenn erstmal die "Liebe für's Vaterland" so eingehämmert ist, daß nichts anderes mehr Platz hat im Kopf - dann ist die Sache wohlauf! (Liebe zum Vaterland = Opfer im Krieg - Gehorsam, Unterwürfigkeit, Führergläubigkeit etc.). Eigenes Denken verschwindet zugunsten blinder Befehlserfüllung. Wer Feind, wer Freund ist, wird befohlen, nicht verstanden!

Kotulla verzichtet wohltuenderweise darauf, Franz Lang als psychopathische Horrorbestie oder als Opfer seiner Vorgesetzten (vor allem Reichsführer SS, Himmler) darzustellen bzw. freizusprechen. Dies wird ja heutzutage allzugern getan, wenn man schon nicht so offen wie Fest den Faschismus verherrlichen will.

Nach unermüdlichen Rekonstruktionsversuchen zeigt Kotulla Franz Lang so real wie möglich: Ein der sich für den Nationalsozialismus früh entschieden hat und alle Konsequenzen, die sich daraufhin für ihn stellen, bereitwillig erfüllt. Erschütternd die Szene, wo Lang einem Schlächter per Telefon gratuliert, weil auf der täglichen "Abrechnung" die übliche Todesrate um etliche hundert Menschen überboten wurde - ganz so, wie sich ein Kapitalist über eine Produktionssteigerung durch Rationalisierung freut!

Kotullas Film zeigt die "Endlösung" des Judenproblems sowie die Auslöschung von Oppositionellen und Minderheiten nicht als Entgleisung. Er zeigt die Massenvernichtung als eine Konsequenz der Eroberungs- und Ausplünderungspolitik des faschistischen Machtapparates. Er zeigt die Faschisten, wie sie ihre Ziele Politik betreiben, wie sie ihre Ziele folgerichtig durchsetzen. Er zeigt, wie sich gegenseitig mit Floskeln rechtfertigen wie: "Das ist ein Befehl, den ich auszuführen, aber nicht zu verantworten habe.!" Er zeigt auch, was die "Führer" dafür anzubieten haben: Offiziersränge, beste "Lebensqualität", Ehrungen über Ehrungen, kurz: ein Leben wie "Gott in Frankreich"! Schließlich sei noch erwähnt, daß der Film auch von der technischen Seite besticht: eine hervorragende Dokumentationsarbeit bildete die Voraussetzung für einen in den einzelnen Szenen ungeheuer klar gezeichneten Spielfilm, der auf Mittel der Übertreibung und Verzerrung bewußt verzichtet! Nebenbei bemerkt: Kotulla wuchs als Kind in der Nähe von Auschwitz auf.

Angesichts der aktuellen Nazi-Verherrlichung in allen Medienbereichen, angesichts des staatlich geduldeten und geschützten Treibens der Neo-Nazis, angesichts der ungeahndeten Verbreitung der "Auschwitz-Lüge" durch Faschisten wie Thies Christophersen, angesichts der durch Umfragen erwiesenen erschreckenden Unwissenheit der westdeutschen Jugendlichen über Nationalsozialismus und Faschismus ist dieser Film für mich der absolute Renner auf dem Filmmarkt! In der nach der Premiere stattfindenden Diskussion vertraten einige Leute die Position, Kotullas Film spare wesentliche Aspekte des Faschismus aus, wie z.B. die ökonomische Hintergrundsituation usw. So würde es in dem Film "Der gewöhnliche Faschismus" besser gemacht. Ich meine dazu dreierlei:

1. Nicht jeder Film über den Faschismus muß unbedingt dokumentarisch aufgebaut sein, noch das Problem des Faschismus 'global' abhandeln. Auch an einzelnen Episoden oder Schicksalen können wesentliche Eindrücke über den Faschismus vermittelt werden.
2. Kotulla und andere wollen versuchen, den Film in die Landesfilmbildstellen zu reichen, um ihn Schülern zur Verfügung zu stellen (was sicher breit unterstützt werden muß!). Gerade für Schüler, die bisher auf diesem Gebiet dumm gehalten worden sind, ist der Film ein eindrucksvoller Einstieg in die ganze Problematik, der leicht verständlich ist und eben nur an kleinen Punkten z.B. die Rolle der Wirtschaft im Faschismus mit einfließen läßt (z.B. kann man auf den Originalbauplänen der Krematorien den Namen der Herstellerfirma lesen!).
3. Jeder Antifaschist sollte sich zunächst einmal gehörig freuen, wenn er einen derart korrekten Film sieht! Ansonsten besteht die Möglichkeit, z.B. in Flugblättern, Broschüren und mit Büchertischen ergänzendes Hintergrundmaterial vor und nach den Vorführungen anzubieten. Gerade weil der Film die Bereitschaft weckt, sich intensiver mit dem Problem des Faschismus zu befassen!

Ein Westberliner Genosse vom SSB

Kulturfrühschoppen

Am Sonntag, 15.1. lud der Hamburger Autor Steve B. Peinemann zu einem Kulturfrühschoppen ins Bierhaus Schulterblatt ein. Es waren ca. dreissig Leute da. Frederike Frei und andere Hamburger Autoren sowie die Musikgruppen „Zündhölzer" und „Hamburger Straßentheater" aus der IfK (Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender) stellten Gedichte und Lieder zur Diskussion. Alle Beteiligten freuten sich über das Treffen als eine neue Möglichkeit des Meinungs- und Arbeitsaustausches zwischen fortschrittlichen Autoren, die sich teilweise bisher nicht einmal kannten.

Als ein gemeinsames Vorhaben für die nächste Zeit wird eine Veranstaltung im Fuhlsbüttler Knast in die Wege geleitet, zu dem auch schreibende Gefangene gewonnen werden sollen.

Der nächste Frühschoppen im Bierhaus Schulterblatt ist am 12.2. um 11.00 Uhr.

Wer Lust hat, muß kommen!

Ein Mitglied der IfK

Gewalt als Provokation der Literatur

Von Montag bis Donnerstag, 23.–26. Jan. findet im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Bremen-Nord, Kirchheide 49, eine sehr interessante Literaturveranstaltung statt. Die dortige Volkshochschule lädt ein zum Thema: **Gewalt als Provokation der Literatur.**

Montag: „Sprache der Gewalt" oder die Diffamierung der Intellektuellen in der BRD mit Peter Brückner, Gisela Erler, Klaus Briegleb.

Dienstag: Literatur als „Gegengewalt" - Texte und Lieder kritischer Autoren aus der DDR mit Jürgen Fuchs, Christian Kunert, Gerulf Pannach und Walter Moßmann.

Mittwoch: „Alltägliche Gewalt als Provokation der Literatur" mit Beate Klöckner, Margot Schröder, Aras Ören und Luc Jochimsen.

Donnerstag: „Schreiben alsWiderstandshandlung" mit Erich Fried, Heinar Kipphardt, Kurt Kreiler und Heiner Boehnke.

Beginn jeweils 19.30 Uhr!
Es könnte sich lohnen!

Betrieb und Gewerkschaft





ÖTV

Streik in den westdeutschen Häfen?

Am 21.Januar gab die ÖTV in einer Pressekonferenz das Ergebnis der Urabstimmung bekannt, die am 19. und 20. Januar in den westdeutschen Seehäfen Brake, Bremen, Bremerhaven, Emden, Hamburg, Lübeck und Nordenham durchgeführt worden ist.

Bei einer Wahlbeteiligung von 91% haben sich 89,2% der etwa 18.000 in der ÖTV organisierten Kollegen der westdeutschen Seehäfen für Streik ausgesprochen und damit eine eindeutige Demonstration ihrer Kampfbereitschaft abgegeben. In den großen Häfen waren sowohl Wahlbeteiligung als auch die Stimmen für Streik noch höher: In Bremen stimmten 92% und in Hamburg sogar 95% der Kollegen für Streik.

Seit 1960 ist dies die erste Urabstimmung; der letzte Streik fand 1951 statt, wurde von der ÖTV-Führung allerdings massiv boykottiert. Der letzte offizielle Streik fand 1896/97 statt und ist damit 82 Jahre her!...

Offenbar wollen die sozialdemokratischen Tarifstrategen auch diesmal ihrer Linie treu bleiben. Der stellvertretende Vorsitzende der ÖTV und Tarifexperte Mertens, hat gleich nach dem Streikbeschluß der Kollegen scheinheilig erklärt, es würde zum Streik kommen, falls bis Montag (23.1.) kein neues Angebot vorliegt.

Dazu zweierlei:

1.haben die Kapitalisten schon erklärt, daß sie notfalls (d.h. wenn die Streikbereitschaft zu groß ist) auch geringfügig höher gehen würden.. *„'Es muß auch zur Not ein paar Zentelprozent wert sein', meinte der Vorstandsvorsitzende des größten Hamburger Hafen-Umschlagbetriebes (HHLA), Ex-Senator Kern, 'einen Streik zu vermeiden'"* („Hamburger Abendblatt". 21./22.1.78).

Und 2. *„Wie aus Hafenkreisen zu erfahren war, hatten sich die beiden Tarifpartner bei ihren Verhandlungen ohnehin schon bis auf eine Differenz von 0,4 Prozent* (die berühmten paar Zehntelprozent? – Anm. AK) *genähert"* (ebenda).

Zu erwarten ist also alles andere als ein offiziell von der ÖTV-Führung genehmigter Streik – vielmehr ist hier ein neuer großartiger Beschiß der Hafenarbeiter vorprogrammiert.

Trotz satter Umschlagzahlen und Superprofiten seit Jahren sollen aus der Tarifrunde nicht mehr als sechs Prozent rausspringen? Dagegen muß Front gemacht werden!

Auf den Schuppen ist Stimmung. In spontanen Versammlungen und Einzeldiskussionen wird die Lage besprochen. So führten etwa 40 Kollegen am Hamburger Überseezentrum nach Feierabend eine Diskussion über die anstehenden Aufgaben, während beispielsweise am Hamburger Containerterminal Burchardkai Kollegen sich spontan während der Arbeitszeit zur Diskussion zusammenfanden.

Hunderte von Kollegen traten noch zur Urabstimmung in die ÖTV ein, um sich am Streik beteiligen zu können.

Teilweise gingen Abteilungen geschlossen ins Wahllokal, so daß eine „kleine Arbeitspause" entstand. Bezeichnend für die Stimmung ist eine Betriebsversammlung der Bremer Lagerhausgesellschaft (BLG), die am letzten Sonntag stattfand. Dort stellte sich der Vorstandsvorsitzende und gleichzeitiges Vorstandsmitglied des Zentralverbandes, Beier hin, und behauptete, was jetzt laufe, entspringe nur den Gehirnen der Funktionäre. Die Kollegen würden überhaupt nicht dahinterstehen. Daraufhin wurde er von empörten Kollegen derart „von der Platte geputzt", daß er angesichts der neuentstandenen Lage eine Dienstreise erstmal absagte.

In diesem Kampfesmut liegt die Chance der Hafenarbeiter, die Kraftprobe mit den Hafenbossen aufzunehmen, und sich nicht wieder in einen neuen niedrigen Abschluß zwingen zu lassen.

Hafenzelle
KB/Gruppe Hamburg

Führung allerdings massiv boykottiert. Der letzte offizielle Streik fand 1896/97 statt und ist damit 82 Jahre her!...

Offenbar wollen die sozialdemokratischen Tarifstrategen auch diesmal ihrer Linie treu bleiben. Der stellvertretende Vorsitzende der ÖTV und Tarifexperte Mertens, hat gleich nach dem Streikbeschluß der Kollegen scheinheilig erklärt, es würde zum Streik kommen, falls bis Montag (23.1.) kein neues Angebot vorliegt.

hier ein neuer großartiger Beschiß der Hafenarbeiter vorprogrammiert.

Trotz satter Umschlagzahlen und Superprofiten seit Jahren sollen aus der Tarifrunde nicht mehr als sechs Prozent rausspringen? Dagegen muß Front gemacht werden!

Auf den Schuppen ist Stimmung. In spontanen Versammlungen und Einzeldiskussionen wird die Lage besprochen. So führten etwa 40 Kollegen am Hamburger Überseezentrum nach Feierabend eine Diskussion über

nicht dahinterstehen. Daraufhin wurde er von empörten Kollegen derart „von der Platte geputzt", daß er angesichts der neuentstandenen Lage eine Dienstreise erstmal absagte.

In diesem Kampfesmut liegt die Chance der Hafenarbeiter, die Kraftprobe mit den Hafenbossen aufzunehmen, und sich nicht wieder in einen neuen niedrigen Abschluß zwingen zu lassen.

Hafenzelle
KB/Gruppe Hamburg

Hauptsache das Schiff ist für die Gläubiger gerettet

Weil ein griechischer Reeder seine Schulden nicht bezahlt hatte, wurden kurzerhand die Besatzungsmitglieder seiner Tanker von der Polizei von Bord geholt und ins Pik As verfrachtet (Pik As ist eine Hamburger Übernachtungsstätte). Dort „wohnen" sie jetzt, z.T. ohne einen Pfennig Geld, da ihnen seit längerer Zeit keine Heuer mehr gezahlt worden war.

Seit dem 15. Oktober '77 liegt der Tanker „Marlene" in Hamburg, zeitweise gab es weder Heizung noch Verpflegung an Bord - Die Kollegen konnten zusehen, wie sie klarkamen. Weder der Hamburger Makler, C.L. Frachtservice Clausen + Lindemann GmbH, noch die Athener Reederei Mamidakis kümmerten sich um die Kollegen. Diese hatten, weil es inzwischen kalt geworden war, an Bord ein Feuer entfacht und sich dabei eine Kohlenmonoxid-Vergiftung geholt, mehrere Kollegen mußten vorübergehend ins Krankenhaus.

Am 16.1. hatte dann das Amtsgericht Hamburg beschlossen, daß der Tanker geräumt werden müßte. Ein Gerichtsvollzieher holte zwangsweise, in Begleitung der „Amtshilfe", der Wasserschutzpolizei, die Besatzung von Bord, weil die Gläubiger angeblich befürchteten, daß sie das Schiff „in die Luft jagen" („Hamburger Abendblatt", 17.1.78) könnten!

Wie die Kollegen jetzt nach Hause zurück kommen sollen - sie stammen u.a. aus Griechenland, Pakistan, Indien - ist dem Reeder und dem griechischen Generalkonsulat herzlich egal.

Ein spanischer Kollege beschrieb die Situation so: *„Ich habe nicht einmal Geld, um mein Konsulat anzurufen.... Wenn es nach dem Eigner ginge, dann könnten wir alle umkommen"* („HA", ebenda).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Terroristenhatz gegen ÖTV- Kandidaten

Vom 2.–12.12.77 fanden in den „von Bodelschwingschen Anstalten", Bethel, (Bielefeld), Mitarbeitervertretungswahlen statt. Diese Anstalten sind mit ca. 5.000 Beschäftigten der größte kirchliche Arbeitgeber in der BRD, Der geringste Teil

Zum Schluß: *„Achtung, bewaffnet mit einer großen Klappe."*

Nach der Wahl wurde die Hetze noch schweinischer. Der anonyme Denunziant schickte ein Hetzgedicht herum, in dem u.a. steht: *„Ihr seid rot, das ist der Punkt, der uns Wäh-*

Terroristenhatz gegen ÖTV- Kandidaten

Vom 2.–12.12.77 fanden in den „von Bodelschwingschen Anstalten", Bethel, (Bielefeld), Mitarbeitervertretungswahlen statt. Diese Anstalten sind mit ca. 5.000 Beschäftigten der größte kirchliche Arbeitgeber in der BRD, Der geringste Teil der Kollegen ist gewerkschaftlich organisiert. Gewählt wird nach dem sog. Ständewahlrecht, d.h. jede Berufsgruppe (Ärzte, Pfarrer, Diakone, Psychologen, Pflegepersonal) wählt anteilmäßig Kandidaten, bei kleinen Berufsgruppen jedoch mindestens einen. Dadurch bekommen sämtliche Führungsschichten einen Vertreter in die MV und majorisieren sie.

Trotzdem stellte die ÖTV-Betriebsgruppe Kandidaten auf, deren Fotos auf Listen veröffentlicht wurden. Ein anonymer, reaktionärer klebte die Fotos um und schickte sie in alle Abteilungen der Hauptverwaltung. Überschrift: *„Dringend gesuchte Terroristen."* Darunter die Fotos mit Name, Beruf und Dienststelle.

Zum Schluß: *„Achtung, bewaffnet mit einer großen Klappe."*

Nach der Wahl wurde die Hetze noch schweinischer. Der anonyme Denunziant schickte ein Hetzgedicht herum, in dem u.a. steht: *„Ihr seid rot, das ist der Punkt, der uns Wählern einfach stinkt, Marx und Lenin bitte sehr, hat man in der DäDäÄrr."*

Die Betriebsgruppe wandte sich daraufhin an die Anstalts-Direktion und die Mitarbeitervertretung und verlangte Gegenmaßnahmen. Unter diesen offenen Brief werden Unterschriften gesammelt.

An diesem Beispiel wird wohl deutlich, daß sich die Terroristenhetze nicht nur gegen die Terroristen, sondern auch immer stärker gegen die Arbeiterbewegung selbst richtet. Fast unnötig zu erwähnen, daß die sozialdemokratische Bielefelder ÖTV-Führung trotzdem versucht, den Vorfall zu verharmlosen und nichts unternimmt.

Maulkorb für Krankenhausangestellte

Das Arbeitsgericht in Elmshorn sieht in der Weigerung des Pinneberger Assistenzarztes Manfred Lohnstein, sich schriftlich zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung" zu bekennen, und sich jeglicher Aktivitäten außerhalb des Dienstes für den KBW zu enthalten, keinen Grund zu einer fristlosen Entlassung. Deshalb unterbreitete das Gericht auf einem Termin am 17.1. den Vorschlag, die fristlose in eine fristgerechte Kündigung umzuwandeln. Das Arbeitsamt indessen, hat M.L. erst einmal für vier Wochen für die Arbeitslosenunterstützung gesperrt, da es eine *„selbstverschuldete Kündigung"* (HA, 18.1.78) sei.

Der Kreis als Arbeitgeber, vertreten durch den leitenden Kreisverwaltungsdirektor Scholz, *„...besteht auf der fristlosen Entlassung des Arztes, ..notfalls will der Kreis durch alle Instanzen gehen"* (ebenda).

Der Fall „M.L." wurde von der Verwaltungsleitung des Kreiskrankenhauses zum Anlaß genommen, die Kollegen insgesamt verstärkt zu disziplinieren. Im ganzen Haus wurde ein Schreiben herumgegeben, dessen Kenntnisnahme jeder Beschäftigte schriftlich bestätigen mußte. Darin wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß *„es mit der parteipolitischen Neutralität der öffentlichen Verwaltung unvereinbar ist, sich in der Dienststelle parteipolitisch zu betätigen. Als parteipolitische Betätigung ist insbesondere anzusehen:*

- *Mitgliederwerbung,*
- *Verteilung von Informationsmaterial (Flugblätter, Broschüren) für oder gegen eine Partei,*
- *Wahlempfehlungen für eine bestimmte Partei,*
- *Unterzeichnung von Wahlaufrufen,*
- *Resolutionen und Unterschriftensammlungen für bestimmte parteipolitische Ziele.*

Bedienstete, die innerhalb der Dienststelle ...gegen das Verbot parteipolitsicher Betätigung verstoßen, begehen ein Dienstvergehen, und müssen mit dienstrechtlichen Maßnahmen rechnen. Eine derartige Maßnahme kann... die Entfernung aus dem Dienst beinhalten" (Schreiben vom 22.11.77 – der Landrat an alle Bediensteten).

Schülerinnen, die ihre Empfangsbestätigung, die übrigens zu den Personalakten kommt, nicht gleich unterschrieben, mußten gleich bei der Oberin und dem Verwaltungsleiter erscheinen, und wurden ausgefragt, warum sie noch nicht unterschrieben hätten! Daraufhin haben mittlerweile die meisten Kollegen unterschrieben.

Zusätzlich brachte die Krankenhausverwaltung noch ein großes Schild am Gartentor an: **„Das Verteilen von Propaganda und Werbematerial auf dem Krankenhausgelände ist verboten"**. Damit auch gleich jeder, der das Krankenhaus betritt, weiß, welcher Wind hier weht.

Das alles gilt natürlich nicht für die bürgerlichen Zeitungen. Erst kürzlich hat ein bayerischer SPD-Mann sich beklagt, daß im Kreiskrankenhaus nur der CSU-„Bayernkurier", nicht aber auch der SPD „Vorwärts" abonniert ist.

Aus Westberlin erfuhren wir, daß im Rudolf-Virchow-Krankenhaus auf den Stationen durch die Postmappe (!) das „Deutsche Monatsmagazin – Zeitschrift für das Leben in Deutschland" verteilt wurde. Auf dem Titelblatt: Franz Josef StrauSS. In der Zeitung wurde u.a. für einen Urlaub in Somalia geworben: *„Seit der gelungenen Geiselbefreiung auf dem Flughafen der somalischen Hauptstadt sind die zwischenstaatlichen Bande enger geworden"...*

Sind das etwa nur Einzelfälle?

ÖTV – ein Trauerspiel

Die Kreisverwaltung der ÖTV spielt in diesem Spiel eine besonders traurige Rolle. Erst einmal machte sie in der letzten Zeit jede offizielle Arbeit der Betriebsgruppe unmöglich. Denn die Mitglieder dieser Gruppe wollten sich natürlich mit den unerhörten Vorgängen am Krankenhaus beschäftigen. Die Kreisverwaltung ließ die Gruppe erst überhaupt nicht tagen, und als sie sich dann doch traf, beschloß der Kreisvorstand, die Gruppe aufzulösen, *„da die Gruppe trotz diverser Hinweise und Aufforderungen nicht bereit ist, sich an Satzung und Beschlüsse der Gewerkschaft ÖTV zu halten"* (Schreiben, vom 2.1.78, an die Vertrauensleute). Unter anderem hatte sich die Betriebsgruppe mit dem aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen M.L. getroffen.

Die Eintracht und die zeitlich genau aufeinander abgestimmten Maßnahmen von Landrat, Krankenhausleitung und ÖTV-Führung sind wirklich bemerkenswert.

Eine Krankenhausgenossin
KB/Gruppe Pinneberg

Kündigung wegen Kirchenaustritt Ärztin gewann Prozeß

Das Arbeitsgerichtsverfahren der Anästhesie-Ärztin Christa Teiner ist jetzt entschieden: Das Arbeitsverhältnis mit ihrem Arbeitgeber, dem Katholischen Marienhospital in Brühl, besteht weiter.

Die Ärztin hatte 1976 eine fristlose Kündigung erhalten, weil sie 1974 aus der Katholischen Kirche ausgetreten war!

Für das Landesarbeitsgericht Nordrhein-Westfalen stand fest, das es hiebei nur um die Prüfung ging, ob die Kündigung in Bezug auf den abgeschlossenen Arbeitsvertrag „rechtens" war, nicht aber, ob eine Kündigung aus religiösen Gründen ausgesprochen werden kann. *„Zwar enthielt der Arbeitsvertrag einige Formfehler, er sei aber gültig, da die Kirche jahrelang Nutzen aus ihm gezogen habe, befand das Gericht. Die beiden Kündigungen seien zu Unrecht erfolgt, da der Krankenhausverwaltung seit 1974 bekannt war, daß die Klägerin nicht mehr Mitglied der Katholischen Kirche war. Fristgerecht konnte der Anästhesie-Ärztin deshalb nicht gekündigt werden, weil sie der Mitarbeitervertretung – entspricht der Personalvertretung im öffentlichen Dienst – des Brühler Marienhospitals angehörte und für drei Jahre gewählt worden war. Sie unterlag also ,besonderem Kündigungsschutz'"* („Berliner extra-Dienst, 13.1.78)

ÖTV-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Metall

VFW 614-Programm beendet: Ein Schritt vorwärts beim Aufbau eines imperialistischen Luftfahrtkonzerns

Am 21.12. hat das Bundeskabinett in Bonn weitreichende Beschlüsse gefaßt, die unter dem Mantel der Sanierung der „Vereinigten Flugtechnischen Werke" (VFW) einen erheblichen Schritt in Richtung des Aufbaus eines starken imperialistischen Luft- und Raumfahrtkonzerns unter der Führung der BRD bedeuten. Vordergründig ging es dabei um die Entscheidung: soll das von VFW entwikkelte Mittelstreckenflugzeug VWF614 weiterhin mit kräftiger Unterstützung des Bundes gebaut werden oder nicht (zur Geschichte der VFW 614 auch der Kasten „Aufstieg und Fall der VFW 614").

Die VFW 614 war das erste nur von einem BRD-Konzern entwickelte Passagierflugzeug und zugleich der



Vor dem Bundeskanzleramt demonstrierten rund 750 Kollegen des Bremer VFW - Fokker - Werkes für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze.

Versuch des BRD-Imperialismus, in diesem wichtigen Industriezweig gegen die scharfe Konkurrenz insbesondere der USA Fuß zu fassen. Aus diesem Grund war das Projekt 614 in den Jahren 1965 bis 1975 mit insgesamt 921 Millionen DM aus Bundesmitteln (=Steuergeldern) gefördert worden. Seit 1968, als der VFW-Aufsichtsrat das erste Mal mit dem Abbruch des Programms gedroht hatte, betrug der Bundesanteil an den Kosten 80%! Spätestens 1975 wurde offensichtlich, daß die VFW 614 nicht der erhoffte Verkaufsschlager werden würde. Obwohl der Weltbedarf mit rund 250 Stück „ermittelt" wurde, waren bis zu diesem Zeitpunkt erst
erhoffte Verkaufsschlager werden würde. Obwohl der Weltbedarf mit rund 250 Stück „ermittelt" wurde, waren bis zu diesem Zeitpunkt erst
11 Maschinen abgesetzt. Bereits im Dezember 1975 legte Staatssekretär Grüner, Koordinator der Bundesregierung für den Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie, einen Bericht vor, in dem der Abbruch des 614-Programms empfohlen, allerdings die endgültige Entscheidung auf das Jahr 1977 verschoben wurde. Aber auch 1977 sah die Situation nicht wesentlich anders aus, insgesamt wurden bisher 16 Maschinen verkauft, drei davon an die Bundesluftwaffe. Man mag darüber spekulieren, warum der Absatz so schlecht lief, einerseits wird behauptet, die VFW 614 sei technisch geradezu perfekt, das ideale Zulieferflugzeug für kleinere Luftfahrtgesellschaften, schnell und billig. Bereits bei einer Auslastung von 57% würde es gewinnbringend fliegen. Auf der anderen Seite wird behauptet, technisch wäre die VFW 614 nicht ausgereift, im Inneren der Maschine könne man sein eigenes Wort nicht mehr verstehen, die Maschine würde vielzuviel Sprit verbrauchen. Es wird gesagt, seit der „Ölkrise" seien Propellermaschinen wieder rentabler usw. . Ob an der Behauptung, daß die Niederländische Marketing-Abteilung den Verkauf der Maschine gebremst hat was dran ist, läßt sich nicht genau sagen. Dazu muß man wissen, daß VFW seit 1969 mit den Vereinigten Königlichen Flugzeugwerken Fokker in den Niederlanden in einer Zentralgesellschaft VFW-Fokker zusammengefaßt ist. Diese Gesellschaft basiert auf einem Kapitalschlüssel von 50:50 Prozent. Da die niederländischen Fokker-Werke zugleich die Vermarktung der VFW 614 in der Hand sowie auch zwei Konkurrenzmaschinen zu verkaufen hatten (die F27 und 28), kann man sich vorstellen, daß der Verkauf der 614 nicht immer so geklappt hat. Dagegen spricht die Tatsache, daß von den holländischen Konkurrenzmaschinen, speziell der F28, in der letzten Zeit kaum noch welche verkauft wurden (nach „Handelsblatt", 19.12.).

Tatsache ist jedenfalls, daß der Löwenanteil der Gesamtkosten des Programms aus Steuergeldern finanziert wurde. Die Verluste der VFW-Kapitalisten sollen angeblich ca. 380 Millionen DM ausmachen, in Wirklichkeit dürften sie durch nicht zurückzuzahlende Kredite, Bürgschaften und Regreßansprüche des Bundes wesentlich niedriger liegen, bzw. unter dem Strich kommt wahrscheinlich ein Gewinn für die VFW-Kapitalisten raus! Als jedenfalls im letzten Jahr offensichtlich wurde, daß die angepeilten 250 VFW 614 nicht verkauft werden, forderte die Bundesregierung den VFW-Fokker-Konzern auf, einen „Sanierungsplan", unter Ausschluß der 614 für den VFW-Bereich zu erstellen. Ziel des „Sanierungsplans", so wurde unumwunden zugegeben, sollte es sein, VFW „gesund" für die Fusion mit dem Messerschmidt-Bölkow-Blohm-Konzern (MBB) zu machen! Daraufhin legte der VFW-Fokker-Aufsichtsrat Anfang Dezember sein Unternehmenskonzept vor:

„1. Einstellung der Produktion der VFW 614 zum Jahresende 1977
„1. Einstellung der Produktion der VFW 614 zum Jahresende 1977
nach Fertigstellung von 16 Flugzeugen.
2. Straffung der personellen Kapazitäten durch Freisetzung von 1100 Beschäftigten. So sollen die Werke 'Bremen und Speyer verkleinert werden und indirekte Arbeitskräfte abgebaut werden.
3. Der Hochlauf der Airbus-Produktion auf zwei Flugzeuge pro Monat.
4. Verstärkung des wehrtechnischen Aufgabenbereichs durch Zuweisung zusätzlicher Aufgaben für rund 500 Beschäftigte in den Jahren 1978/79 und durch stärkere Berücksichtigung bei wehrtechnischen, technologischen Aufgaben. (Mit anderen Worten, VFW-Fokker will künftig mehr Wehraufträge haben.)
5. Wenn sich die Auftragserwartungen erfüllen und die erbetenen Sanierungsbeihilfen gewährt werden, wird für die Betriebsgesellschaft Bremen nach Verlusten von insgesamt etwa 74 Mill. DM für 1977/78 mit einem positiven Jahresergebnis bereits wieder ab 1979 gerechnet"(Handelsblatt, 8.12.).

Auf der Kabinettssitzung der Bundesregierung am 21.12. wurde dieses Unternehmenskonzept gebilligt und großzügige „Sanierungsbeihilfen" in Höhe von 540 Millionen DM gewährt. Im einzelnen sind dies:

- Zahlung von 280 Millionen DM aus der VFW 614 Serienbürgschaft, sowie Schonung beim Regreß aus dieser Bürgschaft. Konkret heißt das, Regreßforderungen des Bundes und des Landes Bremen werden zunächst nicht erhoben, die Rückzahlung soll abhängig von der Erwirtschaftung von Jahresüberschüssen gestaltet werden.
- Einen bedingt rückzahlbaren Zuschuß in Höhe von 110 Millionen DM für die Kosten des Programmabbruchs. Eine Rückzahlung ist ab 1979 aus zu erwartenden Jahresüberschüssen angeblich vorgesehen.
- Eine Bürgschaft in Höhe von 150 Millionen DM.

Was die Rückzahlung aus Jahresüberschüssen (=Gewinnen der VFW-Kapitalisten) angeht, so wird diese wohl niemals geleistet werden. So schreibt das „Handelsblatt" am 8.12.: *„Hinter diesem Satz*(von der geplanten Rückzahlung d. Red.) *muß wohl jeder Fachkundige mehrere Fragezeichen machen"!* Spätestens bei der Fusion mit MBB bekommen die VFW-Kapitalisten diese Millionen als Geschenk auf den Weg, die Rede ist hier von einer *„Überprüfung falls es zu einer Fusion mit dem Branchen-*
Geschenk auf den Weg, die Rede ist hier von einer *„Überprüfung falls es zu einer Fusion mit dem Branchen-*
führer Messerschmidt-Bölkow-Blohm kommt"(Bremer Nachrichten 14.12.)

Neuordnung der westdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie

Im Zusammenhang mit dem „Sanierungskonzept" bei VFW war immer die Rede von einer „Neuordnung" in der westdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie. Konkret heißt das, es soll e i n starker Konzern des BRD-Imperialismus geschaffen werden, der die Führung in Westeuropa übernehmen soll, um so die Stellung des BRD-Imperialismus gegenüber der Konkurrenz der USA zu stärken. Dieses Konzept wurde bereits Anfang der 70er Jahre entwickelt, maßgeblich



Mit rund 56 000 Beschäftigten ist die nach dem Krieg mit großer Verzögerung aufgebaute deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie die viertgrößte in der westlichen Welt. Die Firmengruppen MBB, VFW-Fokker und Dornier beschäftigen alleine 37 000 Personen.

von dem damals neugeschaffenen Koordinator, Staatssekretär Grüner. Unter den Luftfahrt-Kapitalisten fiel dieses Konzept zum damaligen Zeitpunkt auf wenig günstigen Boden. Insbesondere die Konkurrenz zwischen MBB und VFW verhinderte eine rasche Fusion. Staatdessen verfolgten die führenden Kapitalisten dieses Sektors damals ein Konzept der Schaffung von 2 bis 3 westeuropäischen Konzernen von „amerikanischen Größenordnungen" (Bölkow), unter westdeutscher Vorherrschaft, versteht sich. In den folgenden Jahren konnte MBB insbesondere durch
unter westdeutscher Vorherrschaft, versteht sich. In den folgenden Jahren konnte MBB insbesondere durch
seine führende Stellung im militärischen Bereich(dieser macht den Großteil von Aufträgen aus) seine Position wesentlich ausbauen. Für VFW hingegen erwies sich das aufwendige 614-Programm immer mehr als Klotz am Bein. Von daher entstand eine wesentlich günstigere Konstellation zur Schaffung eines einheitlichen Konzerns, als Anfang der 70er Jahre. MBB ist heute die westdeutsche *„Leitfirma der Luft- und Raumfahrtindustrie"* , so Helmut Langfelder, neuer Geschäftsführer von MBB seit dem Ausscheiden von Ludwig Bölkow (nach „Handelsblatt" 22.12.). Ausdrücklich bekannte sich Langfelder auch zur *„Verantwortlichkeit von MBB ... für die Lösung des VFW-Problems"* (ebenda). Die Lösung heißt Fusion innerhalb der nächsten zwei Jahre, wenn VFW durch den „Sanierungsplan" der Bundesregierung sturmreif für MBB geworden ist. Welche Vorausbedingungen von MBB an diese Fusion gestellt werden, wird teilweise bereits heute ganz offen gehandelt:

- so errechneten Langfelder und Ludwig Bölkow, einen „Überhang von 400 Arbeitsplätzen bei VFW Fokker (laut „Spiegel", 17.10.). Wenn man bedenkt, daß jetzt, nachdem das VFW-614-Programm gestorben ist, mindestens schon einmal 1100 Kollegen fliegen, kann man sich leicht
man bedenkt, daß jetzt, nachdem das VFW-614-Programm gestorben ist, mindestens schon einmal 1100 Kollegen fliegen, kann man sich leicht
ausrechnen, was noch auf die Kollegen zukommt.
- *„Mit der Nullstellung der Verluste aus der Vergangenheit allein ist es noch nicht getan, schließlich müssen die VFW-Betriebe durch Rationalisierungsinvestitionen auf MBB-Standart gebracht werden"* so Ludwig Bölkow im „Handelsblatt" vom 22.12., einen Tag nach der Verabschiedung des „Sanierungsprogramms der Bundesregierung! Einige der VFW-Betriebe sollen dann ganz dicht gemacht werden. *„Wir können nicht alles gebrauchen. Zunächst müssen wir überprüfen, was wir übernehmen können"* meinte Bölkow (ebenda).

Ein verkleinerter, voll durchrationalisierter Betrieb soll VFW werden, damit MBB ihn übernehmen kann. Die Kosten sollen über „Sanierungsprogramme" die Steuerzahler übernehmen. Und, *„für die primäre Rettung der Arbeitsplätze müsse sich der Bund etwas einfallen lassen"*, (Langfelder im „Handelblatt"). Umstritten ist offensichtlich derzeit noch, inwieweit der niederländische Fokker-Teil in diese Fusion mit einbezogen werden soll. Verhandlungen über diese Fragen hat Staatssekretär Grüner bereits im letzten September mit niederländischen Regierungsvertretern und Vertretern des Aufsichtsrats von Fokker geführt.

Und als letztes soll dann auch die „Dornier GmbH" in den starken BRD-Konzern einbezogen werden (Dornier ist der dritte und letzte große Flugzeughersteller in der BRD). Jedenfalls rechnet Bölkow „auf längere Sicht mit einer Fusion mit Dornier" (Handelsblatt 22.12.).

Fortsetzung auf nächster Seite

Aufstieg und Fall der VFW 614

1961- Bei der Weser-Flug GmbH. in Bremen entwerfen der aus den Junkers-Werken (Dessau) stammende Professor Gerhard Eggers und 5 andere Ingenieure verschiedene Kleinflugzeuge mit Propeller-Maschinen. Als vorläufiges Arbeitsergebnis legen sie den Entwurf 1961/4 vor (daraus entstand die Zahlenkombination 614).

1963- Auf dem Pariser Aero-Salon wird erstmals ein Modell der VFW 614 (Weser-Flug-GmbH 614) vorgestellt.

1964- Am 1.1. fusionieren Weser-Flug und Focke-Wulf zu den Vereinigten Flugtechnischen Werken (VFW). Das Projekt 614 wird als VFW 614 übernommen.

1965- Die Entwicklung des für VFW bestimmten Lycoming-Triebwerks (aus den USA) wird eingestellt. VFW tritt in Verhandlung mit der Rolls-Royce-Konkurrenz Bristol Siddeley (England)/Snecma (Frankreich) die gemeinsam das Düsentriebwerk M 45 H entwickelt haben. Aus der VFW 614 wird jetzt ein Klein-Jet. Als Weltbedarf werden 1200 Maschinen „ausgemacht". Erstmals steigt die Bundesregierung mit 50 Millionen DM aus dem deutschbritischen Devisenabkommen ein.

1966- Der Triebwerklieferant Bristol Siddeley wird von Rolls-Royce geschluckt. Dieser läßt sich das Zugeständnis, das alte Konkurrenztriebwerk M 45 H nicht sterben zu lassen, teuer bezahlen. Am 16.11. wird ein Entwicklungskostenzuschuß von 102 Millionen DM für das Triebwerk vereinbart.

1967- Im Juli übernimmt die Bundesregierung 50% Beteiligung an den Triebwerkskosten und 60% Beteiligung an den Kosten des übrigen Flugzeuges.

1968- Der VFW-Aufsichtsrat beschließt am 23.4. die Einstellung des Projekts 614. Nach der hannoverschen Luftfahrtschau, die nur zwei Tage später begann und auf der trotz Beschlusses eifrig für die VFW 614 geworben wurde, wird der Aufsichtsratsbeschluß zurückgenommen, als Karl Schiller, damals Bundeswirtschaftsminister eine 80%-Beteiligung des Bundes an den Kosten zusagt.

1969- Fusion zwischen VFW und N.V.Koninklijke Nederlandse Vliegtuigenfabriek Fokker (Niederlande). Es wird eine Zentralgesellschaft mit einem Kapitalschlüssel von 50 :50 % gebildet.

1971- Im Februar macht Rolls-Royce Pleite! Bis dahin waren bereits Bundeszuschüsse in Höhe von 127,4 Millionen DM in die Firmenkasse geflossen. Die Buneszuschüsse zur Triebwerksentwicklung werden noch einmal um die Hälfte erhöht! Nach dem Erstflug der VFW 614 am 14.7. übernimmt die Bundesregierung auch noch die Absatzfinanzierung am 18.12.!

1972- Am 1.2. stürzt der Prototyp der VFW 614 in Bremen ab.

1973- Die Vermarktung der Maschine durch die niederländische Abteilung ist nach Ansicht der bremer VFW-Manager daran Schuld, daß nur 11 Maschinen der VFW 614 verkauft wurden (der niederländische Fokker-Teil bietet zwei Konkurrenzmaschinen zur 614 an).

1975- Die Leistungen des Bundes betragen bisher 206 Mill. DM für die Flugzeugzelle, 155 Mill. für das Triebwerk, Zinsverbilligungen bis zu 250 Mill., 257 Mill. DM an Bürgschaften. Dazu kommen Bürgschaften der Hansestadt Bremen in Höhe von 53 Mill. DM. Insgesamt 921 Millionen DM !
Am 4.12. legt Staatssekretär Grüner einen Bericht vor, der die Beendigung des Programms vorsieht. Grüner rechnet mit weiteren Kosten von 749 Mill. DM bei Fortführung des Programms, bei Programmabbruch mit 352 Mill. DM Kosten für den Bund. Noch ein Jahr soll der VFW 614 Gnadenfrist gegeben werden.

1976- Verschiedene erhoffte Geschäfte zerschlagen sich. Lediglich die Luftwaffe kauft drei Maschinen.

1977- Lediglich 16 Maschinen sind bisher verkauft. Die Bundesregierung fordert die VFW-Manager auf, einen Sanierungsplan unter Ausschluß der VFW 614 zu erstellen. Diese beschließen im Dezember die endgültige Einstellung des Programms. Am 21.12. tagt das Bundeskabinett. Es verabschiedet den Grüner-Sanierungsplan: Der Konzern erhält nochmals 540 Mill. DM, teils als Bürgschaften, mindestens 1100 Kollegen aus den Werken Bremen und Speyer sollen fliegen!

Fortsetzung von Seite 35

Damit wäre das Ziel erreicht; es wäre ein Konzern geschaffen, der in der Lage ist, den BRD-Imperialismus in der Luftfahrtindustrie im Weltmaßstab an die Spitze zu bringen.

Über eine Beteiligung der Länder Bayern und Hamburg am MBB (zusammen derzeit c. 46%!) und die staatliche „Bayrische Landesbank" (die die 16% Anteile von Prof. Messerschmidt verwaltet), hat der Staat in diesem Konzern genügend Einflußmöglichkeiten, um dafür zu sorgen, daß „ohne Partikularinteressen" gewirtschaftet wird. Außerdem wären an diesem Unternehmen dann die großen Monopolkonzerne Thyssen, Siemens und Krupp beteiligt; dazu durch den Verkauf von Teilen der Hamburger und Bayrischen Anteile auch Bosch, Daimler-Benz und Gutehoffnungshütte.

Zur Politik der IG-Metall und der sozialdemokratischen Betriebsräte

Für die IG-Metall-Führer und die sozialdemokratischen Betriebsräte verlief die Front der Auseinandersetzungen in der Regel nur an der Frage: Weiterbau der VFW 614, ja oder nein? So hieß es noch eine Woche vor der entscheidenden Sitzung des Bundeskabinetts: die 614 sei der „Angelpunkt" in der Auseinandersetzung und *„gegen den einheitlichen Willen der Betriebsräte und der betroffenen Länder kann Bonn dieser Vorlage nicht zustimmen"* (Bremer Nachrichten 14.12.). Doch Bonn konnte und auch die Bremer Landesregierung, bekanntlich sozialdemokratisch, „kippte" kurz vor dem 21.12. um: *„Um schlimmste Folgen zu vermeiden"* (so Koschnik laut Handelsblatt 21.12.), sei der Bremer Senat bereit, *„sich trotz großer Bedenken"* (ebenda) am Sanierungskonzept der Bundesregierung zu beteiligen. Nach der Methode „Haltet-den-Dieb" wurde dann noch Anzeige wegen Verdachts des Subventionsbetruges gegen die VFW-Fokker-Manager gestellt, um vom eigenen Anteil an diesem Betrug abzulenken. Ähnlich arbeitete übrigens auch Staatssekretär Grüner, der auf einer Betriebsversammlung am 22.12. in Bremen die Beschlüsse des Bundeskabinetts zu vertreten hatte: er erklärte, das Bundeskabinett erwarte *„dringend personelle Konsequenzen beim Vorstand der Zentralgesellschaft mbH in Düsseldorf"* (Bremer Nachrichten, 23.12.77). Entsprechend der Logik, es gehe um die VFW 614 und nicht um einen viel weitergehenden Angriff auf die gesamte Belegschaft von VFW (bisher insgesamt



11.000), lautete die Parole der IG-Metall-Strategen und der sozialdemokratischen Betriebsräte in trauter Eintracht mit der Bremer SPD-Führung auch immer „Rettet die VFW 614". So entstand die kuriose Situation, daß auf Großkundgebungen der VFW-Belegschaft auf dem Bremer Marktplatz die Sprecher aller drei Fraktionen, SPD, CDU und FDP diese Parole warmherzig unterstützen konnten.

Bände spricht auch die Stellungnahme der IG-Metall-Bezirksleitung Hamburg vom 21.12.. Dort heißt es, auch die IG-Metall *„sei für eine Neuordnung in der Luft- und Raumfahrtindustrie, halte aber den Weg, den Staatssekretär Grüner eingeschlagen habe, für falsch"* (Bremer Nachrichten 23.12). Auch für eine Fusion tritt die IG-Metall-Führung ein, wie übrigens auch die Betriebsräte, die zudem eine Beteiligung des Bundes an VFW-Fokker gefordert hatte. Dadurch, daß diese Kräfte den Widerstand bei VFW-Fokker bis heute im wesentlichen in der Hand haben, trotz einer Reihe von großen Demonstrationen, Warnstreiks, Fahrt auf Bonn usw., ist zu erwarten, daß der Durchsetzung dieser schärfsten Form kapitalistischer Rationalisierungspolitik nicht allzuviel Widerstand der VFW-Arbeiter und Angestellten entgegengebracht werden wird. Als Indiz hierfür ist die Betriebsversammlung am 22.12. zu werten (einen Tag nach den Kabinettsbeschlüssen!), auf der Staatssekretär Grüner nach anfänglich massiven Protesten der Kollegen die Politik der Bundesregierung und ihre letzten Beschlüsse erläutern konnte. Statt Beratung konkreter Kampfschritte konnte Schäffler, Vorsitzender der Bremer VFW-Geschäftsleitung, die Kollegen dazu auffordern *„den Blick nach vorn zu richten ... und zusammen mit der Unternehmensleitung einen Beitrag dafür zu leisten, daß bei der anstehenden Neuordnung der deutschen Luftfahrtindustrie VFW nicht von der MBB geschluckt wird, sondern in wirklicher Partnerschaft eine Fusion eingehen kann"* (FAZ 23.12.). Dementsprechend ist zu erwarten, daß der Betriebsrat seine Aktivitäten in der nächsten Zeit wahrscheinlich auf Protesterklärungen und die Erarbeitung von „Sozialplänen" für die 1100 Kollegen, die gefeuert werden sollen, ausrichten wird. Nur durch die Entwicklung einer eigenständigen Politik der Kollegen gegen die Kapitalisten, die sich auch gegen die Kräfte richten muß, die den Protest zu kanalisieren versuchen, wird es überhaupt möglich sein, Erfolge im Kampf gegen die Entlassungs- und Rationalisierungspolitik die jetzt erst richtig angefangen hat, zu erreichen!

KB Gruppe Bremen

Werftenkrise: Profitsicherung und Personalabbau

In den Jahren des Schiffbaubooms haben alle Werften riesige Profite gemacht. Die Großwerften haben auch 1976 mit Gewinn abgeschlossen und erwarten für 1977 ein positives Ergebnis.

Ein Teil der Gewinne ist zur Bildung von Rücklagen verwendet worden. Der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Schiffbauindustrie und Blohm+Voss Vorstandschef Bartels, spricht von Rückstellung der BRD-Werften in Höhe von rund 1 Mrd. DM (nach „Handelsblatt", vom 7.12.77).

Nachdem dann vor einigen Jahren

blatt", vom 7.12.77).

Nachdem dann vor einigen Jahren

die Schiffbauüberproduktion immer deutlicher wurde und die Schiffbauaufträge nicht mehr in der Größenordnung wie bisher eingingen, schrien die Werftkapitalisten sofort nach höheren Subventionen, *„um die Arbeitsplätze zu sichern"*. Bonn reagierte: Im März letzten Jahres wurde die Reedereihilfe um 5% auf inzwischen 17,5% aufgestockt, auf insgesamt 255 Mio. DM (davon tragen 25 Mio. DM die norddeutschen Küstenländer). Damit haben jetzt die bundesdeutschen Werften seit 1962 1,3 Mrd. DM als Zuschüsse und 1 Mrd. DM als zinsverbilligte Kredite bekommen („Handelsblatt", vom 6.1.78). Unabhängig davon haben die Werftkapitalisten Landesbürgschaften für Kredite bekommen, sind Schiffe für den Export in Entwicklungsländer aus dem Entwicklungshilfeetat gefördert worden und sind jede Menge Rüstungsaufträge an die Werften gegeben worden.

Im weiteren gaben die norddeutschen Küstenländer Subventionen für „Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen". So hat z.B. der Hamburger Senat Anfang November '77 sein Strukturhilfeprogramm von

Hamburger Senat Anfang November '77 sein Strukturhilfeprogramm von

10 auf 30 Mio. DM aufgestockt. Davon sollen 25 Mio. DM an die Hamburger Großwerften HDW und Blohm+Voss gehen, zur *„Verbesserung der Leistungsstruktur"* („Hamburger Abendblatt", vom 3.11.77). Hinter diesen Schlagworten verbergen sich eine immer mehr steigende Technisierung und Rationalisierung im Schiffbaubereich und die Versuche, die Schiffbaukapazitäten zu senken und gleichzeitig neue schiffbaufremde Fertigungsgebiete zu erschließen.

1981: Jeder 2. Werftarbeiter arbeitslos

„Nach den Vorstellungen der EG-Kommission müssen die Schiffbaukapazitäten in der Europäischen Gemeinschaft bis 1980/81 von jetzt 4,4 auf 2,4 Mill. BRT reduziert werden. Mit dem Kapazitätsabbbau würde die Hälfte der 165.000 im Schiffbau Beschäftigten den Arbeitsplatz verlieren" („Hamburger Abendblatt", vom 1.11.77).

Das Bundeswirtschaftministerium kommt in einer internen Analyse zur Lage des Schiffbaus zu dem Schluß, daß erst in drei bis sieben Jahren wieder mit einem Neubaubedarf von Tankern gerechnet werden kann. *„Die bei stark reduzierter Nachfrage schon jetzt bestehenden erheblichen Überkapazitäten würden sich weltweit noch vergrößern. Von 1978 an dürften sich die jährlichen Ablieferungen des Weltschiffbaus bis Anfang der der 80er Jahre beträchtlich vermindern. Die Beschäftigung werde deshalb in den kommenden Jahren um 30 bis 40 Prozent zurückgehen. Der Tiefpunkt werde 1979/80 erreicht"* („Handelsblatt", vom 6.1.78). Bis Ende 1977 waren bereits 9.000 Beschäftigte der Werften entlassen worden, von 78.000 Mitte 1975.

Gegenwärtig steht bei fast allen Werften Kurzarbeit auf der Tagesordnung in den verschiedensten Größenordnungen: HDW-Hamburg für 2800 Kollegen im 4 Wochen-Rythmus; Blohm+Voss über 2000 Kollegen (der gesamte Schiffsneubau) arbeiten nur jede 4.Woche; auf den Thyssen-Nordseewerken wurde die „Vier-Tage-Woche" eingeführt; beim Bremer Vulkan geht die Diskussion um Zwangsurlaub oder Kurzarbeit usw. usf.

Auf der anderen Seite werden (vor allem im Bereich der Schiffsreparatur) die Arbeitshetze und der Termindruck immer stärker, aufgrund schärfer gewordener Konkurrenz unter den Schiffbaubetrieben. Das führt dazu, daß z.B. bei HDW-Hamburg eine 2.Schicht (Spätschicht) und gleichzeitig Kurzarbeit eingeführt wird.

Die augenblickliche Kurzarbeit ist nur der Auftakt für weitere Reduzierungen in größerem Maßstab. Dieser Abbau der Überkapazitäten liegt auch im Interesse der Werftkapitalisten selbst. Der HDW-Vorstandsvorsitzende Henke befürchtet, sogar, daß am Ende *„zu wenige sterben und zu viele krank bleiben"* („HANSA", 18/77).

Die ersten kleineren Werften haben ihren Betrieb eingestellt: Die Schulte&Bruns Werft in Emden mit 440 Beschäftigten und die Bremer Stephanie-Werft mit 70 Beschäftigten, die noch bis vor 2 Jahren als Zulieferbetrieb für Blohm+Voss gearbeitet hat.

Aber auch bei den Großwerften deuten sich größere Änderungen an: HDW legt das Werk in Kiel-Dietrichsdorf langfristig still und in Hamburg wird auf eine Einstellung des Schiffbaus im Werk Reiherstieg hingearbeitet. Weitere Stillegungs- bzw. Konzentrationspläne der Werften sind noch nicht bekannt. Dazu Bartels, der Vorsitzende des Verbandes

Konzentrationspläne der Werften sind noch nicht bekannt. Dazu Bartels, der Vorsitzende des Verbandes

der Deutschen Schiffbauindustrie: *„über Konzentrationsprozesse angesichts des steigenden wirtschaftlichen Drucks gebe es noch keine konkreten Gespräche innerhalb der Branche. Allerdings könne er Überlegungen in dieser Richtung nicht mehr ausschließen".* („Handelsblatt", vom 6.12. 77). Die Werften-Krise hat gerade erst begonnen!

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Gewinne einiger Werften 1976:

Gewinne einiger Werften 1976:

Werft	Gewinn
Howaldtswerke-Deutsche Werft:	ca. 120 Mio. DM Gewinn, in allen Bereichen Überschüsse erzielt
Blohm+Voss:	Jahresüberschuß 28,5 Mio. DM
Bremer Vulkan:	Bilanzgewinn: 20 Mio. DM
AG-Weser:	3,6 Mio. Gewinn
Thyssen-Nordseewerke:	ausgewiesener Gewinn: 6,43 Mio. DM an die Muttergesellschaft, 1,5 Mio. DM Rücklagen
Schichau-Unterweser AG:	2,78 Mio. DM Jahresüberschuß
Lübecker Flender Werft:	Bilanzgewinn 2 Mio. DM
Flensburger Schiffbaugesellschaft:	Bilanzgewinn 1 Mio. DM, das beste Ergebnis der 100 jährigen Geschichte

IGM-Beitragskampagne „Finanzkraft = Kampfkraft"?

Die IGM-Führer haben zum Sturm geblasen – zum Sturm auf „beitragunehrliche" Mitglieder. Mit großem Kraftaufwand wollen die Gewerkschaftsführer den 2,1 Mio. Mitgliedern stärker ans Portemonnaie. Die Aktivitäten, die sie zur Durchsetzung des § 5 der IGM-Satzung entwickeln, stehen im krassen Gegensatz zu ihrer Untätigkeit im Hinblick auf solche Beschlüsse des jüngsten Gewerkschaftstages, die wichtige Verbesserungen für die Metallarbeiter zum Ziel haben (wie beispielsweise die Forderung nach der 35-Stunden-Woche).

Bereits anläßlich der Vertrauensleutewahlen 1975 haben die Gewerkschaftsführer ihren Kurs in dieser Frage abgesteckt. Erstmalig wurde von den frischgewählten Vertauensleuten ultimativ verlangt, daß sie sog. „satzungsgemäße Beiträge" zahlen, andernfalls würden diese Kollegen nicht als Vertrauensleute bestätigt. Die geforderten Beitragserhöhungen waren z.T. beträchtlich, nicht selten betrugen sie 100 Prozent. Noch rechtzeitig vor diesen Wahlen hatte der IGM-Vorstand die „Richtlinien für Vertrauensleute-Arbeit" geändert. Forderten die alten Richtlinien von den Kandidaten, daß sie *„die für eine solche Tätigkeit erforderlichen persönlichen und gewerkschaftlichen Eigenschaften mitbringen"*, heißt es in den neuen Richtlinien nur noch kurz und bündig, daß sie *„satzungsgemäße Beiträge leisten"* müssen. Die Hamburger IGM-Verwaltungsstelle berichtet über den Erfolg dieser Erpressung stolz: *„Dies ist uns fast zu 100 Prozent gelungen"* („Arbeitsmaterialien Richtiger Beitrag", 1977).

Derart „überzeugt", sollen die betrieblichen Funktionäre nunmehr ihre Kollegen beackern: *„Nur überzeugte Funktionäre können auch andere überzeugen"* (ebenda).

Wie nach Meinung der IGM-Führer diese „Überzeugungsarbeit" aussehen soll, davon gibt der „Gewerkschafter" Nr. 1/78, die Funktionärszeitschrift der IGM, ein beredtes Beispiel. Dort werden dem Thema nicht weniger als sechs Seiten gewidmet (Tarifpolitk: vier Seiten !). Unter der Überschrift "Mit gutem Beispiel schlechte Beitragssitten verderben" werden die rüden „Überzeugungsmethoden" dreier Verwaltungsstellen zur Nachahmung empfohlen. Hier einige Kostproben:

Verwaltungsstelle Wilhelmshaven: *„Die Aktion war von langer Hand vorbereitet... Jeder Metaller bekam ein Schreiben mit Rückantwortkarte. Wer keinen satzungskonformen Beitrag zahlen wollte, dem wurde dann der drohende Ausschluß angekündigt. Die Beitragsaktion war zuvor in Betriebsversammlungen vorbereitet worden. Ihr mit Argumenten zum Erfolg zu verhelfen, war vor allem Aufgabe der Betriebsfunktionäre."* Offensichtlich waren die vorgebrachten Argumente nicht sehr einsichtig, denn: *„Dramatisch gestaltete sich die erste Phase der Beitragsaktion bei Olympia, mit fast 7000 Beschäftigten und etwa 2300 Organisierten der größte Betrieb der Verwaltungsstelle. Es war die Rede von 'Mafia-Methoden' (genau! – d. Verf.), der Betriebsrat sah schon einen Scherbenhaufen angerichtet."* Die IGM-Wilhelmshaven vermeldet bislang einen *„Erfolg für die Organisation"*.

Verwaltungsstelle Leverkusen: Sehr viel trickreicher und nicht so offen mit der Brechstange gingen dort die IGM-Führer die Beitragsfrage an: Sie teilten allen Funktionären in einem Brief mit, daß der Gewerkschaftstag „eine Beitragssenkung vorgenommen" habe. Nicht mehr ein Stundenlohn pro Woche, sondern ein Prozent des Bruttoverdienstes sei der richtige Beitrag. Damit knüpften sie geschickt an die längst zu Grabe getragene Tradition aus den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung an, als dieser Beitragsgrundsatz tatsächlich galt; sie verschwiegen allerdings dabei, daß zu jener Zeit ein wesentlich größerer Teil des Geldes in den Kampffonds floß und daß vor allem die Gewerkschaftsmitglieder damals einen heute unvorstellbar größeren Einfluß auf die Politik ihrer Organisation und damit auf die Verwendung ihrer Beiträge hatten. Geschickt umschifften sie damit aber auch die seit dem Krieg üblichen Tatsachen, daß nämlich die Mitglieder innerhalb bestimmter Grenzen die Höhe ihres Beitrags beim Eintritt selbst festsetzen konnten, wobei das Ansehen, das die IGM bei dem betreffenden Kollegen hatte, sich natürlich direkt in der Beitragshöhe widerspiegelte. *„Als nächstes beschloß die Ortsverwaltung eine große Werbeaktion mit einem Plakat und mit Schlüsseltaschen und Kugelschreibern, deren Aufschrift auf die Aktion hinwies (wenn das keine Argumente sind ... ?! – Anm. d. Verf.). Diese Werbeträger sollten die Vertrauensleute an die Mitglieder verteilen und über diesen Weg zu Gesprächskontakten kommen."* Daß man sich kapitalistischer Werbemethoden statt gewerkschaftspolitischer Argumente bedienen muß, um mit den Kollegen zu „Gesprächskontakten" zu kommen, macht zwar die Anpassungsfähigkeit der Gewerkschaftsführer deutlich, erweckt allerdings herbe

Na, Herr Loderer,
wie gefällt Ihnen denn
Ihre neue Frisur?

Fortsetzung auf Seite 37

Fortsetzung von Seite 36

Zweifel an ihrem Einsatz bei der Betreuung der Kollegen. Möglich auch, daß die Kollegen im Überschwang der Freude, überhaupt mal was für ihre Beiträge zu kriegen, sich nicht lumpen lassen wollten – schließlich müssen Schlüsseltaschen und Kugelschreiber, das sieht doch jeder ein, irgendwie finanziert werden ...! Jedenfalls scheint der Erfolg den Gewerkschaftsführern recht zu geben. Von den über 11 000 Mitgliedern protestierten 258 Kollegen und erklärten, sie wollten aus der Gewerkschaft austreten (eine Zahl, die wir durchaus beachtlich finden!). 147 Mitglieder zogen ihren Protest schließlich doch wieder zurück. Leider gibt der „Gewerkschafter" nicht an, mit welchen Druckmitteln diese Kollegen letztlich „überzeugt" wurden. Vielleicht waren noch ein paar Kugelschreiber übrig?

Beiträge – wofür?

Zweifellos sind zur Wahrnehmung gewerkschaftlicher Aufgaben erhebliche finanzielle Mittel notwendig. Eine Organisation mit vielfältigen Aufgaben am Leben zu halten und weiterzuentwickeln kostet sehr viel Geld. Was jedoch regelmäßig und völlig zu Recht den Protest der organisierten Kollegen hervorruft, ist die Tatsache, daß sie nahezu von jeglicher Einflußnahme auf die Politik ihrer Organisation und also auch auf die Verwendung der finanziellen Mittel ausgeschaltet sind. Unzufriedenheit mit der Tarifpolitik spielt dabei eine wichtige Rolle, ebenso wie die Wut auf die sog. „gemeinwirtschaftlichen Unternehmen" des DGB (Neue Heimat, Bank für Gemeinwirtschaft u.a.), die mit den Beitragsgeldern der Kollegen aufgezogen und subventioniert werden, um ihnen dann doch nur wie jeder andere Kapitalist gegenüberzutreten.

Jeder Kollege wird schon aus seiner eigenen Lage heraus die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Schulungs- und Bildungsarbeit einsehen. Doch welches „einfache" Gewerkschaftsmitglied hat schon jemals Gelegenheit, an solchen Bildungsmaßnahmen teilzunehmen, wird überhaupt über angebotene Kurse informiert? Dafür werden die Bildungseinrichtungen umso mehr von altgedienten Betriebsratsfürsten bevölkert, die es häufig nicht aus Wissensdurst in die luxuriöse bis protzige Umgebung etwa des IGM-Bildungszentrums Sprockhövel zieht. Peter Melzer, selbst Betriebsratsmitglied im Hamburger MAN-Werk, deutete auf dem IGM-Gewerkschaftstag 1974 an,„*daß es auch umgedrehte Beitragsunehrlichkeit gibt, nämlich von Kollegen, die willig und gerne überbezahlen, um bei Lehrgängen reichlich mit Entschädigung versehen zu werden.*" Denn die Höhe der Entschädigungen steigt mit der Beitragshöhe. Nur zu oft treten die Profiteure dieses Verfahrens unter Hinweis auf ihren hohen Beitrag als „besonders überzeugte und vorbildliche Gewerkschafer" auf.

Die Beitragsdiskussion offensiv führen!

In der seit dem 1.Januar dieses Jahres gültigen neuen IGM-Satzung haben sich die Gewerkschaftsführer eindeutig festgelegt: „*Die Erhebung der Beiträge nach Ziffer 2 hat bis spätestens 31.Dezember 1979 zu erfolgen. Die Vertreterversammlung (der jeweiligen Verwaltungsstelle – d. Verf.) kann einen früheren Zeitpunkt festlegen*" (§5, 2a). Das bedeutet, daß die Beitragsdiskussion unvermeidlich auf jeden Betrieb in absehbarer Zeit zukommt. Wir sind der Meinung, daß dieser Anlaß, der mit Sicherheit zu Empörung und Unruhe unter den organisierten Metallern führen wird, von den fortschrittlichen Kollegen genutzt werden kann, um verstärkt die Fragen der innergewerkschaftlichen Demokratie und die Politk der Gewerkschaft insgesamt in die Debatte zu bringen. Es gilt, den Gewerkschaftsführern eine Reihe harter Fragen zu stellen, etwa, wieso die Mitglieder nicht einmal mehr nach ihrer Meinung gefragt werden, wenn Tariffoderungen aufgestellt werden; wer die Gewerkschaftsführer legitimert hat, gemeinsam mit den Atommonopolen Jubelkundgebungen wie in Dortmund durchzuführen und die Unkosten von unseren Beiträgen zu finanzieren; wer Eugen Loderer auf seine Reise ins rassistische Südafrika geschickt hat und wer die Spesen dafür bezahlt usw. usf.

Diese Diskussion – offensiv geführt – kann einen wichtigen Beitrag zur Diskreditierung der reaktionären Politik der Gewerkschaftsbürokratie leisten. Allerdings muß man sich vor der Illusion hüten, den Gewerkschaftsführern mit der Ankündigung des Austritts drohen zu können. Erfahrungsgemäß lassen sie sich auch von Massenaustritten kaum beeindrucken. Im Gegenteil schrecken sie ihrerseits nicht vor Massenausschlüssen zurück, um ihre Pläne durchzusetzen (siehe Leverkusen). Auch wäre es u.a. falsch, etwa die Kandidatur fortschrittlicher Kollegen auf IGM-Listen zur Betriebsratswahl an der relativ „nebensächlichen" Frage des Gewerkschaftsbeitrags scheitern zu lassen. Das Entscheidende ist, ob es uns gelingt, anhand der Beitragskampagne das Bewußtsein der Kollegenschaft über den Zustand ihrer Organisation und die arbeiterfeindliche Politik ihrer Führer zu schärfen.

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Siemens: Gewinner der Krise

Während in den letzten zwei Jahren die Siemens-Belegschaft in der BRD um 21 000 Kollegen „abgebaut" wurde, steigen die Konzerngewinne ins Unermeßliche: So in den ersten 9 Monaten 1977 um 10,2 Prozent, bezogen auf einen Gewinn, der bereits im Jahr zuvor um 39,8 Prozent (!) auf 509 Mio DM gestiegen war!

Somit kann Siemens auch seinen Großaktionären eine Dividende von 16 Prozent anbieten (das sollten mal die Kollegen fordern !). Eine Frechheit sind in diesem Zusammenhang die Worte des Vorstandsbosses der Siemens AG, Bernhard Plettner: „*Nicht zuletzt gehört zu den Voraussetzungen für eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt auch die Gewinnaussichten der Unternehmer*" (nach „UZ", 10.12.77).

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Druck

Arbeitskampf in der Druckindustrie: Fauler Kompromiß besiegelt?

»Seit Freitag gibt es Grund zur Hoffnung, daß der Tarifkonflikt über die Einführung computer-gesteuerter Texterfassungs- und -verarbeitungssysteme in Kürze beendet werden kann« (»FAZ«, 21.1.78). Hoffnung für wen? Wenn das, was die Presse als in 56 Stunden ausgehandelte Leitsätze für die Tarifierung der neuen Techniken bekanntgibt, Realität wird, dann brauchen die »FAZ«-Herausgeber und Verlegerkapitalisten nicht nur zu hoffen, dann können sie sich die Hände reiben. Und für die betroffenen Schriftsetzer etc. bleibt weiterhin das Bangen um den Arbeitsplatz.

Konkret: In der von der DruPa als »allerletzte Frist« vor einer Verschärfung der Kampfmaßnahmen bezeichneten Verhandlungsrunde vom 18. bis 20.1.78 einigten sich die Verbände der Druckindustrie sowie der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger auf Kapitalistenseite mit der DruPa und dem Deutschen Journalistenverband auf eine Reihe von Leitsätzen, die von einer paritätisch besetzten Redaktionskommission zu einem Tarifvertragsentwurf zusammengeschrieben werden soll, über den dann als Gesamtpaket nochmals verhandelt werden soll. Dabei ließen die Kapitalisten bereits verlauten, *»daß nicht sie es sein werden, die den Entwurf ablehnen«* (»FAZ«, 21.1.78).

Nach den verabschiedeten Leitsätzen haben sich die Kapitalisten nahezu vollständig durchgesetzt, die DruPa will den »Fortschritt« bei den Rationalisierungen erklärtermaßen nicht behindern. Schritt um Schritt können die Journalisten dazu gezwungen werden, die Setzer abzulösen. In spätestens fünf Jahren kann der Berufsstand der Setzer vollkommen verschwunden sein und — wenn überhaupt — werden die Kollegen am Bildschirm 20 % niedriger im Lohn eingestuft.

Das einzige Zugeständnis der Kapitalisten ist, daß für fünf Jahre eine Übergangsregelung besteht und daß an den Bildschirmen nicht nur Hilfsarbeiterlohn gezahlt wird. Schon die Tarifvertragsentwürfe wie auch jetzt die »Leitsätze« sind so schwammig gehalten, daß für die Kapitalisten noch große Schlupflöcher bestehen. Hier die Leitsätze im einzelnen:

a) Journalistenarbeit am Bildschirm: Vorgesehen ist die Möglichkeit, Journalisten zum Schreiben und Redigieren ihrer eigenen Artikel am Bildschirm zu verpflichten, d.h. die Setzerarbeit zu übernehmen. Hier wollte die DruPa bislang nur das Lesen und Korrigieren zulassen, während die Hamburger DruPa gar das Verbot jeglicher Arbeit von Journalisten an den Bildschirmgeräten forderte.

b) Besetzungsregelung der neuen Techniken:
Die Texterfassung soll nur vorrangig von in der Druckerei frei werdenden Schriftsetzern getätigt werden, während die Textgestaltung ausschließlich von Schriftsetzern vorgenommen werden soll, allerdings ist diese Regelung auf fünf Jahre begrenzt.

Auch hier haben sich die Kapitalisten bis auf die fünfjährige Übergangslösung in der Textgestaltung durchgesetzt und die schwammige Formulierung (»vorrangig«) läßt ihren Interpretationen freien Lauf. Dazu wird die Trennung Texterfassung-Textgestaltung weiteren Interpretationen Raum geben und z. T. rein technisch gesehen schwer möglich sein. In diesem Punkt wurde in Hamburg gefordert: Ausschließlich Fachkräfte der Druckindustrie an die Bildschirmterminals!

c) Bezahlung:
Die Texterfassung soll nach Ecklohn, d.h. dem einfachen Facharbeiterlohn berechnet werden, die Textgestaltung nach Maschinensetzerlohn, der 20 % darüber liegt. Die DruPa (auch die Hamburger) forderte ursprünglich durchweg Maschinensetzerlohn.

Die weiteren Leitsätze, die die Pausen und Arbeitszeiten an den neuen Geräten regeln, wurden bislang nicht veröffentlicht, ebensowenig die Regelungen für Umschulungen etc. Aber auch hier dürfte es noch einige unangenehme Überraschungen geben.



Diese Forderung Nördlinger Kollegen scheitert nicht nur am Widerstand der Kapitalisten, sondern auch an der Kapitulation der DruPa-Führung

Diese Forderung Nördlinger Kollegen scheitert nicht nur am Widerstand der Kapitalisten, sondern auch an der Kapitulation der DruPa-Führung

Jüngste Kampfmaßnahmen

Die Verhandlungsrunde wurde begleitet von massiven Warnstreiks, die am 19. und 20.1.78 das Erscheinen zahlreicher Zeitungen verhinderten. Am Donnerstag erschien in München keine der fünf dort erscheinenden Zeitungen, einschließlich der »Bild«-München. Am Freitag (20.1.) erschien keine der Frankfurter Zeitungen sowie keine der Stuttgarter. Das »Handelsblatt« (Düsseldorf) erschien ebenfalls nicht und eine große Anzahl von Zeitungen, darunter der Münchner »Merkur« sowie verschiedene »Bild«-Ausgaben erschienen verspätet bzw. in erheblich reduziertem Umfang.

Vor allem die vorübergehende Bestreikung von 3,1 Millionen (München, Essen, Hannover und Hamburg) der insgesamt fünf Millionen Exemplare der «Bild«-Zeitung nahmen die Druckkapitalisten zum Anlaß, die Verhandlungen kurzfristig zu unterbrechen, wobei der Sprecher der Zeitungsverleger, Rüdiger Niemann gerade einen Angriff auf »Bild« als besonders gefährlich bezeichnete. Die Forderung der Kapitalisten, die DruPa möge für ein Ende der Warnstreiks sorgen, wurde von Mahlein zurückgewiesen und die Kapitalisten gaben sich dann mit der Erklärung Mahleins zufrieden, es handele sich bei den massiven Warnstreiks um *»Ausuferungen, die man nicht immer restlos kontrollieren kann«* (»FR«, 21.1.78).

Zugleich ordnete Mahlein Ruhe an der Warnstreikfront an, damit die Redaktionskommission ihre Arbeit »in Ruhe« tun könne. Bleibt zu hoffen und dafür zu arbeiten, daß diese Ruhe nicht einkehrt. Ein gutes Beispiel geben dabei die Kollegen der »Frankfurter Rundschau«, die am 19.1. nicht zur Arbeit gingen, sondern vor dem Verhandlungsort demonstrierten und gegen den schleppenden Verlauf der Verhandlungen sowie über die mangelhafte Informationspolitik der DruPa protestierten.

Es bleibt abzuwarten, wie weit die fortschrittlichen Kräfte in der DruPa bereit sind, diese bittere Pille zu schlucken und in der Lage sind, in den Betrieben den Kampf um bessere Betriebsvereinbarungen aufzunehmen. Während der Verhandlungen war vom DruPa-Hauptvorstand der Kampf um Betriebsvereinbarungen mit massiven Drohungen gestoppt worden.

Druckkomitee
KB/ Gruppe Hamburg

Thyssen-Niederrhein: 407 Arbeitsplätze in Gefahr

Anfang Januar demonstrierten mehrere Hundert Kollegen von Thyssen-Niederrhein in Duisburg-Hochfeld gegen die angedrohte Block-Stillegung der Drahtstraße 3 für drei Monate. Die Kollegen sehen in dieser Maßnahme einen Schritt zur endgültigen Stillegung dieser Drahtstraße und weiteren Betriebsteilen. Schließlich ist bekannt, daß Thyssen die Produktion im Walzwerk der brasilianischen Tochtergesellschaft beträchtlich ausweiten will. Die Kollegen kündigten auf ihrer Demonstration weitere Kampfmaßnahmen wie Autokorso und Demonstration mit Frauen und Kindern an und forderten den Betriebsrat auf, bei seinem Nein zum Stillstand zu bleiben.

Wenige Tage später wurde bekannt, daß die Kapitalisten unter massiver Androhung von Stillegung der Drahtstraße 3 und folgender Entlassung von über 400 Arbeitern und Angestellten dem Betriebsrat und dem Vertrauensleutekörper einen faulen Kompromiß aufgezwungen haben. Danach stimmte der Betriebsrat einer fünfmonatigen Stillegung der Drahtstraße 3 zu unter der Voraussetzung, daß keine Entlassungen vorgenommen werden, Verteilung der Kurzarbeit auf die Belegschaft der Drahtstraßen 3 und 4 sowie „technische Modernisierung (?)" der Drahtstraße 3 während dieser Zeit!

Anscheinend ist das Erzwingen dieses „Kompromisses" für die Kapitalisten nur ein Test gewesen, wie wohl die Kollegen hierauf reagieren. So ging 2 Tage später der Beschluß des Thyssen-Vorstands durch die Presse, die Drahtstraße endgültig stillzulegen!

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Gedämpfte Stimmung

Am 16.1. fand in Hamburg eine Delegiertenversammlung der Hamburger Drucker statt.

Erfreulich war, daß ein Beschluß gefaßt werden konnte, in dem sich die Delegierten für die anstehende Tarifrunde der höchsten Forderung aus den Betrieben anschlossen. Gefordert werden 11%, Angleichung für die Lehrlinge und die Abschaffung einiger unterer Lohngruppen (3 statt 5), Beseitigung der Diskriminierung von Frauen.

Ebenso erfreulich war der Beschluß, daß in Zukunft auf Delegiertenversammlungen mehr Raum für Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben eingeräumt werden soll. Zum festen Bestandteil soll auch ein Bericht des OCR-Arbeitskreises gehören.

Flauer sah es um die Diskussion aus, wie der Kampf um den Raster-Tarifvertrag weiterlaufen soll. Über die geglückte Warnstreikaktion am 13. Dezember, die offiziell „verbotenerweise" auf einem Flugblatt angekündigt worden war, wurde nur noch mit Samthandschuhen berichtet. Nach dem Prinzip „Schwamm drüber" bedankte sich Veteran Jupp Bergmann beim Landesbezirksvorsitzenden für dessen Bemühungen, die Wogen zu glätten und sprach damit leider vielen aus dem Herzen. Wolf hatte die Aktion beim Kapitalisten heruntergespielt und gleichzeitig versucht, die Streiks in den Betrieben zu stoppen. (übrigens ohne Erfolg). Zwar wurde betont, man sei nach wie vor prinzipiell hart, aber neue Aktione wurden nicht mehr gemeinsam geplant, eindeutig ein Erfolg der Einschüchterungstataktik seiner rechten Gewerkschafter.

So kam es dann vor den neuen Verhandlungen um den Rastertarif nur mühsam zu zwei Warnstreiks in Hamburg.

Auf der Delegiertenversammlung hörte man auch reichlich zurückhaltende Töne von Gruner + Jahr, der Betrieb, der für Hamburg ansonsten eine wesentliche Vorreiterrolle spielt.

Neben einer Abgrenzung gegnüber „KPD"-Flugblättern vor Betrieben wurden auch Zweifel an einem überbetrieblichen Informationsdienst im Hamburger Druckbereich geäußert. Es komme jetzt auf die betriebliche Arbeit im einzelnen an, hieß es überwiegend, was ein offensichtliches Zeichen dafür ist, daß bei Gruner derzeit etwas der kämpferische Schwung raus ist.

Ein deutliches Zeichen für eine eher skeptische Haltung eines großen Teils der Versammelten was das bittere Gelächter, mit der eine Passage des Hauptvorstandes in dessen Presseerklärung quittiert wurde, in der kämpferische Sprüche (vor dem Umfallen) gekloppt werden. Es heißt dort u.a.: „Die Geduldsfäden sind bis zum Zerreißen gespannt".

In Hamburg herrscht stattdessen die Vorsicht vor.

Es wird höchste Zeit, daß die Linken gemeinsame Aktionen planen.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Broschek/Hamburg:

Linke Betriebsräte unter Beschuß

Der stellvertretende BR-Vorsitzende M.G. und das bereits amtsenthobene BR-Mitglied R.M. sollen aus dem Betrieb geschmissen werden.

Beide gehören der linken Betriebsratsliste „Argumente" an, die bei den letzten BR-Wahlen rund ein Drittel der Stimmen gegenüber den rechten Sozialdemokraten gewann.

Anlaß der erneuten Kündigungsdrohung war das Verteilen einer „Argumente"-Ausgabe der linken BRs. In der Zeitung war die Kündigung von vier Kollegen wegen angeblichen „Arbeitsmangels" angegriffen worden und treffend als „Brutalität" gekennzeichnet worden. Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß Broschek ein Betrieb ist, in dem dauernd Überstunden gekloppt werden, wurde das als „Verarschung" der Kollegen bezeichnet. Die Kapitalisten forderten deshalb die fristlose Kündigung. Der BR lehnte die Kündigungen jeweils ab, obwohl ein Drittel der Betriebsräte zustimmte.

Die Kapitalisten hatten in ihrem Antrag den Tatbestand der „üblen Nachrede" und der „Verleumndung" festgestellt. Nun drohen sie damit, einen Strafprozeß gegen die BR-Mitglieder einzuleiten. Ein weiterer Schritt in der Einschüchterungskampagne gegen die linken Betriebsräte bei Broschek, der zeigt, wie die Kapitalisten die anstehende BR-Wahl gewinnen wollen. Zwei vorläufig amtsenthobene BR-Mitglieder und ein gekündigtes BR-Mitglied sind bisher die Opfer.

Den linken BRs stehen rechte sozialdemokratische BRs gegenüber, die bereit sind, in jeder Weise – notfalls rechtswidrig oder gegen die Aufforderung des Hauptvorstandes der DruPa zur Überstundenverweigerung – die Knüppelei bei Broschek durchzuziehen (Wir berichteten im letzten AK davon). Dabei können sie sich noch breiterer Zustimmung in Kollegenkreisen erfreuen, da Kollegen, die nicht mitziehen wollen, schnell gefeuert werden.

Demaskierung

Inzwischen fand am 11.1.78 ein Gespräch zwischen dem Ortsvereinsvorstand der DruPa und BR-Mitgliedern von der Mehrheitsfraktion bei Broschek statt.

Die rechten BRs wollten dort ihren Angriffskurs auf den Vorstand fortsetzen und verlangten von ihm Rechenschaft, was dieser ablehnte.

Umgekehrt aufgefordert, zu begründen, warum die gewerkschaftlichen Forderungen bei Broschek sabotiert und bedenkenlos Überstunden zugestimmt würde, von Aktivitäten in Richtung Warnstreiks ganz zu schweigen, wurden die Rechten ganz unverblümt: Liepelt (Vertrauter des abgesägten Wolf) „beklagte" sich darüber, daß bei Broschek nur ausgeschlossene Gewerkschafter in dieser Richtung aktiv würden. Die Überstunden seien auf Grund der Betriebsstruktur nun einmal notwendig (so meint ja auch der Kapitalist). Darüber hinaus sei man nicht bereit, „Vollzugsorgan von Vorstandsbeschlüssen" zu spielen.

Das ist eine offene Kampfansage gegenüber jeder kämpferischen Regung in der Gewerkschaft.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

HBV

HBV-Führung auf Slalomfahrt!

CDA-Fraktion innerhalb der HBV gegründet



CDU–Blüm bei Vietheer, Vorsitzender der Gewerkschaft HBV

Die christ-demokratische Reaktion hat sich innerhalb der Gewerkschaft HBV konstituiert. Am 24./25. September 1977 gründete sich eine »CDA-Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer HBV-Gewerkschafter« mit Vorstand, Geschäftsführer und Landesverbänden. Oberstes Ziel der CDA/HBV ist das Hineintragen der christlich-sozialen Ideen und Aufgaben in die HBV. Und da diese Vereinigung nach eigenen Angaben kein Geheimclub sein will, erklärte der Vorsitzende Fuhrmann (der gleichzeitig GesamtBetriebsratsmitglied der Union Deutsche Lebensmittelwerke und Mitglied des HBV-Gewerkschaftsausschusses ist): *»Deshalb werde man zu jeder Sitzung des Vorstandes, der reihum in den einzelnen Landesbezirken tagen will, auch jeweils den Landesleiter und den örtlich zuständigen geschäftsführenden Sekretär einladen.«*

Wer nun geglaubt hat, die meist sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaftsführung werde auf die Barrikaden gehen, der sieht sich getäuscht. Da nahmen am zweiten Tag der Versammlung vom geschäftsführenden HBV-Hauptvorstand Heinz Vietheer und Fritz Baumann teil. In seinem Referat vor den Tagungsteilnehmern hob HBV-Vorsitzender Vietheer hervor, er befinde sich nicht auf »Schwarzfahrt«, sondern überbringe die Grüße des gesamten geschäftsführenden Hauptvorstandes (!!).

Nun, auf Schwarzfahrt befindet sich die CDA/CDU/CSU und auch Vietheer. Und so fordert u.a. die CDA/HBV von der HBV: *»Notwendige Informationen werden vom Hauptvorstand der Gew. HBV für die Arbeitsgemeinschaft herausgegeben.«*

Etwas, was an sich HBV-Mitgliedern gebührt, aber doch wohl kaum einer reaktionären CDA-Fraktion.

Um dann allem noch die Krone aufzusetzen, fand am 29.9.1977 gleich

einer reaktionären CDA-Fraktion.
Um dann allem noch die Krone aufzusetzen, fand am 29.9.1977 gleich
ein Treffen unter SECHS Augen zwischen Vietheer, Norbert Blüm und dem Vorsitzenden der CDA statt.

»Die Beteiligten beurteilten diesen ersten Gedankenaustausch positiv und vereinbarten, ihn von Zeit zu Zeit fortzusetzen.«

Alle Angaben und Zitate sind übrigens dem »ausblick« entnommen, der zentralen Zeitung der Gewerkschaft HBV (Ausgabe 11/77, Seiten 6 und 7)!

Dem »AUSBLICK« bescheinigte die CDA übrigens »Einseitigkeit« und »Linksdrall«.

Herbstsitzung der HBV-Führung im November: Man staunt!

»Nun soll mich doch ein Pferd treten!« Im Januar 1978 berichtete der »ausblick« über die Herbsttagung von Gewerkschaftsausschuß und Hauptvorstand vom 23. bis 25.11.1977. Ausführlich wurde über die CDA/HBV diskutiert:

»Diese Maßnahme stieß in beiden Gremien auf einmütige Kritik und Ablehnung. Als Ergebnis der Diskussion wurde - gegen eine Stimme und bei einer Enthaltung - vom Hauptvorstand und Gewerkschaftsausschuß folgender Beschluß gefaßt:

‚Bei aller grundsätzlichen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen aller demokratischen Parteien ist die Bildung parteipolitischen Arbeitsgruppen bzw. Fraktionen innerhalb unserer Gewerkschaft wegen der darin enthaltenen Spaltertendenzen mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft nicht in Einklang zu bringen. Es ist nicht zulässig, daß Arbeitsgemeinschaften mit parteipolitischer Prägung in organisatorischer und materieller Hinsicht von der Organisation unterstützt werden. In ihrer Darstellung nach außen darf der Name HBV keine Verwendung finden…«

Also wurde hier ein Beschluß gefaßt, der zwar das genaue Gegenteil beinhaltet, was der geschäftsführende Hauptvorstand nur einen Monat früher erklärte, aber für die CDA soll das keine Konsequenzen haben, denn so heißt es listigerweise in dem Beschluß: *»Hauptvorstand und Gewerkschaftsausschuß erwarten, daß ein derartiger Vorgang in Z u k u n f t unterbleibt«.*

Hin tergrund dieses Beschlusses war die Tatsache, daß in der Gewerkschaft die CDA auf breiteste Proteste gestoßen war, der dann auch in vielen Leserbriefen dargestellt worden war. Es wird sich zeigen, ob die Gewerkschaftsführer mit einem derart plumpen Trick den HBV'lern die CDA unterjubeln können.

Vorstand der CDA-Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer HBV-Gewerkschafter

In Dortmund wurde ein Vorstand der neuen CDA-Bundesarbeitsgemeinschaft gewählt. Ihm gehören an:

Vorsitzender:
Clemens Fuhrmann
Prinz-Albrecht-Straße 61
4100 Duisburg 1
(GBR-Mitglied Union Deutsche Lebensmittelwerke; Mitglied HBV-Gewerkschaftsausschuß)
4100 Duisburg 1
(GBR-Mitglied Union Deutsche Lebensmittelwerke; Mitglied HBV-Gewerkschaftsausschuß)

Stellvertreter:
Hans Koch
Stolzestraße 14
4600 Dortmund 1
(BR-Mitglied co op Dortmund e. G.)

Johann Kramer
Mülldorfer Straße 27
5205 St. Augustin 1
(Mitglied HBV-Ortsverwaltung Bonn; Persönlicher Referent von Hans Katzer)

Geschäftsführer:
Karl-Heinz Fröbrich
Otto-Hahn-Straße 1
4130 Ratingen-Wester
(Leiter der Abt. Tarifpolitik beim DGB-Bundesvorstand)

Für die einzelnen Landesbezirke wurden Beauftragte benannt.

„ausblick" 11/77

Big Brother is watching you!

Daß die Einführung der neuen elektronischen Satztechniken in der Druckindustrie, das sogenannte OCR-System, einen katastrophalen Verlust an Arbeitsplätzen bedeutet, hat sich inzwischen herumgesprochen. Weniger verbreitet ist bislang die Einsicht – vor allem unter den Redakteuren – daß dieses neue System einen tiefgreifenden Einschnitt auch in der Frage der Inhalte von Zeitungen und Zeitschriften bedeutet.

So war zum Beispiel aus der Redaktion der Hamburger „Morgenpost" zu hören, daß sich die Mehrzahl der dort arbeitenden Kollegen darauf freut, an dem neuen Spielzeug, nämlich den Bildschirm-Terminals der elektronischen Satzrechner, arbeiten zu dürfen.

Gerade Redakteure an Tageszeitungen werden aber nach Einführung des OCR-Systems noch ihr blaues Wunder erleben. Denn bei der ohnehin schon fast alles beherrschenden Deutschen Presse-Agentur dpa ist im Oktober vergangen Jahres eine Neuerung beschlossen worden, die geradezu wie eine Mutter auf die derzeit mit Einführung des OCR-Systems gedrehte Schraube wirken wird.

Ab 1979 wird nämlich dpa nicht mehr im herkömmlichen Fernschreiber-Verfahren seine Meldungen verbreiten sondern im sogenannten Acht-Spur-Code, d.h. mit Groß- und Kleinschreibung. Außerdem besteht die Möglichkeit, mit Hilfe dieses Codes auch weitere, satztechnische Informationen zu übermitteln, sowie Ressortangaben, Angaben, daß eine Meldung eine verbesserte Wiederholung einer älteren Meldung sei (die ältere Meldung kann durch den Computer dann automatisch gelöscht werden) usw.

Dpa-Meldungen kommen dann wie die Agentur mitteilt, *„im sogenannten Dienste-Format, daß den Empfängern die Verwendung der Nachrichten für eine moderne Textverarbeitung ermöglicht".*

Man braucht nicht viel Phantasie, um sich auszudenken, was passiert, wenn dieses System eingeführt ist.

Der dpa-Text könnte dann ohne weiter redaktionelle Bearbeitung unmittelbar für die Zeitung gesetzt werden.

Der Nachrichtenredakteur, der zusätzliche Informationsquellen hat, muß diese relativ aufwendig eintippen bzw. in den dpa-Text einsetzen. Schon jetzt werden viele Zeitungsartikel hauptsächlich aus den dpa-Meldungen zusammengesetzt, das würde erheblich ausgebaut.

Ein zusätzlicher Zeitdruck auf Redakteure würde da durchschlagenden „Erfolg" versprechen.

Mit diesem System schreibt der „Spiegel" (52/77) würden *„zumindest bei kleineren Zeitungen Nachrichtenredakteure entbehrlich".*

Doch noch auf anderem Wege ist bei dem neuen System die einheitliche Staatspresse näher gerückt. Wo heute der Chefredakteur sich ein Manuskript noch eigens vom Redak-



teur vorlegen lassen, von ihm ausdrücklich Änderungen verlangen muß und ihn damit, falls der genügend Mut hat, die Möglichkeit zur Auseinandersetzung, zum Widerspruch gibt, da drückt er in Zukunft einfach auf den Knopf und hat den Artikel auf seinem eigenen Bildschirm. Technisch wäre es sogar möglich, daß der Chefredakteur - und selbstverständlich auch der Verleger - dem Redakteur sozusagen beim Schreiben zusieht und sofort verändernd eingreift.

Eine Vision von totaler Kontrolle, die auch den Zeitschriftenredakteur betreffen wird. Und die Erfahrung lehrt: was die Verleger können, das tun sie auch.

Journalisten-Zelle
KB-Gruppe Hamburg

Tarifveranstaltung im Hamburger Buchhandel

Nach der Absetzung einer Urabstimmung durch die Landesbezirkskonferenz (LBK) Nordmark Ende letzten Jahres scheint eine Tarifauseinandersetzung im Buchhandel nunmehr endgültig begraben zu sein.

Eine Mitgliederv ersammlung nach Streikabsetzung fand nicht statt; am 12.1.1978 gab es immerhin eine öffentliche Versammlung. Gut 40 - 50 Kolleginnen und Kollegen des Buchhandels nahmen daran teil.

Die Tarifkommission konnte in ihrem Beitrag nicht umhin, das mehr als merkwürdige Verhalten der Gewerkschaftssekretäre zu kritisieren. Diese haben auf der letzten Mitgliederversammlung, auf der der Urabstimmungsbeschluß gefaßt wurde, kaum einen Pieps gesagt, wenige Tage später aber in ihren Kreisen voll gegen einen Streik gewettert (so z.B. Hauschild, der geschäftsführende Sekretär der HBV-Ortsverwaltung Hamburg).

Aber dann kam's knüppeldick. Für die jetzige Situation (kein Streik, Ratlosigkeit) sei nicht nur die LBK verantwortlich; viele, die für Streik seien, hätten nicht einmal die HBV-Plaketten (»Für 8,5 % mehr Lohn«) im Betrieb getragen. Und zu guter letzt: Auf den Mitgliederversammlungen träten einige Betriebe immer groß auf; wenn's an die Kleinarbeit ginge, sei von ihnen nichts zu sehen.

Man soll doch nicht »nur« Tarifkampf machen, sondern sich auch mit anderen Themen beschäftigen.

Als brandheiße »Alternative« wurde ein Arbeitskreis zum 1. Mai (!!) vorgeschlagen. Man könne ja nicht ewig bei 8,5% bleiben, dazu wurde dann ein tarifwissenschaftliches Seminar angeboten. Diese Argumentation, die jedes Gewerkschaftsführers würdig ist, kam diesmal vom KBW, nachdem vor vier Wochen die DKP den Gewerkschaftsführern entsprechend nachgelaufen war.

Die DKP stieß diesmal gleich nach und schlug vor, daß der Arbeitskreis, der bisher die Aktivitäten der Kollegen organisiert hatte, erst einmal nicht mehr tagen solle.

Alles in allem geht die Taktik der Gewerkschaftsführer Schritt um Schritt auf.

Ein Jahr lang hat man die Kollegen Flugblätter verteilen lassen, Protestversammlungen zugelassen, um unter dem Motto, die »Kollegen sind noch nicht so weit, erst 30 % sind bei uns organisiert«, abzubremsen.

Betriebsräte ausgesperrt

Am Morgen des 2. Januar stellte sich der neue Geschäftsführer des Primus-Großmarktes der ankommenden Belegschaft am Personaleingang in den Weg. Er verweigerte sieben Betriebsratsmitgliedern und vier Angestellten den Einlaß. Zusätzlich betroffen sind noch zwei Heimarbeiterinnen. Die Primus-Gesellschaft, die laut »Göttinger Tageblatt« (»GT«) mit der Metro-Kette verbunden ist, hatte ab Jahreswechsel den ehemaligen Großmarkt Bono übernommen.

Der Verkauf des Großmarktes war ohne Wissen der Belegschaft zwischen »Bono« und »Primus« ausgehandelt worden. Die Betriebsangehörigen wurden erst wenige Tage vor der Übergabe von diesem Handel in Kenntnis gesetzt.

Vorausgegangen waren dem Besitzerwechsel allerdings Gerüchte über erhebliche Rationalisierungen und ca. 100 Entlassungen (bei 300 Beschäftigten!) in Zusammenhang mit einem möglichen Verkauf. Das Zustandekommen eines Sozialplans für die Belegschaft war von der Bono-Geschäftsleitung zielstrebig immer wieder hinausgezögert worden, so daß schließlich auch das kurz vor Weihnachten erfolgte Anrufen der Einigungsstelle und der DGB-Rechtsstelle durch den BRbereits zu spät kam.

Nach einer derartigen Vorbereitung legte »Primus« dann am 28.12. den Beschäftigten eine Erklärung zur Unterschrift vor, die ihnen die »Möglichkeit« geben sollte, von »Primus« übernommen zu werden. Der BR lehnte diese Form der Erniedrigung ab und rief dazu auf, die Erklärung nicht zu unterschreiben, da gemäß § 613a BGB»Primus« ohnehin verpflichtet sei, alle Beschäftigten zu übernehmen. Dieser Aufruf kam jedoch leider zu spät, es hatten schon fast alle unterschrieben - eben bis auf die sieben BR-Mitglieder, vier Angestellte und zwei Heimarbeiterinnen.
Die ''Primus''-Geschäftsleitung schien auf diese Gelegenheit gewartet zu haben und sperrte alle Nichtunterzeichner aus. Daraufhin verteilte die HBV am Sonnabend in der dicksten Geschäftszeit vor »Primus« Flugblätter, in denen die Kunden über das Geschehene informiert und aufgefordert wurden, zu überlegen, ob es richtig sei, weiter in einem solchen Kaufhaus einzukaufen; zahlreiche Göttinger Gewerkschaftsführer und Betriebsräte erklärten sich in Anzeigen oder Leserbriefen in der örtlichen Presse solidarisch und verkündeten, sie würden so lange nicht mehr bei »Primus« kaufen, bis die Ausgesperrten wieder im Betrieb sind; die SPD zeigte sich über diesen Zwischenfall äußerst empört und selbst die örtliche CDU ließ verlauten, sie sehe eine Gefahr für den sozialen Frieden der Stadt.

Der Unterbezirksvorsitzende der SPD, Wettig, wollte die SPDBundestagsfraktion informieren, die 1. Vorsitzende des Ortsvereins, Nahnsen, erklärte sich solidarisch und verurteilte »frühkapitalistische Pressionsmethoden« sowie »Psychoterror«, die Landtagsfraktion protestierte gegen diesen »brutalen Rechtsbruch«, der Göttinger Bundestagsabgeordnete Curdt beschwor den Arbeitsfrieden, der MdL und Landrat Bruns erklärte ähnliches.

»Primus« fuhr zunächst unbeirrt weiter die harte Linie, erpreßte von der Belegschaft eine Distanzierung von den BR-Mitgliedern und der »Pressekampagne« per Unterschrift unter eine entsprechende Erklärung. Belegschaftsmitglieder, die das vorläufige BR-Büro in einem nahe dem Großmarkt geparkten Wohnwagen aufsuchten, wurden demonstrativ fotografiert und Polizei wurde angefordert, um die BR-Mitglieder aus dem Gebäude fernzuhalten.

Am 11.1. erhielt der BR durch eine »Einstweilige Verfügung« wieder das Recht, die Betriebsräume zu betreten und seine Aufgaben als BR weiterzuführen. Außerdem zeichnete sich ab, daß der BR auch das Hauptverfahren am 27.1. gewinnen würde.

Die Reaktion von »Primus«: sie erstattete Anzeige gegen diejenigen, die ihre Solidarität mit den BR-Mitgliedern in Verbindung mit einem Kaufverzicht zum Ausdruck gebracht hatten und zwar wegen Geschäftsschädigung.

Zusätzlich wandte sich Geschäftsführer Widegger in einem Leserbrief im »GT« an seine Kritiker und forderte sie auf, wie dies gute Sitte sei, während des laufenden Gerichtsverfahrens in der Öffentlichkeit zu schweigen und die *»Mobilmachung und den Versuch zur Manipulation der Öffentlichkeit«* zu unterlassen. »Primus« werde, so stellte er in Aussicht, entsprechend ihrem völlig *»ungestörten Verhältnis zur Demokratie«* sich dem Urteilsspruch des Gerichts unterwerfen.

Da könnten nun die bürgerlichen Akteure die Bühne des Geschehens verlassen, Recht und Ordnung wären wieder hergestellt, der Betriebsrat zwar wieder eingestellt, die Belegschaft aber eingeschüchtert und reif für Rationalisierungsmaßnahmen. Doch das würde dann unter Ausschluß der Öffentlichkeit ablaufen. Und tatsächlich, nachdem sich anfangs besonders die SPD gewaltig aufgeblasen hatte, blieben nach der »Einstweiligen Verfügung« weitere Stellungnahmen aus und Gewerkschaftsführer empfahlen, man bräuchte ja nun keine Solidaritätserklärungen mehr zu verabschieden, die BR-Mitglieder seien ja wieder drin.

Der SPD-MdL und Landrat Bruns: beschreibt das so: *»Manche Vertreter der Wirtschaft sollten sich darüber im Klaren sein, daß in kaum einem anderen Industriestaat der Welt die Arbeitnehmer sich derart mit dem Geschick ihrer Betriebe identifizieren und die staatliche und wirtschaftliche Ordnung mit stützen wie bei uns in der Bundesrepublik.«*

Für SPD und Co. ist also der Zirkus aus, es bleibt also den bescheidenen Mitteln fortschrittlicher Kräfte überlassen, weiterhin für Öffentlichkeit in dem Konflikt zu sorgen.

GEW

Endlich ! GEW Hamburg schließt 36 rechte Spalter aus



Mit sofortiger Wirkung hat die Landesschiedskommission der GEW-Hamburg am 6.1.78 36 Mitglieder, die auf der Liste der rechten Spalterfraktion „Alternative" zur Lehrerkammer kandidiert hatten (siehe die letzte Ausgabe des AK's), aus der GEW ausgeschlossen. Dieser Beschluß ging den Betroffenen allerdings erst am 16.1. zu, denn am 15.1. versuchte GEW-Bundesvorsitzender E. Frister, der extra angereist war, noch einmal, das Ausscheeren seiner rechten Parteigänger im Landesverband Hamburg der GEW zu verhindern.

Frister ging dabei soweit, der „Alternative" das offene Auftreten als Fraktion innerhalb der GEW anzubieten. Obendrein sollten alle Ausschlußanträge von ihm kassiert werden. Als Gegenleistung sollte die „Alternative" lediglich auf eine Koalition mit dem „Deutschen Lehrerverband" („DLV") in der Lehrerkammer verzichten und stattdessen mit den GEW-Mitgliedern stimmen. Dazu war die „Alternative" nicht bereit, da es in der 17 köpfigen GEW-Lehrerkammerfraktion mindestens 8 Kommunisten gäbe. Es gilt nun als sicher, daß die „Alternative" Anfang Februar die Gründung eines eigenständigen Lehrerverbands bekanntgeben wird.

Zum einen ist es natürlich eine Frechheit, daß Frister nach dem Ausschlußbeschluß noch mit diesen erklärten Gewerkschaftsfeinden und Behördenkunglern in Verhandlungen trat. Andererseits blieb ihm angesichts des unverschämten Verhaltens der „Alternativlinge" auch kein Manövrierspielraum als den Ausschluß zu akzeptieren.

In einem von ihm und dem Hamburger Landesvorsitzenden Lemke gemeinsam unterzeichneten Brief an alle Hamburger GEW-Mitglieder wird der Ausschluß der 36 bekanntgegeben. Zu den Vorwürfen der „Alternative" gegen die GEW-Hamburg heißt es:

„Die Behauptung, die GEW-Hamburg sei durch kommunistischen Einfluß zu einer ‚linkssozialistisch-kommunistischen Richtungsgewerkschaft' geworden, müßte sich durch offizielle Beschlüsse der GEW belegen lassen. Tatsache ist, daß ausschließlich von Kommunisten vertretene Positionen in Beschlüssen der Organe der GEW keine Rolle spielen. Zur personellen Repräsentanz bestimmter Gruppierungen in GEW-Gremien ist zu sagen: alle Funktionen werden durch Wahl vergeben. Wer bestimmte Kandidaten für ungeeignet hält, eine Funktion auszufüllen, hat die Möglichkeit, personelle Alternativen zu nennen und für sie zu werben."

Eine so maßvolle „Wir-sind-ja-gar-nicht-so-schlimm"-Argumentation entspricht sonst kaum Fristers Stil. Offenbar hielt er eine Unterstützung der „Alternative" und damit Zuspitzung des Konflikts derzeit nicht für ratsam, um eine zweite Entwicklung à la GEW-Westberlin zu vermeiden. Das hindert ihn jedoch nicht daran, weiter gegen fortschrittliche Positionen der GEW-Hamburg zu Felde zu ziehen.

Nachdem er wieder in Frankfurt war, ließ er Hamburg wissen, er hätte den Brief nicht unterschrieben, wenn er vorher die neueste Ausgabe der „Hamburger Lehrerzeitung" (GEW-Organ) gelesen hätte. Ihm mißfiel, daß dort das Abschneiden der GEW bei den Lehrerkammerwahlen trotz der Erfolge der „Alternative" positiv bewertet wurde, da die über 5200 GEW-Stimmen als Stimmen für eine fortschrittlichere Bildungspolitik als je zuvor gewertet wurden.

Fristers Strategie ist jetzt: wenn er schon die „Alternative" opfern muß, dann soll die Hamburger GEW dafür bezahlen! Bezahlt werden soll mit der Anwendung der Bundessatzung auf Mitglieder, die unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallen. Bisher hat es, seit Lemke Vorsitzender ist, in Hamburg kein Verfahren nach dem berüchtigten § 8,4,d der Bundessatzung gegeben. Damit das nicht so bleibt, griff Frister am 15.1. selbst zum Mittel der Denunziation. Er brachte die Namen zweier GEW-Mitglieder mit, die für den SSB (Sympathisanten des KB's an der Hamburger Uni) bzw. KSV an der Universität kandidiert hatten, und forderte darum Ausschluß. Wohlgemerkt: Frister stellte nicht selbst einen Ausschlußantrag, wozu er nach der Satzung berechtigt wäre, sondern er übergab die beiden „Fälle" an Lemke.

Der Hamburger Landesvorstand soll jetzt zeigen, wie ernst er es mit der Bundessatzung nimmt. Die weitere Entwicklung des Konflikts ist damit vorhersehbar. Frister wird die Hamburger GEW massiv unter Druck zu setzen versuchen. Mit der Abspaltung der „Alternative" ist daher noch nicht viel gewonnen. Zumal Lemke und der Landesvorstand sich jetzt hüten werden, allzu „links" zu erscheinen mit dem Argument, man treibe sonst der „Alternative" nur Leute zu.

In dieser Situation versucht Frister, den Widerspruch zwischen dem erklärten Ziel der GEW-Hamburg, Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf satzungsgemäßem Wege wieder aufzuheben, aber andererseits die Gültigkeit der Bundessatzung zu respektieren, für sich auszunutzen. Auf diese Erpressung sollte man sich gar nicht erst einlassen. Umgekehrt braucht Frister für seine Schnüffelpraktiken (wobei er direkt mit der „Alternative" zusammenarbeitet!) die passende Antwort! Schließlich wurden die „Alternativ-Leute nicht ausgeschlossen, um derartige reaktionäre Machenschaften weiter hinzunehmen.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Ausschlußantrag gegen Vorstand und Redaktion der GEW Bochum

Der Geschäftsführende Ausschuß des Landesvorstandes der nordrhein-westfälischen GEW hat gegen 17 Mitglieder des Ortsverbandes Bochum einen Ausschlußantrag wegen Verstoßes gegen den Unvereinbarkeitsbeschluß gestellt. Betroffen sind fast der gesamte Ortsvorstand sowie die Redakteure des vom Ortsvorstand herausgegebenen Infos. Über die Ausschlußanträge wird der Hauptvorstand der GEW Bund (zuständig in Sachen UVB) auf einer Sitzung am 11.2.78 entscheiden.

Der Anlaß zeigt eindrucksvoll wie weitgehend die UVB's heute ausgelegt und angewandt werden. Der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Bochum vom 26.10.77 lag auch ein Antrag gegen die Verbotsdrohungen des CDU-Vorstandes gegen die K-Gruppen vor. Da der Antrag nicht vorher schriftlich eingereicht worden war, wurde beschlossen, ihn im nächsten Info des Ortsvorstandes zu veröffentlichen und auf einer späteren Sitzung zu behandeln. Die Redaktion des Infos hielt sich selbstverständlich an diesen Beschluß und druckte den Antrag im „Info 11/12 1977" ab. Mit dem Vermerk „zur Information" wurde außerdem eine Erklärung der „Bochumer Aktionseinheit zur verschärften politischen Unterdrückung" abgedruckt, unterzeichnet von insgesamt 17 Gruppen, darunter neben ESG und „Falken" auch KB, „KPD" und KBW.

Daraufhin beantragte der Landesvorstand der nordrheinwestfälischen GEW bei der Landesschiedskommission ein Verfahren, in dem ein „gewerkschaftsschädigendes" Verhalten festgestellt werden sollte; diese jedoch erklärte sich für nicht zuständig, da ein Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse vorläge, worüber der Hauptvorstand zu entscheiden habe.

Als der Vorstand des Ortsverbandes Bochum von diesen Absichten erfuhr, solidarisierte er sich mehrheitlich mit der Info-Redaktion und unterstützte den Abdruck der beiden Artikel, *„da das Info wie bisher als Diskussions- und Informationsforum zur gewerkschaftlichen Arbeit im OV Bochum verstanden wird"*. Auch eine Mitgliederversammlung des Ortsverbandes stellte sich hinter den Abdruck der beiden Beiträge. Trotzdem stellte der Landesvorstand den Ausschlußantrag.

Der Wortlaut des Ausschlußantrags des Landesvorstandes wurde den Betroffenen bisher vorenthalten; sie erhielten bisher lediglich ein Schreiben des Geschäftsführers der GEW Bund, Walz, in dem er sie über das Verfahren informiert. In der Veröffentlichung der „Gemeinsamen Erklärung der Bochumer Aktionseinheit" sieht Walz eine Unterstützung der unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallenden kommunistischen Gruppen. Daher erklärt er schlankweg – noch bevor sich der Hauptvorstand mit der Sache befaßt hat – daß der Ausschluß der Schuldigen aus der GEW „geboten" sei.

„Vor allem" sei der Ausschluß aber wegen der Verbreitung von *„verleumderischen Behauptungen"* gegen den DGB geboten. Als Beleg zitiert Walz einen Absatz aus dem Antrag gegen das K-Gruppen-Verbot: *„Bereits durch ein ganzes Arsenal von Gesetzen, wie z.B. die Gesetze gegen Haus- und Landfriedensbruch, die Notstandsgesetze, die Paragraphen 88a und 130a versucht die herrschende Klasse die demokratischen Rechte von Arbeiterklasse und Volk zu beschneiden und ihren Zusammenschluß im Kampf für ihre Rechte zu verhindern. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB dienen der gleichen Sache".*

Die betroffenen Vorstands- und Redaktionsmitglieder haben speziell zu diesen Punkten erklärt, daß der Ortsverband Bochum *„aus seiner Prinzipiellen Kritik an dem ‚Radikalenerlaß' und auch an den Unvereinbarkeitsbeschlüssen nie einen Hehl gemacht"* habe, daß er sich aber trotzdem an die DGB- und GEW-Beschlüsse gebunden fühle.

Die Verschärfung an diesem vorgehen liegt daran, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse jetzt zu einer umfassenden Zensur der gewerkschaftlichen Presse genutzt werden sollen. Sollte der Hauptvorstand, wie vorauszusehen, dem Ausschlußantrag stattgegeben, heißt das darüberhinaus: Jeder, der gegen ein neues Kommunistenverbot protestiert, fällt wegen „Unterstützung der K-Gruppen" unter die UVB's. Ebenso wird auf diese Weise jede Kritik an den UVB's aus den gewerkschaftlichen Verlautbarungen getilgt. Für den Beweis der „Verleumdung", die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB dienten dem gleichen Zweck wie die staatlichen Repressionsmaßnahmen, könnte es kaum einen besseren Beweis geben, als gerade dieses Ausschlußverfahren.

Man darf gespannt sein, wann es die ersten Ausschlußverfahren geben wird, weil GEW-Redakteure beispielsweise über das Russell-Tribunal berichtet haben (vor dem der DGB-Vorstand bekanntlich gewarnt hat).

(Apropro Russell-Tribunal: Bekanntlich polemisieren Teile der Unterstützerbewegung und des Sekretariats wortreich gegen eine Behandlung der UVB's durch das Tribunal, da es sich dabei um eine interne Angelegenheit im DGB handle, und man Ausschlüsse aus Kaninchenzüchterverbänden ja auch nicht behandeln würde (!). Diesen Leuten sollte man gerade diesen „Fall" um die Eselsohren schlagen!)

Die vom Ausschluß bedrohten Bochumer Kollegen haben inzwischen eine gemeinsame Erklärung an den Hauptvorstand geschickt, in der es heißt:

„Wenn Kollegen wie uns, die wir seit Jahren im gewerkschaftlichen Raum aktiv sind und deshalb auch in unseren Berufen teilweise schon angefeindet worden sind, jetzt von der Organisation die Solidarität entzogen werden soll, und zwar wegen einer Sache, die unserer Auffassung nach nichts anderes als die selbstverständliche Erfüllung des Gebots von Meinungs- und Informationsfreiheit war, dann fordern wir die gewählten Vertreter dieser Organisation, die solche schwerwiegenden Entscheidungen wie Ausschlüsse zu vertreten haben, auf, darüber nachzudenken, was dann die nächsten Schritte sein werden: Läuft dann morgen ein Ausschlußverfahren gegen Kollegen, die als Lehrer oder Erzieher sich z.B. bei einer Veranstaltung einer kommunistischen Organisation über deren Vorstellung informieren wollen, dabei womöglich gesehen oder fotografiert werden und ihnen dann unterstellt wird, sie seien entweder Sympathisant oder würden durch ihre pure Anwesenheit diese Organisation unterstützen? Im öffentlichen Bereich ist dies ja bereits keine Fiktion mehr".

Es liegt auf der Hand, daß eine Ausschluß-Entscheidung des Hauptvorstands in dieser Angelegenheit exemplarischen Charakter hätte und weitreichende Folgen für die gesamte GEW haben würde. Wir fordern daher alle Leser auf, sich für die Solidarität mit den Bochumer Kollegen in allen Landesverbänden, besonders aber in NRW einzusetzen. Es sollte versucht werden, möglichst viele Hauptvorstandsmitglieder in den Landesverbänden noch vor der Sitzung am 11.2 auf eine Ablehnung des Ausschlusses festzulegen.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Unterrichtsinhalte:
Fleiß, Disziplin, Ordnung

Bonn: Scharfmacher-Treffen

In Bonn fand Mitte Januar ein Treffen rechtsradikaler Akademiker unter dem Titel *„Mut zur Erziehung"* statt. Leute wie Lobkowicz (Rektor der Uni München) Maier, Hahn (Kumis von Bayern und Baden-Württemberg), Golo Mann u.a. Herrschaften aus Kreisen wie dem „Bund Freiheit der Wissenschaft" übertrafen sich dabei in der Zurschaustellung ihrer faschistoiden Vorstellungen. Der *„Abbau der Gesittung"* durch die Bildungsreform wurde beschworen, stattdessen mache sich das *„Gemeine und Rohe"* (!) im Bildungswesen breit (gemeint ist wohl Sexualkunde?!). *„Unordnung und Roheit und Unerzogenheit"* werde von Pädagogen *„in Schutz"* genommen usw. usf. In einem abschließenden Papier polemisieren die Veranstalter gegen die Erziehung zur Kritikfähigkeit und empfehlen stattdessen die *„Tugenden des Fleißes, der Disziplin und der Ordnung"*.

Sicherlich mehr Mut angesichts des herrschenden „Zeitgeistes" bewies Jutta Wilhelmi in einem Kommentar in der „FR" (19.1) zu diesem Treffen, dem auch noch Bundespräsident Scheel den „offiziellen Rahmen" verschafft hatte:

„Es fällt ... schwer, nahtlos an jene Tradition bürgerlicher Moral und Gesittung anzuknüpfen, die durch Auschwitz und Treblinka unterbrochen und gebrochen ist. Bekanntlich standen diese Prinzipien auf den Barackenwänden ...

Gemessen an dem Rohen und Gemeinen, das Menschen im Namen von Pflicht Gehorsam und Disziplin in der jüngsten deutschen Geschichte angetan worden ist, sind die Irrungen und Wirrungen moderner Pädagogik wahrlich gering". (alle Zitate aus FR, 19.1.).

• • •

Bayern: Fortschrittliche Autoren auf Schulbuch-Index

Nachdem der Bremer CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Neumann die Werke Erich Frieds lieber in Flammen aufgehen als im Schulunterricht behandelt sehen will, hat sich nun auch das bayrische Kultusministerium um entsprechende Schritte bemüht. Zwar ist (momentan) noch nichts von Bücherverbrennungen bekannt, jedoch hat Bayern gemäß katholischer Tradition so etwas wie einen Index für Wallraff, Fried, Biermann und Fichte aufgestellt (vom Vatikan wurden seit Jahrhunderten viele Bücher aufklärerischen Inhalts auf den „Index" gesetzt. Damit war es den Katholiken verboten, diese Bücher zu lesen).

In einem Schreiben des bayrischen Kultusministeriums vom 28. 11.77 an einen Dortmunder Verlag betreffs *„Bender, Deutsches Lesebuch für Gymnasien, Bände 1 - 5"* fordert die Behörde, Wallraff-, Fried-, Biermann- und Fichtetexte aus dem Lesebuch herauszunehmen und durch andere zu ersetzen.

Die inkriminierten Texte zeichnen sich nicht einmal durch politische Brisanz aus. Vielmehr sollen auch unpolitische Texte wie z.B. das Fried-Gedicht „Meer" der Zensur zum Opfer fallen.

Ein Beweis dafür, daß es dem Kultusministerium nicht um Inhalte, sondern um die Verfasser geht (nach „Zeit" 3/78).

Es spricht alles dafür, daß zumindest Bayerns Gymnasiasten diese zeitgenössischen Autoren in der Schule nicht mehr kennenlernen sollen.

• • •

Hamburg: Nationalhymne

Auf eine Kleine Anfrage des Hamburger CDU-Abgeorneten Kelber *„betreffs mangelhaftes Wissen der Schüler um die Nationalhymne"* vom 7.11.77 antwortete der Senat am 15.12.77 u.a.:*„Der Senat ist jedoch der Auffassung, daß die Nationalhymne stärker in das Bewußtsein auch der Schüler gebracht werden muß. Die zuständige Behörde wird deshalb sicherstellen, daß in Zukunft im Musikunterricht der Kl. 4 die Nationalhymne gelernt wird ..."*

Landesschulrat Neckel ist bereits in Aktion Getreten. In einem Brief an alle Hamburger Schulen bekräftigt er nochmals die Senats-Stellungnahme und weist darauf hin, daß bei schulischen Veranstaltungen die Nazionalhymne die treffende musikalische Umrahmung (!) sei.

• • •

Schleswig-Holstein: „Klassiker" nach vorn

Seit einem halben Jahr ist ein Erlaß des Kultusministeriums in Kraft, der für den Lehrplan im Fach Deutsch die vermehrte Behandlung von Klassikern im Unterricht vorsieht.

Der Deutsch-Unterricht solle nicht mehr von Autoren wie Frisch, Böll Wallraff beherrscht werden, sondern mehr als die Hälfte der Unterrichtszeit soll wieder den deutschen „Klassikern" gewidmet werden. Der Kultusminister sprach sich auch in einer Fernsehsendung vom 12.1. dafür aus, daß an den Gymnasien im nördlichen Bundesland wieder verstärkt das Auswendiglernen getrimmt werden solle. Wie schön, daß die Jungs und Deerns dann wenigstens die Schiller-Balladen wieder aufsagen können...

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

...aber Herr Winter, das mit den Klassikern müssen sie falsch verstanden haben...

...aber Herr Winter, das mit den Klassikern müssen sie falsch verstanden haben...

Neuer Name für die Emigrantenliste

Hamburg: Ein neuer Name ist von der Hamburger CDU auf die Liste derjenigen Schriftsteller gesetzt worden, deren Werke im Unterricht an den Schulen nicht mehr benutzt werden sollen. Auf Antrag des bildungspolitischen Sprechers der CDU, Volker Rühe, läßt Schulsenator Apel *gegenwärtig ... prüfen, wie es zur Verwendung polemischer Verse des Sängers und Liedermachers Dieter Süverkrüp am Gymnasium Glückstädter Weg ... gekommen ist"* („Welt", 20.1.78). Die entscheidenden Verse lauten:

„Heute Abend
pinkelt ein besoffener CDU-Kassierer
viele kleine Herzen in den Schnee.
Heute abend
ist das schnee- und marsch- und traum-
verklebte Deutschland auf die Linke
Meute schon gericht'.
Heute abend
dämmern alte Pläne für die neuen Lager
wartend hinter Türen auf ihr Licht.
Heute abend
halblaut zwischen Bücherstapeln fragen
zweie, wann man und in welches Land
man flieht ..."
Süverkrüp

Gericht entscheidet gegen Neumann: Vergleich mit Nazi

Sympathisantenhatz am Studienseminar

Hamburg. Die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung hat gegen fünf Studienreferendare disziplinarische Ermittlungen eingeleitet, um zu klären, ob sie Terroraktionen gebilligt hätten.

Aufgrund der Denunziation eines Seminarmitgliedes, wonach bei einer Feier nach dem Ableben Schleyers die „Internationale" gespielt worden sei, wurde ein anderer Seminarteilnehmer von der Behörde vorgeladen und eine Untersuchung angestellt.

Ohne die betroffenen Kollegen überhaupt zu informieren, wurden daraufhin von der Behörde Informationen an die Presse gegeben, die dort entsprechend aufgemacht wurden. BILD (12.1.) schrieb, daß *„linksextreme Lehrer-Anwärter"* Schleyers Tod *„enthusiastisch (und betrunken) gefeiert"* hätten, die WELT (11.1.) denunzierte gar einen Seminarteilnehmer namentlich als *„in der Hansestadt als linksradikal bekannten Studienreferendar"*, woraufhin sie dann prompt eine Gegendarstellung des betroffenen Kollegen abdrucken mußte.

Inzwischen haben sich die Teilnehmer der Seminars mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt. Darin schreiben sie, daß es sich um eine Seminarabschlußfeier gehandelt habe, die nicht am Tage des Bekanntwerdens von Schleyers Tod stattgefunden habe, sondern erst am folgenden Tag. Außerdem sei der Tod Schleyers nicht Gegenstand der Feier gewesen.

Weiter heißt es in der Erklärung:

„Der Leiter des Seminars, Prof. Bodo Fischer, der auch Vorsitzender der ‚Neuen Gesellschaft' und SPD-Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft ist, forderte am Morgen des 18.10. die Sminarteilnehmer nach Bekanntwerden der Vorgänge in Mogadishu und in Stammheim ausdrücklich zu einer offenen Diskussion der Vorfälle auf. Diese Diskussion fand auch statt.

Mit Empörung haben wir jetzt erfahren, daß Äußerungen aus dieser Diskussion Gegenstand einer behördlichen ‚Untersuchung' geworden sind (s.,Welt', 12.1.78).

Für ‚äußerst bedenklich' (s.o.) halten wir nicht, wenn im Rahmen einer Diskussion jedermann freimütig seine Meinung sagt, auch wenn (wie in diesem Fall) einige Meinungen z.B. gegen das Kontaktsperregesetz und den Einsatz des Bundesgrenzschutzes in Mogadishu gerichtet waren.

Für ‚äußerst bedenklich' hielten wir dagegen, wenn möglicherweise Meinungsäußerungen aus dieser Diskussion von der Schulbehörde anschließend zum Anlaß für Disziplinarmaßnahmen gegen einzelne Referendare genommen würden (s.,Bild' und ‚Abendblatt', 12.1.78).

Wir sehen hier eine gravierende Einschränkung der Meinungsäußerungsfreiheit für die Referendare."

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Gericht entscheidet gegen Neumann: Vergleich mit Nazi »naheliegend«!

Am 17.1. wurde von der 5. Zivilkammer des Bremer Landgerichts ein gegen die ESG und den AStA der Hochschule für Gestaltung gerichteter Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen. Bücherverbrenner in spe Neumann wollte die Verbreitung eines Plakats, das seine Äußerung über den Schriftsteller Erich Fried in den Zusammenhang mit den nationalsozialistischen Bücherverbrennungen stellt, verbieten lassen. Der CDU-Fraktionschef hatte sich in der Bürgerschaftssitzung am 3. November 77 zur Verwendung des Fried-Gedichtes „Die Anfrage" im Deutschunterricht einer 9. Gymnasialklasse durch die Bemerkung *„So etwas würde ich lieber verbrannt sehen"* hervorgetan, was breiten Protest in der Bremer Öffentlichkeit hervorgerufen hatte.

Das Gericht entschied nun:

„Für den unvoreingenommenen Betrachter und Kenner der deutschen Geschichte ist die Herstellung eines gedanklichen Zusammenhangs zwischen der Äußerung und den in der Vergangenheit begangenen Bücherverbrennungen so naheliegend, daß der Antragsteller ... dieses hätte in Rechnung stellen sollen, als er den Ausspruch in der Bürgerschaft tat."

Doch einen Tag später wird man wieder auf den Boden der Tatsachen der westdeutschen „Rechtssprechung" geführt: Einem gleichzeitig gegen Unbekannt gestellten Strafantrag wurde stattgegeben: DerVerermittlungsrichter ordnete die Einziehung des Plakates anmit der Begründung:

Die Neumann zugeschriebene Äußerung *„Derartige Werke sollten verbrannt werden"* sei *„ausweislich des Protokolls"* ... nicht gefallen.

In der von Neumann gemachten Äußerung jedoch sieht der Einzelrichter nicht die ... *unterstellte Gesinnung"* (nach „Weserkurier" vom 18. und 19.1.78).

KB/Gruppe Bremen

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Hertie

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 098831 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr und jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr, Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag
16.30 bis 19 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 102
2800 Bremen 1

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Luneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30
Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro des Reents-Verlag
c/o S. Lissner
Koselstr. 37
6000 Frankfurt/M.

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Mittwoch 20 Uhr und
Büchertisch jeden Mittwoch
Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum
Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldsplatz

Stuttgart:
Postlagerkarte 924 u
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Uhr
Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi. 11-12 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21

Italien

Faschistischer Terror in Italien

Nachdem das vergangene Jahr mit der Ermordung des jugendlichen PCI-Genossen Benedetto Petrone durch faschistische Banden in Bari endete, begannen allein die ersten zwanzig Tage des neuen Jahres mit einer derartigen Anzahl faschistischer Überfälle und Provokationen, daß man mehrere Seiten füllen könnte, wollte man eine lückenlose Aufzählung geben.

Nachdem am Sonnabend, dem 7.1.78, zwei Jungfaschisten des MSI in Rom erschossen und ein weiterer schwer verletzt worden waren, entfachten die faschistischen Banden in ganz Italien und speziell in Rom Überfälle und Gewaltakte.

Wie das aussah, schildert anschaulich „Lotta Continua" vom 10.1.78 in einer Chronik des Sonntag, die wir hier wiedergeben:



Einer hält fest, drei langen hin – Bullen gegen die Linken.

„In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag flankiert ein Motorrad eine 'Dyane' bei der Balduina (in Rom, Anm. d. Red.). *Die Faschisten feuern Pistolenschüsse ab, um zu töten. Die Projektile schlagen in den Arm und in den Hals von Lello Della Rocca. Nur durch Glück ergeben sich für ihn keine irreparablen Folgen. Gleich darauf, in einem Telefongespräch an den 'Messaggero', behauptet eine 'national-revolutionäre Gerechtigkeit' 'einen kommunistischen Jugendlichen gerichtet' zu haben.*

Um zehn auf der Piazza S.Giovanni, nicht weit von dem Platz, wo die MSI-Leute getötet wurden und sehr dicht bei dem Krankenhaus, wo andere Faschisten bei dem sterbenden Stefano Recchioni wachen, sollte die Demonstration für die Referenden beginnen. Das Fernsehen hat das Nichtstattfinden angekündigt, manch einer ist trotzdem gekommen und dann wieder gegangen.

Im Gebiet von Alberone ging zur gleichen Zeit eine neue Aggression los. Auf der Via Tuscolana zerstörte eine kleine Gruppe von Faschisten Schaufenster und Autos. Autobusse werden quergestellt. Molotowcocktails gegen die Sektionen der PCI und PSDI. Angriffe wurden auch gegen den Sitz des Stadtteilkomitees versucht, Pistolenschüsse auf das Kino 'Maestoso' abgefeuert. Die Polizei erschien, als alles geschehen war.

13 Uhr: eine 'Dyane', ein Auto, das offensichtlich der politischen Sympathie verdächtigt ist, wurde auf dem Appio-Latino gestoppt. Der Genosse Alberto Codan, 27 Jahre, Sympathisant von Lotta Continua, wurde, als er erkannt wurde, mit Gewalt aus dem Auto gezogen, schwer geschlagen und mit einem Messer in den Rücken gestochen. Dann gehen Leute dazwischen, die nur durch Zufall in einem Restaurant des Gebiets saßen, sie schießen in die Luft, die Faschisten fliehen, keiner wird verhaftet. Alberto blutete stark, er wird in das S.Giovanni-Krankenhaus gebracht und operiert. Seine Überlebenschancen waren ungewiß, aber der Genosse sollte es schaffen.

Und dann folgt eine isolierte Aggression der anderen, durchgeführt in quasi totaler Straflosigkeit. Nur in einem Fall wurden drei Faschisten verhaftet. Auf der via dei Fori Imperiali wurden ein Jugendlicher und seine Freundin von drei MSI-Leuten überfallen. Sie wurden brutal zusammengeschlagen. Zwei Carabinieri auf dem Motorrad, die vorbeifuhren, verfolgten jedoch die Angreifer und verhafteten sie.

Gianni Walker, 22jähriger Engländer, kam den Largo Argentina herunter, mit einer Ausgabe von 'Lotta Continua' in der Hand: er wurde überfallen und geschlagen.

Roberto Morlacchi wurde mit seiner Freundin sogar überfallen, weil er einen roten Schal und eine rote Mütze trug..."

Spanien

Guardia Civil tötet zwei ETA-Mitglieder

Der militärische Flügel von ETA (der im Unterschied zum politisch-militärischen Flügel nach wie vor das Hauptgewicht auf den militärischen Kampf gegen den spanischen Staat legt) hat seine militärischen Aktionen in den letzten Wochen vervielfacht. Die Aktionen gelten insbesondere Einrichtungen und Waffenlagern der spanischen Guardia Civil, deren Abzug aus dem Baskenland von ETA/militar gefordert wird. Der militärische Flügel von ETA hat etwa 900 kg Dynamit in seinen Besitz gebracht sowie durch Ausräumung von Waffengeschäften auch zahlreiche Schußwaffen.

Die spanische Guardia Civil hat im neuen Jahr umfangreiche Razzien, Straßenkontrollen, Hausdurchsuchungen und Festnahmen »Verdächtiger« in ganz Euzkadi und besonders in Pamplona durchgeführt. Am 11.1. verhaftete die Polizei vier angebliche Mitglieder von ETA/militar unter großem Aufgebot von in der Straße postierten Präzisionsschützen und mit schußsicheren Westen ausgestatteten Bullen. Am selben Tag kam es bei weiteren Wohnungsdurchsuchungen in Pamplona durch die Polizei zu einem Schußwechsel mit ETA-Mitgliedern. Zwei ETA-Mitglieder, die bereits verletzt und außer Gefecht waren, wurden durch gezielte Schüsse der Bullen ermordet. Bei dem Schußwechsel kam auch ein Polizist ums Leben. ETA/-militar erklärte gegenüber verschiedenen Presseorganen im Baskenland, daß auch solche Ereignisse wie die Tötung zweier ihrer Genossen *»nicht verhindern werden, daß ETA mit allen erreichbaren Mitteln für eine demokratische Alternative in Euzkadi kämpft, als erster taktischer Schritt zu einem baskischen, unabhängigen, wiedervereinigten und baskisch-sprachigen Staat«* (»El Pais«, 13.1.78).

Aus Protest gegen die Ermordung der beiden ETA-Mitglieder demonstrierten am 14.1. in San Sebastian etwa 6.000 Menschen. Auch in Pamplona hatten EIA, HASI, LAIA, LAB und EGAM zu einer Demonstration aufgerufen, zu der mehrere hundert Menschen kammen. In Bilbao demonstrierten 4.000 und in den beiden kleineren Orten, aus denen die ETA-Mitglieder stammten, kam es zum Generalstreik. In einem Teil Guipuzcoas streikten über 5.000 Arbeiter einen Tag lang (»El Pais«, 13.1.78).

Spanien-Kommission

KURZMELDUNGEN

PSOE/Pinochet

Während die außenpolitische Kommission der sozialdemokratischen PSOE in Hinsicht auf die vor einigen Wochen in der UNO anstehende Debatte über die Menschenrechte in Chile einen Vorschlag eingebracht hatte, das Pinochet-Regime zu verurteilen (der im spanischen Parlament mit der Mehrheit der rechten Stimmen abgelehnt wurde), wirft die Äußerung des Sektretärs der außenpolitischen Kommission der PSOE aus Asturien ein anderes Licht auf die Haltung der PSOE zum Pinochet-Regime. Herrero hatte in einer asturischen Zeitung erklärt: *»Die führenden Mitglieder der PSOE haben Verständnis für die Gründe der spanischen Regierung, sich bei der Abstimmung zur Verurteilung*

Gründe der spanischen Regierung, sich

bei der Abstimmung zur Verurteilung des Pinochet-Regimes in der UNO zu enthalten« (»El Pais«, 14.1.78). Ein PSOE-Abgeordneter aus Asturien erklärte dazu, es gelte die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Spanien und Chile nicht zu stören! Beide Äußerungen wurden von der PSOE-Führung nicht dementiert!

OIC

Aus einer Notiz in der spanischen Presse geht hervor, daß der Generalsekretär der »Organisation der Kommunistischen Linken« (OIC), Fabregas in den Stand eines einfachen Mitglieds versetzt wurde, nachdem ihm von dem Exekutivkomitee der Organisation Aktivitäten vorgeworfen worden waren, die OIC politisch an die eurorevisionistische PCE heranzuführen. Es soll in Katalonien eine Fraktion gegeben haben, die eine Integration der OIC in der PCE betrieben habe („El Pais", 14.1.78).

ORT/ Weltjugendfestspiele

Die Jugendorganisation der »ML«-Partei ORT (UJM) hielt Anfang Januar einen Kongreß ab. Auf diesem Kongreß wurde eine Teilnahme der »maoistischen« UJM an den Weltjugendfestspielen in Kuba abgelehnt

»maoistischen« UJM an den Welt-

jugendfestspielen in Kuba abgelehnt mit der Begründung, daß diese eine Propaganda-Plattform des Sozialimperialismus seien. Daraufhin sollen die anderen anwesenden Jugendorganisationen (angefangen von der PSOE-Jugend über die PCE-Jugend bis hin zu den Jugendorganisationen der revolutionären Organisationen) den Kongreß unter Protest verlassen haben („El Pais", 10.1.78).

Spanien-Kommission

Türkei

Regierung Ecevit im Amt – Faschisten verstärken den Terror

Mit 229 gegen 218 Stimmen hat am 17.1.78 das türkische Parlament der Regierung Ecevit das Vertrauen ausgesprochen. Damit hat Ecevit zum dritten Mal seit 1974 die Regierung übernommen. In der Vergangenheit war er jedes Mal nach kurzer Zeit gescheitert. Dieses Schicksal scheint der neuen Regierung erspart zu bleiben, da Ecevit die zu ihm übergelaufenen Abgeordneten der Gerechtigkeitspartei und von zwei Splitterparteien direkt in die Regierungsmannschaft aufgenommen hat. Dadurch stellt die Türkei eine der größten, wenn nicht die größte Regierung der Welt: 35 Minister, davon 10 ohne Geschäftsbereich, sollen jetzt die Krise in der Türkei meistern.

Das Regierungsprogramm

Zum zentralen Punkt hat Ecevit den Kampf für „Frieden und Einheit" und die Bekämpfung des faschistischen Terrors gemacht. Die „Lebenssicherheit" und die Freiheit des Studiums soll für jeden Bürger gewährleistet werden. Um das zu erreichen, will Ecevit die nationale Einheit verstärken.

Als Antwort auf diese Ankündigungen der neuen Regierung haben die Faschisten ihren Terror im Januar grausam verstärkt. Allein in der ersten Januarhälfte sind ihren Terroranschlägen 30 Menschen zum Opfer gefallen (SZ, 17.1.78) Auf Hochschulbüros, Cafes, Wohnungen von Linken usw. wurden Bombenattentate verübt. Das Ziel der Faschisten ist es, zu demonstrieren, daß die Regierung nicht in der Lage ist, ihre Versprechen (Garantie der Lebenssicherheit) einzulösen. Die Faschisten erhoffen wohl dabei, daß durch den Terror der Druck auf Ecevit vergrößert und so z.B. ein Eingreifen des Militärs legitimiert werden könnte.

Demgegenüber hat die Regierung Ecevit auf den verschiedensten Ebenen Maßnahmen gegen die Faschisten eingeleitet: Rechte und faschistische Polizeioffiziere werden versetzt oder pensioniert, die von den Faschisten beherrschten pädagogischen Hochschulen werden gesäubert und alle Aufnahmeprüfungen der vergangenen zwei Jahre annulliert. Die von der MC-Regierung neu eingeführten faschistoiden Schulbücher sollen eingestampft und durch neue ersetzt werden. Faschisten in den Behörden werden entlassen, stattdessen sollen die von ihnen abservierten Vorgänger wieder eingesetzt werden. Der Geheimdienst MIT soll neu organisiert und der parlamentarischen Kontrolle unterstellt werden.

Wirtschaftlich hat Ecevit der Bevölkerung harte Zeiten angekündigt. Durch eine drastische Drosselung der Einfuhren sollen die Staatsfinanzen saniert und Devisen durch die Ankurbelung des Tourismus gewonnen werden. Darüberhinaus rechnet Ecevit damit, daß die im Ausland lebenden und arbeitenden Türken (das ist fast ein Zehntel der Bevölkerung) ihre Ersparnisse wieder stärker in die Türkei transferieren. Diese Gelder sollen zum Aufbau der Industrie eingesetzt werden. Darüberhinaus soll eine Landreform durchgeführt, die Produktivität durch die Förderung von Kooperativen gesteigert werden. Um den Analphabetismus zu bekämpfen, sollen Hilfslehrer eingesetzt werden, die Sozialversicherung für Landarbeiter soll eingeführt und eine Arbeitslosenunterstützung aufgebaut werden.

Wie all diese Reformen finanziert werden sollen, ist mehr als rätselhaft, da das Regierungsprogramm keine Reduzierung des gigantischen Rüstungsprogrammes vorsieht.

Außenpolitisch hat die neue Regierung in der Zypernfrage und den Verhandlungen mit Griechenland bereits die Initiative ergriffen. Bereits am 7.1.78 fanden Verhandlungen zwischen Waldheim und Ecevit statt. Es geht darum, die Föderativstaatlösung durchzusetzen, d.h. die endgültige Teilung Zyperns.

In der Regierungserklärung wird der Aufbau gut nachbarlicher Beziehungen zu den Staaten des Mittleren Ostens und eine auf mehr nationale Unabhängigkeit gerichtete Bündnispolitik hervorgehoben. Diesen Wink haben die EG-Staaten verstanden: So schreibt die englische Zeitung „Economist", daß es nun Aufgabe aller westeuropäischen Länder sei, der Türkei zu helfen, so wie dies in Portugal und Spanien seitens der westdeutschen SPD erfolgt ist. Sozusagen als Vorgriff auf diese Unterstützung haben bereits einige Banken im Ausland bei denen die Türkei hoch in der Kreide steht, ihre Forderungen gestundet. Der Finanzminister hat erklärt, daß es wohl bald zu einem Kompromiß mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) kommen wird. Der IWF hat die weitere Unterstützung durch Kreditgewährung davon abhängig gemacht, daß eine drastische Abwertung der türkischen Währung erfolgt und die Einfuhren beschränkt werden.

Die im Regierungsprogramm hervorgehobene Linie in Richtung mehr Unabhängigkeit von den traditionellen Bündnispartnern (Nato, EG) und Vertiefung der Beziehungen zu den blockfreien Staaten sowie die Erklärung zur Unterstützung der Unabhängigkeitskämpfe in anderen Ländern wurden von den die Türkei in Abhängigkeit haltenden imperialistischen Staaten sicher mit einigem Stirnrunzeln zur Kenntnis genommen. Sie drücken die antiimperialistische Stimmung in der Türkei aus, der sich Ecevit nicht verschließen kann. (Angaben zum Regierungsprogramm aus Cumkrieget vom 13.1.78).

Chancen für die Linken

Durch den Wechsel der Regierung haben sich die Möglichkeiten der Linken insofern verbessert, als es jetzt für die Faschisten sicherlich schwerer sein wird, ihren Terror im Schutz einer Regierung betreiben zu können. Wenn Ecevit derzeit in erster Linie gegen die Faschisten zu Felde zieht, so darf dabei nicht vergessen werden, daß sie es immerhin geschafft haben, bei den letzten Wahlen enorme Gewinne zu erreichen.

Es ist anzunehmen, daß von Seiten der Ecevit-Regierung über kurz oder lang unter dem Deckmantel des Kampfes gegen politischen Terror auch gegen die Linken zu Felde gezogen werden wird. In diese Richtung deutet das Vorgehen der Polizei gegen tausende Demonstranten in Istanbul, die gegen Faschismus, Imperialismus und steigende Lebenshaltungskosten protestierten: Sie wurden von Polizei-Sondereinheiten umzingelt. (SZ, 17.1.78)

Andererseits können die Linken die jetzige Phase nutzen, um die im Kampf gegen Faschismus und Imperialismus gewonnen Ansätze zu verbreitern.

Griechenland/Türkei-Kommission

Frankreich

Der Terror der Faschisten reißt nicht ab

Die Serie von rassistischen und faschistischen Bombenattentaten und Morden (siehe dazu auch AK 112), mit denen zu den bevorstehenden Wahlen ein Spannungsklima zugunsten von „Recht und Ordnung" geschaffen werden soll, ist in den letzten Monaten nicht abgerissen. Bei einer Reihe von Attentaten gibt es allerdings keine klaren Hinweise auf die Urheberschaft. Da einige Attentate dem Anschein nach auch aus anarchistischen Kreisen stammen können (so z.B. auf den „Tempel der Freßsucht", den Pariser Nobel-Delikateßladen Fauchon und andere reiche Läden), versucht die bürgerliche Presse den Eindruck von „linkem Terror" zu erwecken.

Die Tatsachen sprechen allerdings eine andere Sprache, was aus einem kurzen Überblick faschistischer und rassistischer Provokationen in den zurückliegenden Wochen leicht erkennbar ist:

In der Nacht vom 25./26. Dezember überfielen mehrere Männer das Haus von KPF-Generalsekretär Georges Marchais und gaben mehrere Schüsse auf ihn ab. Marchais, der unverletzt blieb, erklärte später auf einer Pressekonferenz: *„Es war der Angriff einer Faschistenbande, der sich einreiht in eine Serie von Attentaten in den letzten Monaten gegen demokratische Organisationen. Die Urheber all dieser Untaten, die meist leicht identifizierbar wären, befinden sich jedoch auf freiem Fuß. Diese Nachsicht, von der die Täter profitieren, zeigt die Komplizenschaft der Regierung."* („Le Matin", 28.12.).

In Grenoble wurden im gleichen Monat Dezember Attentate auf die Büros der Malville-Komitees und der Studentengewerkschaft UNEF verübt.

Am 25./26.12. explodierte in Paris eine Bombe in dem russischen Kabarett „Rasputin", zwei Personen wurden verletzt.

„Wir sind Faschisten, dieses Schaufenster gefällt uns nicht", brüllte ein dreiköpfiges Überfallkommando in der Nacht vom 22./23.12. beim Zerstören der Fensterscheiben und der Tür eines Pariser Frauenbuchladens. Sie mißhandelten die Frauen mit frauenfeindlichen Pöbeleien, Schlägen, Fausthieben und Fußtritten. Zwei Frauen wurden ernsthaft verletzt. Es gelang ihnen jedoch, einen der drei Angreifer festzusetzen und der Polizei zu übergeben. Dem Überfall waren wochenlange einschüchternde „Besuche" verhetzter Männer vorausgegangen. Auf die Anzeige der Frauen hin stellte sich heraus, daß die Faschisten Bourgeoisiesöhnchen sind. Die Väter von zweien boten den Frauen Geld an, wenn sie ihre Klage zurückzögen, damit die Karriere ihrer sauberen Sprößlinge (Wirtschaftsstudenten) nicht gefährdet würde. Die Frauen lehnten ab.

Am 15. Januar wurde die Scheibe des PCF-Büros in Moyeuvre Grande (Department Mosel) zerstört.

Faschistische Ordnertruppe ermordet Jugendlichen

Am 30. Oktober wurde Lucien Melyon, ein 17-jähriger Schüler, der von den Antillen stammte, vom Ordnungsdienst bei einem Pop-Konzert durch einen kaltblütigen Schuß ins Herz ermordet. Bei einer Kontrolle hatte er sich geweigert, sich von den mit Fahrradketten, Messern und einer Pistole bewaffneten Jungfaschos sein Geld stehlen zu lassen. Die paramilitärischen Ordnungsdienste bei vielen Pop-Konzerten, die im Wahlkampf auch von den Parteien der Rechten auf Veranstaltungen eingesetzt werden, sind wegen ihrer Brutalität berüchtigt: Sie sind ein Sammelbecken faschistischer Banden.

Der Journalist Maurice Lemoine beschreibt in seinem Buch „Le Cuir et le Bastion", daß diese „Ordnertrupps" sich vor allem durch Erpressungen und Raubüberfälle bereichern und generell auf die „Gunst" der Polizei, die über ihre Bewaffnung genauestens informiert ist, rechnen können.

Der Mord an Lucien hat unter den Jugendlichen in Paris breite Empörung hervorgerufen, seine Beerdigung wurde zu einer Protestkundgebung von 5.000 Jugendlichen. Auf ihren Kränzen stand u.a.: *„Schluß mit den paramilitärischen Ordnungsdiensten, keine Polizeihunde mehr, wir sind kein Stück Vieh, das sich zur Schlachtbank führen läßt."* Die Piratensender „Grünes Radio" und „Radio 93" übertrugen die Beerdigung. Ein „Lucien-Melyon-Komitee" hat sich gegründet, das eine Kampagne gegen die großen Konzertgesellschaften durchführt, die paramilitärische Ordnungsdienste einsetzen. Einem ersten Boykottaufruf des Komitees sind bei einem großen Pop-Konzert 400 Jugendliche gefolgt, die am Eingang ihre teuer bezahlten Eintrittskarten zerrissen. Das Komitee hat einen Offen Brief an Joan Baez verteilt, auf ihrem Pariser Konzert nicht zu singen, wenn der Ordnungsdienst nicht zurückgezogen wird.

Am 28.11. führte die „Koordination Pariser Gymnasiasten" (60 Delegierte) einen Lucien-Melyon-Tag mit Pop-Gruppen durch, an dem neben dem Protest gegen den Mord auch darüber diskutiert wurde, wie Jugendliche ihre Freizeit unabhängig von Profit und Kommerz selber organisieren können („Etincelle" 37 u. 38, „Liberation", 24.11.)



Mit Gewehren bewaffnete „Gardes Mobiles" stehen Demonstranten gegenüber, die eine Delegation der CAP zum Justizminsterium begleiten. Wenige Minuten später werden die Bullen die Demonstranten mit Faustschlägen und Fußtritten brutal zerstreuen. Eine Journalistin bekommt eine Anzeige wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt".

Waffenlager von Faschisten aufgeflogen

Mehre Kilo Granaten, Dynamit, Maschinengewehre und MP's wurden im Verlaufe einer Hausdurchsuchung in der Wohnung eines 23-jährigen Mannes (Bruno Renoult) gefunden. Gegen ihn wurde Anzeige wegen Verstoß gegen das Waffengesetz erhoben. Als Empfänger dieser Waffen werden vier weitere Jugendliche verdächtigt, gegen die bereits eine Anklage wegen „mutwilliger Zerstörung von Gebäuden" läuft.

Der untersuchende Polizeikommissar hat bereits seine Meinung zu dem Fall geäußert: *„Es handelt sich um jugendliche Täter, die offensichtlich politisch nicht engagiert sind. Das Ganze sieht mehr nach Jugend-Dummheiten aus ..."*

Allerdings ist der Typ, in dessen Wohnung das Waffenlager gefunden wurde, ein bekannter Faschist in der Region. Vor kurzem hatte er ein Mitglied einer kommunistischen Gruppe überfallen – er erhielt dafür einen Freispruch (!). (Information aus „Liberation" vom 16. u. 17.11. 77)

Daß Staatsapparat und Justiz die Faschisten recht milde behandeln, zeigt sich auch an zwei Prozessen gegen faschistische Studentenführer, die im Dez. in Paris stattfanden.

Im ersten Prozeß waren drei führende Mitglieder der GUD (Groupe Union Defense – Gruppe Union Verteidigung) von Gewerkschaftern angeklagt, die sie Ende Nov. letzten Jahres schwer mißhandelt hatten. Die drei GUD-Faschisten überfielen an einer roten Ampel mitten in Paris eine junge Frau, bekanntes Mitglied der Studentengewerkschaft UNEF, zerschlugen die Scheiben ihres Wagens und verletzten sie selber mit einem lebensgefährlichen japanischen Totschläger (zwei mit einer Kordel verbundene Rundhölzer). Sie kam mit einer Kopfverletzung ins Krankenhaus. Wenige Tage zuvor hatten die Faschisten einen Flugblattverteiler der UNEF an der Fakultät von Assas brutal zusammengeschlagen. Aus den Zeugenaussagen der Studenten von Assas wurde deutlich, daß die GUD dort eine wahre Terrorherrschaft ausübt. Mit ihrem behelmten und bewaffneten „Ordnerdienst" (siehe Foto) versuchen sie brutal, ihr
die GUD dort eine wahre Terrorherrschaft ausübt. Mit ihrem behelmten und bewaffneten „Ordnerdienst" (siehe Foto) versuchen sie brutal, ihr
selbstherrliches Verbot jeder gewerkschaftlichen Arbeit in Assas durchzusetzen. Bekannten Gewerkschaftsmitgliedern, so auch der verletzten Studentin Veronique S., verbieten sie den Zutritt zu bestimmten Teilen der Uni. Vor Gericht berichtete Veronique, daß sie nach dem Überfall dem Terror der Faschisten verstärkt ausgesetzt war: Drohungen, sie zu vergewaltigen, zu foltern und zu ermorden, nahmen ein so großes Ausmaß an, daß sie gezwungen war, ihre Wohnung und die Uni zu wechseln.

Von den drei Faschisten (Jean-Pierre Eymie, Jean-Francois Santacroce und Michel Pinchart-Deny, die allen demokratischen Studenten von Assas als Oberterroristen bestens bekannt sind, hatte sich Pinchart-Deny dem Prozeß durch eine Reise in die USA entzogen. Die beiden anderen stritten alles ab, wo das nicht möglich war, schoben sie es auf ihren abwesenden Kumpanen. Bei ihrer Version blieben sie selbst dann noch, als ihnen ein Pressefoto vorgehalten wurde, auf dem einer von ihnen deutlich in Faschistenkampfmontur erkennbar ist.

Dennoch fielen die Urteile recht milde aus: Pinchart-Deny wurde in Abwesenheit zu acht Monaten Gefängnis und 2.000 F (DM 1.000) Geldstrafe verurteilt, Jean Santacroce (der noch rechtzeitig vor dem Prozeß seines Amtes als Vorsitzender des GUD - Ordnungsdienstes enthoben wurde) zu 10 Monaten Gefängnis (davon jedoch acht Monate auf Bewährung) und 3.000 F und Eymie zu sieben Monaten Gefängnis und 2.000 F. Die Geldstrafen sind lächerlich, da es sich bei allen Dreien um wohlhabende Bourgeois-Söhne handelt.

Ebenfalls im Dezember fand ein Prozeß gegen einen weiteren faschistischen Studenten der GUD aus Assas, Alain Ledamoisel, statt. Bei einem Jazz-Konzert im Januar '77, auf dem eine johlende Horde GUD-Faschisten in schwarzen Hemden gegen den Auftritt schwarzer Sänger zu Felde zog, hat er einen Zuschauer, der gegen den Terror der Schwarzhemden protestierte, mit dem japanischen Totschläger verletzt. Die Faschistenstörungen hatten zum Abbruch des Konzerts geführt. Das Urteil gegen Ledamoisel ist uns nicht bekannt.

Neue Serie von rassistischen Attentaten und Morden

Unter dem Vorwand der sog. „Polisario-Geiselaffäre" hat es neuerliche rassistische Morde und Attentate gegeben (zu diesem Thema siehe auch AK 114).

Am 23.11.77 erschossen fünf Bullen während der Hauptverkehrszeit im Bahnhof von Marseille einen arbeitslosen algerischen Arbeiter, der ein Messer trug. Sie schossen dem verängstigten Araber aus 1,50 m Entfernung drei Kugeln in die Brust und eine in den Arm. Nach Zeugenaussagen begannen sie zu schießen, ehe der Algerier ihrer Aufforderung, sein Messer wegzuwerfen, nachkommen konnte. Nach der brutalen Ermordung sagte ein anwesender Bulle in Zivil vernehmlich: „Ein Scheißtyp weniger!"

Am 2.12.77 ermordete ein aus drei bewaffneten Faschisten bestehendes Kommando in Paris den Nachtwächter im Büro der algerischen Emigranten-Organisation „Amicale". Die 10 Kugeln, die auf Laid Sabai (Vater von sieben Kindern) abgegeben wurden, waren offensichtlich für den Vorsitzenden der „Amicale" gedacht. In einem Anruf bei AFP übernahm eine Organisation mit dem Namen „Delta"
offensichtlich für den Vorsitzenden der „Amicale" gedacht. In einem Anruf bei AFP übernahm eine Organisation mit dem Namen „Delta"
die Verantwortung für den Mord und stellte gleichzeit ein Ultimatum, nach dem „ die Situation der Algerier in Frankreich unerträglich" („Liberation", 3./4.12.) würde, wenn die „Polisario"-Geiseln nicht bis zum 4.12. freigelassen würden. „Delta" hießen die Terrorkommandos der OAS gegen den Befreiungskampf des algerischen Volkes. Die „Amicale" hatte mehrere Wochen lang Drohanrufe bekommen, doch trotz entsprechender Meldungen hielt es die Polizei nicht für nötig, eine Bewachung zu stellen.

Die brutalen Morde an Algeriern durch Bullen und Faschisten sind nur besonders herausragende Fälle der wilden anti-algerischen Hetzkampagne der letzten Wochen:

- Am 10.11. fand ein Brandbombenanschlag auf das algerische Generalkonsulat in Strasbourg statt, verantwortlich erklärte sich eine „Nationale Organisation für die Befreiung der Geiseln in der Westsahara".
- Am 28.11. gab es Sprengstoffanschläge gegen die staatliche algerische Luftfahrtgesellschaft und ein algerisches Reisebüro in Paris. Die Polizei nahm zwei Attentäter, die noch eine weitere Bombe bei sich hatten, fest,weigert sich jedoch bis heute, ihre Namen mitzuteilen, so daß die algerischen Organisationen sie nicht anzeigen können.
- Am 29.11. erschoß ein 17-jähriger Franzose im Klima der rassistischen Hetze einen gleichaltrigen Araber wegen eines geringfügigen Streits.
- Ende Nov. tauchten in Paris gefälschte „Amicale"-Flugblätter mit provokatorischem Inhalt auf, und Anfang Dezember kündigte die Gruppe „Charles Martel", die das letztemal 1973 bei einem Attentat auf das algerische Konsulat in Erscheinung getreten war, bei dem es 5 Tote gab, die Entführung von zwei Algeriern an.
- Am 3.12. erhielt das regionale AFP-Büro in Lyon einen Anruf der Org. „Delta", in dem sie weitere Anschläge ankündigte.
- Am 4.12. wurde in Morange-Solvange (Department Mosel) ein Bombenattentat auf ein Wohnheim verübt, in dem 460 ausländische Arbeiter wohnen; es gab zum Glück nur schwere Sachschäden.
- In der Nacht vom 4./5.12. wurde in Nizza eine von Arabern besuchte Bar durch eine Bombe fast völlig zerstört.
- Am 10./11.12. fand ein nächtlicher Bombenanschlag auf ein Strasbourger Ausländerwohnheim statt („Delta" übernahm die Verantwortung). Weiter mußten in derselben Nacht zwei Ausländerwohnheime in Forbach (Mosel) wegen anonymer Bombendrohungen geräumt werden. (Informationen nach „Le-Monde" und „Liberation" vom Nov. u. Dez., die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit)

Wie sehr sich faschistische Kommandos und Bullen bei ihrer drekkigen Arbeit ergänzen, zeigte sich bei einer Protestdemonstration ausländischer Arbeiter eine Woche nach dem Attentat auf ein Strasbourger Ausländerwohnheim. Die Präfektur des Departments Niederrhein hatte die Strasbourger Innenstadt zur „verbotenen Zone" erklärt und von einem riesigen Aufgebot mit Gewehren bewaffneter CRS absperren lassen. Als kleinere Gruppen von Demonstranten sich später in der Innenstadt wieder zur Diskussion sammelten, wurden sie ebenso wie zufällig anwesende Passanten (darunter eine schwangere Frau!) brutal zusammengeknüppelt, so daß sie sich teilweise
stadt wieder zur Diskussion sammelten, wurden sie ebenso wie zufällig anwesende Passanten (darunter eine schwangere Frau!) brutal zusammengeknüppelt, so daß sie sich teilweise
in Panik in Kaufhäuser flüchteten. Es gab mehrere Verletzte und 5 Festnahmen (darunter auch zwei Fotografen von bürgerlichen Zeitungen, die die CRS-Brutalitäten fotografiert hatten („Liberation", 19.12.77). Die rassistischen Attentate blieben aber nicht unbeantwortet:



GUD-Faschisten an der Fakultät von Assas (Pans)

Protestaktionen gegen die rassistischen Morde

Am 27.11. demonstrierten in Marseille 2.000 Menschen (überwiegend Araber) gegen die Ermordung von Abdellaoui durch Bullen. In verschiedenen Erklärungen verurteilten die Gewerkschaften und die Linken Organisationen sowie die zahlreichen Solidaritätskomitees zur Unterstützung der Ausländer in Frankreich das Klima der allgemeinen Ausländerhetze.

Nach der Ermordung von Laid Sebai führten CGT, CFDT, FEN, PS, PC, PSU sowie verschiedene antirassistische Organisationen eine gemeinsame Protestversammlung mit 1.500 Teilnehmer in Paris durch. An der Überführung des Leichnams nach Algier nahmen Vertreter von CFDT, CGT, FEN sowie PC und PS und der „Vereinigung für franz.-arabische Freundschaft" teil. Eine Woche lang protestierten in Algerien lebende Franzosen, überwiegend Lehrer und Ausbildungspersonal durch Streiks und Demonstrationen vor den französischen Generalkonsulaten und Kulturzentren in Algerien gegen die Ermordung von Laid Sebai und die Behandlung der ausländischen Arbeiter in Frankreich. In Genoble demonstrierten 1.000 Menschen (in der Mehrzahl ausländische Arbeiter).

Frankreich-Kommission

Hungerstreik gegen Isolationshaft

Frankreich. Nach Hungerstreiks im März und November letzten Jahres, die wenig Aufmerksamkeit fanden, ist es Anfang des Jahres einer Gruppe von acht Gefangenen aus den sogenannten „Abteilungen mit besonders hohen Sicherheitsbestimmungen" gelungen, für ihren Hungerstreik breite Solidarität in den Gefängnissen zu finden. In den berüchtigten QHS-Abteilungen („Quartiers de Haute Securite" = „Abteilungen mit hohen Sicherheitsbedingungen") dürfen sich die Gefangenen an keinerlei Gemeinschaftsveranstaltungen im Knast beteiligen und auch keinen Kontakt untereinander haben.

Am 3.1. veröffentlichten die Gefangenen Taleb Hadjadj, Roger Knobelpiess, Jaques Mesrine, Francois Besse, Jean-Marie Boudin, Michel Desposito und Daniel Debrielle ein Kommuniqué, in dem es u.a. heißt: *„Repression, Rassismus, Erniedrigung, Verletzung unseres Rechts auf Verteidigung, Provokationen, physische und geistige Gewalt sind die totalitären Methoden (...), die gegenüber den Gefangenen in den 'Abteilungen mit besonders hohen Sicherheitsbestimmungen' angewendet werden. (...) Die QHS sind die zukünftige Formel der Todesstrafe. Man tötet dort den Geist durch ein System der äußersten Unterdrückung, das zum Tod aufgrund psychologischen Elends führt. Weit davon entfernt, die Gesellschaft zu schützen, sind sie eine Fabrik zur Herstellung von Wahnsinnigen und Mördern von morgen. (...) Wir fordern Treffen in Gruppen, Arbeit, die Möglichkeit von Unterricht mit Lehrern, die Respektierung unserer Religion, deren Praktizierung uns verboten ist, sportliche und geistige Aktivitäten ..."* („Liberation", 6.1.78).

Trotz des Verbots der Ausgaben von „Le Monde", „Le Matin" und „Liberation", die Auszüge aus dem Appell enthielten, verweigerten am festgelegten Tag, dem 9.1., insgesamt 685 Gefangene aus Solidarität die Nahrungsaufnahme! Diese Zahl ist die offiziell vom Justizministerium genannte, sie liegt tatsächlich sicher höher. Am 10.1. führten noch 58 Gefangene den Hungerstreik weiter. Ohne Antwort der Behörden auf ihre Forderungen brachen die acht QHS-Häftlinge ihren Hungerstreik erst am 16.1. ab. In einer öffentlichen Erklärung werteten sie ihre Aktion angesichts der breiten Unterstützung dennoch als Erfolg.

Zur Arbeit der Gefangenenkomitees

Zur Unterstützung des Hungerstreiks führten die CAP („Comités d'action des prisonniers" = Aktionskomitees der Gefangenen) eine Pressekonferenz durch, die von mehreren demokratischen Juristenvereinigungen (u.a. Anwalts- und Richtergewerkschaft) unterstützt wurde. Eine CAP-Delegation wurde im Justizministerium ohne Ergebnis abgespeist, während draußen mit Gewehren bewaffnete „Gardes mobiles" und CRS die ca. 200 Solidaritätsdemonstranten brutal zerstreuten.

Die CAP's, eine im wesentlichen aus ehemaligen Häftlingen bestehende Organisation, gibt es seit fünf Jahren. Sie geben eine regelmäßig erscheinende Zeitung heraus, die in den meisten Gefängnissen verboten ist, von denen sie aber z.B. allein an den Besuchstagen vor dem Knast von Fleury-Merogis (bei Paris) mehrere hundert Exemplare verkaufen. Die CAP's haben verschiedene Kampagnen durchgeführt: gegen lange U-Haft, gegen Gefängnisstrafen bei Schulden, gegen die Todesstrafe, gegen Eintragungen ins Strafregister und für den gesetzlich garantierten Mindestlohn für Gefangene.

Was sind die QHS?

Die QHS, Spezialeinheiten zur völligen Isolierung von Gefangenen, wurden 1975 unter dem Vorwand einer „Liberalisierung" des Strafvollzuges eingeführt. In den QHS sollten die „besonders gefährlichen" Gefangenen konzentriert werden, demagogisch wurde behauptet, daß so den übrigen Gefangenen größere Freiheiten gegeben werden könnte. Tatsächlich ist seit 1975 die Repression in den Gefängnissen immer größer geworden. Grund für die Einweisung in die QHS ist u.a. „ständiger Widerstand im Rahmen der Haft", d.h. hier wird die Stoßrichtung gegen alle Gefangenen deutlich, die sich nicht widerstandslos in die brutale Tretmühle des Knastalltags einordnen wollen. Nach dem von Anfang an bei demokratischen Juristen stark umstrittenen QHS-Gesetz von 1975 gab es zumindest formal noch gewisse Kontrollmöglichkeiten: die Einweisung eines Gefangenen in QHS war nur bei rechtskräftig Verurteilten möglich, außerdem nur aufgrund einer Anordnung der Staatskanzlei. Mittlerweile gibt es jedoch in fast jedem französischen Knast sogenannte QSR („Quartiers de Securite renforcée" = Abteilungen mit verstärkten Sicherheitsbestimmungen), in denen völlig illegal Untersuchungsgefangene isoliert gehalten werden. Da die Maßnahme ohne gesetzliche Grundlage nur aufgrund eines internen Schreibens der Gefängnisverwaltung von 1976 eingeführt wurde, gibt es auch juristisch keine Kontroll- und Anfechtungsmöglichkeiten.

Derzeit befinden sich in Frankreich 40 verurteilte Gefangene in QHS und 155 Untersuchungshäftlinge in QSR. Die letzte Zahl läßt sich jederzeit auf 400 Häftlinge vergrößern, da so viele QSR-Zellen seit 1976 „vorsorglich" bereitgestellt worden sind.

Wachsende Unterdrückung und Isolierung sind die Antwort der Herrschenden auf die Mißstände in den französischen Gefängnissen: Obwohl offiziell „nur" Platz für 28.521 Gefangene ist, gab es bereits am 1.4. 1976 insgesamt 33.589 Inhaftierte. In weniger als drei Jahren hat die Zahl um 25% zugenommen, eine eindeutige Folge der kapitalistischen Krisenpolitik. So gibt es keine Zunahme bei schweren Verbrechen, die hohe Steigerung geht ausschließlich auf das Konto von kleineren Diebstählen, Scheckbetrügereien etc. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit spiegelt sich in der erschreckend hohen Zahl jugendlicher Gefangener wieder: 1976 waren 42,04% der inhaftierten Männer und 41,59% der inhaftierten Frauen jünger als 25 Jahre! 72% der Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren wurden 1973 nach einer ersten Verurteilung wieder rückfällig („Etincelle", no. 32/77).

Nur knapp die Hälfte der Gefangenen hat die Möglichkeit im Knast zu arbeiten, für Löhne zwischen 4,50 F und 19 F (=2,25 DM bzw. 9,50 DM) pro Tag! Von den 33.589 Gefangenen konnten 1976 nur 1.174 den Hauptschulabschluß, 185 den Realschulabschluß und ganze 25 ihr Abitur nachmachen. Viele Gefangene bleiben Analphabeten („Liberation", 12.11.77). Das Elend hinter den Gefängnismauern wird auch an folgenden Zahlen deutlich: 1974 nahmen sich 24 Gefangene in ihren Zellen das Leben, 1975 waren es 47, davon 22 jünger als 30 Jahre! 40% der Selbstmorde geschahen zu dem Zeitpunkt, als die Gefangenen auf den Urteilsspruch warteten. Von 17.171 untersuchten Häftlingen litten 1976 14.879 unter seelischen Krankheiten („Humanite", 13.8.77).

Am 16.1., dem Tag, an dem die acht QHS-Gefangenen ihren Hungerstreik abbrachen, verweigerten 136 Gefangene im Pariser Sante-Gefängnis die Nahrungsaufnahme, um gegen Zensur zu protestieren und mehr Spaziergänge und mehr Räume für Freizeitgestaltung zu fordern.



Roland Agret, früherer QHS-Häftling präsentiert auf der Pressekonferenz der CAP das Modell einer QHS-Zelle. „Dort ist es, wo man uns Schritt für Schritt guten Gewissens ermordet, dort wird langsam unser Todesurteil vollstreckt". „Wenn man eine Katze 23 von 24 Stunden in einer engen Schachtel einsperrt, kratzt sie, wenn man endlich die Tür aufmacht ... Für uns, die Gefangenen, ist das ebenso, wenn wir mal rauskommen, wollen wir uns wehren ..."

Frankreich-Kommission

Skandinavien Kurzmeldungen

IG-Metall-Führung gegen Beschlüsse der finnischen Gewerkschaft!

Seit einiger Zeit kommt es in Finnland anläßlich des Baus eines AKW's zu Auseinandersetzungen zwischen finnischen Arbeitern und westdeutschen Fachkräften, die regelmäßig Überstunden einlegen. Diese Überstunden riefen den Protest der finnischen Arbeiter hervor. So führten sie mehrere Sitzstreiks durch. Durch die Arbeitslosigkeit in Finnland bedingt, haben sich die Gewerkschaften gegen Überstunden ausgesprochen. Demgegenüber hat die IG-Metall-Führung grünes Licht für die Überstunden der westdeutschen Fachkräfte gegeben.

Finnland
Neonazis angeklagt

Am 16.1. beginnt in Finnland der Prozeß gegen die Attentäter auf die kommunistische Druckerei „Kursiivi". Wir berichteten darüber in AK 120. Angeklagt ist der „Führer" einer Faschistengruppe Pekka Siitoin, der Parteisekretär Peppo Lehtonen und der Schulungsleiter Timo Pekkala. Aus dem Polizeiprotokoll des Verhörs mit Pekkala geht hervor, daß es nicht nur die Druckerei „Kursiivi" war, die auf der Liste der Faschisten stand, geplant war auch die Sprengung der Druckerei der Volksdemokraten. Weiterhin sollten Attentate auf kommunistische Bezirksbüros in allen größeren Städten des Landes durchgeführt werden. Pekkala hat auch gestanden, einen Bankraub durchgeführt zu haben, um Geld für die Aktivitäten der Faschisten herbeizuschaffen.

Dänemark
Knüppelei in der Todesgade!

Am 10. Januar wurde die Kindertagesstätte in der Todesgade im Kopenhagener Stadtteil Nörrebro von 200 Bullen wieder geräumt. Wie in AK 120 berichtet, war diese Tagesstätte bereits im August letzten Jahres von der Polizei geräumt und alle Erzieher entlassen worden, konnte jedoch auf Grund des breiten öffentlichen Protests im Dezember vorläufig wiedereröffnet werden. Die Polizeiaktion begann am 10.1. bereits um 7 Uhr und dauerte 4 Stunden. Sofort kamen 300 Bewohner aus Nörrebro zusammen, um dagegen zu protestieren. Bei dem Polizeieinsatz wurden mehrere Demonstranten verhaftet. Nur die Hälfte der Kinder aus der Tagesstätte Todesgade haben überhaupt die Chance, einen neuen Kindergartenplatz zu bekommen.

Norwegen
Faschistische Propaganda gegen Einwanderer

Die faschistische Organisation „Norsk Front" (Norwegische Front) soll nach Mitteilung an die Presse, („Dagbladet" und „Aftonposten" zitieren daraus) einen „Reichsthing" durchgeführt haben, auf dem Beschlüsse zur Durchführung einer Kampagne gegen ausländische Arbeiter in Norwegen gefaßt wurden. In erster Linie soll sich diese sogen. „Aufklärungskampagne" an Schulkinder in Oslo richten. Dabei geht es um die „Aufklärung" darüber, welchen *„Schaden fremdländische Einwanderer auf das norwegische Volk und die Gesellschaft ausüben"* (zit. nach Arbeterkampen Nr. 2/78). Die Aktion wird präsentiert als *„eine notwendige Gegenmaßnahme gegen den Vorstoß der Behörden zur Indoktrination der Osloer Jugendlichen mit einer einseitigen antinationalen Einwandererpropaganda"* (ebenda). Die Pressemitteilung wurde im übrigen vom Faschisten Farre übergeben, der aufgrund des Drucks seitens der Arbeiter von der Straßenbahngesellschaft entlassen werden mußte (wir berichten in AK 120 darüber).

Dänemark
Chemiekonzern schmuggelt Gift!

Nach den Giftfunden in Südschweden und Dänemark ist jetzt herausgekommen, daß der Chemiekonzern „Kemisk Värk Köge" (Dänemark) illegal 84 Tonnen verseuchtes Pflanzengift von Schweden nach Dänemark geschmuggelt hat. Die Tonnen wurden einfach anders beschriftet. Zuvor war dem Betrieb verboten worden, den Giftabfall in Schweden – wie früher üblich – im Erdboden verschwinden zu lassen. Gegen den Direktor des Zweigwerks von "Kemisk Värk Köge" in Südschweden ist nun erneut Anzeige erstattet worden.

Dänemark
Faschist Hetler in U-Haft!

Am 2. Januar wurde der Faschist Hetler verhaftet, der in der Zeit von 1968 bis 1973 Spionage für den militärischen Geheimdienst betrieben hatte (s. AK 120).

Hetler ist wegen Verweigerung der Zeugenaussage eingesperrt worden. Falls er nicht zugibt, welches Material über seine Spitzeltätigkeit noch in seinem Besitz ist, kann er bis zu 6 Monaten im Knast bleiben.

Inzwischen kommen immer mehr Fakten über die Schnüffeltätigkeit Hetlers und dem Geheimdienst ans Tageslicht. So wurden systematisch dänische Wehrpflichtige, sobald sie anfingen sich politisch zu engagieren, von Hetler und seiner Bande registriert. Außerdem ist erwiesen, daß Spitzel auf folgende Organisationen angesetzt und deren Mitglieder registriert wurden: DäKP, DDV (die dänischen Vietnam-Komitees), MNF (Kriegsdienstverweigerer), RS (Revolutionäre Sozialisten), ML-Organisationen und VS (Venstre Socialisterne).

Dänemark
Hungerstreik ausländischer Gefangener!

Am 9.1. traten in Dänemark 40 bis 50 ausländische Gefangene in einen Hungerstreik. Grund ist der Hunger„lohn", den sie von den Gefängnisleitungen erhalten und noch schlechtere Ausbildungs„möglichkeiten" für die ausländischen Häftlinge. Ein Gefangener bekommt für Schwerstarbeit 84 kr in der Woche. Ein „Angebot" der Anstaltsleitungen, den „Lohn" um 10 Öre pro Stunde (nicht einmal 5 Pfennige) zu erhöhen, wurde von den Ausländern abgelehnt.

Darüber hinaus fordern die ausländischen Gefangenen die Aufhebung ihrer besonderen Diskriminierung. Z.B. werden Ausländer automatisch als Schwerverbrecher eingestuft und als besonders gefährlich angesehen. Ausländische Gefangene bekommen generell keine Ausgangserlaubnis, während einem dänischen Gefangenen jede dritte Woche Ausgang zusteht. Nachdem Ausländer ihre Strafe abgesessen haben, werden sie automatisch aus Dänemark ausgewiesen.

Christiania soll geräumt werden!

Seit längerem werden in Dänemark Überlegungen angestellt, den „Freistaat" Christiania räumen zu lassen. Vor mehreren Jahren wurde in diesem Stadtteil Kopenhagens Kasernen von überwiegend Jugendlichen besetzt. Licht und Wasser verschaffte man sich, indem die Kasernen an das zentrale Stromnetz beziehungsweise an die Wasserversorgung Kopenhagens angeschlossen wurden. Seitdem bestand mehr oder weniger stilles Einverständnis zwischen der Regierung in Kopenhagen und den Bewohnern von Christiania, die Besetzung zu dulden. Vorwand für die bisherigen Polizeiprovokationen waren der „Besitz von Rauschmitteln". Schon seit längerer Zeit wird in diesem Zusammenhang die Räumung erwogen, was in der dänischen Öffentlichkeit Proteste hervorrief. So fanden in Kopenhagen Demonstrationen mit mehreren tausend Teilnehmern statt. Diese Protestaktionen konnten bisher eine Räumung verhindern.

Am 17. Januar wurde im dänischen Radio über die Schwierigkeiten berichtet, die dort seit mehreren Jahren wohnenden Jugendlichen durch einen Polizeieinsatz zu vertreiben. Es wird damit gerechnet, daß die Jugendlichen in Christiania 50.000 Jugendliche aus ganz Dänemark gegen die Räumung mobilisieren könnten. Zu dieser Einschätzung gelangte der Nato-Generalleutnant Eigil Wolff. Aufgrund der Mobilisierungsfähigkeit der Jugendlichen kommt er zu dem sicher übertriebenen Schluß, daß die Räumung nur mit Hilfe des Militärs möglich wäre.

(Informationen nach Extra-Bladet vom 18.1.)

Skandinavien Kommission

Niederlande

Auslieferungen von Folkerts, Wackernagel und Schneider beschlossen

Das Beispiel der Auslieferung Croissants macht Schule, auch in den Niederlanden. Am 14.11.77 wurde der IRA-Genosse Patrick Gallagher von den Niederlanden an Irland ausgeliefert; ausgewiesen werden soll auch der ehemalige CIA-Agent Philipp Agee, der für den CIA unangenehme Enthüllungen an die Öffentlichkeit gebracht hat. Im Januar sprachen sich die Gerichte in Maastricht und Den Haag schließlich für die Auslieferung von Folkerts, Wackernagel und Schneider an die BRD aus.

Am 16.11. beantragte die Bundesregierung offiziell die Auslieferung von Christoph Wackernagel an die BRD, am 15.12. reichte sie entsprechende Gesuche für Knut Folkerts und Gert Schneider nach (alle drei waren im September bzw. November bei Schiessereien mit der Polizei in den Niederlanden festgenommen worden).

Zur Begründung des Auslieferungsersuchens führte die Bundesregierung so ziemlich alle Arbeitsunfälle an, die den führenden Persönlichkeiten der BRD in der letzten Zeit zugestoßen waren. Bei Wackernagel und Schneider wurden in die Ersuchen auch die Straftaten aufgenommen, die ihnen in den Niederlanden zur Last gelegt werden, so daß für den BRD-Staat die Möglichkeit besteht, sie auch wegen in den Niederlanden angeblich begangener Delikte von einem westdeutschen Gericht aburteilen zu lassen. Größere Mühe muß der BRD-Regierung das Auslieferungsverlangen für Gert Schneider gemacht haben, der ja bisher „in der Terror-Szene nicht in Erscheinung getreten" war – nun, wo ein BRD-Staat ist, da ist auch eine Anklage: Schneider wurde der Teilnahme an einem Feuerwerk im Gericht Zweibrücken beschuldigt und ein entsprechender Haftbefehl ausgefertigt.



Aus: „De Nieuwe Linie" vom 2.11.77

Die Auslieferungsprozedur

Das Auslieferungsersuchen wird von der BRD-Regierung über das Auswärtige Amt an den niederländischen Justizminister gerichtet, der es über das Öffentliche Ministerium an den zuständigen Richter weiterleitet. Dieses Gericht entscheidet über die Zulässigkeit des Auslieferungsersuchens und spricht gegenüber dem Justizminister eine entsprechende Empfehlung aus. Spricht sich das Gericht gegen eine Auslieferung aus, muß der Justizminister sich daran halten; ist jedoch das Gericht für die Auslieferung, steht es dem Justizminister frei, abweichend zu entscheiden.

Das niederländische Auslieferungsgesetz bestimmt u.a., daß eine Auslieferung nicht erfolgen darf bei „*strafbaren Taten politischer Art, einschließlich damit zusammenhängender Taten*". Neben der Berufung auf diesen Passus kann nach dem Fremdengesetz politisches Asyl beantragt werden, wenn der Antragsteller fürchten muß, wegen seiner Rasse, seines Glaubens oder seiner politischen Überzeugung verfolgt zu werden.

Den Buchstaben dieser Bestimmung nach müßte also völlig klar sein, daß eine Auslieferung Folkerts', Wackernagels und Schneiders nicht zulässig ist und sie darüberhinaus – nach dem Fremdengesetz – politisches Asyl erhalten müssen. Nur: „... *Begriffe wie 'politisches Delikt' und 'Asyl'* (haben) *faktisch keine Bedeutung zwischen westeuropäischen Ländern*", schreibt die sozialdemokratische Tageszeitung „de Volkskrant". „*Für diese Länder gilt, daß sie anständig sind. Die Verweigerung der Auslieferung würde faktisch bedeuten, daß man das andere Land politischer Verfolgung oder eines unehrlichen Prozeßverlaufes beschuldigt. Und das tut man nicht so einfach zwischen 'zivilisierten' Ländern, mit denen wir durch soviele Interessen verbunden sind*". Die BRD kommandiert – Niederland marschiert!

Folkerts – die Auslieferung ist zulässig

Wie im Sommer 1977 bei den Polizeiaktionen gegen die Wohnungen von Molukkern, riegelte die Polizei auch beim Folkerts-Prozeß in Maastricht ganze Stadtviertel ab. Die Bewohner der Straßen und diejenigen, die dort ihren Arbeitsplatz hatten, bekamen Passierscheine. Vor dem Gerichtsgebäude selbst Panzerwagen, bewaffnete Polizei mit kugelsicheren Westen, Hunde, Sperren, ...

Das Maastrichter Gericht befand das Ersuchen der Bundesregierung um Folkerts' Auslieferung für zulässig; die Taten, deren Folkerts beschuldigt wird, seien in den Niederlanden wie in der BRD kriminelle Delikte und könnten in keiner Weise als politisch motivierte Straftaten angesehen werden. Hiermit setzte das Gericht sich jedoch sogar in Gegensatz zu Auffassungen des ehemaligen Justizministers und Erzreaktionärs Van Agt. Denn aus einem Schreiben Van Agts geht hervor, „*daß der Minister zumindest eine Tatsache, wegen derer die deutsche Justiz die Auslieferung verlangt, als ein politisches Delikt ansieht. Es geht hierbei um die Mitgliedschaft in der RAF. Eine spezielle Erlaubnis des Ministers war nötig, um Folkerts in Utrecht zu diesem Punkt, einem politischen Delikt, von deutschen Polizeibeamten verhören zu lassen*". – Das Gericht zeigte sich hiervon jedoch nicht beeindruckt, sondern sprang, obwohl nur die Folkerts zur Last gelegten Taten zur Debatte standen, der BRD-Regierung noch kräftig zur Seite. Nachdrücklich wurde festgestellt, daß die BRD ein Rechtsstaat sei, wo die Grundrechte vollständig garantiert wären; dies ginge allein schon daraus hervor, „*daß die Bundesregierung Mitunterzeichner des Europäischen Vertrages für die Menschenrechte ist*" (Man hörte schon stärkere Argumente, aber hier handelt es sich wohl um einen Fall von „Beweisnot" ...!).

Willems, der Verteidiger von Folkerts, verwies auf die Toten von Stammheim und führte aus, „*daß sich die Auslieferung wie eine Form der Todesstrafe auswirken kann*". Wenn das Gericht die Auslieferung schon für zulässig halte, so solle zumindest die Entscheidung über die bei der Europäischen Menschenrechtskommission anhängige Klage von Baader u.a. wegen ihrer Behandlung im Gefängnis abgewartet werden. – Die Entscheidung des Justizministers wird am 26.1. bekanntgegeben.

Wackernagel und Schneider – die Auslieferung ist zulässig

Einen Tag später, am 12.11.,

Wackernagel und Schneider – die Auslieferung ist zulässig

Einen Tag später, am 12.11., wurde vor dem Gericht in Den Haag über die Auslieferung von Wackernagel und Schneider verhandelt. Das Gericht bedient sich genau der gleichen Argumentation wie in Maastricht.

Die Verteidiger forderten das Gericht auf, in ihrer Empfehlung an den Justizminister zum Ausdruck zu bringen, „*daß ihre Klienten keinen gerechten Prozeß in Deutschland zu erwarten hätten*" und verwiesen auf die u.a. durch Kanzler Schmidt ausgesprochene Vorverurteilung. Der Staatsanwalt hingegen verlangte, in der Empfehlung des Gerichts müsse deutlich zum Ausdruck kommen, daß die BRD „*ein Rechtsstaat*" sei, wozu ihm – wie seinem Maastrichter Komplizen – auch nichts gescheiteres einfiel, als der Verweis auf die Unterzeichnung der Menschenrechtserklärung durch die BRD-Regierung. Die Entscheidung des Justizministers über die Auslieferung von Wackernagel und Schneider soll ebenfalls am 26.1. gefällt werden, wobei bisher noch unklar ist, ob sie vor der zu erwartenden Auslieferung in den Niederlanden vor Gericht gestellt werden oder erst in der BRD abgeurteilt und dann in die Niederlande zur Strafabbüßung zurückkehren oder aber für alle ihnen zur Last gelegten Taten in der BRD verurteilt und auch dort eingesperrt werden sollen. Angesichts des Ausmaßes, in dem schon heute der niederländische Staat seine Souveränität und seine Rechtsansprüche wie auch seine Urteilsfindung den Ansprüchen und Maßstäben des BRD-Staates unterordnet, dürfte die letzte Möglichkeit die wahrscheinlichste sein.

Niederlande-Kommission



Knut Folkerts



Christoph Wackernagel



Gert Schneider

Belgien

Homosexualität – »Angriff auf die Sittlichkeit«?

Belgien. Der zum linken Flügel der BSP/PSB zu zählende Abgeordnete Glinne hat jetzt eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel der Streichung des § 372 aus dem Strafgesetzbuch gestartet. Dieser Paragraph stellt homosexuelle Beziehungen mit „Minderjährigen unter 18 Jahren" unter Strafe (bis zu 3 Jahren Gefängnis), was eine eindeutige Diskriminierung der Homosexualität gegenüber heterosexuellen Beziehungen darstellt, denn hier beträgt die „staatlich zugelassene Altersgrenze" nur 16 Jahre. Diese Bestimmung bezieht sich wohlgemerkt auf Beziehungen, die auf freien Willensentscheidungen beruhen. Ein Paragraph, der Gewalt oder Gewaltandrohung in diesem Zusammenhang unter Strafe stellt, existiert natürlich außerdem.

In einer Erklärung weist Glinne darauf hin, daß der § 372 eindeutig im Gegensatz zur belgischen Verfassung und zur Menschenrechtserklärung steht. Er wendet sich gegen jede staatliche Einmischung in die Privatsphäre und warnt vor einer weiteren Kriminalisierung der Homosexuellen.

Interessant ist das Zustandekommen des § 372: als die damalige CVP/BSP-Regierung 1965 ihr sogenanntes „Jugendschutz"-Paket durchsetzte, gelang es einem rechten Sozialdemokraten, hier als Zusatz den § 372 unterzubringen, trotz der in einigen Nachbarländern (Niederlande) laufenden Liberalisierungs-Diskussion.

Inzwischen hat die flämische Homo-Gruppe „de rooie vlinder" („Roter Schmetterling") den internationalen Homo-Tag am 18. März in Belgien unter das Motto „Abschaffung des § 372" gestellt. Der „rooie vlinder" ist nach eigenem Verständnis eine sozialistische Homo-Gruppe, die im Unterschied zu traditionellen Homo-Organisationen der Auffassung ist, daß die „*Homosexualität sich in einem kapitalistischen System nicht vollständig befreien kann*", weshalb sie eine Verbindung ihres Kampfes „*mit dem Kampf der Arbeiterklasse für eine sozialistische Form des Zusammenlebens*" herstellen will (BPA, 25.11.77). Dabei betonen sie, daß die „*Revolution nicht alle Probleme auf einmal lösen*" könne und kritisieren gleichzeitig bestehende „sozialistische" Gesellschaften, in denen die Homosexualität nicht toleriert wird.

Vor ca. einem Jahr gegründet, besteht der „rooie vlinder" inzwischen aus drei Ortsgruppen in Gent, Antwerpen und Leuven (Kontaktadresse p/a visserij 132, B-9000 Gent).

Die Trotzkisten haben in „Rood" vom 13.1.78 zur breiten Unterstützung der Initiativen zur Abschaffung des § 372 aufgerufen, die nicht allein im Interesse der Homosexuellen sei, sondern gleichzeitig auch ein Schritt zur Zurückdrängung staatlicher Eingriffe auf dem Gebiet sexueller Beziehungen insgesamt darstelle.

Belgien-Kommission

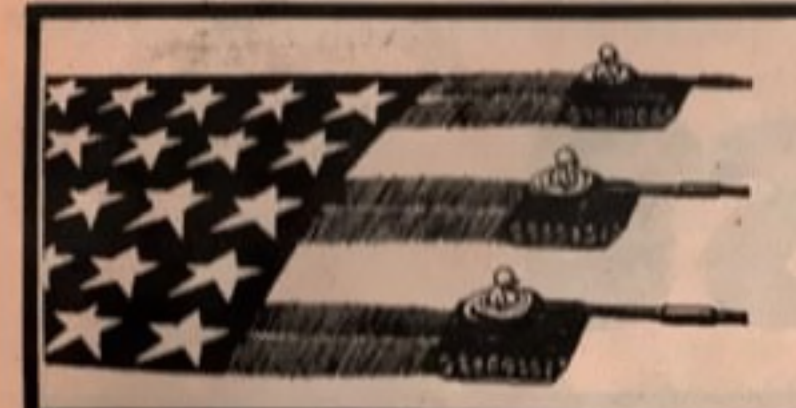


Auseinandersetzung um ALE-Streik geht weiter

Belgien. Weil sie sich aktiv an einem Streik um höhere Löhne im Sommer '77 beteiligt hatten (siehe AK 106 u. 107), wurden bei der städtischen Elektrizitätsgesellschaft ALE in Liege ein Gewerkschaftsdelegierter wegen „Sabotage" entlassen und ein Arbeiter für sechs Monate beurlaubt. Der Streik war von Anfang an von der sozialdemokratischen Betriebsleitung und den PSB-Führern in der Regierung als „unverantwortlich" verurteilt worden.

Die Kollegen lassen sich jedoch diesen neuen Angriff auf ihr Streikrecht nicht gefallen: Sofort nach Bekanntgabe des Arbeitsgerichtsurteils, das die Maßregelungen bestätigte, gab es eine Betriebsversammlung und eine Demonstration, die auch von Kollegen anderer Bereiche der öffentlichen Versorgung unterstützt wurde. Der zuständige Gewerkschaftssekretär des sozialdemokratischen FGTB, Yerna, erklärte, daß der Konflikt „*ein Kampf zwischen der gesamten Gewerkschaftsorganisation und der sozialistischen Partei*" geworden sei! („Le Soir", 19.1.78).

Auf das weitere Verhalten der Gewerkschaftsfunktionäre darf man gespannt sein ...



USA

„Endlösung" der Indianerfrage geplant



Zur Vollendung dessen, was die Siedler, die 7. Kavellerie, John Wayne und das FBI mit den Indianern angefangen haben, hat nun der US-Kongreßabgeordnete J.F. Cunningham eine Gesetzesvorlage eingebracht. Dadurch würden 371 völkerrechtliche Verträge aufgehoben werden und jegliche Anerkennung der besonderen Rechte der eigentlichen Amerikaner durch die US-Regierung beendet.

HR 9045, wie die Gesetzesvorlage bezeichnet wird, beabsichtigt, *„daß der Präsident alle Verträge zwischen den Vereinigten Staaten und den indianischen Völkern außer Kraft setzen soll"* und erklärt *„daß das Eigentum und die Mitglieder der indianischen Völker unter Bundesaufsicht gestellt werden"*.

Obwohl Cunningham seine Gesetzesvorlage **„Gesetz für die Gleichberechtigung der Indianer"** nennt, er-
zesvorlage „Gesetz für die Gleichberechtigung der Indianer" nennt, er-
gibt schon ein kurzer Blick auf den Vorlagentext, daß dies der direkte Versuch ist, alle Aspekte der Selbstbestimmung zu zerstören, für deren Erhaltung die indianischen Nationen seit Jahrhunderten gekämpft haben.

Falls dieses Gesetz durchkommt, wäre auf einen Schlag die Jagd- und Fischrechte, welche zu den Hauptbestandteilen der meisten Verträge zählen, ein für allemal vom Tisch gefegt.

HR 9054 würde ebenfalls alle Bundesprogramme für die Indianer beenden, (Gesundheitsfürsorge, Erziehung und Wohnungsbau betreffend). Ohne diese Hilfe würden die Armut und das katastrophale Sozialwesen noch schlimmer werden, als dies jetzt schon ist und damit Tausende dazu treiben, aus ihrer Heimat in die Stadtzentren zu gehen.

Gesetz will Reservationen abschaffen

Das Gesetz enthält besondere Vorschriften um gerade die Reservationen zu knacken. Jeder Stamm müßte abstimmen, ob das Reservationsland als Einheit in den Besitz einer Stammeskörperschaft übergehen oder ob es in individulle Parzellen für die einzelnen Stammesmitglieder auseinandergebrochen werden soll. So oder so würden die USA keine weitere Souveränität oder Stammesführung akzeptieren. Das Land würde unter die Vermögens-
keine weitere Souveränität oder Stammesführung akzeptieren. Das Land würde unter die Vermögens-
steuer fallen und vieles davon wäre verloren, weil diese Steuern nicht aufgebracht werden können.

HR 9054 ist – Kurz gesagt – ein Versuch, die Geschichte der USA zu leugnen. Obwohl die Vereinigten Staaten Völkermord und Kriegszüge gegen die indianischen Völker unternahmen, waren sie doch nie endgültig erfolgreich bei deren Zerstörung und ständig gezwungen, zu verhandeln und Verträge auf Völkerrechtlicher Basis mit den indianischen Nationen abzuschließen.

Die Folgen einer „Reform" a la 9054 kennen die Indianer der Menominee-Nation im Gebiet des US-Bundesstaats Wisconsin am besten. 1961 wurde ihre Reservation aufgehoben und sie wurden „gleichberechtigt" mit den US-Bürgern, gerade wie es die neue Gesetzesvorlage für alle Reservationen vorsieht. Die Menominees hielten ihr Land zusammen durch eine Stammeskörperschaft. Aber durch das Fortfallen von Bundesprogrammen und die Zahlung der Vermögenssteuern sank eine der wohlhabendsten Reservationen des Landes zum ärmlichsten Bezirk in Wisconsin herab. Ein langer Kampf zur Wiederherstellung der Menominee-Reservationen hatte 1973 endlich doch Erfolg, jedoch nicht ohne einen erheblichen Verlust an Land und tiefer Verschuldung.

... das „kleinere Übel"

... das „kleinere Übel"

Indianergruppen überall im Lande haben entschieden gegen das Gesetz protestiert. Unterschriftensammlungen und Briefaktionen wurden organisiert, um die Indianer vor den Gefahren dieses Gesetzes zu warnen und Druck auf den Kongreß auszuüben, damit er gegen das Gesetz stimmt.

Während Cunninghams Gesetz eine breite Opposition hervorgerufen hat, konnte der Abgeordnete Lloyd Meeds eine andere Lösung vorlegen, die er „einen Mittelweg" für diese Frage nennt. Meeds Gesetz würde nicht gerade die Verträge aufheben – aber dasselbe erreichen. Er will die meisten Rechte der Selbstbestimmung aus den Verträgen verwässern, oder ganz fortnehmen, wie z.B. die Jagd- und Fischrechte oder die Macht der selbständigen Stammesgerichte.

Meeds nimmt für sich in Anspruch, daß er seit langem ein „Freund der Indianer" ist, weil er 1973 den Kampf der Menominees zur Wiederherstellung der Reservation unterstützte. Falls seine Vorlagen nicht durchkommen, so droht Meeds, würde der Kongreß die wesentlich extremeren Cunningham-Gesetze annehmen.

Wie kommt es, daß der Kongreß den Boden für eine derartige Politik gegenüber den Indianern ermöglicht, knapp vier Jahre nachdem er im Falle der Menominees genau dagegen entschieden hatte? In den vergangenen Jahren haben sich Gruppen wie der „Interstate Congress for Equal Rights and Resonsibilities" formiert, als Reaktion auf die Erfolge der Indianer vor US-Gerichten und die anwachsende Militanz in der Indianerbewegung. Diese reaktionären, indianerfeindlichen Kräfte haben alle Formen der indianischen Selbstbestimmung angegriffen, unter dem Deckmantel *„die Rechte der Weißen auf Indianerland zu verteidigen"*. Eine Kampagne dieser Kräfte gegen Meeds kostete ihn im vergangenen Jahr fast den Congress-Sitz. Meeds hat sich daraufhin entschieden, mit ihnen zusammenzuarbeiten, um in Washington bleiben zu können.

Kapital giert nach Indianerland

Es sind aber auch noch andere, stärkere Kräfte, die ein Interesse daran haben, daß die Souveränität der indianischen Völker zerstört wird. Grundstücksmakler und Baukonzerne sehen die Reservationen als zukünftigen Grundbesitz und Profitquelle. Holzfabriken wollen ihre Sägen tief in die weiten Wälder des indianischen Landes schicken. Und die sogenannte Energiekrise hat den Druck der Energiemonopole wie EXXON wesentlich verstärkt, um die Kontrolle der Indianer über ihr eigenes Land und die dort enthaltenen Rohstoffe aufzuheben. Ein bedeutender Anteil der verbliebenen Reserven an Öl, Erdgas, Kohle und Uran innerhalb der US-Grenzen liegen auf Indianerland.

Die US-Regierung unterstützt diese Gesetze, weil sie hofft, dadurch von dem „Indianerproblem" befreit zu werden. Sie würde gern die Tatsache leugnen, daß es unterdrückte Nationen innerhalb ihrer eigenen Grenzen gibt. Aber der Kampf der indianischen Völker ist ein internationaler geworden, mit Verbindungen zu den fortschrittlichen Bewegungen anderer Völker und mit einiger Anerkennung durch die Vereinten Nationen. Aufgrund der stärkeren Militanz in der Indianerbewegung kann die US-Regierung nicht länger davon ausgehen, daß indianerfeindliche Gesetze kampflos hingenommen werden (aus „Workers World", 6. Januar 1978).

USA-Kommission



Kurzmeldungen Kurzmeldungen Kurzmeldungen Kurzmeldungen

AKW-Seabrook: Endgültig grünes Licht

Einstimmig hat die US-Bundesbehörde für Nuklear-Aufsicht die Baugenehmigung für das 2,5 Milliarden Dollar teure AKW-Seabrook bestätigt.

Durch diese Entscheidung wird ein sieben Jahre dauernder juristischer Streit zwischen Atom-Industrie und Umweltschützern beendet.

Am 1. Mai vergangenen Jahres waren mehr als 1.400 Demonstranten nach einer zweitägigen Bauplatzbesetzung verhaftet worden. Die Prozesse gegen die AKW-Gegner sind noch in vollem Gange und haben für die ersten mit einer mehrmonatigen Haftstrafe ein bitteres Ende gefunden.

Nach abschließenden Hearings am 2. November hat die Bundesaufsichtsbehörde am 8. Januar die endgültige Baugenehmigung erteilt.

Der Bau war im vergangenen Jahr sogar vorübergehend eingestellt worden, nachdem AKW-Gegner eine Überprüfung durchgesetzt hatten. Aber schon im August war durch eine Schiedsstelle der Bau erneut genehmigt und für die Zeit der Überprüfung der Einsprüche aufrechterhalten worden („International Herald Tribune", 10.1.78).

• • •

Kleiner Erfolg für Schwule

Die außerordentlich erfolgreiche Mobilisierung der US-Schwulenbewegung hat im vergangenen Jahr weltweites Aufsehen erregt und immerhin bewirkt, daß die Belange der Schwulen in den USA nicht länger totgeschwiegen werden können.

So hat der neugewählte Bürgermeister von New York, Edward Koch, bereits an seinem zweiten Amtstag in einer improvisierten Pressekonferenz erklärt, daß er sofort eine Anordnung erlassen werde, die jegliche Diskriminierung von Schwulen in den städtischen Behörden unterbinden soll. Dies gilt auch ausdrücklich für die Polizei und die Feuerwehr, welche bis zuletzt durch ihre Gewerkschaften heftig hiergegen protestiert haben. *„Es wird keinerlei Diskriminierung im Bereich meiner Verwaltung geben, sei es aufgrund von Geschlecht, geschlechtlicher Veranlagung, Rasse, Religion oder nationaler Herkunft"* („International Herald Tribune", 4.1.78). Koch wies darauf hin, daß „die bestehende Anordnung nicht so umfassend ist wie sie sein soll – und sie wird es werden!"

Der Stadtrat hatte wiederholt ein Gesetz durchfallen lassen, welches die Diskriminierung gegen Schwule am Arbeitsplatz beenden sollte. Dadurch wird Kochs Anweisung zunächst nur in den von ihm geleiteten Behörden wirksam.

• • •

1984 liegt in der Schublade

Im letzten Moment hat die Carter-Regierung ein Projekt in die Schublade zurückgelegt, das zur totalen Überwachung sämtlicher US-Bürger einen entscheidenden Teil geleistet hätte. Der vom Finanzamt in den vergangenen drei Jahren entwickelte Plan eines 850-Millionen-Dollar-Computers sollte die gesamten Steuerzahler der USA erfassen. Durch 8.300 Terminals (Eingabe- und Ablesestellen) hätten 48.300 Finanzbeamte uneingeschränkten Zugang zu den detaillierten Steuererklärungen von allen Steuerzahlern und Körperschaften bekommen („International Herald Tribune", 9.1.78).

Nach massiven Protesten durch Senatoren und Congressabgeordnete wegen der Einschränkung von Persönlichkeits- und Bürgerrechten hat sich die Haushaltsbehörde während der Abschlußdebatte über den Etatentwurf des Ministeriums entschlossen, das Projekt vorläufig fallen zu lassen und geringere Mittel für den Ausbau der bestehenden Datenerfassung bereitzustellen.

• • •

Kampf gegen Zwangssterilisation

Joseph Califano jr., der US-Minister für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt, mußte sich am 1.12.77 in Washington öffentlich gegen die in den USA bislang allgemein übliche Methode der Zwangssterilisation von Frauen, insbesondere armen Frauen, aussprechen.

Auf einer extra einberufenen Pressekonferenz gab er bekannt, daß die Bundesbehörden *„auch nicht halbwegs gewissenhaft genug"* („New York Times", 2.12.77) gegen übereifrige Ärzte, Sozialarbeiter und Gefängnisleitungen vorgegangen seien, welche Frauen zu Sterilisationen gedrängt haben.

Er kündigte neue Vorschriften zur Regelung von Sterilisationsverfahren an, welche aus Fürsorgeprogrammen und dem Familienplanungsprogramm seines Ministeriums finanziert werden. Die Vorschriften sollen ebenfalls für den öffentlichen Gesundheitsdienst und den Indianer-Gesundheitsdienst sowie deren Behandlungszentren gelten.

• • •

Kein Berufsverbot für KuKluxKlan ...

Eine Vorschrift, welche Mitglieder des KuKluxKlan (KKK) von der Arbeit als Beamte in den Strafanstalten des Bundesstaates New York ausschloß, wurde durch die Berufungskammer des Obersten Landesgerichtshofes als verfassungswidrig aufgehoben mit der Begründung, „daß damit die Vorschrift die in der US-Verfassung niedergelegte Vereinigungsfreiheit verletze". Die Mitgliedschaft im KKK war den Gefängnisangestellten seit dem 1. Oktober 1975 durch Benjamin Ward, den Leiter der Strafanstalten im Staat New York verboten worden, da andernfalls das Recht der Insassen auf eine menschenwürdige Behandlung nicht gewährleistet wäre.

Das jetzt vorliegende Gerichtsurteil stellt dazu fest, die Vorschrift sei verfassungswidrig, weil der Staat es versäumt habe, zu beweisen, daß die Furcht der Insassen vor dem KKK den inneren Frieden der Strafanstalten störe (nach „New York Times", 11.11.77 und „Workers World", 6.1.78).

USA-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



nahost

Iran: Wachsender Widerstand trotz blutiger Unterdrückung

Kurz vor dem Schah-Besuch in den USA (15./16.11.77) wurde von seiten der US-Regierung und des faschistischen Schah-Regimes der Eindruck zu erwecken versucht, als ob eine gewisse Liberalisierung im Iran stattfinde. Besonders in der Frage der politischen Häftlinge wurde die Propagandatrommel gerührt. Angeblich würde die Zahl der politischen Gefangenen ständig abnehmen, und auch von Folterungen an politischen Gefangenen – im Iran bekanntlich an der Tagesordnung – hätte man zumindest im letzten Jahr nichts mehr gehört.

Die Wirklichkeit sieht total anders aus: Angesichts des wachsenden Widerstandes der iranischen Bevölkerung, ist der Terror des



Der iranische Schriftsteller Beh Azin wurde am 22.11.77 zusammen mit seinem Sohn verhaftet.

faschistischen Schah-Regimes enorm gesteigert worden. Auf Massendemonstrationen und Protestkundgebungen sind in den letzten Wochen fast 200 Demonstranten von faschistischen Schlägern, SAVAK-Leuten, Polizei und Militär ermordet worden; die Zahl der zum Teil sehr schwer verletzten und verhafteten Regime-Gegner liegt noch weitaus höher.

Unruhen in Qom

Mehr als 100 Menschen wurden von iranischer Polizei bei Demonstrationen in Qom und Meshed am 9. und 10. Januar mit Maschinengewehrsalven erschossen, mehr als 500 Demonstranten wurden verletzt, 1.400 verhaftet („Le Monde" 13.1. 78, nach einem Kommunique der „Bewegung für die Befreiung des Iran"). Ihren Ausgangspunkt nahmen die Demonstrationen am 9.1. in Qom, als etwa 5.000 Theologie-Studenten und Mullahs (Schiiten-Klerus) gegen einen provokativen Artikel in der Lokalpresse, gegen die Unterdrückung durch das Schah-Regime sowie für die Verwirklichung der legalen und nationalen Rechte demonstrierten. Wahrscheinlich war der Artikel vom Regime selbst verfaßt.

Der Schiiten-Klerus steht dem Schah-Regime ablehnend gegenüber. Sein Oberhaupt Ayatullah Khomeini lebt seit 1963 im Exil (Irak): Im Sommer 1963 waren mehrere tausend oppositionelle Iraner nach vorangegangenen Aufständen ermordet worden. Religiöse Autoritäten hatten die im Anschluß stattgefundenen „Wahlen" (etwa 1/10 der Wahlberechtigten nahmen teil) in einem offenen Brief an die Auslandspresse als *„reine Fabrikation von oben"* angeprangert und den Schah als *„reaktionären Diktator"* bezeichnet.

Der Einfluß der „Mullahs" ist immer noch erheblich, einige „fortschrittlichere" beteiligen sich an den Briefen der bürgerlichen Oppositionellen im Iran, die für eine Einführung der parlamentarischen „Demokratie" nach westlichem Muster eintreten. Der große Einfluß des Schiiten-Klerus wurde unter anderem daran deutlich, daß anläßlich des mysteriösen Todes des Sohnes von A. Khomeini am 23.10. im Irak Massendemonstrationen im Iran stattfanden. Die „Bewegung für die Befreiung des Iran", Paris, veröffentlichte daraufhin einen von Khomeini verfaßten Aufruf zum Widerstand gegen das Schah-Regime als Anzeige in „Le Monde" (14.12.77). Das Schiiten-Oberhaupt führt immer noch die religiöse Opposition gegen das Schah-Regime an. Aus der Botschaft geht hervor, daß es sich um eine nationalistische Opposition handelt. Es werden z.B. nicht einmal die ständigen Menschenrechtsverletzungen durch das Schah-Regime angeprangert, die Tätigkeit der SAVAK, die Folter usw., wie es die bürgerlichen Oppositionellen z.B.. tun, sondern es wird der a u s l ä n d i s c h e E i n f l u ß beklagt, werden die iranische (!) und deren Befehlshaber (!!) aufgefordert, sich und das Land von ausländischem Einfluß zu befreien, und es wird eindringlich davor gewarnt, mit Kräften zusammenzuarbeiten, die nicht die Prinzipien des Islam respektieren („Le Monde", 14.12.77). Sicher war die Demonstration in Qom – religiöses Zentrum und auch Industriestadt – nicht ausschließlich eine Demonstration religiöser Nationalisten. Unter den Mullahs gibt es auch einige, die im Zusammenahang mit den jüngsten Protesten gegen das Schah-Regime fortschrittlichere Positionen einnehmen. Das brutale Vorgehen des Regimes gegen eine im wesentlichen aus sehr „gemäßigten" Iranern bestehende Demonstration zeigt, daß das Schah-Regime derzeit befürchten muß, daß solche Proteste sich ebenso wie die Schriftstellerlesungen im Oktober/November letzten Jahres zu Massenprotesten gegen das mörderische Schah-Regime auswachsen können.

In Qom allein wurden 67 Menschen bei Demonstrationen an beiden Tagen ermordet („Guardian", 13.1.78). Aus Protest beschlossen religiöse Führer eine Woche lang die Moscheen in Teheran geschlossen zu halten, ebenfalls bleiben Teile der Bazare in den größeren Industriestädten Meshed, Täbris und Qom aus Solidarität geschlossen („Guardian", 13.1.78). Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß die bürgerliche Presse in der BRD wieder einmal die offizielle Version des faschistischen Schah-Regimes übernahm und verbreitete. Die „FR" (11.1.78) sprach von fünf Toten bei einer Demonstration.

Massenhafte Proteste im Iran

Wir berichteten schon im AK 118 (S. 55) über massenhafte Demonstrationen gegen das Schah-Regime, die im Anschluß an eine Dichterlesung des fortschrittlichen iranischen Schriftstellers Sayid Soltanpour stattfanden. Die Polizei hatte damala etwa 2.000 vor dem Saal der Aryamehr-Universität zuhörende Menschen angegriffen, worauf es in der Nacht zum 16.11. und am 16.11. zu Massendemonstrationen kam. Wir berichteten schon damals von zahlreichen Verletzten und Verhafteten. Inzwischen ist bekannt geworden, daß die mehr als 10.000 Demonstranten am 16.11. von angeheuerten Schlägern, die mit Lastwagen angekarrt wurden und sich als Pro-Schah-Demonstranten ausgaben, und Polizeieinheiten mit Maschinengewehren angegriffen wurden („Guardian", 17.11.77, „Resistance", 3, 6. Jg.). 16 bis 20 Demonstranten kamen bei diesen mörderischen Angriffen ums Leben.

Drei Tage später drangen 350 Polizisten in die Teheraner Universität ein und prügelten auf eine Versammlung von Studenten und Professoren ein, 60 bis 70 Menschen wurden z.T. schwer verletzt, über 100 verhaftet („International Herald Tribune", 19.11., „Guardian", 23.11.).

Ein paar Tage später kam es wiederum zu blutigen Zusammenstößen. Etwa 400 Menschen, vorwiegend Studenten, die zu einer Lesung des Schriftstellers Mahmud Beh Azin wollten, fanden die Aryamehr Universität verschlossen, die Lesung war für den zweiten Tag verboten worden (M. Beh Azin, sein Sohn und A.N. Mirzadeh wurden am 23.11. verhaftet). Als die Menge sich zerstreuen wollte, wurde sie von etwa 100 Schlägern angegriffen, die mit Bussen herangefahren wurden; Polizei, die ebenfalls anwesend war, griff nicht ein mit der Begründung, sie wolle sich nicht in Auseinandersetzungen zwischen „Extremisten" und „patriotischen Bürgern", die für den Schah eintreten, einmischen. Wiederum wurden zahlreiche Menschen z.T. schwer verletzt. Kommentar eines ebenfalls zur „Lesung" erschienen älteren Angestellten auf die Frage, weshalb er als Nicht-Student daran teilnehmen wollte: *„Es gibt keinerlei Gesetz im Iran"*, er fühle, er könne nicht länger schweigen, *„Das Messer sitzt einem an der Kehle"* („International Herald Tribune", 23.11.77).

Noch am gleichen Abend wurden die Historikerin Homa Nategh und der Dichter N. Mirzadeh, die sich mit den Demonstranten solidarisiert hatten, aus der Menge herausgezerrt, entführt und zusammengeschlagen.

Eine Massendemonstration, die aus Protest über diese Angriffe der als „Zivilisten" getarnten SAVAK-Schläger stattfand, wurde wiederum brutal angegriffen. Es gab 47 Tote („Resistance" 3, „Guardian", 25.11. 77).

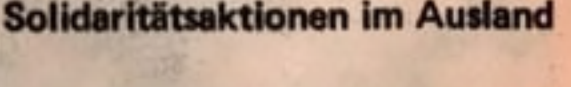
Schon einen Tag später wurden rund 1.500 Schahgegner, vorwiegend bürgerliche Oppositionelle, die sich in einem Vorort Teherans versammelt hatten, von einem Schlägerkommando blutig zusammengeschlagen. Fazit: 300 Verletzte, darunter schwer verletzt Dariusch Frohar, der zu der inzwischen neugegründeten „Union der Kräfte der Nationalen Front" gehört, einer Gruppe dreier verbotener iranischer Parteien. Die darunter befindliche „Nationale Front" repräsentiert im wesentlichen die bürgerliche Opposition („International Herald Tribune', 12.12.77). Verhaftet wurde u.a. der Mullah Sadeghi, der die Ansprache hielt.



Nach wie vor sind Massenexekutionen Oppositioneller oder ihre Ermordung durch die Geheimpolizei SAVAK an der Tagesordnung.

Oppositionsbewegung unter den Studenten

Besonders stark scheint die Opposition gegen das Schah-Regime unter den Studenten zu sein. Die Unruhen begannen schon im späten Sommer, als das Schah-Regime fünf Studentenorganisationen verbot, außerdem einige Wochen später die Büchereien mit der Begründung schloß, öffentliche Räume seien ein Herd politischer Unruhe. Während der Massendemonstrationen und Proteste gegen das Schah-Regime kam es zu fortdauernden Unruhen in den Universitäten, ständig knüppelte die Polizei dazwischen, die in iranischen Universitäten praktisch täglich „aus- und eingeht" („Guardian", 22.11.77, 8.12.77). Vorlesungen werden aus Protest gegen das brutale Vorgehen des Schah-Regimes häufig boykottiert. Immer wieder werden vom Regime die Universitäten geschlossen, um die Unruhe einzudämmen, so z.B. Anfang Dezember die meisten der 21 Universitäten Irans („Guardian", 12.12.77), „Neue Zürcher Zeitung", 9.12.77).



Solidaritätsaktionen im Ausland

Nach den blutigen Zwischenfällen im Iran besetzten iranische Studenten am 9.12. die iranische Botschaft in Rom und am 14.12. die iranische Botschaft in Kopenhagen und zerrissen Schahbilder, um so gegen die Ermordung der 67 Demonstranten im Iran zu protestieren. Die Besetzer wurden sowohl in Kopenhagen als auch in Rom verhaftet. Die iranischen Studenten wurden in Kopenhagen zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, jedoch nach zwei Tagen in die BRD, Frankreich, Schweden oder Österreich ausgewiesen, wo sie studieren. In Rom wurden die iranischen Studenten freigelassen, die Pässe jedoch von der italienischen Polizei einbehalten („Süddeutsche Zeitung", 1./2.1.78, Flugblatt des ISV Hamburg).

Kurz darauf beschloß – ganz offensichtlich auf offizielle Weisung – die iranische Kammer für Handel, Industrie und Bergbau den Boykott Dänemarks und Italiens. Begründung: Die iranischen Firmen (!) seien über die zu lasche Behandlung der Schah-Gegner verärgert! Für Dänemark würde ein Ausfuhrstop in den Iran einen jährlichen Verlust von 800 Millionen dänischen Kronen bedeuten („SZ", 1./2.1.78).

Sowohl die dänische als auch die italienische Regierung beugten sich dieser Erpressung und handfesten Einmischung des Schahs in die inneren Angelegenheiten ihrer Länder. Die Außenminister (!) beider Länder reisten Anfang Januar nacheinander in den Iran, entschuldigten (!) sich beim Schah, beim Ministerpräsidenten und beim Außenminister („FR", 9.1., „FAZ", 10.1.78). Dankbar für solch eine „internationale" Aufwertung der Mordpraxis des Schahs wurde von iranischer Seite der Handelsboykott sofort aufgehoben!

Nahost-Kommission

Die OPEC - ein Zusammenschluß der Völker der »Dritten Welt«? Kabewehoweh!

Alle Jahre wieder, wenn die OPEC-Ministerkonferenz tagt, sieht der KBW seine große Stunde gekommen, um seine Dritte-Welt-Theorie zu verkaufen. Fakten, die der Theorie der notwendigen „Einheit der OPEC-Länder" widersprechen, werden mehr oder weniger geschickt frisiert. So war es schon Ende 1976 etwas unpassend, daß Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate für 1977 nur eine einmalige 5%ige Erhöhung der Erdölpreise beschlossen, während die Mehrheit der OPEC-Staaten sich auf eine 10%ige Erhöhung ab Januar und eine weitere 5%ige ab Juli 1977 einigte. Der KBW war großzügig: Was bedeutet schon bei einem Preiskartell ein gespaltener Preis, wenn die Organisation bestehen bleibt? *„Die Preiserhöhung konnten die Imperialisten nicht verhindern und die Einheit der OPEC–Länder nicht sprengen."* („Kommunistische Volkszeitung" – „KVZ", 30.12.76). Der Einheitstheorie sehr entgegen kam die Preisangleichung im Juli 1977, bei der Saudi-Arabien & Co. um weitere 5% erhöhten und die übrigen Länder auf die geplante Erhöhung verzichteten, weil die Absatzverluste durch das konkurrierende billige saudische Öl zu groß waren. Daß diese Preisvereinheitlichung erst nach einem halben Jahr konkurrierender Preise erfolgte, stört das Bild natürlich ein bischen; aber wer erinnert sich daran schon so genau. In der „KVZ" jedenfalls war dieser Tage zu lesen, daß die OPEC-Staaten vor einem Jahr mehrheitlich eine *„Erhöhung von zweimal fünf Prozent in einem Abstand von einem halben Jahr"* beschlossen hätten (gegenüber dem tatsächlichen Beschluß von 10 + 5%), daß die VAE und Saudi-Arabien eine einmalige 5%ige Steigerung beschlossen hätten (was ausnahmsweise stimmt) und daß die *„übrigen OPEC-Staaten (...) daraufhin auf die zweite Anhebung (verzichteten), so daß ein einheitlicher OPEC-Preis bestehen blieb."* („KVZ", 9.1.78).

Auch zur gerade vergangenen OPEC-Konferenz war eine kleine Schönheitskorrektur fällig. Während in allen anderen Zeitungen zu lesen war, daß die Mitgliedstaaten sich auf eine einheitliche Preispolitik nicht einigen konnten und die Frage der Erhöhung auf die nächste Konferenz im Juni v e r t a g t e n (z.B. im „Guardian", 22.12.77) und „Le Monde", 23./24.12.77), schreibt die „KVZ": *„Mit dem Beschluß, die Ölpreise nicht zu erhöhen (...), endete am 21. Dezember 1977 die fünfzigste Konferenz der OPEC-Mitgliedsstaaten (....). Erhalten haben sie jedoch ihre Einheit gegen die Imperialisten und haben deren Druck standgehalten"* („KVZ", 9.1.78). Noch vor einem Jahr bestand der Erfolg gegen die Imperialisten darin, daß diese die Preiserhöhung nicht (völlig) verhindern konnten, dieses Jahr besteht der Erfolg in dem völligen Verzicht auf einen Ausgleich der Verluste durch Inflation und Dollarabwertung. Immer so, wie's paßt.

Eine besondere Delikatesse in diesem Zusammenhang stellt der – für KBW-Verhältnisse riesige – zweiseitige Artikel zur „theoretischen" Begründung der Einheit der Dritten Welt und damit vor allem der OPEC-Länder in der „KVZ"(16.1.78) dar. Nach dem bekannten Schema (US-Imperialisten und Sozialimperialisten auf der einen Seite, Länder der Dritten Welt auf der anderen) soll klar gemacht werden, weshalb die OPEC-Länder gar nicht anders können, als einen einheitlichen Kampf in einem Zusammenschluß zu führen, der *„auf Gleichberechtigung beruht"*. Da es als etwa störend empfunden werden könnte, wenn den in der OPEC vertretenen Staaten wie Algerien und Libyen einerseits, Iran und Saudi-Arabien andererseits, gemeinsame politische Interessen unterstellt werden, hat der KBW sich eine Lösung einfallen lassen. Weil ja davon ausgegangen werden kann, daß alle Völker der Dritten Welt unterdrückt werden, erklärt der KBW: „Die OPEC ist ein politischer Zusammenschluß von V ö l k e r n der Dritten Welt..." („KVZ",16.1.78). Ob das wohl für alle Bündnisse gilt, in denen faschistische und reaktionäre Regimes, und sei es auch nur der Dritten Welt (Iran, Chile, Saudi-Arabien, Indien u.a.), vertreten sind ...?

Nahost-Kommission

Ägypten: Dicke Aufträge nach dem Schmidt-Besuch

Häufig wurde von ägyptischer Seite über die mangelnde wirtschaftliche Zusammenarbeit mit BRD-Konzernen geklagt, gerade was den Aufbau neuer Produktionsstätten angeht. So haben z.B. die Direktinvestitionen im ersten dreiviertel Jahr 1976 nur 113 Millionen DM betragen. Nach dem Schmidt-Besuch scheint es zu einem *„Aufschwung der deutsch-ägyptischen Wirtschaftsbeziehungen"* zu kommen („Welt", 6.1.78). Die *„Kapitalhilfe für Ägypten wurde um 60 Millionen Mark auf insgesamt 310 Millionen Mark für '78 aufgestockt und die Hermes-Garantie von 550 Millionen Mark auf 750 Millionen Mark für den Warenhandel erweitert."* („FAZ", 29.12.77). Die Klöckner-Humboldt-Deutz AG hat jetzt einen Vertrag mit der ägyptischen Osman-Gruppe abgeschlossen. Er sieht den Bau einer Fabrik für Deutz-Traktoren, luftgekühlte Dieselmotoren, Stromerzeugungsaggregate und Pumpenanlagen für Bewässerungsvorhaben in Ismailia am Suezkanal vor.

Es wird ein Gemeinschaftsunternehmen mit einem Grundkapital von 30 Mio. DM gegründet, an dem KHD mit 24,1% beteiligt ist. Das Projekt mit zunächst 100 Mio. DM Kapitalaufwand soll später noch erheblich ausgedehnt werden („SZ", 7.1.78 und „Welt", 6.1.78). Außerdem wurden noch folgende Projekte bekannt:

Die Schubert/Salzer AG liefert zwei komplette Spinnereien im Wert von 80 Mio. DM an Ägypten („FAZ", 24.12.77).

Der Vertrag über die Errichtung zweier Kraftwerksblöcke mit jeweils 150 MW durch ein deutsch-österreichisches Konsortium unter Federführung der KWU konnte jetzt nach Abschluß der Finanzierungsverhandlungen in Kraft treten. Die KWU liefert die Turbosätze, die Steuerungs- und Regeltechnik und den mechanischen Teil, sowie zwei 10 MW-Gasturbinensätze.

Nahost-Kommission

Große ägyptisch-britische Rüstungsgeschäfte beschlossen

Wie wir bereits in AK 119 vermuteten, soll die britische Panzerabwehrrakete „Swingfire" in einem Vorort von Kairo nachgebaut werden. Dazu haben der staatliche Rüstungskonzern „British Aerospace Dynamics Ltd" und der arabische Rüstungskonzern AOI die gemeinsame Organisation „Arab-Britisch Dynamics" gebildet.

Außerdem sieht der von den Kriegsministern beider Länder und dem AOI-Vorstandschef unterzeichnete Vertrag die Montage der britisch-französischen „Oynx"-Hubschrauber sowie technische Unterstützung der Briten für Ägypten vor.

Palästina-Komitee Bonn: Verurteilung wegen »Beleidigung«

Das Palästina Komitee Bonn hatte vor einiger Zeit in einem Flugblatt die Hetzberichterstattung des Journalisten Harald Vocke von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) angegriffen. Vocke hatte daraufhin den Verantwortlichen des Komitees, Hans Weingartz, wegen Beleidigung verklagt; wir berichteten darüber in AK 115, S. 55 und AK 117, S.49. Am 1.12. hat nun der Prozeß vor dem Amtsgericht Bonn stattgefunden.

Vocke brauchte sich nicht zu scheuen, auch vor dem Gericht seine Hetze zu verbreiten. Wir zitieren aus einer Nachricht des Palästina Komitees : *„ ...den von Hans Weingartz als Zeuge geladenen Bonner Professor für Orientalistik Stefan Wild stempelte Vocke kurzerhand zum „Sympathisanten" ab - Professor Wild hatte in einem Leserbrief an die FAZ (selbstverständlich nie veröffentlicht von der Redaktion) auf die terroristische Vergangenheit des israelischen Ministerpräsidenten Begin hingewiesen - und der als Zeuge geladene Vertreter der PLO in der BRD, Abdalla Frangi, wurde flugs zum „Vertreter einer Terrororganisation". Doch nicht Harald Vocke wurde wegen Beleidigung verurteilt, sondern der Vertreter des Bonner Palästina Komitees ... Der Satz aus dem Flugblatt „Geistiger Helfershelfer terroristischer, sektierischer Verbrecher, die im Mantel von Christen auftreten, das ist die richtige Charakterisierung von Harald Vocke" sei eine „formale Beleidigung"* ... daß **„die FAZ für Herrn Vocke als Plattform für die Verbreitung seiner Haßtiraden gegen Palästinenser und 'halbgebildete' Muslims zur Verfügung stand" (und steht) darf man jedoch unbeschadet verbreiten, genauso wie die Aussage, daß derselbe Redakteur mit Lügen, Täuschungen und mit Hilfe der Mobilisierung von chauvinistischen Gefühlen Schützenhilfe für die Falangisten leistet"**

Diese Freiheit sollte man wahrnehmen!

Das Palästina Komitee hat Berufung gegen das Urteil eingelegt. Da auch bisher schon Kosten für Rechtsanwalt, Flugblätter etc. entstanden sind, bittet das Komitee um Spenden auf das Konto: Deutsche Bank Bonn, 0558551, Hans Weingartz.

Nahostkommission

Hamburg: Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes

Aus Anlaß des 13. Jahrestages der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch den palästinensischen Widerstand führen die „Generalunion Arabischer Studenten" (GUAS) und der „Arabische Arbeiterverein" (AAV) in Hamburg zwei Veranstaltungen durch. Am Freitag, den 3.2. um 19 Uhr wird im Martin-Luther-Kind-Haus (ESG), Grindelallee, Hamburg 13, der Film

Kafr Kassem

gezeigt. (In dem palästinensischen Dorf Kafr Kassem richteten die Zionisten 1956 ein Massaker an.) Am Sonnabend, den 4.2., 19 Uhr, findet in der Mensa eine festliche Veranstaltung statt, auf der der PLO-Vertreter in Bonn, Abdullah-Frangie, sprechen wird.

Nahost-Kommission



lateinamerika

„Wenn Allende ermordet worden ist, sind Ensslin, Baader und Raspe ebenfalls ermordet worden...

... Der Wahrheitsgehalt ist der gleiche."

So äußerte sich bekanntlich F.J. Strauß in dankenswerter Offenheit bei seinem berüchtigten Chile-Besuch.

Um den *„Wahrheitsgehalt"* zu verdeutlichen, hier noch einmal die Angaben, die belegen, daß Allende ermordet wurde: In den „Heften zu politischen Gegenwartsfragen", Nr. 13 („Kampf und Tod Salvador Allendes)., beschrieb Fidel Castro nach Augenzeugenberichten, was sich am 11. September 73 in der Moneda abgespielt hat:

„Nach 13.30 Uhr bemächtigten sich die Faschisten des Erdgeschosses des Palastes; die Verteidigung organisiert sich im Obergeschoß, und der Kampf geht weiter. Die Faschisten versuchen über die Haupttreppe nach oben zu gelangen. Gegen 14.00 Uhr gelingt ihnen die Besetzung eines Teiles des Obergeschosses. Der Präsident hat sich mit mehreren seiner Genossen in einer Ecke des Roten Salons verschanzt. Als er bis zu der Stelle vordringt, an der die Faschisten hereinbrechen, erhält er einen Bauchschuß, der ihn vor Schmerz vornübersinken läßt, aber er hört nicht auf zu kämpfen. Auf einen Sessel gestützt schießt er weiter auf die nur wenige Meter entfernten Faschisten, bis ihn ein zweiter Schuß in die Brust niederreißt, und bereits im Sterben wird er von Kugeln durchlöchert" (nach „blattschuss", Nr. 3 Kollektiv „anti-zas", Uni HH).

Lateinamerika-Kommission

Volkswagen gratuliert zum Putsch



Am vierten Jahrestag des Putsches, dem 11. September 1977, erschien in "El Mercurio" diese Anzeige. Der Text auf deutsch:
Die Volkswagen-Familie möchte an diesem großen Tag der Regierung Chiles für die ihr gegebene Gelegenheit danken, in dieses schöne Land zu kommen, sich darin niederzulassen und mit seinen Menschen ihre Freiheit, ihren Schwung und ihre Lebensfreude zu teilen...
Es lebe Chile! Volkswagen 11. September 1977
Volkswagen do Brasil hat 1977 seinen Absatz in Chile um mehr als 100 Prozent steigern können.

Kurzmeldungen Kurzmeldungen

Welttreffen der Christdemokraten in Venezuela

Am 30./31. Januar soll in Caracas ein großes Treffen von rund 50 christlich-demokratischen Parteien aus aller Welt stattfinden. Angeblich sollen bei der Konferenz unter anderem Initiativen erörtert werden, damit verschiedene Länder Lateinamerikas wieder zur Demokratie zurückfinden. Genannt werden Argentinien, Chile und Uruguay. Ferner sollen Vorschläge zur Verteidigung der Menschenrechte in Osteuropa und Asien diskutiert werden („Süddeutsche Zeitung", 24./25.12.77).

***

Für vollständige Unabhängigkeit von Belize

Seit mehreren Jahren geht der Kampf um die Unabhängigkeit der größten verbliebenen englischen Kolonie, Belize, ehemals Britisch-Honduras. Während Großbritannien die Kolonie in die „Unabhängigkeit entlassen" will, fordert Guatemala eine Angliederung an sein Staatsgebiet. Es behauptet, von den Spaniern Ansprüche auf das Territorium ererbt zu haben. Interessant ist das umstrittene Gebiet vor allem wegen der dort vermuteten Ölfelder.

Über die Köpfe der Einwohner Belizes hinweg – diese stehen einmütig hinter der Forderung nach Unabhängigkeit – handelte jetzt der britische Außenminister einen Kompromiß mit Guatemala aus: Guatemala erhält einen „Sumpflandstreifen", in dem höchstens 2.000 Menschen leben sollen", (in dem aber wohl wahrscheinlich Öl liegt), und garantiert dafür, die Unabhängigkeit von Rest-Belize zu respektieren.

Ferner wird von einer Intensivierung der Entwicklungshilfe für Guatemala gesprochen („SZ", 2.1. 78).

Eine Konferenz von neun Karibikstaaten hat sich einmütig für sofortige und vollständige Unabhängigkeit Belizes ausgesprochen. An ihr nahmen Barbardos, Guayana, Grenada, Jamaika, Mexiko, Panama, Surinam und Venezuela teil, („Monitordienst", 12.12. 77, „Guardian", 10.12. 77 – siehe auch AK 109, S. 47).

***

Erpressung Mexikos durch die USA

Die USA wollen Mexiko zwingen, die Gaspreise von 2,60 auf 2,10 Dollar zu senken (Mexiko liefert den USA Erdgas). Um diese Forderung durchzusetzen, wurde die Dezemberrate des Kredits über 590 Mio. Dollar gestrichen, mit dem die Gas-Pipeline von Mexiko in die USA gebaut wird. Weitere Zahlungen des Kredits wurden von der zukünftigen Haltung Mexikos zu der Frage der Gaspreise abhängig gemacht. Die mexikanische Regierung hat zunächst diesen Erpressungsversuch der USA als *„arrogant und beleidigend"* zurückgewiesen und jegliche Verhandlungen darüber abgelehnt („Frankfurter Rundschau", 14.1. 78).

Ob sich diese Haltung Mexikos – angesichts seiner völligen Abhängigkeit von den USA – durchhalten läßt, ist mehr als fraglich.

***

Bald Handelsmission der DDR in Chile?

Eine DDR-Delegation hält sich in Santioago auf und erörtert mit chilenischen Regierungsbeamten die noch offenen Fragen für mehrere Handelsabkommen zwischen beiden Ländern Sie kam dreimal mit dem Generaldirektor im Außenministerium, Oberst Jaime Lavin zusammen, um die Angelegenheiten mit ihm zu besprechen.

Oberst Lavin erklärte, es sei nicht von der Hand zu weisen, daß in Chile demnächst eine Handelsmission der DDR eröffnet werde. (Radio Mineria, span. am 10.12. 77 laut „Monitordienst").

***

Kampfgefährte von Camilo Torres wieder frei!

Nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe ist der ehemalige kolumbianische Guerillaführer Ricardo Lara Parada, früher Kampfgefährte des Rebellen-Priesters Camilo Torres, aus dem Gefängnis in Kolumbien entlassen worden.

Vor Journalisten erklärte er, er werde *„niemals seinen Kampf aufgeben"* („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 10.1. 78).

***

Hungerstreik bolivianischer Frauen

Sechs bolivianische Frauen sind seit Anfang Januar im Hungerstreik um die Freilassung ihrer Männer zu erzwingen. Der Streik ist Teil einer Protestbewegung, die eine totale politische Amnestie fordert; ihr haben sich inzwischen mehrere hundert Personen angeschlossen, die in verschiedenen Städten des Landes ebenfalls in einen unbefristeten Hungerstreik getreten sind.

Die streikenden Frauen erklärten, daß sie wochenlang bei den Behörden vorstellig wurden, um eine Freilassung oder Einreisegenehmigung für ihre emigrierten Ehemänner zu erwirken. Ferner forderten sie die Zulassung freier Gewerkschaften und den Rückzug der Militärs aus den Minengebieten.

Diese Aktionen stehen im Rahmen der insgesamt wachsenden oppositionellen Bewegung. Die Polizei versuchte den Streik durch die Verhaftung von über hundert Streikenden zu zerschlagen.

Lateinamerika-Kommission

Nicaragua: Zur Politik der Sandinistischen Befreiungsfront — Ernesto Cardenal in der BRD

Ernesto Cardenal ist einer der bekanntesten lebenden Dichter Lateinamerikas. Er bekennt sich offen zu seiner Mitgliedschaft in der sandinistischen Befreiungsfront (FSLN), die den bewaffneten Kampf in Nicaragua führt. Im Dezember 77 kam er in die BRD, um auf die Einstellung der BRD-Unterstützung für die Somoza-Diktatur hinzuwirken und die Kämpfe gegen die Diktatur (z.B. auf Veranstaltungen in Berlin und Köln) zu propagieren. In einem Interview mit den „Lateinamerikanachrichten" (Nr.55, 22.12.77) beschreibt er seine Entwicklung vom pazifistischen Priester zum Mitglied in einer bewaffneten Organisation:

„Meine Annäherung an die FSLN vollzog sich als ein gradueller Prozeß. Am Anfang war ich nur für den gewaltlosen Kampf..." bis Vertreter der sandinistischen Befreiungsfront Kontakt zu Cardenal aufnahmen. Es begann *„der Dialog zwischen Marxisten und Christen"*. *„Und ich sagte ihnen, daß ich mit ihren Zielen einverstanden sei, aber nicht mit ihren Methoden. Ich sagte ihnen, daß ich in keiner Weise an ihrem Kampf teilnehmen könne... Mit der Zeit habe ich mich jedoch davon überzeugt, daß in Nicaragua keine andere Form (als der bewaffnete Kampf) gegen Somoza möglich ist."*

Cardenal nahm dann am 2. Russell-Tribunal teil, um über die Verletzung der Menschenrechte in Nicaragua zu berichten.

Zur Politik der FSLN

Außerdem berichtete Cardenal in

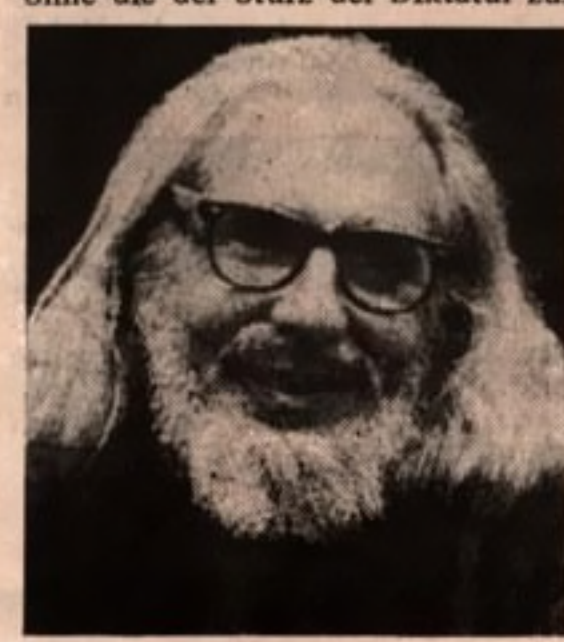


Folter in Nicaragua. Ausländische „Experten" wie der ehemalige Hitler-Jugend-Führer Günther Wagner werden häufig hinzugezogen („Vorwärts", 15.1.77).

Folter in Nicaragua. Ausländische „Experten" wie der ehemalige Hitler-Jugend-Führer Günther Wagner werden häufig hinzugezogen („Vorwärts", 15.1.77).

dem Interview über die Politik der FSLN und den Stand der Kämpfe gegen den Somoza-Clan.

Die FSLN ist demnach in der letzten Zeit stark gewachsen, die Guerillaaktionen wurden über den Norden und das Zentrum des Landes hinaus auf den Süden ausgedehnt. Hauptziel der FSLN, die sich als marxistisch-leninistische Partei begreift, ist zunächst der Sturz der Diktatur und die Errichtung der bürgerlichen Demokratie. Dies aus der Einschätzung heraus, daß die FSLN derzeit noch nicht stark genug ist, um im bewaffneten Kampf gegen die Nationalgarde und gegen die bürgerlichen Kräfte die Macht zu erringen. Ziel ist, den Somoza-Clan zu stürzen und seine Ländereien und Besitztümer zu sozialisieren, ohne anderes Privateigentum zunächst anzutasten. Dies sei die richtige Strategie, weil der Somoza-Clan den Großteil der Ländereien Nicaraguas besitzt, und es direkte imperialistische Besitztümer, US-Plantagen u.ä. in Nicaragua nicht gibt. Die Orientierung auf den Sturz der Somozas erlaube das Zusammen gehen mit den bürgerlichen Kräften, ohne die der Sturz der Diktatur zur



Ernesto Cardenal

Zeit noch nicht möglich sei. Die Errichtung der bürgerlichen Demokratie und damit die Möglichkeit freier Wahlen werde dann die FSLN auf Grund ihrer Verankerung in der Bevölkerung zur stärksten Partei machen und günstigere Voraussetzungen für den Kampf um den Sozialismus schaffen.

Die FSLN hat den bürgerlichen Parteien in diesem Rahmen 5 grundsätzliche Bedingungen für eine Zusammenarbeit gestellt:

- *„Die Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen, um Somoza zu stürzen,*
- *Nationalisierung der Eigentümer von Somoza,*
- *Beendigung der Repression, Amnestie und Rückkehr der Exilierten,*
- *vollkommende Freiheit für die Gewerkschaften, für alle Volksorganisationen und alle politischen Parteien".*

Das Konzept erinnert an den Beginn der kubanischen Revolution, die ihren militärischen Sieg gegen Batistka bekanntlich mit der breitesten Unterstützung aus allen Teilen des Volkes bis in die nationale Bourgeosie hinein errungen hat. Eine wesentliche Rolle spielte dabei, daß der US-Imperialismus das Batistaregime nicht unterstützte, sondern sich von der Ablösung der völlig verhaßten Diktatur eine Stabilisierung der Verhältnisse in Kuba erhofft hatte. Eine ähnliche Tendenz ist zur Zeit im Verhältnis der USA zu Nicaragua sichtbar. Im Rahmen von Carters Menschenrechtskamagne ließ man einige propagandistische Verurteilungen des Somoza-Regimes verlauten, und die Hilfe für Nicaragua wurde gestrichen. Diese Maßnahmen unterscheiden sich aber nicht von der zur Zeit in zahlreichen lateinamerikanischen Ländern betriebenen „Demokratisierungskampagne", deren einziges Ziel ist, die Fassade der faschistischen Regimes neu zu tünchen ohne die bestehende Unterdrückung und wirtschaftliche Ausplünderung auch nur im geringsten anzutasten.

Es ist äußerst zweifelhaft, warum die USA heute gerade in Nicaragua eine tatsächliche „demokratische Öffnung" zulassen sollten, eine demokratische Öffnung, die der revolutionären Linken wie der FSLN eine breite und freie Entfaltung und das Voranschreiten zum Sozialismus erlauben würde.

Wie Cardenal berichtete, ist diese Strategie innerhalb der FSLN auch nicht unumstritten. Leider werden die unterschiedlichen Positionen in dem Interview nur sehr kurz angerissen:

Eine Fraktion habe vertreten, daß der absolute Schwerpunkt der FSLN auf die Massenarbeit in Gewerkschaften und Betrieben, auf die politische Überzeugungsarbeit gelegt werden müsse. Die Aktionen der *„Bauern-Guerilla"* wurden prinzipiell als *„nicht revolutionär"* charakterisiert, weil die Revolution vom Proletariat gemacht werden müsse.

Überzeugungsarbeit gelegt werden müsse. Die Aktionen der *„Bauern-Guerilla"* wurden prinzipiell als *„nicht revolutionär"* charakterisiert, weil die Revolution vom Proletariat gemacht werden müsse.

Diese - vermutlich trotzkistische - Fraktion ist inzwischen aus der FSLN ausgeschlossen worden.

Eine andere, sogenannte „focistische Tendenz" vertritt *„den Guerillakampf in den Bergen, wie in Vietnam, während vieler Jahre. Sie vertreten, daß die Guerilla in den Bergen die Macht übernehmen muß, und sie sind deswegen Feinde jeglicher anderer Aktionen."*

Cardenal sagte in dem Interview zu den Widersprüchen innerhalb der FSLN, warum sollen wir den langen Weg des bewaffneten Kampfes in den Bergen beschreiten, wenn wir über das Bündnis mit den bürgerlichen Kräften und vorerst die Begrenzung auf Sturz und Enteignung der Somozas viel schneller zum Ziel kommen. Zwar betonte er, daß auch nach einer Abschaffung der Diktatur und beim Aufbau der Demokratie die Organisation bewaffnet sein muß, verspricht sich aber den entscheidenden Aufschwung durch die dann vorhandenen legalen Möglichkeiten zur Entwicklung des Sozialismus. Genau an diesem Punkt liegt die Gefahr des ganzen Konzepts, die Gefahr der Illusionen in die demokratische Öffnung nach einem Sturz der Somozas



und die Unterschätzung der Notwendigkeit des langdauernden bewaffneten Kampfes.



Nicaraguas Staatschef Somoza. Über 50% des nationalen Reichtums gehören ihm und seinem Familienclan (Vieh, Kaffee-, Zuckerplantagen, Goldminen, Textilfabriken, Transportunternehmen usw.)

Nicaragua: Letzte Meldung

Einer der prominentesten bürgerlichen Regimegegner in Nicaragua, der Politiker und Publizist Pedro Joaquin Chamorro, wurde am 10.1. 78 durch 18 Schüsse ermordert.

Seine Beerdigung war Anlaß für die größte Demonstration in der Hauptstadt Managua seit zehn Jahren. 30.000 Menschen, rund 15% der Einwohner Managuas, folgten dem Sarg, („Frankfurter Rundschau", 14.1. 78).

Fabriken, Banken, vor allem aus dem Besitz der Somozas und öffentliche Gebäude wurden von Demonstranten in Brand gesteckt. Während der ganzen Nacht wurden Demonstrationen durchgeführt, um gegen die Ermordung Chamorros zu protestieren, insbesondere, weil alles dafür spricht, daß der Somoza-Clan (wie schon in zahlreichen anderen Fällen) für das Attentat verantwortlich ist. Die Regierung hat Truppen in der Hauptstadt eingesetzt und schärfste „Sicherheitsvorkehrungen" angeordnet („Süddeutsche Zeitung", 14.1. und 16.1. 78).

Lateinamerika-Kommission

Gespräch mit einem Genossen des MIR zur „Volksabstimmung"

Frage: Warum habt ihr diesen Hungerstreik durchgeführt?

Antwort: *„Diese Aktion wird durchgeführt von einem Hungerstreik-Komitee, in dem alle Parteien der chilenischen Linken beteiligt sind. Es soll eine Demonstration sein gegen die Maskerade der Volksabstimmung, für die Menschenrechte und das Recht der Chilenen, in ihre Heimat zurückkehren zu können.*

Wir meinen, daß heute eine demokratische Volksabstimmung nicht möglich ist, wo die minimalen Rechte, wie Menschenrechte und demokratische Rechte nicht existieren.

Wir sind prinzipiell gegen dieses Referendum, weil wir uns nicht an einem Streit innerhalb der Junta und der bürgerlichen Kräfte beteiligen, um uns dadurch im Spiel innerhalb der Bourgeoisie benutzen zu lassen.

Frage: Wie haben sich die Oppositionellen Kräfte zum Referendum verhalten?

Antwort: *„Die revolutionäre Linke und die konsequenten Kräfte der UP haben „Nein" zum Referendum gesagt, d.h. Wahlboykott (MIR, PS-Linke, Regionalkoordinationskomitees der PS, MAPU).*

Die KP war bis zm 31.12. für Boykott, ihr Generalsekretär Luis Corvalan hat danach allerdings gesagt, daß sie im Prinzip für Boykott sind, aber daß diejenigen, die sich nicht enthalten können oder wollen, mit „Nein" stimmen sollen."

Frage: Unter welchen Bedingungen fand dieses Referendum statt und wie hat die Linke eingegriffen?

Antwort: *„Schon von Oktober bis Dezember hat die Junta eine Offensive gegen den MIR begonnen, bei der der Journalist Augusto Carmona ermordet wurde.*

Zum Referendum hat der MIR die legalen und illegalen Formen des Widerstandes ausgenutzt. Anläßlich des Hungerstreiks der Angehörigen von verschwundenen politischen Gefangenen, haben Demonstrationen stattgefunden und wurden Flugblätter verteilt. Bei diesen Aktionen wurden sehr viele Leute verhaftet, etwa 20 pro Tag.

Ein Propaganda-Kommando des MIR konnte den Rundfunksender von Radio Santiago für eine Minute besetzen und über den Sender wurde von einer Genossin ein Aufruf gegen die Volksabstimmungsfarce verlesen."

Frage: Wie sieht im Moment der Widerstand gegen die Junta aus?

Antwort: *„Im Moment glauben wir, daß in Chile der Anfang einer neuen Lage zu erkennen ist, wo die Widersprüche innerhalb der Junta gewachsen sind. Es gibt Möglichkeiten für den Widerstand, diese Widersprüche auszunutzen und durch die Einheit an der Basis den Widerstand zu reaktivieren. Wir meinen nicht, daß die Junta schon zerbrochen ist, sondern es gibt jetzt gute Möglichkeiten den Widerstand zu reaktivieren.*

Die Junta hat einen Teil ihres Projektes zur Konsolidierung ihrer Politik fast erreicht und Pinochet will jetzt den zweiten Teil, die Institutionalisierung dieser Regierung, die Maskerade einer Demokratie einleiten. Im Kontext dieser Entwicklung eines politischen Projektes gibt es Widersprüche innerhalb der Junta, die aber nur taktische Differenzen beinhalten.

Leighs (Chef der Luftwaffe) Begründung gegen das Referendum lautet: Das Volk hat sich 1973 gegen den Marxismus ausgesprochen und die Streitkräfte beauftragt, für die Zustände zu sorgen, die im Moment herrschen.

Leon Merino (Chef der Marine) hat gegen dieses Referendum geschossen, aber einen Tag vorher hat er dem Haushalt zugestimmt. Die Notwendigkeit einer Institutionalisierung ist auf den Einfluß der imperialistischen Kräfte zurückzuführen. Für die Menschenrechtspolitik von Carter wird nicht unbedingt die PDC (Christdemokratie) gebraucht, sondern eine neue Fassade ohne Einbeziehung der traditionellen Parteien."

Ein Genosse des KB/Westberlin



Aus Anlaß der Fußballweltmeisterschaft in Argentinien hat die CADHU, die argentinische Menschenrechtskommission, zu einer möglichst breiten und umfassenden Kampagne in der BRD aufgerufen, die unter folgenden gemeinsamen Forderungen durchgeführt werden soll:

- Ausreise für alle politischen Gefangenen in Argentinien, denen die Junta die Ausreise gestatten würde, wenn ein Land sie aufnimmt.
- Befreiuung aller in ausländischen Botschaften in Buenos Aires festgehaltenen Flüchtlinge.
- Veröffentlichung einer vollständigen Liste aller politischen Gefangenen durch die argentinische Regierung.
- Internationale Untersuchung aller argentinischen Gefängnisse und KZ's.

Das COSAL Hamburg (Komitee zur Solidarität mit Argentinien und Lateinamerika) schlägt eine Erweiterung der Forderungen vor:

- Keine Waffenlieferungen an die Argentinische Regierung!
- Keine Kredite an die Argentinische Regierung!

(Wir werden im nächsten AK mit einer ausführlichen Berichterstattung zu Argentinien und Stellungnahmen beginnen).



asien



Die Kämpfe zwischen Vietnam und Kambodscha dauern an

Nachdem die kambodschanische Regierung Ende letzten Jahres die vietnamesische Armee einer *„systematischen Invasion großen Ausmaßes"* in Kambodscha beschuldigt hatte, *„bei der sie sich als 'Großmacht' in Südostasien aufspielt, in einer Weise die der von Hitler ähnelt, als er 1939 die Tschechoslowakei überfiel"*, hat die vietnamesische Regierung diese Anschuldigungen entschieden zurückgewiesen (Zitate aus einer „Erklärung der kambodschanischen Regierung" vom 31.12.77).

Original-Quellen liegen uns dazu vor, aus denen wir im Folgenden zitieren. Die Erklärung der vietnamesischen Regierung (vom 31.12.77) geht zuerst ein auf die *„große Freundschaft"* zwischen Vietnam und Kambodscha, die *„durch den fast ein Jahrhundert andauernden Kampf gegen den Kolonialismus entstanden"* ist. *„In bezug auf die Frage der Grenzen zwischen Vietnam und Kampuchea und ihrer Territorien strebt die Sozialistische Republik Vietnam eine Lösung mit dem Demokratischen Kampuchea auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integität an. Gleichzeitig sollen die Solidarität und die brüderliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern weiter gefestigt und entwickelt und damit eine dauerhafte Freundschaftsgrenze zwischen Vietnam und Kampuchea auf der Basis der Gleichberechtigkeit und Vernunft errichtet werden. ... Es ist aber sehr bedauerlich feststellen zu müssen, daß sich die Lage der Grenze durch Kampucheas Vorgehen immer weiter zuspitzt und dadurch die Beziehungen zwischen beiden Ländern ernsthaft verschlechtert werden.*

Bereits Anfang Mai 1975 (also nach der Befreiung! Anm. AK) *griffen die bewaffneten Streikräfte Kampucheas die Inseln Phu Quoc und Tho Chu an und dabei wurden mehr als 500 Einwohner weggeschleppt. ...Im Dezember 1975 besetzten die bewaffneten Streitkräfte Kampucheas widerrechtlich Teile des Hoheitsgebiets Vietnams im Raum von Gia Lai, Kontum und Dac Lac. Die Lage ist dadurch besonders gefährlich geworden, daß Kampuchea seit April 1977 bis jetzt eine sehr große Anzahl von Bewaffneten, insgesamt mehrere Divisionen, von großen Ferngeschützen und Granatwerfern vom Territorium Kampucheas aus unterstützt, zum mehrmaligen und gleichzeitigen Angriff auf fast sämtliche Hoheitsgebiete Vietnams im Raum von Ha Thien bis Tay Ninh eingesetzt."*

Auf einer Pressekonferenz legte die Presse- und Informationsabteilung des vietnamesischen Außenministeriums am 6.1. in Hanoi dafür konkrete Beweise vor: U.a. eine Fotoserie über zerstörte Dörfer und getötete Vietnamesen, ein kambodschanisches Flugblatt, in dem dreist erklärt wird, *„das Territorium Kampucheas ... erstreckt sich bis Saigon"* (aus der Dokumentation der vietnamesischen Regierung, nach „SWB", 9.1.78) sowie Aussagen gefangengenommener kambodschanischer Soldaten.

Bestätigt wurden die Übergriffe Kambodschas auf vietnamesisches Grenzgebiet durch eine Delegation des Weltfriedensrates, die sich an Ort und Stelle ein Bild machen konnte. Delegationsleiter Chandra erklärte, daß *„in der Tay Ninh-Provinz die WPC-Delegation Beweise für die Angriffe und kambodschanischen Infiltrationen gesehen habe. ... Sie hätten Opfer und Hinterbliebene ... von extrem grausamen Massakern an unschuldigen vietnamesischen Bürgern in verschiedenen Orten ... der Provinz getroffen"* („SWB", 11.1.78).

Die Regierung und die Kommunistische Partei Vietnams halten nach wie vor an der Linie fest, den Grenzkonflikt durch Verhandlungen zu lösen. Das hatte die Regierung in ihrer ersten Stellungnahme (vom 31.12.77) ausdrücklich betont, und das hob auch Premierminister Pham Van Dong in einem Interview mit der vietnamesischen Nachrichtenagentur (vom 4.1.78) hervor: *„Verhandlungen über die Grenzsache sind jetzt eine dringende Forderung. Mit unserer Entschlossenheit, die große Freundschaft zwischen den beiden Nationen zu bewahren, und unserem guten Willen und Wunsch, zusammen eine Grenze dauernder Freundschaft aufzubauen im Interesse der Sicherung der Unabhängigkeit und des friedlichen Aufbaus jedes Landes, sind wir vorbereitet, uns ohne Verzug mit Kambodscha am Konferenztisch zusammenzusetzen, auf jeder Ebene, mit dem Ziel, die Grenzfrage zwischen den beiden Ländern zu lösen"* (VNA, 4.1.78).

Demgegenüber werden die Stellungnahmen Kambodschas immer unglaubwürdiger – und nehmen immer deutlicher den Charakter einer Verleumdungs- und Propagandakampagne an. Bewiesen wurde bisher nichts. So meldete Radio Phnom Penh am 6.1. : *„An allen Kampffronten haben unsere heroischen revolutionären kambodschanischen Streitkräfte ... starke offensive Angriffe auf die Reste (?) der annektionistischen vietnamesischen Aggressoren durchgeführt, um sie von unserem geliebten kambodschanischen Territorium zu schmettern. Insgesamt haben wir 29.000 Feinde getötet oder verwundet. 5 Divisionen wurden vollständig zerschlagen."* Meldungen dieser Art wiederholten sich täglich (*„unsere heroische revolutionäre Armee fährt fort, die feindlichen Aggressoren niederzuschlagen"*, Radio Phnom Penh, 14.1.78) und steigerten sich noch.

Aus kambodschanischen Stellungnahmen wurde von Anfang an deutlich, daß es den Initiatoren dieser Kampagne um weit mehr als „nur" einen Grenzkonflikt geht. Bekannt ist der Vorwurf der Großmachtpolitik Vietnams, das Kambodscha in eine Indochina-Föderation zwingen wolle. Danach trachtet Vietnam *„von Generation zu Generation, seit der Zeit des Kampfes gegen die französischen Kolonialisten"* danach, Kambodscha zu annektieren. *„Vietnam hat seinen Kadern und der Armee eingebleut, daß Kambodscha ein Teil der ‚Indochinesischen Föderation' werden muß, weil Vietnam sonst keine Großmacht in Südostasien sein kann"* (aus der Erklärung vom 31.12.77, die uns erst jetzt vollständig vorliegt). *„Seit vielen Dutzenden von Jahren (!) hat Vietnam immer Druck und Unterdrückung ausgeübt und provokatorische Aktivitäten gegen Kambodscha durchgeführt, um nicht zu erlauben, daß es in voller Unabhängigkeit und Souveränität lebt"* (ebenda).

„Theoretisch" wird der Sozialistischen Republik Vietnam vorgeworfen, sie vertrete eine These der *„begrenzten Souveränität"*, die besage, daß *„kleine Länder wie Kambodscha nicht als unabhängige Staaten existieren können, sondern Satelliten einer größeren Macht werden müssen"* (Radio Phnom Penh, „Kambodscha lehnt Vietnams These der imperialistischen Macht ab", 14.1.78). Die Urheber dieser Behauptung tun gut daran, auf einen Beleg für diesen blühenden Unsinn zu verzichten, denn den gibt es natürlich nicht.

Eindeutig b e w e i s b a r ist, daß sich die vietnamesischen Genossen in der Vergangenheit immer für volle Souveränität und Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der drei Befreiungsbewegungen (Kambodschas, Laos und Vietnams) eingesetzt haben. So ist die DR-Vietnam auf der Genfer Konferenz 1954 und in der ganzen folgenden Geschichte der Indochina-Verhandlungen dafür eingetreten, daß die Khmer-Rouge und die Pathet Lao als gleichberechtigte Verhandlungspartner zugelassen werden, und daß die einzelnen Befreiungsbewegungen für ihre Länder selber sprechen (s. dazu u.a. "China aktuell", 4/73).

Die antiimperialistische und brüderliche Haltung Vietnams und seine praktische Unterstützung der indochinesischen Revolution wußten kambodschanische Genossen bisher stets zu würdigen. *„Unser Sieg ... wäre nicht so groß ohne die Unterstützung durch die Vietnamesische Arbeiterpartei, der Armee und des Volkes von Vietnam ..."* (aus einer Rede einer kamboschanischen Delegation, Hanoi 1975). Das ZK der kambodschanischen KP hob in einem Telegramm vom 30.1.1975 an das ZK der Partei der Werktätigen Vietnams hervor: *„Die Kommunistische Partei Kampucheas, das Volk Kampucheas und die Partei der Werktätigen Vietnams, das vietnamesische Volk haben durch eigenes Fleisch und Blut ihre unverbrüchliche Kampfsolidarität und die brüderliche Freundschaft miteinander geschaffen"* (aus der Erklärung der Regierung Vietnams vom 31.12.77). Diese Bezeugungen der Solidarität, Brüderlichkeit und Freundschaft sind von uns aus vielen gleichlautenden Stellungnahmen herausgegriffen worden. – Wer lügt also? Und warum? Weshalb solche Dankesbezeugungen, wenn Vietnam „seit Jahr und Tag" danach trachtet, sich Kambodscha einzuverleiben?

Vollends unglaubwürdig wird die Haltung Kambodschas, wenn Vietnam vorgeworfen wird – natürlich wieder bar jeden Beweises –, es hätte eine Marionettenarmee in Kambodscha aufbauen, einen Putsch organisieren und die Macht in Kambodscha an sich reißen wollen. So behauptet die Erklärung der kambodschanischen Regierung vom 31.12.77: *„Vietnam organisierte im Geheimen Ganoven, um eine kambodschanische Armee als Instrument der Vietnamesen auf kambodschanischem Territorium aufzubauen, um eine neue Partei aufzubauen und die KP Kambodschas zu zerschlagen, ... um sie als vietnamesisches Instrument gegen die revolutionäre Macht in Kambodscha einzusetzen."*

In anderen offiziellen Stellungnahmen wird von Vietnam das Bild eines Unterdrückerstaates gezeichnet. Danach habe die vietnamesische Armee *„strategische Camps wie die US-Imperialisten"* aufgebaut (Erklärung des „kambodschanischen Informationsministers" vom 6.1.78). „Strategische Camps" waren die amerikanischen Konzentrationslager in Indochina!...

Angeblich sind die Vietnamesen gegen ihre Kommunistische Partei und Regierung. Sie müssen hungern. *„Dadurch wurden sie gezungen, sich soweit zu erniedrigen, daß sie jeden, auch die Imperialisten, anbetteln"* („SWB", 4.1.78).

Das kann sich nur darauf beziehen, daß Vietnam die von den US-Imperialisten zugesicherte Wiederaufbauhilfe mehrfach angemahnt und bis heute noch nicht bekommen hat!... Der Bogen zu den „Grenzzwischenfällen" ist dann auch schnell gespannt. Denn, wie die kambodschanische Regierung (am 31.12.77) erklärte, wird den Soldaten eingebleut: *„Wenn du nicht nach Kambodscha gehst und kämpfst, wirst du verhungern. Wenn du gehst und ihren Reis nimmst, hast du eine Überlebenschance"*!

Absolut unklar bleibt, was diese absurden, unbewiesenen Anschuldigungen von kambodschanischer Seite noch mit gut nachbarlichen Beziehungen zwischen zwei befreundeten Staaten oder gar mit den Prinzipien s o z i a l i s t i s c h e r Außenpolitik zu tun haben sollen.

Darüber hinaus muß die ausdrückliche Weigerung Kambodschas, den „Grenzkonflikt" auf dem Wege der Verhandlungen beilegen zu wollen, als ein ernstes Zeichen gewertet werden.

Vietnam — Vasall des „Sozialimperialismus"?

Als aktuell neueste Variante taucht jetzt unmißverständlich die Position auf, daß hinter dem Konflikt die Sowjetunion stehe. *„In einem Kommentar (Aus Hsinhua, Red.) heißt es, Moskau habe den Konflikt ausgelöst, weil es Südostasien unter seinen Einfluß bringen wolle. Jetzt gieße die Sowjetunion noch Öl ins Feuer"* („SZ", 21.1.78). Und die SU versuche mit *„unglaublichen Erfindungen und erbärmlichen Lügen"* („FR", 21.1.78) von dem Versuch abzulenken *„sich des revolutionären, sozialistischen und demokratischen Kambodscha zu entledigen"* („FR", 21.1.78). Damit ist die Katze aus dem Sack, entsprechend dieser unhaltbaren Vorwürfe wäre Vietnam nur noch ein von Moskau befehligter Vasall – der stellvertretend für die SU Kambodscha annektieren will. Bereits bevor die VR China offen diese Position vertrat, meldete Kambodscha „sozialimperialistisches Eingreifen". So wurden angeblich „russisch sprechende Europäer" gesichtet, „russischer Funkverkehr" gemeldet. Schon am 31.12.77 behaupteten die kambodschanischen Führer: *„Während der vietnamesischen Invasion ... waren Ausländer als Berater, Experten oder Kommandeure in Artillerieeinheiten und Panzerwagen ... dabei"* (Erklärung Kambodschas vom 31.12.77). Danach kamen dann die „Enthüllungen" über den „russischen Funkverkehr" etc.

In Vietnam gibt es jedoch keine ausländischen Militärberater etc. Wozu auch, die vietnamesische Armee hat selber genug fähige Kämpfer...

Asien-Australien-Kommission

Arbeiterkämpfe gegen Reaktion und Hungerlohn

Die gegenwärtige politische Situation in Indien ist gekennzeichnet durch eine stetig anwachsende Welle von Streiks und anderen sozialen Kämpfen. Die Entwicklung der Streikbewegung hatte unmittelbar nach dem Ende des Ausnahmezustandes vor fast einem Jahr eingesetzt.

Allein im Bundesstaat Maharashtra stehen seit Mitte Dezember rund eine Million Arbeiter und Angestellte der öffentlichen Verwaltung in einem unbefristeten Streik. Sie fordern die Angleichung ihrer Löhne an die der Bundesbeamten. Die Landesregierung verweigert bislang jegliche Verhandlung mit den streikenden Kollegen. Ebenfalls für höhere Löhne streiken auch die Dockarbeiter von Bombay, der Hauptstadt Maharashtras („Neue Zürcher Zeitung", 22.12.77).

Im Bundesstaat Uttar Pradesh stehen die Grundschullehrer seit einigen Wochen im Streik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Aus Solidarität damit fand am 2. Januar in ganz Indien ein nationaler Protesttag statt. Ein zweiter nationaler Protesttag ist für den 9.2.78 geplant. Die Landesregierung von Uttar Pradesh hat die Entlassung aller Streikenden angedroht. Ende Dezember fand ein nationaler Streik der Bankangestellten statt, an dem sich rund 40 000 Kollegen, davon allein 15 000 in Neu Delhi, beteiligten.

Alle Sektoren der Wirtschaft sind von der Streikbewegung mittlerweile erfaßt worden. Unmittelbar nach dem Ende des Ausnahmezustandes ging es den Arbeitern hauptsächlich um die Wiederherstellung ihrer betrieblichen Rechte, die ihnen unter der Gandhi-Diktatur genommen worden waren. Ihre demokratischen Freiheiten hatte die Desai-Regierung ihnen bereits formal weitgehend wieder zugestanden. Die zentralen Forderungen der damals vorwiegend betriebsbezogen geführten Kämpfen waren die Wiedereinstellung der unter dem Ausnahmezustand entlassenen Kollegen, die Freilassung von in den Gefängnissen befindlichen Kollegen, die Entfernung bestimmter Direktoren aus den Betrieben und die Wiederherstellung der alten materiellen Rechte der Arbeiter wie z.B. Wiedereinführung der betriebsüblichen Lohnzuschläge.

Diese Kämpfe werden von den Arbeitern mit erbitterter Militanz geführt. Sie haben sich dabei zu wehren gegen eine bestimmte Art von Werkschutz, der in indischen Betrieben üblich ist. Das sind speziell für die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Aktivitäten in den Betrieben angeheuerte Schlägerbanden („goondas"), die sogar vor Mord und Totschlag nicht zurückschrecken. Sie sind in der Regel mit Schußwaffen ausgerüstet und werden von der Polizei toleriert.

Die „goondas" spielen bei Arbeitskämpfen häufig die Rolle von Provokateuren, die einen Vorwand für das Eingreifen der Polizei schaffen. Ein Beispiel dafür ist der Streik bei der Werkzeugmaschinenfabrik „Harig India" im letzten September. Die Arbeiter hatten damals einen dreitägigen Streik durchgeführt, für den sie einen ganzen Wochenlohn abgezogen bekamen. Sie traten daraufhin erneut in einen unbefristeten Streik und belagerten das Fabrikgelände. Plötzlich eröffnete der Werkschutz von den Dächern der Fabrik aus das Feuer auf die am Werkstor versammelten Arbeiter, worauf diese die Fabrik zu stürmen begannen. Das war das Zeichen für das Eingreifen der Polizei. Allerdings wurde diese damals in einer offenen Straßenschlacht von mehreren Tausend Menschen zurückgekämpft, die sich mit den 128 Kollegen von „Harig" solidatisiert hatten! Es gab damals auf Seiten der Arbeiter zwei Tote und zahlreiche Verletzte („EPW", 17.9.77). Ein anderes Beispiel ist der Arbeitskampf in einer Baumwollfabrik in Kanpur im vergangenen Dezember. Dort forderten die Arbeiter ihren für sechs Wochen ausstehenden Lohn. Sie hatten die Fabrik besetzt und zwei leitende Angestellte eingesperrt. Die Polizei erschien und erschoß fünf Arbeiter. Die beiden leitenden Angestellten *„kamen dann ebenfalls ums Leben"* („Neue Zürcher Zeitung",10.12.77)...

Die zunehmende Militanz in den Kämpfen der indischen Arbeiterklasse ist ein Ausdruck der Erbitterung, mit der sie auf den kapitalistischen Terror in den Betrieben reagieren. Zudem wird die Höhe der Löhne immer mehr zu einer Existenzfrage für viele Arbeiter und deren Familien. So stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel seit dem Amtsantritt der Desai-Regierung um weit mehr als 50%, nach offiziellen Angaben beträgt der allgemeine durchschnittliche Preisanstieg im Monat 1,8% („Spiegel", 10.10.77). Das entspricht, auf das Jahr umgerechnet, einer offiziell zugegebenen Preissteigerungsrate von über 20%, Tendenz steigend. Angesichts der von Massenelend gekennzeichneten Lebenslage der indischen Arbeiterklasse ist der Kampf für höhere Löhne auch ein Kampf ums Überleben, zumal Zentral- und Landesregierungen in den staatlich kontrollierten Wirtschaftssektoren trotz des Preisanstiegs eine Politik des Lohnstops durchzusetzen versuchen. Sie versuchen dabei, Industriearbeiter und Landarbeiter gegeneinander auszuspielen. *„Wie Indira Gandhi, so versuchen auch die Führer der Janata-Partei zu beweisen, daß die höheren Löhne der organisierten Industriearbeiterschaft verantwortlich sind für die niedrigeren Löhne der unorganisierten Landarbeiter"* („Economic and Political Weekly", 7.1.78).

Doch auf einer nationalen Versammlung der Gewerkschaften im öffentlichen Sektor Ende Dezember in Hyderabad wurde diese demagogische Behauptung in einer Resolution zurückgewiesen: *„Die höheren Löhne, die die organisierte Arbeiterklasse durch ihre Kämpfe erzwingen konnte , haben nichts mit den entsetzlich niedrigen Löhnen der Landarbeiter zu tun, und das Einfrieren ihrer Löhne kann und wird nicht zu einer Erhöhung der Löhne der Landarbeiter führen. Der einzige Weg, um ein besseres Leben für Landarbeiter zu sichern, ist, sie im Kampf für höhere Löhne zu organisieren und das ganze Volk im Kampf gegen das Großgrundbesitzertum"* (zit.nach „EPW",7.1.78). Entsprechend wird von den (fortschrittlichen) Industriegewerkschaften auch die Forderung vertreten: *„Das Land dem, der es bebaut"*. Ein Höhepunkt des gewerkschaftlichen Kampfes gegen den staatlich verordneten Lohnstop war der 20. Jan., der von den Gewerkschaften zum „Anti-Lohnstop-Tag" erklärt wurde. An diesem Tage haben die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors einen eintägigen Streik durchgeführt, der auch von anderen Gewerkschaften unterstützt wurde.

Asien-Australien-Kommission



Französische Intervention in der Westsahara

Der französische Imperialismus hat zu dem Mittel der direkten militärischen Intervention gegriffen, nachdem seine Statthalter – und ehemaligen Kolonien – in Nord-Westafrika (Marokko und Mauretanien) sich zunehmend als unfähig erwiesen hatten, den Befreiungskampf des sahaurischen Volkes niederzuschlagen (DIe Westsahara wurde 1975 unter Marokko und Mauretanien „aufgeteilt"). Die Bombardements gegen Einheiten der sahaurischen Volksbefreiungsarmee der F.Polisario durch französische Militärflugzeuge sind ein weiterer Höhepunkt der aggressiven Militärstrategie Frankreichs in Afrika, welche bereits im Eingriff Frankreichs auf Seiten des Mobutu-Regimes (Zaire) bei der Niederschlagung des Aufstandes der Provinz Shaba im letzten Jahr deutlich wurde. Der französische Imperialismus, der seine zahlreichen ehemaligen Kolonien in Westafrika in die formelle „Unabhängigkeit" entlassen hat (z.B. Tschad, Niger, Senegal, Marokko, Mauretanien, Mali, etc.), hat dort lediglich reaktionäre Marionettenregierungen zugelassen, die nach wie vor wirtschaftlich, politisch und militärisch von Frankreich abhängig sind. Nur wenigen dieser Länder gelang es, einen antiimperialistischen , relativ eigenständigen Kurs zu verfolgen, wie z.B. Guinea-Conacry, Benin und Algerien. Insbesondere der bewaffnete Befreiungskampf des ehemals unter spanischer Kolonialverwaltung stehenden Volkes der Westsahara könnte langfristig zu einer Destabilisierung des französischen Einflußgebietes in Westafrika, vor allem in den Maghreb-Staaten führen.

Durch die Bombardierung der sahaurischen Befreiungsarmee hat der französische Imperialismus demonstriert, daß er entschlossen ist, seine Herrschaft in Westafrika auch durch die Entfesselung eines neuen Kolonialkrieges aufrechtzuerhalten. Der französische Imperialismus ist in seinen Einflußgebieten zu einer allseitigen Offensive übergegangen, mit dem Ziel, den Befreiungsbewegungen in dieser Region den Garaus zu machen und die fortschrittlichen Länder, insbesondere Algerien, das ein zuverlässiger Bündnispartner der F.Polisario ist, in die Knie zu zwingen. Die Drohungen gegenüber Algerien nehmen inzwischen offen kriegerischen Charakter an. Die französische Regierung hatte, um ihr direktes militärisches Eingreifen gegen die F.Polisario in Frankreich selbst zu legitimieren, eine chauvinistische Hetze um acht französische Kriegsgefangene inszeniert, die sich seit mehreren Monaten in sahaurischer Gefangenschaft befanden. Giscard d'Estaing forderte ultimativ die Herausgabe der „Geiseln" und versuchte die nationalistischen Ressentiments des französischen Kleinbürgertums aufzustacheln. Die Schmierenkomödie um die „Geiseln" wurde jedoch dank des politischen Vorgehens der F.Polisario zu einem Bumerang für Giscard d'Estaing.

Die französische Regierung gab am 14./15. Dezember einen Vorgeschmack auf das, worauf sie schon seit Monaten die französische Öffentlichkeit vorbereitet hatte: eine direkte und massive Intervention im Konflikt um die Westsahara. Die Befreiungsbewegung der Westsahara – die Frente Polisario – gab in einem Kommunique bekannt, daß eine ihrer Kolonnen, die sich auf dem Rückzug von einer Aktion in Mauretanien befand, von einem Geschwader französischer Jagdbomber vom Typ „Jaguar" (insgesamt 24!), sowie von vier Bombern des Typs „Breguet Atlantic" mit Maschinengewehrfeuer belegt sowie mit Napalm- und Phosphorbomben angegriffen wurde.

Bei diesem Überfall wurden viele sahaurische Kämpfer, als auch etwa 50 mauretanische Gefangene getötet („El Pais", 20.12.77 und „Neue Züricher Zeitung" – „NZZ" – ,21.12. 77). Die Verluste der F.Polisario waren nach eigener Mitteilung die schwersten, die sie bei einer einzelnen Auseinandersetzung bisher gehabt hat („Le Monde", 20.12.77). Die F.Polisario wies darauf hin, daß dieser Überfall einen Tag nach der offiziellen Bekanntgabe der F.Polisario durchgeführt wurde, die französischen Kriegsgefangenen bedingungslos freizulassen.

Diesem massiven französischen Luftangriff war bereits am 12.2. der Angriff einer Gruppe französischer „Jaguar"-Bomber und mauretanischer Flugzeuge vom Typ „Defendre" vorausgegangen, bei dem drei Sahauris und mehrere mauretanische Gefangene getötet worden waren. Dieser Überfall geschah nach einem Angriff der F.Polisario auf die mauretanische Garnison Bu Lanuar, als die Polisario-Armee sich bereits auf dem Rückzug befand. Die Polisario gab bekannt, daß ein „Jaguar"-Bomber schwer getroffen wurde und später abstürzte („El Pais", 13.12. 77).

Am 18.12. – also etwa eine Woche nach der Ankündigung, die Geiseln freizulassen – gab die Polisario einen weiteren „Jaguar"-Angriff auf eine ihrer Kolonnen bekannt. Bei diesem Angriff wurden 153 Menschen getötet, davon 15 sahaurische Kämpfer. Zwei Lastwagen mit mauretanischen Gefangenen wurden total zerschossen. Bei diesem neuerlichen Überfall waren die Kämpfer der sahaurischen Befreiungsfront besser vorbereitet und konnten einen zweiten „Jaguar"-Bomber so schwer beschädigen, daß er noch auf dem Gebiet der Westsahara abstürzte und drei weitere – deren Kennzeichen von der Polisario bekanntgegeben wurden – auf dem Flugplatz von Nouadhibou (Mauretanien) erst wieder repariert werden mußten („Le Monde", 24.12.77).





Die französischen Gefangenen der F. POLISARIO

Die französischen Gefangenen der F. POLISARIO

Während der französische Außenminister zunächst die von der Polisario bekanntgegebenen französischen Bombardements als „Augenwischerei" bezeichnete, bestätigte Guiringaud am 23.12. das militärische Eingreifen Frankreichs: *„Die in Mauretanien befindlichen Franzosen werden von den Behörden und Streitkräften Mauretaniens unterstützt. Falls nötig, werden wir ihnen Unterstützung leisten. Wir haben das getan und sind bereit, es wieder zu tun"* („Süddeutsche Zeitung" – „SZ" –, 27.12.77).

Die Unterstützung eines Regimes bei seinen militärischen Aufgaben war schon immer eine Umschreibung für die direkte Teilnahme imperialistischer Staaten auf der Seite des „Unterstützten". Beispielhaft sei hier auf die „Unterstützung" des US-Imperialismus für die Marionette Thieu im Vietnamkrieg verwiesen, bei der Südvietnam lediglich die Rolle einer Militärbasis für den amerikanischen Völkermordkrieg spielte. Im Falle des französischen Imperialismus liegen die Dinge so, daß Mauretanien – das schwächste Glied in der Kette reaktionärer Länder in dieser Region – praktisch zum Aufmarschgebiet des französischen Imperialismus und seiner Verbündeten geworden ist. Mauretanien ist seit dem „Beistandspakt" mit dem „stabileren" Marokko vom letzten Jahr von dessen Truppen faktisch besetzt (Anfang 78 wurden die marokkanischen Truppen in Mauretanien um 600 auf 6.000 insgesamt erhöht – „SZ", 4.1.78). Überdies hat das reaktionäre Regime des Senegal kürzlich Gebietsansprüche an Mauretanien gestellt. Nach Einschätzung der F.Polisario besteht ein Plan, Mauretanien unter Marokko und Senegal aufzuteilen. Das mauretanische Eisenerzzentrum Zouerat blieb auch nach der „Nationalisierung" unter französischer Direktion und wurde von französischen „Technikern" und Militärfachleuten zu einem militärischen Zentrum ausgebaut. Dies beweist, daß die „Unabhängigkeit" Mauretaniens nur auf dem Papier steht und vom französischen Imperialismus nach Belieben manipuliert wird. Und diese Zusammenhänge belegen u.a. vollauf die Berechtigung und Notwendigkeit militärischer Aktionen der F.Polisario gegen mauretanisch-französisch-marokkanische Aggressionszentren. Sechs der acht französischen „Techniker" wurden bei einem Polisario-Angriff auf Zouerat gefangen genommen und wurden vollkommen zurecht von der F.Polisario als Kriegsgefangene betrachtet.

Geiseltheater wurde zum Eigentor

Die F.Polisario hat durch die Freilassung ihrer französischen Gefangenen bewiesen, daß die Brutalität und Menschenverachtung allein auf der Seite der französischen Regierung liegt. Sie hat die Freilassung durchgeführt, obwohl – wie bereits geschildert – die blutigsten Überfälle der französischen Luftwaffe auf sahaurische Kämpfer n a c h der offiziellen Bekanntgabe der Freilassung gefahren wurden. Daß die „Geiseln" nur ein Vorwand – und dazu ein schlechter für die militärische Offensive Frankreichs waren, wird auch daran deutlich, daß Frankreich die Verhandlungen über deren Freilassung trotz der Bereitschaft der F. Polisario zu weiteren Gesprächen, einseitig einstellte („Sahara Libre", 22.12.77).

Bei der Übergabe der französischen Gefangenen am 23.12. in Algier an UNO-Generalsekretär Waldheim betonte die F. Polisario, daß es sich um eine einseitige Geste ihrerseits handle, die als ein Beweis der Freundschaft mit dem französischen Volk interpretiert werden müsse und als Antwort auf den „Aufruf der demokratischen Kräfte Frankreichs" („El Pais", 24.12.). Der Hinweis auf die „demokratischen Kräfte Frankreichs" bezieht sich auf die Intervention des französischen KP-Chefs Marchais, der schließlich die Verhandlungen mit der französischen Regierung zur Freilassung der französischen Gefangenen führte. Die PCF unterstützt schon seit längerem solidarisch den sahaurischen Befreiungskampf und war von daher, nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der französischen Regierung, ein akzeptabler Partner der F. Polisario. Marchais hat seine Rolle natürlich als Revisionist und nicht als Revolutionär gespielt, d.h. er hat zu keinem Zeitpunkt die Demagogie der Giscard-Regierung entlarvt, die stets von „Geiseln" sprach, die widerrechtlich festgehalten würden. Marchais hat nicht – wie es korrekt gewesen wäre – im Gegensatz dazu von Kriegsgefangenen gesprochen. Er konnte sich durch seine Intervention vor dem französischen Kleinbürgertum als Befreier und Held aufspielen, was sicher im Hinblick auf die anstehenden Wahlen nicht ganz bedeutungslos sein dürfte.

Was die „Geiseln" selbst anbetrifft, so konnte die französische Regierung ihre Gefangenschaft bei den „Wüstenräubern" nicht in der erwar-

Fortsetzung auf Seite 51

Spanische Fischer: »Es lebe die POLISARIO!«

Am 14.11.77 hatte ein Kommando der saharauischen Befreiungsarmee ein spanisches Fischerboot gekapert, das in den Gewässern der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara" (DARS) gefischt hatte. Vierzehn Tage später übergab die F. Polisario die drei dabei gefangenen kanarischen Fischer einer Delegation verschiedener spanischer linker Parteien, die sich aus Mitgliedern der „Comisiones Obreras", der katalanischen KP, der PSP sowie der MC und PTE zusammensetzte.

Die F. Polisario lehnte Verhandlungen mit der rechten spanischen Regierung ab, welche bekanntlich in großem Umfang Waffen an Marokko und Mauretanien liefert.

Die drei freigelassenen Fischer gaben begeisterte Stellungnahmen zum Kampf des saharauischen Volkes ab:

„Wir haben nie das Gefühl gehabt, entführt zu sein. Wir waren frei und haben mit den Chefs der POLISARIO gelebt, die uns wie Brüder behandelt haben ... nach dem, was wir gesehen haben, leben die Leute dort ziemlich schlecht. Wir haben viele hungrige Kinder gesehen, die überall herumlagen. Wir fühlten uns mit ihnen solidarisch." („DEIA", 29.11.77). Die Fischer sagten, sie selbst hätten besser gegessen als zu Hause, und wenn sie gewußt hätten, daß sie in den Gewässern der DARS fischten, dann hätten sie es nicht getan.

Im Gegensatz zu den „präparierten" Aussagen der französischen „Geiseln" gaben die Fischer an, zu keinem Moment gewußt zu haben, wo sie sich befanden.

Spanien-Kommission



Spanische Fischer: „Viva POLISARIO"

Fortsetzung von Seite 50

teten Weise ausschlachten. Die Franzosen waren bereits vor ihrer Abreise nach Frankreich von algerischen Journalisten interviewt worden und hatten sich dabei durchweg positiv über die F.Polisario und den Freiheitskampf des sahaurischen Volkes geäußert. Die französischen „Techniker" hatten sogar eine Erklärung abgegeben, in der sie die Rückführung aller Europäer aus Mauretanien forderten, sowie den militärischen Charakter der Eisenerzstadt Zouerat bestätigten und ihre eigene Tätigkeit dort als *„direkt mit der Stärkung der mauretanischen militärischen Schlagkraft in Verbindung stehend"* bezeichneten („El Pais", 21.12.). Die algerische Presse verbreitete zudem Fotos, auf denen die „armen Gefangenen" in sahaurischer Militärkleidung beim gemütlichen Teetrinken oder bei spielerischen Schießübungen zu sehen waren (siehe Fotos).

Die französische Regierung war über die Erklärungen der Ex Gefangenen aus Algier derart verschreckt – stand doch die Glaubwürdigkeit ihrer ganzen Kriegshetze um die „verschleppten französischen Zivilisten" auf dem Spiel, daß sie nach der Ankunft der „Befreiten" jeden Kontakt mit der französischen Presse verhinderte. Die Journalistengewerkschaft von CFDT und CGT protestierte daraufhin geschlossen und kündigte gar einen einstündigen Streik wegen Zensur an („Le Monde", 25.12.).

Es steht außer Zweifel, daß die „Heimkehrer" unter Druck gesetzt worden sind – die algerische Presse sprach gar von einer „Gehirnwäsche". Zumindest die Aussage von zwei zurückgekehrten Franzosen, daß sie angeblich sicher seien, auf algerischem Gebiet gefangen gehalten worden zu sein, muß als Teil der französischen Anti-Algerien Kampagne gewertet werden und ist auch dementsprechend von Giscard und der französischen Rechtspresse ausgeschlachtet worden. Trotzdem waren die Aussagen der Ex-Gefangenen auf der Pressekonferenz (27.12.) über ihren Aufenthalt bei der F.Polisario von Anerkennung durchtränkt:

Alle acht Franzosen bestätigten, daß sie gut behandelt wurden, besseres Essen als ihre Wächter bekamen, *„außerhalb aller politischen Einschätzung muß man anerkennen, daß die Sahauris Leute sind, die kämpfen", „unsere Beziehungen mit den Wächtern waren gut", „das ist keine Bande, sondern eine strukturierte und disziplinierte Truppe; nicht die Terroristen, die uns beschrieben wurden, sondern eine kämpfende Truppe", „sie machten wirklich den Eindruck, uns zufrieden stellen zu wollen"* (Zitate der Freigelassenen nach „Le Monde", 27.12.).

Spanien-Kommission

Französische Interventions-Luftwaffe

Die französische linksunabhängige Tageszeitung „Liberation" hat sich in der Affäre um die Freilassung der acht französischen „Techniker" mehr um den chauvinistischen Standpunkt der französischen Regierung, als um den Freiheitskampf des saharauischen Volkes verdient gemacht. So strich auch diese ‚linke' Zeitung mit einiger Aufdringlichkeit immer wieder heraus, daß die französischen Gefangenen auf algerischem Stadtgebiet festgehalten worden wäre und legitimierte damit indirekt französische „Vergeltungsaktionen" gegen Algerien... („Liberation", 28.12.77).

Eine der wenigen Enthüllungen über den wahren Charakter des französischen Imperialismus brachte „Liberation" in ihrer Ausgabe vom 23.12.77, in der Einzelheiten über die französische Interventions-Luftflotte gebracht wurden, und der wir folgende Informationen entnehmen:

Wenige Kilometer von Dakar (Senegal) entfernt hat Frankreich den Luftwaffenstützpunkt Ouakam, wo ein Teil seiner taktischen Luftwaffe (FATAC) stationiert ist, u.a. Jaguar-Bomber. Zu den Aufgaben der FATAC gehört die *„Intervention außerhalb des nationalen Territoriums"*. Die FATAC besteht aus 285 Flugzeugen, zu denen insbesondere 7 Jaguar-Geschwader und 3 Geschwader Mirage III gehören, die normalerweise im Osten Frankreichs stationiert sind. Die Flugzeuge können in weniger als 24 Stunden an acht verschiedenen Schauplätzen Westafrikas eingesetzt werden. Geübt wurden solche Einsätze zuletzt in der Elfenbeinküste, im Senegal und neuerdings auch in Gabun. Dabei wurde die „mangelhafte Operationsfähigkeit" dieser Luftwaffe festgestellt, was nur ein Vorwand für deren Verstärkung sein kann.

Immerhin können die „Jaguars" (ein britisch-französisches Flugzeug) 4.500 km ohne Zwischenlandung überwinden und außerdem in der Luft aufgetankt werden. Die „Jaguars" sind unter anderem ausgerüstet mit 30-mm-Kanonen, Anti-Radar-Geräten, Luft-Luft-Raketen und Luft-Boden-Raketen sowie Bomben.

Die Mirage III-Bomber werden sowohl als „Aufklärungs"-Flugzeuge als auch als Mehrzweck-Jäger eingesetzt. Sie haben ein Radargerät (Cyrano II), zwei 30-mm-Kanonen und können ebenfalls Raketen abschießen.

Die Bréguet 941 S ist ein Transportflugzeug, das nur 150 m Start- und Landepiste braucht. Es kann 7,5t Material oder 56 Personen transportieren. Es kann 4.000 km ohne Zwischenlandung fliegen und wird auch für „Aufklärungs"flüge eingesetzt.

OAU-Gipfel zur West-Sahara

OAU-Gipfel zur West-Sahara

Die immer wieder verschobene OAU-Gipfelkonferenz über den "Westsahara-Konflikt" soll jetzt endgültig vom 24. bis zum 30. März in Libreville (Gabun) stattfinden.

Der amtierende OAU-Vorsitzende Bongo gab das Einverständnis sowohl der Okkupanten der West-Sahara, Marokko und Mauretanien, als auch Algeriens bekannt. Algerien unterstützt die Befreiungsbewegung POLISARIO und hat auch die Regierung der von der POLISARIO ausgerufenen Demokratischen Arabischen Republik Sahara anerkannt.

Die französische Marionette Bongo spielt sich seit einiger Zeit als (von der POLISARIO abgelehnter) "Vermittler" im Sahara-Konflikt auf, hatte jedoch noch im Juli 77 sein einseitiges Engagement für Marokko und Mauretanien unter Beweis gestellt, als er der POLISARIO-Delegation keine Landeerlaubnis in Libreville erteilte und so ihre Teilnahme am letzten regulären OAU-Gipfel verhinderte.

Auch für die nunmehr anberaumte Gipfelkonferenz ist die offizielle Teilnahme der POLISARIO bisher nicht beschlossen.

Afrika-Kommission

Gemeinsame Front afrikanischer und arabischer Befreiungsbewegungen

Die angolanische Zeitung "Jornal de Angola" veröffentlichte eine gemeinsame Erklärung verschiedener afrikanischer und arabischer Befreiungsbewegungen, in dem diese *"alle progressiven und revolutionären Kräfte Afrikas und der arabischen Welt"* aufrufen, eine *"militante, progressive, afro-arabische, antiimperialistische Front"* zu bilden. Dieser Aufruf wurde von der Frente POLISARIO(Westsahara), der PFLP (Palästina), FDPLP (Palästina), der PFLO (Oman), der marokkanischen Organisation ILAL AMAM "Em Frente", der SWAPO (Namibia), dem südafrikanischen ANC und der Patriotischen Front von Zimbabwe verabschiedet. Dieser Aufruf stellt einen großen Fortschritt in der Zusammenarbeit wesentlicher revolutionärer Organisationen Afrikas und des Nahen Ostens dar. In dem von den Organisationen verfaßten Kommunique werden die Versuche des Imperialismus, die sahaurische Revolution zu vernichten, angegriffen, sowie die Kette von Interventionen des Imperialismus im afro-arabischen Raum verurteilt. In dem Kommunique heißt es u.a., daß *"der Maghreb während der letzten Tage das Ziel einer imperialistischen Offensive war, die Teil eines großen Planes gegen Afrika und die arabische Welt ist."* Es wird davor gewarnt, daß es zu einem grenzüberschreitenden Konflikt kommen könnte, der sich auf den ganzen afrikanischen Kontinent sowie den Mittelmeerraum ausdehnen könnte. Außer der Bedrohung der sahaurischen Revolution wird auch die Drohung gegen das algerische Volk hervorgehoben: *"Das einzige Mittel, das dem französischen Imperialismus bleibt, um seine Interessen zu retten,"* bestehe darin, die *"revolutionären Errungenschaften des algerischen Volkes"* zu sabotieren. *"Die Erfahrung verschiedener Länder der arabischen Welt beweist, daß die imperialistische Intervention mit der Unterstützung der reaktionären und volksfeindlichen Regimes beginnt, um in direkten Aggressionen zu enden."*

Es werden weitere Etappen imperialistischer Offensiven in Afrika zitiert: *"der Kongo und die Ermordung von Patricio Lumumba, die reaktionär-imperialistische Intervention in Zaire, der Söldnerangriff auf Benin, die Manöver, die den Kampf der Völker von Namibia, Zimbabwe und Südafrika bremsen sollen, sowie die Versuche, die palästinensische Sache zu liquidieren."* (nach "Jornal de Angola", 29.11.77).

Afrika-Kommission

Frankreich: Gendarm des Imperialismus in Afrika

Der jüngste Staatsbesuch des französischen Staatspräsidenten Giscard an der Elfenbeinküste, einer der zuverlässigsten Verbündeten des französischen Imperialismus in Afrika, hat Giscard wie schon zuvor wieder Anlaß gegeben, einen „Solidaritätspakt" zwischen den mehrheitlich reaktionären westafrikanischen Staaten und Frankreich vorzuschlagen („FAZ", 14.1.78). Bei seinem Gastgeber, dem Komparador Houphouet-Boigniy, stieß dieses Projekt erwartungsgemäß auf große Gegenliebe, er lobte die *„ungewöhnlich gute"* Zusammenarbeit seines Landes mit Frankreich und stellte sie als Modell für den westeuropäischen Imperialismus hin: *„Wenn die Europäer es aus Gleichgültigkeit, aus Mangel an Solidarität, aus Egoismus zulassen, daß die Dampfwalze revolutionärer Ideologien über Afrika hinweggeht, wird sie diese schließlich selbst überrollen – zum größten Unglück der freien Welt"* (ebenda).

Dies ist die Klage eines imperialistischen Statthalters, *„der wie kaum ein anderer afrikanischer Staatschef die Ausbreitung des kommunistischen Einflusses in Afrika befürchtet und bekämpft"* (Originalton „FAZ", ebenda). Houphouet-Boigny war es denn auch, der als erster schwarzafrikanischer Staatschef die französische Intervention gegen den Volksaufstand in Zaire begrüßte.

Seit geraumer Zeit – insbesondere nach dem Sieg der MPLA in Angola – gehen die Anstrengungen des französischen Imperialismus dahin , seine alte „koloniale Hausmacht" in Westafrika fester an das „Muterland" zu binden und auch einen engeren Zusammenschluß dieser Länder untereinander zu erreichen. Die jüngsten französischen Bombenangriffe auf die F.Polisario in der Westsahara und die Intervention in Zaire im Mai 77 haben gezeigt, daß es sich beileibe nicht „nur" um diplomatische Manöver gegen den Vormarsch der Revolution in Afrika handelt. Der französische Imperialismus muß als besonders aggressiv eingeschätzt werden, er verteidigt sowohl seine traditionellen „Ansprüche" in Afrika und besorgt zugleich die offensive militärische Absicherung der Interessen der „freien Welt" auf dem afrikanischen Kontinent. Dementsprechend kommentiert die „FAZ" (s.o.) den Besuch Giscards in der Elfenbeinküste (s.o.):

„Für Carter ist die Afrika-Politik Frankreichs im Interesse des gesamten Westens".

„Für Carter ist die Afrika-Politik Frankreichs im Interesse des gesamten Westens".

Als Frankreich 1960 den größten Teil seiner afrikanischen Kolonien in die überwiegend neokoloniale „Unabhängigkeit entließ, hatte es sich per Vertrag das Recht zur militärischen Intervention zusichern lassen. Französische Truppen konnten durch den französischen Botschafter in einem afrikanischen Land zum *„Schutz der inneren Ordnung"* angefordert werden, wenn *„die legitime kompetente Autorität des afrikanischen Staates"* dem Botschafter einen entsprechenden Wunsch vorträgt (Ansprenger, „De Gaulle und die ehemaligen französischen Kolonien Westafrikas"). Wie sich eine solche Bitte um militärische Intervention auch n a c h t r ä g l i c h beschaffen läßt, hat Frankreich 1964 in Gabun gezeigt, als es einen proamerikanischen Putsch mit französischen Falschirmjägern niederschlug. Bis mindestens 1963 kämpften in der Bamileke-Provinz in Kamerun mehrere tausend französische und Kameruner Soldaten gegen die von der VR China unterstützten Antiimperialisten der UPC. 1967 wurden Aufstände in Djibouti von Fremdenlegionären blutig niedergeschlagen. Im Tschad unterstützen französische Fremdenlegionäre (zeitweise bis zu 4.000 Mann) bis heute die reaktionäre Zentralregierung gegen die Befreiungsbewegung FROLINAT. Ausgangspunkte für diese militärischen Abenteuer der französischen Imperialisten waren ihre damaligen Militärstützpunkte im Senegal, der Elfenbeinküste, Niger, Tschad, Zentralafrikanische Republik, Gabun, Djibouti und Madagaskar. Insgesamt verfügten die 18 französischen Militärmissionen und -Stützpunkte über 2.500 Offiziere, die ihrerseits 2.600 schwarzafrikanische Offiziersanwärter für deren Aufgaben in den pro-französischen Staaten ausbildeten. Diese Ausbildung dient der Aufrechterhaltung des französischen Einflusses in den „francophonen" Staaten Afrikas.

1973 revidierte Madagaskar das bisher bestehende Abkommen und Frankreich mußte seinen Stützpunkt auf dem Hochplateau räumen. 1975 mußte es dann auch die Marinebasis im Norden der Insel aufgeben. Eine militärische Zusammenarbeit sehen die Verträge zwischen Madagaskar und Frankreich nichtsdestoweniger weiterhin vor. Anfang der siebziger Jahre mußte Frankreich auch seinen Stützpunkt im Niger verlassen, die neokolonialen Vertrage von 1960 blieben aber weiterhin in Kraft. Die gleiche Art von Verteidigungs- (besder „Interventions-) Verträgen wurden 1976 mit dem Tschad erneuert, sowie 1975 mit der Volksrepublik Benin (das möglicherweise mittlerweile aufgekündigt worden ist). Nicht aufgekündigt wurden die Verträge von 1960 mit den Staaten Elfenbeinküste, Zentralafrikanische Republik (heute 'Kaiserreich'), Gabun und Togo. Ein neues militärisches Kooperationsabkommen wurde 1974 mit dem Senegal abgeschlossen, das auch die „Verteidigung" des Senghor-Regimes einschließt. Ebenfalls im Jahre 1974 wurde die militärische Kooperation mit der Diktatur in Kamerun erneut bestätigt. Ein Abkommen bezüglich der militärischen Ausrüstung wurde mit der Volksrepublik Congo 1972 abgeschlossen.

1969 wurde das in Zentralafrika gelegene Burundi stärker in die französische Interessensphäre einbezogen:

gelegene Burundi stärker in die französische Interessensphäre einbezogen:

die französische Armee übernahm die personelle Ausbildung des Militärs. Der größte Vorstoß nach Zentralafrika stellte aber dann 1974 der Vertrag über technisch-militärische Zusammenarbeit mit Zaire dar, der nur drei Jahre später seine dramatischen Auswirkungen (Shaba-Aufstandsbekämpfung) zeitigte. Auch Ruanda beschloß 1975 die militärische Zusammenarbeit mit Frankreich.

In Nordafrika sicherte Frankreich seinen militärischen Einfluß durch die Erneuerung des Militär-Abkommens mit Mauretanien, das ab 1976 offiziell aber „nur" noch die Ausbildung der mauretanischen Truppen beinhaltet. Ein Jahr später wurden dann ebenfalls die Verträge mit dem Niger erneuert. Offizielle Stützpunkte unterhält Frankreich heute im Senegal, Gabun, Reunion, der Elfenbeinküste und Djibouti, höchstwahrscheinlich sind auch in Mauretanien französische Truppen zum Einsatz gegen die F. Polisario stationiert. Dieses hier etwas mühsam recherchierte Geflecht der militärischen Verträge mit insgesamt 18 (!) west-, zentral- und nordafrikanischen Staaten dokumentieren den immer noch ungebrochenen Einfluß des französischen Imperialismus und seiner Gendarmenrolle in diesem Gebiet.

Nach offiziellen und deswegen sicher zu niedrigen Angaben, üben 3.000 Franzosen in afrikanischen Armeen gegenwärtig Funktionen als Instrukteure, Techniker und Berater aus! Nachstehende Tabelle nennt die Werte von hochwertigem Militärmaterial, das Frankreich seinen Militärpartnern zur Verfügung gestellt hat (in Millionen Franc); man beachte die Steigerungsrate 1975-1976:

Jahr	Millionen Franc
1965	6.250
1966	6.820
1967	8.105
1968	6.140
1969	12.845
1970	36.970
1971	45.700
1972	69.000
1973	58.000
1974	73.000
1975	85.500
1976	142.210

(Quelle für oben gemachte Angaben: „Europe Outremer", Paris, Nr. 567/68 - 1977 und „Africa" 1/78).

Der französische Staatspräsident hatte unlängst, im April 77, bei einem Treffen der „francophonen" Staaten Afrikas klar zu verstehen gegeben, daß er dem Projekt einer gemeinsamen Interventionstruppe – Wünschtraum der afrikanischen Konterrevolution – positiv gegenübersteht. Gleichzeitig betonte er, Frankreich *„werde den afrikanischen Staaten bei der Zurückweisung jeden Angriffs und jeder Einmischung von außen zur Seite stehen"* („FAZ", 23.4.77), wobei er die Entsendung von Truppen ausdrücklich nicht ausschloß.

Die äußerst aggressive Rolle des französischen Imperialismus in Afrka wäre unvollständig dargestellt, wenn man seine Aufrüstung des südafrikanischen Rassistenregimes unter den Tisch fallen ließe:

Seit 1961 hat Frankreich 91 Mirage, 30 Mystere-Jäger und 10 Transall-Transportflugzeuge geliefert. Hinzu kommen 56 Alouette, 16 Frelon und 20 Puma-Hubschrauber sowie acht Unterseeboot-Jäger. Die Armee der

kommen 56 Alouette, 16 Frelon und 20 Puma-Hubschrauber sowie acht Unterseeboot-Jäger. Die Armee der

SAR verfügt über französische Lastwagen,Schützenpanzer, und AMX-Panzer; sie wurden bei der Invasion in der VR Angola benutzt. Hinzu kommen Boden-Luft, Luft-Luft und Anti-Panzer-Raketen. Die Marine verfügt über mehrere französische Unterseeboote, Schnellboote und Truppentransporter. Mittlerweile hat die französische Regierung drei(!) Waffenembargos gegen die RSA verhängt – aber immer erst n a c h erfolgter Lieferung und wenn die Produktion in der RSA auf Lizenz-Basis erfolgen konnte. Gegenwärtig hat Frankreich den Bau eines Atomreaktors übernommen und eine Anlage, die Kohle in Benzin verwandeln soll (bei einem bevorstehenden Ölembargo). Südafrikas Verteidigungsminister Botha: *„Wo würde Südafrika heute sein ohne Frankreich?"* („Africa" 1/77).

Afrika-Kommission

Senghor verteidigt BRD

Senegals Präsident Senghor, erstes schwarzes Mitglied der sozialdemokratischen "Internationale", hat nunmehr seinen UNO-Vertreter angewiesen, sich auch des ohnehin verbalen Protestes gegen die BRD zu enthalten.

Zur erwiesenen militärischen und nuklearen Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika - bisher auch von Senegal verurteilt - gab Senghor die neue Devise aus: *"Ich glaube, daß diese Vorwürfe nicht berechtigt sind, und ich habe unsere UNO-Vertretung erneut angewiesen, daß sie einer Verurteilung der Bundesrepublik nicht mehr automatisch zustimmen soll."*

Afrika-Kommission

Repression und Flucht in Zaire

Tausende von zairischen Frauen und Männern mit ihren Kindern haben die Provinzen Kivu und Shabe fluchtartig verlassen. In diesem Gebiet fand der Aufstand im Mai/Juni 77 statt und hier befindet sich auch das berüchtigte BRD - Raketenabschußgelände der Firma OTRAG. Nach einer Meldung der angolanischen Zeitung „Journal de Angola" befinden sich jetzt mehr als 220.000 Flüchtlinge im Osten Angolas. Das bedeutet, das große Teile Schabas jetzt als total entvölkert angesehen werden müssen, Resultat der „Antiaufstandsbekämpfung" und der Geschäfte des BRD-Imperialismus in diesem Gebiet, die „ungestört" abgewickelt werden sollen. Die Tatsache, daß viele der Flüchlinge aus der mehrere hundert Kilometer entfernten Stadt Kivu stammen und sie diese Strecke zu Fuß zurücklegten, gibt einen Einblick in die gnadenlose Verfolgung in Zaire. Größere Teile von Schaba und der Provinz Kivu sind mit Napalm und Bomben unbewohnbar gemacht worden und hatten hohe Opfer unter der Zivielbevölkerung gefordert. Die Flüchtlinge, angesichts der ohnehin schwierigen Ernährungslage in Angola, sind von Unterernährung und Tod bedroht. Eine Luftbrücke der Weltgesundheitsorganisation, der UNESCO und des Internationalen Roten Kreuz versuchen, dies zu verhindern (nach „African Development", 12/77).

Africa-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



ASten - »kriminelle Vereinigungen« ?

Göttingen: Das Göttinger Amtsgericht hat zum erstem Mal in der Nachkriegsgeschichte der Verfaßten Studentenschaft (VS) AStA-Referenten der „vollendeten Untreue" gegenüber ihnen anvertrauten Geldern der Studentenschaft „überführt". Nach einwöchiger Bedenkzeit verurteilte das Gericht einen ehemaligen (Juso-) Finanzreferenten zu 510,- DM Geldstrafe wegen *„Mißbrauchs studentischer Gelder"*, sprich: Wahrnehmung des politischen Mandats. Der ebenfalls angeklagte ehemalige AStA-Vorsitzende wurde freigesprochen, weil kein beweiskräftiges Schriftstück mit seiner Unterschrift aufzutreiben war, sodaß ihm der „Vorsatz" bei der Verwendung von Geldern für politische Stellungnahmen nicht nachzuweisen war. Als Begründung für das Urteil führte das Gericht die Tatsache an, daß die VS eine „Zwangskörperschaft" sei, die jeden Studenten verpflichte, Beiträge zu zahlen. Daraus ergebe sich zwingend, daß die Gelder der VS so ausgegeben werden müssen, daß j e d e r Student sich damit einverstanden erklären könne. Da jedermann wüßte, daß in „allgemeinpolitischen Fragen", wie überall so auch unter Studenten durchweg unterschiedliche Meinungen herrschen würden, dürften hierfür keine Gelder verwandt werden.

In seinem Eifer, die Wahrnehmung des Politischen Mandats strafrechtlich zu belangen, hat dieser Provinzrichter mit dieser Begründung doch tatsächlich die VS insgesamt, ob nur mit „hochschulpolitischem" oder mit „allgemeinpolitischem" Mandat, zur kriminellen Vereinigung erklärt. Denn mit der Forderung, j e d e Stellungnahme müsse die Zustimmung j e d e s Studenten finden, kann beispielsweise schon ein Aufruf des AStA, das Rauchen in den Seminaren zu unterlassen, belangt werden, weil irgendein passionierter Kettenraucher sein „Minderheitenrecht" beim Gericht anmeldet. Mit diesem Urteil zeigte er jedoch auch gleichzeitig auf, daß die bisherigen Begründungen gegen das Politische Mandat ebenso an den Haaren herbeigezogen sind.

Die Urteilsbegründung brachte noch ein weiteres Novum zutage: Vorsitzender und Finanzreferent sind grundsätzlich verpflichtet, gegen Beschlüsse des Studentenparlaments – das angeblich höchste beschlußfassende Organ der Studentenschaft! – Einspruch zu erheben (d.h. sie aufzuheben), wenn hier „Rechtswidriges" eine Mehrheit erlangt. Das gleiche gilt auch für Fachschaftsräte, deren Politik vom AStA peinlichst genau überprüft werden müßte.

Damit ist rechtlich gesehen das „in freien, gleichen und geheimen Wahlen" gewählte Studentenparlament entmachtet und der AStA in eine Zensurbehörde verwandelt, die das „geltende Recht" gegenüber Studentenparlament und Fachschaftsräte durchzusetzen hat. Seit diesem Urteil wissen wir genauer, was die Bourgeoisie unter Demokratie versteht.

Neben den mittlerweile schon zum Alltag der VS gehörenden Repressionsmittel wie Zwangsgelder und Amtsenthebungen hat die Klassenjustiz mit dem Göttinger Urteil den Politikern eine weitere – ungleich perfidere – Daumenschraube zur Verfügung gestellt, mit der die ASten zur Aufgabe des Politischen Mandats erpreßt werden sollen. Ab sofort sind die Posten eines AStA-Vorsitzenden und eines Finanzreferenten Himmelfahrtskommandos – wenn sie von Linken besetzt werden. Nach diesem Urteil wird jeder Studentenvertreter zum „Kriminellen", wenn er den Wählerauftrag wahrnimmt, und alle linken Gruppierungen, die aufgrund eines allgemeinpolitischen Programms gewählt werden. Vielleicht geht jetzt einigen Leuten ein Licht auf, die allzu bereitwillig die Terminologie der Herrschenden von den „kriminellen Vereinigungen" übernehmen.

KHB/Göttingen

Den Vogel abgeschossen

Göttingen: Dem *„geübten Lächler Vogel"* („Welt") verging am vergangenen Dienstag in Göttingen das Lachen. Der Mann aus Mainz wurde von 2.000 Studenten niedergepfiffen.

Der AStA hatte analog dem Vorgehen der Westberliner Studenten gegenüber Helmut Kohl zu einer Uni-VV zwei Stunden vor Beginn der RCDS-Veranstaltung aufgerufen, um das Audi-Max zu besetzen. Der RCDS ließ sich jedoch schon vier Stunden vor Beginn seiner Vogel-Show im Hörsaal einschließen, so daß die Uni-VV vor dem Audi-Max stattfinden mußte. Kurz vor Beginn der Veranstaltung wurde von den die Eingänge blockierenden Studenten die immer noch verschlossene Tür geknackt. Unter dem entschlossenen Druck der Studenten wurde dem RCDS kurzerhand die Veranstaltung aus der Hand genommen: Die Versammlungsleitung übernahm der AStA, ebenso den ersten Beitrag des Abends. Vogel sollte hernach die Möglichkeit zur Erwiderung haben, anschließend freie Diskussion. Dem RCDS rauchten die Köpfe. alles hatten sie erwartet, nur nicht, daß ein Ministerpräsident auf die Rednerliste und dazu noch auf ihrer Veranstaltung gesetzt wird.

Als nach dem AStA-Beitrag Vogel zum Mikro griff, fegte ein gellendes Pfeifkonzert durch den Hörsaal, Tomaten, Eier etc. kamen hinzu, als Vogel sich für die erlittene Schmach mit einem Gestammel über *„irregeleitete linke Spinner und Narren"* rächen wollte. Die Reaktion der Studenten auf diese Provokation war eher sachlich, bedenkt man, wie Vogel und Konsorten normalerweise mit Leuten umspringen, die statt „Baader-Meinhof-Bande" „Gruppe" sagen.

Die zweite und damit endgültige Schlappe von RCDS/CDU kündigte sich an, denn Vogel hätte unter den Verhältnissen im Saal kaum noch länger als fünf Minuten durchgehalten.

In dieser Situation sahen einige „ML"ler die Zeit für eine Demonstration ihrer politischen Instinktlosigkeit gekommen. Ohne Rücksicht auf die eindeutig gefaßten Mehrheitsbeschlüsse über den Ablauf der Veranstaltung drängten sie Vogel vom Podium und verschafften ihm so die Möglichkeit, vor einer endgültigen Blamage einen Abgang zu machen. Diese Leute haben leider überhaupt keinen Sinn für eine geschmackvolle Regie. Die Studenten im Hörsaal wurden zu Statisten herabgewürdigt und eindeutig an der Entfaltung ihrer kreativen und humoristischen Fähigkeiten gehindert. Schade!

Bleibt noch das Verhalten anderer linker Gruppen zu erwähnen: Jusos und SB mischten sich in die Auseinandersetzung mit Vogel nicht ein, hatten sich aber zuvor in AE-Verhandlungen mit der vor uns vorgeschlagenen Taktik einverstanden erklärt. Der MSB brachte am nächsten Tag ein Flugblatt mit der Überschrift: *„K-Sekten und RCDS betreiben gemeinsamen Wahlkampf"*...

Vogel hat unterdessen angekündigt, daß er nach Göttingen zurückkehren wolle. Somit stünde den Studenten ein weiterer volkstümlicher Abend bevor.

KHB Göttingen

Auf dem Boden der Tatsachen: CDU-Mission gescheitert

Auf dem Höhepunkt der Halali gegen fortschrittliche Intellektuelle im Herbst letzten Jahres faßte der Bundesvorstand der CDU zusammen mit dem RCDS einen Plan: prominente Unionspolitiker sollten auf Tournee durch Westdeutschlands und Westberlins Universitäten geschickt werden, um in einen „sachlichen und demokratischen Dialog" mit der Studentenschaft einzutreten, den sie bislang nur einseitig über Gesetze, Polizeieinsätze und Gerichtsverfahren geführt hatten. Der „Dialog' war vom RCDS bundesweit den Studenten als die Alternative zum „Streik der Marxisten" empfohlen worden; eine Alternative, die *„den gerissenen Gesprächsfaden zwischen Studenten und „Politikern"* und *„Verständnis für die Probleme auf beiden Seiten"* wecken sollte. Eskortiert von einer Schar ihnen höriger Journalisten und Kameramänner wollten Kohl, Geißler, Kiep, Biedenkopf und Vogel den Studenten und der Öffentlichkeit zeigen, daß sie den Mumm haben, in die Höhle des Löwen zu steigen, um *"Flagge zu zeigen"*. (Kohl) Gleichzeitig rechneten sie damit, daß das gejagte Sympathisantenwild ängstlich vor seinen Häschern zurückweichen und die umworbene „schweigende Mehrheit" der Studenten nur darauf warten würde, daß irgendein geistiger Tiefflieger aus der Union sie aus ihrem Dornröschenschlaf wachküßt.

Die CDU-Prinzen hatten allerdings ihre Attraktivität über- und den Widerstandswillen der fortschrittlichen Studenten unterschätzt. Drei Monate nach dem Beginn ihrer "Good-Will-Tour' stehen die Christdemokraten vor folgender „traurigen" Bilanz:

- In Westberlin verhinderten 4000 Studenten den Auftritt von Helmut Kohl im Audi-Max. Als er sich in ein anderes Gebäude zurückzog, erntete er selbst bei den verbliebenen rund 700 Zuhörern nur *„eisiges Schweigen und Pfiffe"* (Stern).
- In Bremen mußte Geißler im Freien auf dem Campus vor einer 80-köpfigen Anhängerschar seine Rede halten, während drinnen 500 Studenten eine Gegenveranstaltung durchführten.
- In Osnabrück brachte Leisler Kiep kein verständliches Wort in den Hörsaal, da rhythmisches Klatschen und Pfiffe der Anwesenden ihn übertönten;
- in Göttingen wurde Vogel *„nach ohrenbetäubenden Pfeiffkonzerten, Schlägereien, einem Obstbombardement von den Rängen und Buhrufen"* („SZ", 20.1.) der 2000 anwesenden Studenten aus dem Hörsaal gedrängt. Allein dem ehemaligen Generalsekretär, Biedenkopf, gelang es in Bielefeld sich Gehör zu verschaffen, denn den etwa tausend anwesenden Linken standen ebensoviele Rechte gegenüber, die mit Hilfe der Jungen Union aus ganz NRW mobilisiert worden waren.

Schon die Namensliste der CDU-Riege zeigt, daß es der CDU durchaus ernst ist, an der Uni ins Geschäft zu kommen, denn durch die Bank weg traten Redner auf, die nicht zum reaktionärsten Teil der CDU zu rechnen sind. Andererseits hat die Reaktion innerhalb der Studentenschaft jedoch gezeigt, daß selbst dieses Anbiederungsmanöver kaum Chancen hat.

Der „Dialog" zwischen Hammer und Amboß fand also nicht statt. Die Unionspolitiker verließen samt und sonders die Uni mit der Erfahrung, daß sie zwar Gesetze verabschieden, Polizisten in Bewegung und Gerichte verurteilen lassen können, daß sie aber keineswegs damit rechnen können, auch nur halbwegs unbehelligt für diese Politik in populärer Form vor den Betroffenen werben zu dürfen. Die nach diesen Debakeln jeweils angestimmte Hetze über den *„kommunistisch-faschistischen Terror an den Unis"* (Pestel) verschweigt selbstverständlich bewußt, daß die absolute und kämpferische Gesprächsunwilligkeit der Studenten mit CDU-Reaktionären massenhaften Charakter hat und nicht auf "K-Gruppen-Anhänger" beschränkt ist. Aufgrund der jahrelangen Erfahrungen mit der Politik der CDU hat sich bei sehr vielen, ansonsten durchaus nicht gerade militanten Kommilitonen, die Einsicht durchgesetzt, daß Toleranz gegenüber jenen, die jede demokratische Opposition ausmerzen wollen, fehl am Platze ist. Selbst in Göttingen, wo dem RCDS die Versammlungsleitung aus der Hand genommen und beschlossen wurde, nach einem Beitrag des AStA Vogel reden zu lassen, wollten die anwesenden Studenten keinesweg mit Vogel einen „Dialog" führen, sondern ihn und die Politik seiner Partei „geistig" auseinandernehmen. Völlig verrechnet hat sich die CDU auch in der Stärke der Ablehnung ihrer Auftritte. Fast überall gelang es, eine verhältnismäßig große Mobilisierung auf die Beine zu stellen, was es der CDU insgesamt erschwert, von Störungen einer kleinen Minderheit zu sprechen.

Und noch eins wird von der Presse verschwiegen. die anvisierte „schweigende Mehrheit" erschien nicht zu den CDU-Auftritten. Durchweg beherrschten die Linken das Geschehen. Der RCDS vermochte noch nicht einmal eine nennenswerte Anzahl seiner Anhänger und Wähler zu mobilisieren, was die „FAZ" - überraschend selbstkritisch - zu der Frage veranlaßte, *„ob die Studenten überhaupt mit den Politikern reden wollten"* und ob *„in der Taktik der CDU... manchmal eine zu große Rolle gespielt hat, zu zeigen, daß man an bestimmten Universitäten Anhänger der CDU nicht ausreden läßt"* (FAZ, 19.1.).

Peter Glotz, der unermüdliche Vorkämpfer für den „Dialog" zwischen (SPD-)Politikern und Studenten sieht den Grund für den Mißerfolg der CDU-Propagandareise ähnlich. In einem Artikel in der "Zeit" bewertete er das Ziel der CDU-Auftritte als *„die Behauptung des (legitimen) Rechts der Partei, auch in Universitäten aufzutreten."* Allerdings sei die einkalkulierte Störung *„der Zweck der Übung. Kommunikationspartner, Kommunikator, Kommunikationsräume etc. werden so bestimmt, daß eine erzählbare Geschichte entsteht: eine Märtyrerlegende"* ("Zeit", 20.1.) Der CDU ginge es also im Gegensatz zu ihm nicht um eine "reale", sondern nur um eine „symbolische" Kommunikation mit den Studenten. Wie wär's mit der Streichung des Ordnungsrechts, der Wiedereinführung der Verfaßten Studentenschaft mit Politischem Mandat, der Einstellung aller Berufsverboteopfer als Einstieg in den realen Dialog, Herr Glotz?

Völlig anders sieht die "Welt" den Reinfall der CDU-Auftritte. Für einen gewissen Günter Zehm ergibt sich aus den niederschmetternden Erfahrungen der letzten Monate die Schlußfolgerung: *„Vor der Kommunikation kommt heute an den von Kommunisten und Anarchisten beherrschten 'Problemuniversitäten' zunächst einmal die Konfrontation. Wer diese nicht bestehen kann, der sollte erst gar nicht versuchen, sich an solchen Universitäten Gehör zu verschaffen"* („Welt", 20.1.).

Der CDU und dem RCDS wirft er vor, daß sie sich *„die schmachvollen Umstände, unter denen Vogel das Feld räumen mußte"* selber zuzuschreiben hätten, weil sie weder für ausreichenden Saal"schutz", noch für die Besetzung von Zugängen, also nicht für eine militante Durchsetzung der Veranstaltung gesorgt hätten. Wenn ein Politiker es hinnimmt, *„das Podium nur durch den Brandschutz-Mauerdurchbruch (!)"* betreten zu dürfen und gar dem *„illegalen Buback-AStA die Leitung des Abends"* überläßt, dann *„hätte er nicht nach Göttingen kommen dürfen.'* Denn *„Wie wirkt das Schauspiel eines geprügelten Ministerpräsidenten auf die sogenannte schweigende Mehrheit der Akademiker? Es stimuliert in ihr keineswegs die gerechte Empörung, sondern die nur allzu berechtigte Angst. Der kleine Student (!) hat nun wieder einmal gesehen, wer an der Uni wirklich zu bestimmen hat und er richtet sich künftig danach."* In typisch faschistischer Manier argumentiert die "Welt", die "schweigende Mehrheit" würde sich am "starken Arm" orientieren, weshalb man an den Unis mit G e w a l t demonstrieren müsse, wer der Stärkere ist.

Nur wie? Der niedersächsische Innenminister Groß hat darauf hingewiesen, *„daß der Einsatz eines starken Polizeiaufgebots im Inneren der Hochschule kaum mehr bewirkt hätte als eine Saalschlacht"*. Der "Dialog" wäre auch unter diesen Umständen ins Wasser gefallen. Als Ausweg schlägt Groß die Organisierung von mehreren *„Kleinveranstaltungen mit jeweils nicht mehr als 100 Teilnehmern"* vor; Veranstaltungen, die dann wohl von Bullen geschützt und zu denen Einlaßkarten an erlauchte Kreise verteilt werden sollen. Die Veranstalter dieser geschlossenen Gesellschaftsabende sollten *„sich rechtzeitig mit der Polizei über Organisation und flexible Abwehrmöglichkeiten verständigen sowie taktische Ratschläge entgegennehmen"* („Welt", 20.1.). Wie aus ungewöhnlich gut unterrichteten Kreisen des niedersächsischen Innenministeriums verlautete, hat Groß ein Preisausschreiben unter der Fragestellung ausgeschrieben: *„Wie organisiere und sichere ich den Demokratischen Dialog?"* Als Preise winken ehrenamtliche Ordnerdienste (1.-50. Preis) und kostenlose Teilnahme an zwei symbolischen oder einer realen Dialogveranstaltung (51.-100. Preis).

KHB Göttingen

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr.75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.

Auflage: 23.000
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 2,–

Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Achtung! Einem Teil dieser Auflage liegen Prospekte des Verlag J. Reents bei!

JUSOS und LHV pokern mit der Existenz der VDS

„Arbeiterkampf" enthüllt weiter: Internes LHV-Papier...

Als klassiches Beispiel sozialliberaler „Integrationspolitik" veröffentlichen wir nebenstehend ein internes LHV-Papier, das dem Arbeiterkampf zugespielt wurde, und an dessen Echtheit kein Zweifel bestehen kann. Es zeigt eindrucksvoll, mit welchen Zielen und Methoden die gegenwärtige Krise in den VDS von einigen LHV- und Juso-Spitzenfunktionären in Zusammenarbeit mit ihren Parteiführungen inszeniert wurde. Nachdem unser Bericht im letzten AK über das Gespräch von VDS-Vertretern mit Willy Brandt u.a. Anlaß für den Rückzug der Jusos und des LHV aus dem VDS-Vorstand war (siehe LHV-Papier), darf man gespannt sein, welche Reaktionen jetzt erfolgen werden. Denn dieses Papier legt mit wunderbarer Offenheit die Hintergründe der aktuellen Auseinandersetzungen bloß und bietet jedermann die beste Gelegenheit, sich sein eigenes Urteil über die Politik der VDS-Funktionäre zu bilden.

Der Kern der Auseinandersetzungen liegt auf Hand: SPD und FDP befürchten, *„daß ihnen die Studenten nach links abdriften"*, da die repressive Regierungspolitik den Illusionen in diese Parteien mittlerweile spürbar den Boden entzieht. Dem soll mit denselben Methoden begegnet werden, die sich schon Ende der 60er Jahre gegenüber der Studentenrevolte „bewährt" haben, und die damals die Voraussetzungen schufen, daß die radikalen Teile dieser Bewegung zurückgedrängt werden konnten und die Reformisten Oberhand gewannen. Der Unterschied zu damals ist nur, daß die Sozialliberalen seinerzeit immerhin die Abschaffung der Ordinarienuniversität, Mitbestimmungsrechte für die Studenten etc. aufboten, während heute unverbindliche Versprechungen über eine (belanglose) „punktuelle Novellierung" des HRG und läppische 100 000 DM (zweckgebundener) Projektförderung des HRG und läppische 100 000 DM (zweckgebundener) Projektförderung für die VDS (dieser Betrag wird derzeit in VDS-Kreisen gehandelt - in der Diskusssion ist bezeichnenderweise ein „Projekt" zum Thema Terrorismus!) als ausreichend angesehen werden.

SPD/FDP haben dieses Manöver in den letzten Monaten bereits eingefädelt:

- Angebot des Westberliner Wissenschaftssenators Glotz, die Verfaßte Studentenschaft (in HRG-kastrierter Form) in Westberlin wieder einzuführen
- verbalradikaler Protest gegen die Abschaffung der ASten in Baden-Württemberg
- Schlagwort vom „demokratischen Dialog" bürgerlicher Politiker mit den Studenten
- vorsichtige Einleitung einer „Novellierungs"debatte in der Presse
- und schließlich das Treffen Brandts und anderer SPD-Politiker mit VDS-Vertretern sowie weitere geplante Gespräche der SPD- und FDP-Führung mit den VDS.

Daß das letzte Glied in dieser Kette besonders heikel ist, wurde offensichtlich von den „Machern" dieser Politik von Anfang an so eingeschätzt. SPD und FDP können sich jedoch auf die VDS-Vertreter der Jusos und des LHV stützen (Juso-Hupka bildet da eine gewisse Ausnahme, wofür er in dem LHV-Artikel kräftig diffamiert wird), die realistisch einschätzen, daß eine Fortsetzung der Entwicklung der letzten Jahre *„Hochschulpolitik in unserem Sinne... fast unmöglich machen"* wird, kurz gesagt: die den Einfluß der reformistischen Kräfte in der Studentenschaft schwinden sehen.

Diese rechte Fraktion im VDS-Vorstand ist sich der Schwierigkeiten zwar voll bewußt, die *„Einbindung"* der VDS in die *„Integrationsstrategie von SPD und FDP"*, bei der *„eine Verschiebung nach rechts beabsichtigt ist"*, in ihren eigenen Verbänden durchzusetzen. Die Situation wird jedoch als günstig eingeschätzt, jetzt eine *„Pause der Massenaktionen"* zu erreichen und zur Politik der *„Gespräche mit Parteien"* zurückzukehren, indem so getan wird, als seien die Massenaktionen mit dem bundesweiten Streik vom Wintersemester an ihre Grenze gestoßen (*„soviel Druck..., wie überhaupt momentan erreicht werden kann"*).

„Wenn das alles rauskommt"!

Eine Grundbedingung gibt es freilich für diese eigentlich gar nicht neue Politik und das ist absolute Diskretion. Natürlich geht es nicht

Fortsetzung auf Seite 54

---

3. VDS-News 1

JUSOS UND LHV HABEN IM VDS-VORSTAND DIE ARBEIT NIEDERGELEGT - BIS AUF WEITERES

A. WIE, WANN, WO, WAS UND WARUM ENTSCHIEDEN WURDE, DOKUMENTIERT DER ARTIKEL VON GÜNTER FRANK, DER BIS AUF EINIGE WENIGE POSITIONEN VON JOHANN THEESSEN UND KARL-HEINZ KREMS GETEILT WIRD.

B. DANN FOLGEN DIE WICHTIGSTEN TEILE DER "DOKUMENTATION" VON ALI SCHMEISSNER, DIE DEN GANZEN WIRBEL, ZUMINDEST ALS AUSSERER ANLASS, VERURSACHT HAT.

C. DANACH FINDET IHR DIE REAKTIONEN VON UNS, JUSOS, GOlern ....

A. WARUM WIR DIE ARBEIT IM VDS VORSTAND VORLÄUFIG EINGESTELLT HABEN

Wie alles anfing

Ende November schrieb der VDS-Vorstand einen offenen Brief an Willy Brandt. Unterzeichnet wurde er von Krems, Ickert und Klimmek (VDS-Geschäftsführer). (siehe anlage). Aufgrund dieses Briefes und gewisser Oberlegungen bei der SPD kam dann am 11.12. ein Gespräch zwischen dem VDS-Vorstand und Brandt u.s.w. zustande.
Hintergründe:
1. Es hatte sich schon im Streik gezeigt, daß diesmal von Seiten der SPD und der F.D.P. nicht so sehr versucht wurde, den Streik in der Öffentlichkeit als Aktion linksradikaler Elemente zu diskreditieren. Man darf wohl annehmen, daß der Protest der Studenten eher integriert werden sollte. In diesem Zusammenhang ist auch die momentane Diskussion über punktuelle HRG-Novellierung zu sehen.
2. Während der Aktionen hat der VDS wieder eine gewisse Rolle auch in der Öffentlichkeit gespielt (nicht nur negativ). Das ist zu einem Teil zurückzuführen darauf, daß er in die bürgerliche Politik wieder etwas einbezogen wurde.
3. Der VDS ist finanziell ziemlich am Ende (Abschaffung der Asten in Baden-Württemberg, dem Münsteraner AStA wurde per Gericht auferlegt nur 1/4 der VDS-Beiträge zu bezahlen). Die Projektförderung aus öffentlichen Mitteln ist notwendig und wird von der SPD wohl befürwortet.

Das Gespräch

Der VDS-Vorstand beschloß 3 Themen: Allgemeines (Repression vor allem)
Hochschulgesetze
Soziale Lage
VDS-Förderung

Ali Schmeissner sollte über Repression was erzählen. Er legte seinen Entwurf kurz vor dem Gespräch vor (siehe Anlage). Die anderen Fraktionen (auch wir) haben dann zwar einzelne Punkte kritisiert und gesagt, Ali solle z.B. die

2

Passage mit dem "Stalinismus der nachkapitalistischen Staaten" ändern, das ganze kürzen und entschärfen. Es wäre aber notwendig gewesen, auf den Tisch zu hauen, wobei dann allerdings Axel und die BGs Terror gemacht hätten.
Wir hatten in Vorbereitungsgesprächen die Möglichkeit einer "gesiebten" Delegation bei den anderen Fraktionen eruiert, es war aber nichts zu machen. (Wir hatten angeboten, zusammen mit MSB, SHB, evtl Jusos die Nichtteilnahme Schmeissners, zusammen mit Jusos und BGs die Nichtteilnahme Möhlichs zu beschließen).
Am Beginn des Gesprächs hat Ali dann seinen Entwurf vorgelesen (Dauer etwa eine Viertelstunde). Die anderen Gesprächsteilnehmer wurden dabei leicht unruhig. Nach dem Ende von Alis "Vorlesung" erklärte Brandt, er ließe sich nicht in die Fresse hauen; er habe erwartet, sich, wie es im VDS-Brief stand auf einer sachlichen Ebene auseinanderzusetzen; Er ließe sich aber nicht vor ein Tribunal stellen. Außerdem hätten viele Millionen Bürger die SPD gewählt und würden derartigen Unsinn nicht billigen. Der weitere Gesprächsverlauf ist in Alis Dokumentation relativ gut dargestellt.

Die Katastrophe wird noch einmal verhindert

Nach dem Gespräch war erstmal Erleichterung (Brandt war nicht gegangen) einerseits und Betretensein andererseits (das Geld war weg und wenn das alles rauskommt) zu spüren. Auch Ali war ziemlich fertig.
Nachdem aber die Presse recht dürftig berichtete (der Artikel in der FR geht wohl auf eine Indiskretion Krollmanns zurück, wurde dann aber anscheinend abgeblockt), sah es vorerst so aus, als wäre halt eine behebbare Panne gewesen und bei der Gesprächsfortsetzung im Januar würde sich alles einrenken.
Ali hatte sich aber wieder erholt und schlug auch gleich zu.

Er legte den entsetzten VDS-Mitfunktionären eine Dokumentation (bis auf unwichtige Presseerklärungen und -berichte vollständig in der Anlage) über das Gespräch vor und teilte uns mit, er wolle das veröffentlichen.
Wir erklärten daraufhin, daß ein derartiges Vorgehen unabsehbare Konsequenzen ziehen würde. Das Hauptproblem liege darin, daß die Veröffentlichung von Aussagen wie "Brandt erklärte, er ließe sich hier keine in die Fresse hauen'", u.a. Brandt nach rechts diskreditieren würde. Es wäre für die Presse ein gefundenes Fressen, Brandt als jemanden hinzustellen, der nicht nur mit Kommunisten und Terroristen sich an einen Tisch setzt, um mit ihnen zu reden, sondern sich auch noch dabei von ihnen beleidigen und verurteilen läßt. Brandt wäre gezwungen, auch voll auf den VDS zu schlagen, was die Jusos und wir kaum aushalten könnten. Ali ließ sich zwar nicht beeindrucken, aber Axel Ickert erkannte den Ernst der Lage sehr wohl und verhinderte die Veröffentlichung. Wir hofften, daß damit der Fall vom Tisch wäre. Weil die ganze Sache sehr heiß war, haben wir auch verbandsintern nur sehr knapp berichtet (Blitzinfo 2).

Aus dem Fenster gehängt.....

Nachdem die SPD wahrscheinlich also im Januar dem VDS Projektförderung in Aussicht stellen würde, schien es uns an der Zeit, auch in der F.D.P. dafür zu arbeiten. Die Gelegenheit schien ziemlich günstig, da einige Leute dort wohl ähnliche Oberlegungen wie in der SPD anstellen (Integrationskurs). Auch für die wohl demnächst noch intensiver diskutierte punktuelle HRG-Novellierung sollte man den VDS bei der F.D.P. ins Gespräch bringen. Auf der Bundesvorstandssitzung in Bremen haben wir dann beim Gespräch mit Lahmann (neugewähltes Präsidiumsmitglied der F.D.P.) sowohl ein Gespräch zwischen F.D.P.-Präsidium und VDS.Vorstand vorgeschlagen wie auch die Forderung nach einer öffentlichen Förderung des VDS eingebracht. Lahmann sagte zu, dies mit den anderen Präsidiumsmitgliedern zu diskutieren. Sein bildungspolitischer Sprecher in der Bremischen Bürgerschaft, Müller von Groeling (VLA-Vorstandsmitglied, den meisten von Euch von der BDK bekannt) befürwortete in unserer Presseerklärung (siehe Anlage) den Gesprächsvorschlag und sagte zu, beide Probleme in die Sitzung der Fraktionsvorsitzenden von Bund- und Länderparlamenten positiv einzubringen. Auch über andere Kanäle war die Bereitschaft der Partei darüber ernsthaft zu diskutieren, signalisiert worden.

3

.....und rausgefallen?!?!?!?

Noch auf der Bundesvorstandssitzung in Bremen (montag mittag) erfuhren wir über dunkle Kanäle, daß auf dem VDS-MV-Vorbereitungsseminar der Basisgruppen am selben Wochenende in Marburg u.a. beschlossen worden war, Alis Dokumentation den Studenten und anderen interessierten Kreisen nicht vorzuenthalten.
Im Bundesvorstand war man einhellig der Meinung, daß wir hart drohen und notfalls harte Konsequenzen ziehen müßten. Und so ist es ja auch gekommen.
In Bonn erfuhren wir dann genaueres. Bei den BGs hatte sich Alis konsequente Linie durchgesetzt, zumindest auf diesem Seminar. Neben der Veröffentlichung dieser Dokumentation war außerdem die reformistische Politik des VDS in den Briefen an Willy Brandt, die Westdeutsche Rektorenkonferenz usw. verurteilt worden. Die BGler ließen sich in die integrationistische Politik der SPD nicht einbinden (siehe letzte Spalte im "Arbeiterkampf"artikel im Anhang). Der Text der dazu von den BGs beschlossenen Resolution liegt uns leider nicht vor, wird aber wohl bald im Hochschulinformationsdienst (BG-Blatt) und im Arbeiterkampf zu lesen sein.
Aufgrund dieser Neuigkeiten führten wir Gespräche mit den Jusos im VDS und waren uns ziemlich einig, daß wir uns eine Veröffentlichung nicht leisten könnten. Das teilten wir auch den BGs mit, worauf innerhalb der BGs Streit ausbrach. Die Veröffentlichung war aber beschlossen und mit dem Arbeiterkampf-Artikel teilweise auch erfolgt.

Wir kamen nach einer intensiven Beratung zwischen VDS-lhv-Vertretern und dem Bundesvorstand, sowie nach telefonischen Kontakten mit AStenvertretern und anderen lhvlern mit den Jusos überein, im VDS-Vorstand die Arbeit niederzulegen. Dienstag Nacht arbeiteten wir den Entwurf für eine Presseerklärung aus, in der wir unsere Gründe für diesen Entschluß darstellten. Am Mittwoch Mittag sollte dann in der SPD-Baracke unser Entwurf mit den Jusos abgestimmt werden, was in einen Zirkus ausartete. Nach ca 5stündigem Hinundher mußten wir weg. Die rechten Jusos (Baumann, Klimmek, Moser) hielten unsere Erklärung für recht gut und waren (auch aus innerverbandlichen Gründen) für einen harten Kurs. Die Stamokaps wollten zusammen mit MSB und SHB (die uns das auch quasi anboten) den Ali Schmeissner auf der Zentralratsitzung sozusagen für unzurechnungsfähig erklären und abwählen lassen. Die Antirevis meinten, das ginge alles zu weit; zwar sei das Vorgehen der Basisgruppen äußerst schädlich und man müsse die Arbeit im VDS niederlegen, man dürfe aber dazu nur eine sehr kurze und nichtssagende Erklärung herausgeben. Juso-Bundessekretär Rudolf Hartung (Jung Egon) meinte, man müsse integrieren, sonst würden die Jusohochschulgruppen auseinanderfallen. Er fürchtet wohl um seinen Posten beim nächsten Bundeskongreß und kann die Stamis bzw. zumindest für Stami-Positionen anfällige Kräfte nicht verärgern. Der Arbeitskreis Hochschule konnte sich nur auf eine Erklärung einigen, die die Einstellung der Arbeit im VDS-Vorstand bekannt gab aufgrund schwerwiegender Differenzen und über die ganze Sache müsse der Arbeitskreis Hochschule am Montag entscheiden.

Da es am Mittwoch schon zu spät war, wurde die Jusoerklärung auf den nächsten Morgen verschoben. Zuerst sollte eine gemeinsame Juso-lhv-Erklärung erscheinen, dann wollten wir uns aber nicht auf eine derartig nichtssagende Erklärung einlassen und die Jusos wollten uns sowieso austricksen, indem sie einerseits die Publizity hätten und andererseits gegenüber den BGlern als relativ solidarisch dastünden. Wenn wir die schärfere Erklärung brächten, wollten sie uns an den Hochschulen als die Rechten geißeln. Darufhinwaren wir in gewisser Weise ratlos und wollten konsequenterweise nichts unternehmen, was aber erhebliche Verwirrung hervorruf.

4

Bei den Basisgruppen war inzwischen der offene Krieg ausgebrochen. Wir und die Jusos wie Klimmek schätzten die Situation inzwischen so ein, daß es für die gemäßigten BGler besser sei, wenn der Konflikt im VDS jetzt inhaltlich durchgezogen würde. Deshalb kam es auch innerhalb der Jusos zum Eklat: Die zwischen den VDS-Jusos (außer und doch mit Hupka, aber das würde weitere 3 Seiten füllen und außerdem ist Freud nicht mein Hobby) und uns ausgehandelte Presseerklärung wurde von selbigen - statt mit dem Juso-lhv-Kopf jetzt mit dem VDS-Kopf versehen auf eigene Faust, das heißt entgegen dem Votum des Arbeitskreis Hochschule (entspricht unserem BHA), als gemeinsame Erklärung der Juso- und lhv-Vertreter im VDS herausgegeben. Am Donnerstag mittag konnte dann Hartung nicht mehr anders als seine labbrige Juso-Arbeitskreiserklärung schweren Herzens auch rauszubringen.
Nun war die Entscheidung endgültig gelaufen, lief auch durch den Rundfunk, die Erklärungen häuften sich. Die Jusos schrieben einen offenen Brief an die BGs, die GOler gaben eine Erklärung raus (siehe Anlage). Der Konflikt im VDS ist damit im VDS vorläufig beendet, er wird an den Hochschulen und auf der nächsten VDS-MV weitergeführt werden, v.a. aber wird sich ein Klärungsprozeß bei den Basisgruppen ergeben. Die Zukunft des VDS ist aufs Spiel gesetzt worden, zuerst von Ali, dann von uns; die Zukunft des VDS hätte aber ohne unsere konsequente Haltung noch viel schlechter ausgesehen.

nach dem Feuilleton mit dem gebotenen Ernst zurrück zur 'Politik'

Abgesehen davon, daß es in meinen Augen durchaus hochpolitisch ist, wenn man die ganzen Mauscheleien einmal fast schonungslos öffentlich macht, werden sich viele fragen, warum das notwendig war und ob das nicht rechts war und was den Funktionären einfällt, derartig einschneidende Maßnahmen ohne die erfolgte Zustimmung des Verbandes durchzuziehen.
Wenn einige lhvler die Erklärung Ali Schmeissners gegen Willy Brandt aufmerksam lesen, werden wenige sagen, daß Ali so unrecht nicht hat, wenn er auf Grund seiner individuellen Situation die BRD als zumindest tendenziell faschistoiden Staat sieht. Sie werden sagen, daß zwar einige oder viele Passagen bei Alis Vortrag unrichtig waren, daß aber eine derartig heftige Reaktion des lhv auf ein solches Papier völlig überzogen sei. Wenn man nur von der Analyse des Papiers ausgeht, so ist das richtig. Kaum jemand hätte großes Theater gemacht, wenn dasselbe Papier auf einer Vollversammlung vorgetragen wird oder von einer Basisgruppe veröffentlicht wird, obwohl das Papier einen völlig falschen Eindruck ergibt von der Situation in der BRD. Wer die Repression in einer bürgerlichen Demokratie nicht von den Zuständen in einem autoritären System (Frankospanien in den 60er Jahren) oder einer faschistischen Diktatur (Italien vor dem zweiten Weltkrieg) prinzipiell unterscheiden kann oder will, sollte sich um die Aufhebung seines eindeutigen Theoriedefizits bemühen und andererseits mit seinem Verstand sich mit der bürgerlichen Realität auseinandersetzen, auch wenn ihm das schwerfällt.

Die Hauptproblematik von Alis Vortrag liegt darin, zu welchem Zeitpunkt und wem Ali das vorgetragenhat. Die Situation war so, daß der VDS durchaus in die Integrationsstrategie von SPD und F.D.P. "eingebunden" werden sollte, weil diese Parteien befürchten, daß ihnen die Studenten nach links abdriften.
Man muß aber klar sehen, daß die Perspektive für dieses Abdriften nicht die ist, die mit den Zielen unseres Verbandes so einfach zu vereinbaren ist.
Diese Einbindung hat durchaus mehrere Seiten; es ist nicht zu leugnen, daß eine Verschiebung nach rechts beabsichtigt ist und die Gefahr dafür durchaus besteht. Andererseits kann es mit dem VDS nicht so weitergehen wie bisher.

5

Der VDS wird sich ganz fürchterlich ins Abseits stellen, wenn z.B. bei einer möglichen punktuellen HRG-Novellierung alle Änderungen als der Verschleierung der Durchsetzung kapitalistischer Hochschulreform dienend abgelehnt werden. Was ich meine, ist: wir müssen ohne Aufgabe der Grundpositionen und ohne Aufgabe unserer politischen Zielsetzung wieder eine Rolle in der bürgerlichen Politik spielen, damit wir einerseits arbeitsfähig bleiben und andererseits nicht Arbeit in eine Ebene der Politik stecken, die unter bestimmten Bedingungen den Sinn verliert. Arbeit im Dachverband hat momentan nur Sinn, wenn nach der Zeit oder zumindest während einer Pause der Massenaktionen neben Bewußtseinsschaffung (?) konkrete Verbesserungen der Lage der einzelnen Studenten erreicht werden können (Hochschulgesetze, soziale Lage). Nachdem nun soviel Druck geschaffen worden ist, wie überhaupt momentan erreicht werden kann (WS-Aktionen), und so wahnsinnig viel war das nicht, haben dabei Gespräche mit Parteien z.B. eine wichtige Rolle; nicht nur um jetzt dadurch konkrete Dinge zu erreichen, sondern auch, um politischen Einfluß zu behalten und auszuweiten.

Es besteht momentan für den VDS eine Sackgasse. Eine restriktive Handhabung der Bestimmungen im HRG zur verfaßten Studentenschaft, eine persönliche Haftbarmachung von Astenfunktionären usw. wird die Möglichkeiten für Hochschulpolitik in unserem Sinne erschweren, in einigen Fällen (BaWü, Bayern) fast unmöglich machen. Eine weitere Sperrung von VDS-Beiträgen wird nach BaWü den VDS finanziell derart an den Rand des Abgrunds treiben, daß ein Großteil von nicht unwichtigen Funktionen des Dachverbandes, die schon heute kaum wahrgenommen werden können (die Erarbeitung qualifizierter Gutachten zu Hochschulthemen kostet Geld), noch mehr wegfallen. Außerdem muß sogar die Existenz des VDS über ein Dasein im Keller des MSB Spartakus hinaus bezweifelt werden.

Wenn im lhv die Frage zur Strategie in letzter Zeit intensiv und kontrovers diskutiertworden ist, so ist das sehr zu begrüßen. Wenn der Verband in sei-

6

ner Mehrheit dazu neue Beschlüsse faßt, wäre das in meinen Augen sogar notwendig und zu begrüßen. Was wir uns aber nicht leisten sollten und auch nicht bieten lassen können, daß wir auf Grund unserer Mitarbeit im VDS, dem ein Teil unserer Mitglieder eher skeptisch gegenübersteht (kungelgremium, die Politik dort wird sowieso von anderen gemacht), in unserer Strategie tödlich getroffen werden; daß uns die mehr oder weniger begründete Meinung eines BG-Funktionärs zur Aufgabe von Grundpositionen zwingt.

DAS MUSSTE EINFACH MAL GESAGT WERDEN!

Es wird sicher schwierig sein, an den Hochschulen das so oder auch anders zu vertreten. Bei den Jusos wie bei den Basisgruppen kann uns ein solches Vorgehen nur nützen. Unsere Position zur VDS-MV wird so stark sein wie nie. Die Presseerklärung läßt vieles offen, sie ist so abgefaßt, daß sowohl eine Arbeitseinstellung bis zur MV wie auch darüberhinaus zuläßt. Die endgültige Entscheidung über das Vorgehen wird das BKT in Lüneburg treffen. Wir stehen zu unserem Vorgehen und werden das dort auch begründen.

Gericht kürzt VDS-Gelder

Fortsetzung von Seite 53

an, daß jeweils in der linken Presse brühwarm nachzulesen ist, welches Sümmchen es sich Willy Brandt etwa kosten läßt, daß die VDS auf die Unterstützung des Russell-Tribunals verzichten. So ging Ali Schmeissners Referat zur Repression in der BRD, das beim Brandt-Treffen vorgetragen werden sollte, als Zugeständnis an die Basisgruppen offensichtlich locker über den VDS-Vorstandstisch, obwohl es relativ weitgehende politische Positionen enthielt (das Referat, das jetzt als „persönlicher" Beitrag Schmeissners heruntergespielt wird, war in Wirklichkeit mit den Stimmen von Basisgruppen, Jusos und LHV gegen MSB/SHB verabschiedet worden).

„Entsetzen" (!) löste er jedoch bei seinen VDS-Mitfunktionären aus, als er nach dem Gespräch vorschlug, den Text zu veröffentlichen (vollständiger Abdruck in „Solidarität" Nr. 43). Die vom LHV geäußerte Befürchtung, Brandt damit vor der Rechtspresse bloßzustellen, ist natürlich eine vorgeschobene Argumentation (die weiß schon, was sie an ihrem Willy hat...). Weiter unten in dem Papier heißt es ganz richtig, *„daß w i r* (d.h. die Jusos und der LHV- Anm. AK) *uns eine Veröffentlichung nicht leisten* (konnten)". Denn bei entsprechender Öffentlichkeit in der Studentenschaft würde es nicht mehr möglich sein, diese *„behebbare Panne"* vom ersten Gespräch mit der SPD bei einem weiteren Treffen wieder *„einzurenken"*.

Es leuchtet ein, daß es für Liberale nicht gerade ratsam ist, vor aller Augen die Verteidigung demokratischer Positionen zum Handelsobjekt zu machen... Da wir gerade beim liberalen Selbstverständnis dieser LHV-Funktionäre sind, sollten hierzu auch die munteren Ausführungen zur Informationspolitik der Mehrheit des VDS-Vorstands gebührend gewürdigt werden: *„W e i l "* - nicht o b w o h l ! - eine Sache *„sehr heiß"* ist, wird *„verbandsintern nur sehr knapp"* berichtet. Daran läßt sich ungefähr bemessen, wieviel die ASten bisher von „heißen", also wesentlichen Vorgängen im VDS-Vorstand erfahren haben. Bekannt war diese Praxis ja eh, aber daß sie so offen ausgesprochen wird, verblüfft doch.

Offenbar hatten die LHV'ler bereits vor dem Brandt-Treffen in weiser Voraussicht ein 'ungutes Gefühl' gehabt. Daher hatten sie sich um eine *„gesiebte Delegation"* bemüht, wobei der interessierte Leser Aufschlußreiches über die Taktik dieser Leute erfährt. Mit MSB/SHB gegen die Basisgruppen- mit BGen und Jusos gegen den MSB.

War dieses Manöver auch zu durchsichtig, kann man einem solchen Vorgehen dennoch nicht jede Wirksamkeit absprechen, da es in der Unvereinbarkeitspolitik des MSB gegen links seine reale Basis hat.

Basisgruppen sollen gespalten werden

Für die LHV-Funktionäre steht fest, daß das angestrebte Zusammenspiel mit SPD und FDP bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des VDS-Vorstands nicht möglich sein wird. In aller Schärfe wird ausgeführt, daß für diese Strategie die Politik des linken Teils der BGen, (Basisgruppen) im VDS— Vorstand durch Ali Schmeissner vertreten, *»tödlich«* sei. Nachdem man es erst auf dem Weg versucht hatte, gegenüber den BGen nicht *»auf den Tisch zu hauen«*, hält man jetzt einen *»harten Kurs«* für richtig. Dies sei *»für die gemäßigten BGler besser«* in dem zu erwartenden *»Klärungsprozeß«*. Daß es diese »gemäßigten BGler« nicht nur im Wunschdenken des LHV gibt, ist wohlbekannt und wird von Axel Ickert, Referent der BGen und wandelnde Inkarnation des Opportunismus in den VDS, unermüdlich unter Beweis gestellt. Fraglich ist nur, ob die Situation innerhalb der BGen angesichts dieser Enthüllungen tatsächlich »besser« für ihn ist ... Da die Rechten den VDS- Vorstand jedoch a u s s c h l i e ß l i c h von Leuten seines Schlages besetzt sehen wollen, halten sie folgerichtig eine Spaltung der BGen für unabdingbar.

Auch wir halten einen Klärungsprozeß für wünschenswert. Noch nachdem die BGen auf ihrem Seminar vom 5. bis 8.1. in Marburg eindeutig die Veröffentlichung von Schmeissners Dokumentation beschlossen hatten, setzte Ickert alles daran, dies zu verhindern. Wollen die BGen glaubhaft die Politik einer linken Opposition in den VDS vertreten, was angesichts der Rechtswendung der übrigen Fraktionen immer dringender erforderlich ist, können sie sich nicht länger einen Vertreter leisten, der geradezu notorisch gegen Beschlüsse der BGen verstößt, und von Jusos und LHV gezielt für deren Spaltungsvorhaben eingesetzt wird.

Wenn d i e s die Politik der BGen werden sollte, können sie sich nur noch von ihrer eigenen Basis begraben lassen.

MSB fällt um

Der MSB gehört sicher nicht zu denjenigen, die Gespräche mit Brandt und die darin von der Mehrheit der VDS-Vertreter eingeschlagene Schacherpolitik ablehnen würden. Im Gegenteil dürfte er sich eher dem Ziel seiner bündnispolitischen Träume nahe sehen. Andererseits war der MSB bedachtsam genug, nicht gerade als erster Willy Brandt die Hand zu schütteln, um sich nicht vor den Studenten zu kompromittieren. So bezeichnete er sogar die Schmeissner- Dokumentation in seinen »Roten Blättern« als im wesentlichen richtig. Durch Jusos/ LHV unter Druck gesetzt, die gegen den MSB ebenfalls den Vorwurf erhoben, er mache *»das Gespräch mit den Parteien aus ‚Ideologiebornierthelt' unmöglich«* (ein völlig unbegründeter, aber wirkungsvoller Vorwurf!), machte der MSB schnell einen Rückzieher und erklärte die Veröffentlichung der Dokumentation durch die BGen für eine *»Provokation«*. Aber das soll ja häufiger vorkommen, daß die Revisionisten die Verbreitung der Wahrheit als »Provokation« empfinden ...

Um den Auszug der Juso- und LHV-vertreter abzuwenden, boten MSB/ SHB an, *»Schmeissner für unzurechnungsfähig* (zu) *erklären und abwählen* (zu) *lassen«*. Ein interessanter Vorschlag, gerade wenn man bedenkt, daß S. einen mehrheitlich vom VDS-Vorstand b e s c h l o s s e n e n Beitrag vorgetragen hatte. Das legt doch die Frage nahe, ob man sich bei MSB/ SHB schon um einen Platz in einer sowjetischen Psychiatrie gekümmert hat ?!

Den Spieß umdrehen!

Das gesamte Papier (der Verfasser Günter Frank ist übrigens VDS-Referent des LHV) trägt unübersehbar Rechtfertigungscharakter. Offensichtlich plagen die LHV- Spitze Zweifel, ob die Basis des Verbands den im Alleingang durchgezogenen Auszug aus dem VDS-Vorstand (*»ohne die erfolgte Zustimmung des Verbändes«*) hinnehmen wird. Man vermutet, daß die Reaktion der LHV-Vertreter in den VDS von den Mitgliedern als *»völlig überzogen«* empfunden wird. Auch der Hinweis, daß viele LHV'ler die VDS als *»Kungelgremium«* empfinden (da scheint es sich um »echte« Liberale zu handeln!), und die Bemerkung, daß im LHV in letzter Zeit verstärkt *»kontrovers«* diskutiert werde, sprechen eine deutliche Sprache.

Nicht anders verhält es sich bei den Jusos. Tatsächlich geht aus dem Papier klar hervor, daß die VDS-Vertreter der Jusos ihren eigenen Arbeitskreis Hochschule vor vollendete Tatsachen stellten, indem sie *»auf eigene Faust«* an die Presse gingen, um die *»Entscheidung endgültig«* zu machen. Die Rechten schätzen ein, daß es *»schwierig«* sein wird, *»an den Hochschulen das so oder auch anders* (!) *zu vertreten«* - ganz besonders in den gerade laufenden Studentenparlamentswahlen. Da sind doch überall »Klärungsprozeße« vonnöten !!

Die LHV- Funktionäre - die sich darin sicher mit ihren Juso- Partnern einig sind - drohen damit, die VDS zu verlassen, wenn der Dachverband nicht *»wieder eine Rolle in der bürgerlichen Politik spielt«*, da die VDS andernfalls für sie *»den Sinn verlieren«*. Dieses Erpressungsmanöver wird in schöner Deutlichkeit damit begründet, ihren *»politischen Einfluß zu behalten und auszuweiten«*. Wenn dies auch derzeit als wortstarke, aber kaum ernstgemeinte Drohung zu interpretieren ist, so ist doch klar, daß es mit Blick auf die im März anstehende VDS-MV darum geht, einen für die Zwecke der sozialliberalen Integrationspolitik brauchbaren (und damit für die Studenten u n b r a u b a r e n Vorstand durchzubringen. Damit haben sie den Bogen zweifellos erheblich überspannt. Nutzen wir das für »Klärungsprozesse«, um ein breites Bündnis für eine linke Opposition gegen diesen Kurs in den VDS zu schaffen!

Finale im Fall »Buback- Nachruf«

Göttingen: *„AStA begründet Mord an Buback"* – mit dieser Schlagzeile der „FAZ" begann im Mai letzten Jahres ein nationales Kesseltreiben auf den Göttinger AStA, der in der Studentenzeitung „Göttinger Nachrichten" (GN) einen Nachruf auf den Tod von Buback veröffentlicht hatte. Knapp ein Jahr später sollen die „Verantwortlichen" vor Gericht gestellt und wegen „Volksverhetzung" und „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener" abgeurteilt werden: alle vier Mitglieder der (vom Studentenparlament gewählten) GN-Redaktion sollen am 6. März als leibhaftige Sympatisanten auf der Anklagebank des Göttinger Landesgerichts Platz nehmen.

Die Anklageschrift gegen die vier billigt dem „Fall" ein *„starkes öffentliches Interesse"* zu, weil der „Buback-Nachruf" *„bundesweites Aufsehen und Empörung ausgelöst"* und *„in der Öffentlichkeit leidenschaftlich und kontrovers diskutiert"* worden sei. Der Grund für diese „leidenschaftliche Diskussion" – der Nachruf verherrliche Gewalt und rechtfertige das Buback-Attentat – findet sich in der Anklageschrift als strafrechtlich zu verfolgendes Delikt allerdings nicht wieder: die Staatsanwaltschaft verzichtet ausdrücklich auf den Anklagepunkt „Billigung von Straftaten" (also Billigung des Attentats); allerdings mit der bezeichnenden Begründung, gegenüber *„dem zu erwartenden Strafmaß wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung ... falle der zusätzliche Anklagepunkt: Billigung von Straftaten nicht mehr ins Gewicht"* und könne daher fallengelassen werden. Dies weist schon darauf hin, was dem Staatsapparat vorschwebt.

Inzwischen hat es mehrere sehr unterschiedliche Urteile gegeben. Während in Düsseldorf und Bonn die Herausgeber des „Buback-Nachrufs" freigesprochen wurden, da die Richter allein in dem Nachdruck keine „Billigung von Straftaten" erkennen konnten, wurden mehrere KBW-Mitglieder zu jeweils 6 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Zu bedenken ist jedoch, daß sowohl die Nachdrucker in Bonn als auch in Düsseldorf sich nicht ausdrücklich mit dem Inhalt des Artikels identifizierten (ohne sich allerdings auch nachdrücklich zu distanzieren). Sie verteidigten den Nachdruck als notwendige Solidaritätsmaßnahme, um den Fälschungen der bürgerlichen Presse entgegenzutreten. Im Gegensatz dazu stehen die Urteile gegen die KBW'ler, bei denen die Richter argumentierten, die bekannte Formulierung „Gründe gibt's genug, doch was bringt's" sei eine „Billigung" der Erschießung Bubacks. Zu erwarten ist, daß die Verantwortlichen für die GN mit demselben Strickmuster erledigt werden sollen.

Die Kampagne, die die Reaktion um den „Buback-Nachruf" angezettelt hat, lastet nun als Hypothek auf dem Gericht, wenn im März das gerichtliche Nachspiel dieses Sympathisantendramas aufgeführt wird. Ein Gerichtsentscheid, der die Angeklagten nicht hinter Gitter bringt, oder der auch nur geringfügig hinter die bereits von tausend (Presse-)Stimmen vollzogene Vorverurteilung zurückfällt, wäre faktisch das Eingeständnis, daß das im großen Stil betriebene Progrom gegen die Herausgeber des „Buback-Nachrufs" nicht einmal mit bürgerlichem Recht in Einklang zu bringen ist. Gleichzeitig hätte die versammelte Sympathisantenjagdgemeinschaft durch einen Freispruch eine endgültige Niederlage im „Fall Buback-Nachruf" kassiert, nachdem sie schon durch die eindrucksvolle Solidaritätskampagne mit dem Göttinger AStA ihre Grenzen bei der Liquidierung der freien Meinungsäußerung erkennen mußte.

Zweifellos bedeutet dieser Zugzwang eine erhebliche Gefahr für die Göttinger Angeklagten. Andererseits liegt hierin auch eine Chance für die Linke und die demokratische Öffentlichkeit, nicht nur eine Verurteilung der vier zu verhindern, sondern die Kläger selbst und ihre Methoden auf die Anklagebank zu zerren. Die Publizität, die dieser Prozeß nicht nur in der BRD erlangen wird, und die unverhohlen politisch begründete Anklage schaffen die Möglichkeit einer offensiven politischen Verteidigung in-und außerhalb des Gerichts, die für die praktische Verteidigung demokratischer Rechte einige Bedeutung hat.

Das Finale im Kampf um den „Buback-Nachruf" deutet sich auch in der Anklageerhebung gegen die 48 Professoren und Rechtsanwälte an, die den „Nachruf" im Sommer letzten Jahres dokumentiert hatten. Die Westberliner Staatsanwaltschaft hatte bereits Anfang Dezember gegen die 14 Westberliner Herausgeber der Dokumentation Anklage *„wegen Volksverhetzung, Staatsbeschimpfung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener"* („FR" vom 3.12.77) erhoben. Einen Monat später zogen die Staatsanwälte aus Bremen und Niedersachsen nach. Über die Zulassung des Verfahrens entscheidet *„wegen der Bedeutung dieses Falls"* („FR") die Große Strafkammer, deren Beschluß in den nächsten Tagen erwartet wird.

Das Verfahren gegen die Hochschullehrer hat allerdings *„große Bedeutung"*. Verglichen mit den *„postpubertären Ergüssen"* („Welt") einiger *„wildgewordener Studenten"* ist die *„offene Parteinahme für den verbrecherischen Terrorismus"* (CDU-Hasselmann) durch Professoren, die die „geistige Führungsschicht" der Nation formen sollen, ein politischer Skandal ersten Ranges. Die Dokumentation der Hochschullehrer war der „Beweis" für die Reaktion, daß sich an westdeutschen und westberliner Universitäten Hochschullehrer tummeln, die den *„geistigen Nährboden des Terrors düngen"* und die deswegen samt und sonders von den Hochschulen *„gescheucht"* werden müßten (Hasselmann). Die Strafverfahren gegen die Profs sollen dieses Versprechen einlösen.

Wenn in Göttingen allenfalls die Produkte der „Sympathisantenzucht" vor Gericht stehen, so sind mit den Profs stellvertretend die angeblichen „Ziehväter der RAF" angeklagt.

Die massive Solidaritätskampagne mit Peter Brückner und die angekündigte Hochschullehrer- Demonstration in Hannover zeigen jedoch, daß es der Bourgeoisie bisher keineswegs gelungen ist, die demokratische Opposition innerhalb der Professoren-und Assistentenschaft auszuschalten und sie nach dem Vorbild der Pestelschen *„Treueerklärung"* auf eine bedingungslose Staatsloyalität zu verpflichten. Diese Entwicklung schafft günstige Voraussetzungen für ein Bündnis zwischen allen von der „Sympathisantenhatz" Betroffenen. Für die anstehenden „Buback-Prozesse" sollte dieses Bündnis politisch und organisatorisch geschmiedet werden.

Schon im „ersten Gang" hat der Angriff auf den Göttinger AStA eine breite Solidaritätswelle nach sich gezogen, deren politisches Spektrum von Liberalen und Jusos bis hin zu den Spontis und kommunistischen Kräften reichte. Die in der Zwischenzeit verschärfte Repression nach der Schleyer-Entführung es, dieses Spektrum noch auszuweiten.

Darin liegen die Chancen, die Sympathisantenjagd gegen ihre Urheber umzukehren.

KHB Göttingen

SP-Wahlen Kiel: Bündnis gegen Rechts notwendig

Am 3. Februar finden an der Kieler Uni die Wahlen zum Studentenparlament und damit zum Asta statt. Gewählt wird nach einem Mehrheitswahlrecht (bei 21 Mitgliedern des SP hat jeder Student 11 Stimmen), wobei in der Regel die stärkste Liste gleichzeitig die Mehrheit im SP und damit den Asta stellt.

Schon im Dezember hatte die Juso-Hochschulgruppe, die jetzt den Asta stellt, angekündigt, nicht wieder zu kandidieren. Damit ist die Gefahr eines rechten Asta gewachsen. Denn die »Studenten für das Grundgesetz« (eine rechte Grupierung, die vor einigen Jahren mit dem damaligen Präsidenten Hattenhauer gegründet wurde, um den Linken das Wasser abzugraben) wurden schon bei den letzten StuPa-Wahlen zweitstärkste Gruppe. Die Gefahr wird dadurch noch größer, daß sich jetzt die »Studenten für das Grundgesetz« mit dem RCDS zu einer Liste zusammengetan haben, die den provokatorischen Namen »Demokraten 78« trägt.

Dem stehen 3 Listen von linken und liberalen Kräften gegenüber:
eine Liste des LHV, der allerdings nur sehr wenige Kandidaten aufstellen kann und wahrscheinlich eine zusätzliche Wahlempfehlung für Kandidaten auf anderen Listen geben wird; eine gemeinsame Liste von MSB, einigen Jusos und einigen GEW-Mitgliedern und die Fachschaftsgruppenliste.

Um die Aufstellung der Fachschaftsgruppenliste hatte es langwierige Auseinandersetzungen gegeben. Während der KBW (der in Kiel noch über einen gewissen Einfluß verfügt) ansonsten überall auf reinen KBW-Listen kandidiert (und durchfällt), setzte er sich in Kiel für eine FG-Liste ein und erhoffte sich so — mit Hilfe der an der Kieler Uni und auch in den Fachschaftsgruppen zahlreich vertretenen Ex-KBWler — eine Mehrheit auf der Liste ergattern zu können. Zugunsten dieses Kurses hatte er praktisch auf all seine Spezialforderungen verzichtet und in einer »Selbstkritik« seine bisherige Politik (Bafög) als »falsch und sektiererisch« bezeichnet. Die Spontis traten ebenfalls für eine Fachschaftsgruppenliste ein, wovon sie sich eine stärkere Basisorientierung des Asta versprechen. Beide Strömungen lehnten Bündnisgespräche — aus unterschiedlichen Motivationen — zwischen allen linken Kräften an der Kieler Uni ab.

Unser Vorschlag war eine gemeinsame Liste von Vertretern der Fachschaftsgruppen und der an der Uni arbeitenden linken und liberalen Organisationen. Am 16.1. faßte die Fachschaftsgruppen-VV dann einen Beschluß, der als Kompromiß gewertet werden kann mit Bündnismöglichkeiten und Chancen für die Verhinderung des Wahlsieges der Rechten. Auf der Liste sind jetzt jeweils ein Vertreter des KB, des SB und des KBW, der Rest sind Unorganisierte.

KB/Gruppe Kiel

Es bubackt weiter

Wegen Verunglimpfung des ehemaligen Generalbundesanwalts Siegfried Buback verurteilte das Schöffengericht Karlsruhe einen 39jährigen Strafgefangenen, der ohnehin schon 17 Jahre seines Lebens im Knast sitzen mußte, zu weiteren 21 Monaten. Sein „Verbrechen": Er hatte Buback in einem Brief an die Generalbundesanwaltschaft unter anderem als *„dreckigsten Meuchelmörder, stinkende Justizratte, Schwein und vollgefressener Iltis"* bezeichnet."
(nach FR vom 29.11.77)

Gutes Ergebnis für die Linke

Hamburg: Auch bei den diessemestrigen Wahlen zum Konvent (entspricht dem SP) an der Hochschule für (HWP) konnte die »Liste Demokratischer Kampf« (LDK, KB-Sympatisanten) ihre Position weiter ausbauen. Sie gewann insgesamt 23,7 % der Stimmen, was einen Zuwachs von fast 5% bedeutet. Für die Jusos endete die Wahl in einer Talfahrt: sie verloren fast 13%. Der SHB dagegen gewann 5%, der MSB 2,5%. Zusammenfassend sieht das Ergebnis folgendermaßen aus:
Jusos: 28,4% (41), 7 Sitze (7)
MSB: 24,5% (22), 6 Sitze (3)
LDK: 23,7% (19), 6 Sitze (6)
SHB: 23,3% (18), 6 Sitze (5)
(Zahlen in Klammern geben die Vorjahresergebnisse wieder. Die Veränderung der Sitzverhältnisse ergibt sich aus der Einführung eines neuen Wahlverfahrens).

Wie echt sind die „Ausgewählten Werke Mao Tse-tungs"?



Im März 1977 ist der 5. Band „Ausgewählten Werke Mao Tsetungs" in China erschienen mit einer in Aussicht genommenen Auflage von mehr als 200 Mio. Exemplaren; weitere Bände sollen folgen. Der 5. Band umfaßt den Zeitraum von der ersten Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (21.9.49) bis zum Treffen der Repräsentanten der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau (18.11.57) und enthält 70 Arbeiten.

Bei der Herausgabe aller uns zugänglichen autorisierten MaoTexte im Mai 1977 durch den Verlag ARBEITERKAMPF haben wir die Vermutung geäußert, daß es „noch zweifelhaft ist, ob nach dem Rechtsputsch vom Oktober letzten Jahres insbesondere die Texte zum Klassenkampf im Sozialismus und zur Kulturrevolution überhaupt vollständig und korrekt veröffentlicht werden sollen". Die bisherige chinesische Veröffentlichungspolitik soll nun mit Hilfe der im April erschienenen englischen Übersetzung des 5. Bandes näher untersucht werden.

Herausgabe des 5. Bandes jahrelang verschoben!

„Die Herausgabe des fünften Bandes der 'Ausgewählten Werke Mao Tsetungs' ist ein Ergebnis der siegreichen Zerschlagung der parteifeindlichen 'Viererbande' durch das Zentralkomitee der Partei mit dem Vorsitzenden Hua an der Spitze und ein Sieg des Marxismus über den Revisionismus. Um ihr konterrevolutionäres Ziel, die Usurpation der obersten Partei- und Staatsführung, zu erreichen, trat die 'Viererbande' in ihrem Wahnwitz gegen den großen Führer und Lehrer, den Vorsitzenden Mao, und die Maotsetungideen auf, störte mit gemeinen Mitteln auf jede erdenkliche Weise die Redaktionsarbeit und Herausgabe des fünften Bandes der 'Ausgewählten Werke Mao Tsetungs' und versuchte, die Leitung der Redaktion und Herausgabe der 'Ausgewählten Werke Mao Tsetungs' an sich zu reißen. Nach der Zerschlagung der 'Viererbande' im Oktober faßte das Zentralkomitee mit Genosse Hua Guofeng an der Spitze, das große rote Banner des Vorsitzenden Mao weiter hochhaltend, sofort einen Beschluß über die Herausgabe der 'Ausgewählten Werke Mao Tsetungs' und die Vorbereitungsarbeit für die Herausgabe des 'Gesamtwerkes Mao Tsetungs'. Die Leitung für die Redaktion und Herausgabe des fünften Bandes der 'Ausgewählten Werke Mao Tsetungs' wurde verstärkt". (1)

„Während einer langen Zeit entwickelte sich ein scharfer und heftiger Kampf in bezug auf die Veröffentlichung der Werke des Vorsitzenden Mao. Vor seinem Tode schenkte unser geliebter und geachteter Premier Chou der Veröffentlichung des Bandes V der 'Ausgewählten Werke Mao Tsetungs' große Beachtung... Jedoch wurden der Marxismus-Leninismus und die Maotsetunggedanken extrem gehaßt von Liu Schao-tschi, Lin Biao und der 'Viererbande'. Aus diesem Grunde unternahmen sie beständig Versuche, Intrigen gegen die Veröffentlichung der Werke des Vorsitzenden Mao zu spinnen und deshalb konnte der Band V der 'Ausgewählten Werke Mao Tsetungs' den breiten Massen nicht zu einem früheren Zeitpunkt zugänglich gemacht werden'. (2)

Wenn wir diese und ähnliche Tiraden ihrer Phraseologie entkleiden, dann bleibt im Kern die Aussage, daß sich die Herausgabe weiterer Mao-Werke wegen starker politischer Differenzen auf höchster Ebene jahrelang verzögert hat. Die jetzige Fassung des 5. Bandes der Ausgewählten Werke konnte erst erscheinen, nachdem man diejenigen Kräfte in der KPCh entmachtet hatte, die aufgrund der Kulturrevolution in führende Positionen aufgestiegen waren.

Diese grundlegenden Meinungsverschiedenheiten drücken sich auch darin aus, daß es bis zum heutigen Tage in China keine offizielle Geschichte der Kommunistischen Partei oder der Volksrepublik gibt, weil keine Vereinheitlichung in der Einschätzung der vorangegangenen Kämpfe und historischen Perioden erzielt werden konnte. Hierin gehört der Vorwurf, die „Viererbande" habe eine eigene Parteigeschichte mit dem Titel „Analyse der Klassen in Chinas sozialistischer Periode" schreiben wollen, als „*Basis für ihre zukünftige Politik". (3).*

Man geht gewiß nicht fehl in der Annahme, daß es auch bei den erwähnten Auseinandersetzungen um den 5. Band und andere Mao-Werke nicht bloß darum ging, ob der Band überhaupt erscheinen sollte, sondern eher um den aufzunehmenden Inhalt. Die Herausgabe des 5. Bandes ist somit zugleich ein Stück offizieller Geschichtsschreibung, für die es ja heute charakteristisch ist, daß sie keine überprüfbare historisch-materialistische Grundlage hat. Konkurrierende Einschätzungen werden entweder gar nicht erst diskutiert oder werden verdreht, die historischen Tatsachen werden im nachhinein „begradigt" oder total auf den Kopf gestellt nach dem Motto: die Partei hatte und hat immer Recht.

Am Sturz Lin Biaos haben wir beispielhaft aufgezeigt, daß mit ihm heute in China nach der gleichen Methode verfahren wird, die schon Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU gegen Stalin angewendet hat. Fehler und Verdienste werden nicht dialektisch gegeneinander abgewogen, sondern Lin Biao war eben ein „bürgerlicher Karrierist", „Intrigant" usw. von Anfang an, hat sich „in die Partei eingeschlichen" usw. usf. Wurden bis zum Tod Lin Biao's (1971) mehr und mehr historische Darstellungen veröffentlicht, in denen Lin Biao die größten militärischen Verdienste zugeschrieben wurden, so wird er inzwischen in allen Geschichten nur noch als militärischer Dilettant, Idiot und Feigling dargestellt, wobei sich am Ende bloß fragt, wie dieser Mann Verteidigungsminister und Stellvertretender Parteivorsitzender werden konnte. - Dafür werden heute die herrschenden Militärs und Parteifunktionäre in allen historischen Darstellungen groß herausgestellt, wobei z.B. auch jemand wie Ho Lung wieder zu Ehren kommt, der im Zeitraum der Kulturrevolution als „Unperson" überhaupt nicht mehr erwähnt werden durfte.

Das gleiche Muster gilt heute für die „Viererbande". Lenin hat diese Haltung im Kampf gegen die Menschewiki folgendermaßen beschrieben: *„Ein prinzipielles Argument des Gegners unbeantwortet lassen und ihm nur ,Pathos' zuschreiben heißt nicht diskutieren, sondern schimpfen." (4) "Das Geschimpfe verhüllt in der Politik nicht selten die völlige Prinzipienlosigkeit und Hilflosigkeit, die Ohnmacht, die wütende Ohnmacht der Schimpfenden". (5)*

Eine solche Herangehensweise macht vor der Autorität Mao Tsetungs nicht halt, sondern nutzt sie im Gegenteil für ihre Zwecke aus. Der 5. Band dient aus diesem Grund innenpolitisch - relativ unabhängig von seinem tatsächlichen Inhalt - gewissermaßen als Kronzeuge gegen die „Viererbande" zur Absegnung der Politik seit dem Rechtsputsch.

„Der Band V der 'Ausgewählten Werke Mao Tsetungs' ist von großer aktueller und weitreichender Bedeutung für die tiefgehende Entlarvung und Kritik der parteifeindlichen Clique Wang Hung-wen, Dschang Tschuntjiao, Djiang Tjing und Yao Wenyüan..." (6).

„Zur gründlichen Kritik der konterrevolutionären revisionistischen Linie der 'Viererbande' und zur Beseitigung ihrer schädlichen Wirkung und ihres üblen Einflusses in den verschiedenen Bereichen müssen sich die Menschen ideologisch wappnen. Deshalb gibt es derzeit einen neuen Aufschwung zum Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin und des fünften Bandes der 'Ausgewählten Werke Mao Tsetungs".(7)

"Wir müssen mit den Maotsetungideen als Waffe die konterrevolutionär revisionistische Linie der 'Viererbande' gründlich entlarven und kritisieren, die von ihr in Ideologie und Theorie verursachten Verwirrungen klären, jene Dinge, die sie verdreht haben vom Kopf auf die Füße stellen und klarstellen, was richtig und falsch an der politischen Linie ist und ihre giftigen Nachwirkungen und Einflüsse in allen Bereichen ausmerzen". (8)

Andererseits ist der 5. Band streckenweise zu einem Seiltanz zwischen der von Mao entwickelten Linie und den jetzigen innenpolitischen Verhältnissen geworden, bei dem die Glaubwürdigkeit und Politik der Parteiführung auf dem Spiel steht. Sowohl die abgedruckten Weisungen Maos zur freien Meinungsäußerung und zur freimütigen Debatte als auch seine Einschätzung der internationalen Lage anläßlich der Suez-Affäre sind nicht ohne Brisanz:

„Die drei Arten von Kräften sind: erstens die USA, die größte imperialistische Macht, zweitens Großbritannien und Frankreich, zweitrangige imperialistische Mächte und drittens die unterdrückten Nationen".

Die Redaktions- und Verlagskommision des ZK fühlte sich denn in der Einführung zum 5. Band auch gleich bemüßigt, folgende eigene Stellungnahme hinterherzuschieben: *„Den Veränderungen der internationalen Klassenbeziehungen entsprechend baute Vorsitzender Mao diese glänzenden Gedanken später zur wissenschaftlichen These von den drei Welten aus". (9)* Die "These der drei Welten" als "Ausbau" von Mao's Imperialismus-Analyse hinzustellen, ist ein wahrlich kühnes Unterfangen.

Zur Entstehung des 5. Bandes

„Vor der großen Kulturrevolution kontrollierte das bürgerliche Hauptquartier Liu Schao-tschis die Kultur- und Propagandaarbeit und widersetzte sich mit allen Mitteln Marxismus, Leninismus, Maotsetungideen. Seiner Anordnung zufolge durften ausgewählte Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin und die 'Ausgewählten Werke' von Mao Tsetung 'nicht in großer Zahl gedruckt' werden. Wegen der Obstruktionsmaßnahmen der Leute dieses bürgerlichen Zentrums konnten die Massen diese Bücher nur schwer bekommen." (10)

Erst durch den Aufschwung der Massenbewegung setzte sich das Studium der Werke Mao Tsetungs auf breiter Ebene durch. In den zehn Jahren seit der Kulturrevolution wurden die ersten vier Bände der "Ausgewählten Werke" in 225,8 Mio Exemplaren verbreitet, das ist das 21fache der Gesamtzahl in den ersten 17 Jahren nach Gründung der Volksrepublik! (11). Das "kleine Rote Buch", von Verteidigungsminister Lin Biao zunächst für den internen Gebrauch in der Armee zusammengestellt und später von den Roten Garden übernommen, erlebte Rekordauflagen. Damals bestand nicht nur ein breites Interesse an den ersten vier Bänden der ausgewählten Werke, die den Zeitraum bis 1949 erfassen, sondern auch an den Reden und Schriften Maos n a c h Gründung der Volksrepublik, die noch nicht in offizieller Version vorlagen. Einige Gruppen der Roten Garden durchstöberten deshalb auf eigene Faust (oder mit heimlicher Unterstützung der Gruppe Kulturrevolution beim ZK?) die Parteiarchive und druckten Reden Maos und was ihnen sonst noch wichtig erschien,nach. Diese Quellen, die sicher nicht nur der Linken zugerechnet werden können, bilden die Grundlage der später in den kapitalistischen Ländern erschienenen "Internen Mao-Texte". In den Vor- und Nachworten der Roten Garden zu diesen Texten heißt es u.a.:

„Im Prozeß der Edition und Drucklegung sind fehlerhafte Schriftzeichen und Auslassungen schwer zu vermeiden gewesen, weil wir das Maotsetungdenken noch nicht sehr gut studiert haben, die Materialquellen begrenzt sind und der größte Teil der Reden zudem noch nicht offiziell veröffentlicht wurde, weiter manches einen mehrmaligen Übertragungs-und Abschreibungsvorgang durchlaufen hat. Deshalb legen wir sie nur zum internen Studium vor, man darf sich nicht öffentlich auf sie stützen...
Daher hoffen wir, daß der Leser sie auf keinen Fall öffentlich benutzt oder nach außen weiterverbreitet und sie nur als internes Referenzmaterial verwendet. Wenn sie in Zukunft offen publiziert werden, dann hat der offiziell publizierte (Text) als Richtlinie zu dienen." (13)

Grundsätzlich zeigen diese Veröffentlichungen nicht nur jahrelange Versäumnisse in der gesamten Informationspolitik der KPCh auf, was natürlich den Rechten genützt hat, die nicht an einer offenen Debatte interessiert waren, sondern stellt darüber hinaus die Frage, inwieweit sich diese Partei vor der Kulturrevolution tatsächlich auf die Massen gestützt hat. Bei diesem Stand der Dinge sahen sich die Roten Garden offenbar teilweise zu illegalen Praktiken gezwungen, um stichhaltiges Beweismaterial gegen die "Rinderteufel und Schlangengeister" heranzuschaffen und die Massen zu mobilisieren. Das ging manchmal sogar so weit, daß, wenn eine Sitzung abgehalten wurde, sofort alles in den Blättern der Roten Garden stand, weshalb vor allem ihre Gegner zunehmend auf das Ansehen und die Disziplin der Partei pochten.

In dieser revolutionären Situation gab es Überlegungen, weitere "Ausgewählte Werke Mao Tsetungs" und andere Dokumente vorm IX. Parteitag der KPCh herauszubringen, der im April 1969 stattfand. In einer Rede von Chiu Hui-tso vom Dezember 67 heißt es: *„Die Vorbereitungen für den IX. Parteitag beinhalten:*

1. Die Veröffentlichung von Band V und VI der 'Ausgewählten Werke Mao Tsetungs.'
2. Vorbereitungen für die (Herausgabe einer - Übersetzer) *Geschichte des Kampfes zwischen beiden Linien, der gegenwärtig andauert.*
3. Vorbereitungen für die Sammlung und Herausgabe von 'Worten des Vorsitzenden Mao'.Die gegenwärtige Ausgabe der 'Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung' stammt aus Armee, und der Auswahlbereich ist relativ begrenzt. Zitate aus dem fünften und sechsten Band müssen in Zukunft eingearbeitet werden.
4. Die Neufassung des Parteistatuts und des Parteiprogramms ist in Arbeit. Parteiprogramm und Parteistatut der Vergangenheit verkörperten nicht die Gedanken Mao Tsetungs und trugen den schädlichen Einfluß der schwarzen 'Selbstzufriedenheit' in sich.
5. Eine weitere großartige Vorbereitung ist die Ausrichtung der Partei" (14).

Die Entwicklung des fünften (und sechsten) Bandes stellt sich demnach wie folgt dar: Die ersten Vorarbeiten in und unmittelbar nach der Kulturrevolution dürften unter dem maßgeblichen Einfluß der damals führenden Genossen im Ständigen Ausschuß des Politbüros gestanden haben: Lin Biao, Chen Po-ta und Kang Sheng. Nach dem Sturz Lin Biaos und Chen Po-tas standen die Vorstellungen der "Viererbande" gegen die jetzige Fassung. Obwohl wir keine gesicherten Angaben darüber machen können, inwieweit sich die konkurrierenden Fassungen konkretisiert haben, ist anzunehmen, daß die früheren Vorarbeiten teilweise in die jetzige Ausgabe eingegangen sind, denn der Zeitraum zwischen dem ZK-Beschluß zur Herausgabe (8.Oktober 1976) und der Drucklegung (März 1977) ist verhältnismäßig kurz.

Erschütternde Schlußfolgerung der ganzen Auseinandersetzungen ist wohl, daß es dem Genossen Mao Tsetung in seinen letzten Lebensjahren offensichtlich nicht mehr möglich war, maßgeblichen Einfluß auf die Herausgabe seiner eigenen Werke auszuüben. Man kann diese Tatsache sicherlich nur in Zusammenhang mit seiner Stellung in der chinesischen Politik der letzten Jahre insgesamt sehen.

Zur redaktionellen Arbeit

Für die ersten vier Bände war eine "Kommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas

Fortsetzung auf nächster Seite

Fortsetzung auf Seite 55

für die Herausgabe der "Ausgewählten Werke Mao Tsetungs" verantwortlich, deren personelle Zusammensetzung niemals bekanntgegeben worden ist. Ihre Editionstätigkeit ist insofern unproblematisch, als Mao sämtliche Texte durchgesehen und teilweise selbst redigiert hat. Das ist natürlich bei dem 5. Band (und den wahrscheinlich folgenden) nicht der Fall. Dieser leitet seine Autorität formal gesehen lediglich von der damit beauftragten ZK-Kommission ab, nicht aber von Mao selbst.

"Die Arbeit an der Herausgabe der 'Ausgewählten Werke Mao Tsetungs' und des 'Gesamtwerkes Mao Tsetungs' steht unter der unmittelbaren Führung des Politbüros des ZK der KP Chinas mit Genossen Hua Guofeng an der Spitze. Ein dem Politbüro des ZK unterstelltes Komitee für die Redaktion und Herausgabe der Werke des Vorsitzenden Mao Tsetung wird gebildet, welches für die konkreten Arbeiten von Sichtung, Redaktion und Herausgabe verantwortlich sein wird". (15)

Kennzeichnend für die heutige Editionstätigkeit ist, daß jeder Hinweis darauf, welche Texte von Mao durchgesehen worden sind und welche nicht, fehlt, um diese Problematik erst gar nicht zur Diskussion zu stellen. Auch wird nicht gesagt, welche Reden nur als persönliche Manuskripte und welche als ordentliche Protokolle vorliegen. Die ganze Aufmachung des 5. Bandes zeigt das Bestreben der Parteiführung, die Mao-Ausgaben in die Reihenfolge der ersten vier Bände zu stellen, um die Autorität der alten Ausgaben (und damit Maos selbst) auszunutzen und sich zum alleinigen Interpreten der Linie Maos zu machen.

Immerhin machte die alte ZK-Kommission konkrete Angaben über ihre Tätigkeit, während die zweiseitige redaktionelle Vorbemerkung des 5. Bandes über altbekannte Phrasen zur Arbeit Maos aus heutiger Sicht nicht hinauskommt. Die Editionsarbeit selbst wird dabei nur mit mageren fünf Zeilen am Schluß beschrieben, ohne die damit verbundene Problematik auch nur anzureißen. Die Kommission von 1951 war nur „für die Herausgabe" verantwortlich, während der 5. Band durch eine „Redaktions- und Verlagskommission" erscheint, die *„die Protokolle seiner Reden ... soweit notwendig, im Zuge der Redaktion technisch überarbeitet"* hat (16).

Was das wohl heißen mag, soll anhand der drei Manipulationsmöglichkeiten untersucht werden, die theoretisch bei der Herausgabe der „Ausgewählten Werke Mao Tsetungs" bestehen, nämlich:

1. Veränderungen im Text selbst,
2. Anmerkungen und Kommentare,
3. Gezieltes Auslassen bestimmter Texte.

Veränderungen im Original

Texte.

Veränderungen im Original

Bei den Werken Maos handelt es sich zum großen Teil um Reden, die mehr oder weniger frei gehalten worden sind. Mao hat beim Vortrag oft auf Fragen und Zwischenrufe seiner Zuhörer reagiert, wodurch sich Gedankensprünge, Abschweifungen, aber auch Ergänzungen ergeben haben. Zu den Schwierigkeiten, die dadurch für die Herausgabe in schriftlicher Form entstehen, kommt noch hinzu, daß Manuskripte, Protokolle und Aufzeichnungen teilweise im Laufe der Jahre abhanden gekommen sind.

Die chinesische Überarbeitung des vorhandenen Materials hat – allgemein gesagt – den Schwerpunkt auf die Wiedergabe des Inhalts gelegt, den Text geglättet und die Äußerungen des Publikums weggelassen. Dabei fielen auch derbe Aussagen Maos unter den Tisch, wie z.B. folgende:

„Zu solchen Leuten sollten wir offen sagen: Eure Dogmen sind vollkommen nutzlos. Gestattet mir eine Grobheit: sie sind weniger wert als Hundescheiße. Wie wir wissen kann man mit Hundescheiße die Erde düngen und mit Menschenscheiße die Hunde füttern. Was kann man mit Dogmen machen?" (17).

Wir halten die Überarbeitungen grundsätzlich für gerechtfertigt und notwendig, wenn sie sich um eine genaue Darstellung des Inhalts bemühen. Allerdings kann man das, was gemacht worden ist, auch nicht einfach nur – wie in der Vorbemerkung des ersten Bandes geschehen – als „stilistische Änderungen" bezeichnen, weil damit in gewisser Weise Mao in seiner Eigenschaft als kämpferischer Redner unter den Tisch fällt.

Was die inhaltliche Seite angeht, so verzichten wir bewußt auf einen Vergleich mit den „Internen Mao-Texten" und ziehen lediglich die bereits früher einmal autorisierten Texte heran, die im Verlag ARBEITERKAMPF als „Band V" gesammelt worden sind. Hier zeigt sich, daß die bereits veröffentlichten Texte im wesentlichen beibehalten werden, bis auf Manipulationen bei der Namensnennung, die den politischen Charakter der Redaktionsarbeit offenbaren.

Z.B. findet sich in „People's China" (Vorläufer der „Peking Rundschau") vom 1. Juli 1950 in einer Abschlußansprache Maos folgende Passage: *„Alle billigten den Bericht des Stellvertretenden Vorsitzenden Liu Schao-tschi und den Gesetzentwurf über die Agrarreform..."* (18). Der 5. Band macht daraus: *„Wir haben den Entwurf des Agrarreformgesetzes ... gebilligt"*, weil eine „Unperson" wie Liu eben niemals etwas richtig gemacht haben darf. Das gilt natürlich nicht für den inzwischen wieder zu Ehren gekommenen Teng Hsiao-ping, dessen Name gleich mehrfach in positivem Zusammenhang genannt wird: *„Wie Genosse Teng Hsiao-ping bemerkte..."* (Seite 319), *„Unser Generalsekretär der Partei, Genosse Teng Hsiao-ping..."* (Seite 377), *„Genosse Teng Hsiao-ping ging zur Universität und hielt eine Rede"* (Seite 353) u.a.m. (19).

Es ist an sich nichts gegen die Erwähnung dieses Herrn im 5. Band einzuwenden, denn das erklärt sich aus der damaligen Situation. Durch die Redaktionsarbeit erhalten diese Äußerungen aber ein besonderes Gewicht, weil ansonsten alle „Unpersonen" aus dem Text gestrichen wurden, so daß weder Lin Biao noch Tschen Bo-da oder die „Viererbande" irgendwo erwähnt sind. Rückblickend ergibt sich daraus ein interessanter zeitlicher Ablauf: Unmittelbar nach dem Rechtsputsch, spätestens mit Erscheinen des 5. Bandes im März 1977, war die Rehabilitierung Tengs vom Politbüro praktisch vollzogen und wurde dann ein halbes Jahr später auf dem XI. Parteitag der KPCh nur noch formell abgesegnet.

Im 5. Band wird außerdem ein teilweise merkwürdiger Umgang mit den Werken Mao Tsetungs deutlich: Da wird der Bericht Maos auf dem dritten Plenum des 7. ZK in mehrere Teile auseinandergerissen und als separate Artikel veröffentlicht, andere Reden erschienen früher in gekürzter Form, ohne daß dem Leser dies mitgeteilt wurde, einzelne Sätze wurden aus dem Zusammenhang gerissen und als „Weisungen" Maos herausgestellt.

Kommentare und Anmerkungen

Die ersten vier Bände enthalten zwei Arten von sehr genauen, z.T. seitenlangen Anmerkungen: Neben den politischen Erklärungen gibt es noch zusätzliche „Anmerkungen des Übersetzers", die für den ausländischen Leser eine zusätzliche Erläuterung bringen.

Demgegenüber enthält der 5. Band kaum politische Anmerkungen, sondern vorwiegend formale Erklärungen in sehr knapper Form. Selbst von den sechs Anmerkungen, die zu früheren Veröffentlichungen der Mao-Rede dern vorwiegend formale Erklärungen in sehr knapper Form. Selbst von den sechs Anmerkungen, die zu früheren Veröffentlichungen der Mao-Rede „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke" gemacht worden sind, erscheint im 5. Band nur noch die letzte. Dies deutet darauf hin, daß die Texte Maos im 5. Band, ohne Fragen zu erregen, aus dem konkreten Zusammenhang gerissen und als rein schematische Handlungsanweisung auf völlig andersartige Situationen übertragen werden können: Mit Mao gegen Mao. Das zeigt sich besonders an folgenden Weisungen Maos vom 19. Mai 1953:

„Von nun an können alle Dokumente und Telegramme, die im Namen des ZK versendet werden, nur dann abgeschickt werden, wenn ich sie durchgesehen habe, andernfalls sind sie ungültig. Ich bitte um Beachtung ... (2) Zu verschiedenen Gelegenheiten wurden Resolutionen, die auf vom ZK einberufenen Versammlungen gefaßt und von mir noch nicht durchgesehen worden waren, ohne Erlaubnis veröffentlicht. Das ist ein Fehler und ein Bruch der Disziplin" (Seite 92).

Es ist doch anzunehmen, daß Mao nicht allein wegen des Disziplinbruchs gewettert hat, sondern weil offenbar im Namen des ZK eine Politik gemacht werden sollte, die nicht in seinem Sinne war. Über Inhalt, Adressaten und Wirkung erfahren wir von der Redaktions- und Verlagskommission aber nichts. Aus der Überschrift geht lediglich hervor, daß Liu Schao-tschi und Yang Shang-kun die Herausgeber der nicht autorisierten ZK-Dokumente waren. Die Aufnahme dieser Weisung in den 5. Band bezweckt offensichtlich, die jetzt mit dem neuen Parteistatut eingeleitete, straff zentralistische Ausrichtung der KPCh mit Hilfe Mao Tsetungs ideologisch zu rechtfertigen.

Auch die Überschriften sind zumeist erst im Zuge der Editionstätigkeit erarbeitet worden, damit der Leser den wesentlichen Inhalt mit einem Blick erfassen kann. Wenn man aber genau hinsieht, fällt auf, daß die Überschriften des 5. Bandes nicht unbedingt den Kern von Maos Aussagen wiedergeben, sondern diesen in bestimmter Weise verändern.

So erscheint Maos „Bericht auf dem dritten Plenum des 7. KK der KPCh" vom 6. Juni 1950 in Form von zwei Artikeln. Einmal mit der Überschrift „Der Kampf um eine grundsätzliche Wende zum Besseren in der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Nation" (21), obwohl man auch diesen Teil als politische Erörterung der damaligen Lage insgesamt sehen muß. Der andere Teil wird unter dem — auch in anderen Artikeln groß herausgestellten — Motto „Nicht in alle Richtungen schlagen" vorgestellt. Innenpolitisch steht in der VR China dieses Motto heute für die Beschränkung des politischen Kampfes auf die „Viererbande", außenpolitisch für das Bündnis mit Reaktion und Imperialismus gegen den „Sozialimperialismus".

Auslassung bestimmter Texte

Es ist nirgendwo mal klar gesagt worden, nach welchen Kriterien die „Ausgewählten Werke Mao Tsetungs" eigentlich zusammengestellt worden sind. In der Vorbemerkung des ersten Bandes heißt es dazu: *„Auch die vorliegende Veröffentlichung ist nicht ganz vollständig"*. Das dürfte eine leichte Überhöhung sein, wenn man bedenkt, daß Sinologen für die Zeit bis 1949 immerhin 392 verschiedene Mao-Texte zusammengetragen haben, von denen die ersten vier Bände nur 158 enthalten.

Immerhin hatte Mao selbst Vorbehalte gegen die Verbreitung bestimmter Arbeiten. In der chinesischen Zeitung „Shih K'an" hat er sich z.B. 1957 gegen die Veröffentlichung seiner Gedichte ausgesprochen, weil er sie dichterisch nicht für überragend hielt und, da sie im klassischen Stil verfaßt sind, dadurch eine Stärkung der konservativen Kräfte fürchtete.

Über die ersten vier Parteitage der KPCh (1921 bis 1925) steht nichts in den Ausgewählten Werken. Zu den von 1927 bis 1957 nachgewiesenen vier Parteitagen, zwei Landeskonferenzen und 17 Plenartagungen der verschiedenen Zentralkomitees finden sich insgesamt nur neunmal Reden Maos, bei den Politbüro- und Ausschußsitzungen ist die Quellenlage ähnlich. Wir erfahren daher im Nachhinein wohl etwas über die Auseinandersetzungen in der KPCh, aber nicht darüber, was Mao auf den entscheidenden Sitzungen konkret gesagt hat. Das gilt ganz besonders für die Phase des Langen Marsches, in der er sich zeitweilig nicht durchsetzen konnte.

Was das Fehlen brisanter Dinge angeht, steht der 5. Band in der Tradition der ersten vier Bände. So haben wir für den Zeitraum 1949 bis 1957 ein Dutzend genau datierter Reden (z.T. in Auszügen) veröffentlicht, die im 5. Band ausgelassen worden sind. Das ist eine ganze Menge, wenn man bedenkt, daß wir uns ja auch nur auf autorisierte Quellen gestützt haben, die diese Texte früher einmal für so wichtig hielten, daß sie übersetzt wurden. Es handelt sich dabei vorwiegend um Äußerungen zu dem damals noch solidarischen Verhältnis zur Sowjetunion und zu Stalin. Die Altherrenriege in der Parteiführung hat darüber hinaus sehr weise für die Auslassung der Ansprache Maos bei einer Zusammenkunft chinesischer Studenten und Praktikanten in Moskau vom 17.11.57 gesorgt, in der es heißt: *„Die Welt gehört euch ebenso wie uns, aber letzten Endes gehört sie euch. Ihr jungen Leute seid voll Lebenskraft und blühender Jugend, ihr seid wie die Sonne um acht oder neun Uhr morgens. Alle Hoffnungen sind auf Euch gesetzt... Die Welt gehört Euch, Chinas Zukunft gehört Euch"* (22).

Es kommt bei der Auswahl der Mao-Texte also eine Reihe verschiedenartiger Gesichtspunkte zusammen. Mit der Herausgabe des 5. Bandes geht es der heutigen Parteiführung hauptsächlich darum, ihre Bemühungen um einen neuen „Großen Sprung nach vorn" durchzusetzen, bei dem im Unterschied zu 1958 die ganze politische Seite wegfällt (Veränderung der Produktionsverhältnisse, Fortführung des Klassenkampfes) und nur noch auf eine Steigerung des Wirtschaftswachstums orientiert wird.

Dabei ist der 5. Band wahrscheinlich sogar noch ein Vorbild an Echtheit, verglichen mit dem, was vom 6. und weiteren Bänden zu erwarten ist. Denn der 5. Band umfaßt ja nur den Zeitraum 1949 bis 1957, für den zum einen recht viele Texte bereits veröffentlicht worden sind, u.a. auch in ausländischen Übersetzungen, die sich nachträglich nicht ohne weiteres fälschen lassen. Zugleich ist dieser Zeitraum aber auch politisch aus der Sicht der neuen Machthaber nicht so besonders heikel. Komplizierter wird es werden, wenn in weiteren Bänden Themen zu behandeln sind wie:

— Die Auseinandersetzung um den Großen Sprung (bei der Deng Hsiao-ping auf der Seite Liu Schao-tschis stand);
— Maos Äußerungen zur Fortführung des Klassenkampfes Anfang der 60-er Jahre.
— Die Ausrichtungsbewegung in der Volksbefreiungsarmee 1959 bis 1965 unter Leitung Lin Biaos.
— Die Kulturrevolution und die nachfolgenden Klassenkämpfe, besonders der Kampf gegen den „Wind von rechts" (Deng Hsiao-ping).
— Maos Äußerungen zur Auseinandersetzung mit dem internationalen Revisionismus, zur Sowjetunion und zur internationalen Lage.

Zu all diesen Themen werden die beauftragten Fälscher des Politbüros zweifellos wüten müssen, um das von Hua & Co. gewünschte Bild herzustellen. Wegfallen müssen da vor allem sämtliche Äußerungen Maos, in denen etwas über die historischen Leistungen Lin Biaos, Tschen Bo-das und der „Viererbande" durchscheinen könnte. Wegfallen müssen sämtliche Äußerungen, in denen Mao sich zur Fortführung des Klassenkampfes, zu den Gefahren der Bürokratisierung und des Entstehens einer „Neuen Bourgeoisie" allzu konkret äußert. Hinzuerfunden werden müssen dafür Äußerungen Maos gegen den „Sozialimperialismus", gegen die „Viererbande", zur „Theorie der drei Welten" u.a.m., wozu ja seit dem Hua-Putsch auch schon eine ganze Reihe angeblicher Mao-Zitate aufgetischt worden sind. Diese schöpferische Tätigkeit werden Huas Fälscher gewiß erfolgreich fortsetzen.

Dieses Werk wird umso leichter gelingen, weil im Gegensatz zur Zeit des 5. Bandes (bis 1957) und darüber hinaus noch für die Zeit bis 1962 Maos Reden und Schriften aus der Zeit 1963 bis zu seinem Tod 1976 nur sehr spärlich veröffentlicht worden sind, angebliche Zitate sind oft nur auf mündliche Überlieferung berufen. Indem die Hua-Gruppe außerdem unmittelbar nach ihrer Machtergreifung angeordnet hat, in der gesamten Volksrepublik alle irgendwo vorhandenen Originalmanuskripte von Mao in der Parteizentrale zusammenzutragen — angeblich, um die Herausgabe einer Gesamtausgabe von Maos Werken vorzubereiten — sind die Voraussetzung zur Ausrottung aller heute unerwünschten „Mao-Tse-tung-Ideen" geschaffen.

ANMERKUNGEN

(1) PRu Nr. 17/1977, S. 6
(2) Radio Anwhei, nach SWB vom 19.4.77
(3) PRu Nr. 6/1977, S. 5
(4) Lenin: „Einige Bemerkungen zur 'Antwort' P. Maslows", Werke Bd. 15
(5) Lenin: "Über die politische Bedeutung des Geschimpfes"
(6) PRu Nr. 17/1977, S. 12
(7) PRu Nr. 37/38 1977, S. 47
(8) PRu Nr. 17/1977, S. 13
(9) PRu Nr. 17/1977, S. 30
(10) PRu Nr. 22/1976, S. 3
(11) siehe (10)
(12) entfällt
(13) zitiert nach „China aktuell", Sept. 1974, S. 565
(14) Survey of China Mainland Press, Nr. 4121
(15) PRu Nr. 42/1976, S. 4
(16) PRu Nr. 17/1977, S. 15
(17) Chin. Ausgabe von 1952, Bd. III, S. 842, zitiert nach Jerome Chen, „Mao Papers", S. 197
(18) Verlag Arbeiterkampf, Mao „Band V", S. 21
(19) siehe auch Seite 318, 344, und 375 der engl. Ausgabe
(20) entfällt
(21) siehe Anmerkung 18, S. 16ff
(22) siehe Anmerkung 18, S. 176

Diese Zusammenstellung bildet eine Ergänzung zu den in Pekinger Ver-



,,KPD" verschärft rechte Töne

Über das angebliche »Manifest« des ,,Spiegel" aus der DDR wurde von der vaterländischen ,,KPD" derart lautstark und langanhaltend gejubelt, daß man fast meinen müßte, sie hätten es selbst geschrieben. *»SED-Opposition rechnet ab!«*, lautete die erste Schlagzeile der ,,Roten Fahne" (4.1.78) und auch in der folgenden Zeit wurde immer von einem *»Manifest der SED-Opposition«* gesprochen.

Um die Echtheit des Dokuments machte sich die ,,KPD" sowieso keine Sorgen. Wer von Fälschung sprach, wurde gleich als *»pro-sozialimperialistisch«* oder als *»Beschwichtigungspolitiker«* entlarvt (vgl. u.a. ,,Rote Fahne", 18.1., S. 3). Offensichtlich ist die ,,KPD" ohne weiteres bereit, das erste beste »Dokument« einer angeblichen »Oppositionsgruppe« aus der DDR gierig und applaudierend aufzugreifen. Woher bezieht die ,,KPD" eigentlich ihre unumstößliche Gewißheit, daß an diesem »Manifest« und dieser »SED-Opposition« mehr dran ist als an der sogenannten »Sektion DDR der KPD/ML«, die von der ,,KPD" immer zu Recht als Phantasieprodukt betrachtet worden ist?

Das »Manifest« wurde mit allerhöchstem Lob in der »Roten Fahne« nur so überhäuft: Die Verfasser des »Manifests« hätten sich *»am klarsten und weitgehendsten«* innerhalb der DDR-Opposition geäußert; das »Manifest« sei *»weitgehender ... als andere veröffentlichte Stellungnahmen aus den Reihen der demokratischen Opposition der DDR«* (,,Rote Fahne", 4.1., S.3). Weitgehender als die Kritik von Bahro, muß man also schlußfolgern. Dem entspricht, daß Bahros Kritik, obwohl wesentlich fundierter und komplexer, in der ,,Roten Fahne" viel weniger herausgestellt wurde als das »Manifest« und auch deutlich unfreundlicher kommentiert wurde: Während am »Manifest« nur kritisiert wurde, es gebe darin *»einzelne ... illusionäre und zum Teil utopisch-reformerische Forderungen«* (,,Rote Fahne«, 4.1., S.1), mußte Bahro sich sagen lassen, er sei *»kein Marxist«* (,,Rote Fahne", 14.12.77, S. 4), seine Positionen seien *»klein-bürgerlich-utopisch und reaktionär«* (,,Rote Fahne", 4.1., S. 12) und sein Buch sei *»meilenweit entfernt von dem Anspruch, den es erhebt, Programmschrift für einen neuen Bund der Kommunisten zu sein«* [ebenda).

komplexer, in der ,,Roten Fahne" viel weniger herausgestellt wurde als das »Manifest« und auch deutlich unfreundlicher kommentiert wurde: Während am »Manifest« nur kritisiert wurde, es gebe darin *»einzelne ... illusionäre und zum Teil utopisch-reformerische Forderungen«* (,,Rote Fah-

Vom ,,Manifest" las man dergleich nicht in der ,,Roten Fahne". Dafür hieß es dort über die kleinen Mängelchen des ,,Manifests" versöhnend: *»Wir halten es... nicht für unsere Aufgabe, solchen Kräften mit dem Zeigefinger des besserwisserischen Oberlehrers entgegenzutreten«* (,,Rote Fahne", 18.1., Beilage).

Und woher diese Begeisterung ausgerechnet über das selbst in bürgerlichen Kreisen suspekte ,,Manifest" des ,,SPIEGEL"? Wegen der ,,nationalen Frage"! *»In dem Manifest ist eine klare, gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und gegen die Honnecker-Clique gerichtete Stoßrichtung erkennbar, die sich vor allem in einem eindeutigen Bekenntnis zur Wiedervereinigung Deutschlands auf unabhängiger Grundlage ausdrückt.... Diese Hauptstoßrichtung des Manifests wird von unserer Partei ausdrücklich unterstützt«.*

Liest man daraufhin das ,,Spiegel"-»Manifest«, so sieht man, daß die Passagen über die »Wiedervereinigung« zu den miesesten des ganzen Textes gehören. Was dort als »Wiedervereinigung« propagiert wird, ist nichts anderes, als der wirtschaftliche und dann auch politische Anschluß der DDR an eine kapitalistische BRD. Selbst die ,,Rote Fahne" konnte nicht umhin, zu den konkreten »Wiedervereinigungs«vorschlägen des »Manifests« anzumerken, sie bedeuteten *»eine gefährliche Unterstützung des westdeutschen Imperialismus und verkennen den Klassencharakter des westdeutschen monopolkapitalistischen Staatsapparates«* (,,Rote Fahne", 4.1., S.3). Dies wurde aber nur ganz beiläufig erwähnt und nicht wieder aufgegriffen!

Bedenkt man, daß die ,,KPD" gerade die Passagen zur »Wiedervereinigung« als das zentrale und fortschrittlichste Element des gesamten »Manifests« stets herausstellt, so zeigt sich, daß es der »KPD« offensichtlich nicht so sehr darauf ankommt, wie die Frage nach der »Wiedervereinigung« gestellt wird, sondern daß sie die Parole als solche schon für fortschrittlich hält.

Die ,,KPD" hat daher einige Schwierigkeiten, sich zumindest verbal — in Worten — von CDU/CSU, Springerpresse, Löwenthal usw. abzugrenzen, die sich mit ihrem Beifall für das ,,Manifest" und mit ihren »Wiedervereinigung«-Parolen in allzu offensichtlicher Übereinstimmung mit der ,,KPD" befinden. So phantasierte sich die ,,KPD" schnell zurecht, es sei doch nur ein *»sehr kleiner Teil der westdeutschen Bourgeoisie, der sich dieser Frage überhaupt noch anzunehmen wagt ... der größte Teil der politischen Repräsentanten des westdeutschen Monopolkapitals«* habe auf das Manifest mit einer *»kaum unterschiedenen Verleumdungslinie«* reagiert;*»die westdeutsche Monopolbourgeoisie und ihre politischen Repräsentanten sind für Ruhe und Bewegungslosigkeit, diese ,Politik der kleinen Schritte' in Deutschland. Ihr reaktionäres und imperialistisches Wesen äußert sich angesichts der wachsenden sowjetischen Bedrohung und Arroganz nicht mehr in ,Ostlanddritten' sondern gerade im Gegenteil: In der Anerkennung und Stützung des reaktionären Status Quo in Europa, in einer Duldung und sogar Förderung der sowjetischen Fremdherrschaft«* (,,Rote Fahne", 18.1., Beilage).

deutschen Monopolkapitals« habe auf das Manifest mit einer *»kaum unterschiedenen Verleumdungslinie«* reagiert;*»die westdeutsche Monopolbourgeoisie und ihre politischen Repräsentanten sind für Ruhe und Bewegungslosigkeit, diese ,Politik der kleinen Schritte' in Deutschland. Ihr reak-*

Das Geschimpfe über die angeblich in Sachen »Wiedervereinigung«, »Verteidigungsbereitschaft« etc. allzu schlappe westdeutsche Monopolbourgeoisie kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade das »Manifest« in der ganzen reaktionären Presse, bei der CDU/CSU usw. auf großen Beifall gestoßen ist und benutzt wurde, um die Debatte über die »deutsche Frage«, die »Ostpolitik« u.ä. wieder zu verschärfen.

Die reaktionäre Kampagne der ,,KPD" um das ,,Spiegel"-»Manifest« paßt zu anderen Äußerungen, die eine Wendung der ,,KPD" zu rechteren Tönen signalisieren. So war kurz vor dem Auftauchen des »Manifests« zu beobachten, daß die ,,KPD" voll in die Spionage-Hysterie der Bourgeoisie einstieg und ihrerseits noch ein paar Klopfer drauf gab. *»SPD-Politik begünstigt Moskauer Spionage!«* lautete die Schlagzeile der ,,Roten Fahne" vom 21.12.77. Im ,,Bayernkurier" stand's exakt genauso. *»östliche Langzeitagenten«*, so schrieb die ,,Rote Fahne", hätten in der BRD *»in den letzten Jahren ideale Arbeitsbedinggungen«*. Schuld daran seien die *»Appeasementpolitik«* (Beschwichtigungspolitik) der SPD und ihre *»Entspannungsillusionen«*, die sich *»als gefährlich und untragbar für die Bundesrepublik entlarvt«* hätten. Einmal im rechten Gleis eingefahren, scheute sich die ,,Rote Fahne" auch nicht, selbst den allerdümmsten Dreck der Springerpresse wiederzukäuen: Es sei *»keine abwegige Vermutung..., daß der KGB [Breschnews internationale Spitzel- und Agententruppe) über Kuba, Libyen und ,Carlos' Verbindungen zur internationalen Terroristenszene unterhält«* (alle Zitate aus ,,Rote Fahne", 21.12.77, S.1). Zu den CDU/CSU-Töne der ,,KPD" gehört es auch, daß sie der SPD/FDP-Regierung *»entwürdigende Unterwürfigkeit«* gegenüber der Sowjetunion und einen *»Kniefall vor Moskau«* vorwirft (,,Rote Fahne", 18.1.). Zu diesen Tönen gehören auch die — für einen Kommunisten lächerlichen — Klagen, die *»Spaltung der deutschen Nation«* sei *»nicht normal«*, und *»das deutsche Volk«* sei nicht bloß *»nationaler Unterjochung«*, sondern auch einer *»amerikanisch-atlantischen bzw. russisch-,internationalistischen' Gehirnwäsche«* ausgesetzt — was ja nun wirklich allzusehr an die faschistische Hetze gegen die »Umerziehung« erinnert (Zitate aus ,,Rote Fahne", 18.1., Beilage).

Sehr interessante Akzente setzt auch der Artikel über die italienische Regierungskrise ,,Rote Fahne" vom 18.1.78 (S.1 und S.8). In dem Artikel wird wild gejammert: fast alle größeren Städte Italiens würden schon von der KP (PCI) regiert; die PCI habe *»bereits einen großen Teil der wichtigsten Positionen«* in der Polizei besetzt; das von der PCI (und von der Sozialistischen Partei und von der revolutionären Linken!) geforderte Gesetz über die Zulassung einer Polizeigewerkschaft solle den Einfluß der PCI noch verstärken; auch in der Armee habe die PCI schon *»erfolgreiche Infiltrationsarbeit geleistet«*. Mit geradezu chilenischer Sicherheit behauptet die ,,Rote Fahne" weiter: *»Unter den gegenwärtigen Bedingungen hätte ein faschistischer Staatsstreich in Italien keine Chance - diejenigen, die ihn an die Wand malen, decken damit objektiv den Mantel über die Politik des ,schleichenden Putsches' durch die italienischen Revisionisten«.*

Die ,,Rote Fahne" kommt dann, wiederum ganz im Sinne von Imperialismus und Konterrevolution, zu der Behauptung, die *»Befürchtungen der USA-Imperialisten, eine Regierungsbeteiligung der PCI würde zu einem wachsenden sozialimperialistischen Einfluß im NATO-Land Italien führen«*, seien *»nicht unbegründet«*. Eine *»Machtergreifung«* der PCI würde für die »Sozialimperialisten« einen *»erheblichen Fortschritt in ihren Vorherrschaftsbestrebungen in Europa«* bedeuten (,,Rote Fahne", 18.1., S.8).

Die ,,KPD" ist in diesem Fall noch nicht soweit, daß sie irgendeine konkrete »Lösung« anbieten würde. In der Tendenz läuft aber alles auf eine Wiederholung oder Steigerung der widerlichen Hetze der ,,KPD" gegen den revolutionären Prozeß in Portugal hinaus. Damals unterstützte die ,,KPD", unterm Vorwand der »sozialimperialistischen und sozialfaschistischen Bedrohung« Portugals, den konterrevolutionären Putsch vom 25. November, die Verhaftung der fortschrittlichen Militärs und die Auflösung revolutionärer Armee-Einheiten, die Einbindung Portugals in die EG und NATO, die Wahl des reaktionären Präsidenten Eanes u.a.m.

In derselben Weise wird die ,,KPD" immer handeln, sobald sie irgendwo die Macht des Imperialismus für bedroht hält, weil sie die Niederlage des Imperialismus automatisch als Sieg des »Sozialimperialismus« begreift.

Am zutiefst reaktionären, konterrevolutionären und bei jeder Verschärfung der Klassenkämpfe direkt pro-faschistischen Wesen der Linie der ,,KPD" kann kein Zweifel bestehen.

Diese Linie wird aber immer wieder dadurch überdeckt, daß die ,,KPD" um nicht völlig aus den realen Bewegungen dieses Landes herauszufallen, Kompromisse mit demokratischen, fortschrittlichen Positionen eingehen muß — sei es in der Anti-AKW-Bewegung, im demokratischen Kampf, in betriebliche Auseinandersetzungen usw. Selbst das Russell-Tribunal, von der ,,KPD" zunächst als Hilfsdienst für den »Sozialimperialismus« angefeindet, wird von ihr inzwischen halb und halb unterstützt.

Mit diesem, zugegebenermaßen schmalen, Spielraum ist für kommunistische und demokratische Organisationen von Fall zu Fall immer noch eine Bündnispolitik mit der ,,KPD" möglich. Diese Bündnispolitik würde aber ihren Zweck verfehlen, wenn sie nicht immer auch die Zerstörung der reaktionären Linie der ,,KPD" als ein Ziel im Auge behalten würde. Jeder kleine Schritt der ,,KPD" nach rechts muß sofort gekontert, jeder kleine Schritt nach links sofort unterstützt werden.

»ML« - Internationale

„KPD"-Chef Semler hat eine Tournee zu verschiedenen „Bruderparteien" unternommen: Vom 5. bis 7. Januar war er bei der pro-faschistischen „PCP/ML" (Portugal), vom 8. bis 11. gels der auf die chinesische Führung orientierten „ML"-Organisatioenen dienen sollte. Hierzu ghören mit Sicherheit die pro-faschistische „PCP/ML" und die PCUd'I, mögli- *Theoretiker der Drei-Welten-Theorie „heben die zwischenimperialistischen Widersprüche hervor, indem sie die anderen wesentlichen Widersprüche unserer Epoche ignorieren. Auf diese*

»ML« - Internationale

„KPD"-Chef Semler hat eine Tournee zu verschiedenen „Bruderparteien" unternommen: Vom 5. bis 7. Januar war er bei der pro-faschistischen „PCP/ML" (Portugal), vom 8. bis 11. Januar bei der ORT (Spanien) und vom 12. bis 13. Januar bei der PCUd'I (Italien). Die veröffentlichten Kommuniques zeigen, daß beide Seiten die affige, mit Worten spielende „traditionelle" und fein abgestufte Ausdrucksweise der Revisionisten voll drauf haben: Die Gespräche mit der „PCP/ML", ganz alten Freunden der „KPD", *„fanden in einem Klima der brüderlichen Freundschaft und Solidarität statt"*; bei der ORT waren die Gespräche immerhin noch *„herzlich und fanden in freundschaftlicher und kämpferischer Atmosphäre"* statt, und bei der PCUd'I *„verliefen"* die Gespräche bloß *„herzlich und im Geiste des gemeinsamen Kampfes"*.

Nur über die Gespräche mit der „PCP/ML" geben die spärlichen Kommuniques Konkretes an: Man habe die Absicht „bekräftigt", in Lissabon eine internationale Konferenz „gegen den Sozialimperialismus" zu organisieren – genauer gesagt: diese ursprünglich schon für Januar geplante Konferenz ist verschoben worden. Man habe außerdem beschlossen, „Aktionen" gegen die KSZE-Konferenz und anläßlich des 10. Jahrestags der Invasion der CSSR durchzuführen.

Einiges spricht dafür, daß Semlers Reise nicht bloß die verzögerten Vorbereitungen zu der Lissabonner „ML-Konferenz" vorantreiben sollte, sondern daß sie auch dem engeren Zusammenschluß des rechtesten Flügels der auf die chinesische Führung orientierten „ML"-Organisatioenen dienen sollte. Hierzu ghören mit Sicherheit die pro-faschistische „PCP/ML" und die PCUd'I, möglicherweise aber auch die ORT, wie deren Kontakte zur – gleichfalls ultrarechten – AMADA vermuten lassen.

•

Im Gegensatz zu den bisher noch relativ zurückhaltenden Stellungnahmen der „KPD" ist die AMADA mit ihrem Kommentar zum Konflikt Kambodscha-Vietnam gleich in die Vollen gegangen. Sie behauptet, daß in der Partei der Arbeit Vietnams eine „nationalistische" Strömung die Oberhand gewonnen habe, und:*„Es wird immer deutlicher, daß die Ursache des Konflikts in dem Druck besteht, mit dem Vietnam Kambodscha in eine Indochinesische Föderation zwingen will"*, wohinter die Pläne der „Sozialimperialisten"(logisch!) stünden.*„Die russischen Revisionisten haben ihren Einfluß innerhalb der vietnamesischen Partei und des Staatsapparates so sehr ausdehnen können, daß Vietnam eine imperialistische Politik praktiziert, in direktem Interesse der russischen Weltherrschaftspläne"* („AMADA", 11.1.78).

•

Gegen die von der chinesischen Führung zur Generallinie der „marxistisch-leninistischen Weltbewegung" erhobene „Theorie der drei Welten" hat sich jetzt auch die „KP Kolumbiens/ML" zu Wort gemeldet:*„... Die Theoretiker der Drei-Welten-Theorie „heben die zwischenimperialistischen Widersprüche hervor, indem sie die anderen wesentlichen Widersprüche unserer Epoche ignorieren. Auf diese Weise wird der antagonistische und unversöhnliche Kampf zwischen den Kräften des Sozialismus und denen des Imperialismus ,vergessen' ...Es ist klar, daß die Perspektive der Revolution verlorengeht, wenn man zu der sogenannten dritten Welt unterschiedslos Länder mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen zählt, angefangen von den sozialistischen Ländern bis zu den reaktionären Regimen...Die Theoretiker der ,drei Welten' kehren dem Klassenkampf den Rücken und predigen die Kapitulation vor dem USA-Imperialismus, die Klassenversöhnung in jedem Land..."* (nach „Roter Morgen" 20.1.78).

•

Ein gemeinsames Kommunique haben kürzlich die ORT (Spanien) und die AMADA (Belgien) veröffentlicht („Amada", 21.12.77). Im Mittelpunkt des recht kurzen Textes steht ein Bekenntnis zur „Theorie der drei Welten" und zur engeren Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen. Für die AMADA bedeutet dieser Kontakt eine Aufwertung innerhalb der „ML"-Internationalen, da die ORT inzwischen direkte Beziehungen zur chinesischen Führung hat, während die AMADA bisher neben der von Peking protegierten PCMLB auf internationaler Ebene keine Beachtung gefunden hatte.

Euros und Hua-Fans kommen sich näher

Die Associazione Italia-Cina (Gesellschaft für italienisch-chinesische Freundschaft) hat 1977 erstmals auf dem Festival der ,,Unità" (Tageszeitung der ,,KP" Italiens, PCI) einen eigenen Stand aufbauen dürfen. In einem dabei verteilten Flugblatt bedankte sie sich für die ,,Gastfreundschaft" der PCI und stimmte zugleich Loblieder auf die chinesische Innen- und Außenpolitik, auf die neue Parteiführung und den Elften Parteitag der KP Chinas, auf die Konsolidierung und die Entwicklung der Produktivkräfte in der VR China an.

Der Weg zu diesem Gastspiel, das gewiß den Weg für weitere gebahnt hat, war freilich lang und hindernisreich. Mit vornehmer Zurückhaltung wurde das auch in dem auf dem Festival der ,,Unità" verteilten Flugblatt angedeutet: Es gebe ,,einige Leute", die der Meinung seien, daß sich in der VR China eine breite bürgerliche Restauration vollziehe. Dies habe auch für die Associazione Italia-Cina ,,Konsequenzen" gehabt. ,,Einige Leute" hätten an Stelle der ,,Freundschaft mit einem realen Land" die ,,ideologische Identifizierung mit einem theoretischen Modell" betrieben. Diese ,,zersetzenden Versuche" seien aber ,,abgeschlagen" worden. Der Nationalrat der Associazione Italia-Cina habe dies bestätigt.

Nebenbei erfährt man aus dem Flugblatt aber auch etwas über die tatsächliche Schärfe und Breite der Auseinandersetzung in der Associazione Italia-Cina nach dem Hua-Putsch vom 6.10.76. So heißt es in dem Flugblatt, daß die ,,zersetzenden Versuche" in Florenz die Associazione ihrer Räume beraubt hätten und daß die Verbindung der Ortsgruppe zur Landeszentrale der Associazione derzeit durch eine provisorische Ortsleitung gewährleistet werde.

Hinter der vergleichsweise bescheidenen Mitteilung steht die Tatsache, daß sich in der Associazione Italia-Cina nach dem Hua-Putsch eine Spaltung quer durch den Verband und quer durch die meisten Ortsgruppen vollzogen hat, wobei nicht klar auszumachen ist, wer in der Minderheit war und wer in der Mehrheit. Jedenfalls ist es zum Bruch zwischen den Hua-Fans auf der einen Seite und den Anhängern der PCd'I (ml) — Bruderpartei der ,,KPD/ML" — auf der anderen Seite gekommen, die früher die Associazione dominierten.

Daß dieser Bruch der Hua-Fraktion erstmals das Gastrecht bei der PCI eingetragen hat, nachdem diese der Associazione jahrelang eher feindselig gegenübergestanden hatte, deutet vielleicht auch eine positivere Haltung der chinesischen Führung gegenüber den Euro-Revisionisten an?

KBW: Geister-Stützpunkte en gros

Die phantastischen Erzählungen des KBW über Geister-„Stützpunkte" – d.h. über in Wirklichkeit gar nicht existierende Flottenstützpunkte des „Sozialimperialismus" – sorgten schon wiederholt für Heiterkeit. Nachdem sich seit längerem auf diesem Feld jedoch nichts mehr getan hatte, ist der KBW in seiner „KVZ" vom 2.1.78 wieder ganz groß eingestiegen, indem er die nebenstehend nachgedruckte Karte veröffentlichte. Die Überschrift über der Karte lautete in der „KVZ":

„Stützpunktinteressen der Sozialimperialisten im Kampf um die Weltherrschaft".

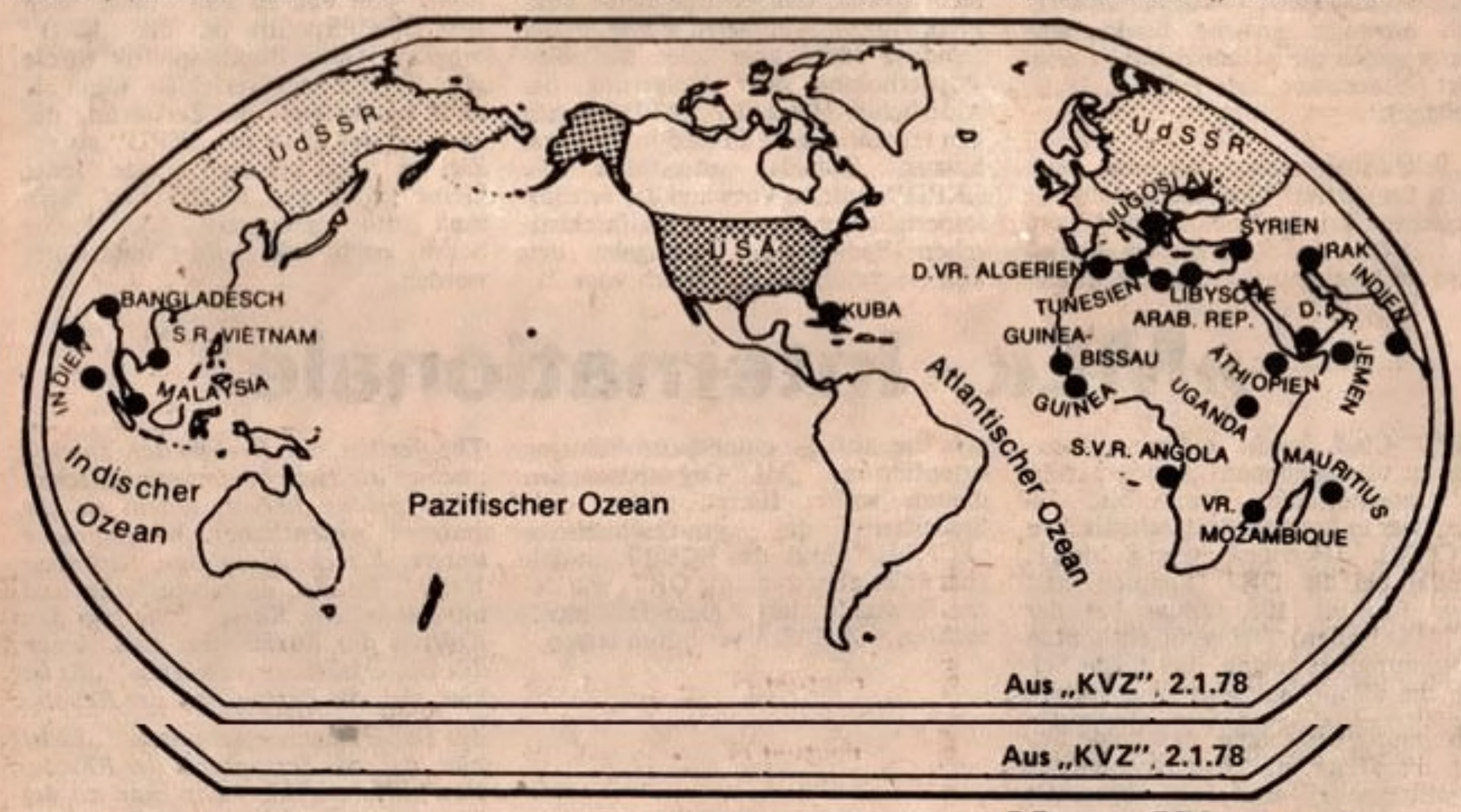
In dem kurzen Beitext unter der Karte heißt es dann noch etwas präziser; *„Die Karte zeigt aus US-imperialistischer Sicht, in welchen Ländern die Sozialimperialisten beabsichtigen, solche Stützpunktrechte zu bekommen . . .".* Auf die Angabe der Quelle, aus der die „KVZ" diese obskure Karte „aus imperialistischer Sicht" entnommen hat, wurde vornehm verzichtet.

Übrigens scheint der „KVZ" offensichtlich die imperialistische Sicht durchaus glaubwürdig und beweisfähig für die eigenen Märchen über das **„militärische Stützpunktnetz"** der „Sozialimperialisten". Ein Blick auf der Karte zeigt, daß hier nicht einmal mit den sonst üblichen Fälschermethoden angeblich existierende sowjetische Stützpunkte erfunden wurden, sondern daß einfach mit



größter Dreistigkeit verschiedenste Länder der „Dritten Welt" auf die imperialistische Speisekarte gesetzt wurden, bei denen mit viel Gelärm über angebliche sowjetische „Stützpunktinteressen" nur die Expansionswünsche der Imperialisten s e l b s t gerechtfertigt werden sollen.

Dem KBW behagt diese Speisekarte sichtlich. Von „Stützpunktinteressen" fabuliert es sich ja sowieso leichter als von konkreten und real existierenden Stützpunkten. Und da die Sowjetunion nun mal „sozialimperialistisch" ist, hat sie selbstverständlich auch „Stützpunkinteressen" in allen Teilen der Welt. Nur keine falsche Bescheidenheit! Wo bleiben z.B. die allseits bekannten „Stützpunktinteressen" der Sowjetunion in Portugal, in Spanien, in der Türkei, auf Zypern . . .? Auch die berüchtigten sozialimperialistischen Stützpunktinteressen auf der Insel G a n (Malediven) im Indischen Ozean, von wo aus die Sozialimperialisten mit ihren Fischereischiffen das harmlose US-Stützpünktchen Diego Garcia einkreisen wollen (siehe „Peking Rundschau", 15.11.77), wurden auf der in der „KVZ" veröffentlichten Karte nicht berücksichtigt. Da fehlt es doch einfach an der gegenüber der gefährlicheren Supermacht stets gebotenen vaterländischen „Wachsamkeit"!



Aus „KVZ", 2.1.78

Aus „KVZ", 2.1.78

Wenig Bier und viel Schaum: KBW zur „Theorie der drei Welten"

Die Dritte Welt ist heute eine Tatsache. Man kann sie nicht wegleugnen. Nicht einmal die Revisionisten können das. Die Frage ist nicht, ob es die Dritte Welt gibt oder nicht. Die Frage ist, wie man sich zur Dritten Welt und ihrem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus stellt, ob man ihr Streben nach Einheit in diesem Kampf unterstützt oder sabotiert".

Der KBW geht nicht darauf ein, daß die von ihm zitierten Vorwürfe gegen die chinesische Außenpolitik und die „Theorie der drei Welten" von der Partei der Arbeit Albaniens – und nicht von irgendwelchen Revisionisten und „Sozialimperialisten" – erhoben worden sind. Was die Polemik selbst angeht, so beschränkt er sich ganz auf die Frage der „Dritten Welt", als sei dies der ausschließliche oder zumindest der wesentliche Inhalt der „Theorie der drei Welten". In der Behandlung der „Dritten Welt" wiederum beschränkt der KBW sich ganz auf die treuherzige Beweisführung, daß es eine „Dritte Welt" g i b t , sowie auf die Behauptung, daß der Widerspruch zwischen den unterdrückten Nationen („Dritte Welt") und den unterdrückenden Nationen, vor allem „Supermächten", heute der Hauptwiderspruch in der Welt sei. Der KBW geht n i c h t ein auf die Beziehungen zwischen der „Dritten Welt" und der sogenannten „Zweiten Welt" (die imperialistischen Staaten, außer den „beiden Supermächten"), deren Zusammenschluß in der „Theorie der drei Welten" propagiert wird. Gerade dies ist einer der Hauptpunkte der „Theorie der drei Welten" und der albanischen Polemik dagegen.

Der KBW „übersieht" diesen für die Revolutionäre in der sogenannten „Zweiten Welt" w i c h t i g s t e n Punkt der „Theorie der drei Welten" natürlich nicht zufällig. Denn bisher hat der KBW immer noch eine eindeutige Kritik am Neokolonialismus der „Zweiten Welt" geübt, statt neokolonialistische Intervention und Aggression (Zaire, Ägypten, Somalia etc.) als „Zusammenschluß zwischen zweiter und dritter Welt" zu begrüßen, wie es die chinesische Führung tut. Im Gegensatz zur „KPD" hat der KBW bisher dritter Welt" zu begrüßen, wie es die chinesische Führung tut. Im Gegensatz zur „KPD" hat der KBW bisher auch eine eindeutige Stellung g e g e n die imperialistischen Kriegsvorbereitungen, insbesondere auch der BRD, bezogen, statt sich nach chinesischem Vorbild über angeblich mangelnde „Wachsamkeit" der Imperialisten und über „Beschwichtigungspolitik" zu beklagen.

Indem der KBW sich vorerst a u s s c h l i e ß l i c h auf die Frage der „Dritten Welt" bezogen hat, um seine Zustimmung zur „Theorie der drei Welten" öffentlich bekannt zu geben, hat er sich das für ihn bequemste Feld ausgesucht, auf dem er schon eine gewisse Vorarbeit geleistet hat. Man erinnere sich z.B. an seine Hetze gegen die MPLA in Angola oder gegen die Aufständischen in Zaire sowie auf der anderen Seite seine Beschönigung imperialistischer Agenten wie Mobutu, Idi Amin, Sadat, Numeiri u.a.m..

Einmal den Weg zur „Theorie der drei Welten" eingeschlagen, wird es dem KBW zweifellos nicht erspart bleiben, sich allmählich auch zu d e n Punkten dieser konterrevolutionären „Theorie" öffentlich zu bekennen, zu denen er bisher noch schweigt. Offenbar sollen die Anhänger des KBW s c h r i t t w e i s e an diese konterrevolutionäre „Theorie" gewöhnt werden. Dies unterscheidet sich vom Vorgehen der „KPD" oder auch der „KPD/ML", die seinerzeit ihren Übergang zur Politik der Vaterlandsverteidigung ihren Anhängern von einem Tag auf den anderen und im ganzen Stück vorgeklatscht haben. Trotzdem wird auch der KBW nicht vermeiden können, daß ihn die Übernahme der „Theorie der drei Welten" letzten Endes weitere erhebliche Einbußen an Sympathisanten und Umfeld kosten wird. Hocherfreulich!

Leicht ist es dem KBW offenbar nicht gefallen, diesen öffentlichen Schritt aufs dünne Eis zu vollziehen. So entfaltet er in seiner „KVZ" vom 16. Januar weitschweifige Ablenkungsmanöver über die OPEC (Organisation Erdöl-exportierender Länder) und über die „Dritte Welt", bevor er nach gut anderthalb Seiten Drumrumgeschreibe ganz am Schluß des Artikels endlich zur Sache kommt: *„Gegenwärtig wird ein großes Geschrei erhoben gegen die angeblich revisionistische Konzeption der drei Welten, die von der Kommunistischen Partei Chinas unter der Führung Mao Tse-tungs ausgearbeitet worden ist. Es ist viel davon die Rede, daß diese Konzeption den Klassencharakter der Staaten negiere, daß sie den Widerspruch zwischen Imperialismus und Sozialismus leugne und daß sie die Arbeiterklasse von der proletarischen Revolution abhalten wolle. Es wird behauptet, die Dritte Welt sei ein Be- volution abhalten wolle. Es wird behauptet, die Dritte Welt sei ein Begriff, mit dem Staaten unterschiedlichster Art in einen Topf geworfen werden. Die Volksrepublik China wolle mit dieser Theorie ein Bündnis mit den US-Imperialisten rechtfertigen usw.*

Wie just im letzten AK (Nr. 120) vorausgesagt, hat nun auch der KBW sein Verhältnis zur sogenannten „Theorie der drei Welten", der Grundlage der reaktionären chinesischen Außenpolitik, öffentlich geklärt: Der KBW ist dafür!



Leichte Verstimmung zwischen »KPD« und KBW

Unter der Überschrift **„Ein gutes Dokument"** veröffentlichte der KBW in seiner „KVZ" vom 16.1.78 eine gemeinsame Erklärung von KBW und „KPD" zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen. Die Bilder der „KVZ", mit denen das „Dokument" dekoriert wird, zeigen die historische Einordnung des „Dokuments": Neben einem Foto von der „ML"-Demonstration gegen die Verbotsdrohungen am 8.10.77 in Bonn ist eine Graphik von den Kämpfen der Pariser Commune und ein Foto von bewaffneten Sowjetmilizen am Vorabend der Oktoberrevolution zu sehen. So kann man schon am lay out anschaulich machen, daß man nicht alle Tassen im Schrank hat.

Das „historische Dokument" enthält außer allgemeinen Bekenntnissen zur Diktatur des Proletariats und zur Zusammenarbeit „KPD"-KBW folgende knappe konkrete Vereinbarungen:

–Man werde sich im Hamburger Wahlkampf *„gegenseitig unterstützen"*.

–Man werde die Stimmen für die Listen von „KPD" und KBW als Stimmen für die g e m e i n s a m e Sache verstehen.

–Man werde bei den Bezirksverordnetenwahlen keine Kandidaten gegeneinander aufstellen.

Eine Fußnote der Redaktion gab bekannt, daß inzwischen die „KPD" ihre Unterschrift unter das „historische Dokument" zurückgezogen hat: Das ZK der „KPD" habe beraten und Einwände erhoben, und zwar speziell gegen die Festlegungen zum konkreten Vorgehen bei den Wahlen. Der redaktionellen Fußnote war außerdem zu entnehmen, daß die „KPD" darum gebeten hatte, den Text erneut zu diskutieren. Nichtsdestotrotz habe sich die „KVZ"-Redaktion enschlossen,*"die Erklärung, so wie sie vereinbart worden ist"*, zu veröffentlichen. Dies sei richtig, weil es notwendig sei...

Die „KPD" reagierte mit einem Offenen Brief an das ZK des KBW, veröffentlicht in der „Roten Fahne" vom 18.1.78. Mit der Veröffentlichung des „Dokuments", trotz Widerruf der „KPD", habe der KBW *„getroffene Vereinbarungen gebrochen und die Prinzipien einer solidarischen, gleichberechtigten Verhandlungsführung grob gebrochen... Objektiv war Euer Vorgehen spalterisch und gegen die Bemühungen um die Einheit der Marxisten-Leninisten gerichtet".*

Die „KPD" werde sich jedoch dadurch nicht irre machen, sondern sei weiter zu Verhandlungen bereit.

Die konkrete Kritik der „KPD" an dem ursprünglich vereinbarten „Dokument" bezieht sich darauf, daß dieses im Prinzip parallele Kandidaturen von KBW und „KPD" und lediglich Absprachen zwischen „KPD" und KBW vorsieht (entsprechend den alten Vorschlägen des KBW), während die „KPD" auf die **„Bildung einer gemeinsamen Wählerinitiative"** zu den Hamburger Wahlen hinaus will, die über die Reihen von „KPD" und KBW hinausgehen soll, aber zu deren Minimalplattform der „Kampf gegen die Unterdrückung in b e i d e n deutschen Staaten" gehören soll. Im Gegensatz zum KBW, der mehr auf Zweisamkeit mit der KPD aus ist, betont diese außerdem ihre Absicht, sich *„an a l l e fortschrittlichen Kräfte (zu) wenden, zu den Hamburger Wahlen gemeinsam vorzugehen".*

Es handelt sich also um den alten, vorprgrammierten Konflikt zwischen der stur sektiererischen Linie des KBW und den komplizierten Versuchen der „KPD", ihren vaterländischen Ramsch mit einer realistischen Bündnispolitik in Einklang zu bringen.

Schmierers scheinbar geschickter Schachzug, die „KPD" durch die Veröffentlichung des „Dokuments" bloßzustellen und unter Druck zu setzen, dürfte sich letztlich als Bumerang erweisen. Es wäre nicht verwunderlich, wenn dieses Vorgehen auch mit internen Auseinandersetzungen innerhalb der KBW-Spitze um den weiteren Kurs gegenüber der „KPD" zu tun hätte. Der nächste „Kampf zweier Linien" kommt bestimmt!

Huas Wunsch: Bundeswehr nach Norwegen!

Im Zeichen der »Theorie der drei Welten« gestaltet sich die chinesische Außenpolitik immer wahnwitziger:

»Nur« 480 Soldaten der Bundeswehr sollen in diesem Jahr an Manövern in Norwegen teilnehmen. Ursprünglich hatte dieses Kontingent erheblich aufgestockt werden sollen. Dagegen hatte es aber breite Proteste in der norwegischen Bevölkerung gegeben, wo man die Zeit der Nazi-Besatzung noch nicht ganz vergessen hat und wo man eigentlich überhaupt die Bindung des Landes an EG und NATO weithin nicht gerade mit Sympathie sieht. Protestiert hatte gegen eine stärkere Manöver-Beteiligung der Bundeswehr auch die Regierung Finnlands. Protestiert hatte schließlich auch die Sowjetunion.

Ungeachtet des scheinbaren Zurückweichens der norwegischen Regierung vor den Protesten soll es aber dabei bleiben, daß bis 1980 Bundeswehr-Einheiten voll in die sogenannte »NATO-Feuerwehr« in Norwegen integriert werden sollen. 1500 von 5000 Soldaten der »NATO-Feuerwehr« in Norwegen sollen dann aus der BRD kommen. (Angaben lt. „Süddeutsche Zeitung", 20.1.78).

Der Vorfall rief die chinesischen Außenpolitiker auf den Plan. So kann man nun in der „Peking Buntschau" vom 17.1.78 lesen: *»Was steckt hinter Moskaus Angriff auf Norwegen?«*. Im Artikel wird mit gewohnter Breite und Phantasie die angebliche Bedrohung Norwegens und Nordeuropas durch die Sowjetunion geschildert und sodann geschlußfolgert: *»Unter diesen Umständen ist es nur natürlich, daß Norwegen, Dänemark und andere nordeuropäische Länder ihre Landesverteidigung verstärken und gemeinsam mit anderen NATO-Staaten Manöver zur Erhöhung ihres Verteidigungsvermögens im Interesse ihrer Unabhängigkeit und Sicherheit durchführen«*. Daß im Text die BRD — es kann überhaupt niemand anderes gemeint sein! — mit *»...und andere nordeuropäische Länder«* umschrieben wird, läßt möglicherweise auf einen Rest von politischem Schamgefühl beim Verfasser schließen

Offener Brief an die „KPD/ML"

Liebe Genossen, ihr versteht gewiß unser Erstaunen, als wir in eurer „Grußadresse" (siehe „Roter Morgen", 6.1.78) lasen, daß die Außenpolitik der chinesischen Regierung *„schon seit Jahren ... innerhalb der kommunistischen Weltbewegung und unter den revolutionären Arbeitern heftig diskutiert"* wird, und daß euch *„ein schwerer opportunistischer Fehler"* unterlaufen sei, *„diese konterrevolutionäre Politik"* unterstützt und gerechtfertigt zu haben. Als Anlässe, die *„von den revolutionären Arbeitern mit Empörung aufgenommen worden"* seien, nennt ihr in eurer „Grußadresse": Unterstützung der NATO und der EG, Gewährung von Krediten an das faschistische Regime in Chile, der Besuch von Strauß und verschiedenen Bundeswehrgenerälen in der VR China.

Euch ist bekannt, daß der Kommunistische Bund bereits im Herbst 1973 umfassend die Entwicklung der chinesischen Außenpolitik analysiert hat und dabei zu denselben Schlußfolgerungen gelangt ist, für die i h r vier Jahre länger brauchtet. Euch ist vielleicht auch bekannt, daß wir deswegen in einer Broschüre Eurer Organisation als *„konterrevolutionäre Trotzkisten"* bezeichnet wurden. In dieser 1976 erschienenen Broschüre behauptete eure Organisation u.a.:

— *„Die chinesische Außenpolitik ist eine große Hilfe für die Völker"* (Seite 25). Kritik an der chinesischen Außenpolitik sei konterrevolutionär.

— Zu unserem schon Anfang 1975 mit Tatsachen belegten Hinweis auf außenpolitische Differenzen zwischen Albanien und der VR China heißt es in der Broschüre: *„Auf unverschämte Weise versuchen sie* (gemeint ist der Kommunistische Bund), *China und Albanien gegeneinander auszuspielen, obwohl gerade diese beiden Länder eine prinzipienfeste Einheit bilden, auch in der Einschätzung der Weltlage"* (Seite 25).

— Zu unserem Hinweis auf das Bestehen unterschiedlicher Strömungen in der KP Chinas heißt es in der Broschüre: *„Damit wollen sie* (gemeint ist wiederum der Kommunistische Bund) *ausdrücken, daß es in der KP Chinas Fraktionen gebe und konterrevolutionäre Leute, die Politik machen können, wie sie wollen. Das zeigt ihr Verständnis von einer kommunistischen Partei, ist eine Intrige und liegt auf der gleichen Ebene wie die bürgerlichen Dreckschleudern ..."* (Seite 23).

Wir stellen heute fest, daß ihr offensichtlich in allen damals von euch bestrittenen Punkten inzwischen zu denselben Einschätzungen gelangt seid wie wir. Darum zweifeln wir auch nicht, daß ihr demnächst so weit sein werdet, erstmals eure Haltung zu den Ereignissen nach dem Tode Mao Tsetungs und der Ausschaltung der „Viererbande" im Herbst 1976 öffentlich darzulegen, und daß ihr dabei im wesentlichen zu denselben Schlußfolgerungen kommen werdet, die wir bereits im AK 91 (18.10.76) gezogen haben. Es dauert offenbar bei euch alles nur etwas länger. In ein, zwei Jahren könntet ihr dann vielleicht sogar soweit sein, eure Einschätzung über die Vorgänge um das Ende Lin Biaos (September 1971) zu korrigieren und euch auch in dieser Frage den seit langem bekannten Einschätzungen des KB anzuschließen.

Wir meinen, daß man euren Lernprozeß vielleicht etwas abkürzen könnte, indem sich verantwortliche Genossen eures ZK einmal unverbindlich mit uns beraten. Wir bitten euch um Antwort, am besten auch gleich einen konkreten Gesprächsvorschlag mit Termin.

Dieser Brief wird im nächsten ARBEITERKAMPF veröffentlicht werden.

Mit kommunistischem Gruß
LG des Kommunistischen Bundes

„Friedlicher Weg"? — Selbstkritik der KP Chiles

Das hat lange gedauert: Unter dem Titel „Einige Lehren aus den Ereignissen in Chile" berichtete die DKP-Zeitung „UZ" am 13. Januar 1978, die Führung der KP Chiles habe Anfang 1977 in der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus" (Prag) eine Selbstkritik zur Frage des sogenannten „friedlichen Weges" veröffentlicht – immerhin schon rund dreieinhalb Jahre nach dem faschistischen Putsch.

Die Auszüge, die die „UZ" jetzt aus einem Anfang 1977 erschienenen Artikel von Volodia Teitelboim — Mitglied der Politischen Kommission des ZK der KP Chiles — abdruckt, müssen für den geschulten revisionistischen Leser einigermaßen überraschend kommen, nachdem er es seit Jahren gewohnt ist, daß in der DKP Fragen nach dem sogenannten „friedlichen Weg" als maoistisch, anarchistisch etc. abgebürstet werden. In den jetzt von der „UZ" veröffentlichten Auszügen geht Teitelboim tatsächlich verblüffend weit: In Chile sei von der Unidad Popular *„ein einziger Weg verabsolutiert"* worden, *„und das war zweifellos ein Fehler"*. *„Letzteres wirkte sich dahin aus, daß bei der Veränderung der konkreten Situation den Massen die Hände gebunden wurden. Die friedliche Entwicklung der Revolution entsprach zwar den realen Bedingungen"* (typisch revisionistische Logik!), *„... doch entsprach sie nie und nimmer den Stimmungen des Feindes ..., und das durfte nicht unberücksichtigt bleiben"*. Teitelboims Schlußfolgerung: *„... Wir dürfen die Wahl dieses oder jenes Weges der Revolution nicht in dem Sinn verabsolutieren, daß er endgültig sei..."*. Die Möglichkeit, einen Wechsel des Weges zu vollziehen, müsse *„unbedingt gesichert"* werden. Teitelboim geht mit seiner Konsequenz deutlich über die sich unmittelbar aufdrängenden Schlußfolgerungen hinaus, indem er feststellt: *„Das ist eine Frage, die nicht im Augenblick der Veränderung gelöst werden kann, sondern eine lange, ja jahrelange Vorbereitung voraussetzt — und das ist es, was die chilenische Volksbewegung nicht getan hat. Und dazu muß nicht in Worten, sondern in der Tat erreicht werden, daß die an der Spitze der Massen schreitende revolutionäre Avantgarde notwendigenfalls bereit ist, gegen die Umtriebe der Reaktion die energischsten Maßnahmen zu ergreifen. In Wirklichkeit aber betrachteten in Chile, als die Unidad Popular an der Macht war, viele auch nur die Vorbereitung auf einen eventuellen Wechsel des Weges und der Kampfmittel als etwas absolut Unzulässiges"*.

Bemerkenswert ist, daß Teitelboim damit das Problem nicht auf die isolierte und darum unsinnige Frage verkürzt, ob man in einem bestimmten Augenblick „zu den Waffen greifen" soll, sondern daß er die s t r a t e g i s c h e Dimension dieser Frage hervorhebt — die langfristige Vorbereitung auch auf einen nicht-friedlichen Weg des revolutionären Prozesses. Da wäre man also fast schon wieder bei Lenin?!...

Es ist daran zu erinnern, daß gerade die KP Chiles — was Teitelboim verschweigt — zu denjenigen gehörte, die besonders entschieden den „friedlichen Weg" zum absolut gültigen Dogma erhoben und jeden Gedanken an einen anderen Verlauf der Entwicklung als abenteuerlich und provokatorisch abtaten. Gerade Teitelboim hat dieses Dogma sogar noch lange n a c h dem Putsch in einer Reihe von Artikeln gegen Kritik verteidigt.

Wenn die Führung der KP Chiles inzwischen eine Bilanz von Tatsachen gezogen hat und scheinbar zu einer leninistischen Analyse gefunden hat, so muß das in erster Linie vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen in der revisionistischen „Weltbewegung" gesehen werden. Bekanntlich haben die „Eurokommunisten" g e r a d e das Scheitern des „friedlichen Weges" in Chile als Vorwand für eine n o c h mehr an die Bedürfnisse der Bourgeoisie und des internationalen Imperialismus angepaßte, für eine n o c h opportunistischere Politik genommen. Dieser Argumentationszusammenhang ist vor allem von der PCI „theoretisiert" worden.

Es ist in diesem Sinn T e i l der Auseinandersetzung, wenn die stärker auf die KPdSU orientierten Parteien zumindest auf der abstrakten Ebene wieder stärker von leninistischen Begriffen und Modellen Gebrauch machen und wenn in diesem Zusammenhang auch der „friedliche Weg" anscheinend zunehmend problematisiert und – in seiner bisherigen Stellung als absolutes Dogma – in Frage gestellt werden soll.

Das Dogma des „friedlichen Weges" war eng verbunden mit der These, daß sich das internationale Kräfteverhältnis immer mehr zugunsten des „sozialistischen Lagers" verschieben und dadurch die Imperialisten am Einsatz der bewaffneten Konterrevolution gehindert würden. Da diese These bisher offiziell noch nicht revidiert wurde, bleibt die Frage offen, wie die in letzter Zeit begonnene Infragestellung des Dogmas vom „friedlichen Weg" theoretisch begründet werden soll.

Der Verdacht liegt nahe, daß es sich bei der Wiederanwendung längst vergessener leninistischer Kategorien durch die auf die KPdSU orientierten Parteien und speziell bei der scheinbaren Wiederaufnahme der leninistischen Analyse zum „friedlichen Weg", vor allem um einen Reflex auf die Schwierigkeiten der sowjetischen „Entspannungspolitik" handelt: Die Dogmatisierung des „friedlichen Wegs" war u.a. auch Teil der „Koexistenz" zwischen Sowjetunion und USA, die von den US-Imperialisten immer aggressiver in Frage gestellt wird, was seinen Ausdruck auch in einer Reihe von außenpolitischen Niederlagen der Sowjetunion gefunden hat. In dieser Situation stellt die öffentliche Problematisierung des „friedlichen Weges" wohl noch eher eine W a r n u n g an die US-Regierung dar, als daß sie tatsächlich eine reale Umorientierung revisionistischer Parteien auf militärische Auseinandersetzungen signalisieren würde.

Diese Einschätzung wird durch die Tatsachen bestätigt. **So entspricht der in die Vergangenheit gerichteten Kritik der KP Chiles an der Dogmatisierung des „friedlichen Weges" keineswegs eine entsprechende Perspektive für die Z u k u n f t.** In allen bisher bekannt gewordenen Erklärungen der KP Chiles wird nicht einmal der Gedanke einer g e w a l t s a m e n Beseitigung des Pinochet-Regimes erörtert, geschweige denn die Frage weiterer Schritte auf dem Weg zum Sozialismus. Stattdessen wird immer noch in erster Linie auf eine „Ablösung" Pinochets durch Bourgeoisie und Imperialismus spekuliert und zugesichert, daß das chilenische Volk einem solchen „Wechsel" gegenüber „keine gleichgültige Haltung einnehmen wird".

Es fällt überdies am Artikel Teitelboims auf, daß er nur von „Maßnahmen" der „an der Spitze der Massen schreitenden revolutionären A v a n t g a r d e" (das meint in erster Linie die KP) und offenbar auch nur von d e r e n Vorbereitungen spricht, nicht aber von Aktionen der M a s s e n selbst. So spricht er natürlich auch nicht davon, die Massen – wie Lenin schrieb – im Sinne des bewaffneten Aufstands zu „erziehen" und vorzubereiten. Teitelboim legt vielmehr den Gedanken an von den Massen losgelöste Vorbereitungen der Partei, insbesondere wohl auch Absprachen mit fortschrittlichen Militärs nahe, **also im Grunde ein Putsch anstelle des bewaffneten Aufstands der Volksmassen.**

Es liegt auf der Hand, daß die Revisionisten zu gar keiner anderen Schlußfolgerung kommen können, da die Perspektive der Bewaffnung der Massen nicht zu den antidemokratischen, massenfeindlichen Vorstellungen der revisionistischen Bürokratien paßt. Dies unterstreicht zusätzlich, daß es sich bei der Selbstkritik der KP Chiles mehr um Material für abstrakte theoretische Kurswechsel handelt.

- O Verbot von Chemical Mace — 24 Seiten, A 4 — 1,50



Die antifaschistische „RUSSELL-REIHE" stellt anhand einzelner Komplexe die fortschreitende Faschisierung des BRD-Staates und der westdeutschen Gesellschaft dar. Mit Übersichten, Statistiken zahlreichen Originaldokumenten wird das Zusammenspiel staatlicher Instanzen mit ten und neuen Faschisten belegt.

Vor dem Hintergrund des nach 1945 von großen Teilen der Bevölkerung gewollten Aufbaus einer antifaschistischen und demokratischen Gesellschaft wird das heute erreichte Ausmaß der Unterdrückung und Verfolgung antifaschistisch-demokratischer Kräfte einerseits, der Begünstigung und Förderung polizeistaatlicher und faschistischer Entwicklungen andererseits sichtbar.

RUSSELL-REIHE bereits erschienen:



1

In dieser, mit reichhaltigen Originalmaterialien ausgestatteten Dokumentation wird im Gegensatz zu den Vereinbarungen des Potsdammer Abkommens der Abbau und die schnelle Beendigung der Entnazifizierungsverfahren, die massive Wiedereingliederung von Nazis in Staat und Gesellschaft, die schleppende und begünstigende "Verfolgung" von Nazi-Verbrechern exemplarisch aufgezeigt.

184 Seiten DM 10,--

Die Bücher 2 - 10 erscheinen in Kürze

2 Dokumentation über neo - nazistische Umtriebe in der BRD und ihre Deckung seitens staatlicher Organe.

Dokumentiert wird das Spektrum faschistischer Gruppierungen, ihr ideologischer und organisatorischer Zusammenhang und ihr Auftreten.

3 Dokumentation antisemitischer, antidemokratischer und offener NS-Provokationen der Roeder-Christophersen-Schönborn-Bande und ihrer Deckung seitens staatlicher Organe

Seit Jahren betreibt dieser Kreis am provokativsten offen antidemokratische Hetze für ein neues faschistisches "Reich"; dabei sind sie keine isolierten "Spinner", sondern stehen mit allen neofaschistischen Zirkeln (einschließlich NPD) in Kontakt.

4 Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse seit 1970

Die steigenden Zahlen des polizeilichen Schußwaffengebrauchs bei Verkehrskontrollen, Hausdurchsuchungen, "Verbrechersuche" usw. und insbesondere die Zahlen des "polizeilichen Todesschusses" belegen eindeutig, wie weit bereits die Mißachtung des - dem Verfassungstext nach garantierten - menschlichen Lebens durch den staatlichen Gewaltapparat vorangetrieben ist - wobei es sich um dessen "alltägliche" Anwendung handelt.

RUSSELL-REIHE

5 „Sonderpolizei" in der BRD - Dokumentation zum Wiederaufbau einer GeStaPo in Westdeutschland

Seit Jahren ist in der BRD ein Polizeiapparat aufgebaut worden, der - unter Umgehung und Aufhebung von Länderkompetenzen und "Polizeisparten" (wie Bundeskriminalamt, "Verfassungsschutz", "Grenzschutz" usw.) - immer stärker zentralisiert worden ist: Seine Kommandozentrale beim Bundeskanzleramt ist parlamentarisch und gerichtlich, geschweige denn durch die Öffentlichkeit, praktisch nicht mehr "kontrollierbar".

6 Dokumentation der Liquidierung politischer Gegner in der BRD seit 1945

In den Kämpfen der 50er Jahre, vor dem KPD-Verbot, wie seit dem Ende der 60er Jahre ist der "Klassenkampf von oben" in der BRD über Leichen gegangen. Die Kette von "Selbstmorden" und Mordversuchen an Angehörigen der "Roten Armee-Fraktion" stellt eine für BRD-Verhältnisse neue Stufe innerhalb dieser Liquidations-Strategie dar.

7 McCarthyismus in der BRD - die Kommunistenhetze als Mittel der Knebelung demokratischer Entwicklung

Dokumentiert wird der "historische" McCarthyismus der 50er Jahre; dem wird gegenübergestellt, wie heute - mit gleichartigen Mechanismen - Jagd auf "Sympathisanten" gemacht wird, um erneut den - beschleunigten - Abbau demokratischer Rechte voranzutreiben.

8 Der Fall Kappler - die Spitze des Eisberges. Dokumentation der systematischen Rehabilitierung des Nazi-Faschismus und seiner Träger in der BRD

Im Klima zunehmender Entdemokratisierung werden die letzten "antifaschistischen" Zurückhaltungen aufgegeben, so daß sich Nazi-Verbrecher wie Kappler oder Lischka in der BRD unter staatlichem Schutz ihrer Bestrafung entziehen können

9 Der Fall Rieger. Dokumentation über die Umtriebe einer neofaschistischen kriminellen Vereinigung in der BRD-Juistiz

Mit den terroristischen Umtrieben der "Aktion Widerstand" in den 60er Jahren wurde der Name des Hamburger Neofaschisten Jürgen Rieger weithin bekannt - als Rassist, Faschist, Schläger, Provokateur. Dennoch konnte er sich ungehindert als Rechtsanwalt einrichten.

10 Dokumentation über neo - faschistische Umtriebe in der Bundeswehr

Die 1977 aufgedeckten neonazistischen Skandale in der Bundeswehr sind durchaus keine "bedauerlichen Einzelfälle", wie sie in der offiziellen Version dargestellt werden. Vielmehr gibt es über die Jahre hinweg eine lange Reihe von (bekannt gewordenen) Fällen faschistischer "Traditionspflege", neofaschistischer Propaganda, antisemitischer Ausschreitungen usw. in der Bundeswehr.

Bitte ausschneiden, auf eine Postkarte kleben oder in einen Briefumschlag stecken und an den j.reents-verlag, Lerchenstr.75, 2 Hamburg 50 schicken.

Die Bücher 2 - 10 erscheinen in Kürze, können aber schon vorbestellt werden.

Den Betrag von DM....... habe ich überwiesen auf:
PSchA Hamburg
BLZ 200 100 20
Kto.24 05 95

Lieferung nur gegen Vorauskasse

....Bitte um Prospekte des j. reents-Verlages

Ich bestelle:

Nr.:	Ex.
1	
2	
3	
4	
5	
6	
7	
8	
9	
10	

Name
Vorname
Straße
PLZ/Ort
Beruf/Studienfach
Datum Unterschrift

j. reents - verlag

Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Aufruf zu einem bundesweiten Tribunal zur Heimerziehung in der BRD

In der BRD leben ca. 130.000 Kinder und Jugendliche in etwa 3.000 Heimen.

Ein großer Teil dieser Heime ist kasernenartig gebaut und oftmals mit Gefängnischarakter geführt. Viele Heimleiter und Sozialpädagogen, Sozialarbeiter und Erzieher leiden unter dieser Situation. Jedoch nur wenig kann von ihnen gaändert werden. Die einzelnen Trägereinrichtungen und verantwortlichen Stellen stören diese Zustände nicht. Für sie gilt vielfach das Motto „fest verwahrt ist besser als therapeutisch-pädagogisch rumzuexperimentieren."

Ca. 30% der Jugendlichen in Heimen werden straffällig und 6.500 Jugendliche sitzen in 200 Gefängnissen.

Daher wird es für viele verantwortliche Stellen immer klarer, das Heimerziehung in der jetzigen Form sinnlos ist. Das Ziel sollte daher sein, alle halboffenen und geschlossenen Heime zu schließen und die Jugendlichen und Kinder in Wohngemeinschaften zu betreuen.

Doch auch der jetzt erst kürzlich korregierte und neue Referentenentwurf zum neuen Jugendhilferecht hat diese Einsicht nur sehr spärlich betrachtet bzw. nicht einmal berücksichtigt. Auch hier wird weiter an diesen herkömmlichen unmenschlichen Heimsituationen festgehalten.

Auf vielen Tagungen von Heimerziehern und Pädagogen wurde über die Problematik der geschlossenen Heime diskutiert. Viele fortschrittliche Erzieher haben resigniert und die Arbeit in den geschlossenen Heimen hingeschmissen und die Flucht in Alternativprojekte angetreten. Diese Projekte sind sehr notwendig und unbedingt zu unterstützen. Jedoch sollte man den reaktionären alteingesessenen Erziehern und dominierenden Heimleitern und Trägern dieses Feld nicht so überlassen. Zumal jedes Kind und jeder Jugendliche ebenfalls eine menschenfreundliche Erziehung an seinen Bedürfnissen ausgerichtete Erziehung erhalten sollte, wie sie in den Alternativprojekten größtenteils durchgeführt wird.

1969 entstand aus der Studentenbewegung in Hessen ein Kampf gegen den Heimterror in den halboffenen und geschlossenen Heimen. Dieser Kampf ging von den Jugendlichen aus, die in den Heimen lebten. mit der Unterstützung der Studenten.

Bei dieser „Staffelbergkampagne" (benannt nach jenem Heim, wo die Heimrevolte begann) kam seit 1923 zu ersten Mal wieder massiv die Heimerziehung ins Kreuzfeuer der Öffentlichkeit.

Damals wurden fast sämtliche hessischen Erziehungsheime untersucht und verändert. Einige Heimleiter mußten unter dem massiven Druck der Öffentlichkeit ihren Hut nehmen. Zwei Heime wurden geschlossen. Über 50 Jugendliche sind aus den Heimen weggelaufen und haben ihr Weglaufen als Streik gegen miserable Erziehungsmethoden verstanden. Sie erklärten immer wieder, „wenn sich die Lebensbedingungen für uns im Heim erleichtert haben, die Erziehung nach unseren Bedürfnissen ausgerichtet ist etc., dann brechen wir unseren Streik ab und kehren wieder zurück".

An der Heimkehr der Jugendlichen hatten die Heimträger und Leiter jedoch kein Interesse. Sie hatten plötzlich Angst! Die Jugendlichen hatten verstanden, sich aus der beabsichtigten und praktizierten Vereinzelung und Entsolidarisierung zu solidarisieren. Sie begriffen nach und nach, daß Gemeinsamkeit stark macht und daß, „wenn Recht zu Unrecht, Widerstand zur Pflicht wird". Dieser Widerstand wurde dann auch erfolgreich geführt. Die Jugendlichen merkten, daß sich im großen und ganzen nicht viel in den Heimen ändert. Sie forderten damals, dann in Wohngemeinschaften zusammenzuziehen und selbst ihre Lebensformen zu lernen und zu meistern. Der „jugendfreundliche" Verein für Arbeits- und Erziehungshilfe bot sich den entlaufenen Jugendlichen, die dann in Frankfurt lebten, als Rettungsanker an. Die Jugendlichen waren froh, wieder mal was anderes tun zu können, als – wie einige politische Gruppen meinten – „Caritative Arbeit zu machen". Der Verein seifte die politischen Gruppen und insbesondere die Jugendlichen ein. Sie durften von sofort an nicht mehr weitere Aufklärungsarbeit über die Heime betreiben. Die Staffelbergkampagne war zu Ende. Die Wohnkollektive wurden nach und nach umgeformt und zum Schluß vom Jugendamt zerschlagen. Die Heimerziehung wurde oberflächlich kosmetisch geschminkt, aber die notwendigen Veränderungen sind niemals eingetreten.

1970 entstand der SSK Köln (Sozialpädagogische Sondermaßnahmen jetzt Sozialistische Selbsthilfe Köln). Diese kümmerte sich um entwichene Jugendliche aus den Heimen, konnte jedoch nur gezielt in einigen Heimen Veränderungen erwirken.

1971 entstand das Georg-von-Rauch-Haus in Westberlin. Dieses Projekt hat aus den Fehlern in Frankfurt gelernt. Denn sie führten den Kampf zur Unabhängigkeit von Stadt und Staat erfolgreich.

1977 wurde am Beispiel Isenbergheim der Öffentlichkeit erneut bewußt, daß sich in vielen Heimen nichts geändert hat. In diesem Heim waren fast alle Punkte von brutaler Heimerziehung vereint, daher auch so gut anzugreifen. Durch die Berichterstattung in der gesamten Öffentlichkeit, Funk, Fernsehen und Presse erfolgte ein wichtiger und längst überfälliger Anstoß, erneut diese Situation in der Heimerziehung zu untersuchen.

Zwei Monate nach den Veröffentlichungen kommen alarmierende Berichte aus dem Mädchenheim Selent in Schleswig-Holstein. Ein Monat später Skandal im Rheinaland. Das Don-Bosco-Heim in Düsseldorf hatte Isolierzellen, in denen Jugendliche total von der Außenwelt in unmöglichster Weise eingesperrt wurden.

Am 8.Dezember 1977 fand seit der Staffelbergkampagne zum ersten Mal wieder ein Groß-Veranstaltung über die Heimerziehung in der Hamburger Uni statt. Ca. 2000 Menschen fanden sich ein, um über den Skandal im Bremer Mädchenheim „Isenbergheim" zu hören. Viele Betroffene aus den Heimen in und um Hamburg kamen zur Veranstaltung. Ebenfalls Heimerzieher und Sozialarbeiter. Betroffene standen auf und erzählten in dieser Veranstaltung, was so in ihrem Heim läuft.

Am 10. und 11.12.1977 fand in Berlin eine Tagung von Heimerziehern aus dem ganzen Bundesgebiet statt. Ca. 350 Teilnehmer. Es wurde über halboffene und geschlossene Heime diskutiert. Man bemerkte immer wieder die Resignation der Erzeiher, die in Repressionsanstalten der Fürsorge arbeiten. Sie möchten gern was daran ändern, aber alleine können sie dies nicht tun.

Daher kam dann auch der Vorschlag, ein bundesweites Tribunal in der Bundesrepublik zum Thema „Fürsorgeerziehung in der BRD" zu machen. Dieser Vorschlag wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Es wurde zur Vorgehensweise beschlossen, daß in folgenden Länderregionen gearbeitet werden soll.
Berlin – Berlin
Bremen und Hamburg untersuchen Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Frankfurt macht Hessen. Köln macht Nordrhein-Westfalen. München untersucht die Situation in Bayern und in der Pfalz und Saarland muß noch eine Gruppe gesucht werden. In den verschiedenen Regionen sollen für diese Untersuchungen auch die einzelnen Fachhochschulen in den Bundesländern um Unterstützung gebeten werden.

Bis April 1978 sollen erst einmal alle geschlossenen Heime in den einzelnen Regionen erfaßt sein und, wenn möglich, bereits mit den Untersuchungen begonne werden. Heimjugendliche sowie Erzieher und Sozialarbeiter in den Behörden können hierzu wichtige Informationen geben. Aber besonders gut wäre ihre direkte Mitarbeit. Außerdem sollten immer wieder die Möglichkeiten zu Arbeitstreffen geschaffen werden.

Außerdem ist vorgeschlagen worden, die nächste überregionale Heimerziehertagung eventuell in Bremen durchzuführen. Zum Jugendhilfetag im November 1978 in Köln sollen die ersten Zwischenberichte aus den Regionen fertig sein und evtl. schon einiges veröffentlicht werden. Als Tribunaltermin ist der April 1979 geplant.

Vor dem Tribunal sollen nochmals in Deutschland Veranstaltungen durchgeführt werden, die über die Heimsituation berichten. Hiermit fordern wir alle auf, sich an den Vorbereitungen zu beteiligen. Außerdem solidarisiert euch mit den Kollegen durch Resolutionen und direkter Unterstützung. Nur gemeinsam kann man diesen Heimterror zerschlagen und die verantwortlichen Leute zur Rechenschaft ziehen.

Wir konnten bemerken, wie den Herren bereits bei der regionalen Auseinandersetzung in Hessen 1969 die Angst im Nacken saß. Und wie sich 1977 der Bremer Senat in den Skandal einschaltete und jetzt dort schnellstens die Situation reformiert. Gemeinsam kämpfen macht stark!

Wer mitarbeiten will, schreibe an:

Schnürschuhgruppe
Fedelhorn 43
2800 Bremen 1

